

Auf dem Markt der Argumente – Wie Praktiker mit wissenschaftlicher Expertise umgehen

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades (Dr. phil)

der Fakultät für Erziehungswissenschaft
an der Universität Bielefeld

vorgelegt von

Kai Unzicker

im September 2009

Gutachter:

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer

PD. Dr. Heinz-Günter Micheel

Für Katrin, Helene und Simon.

Inhalt

1. EINLEITUNG	1
2. THEORETISCHE ANNÄHERUNGEN	4
2.1 Die Wissensgesellschaft	4
2.2 Nicht Wissen sondern Nichtwissen	25
2.3 Wissenschaft in der Wissensgesellschaft: Rolle und Transformation	49
2.4 Wissenschaftliche Expertise und ihre Grenzen	68
2.5 Zwischenfazit - Der wissenschaftliche Imperativ	85
3. ENTWICKLUNG DER FRAGESTELLUNG	87
3.1 Systematisierung des Umgangs mit Wissen	91
3.2 Die Forschungsfragen	98
4. METHODISCHES DESIGN	101
4.1 Hypothesengeleitete qualitative Sozialforschung	101
4.2 Die Stichprobe	105
4.3 Instrument und Datenerhebung	108
4.4 Die Auswertung	111
5. EMPIRISCHE ERGEBNISSE	114
5.1 Wissenschaft und der „dritte Sektor“	114
5.2 Wissenschaft und Politik	203
5.3 Wissenschaft und Wirtschaft	224
6. DISKUSSION DER ERGEBNISSE	235
6.1 Unterschiedliche Formen der Verwissenschaftlichung	235
6.2 Interpretationen des wissenschaftlichen Imperativs	239
6.3 Überforderungen mit dem wissenschaftlichen Wissensangebot	244
6.4 Bewertungskriterien wissenschaftlichen Wissens	247
6.5 Umgang mit wissenschaftlichen Kontroversen und Unsicherheiten	252
6.6 Wissenschaftliches Wissen als Ressource	256
7. FAZIT UND AUSBLICK	258
8. LITERATUR	262
ANHANG	275
A) Verzeichniss der Abbildungen	275
B) Verzeichniss der Tabellen	275
C) Eidesstattliche Erklärung	276

1. EINLEITUNG

Die Idee zur vorliegenden Arbeit ist im Kontext des Projekts „Wissensaustausch – Interaktion und Kommunikation zwischen Wissenschaft und Praxis“ entstanden.¹ In diesem Projekt wurde der Austausch von Wissen zwischen Praktikern und Wissenschaftlern im Rahmen sozialwissenschaftlicher Forschungsprojekte untersucht. Der Schwerpunkt dieses Projekts lag auf der Untersuchung der dialogischen Austausch- und Kooperationsprozesse und insbesondere der späteren Verwendung des jeweils fremden Wissens im eigenen Kontext. Der Fokus dieser Untersuchung war jedoch begrenzt auf spezifische Kooperationen und Austauschprozesse, die sich zwischen einzelnen sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten und deren direkten Kooperationspartnern während oder direkt im Anschluss an den Forschungsprozess ergeben haben. Es stellte sich dabei heraus, dass Praktiker mit einer Vielzahl von wissenschaftlicher Expertise in ihrem beruflichen Alltag konfrontiert sind und sie daher weit häufiger mit wissenschaftlichem Wissen zu tun haben, als lediglich im Rahmen von konkreten Kooperationen mit Forschungsprojekten. Außerdem liefern die Projektergebnisse nur Einblicke in ein sehr begrenztes Arbeitsfeld, d.h. es handelte sich um Praktiker und deren Auseinandersetzung mit wenigen wissenschaftlichen Disziplinen (Soziologie, Erziehungswissenschaft, Psychologie, Politikwissenschaft) und einem sehr klar umgrenzten Themenfeld, in diesem Fall der sozialen Integration. Dies führte dazu, dass innerhalb des Projekts die Varianz der Praktiker und ihre Formen des Umgangs mit wissenschaftlichem Wissen eher gering war. Ferner liegt in der klassischen Verwendungsforschung das Augenmerk häufig auf dem Output der Verwendung wissenschaftlicher Expertise in der Praxis, d.h. auf den jeweiligen Ergebnissen dieser Verwendungen. Dies geschieht meist auf aggregierter Ebene, d.h. man betrachtet beispielsweise welche wissenschaftlichen Ergebnisse sich in politischen Dokumenten wiederfinden, jedoch nicht, wie einzelne Akteure, die diese Dokumente erstellt haben, diese Ergebnisse erlangt und sie sich diese angeeignet haben. Der konkrete und tatsächliche Umgang mit wissenschaftlicher Expertise bleibt meist eine *black-box*, die man als selbstverständlich und gegeben ansieht.

¹ Das Projekt wurde vom BMBF von 2004-2007 unter der Leitung von Wilhelm Heitmeyer an der Universität Bielefeld im Rahmen des Forschungsverbundes „Desintegrationsprozesse- Integrationspotentiale moderner Gesellschaften gefördert (vgl. Hessler, Heitmeyer, Micheel, Unzicker 2007).

In dieser Arbeit soll daher der Umgang von Praktikern mit wissenschaftlichem Wissen im Mittelpunkt stehen. Dies bedeutet, es werden keine Einschränkungen dahingehend vorgenommen, welche Disziplinen, Themen oder Inhalte im Vordergrund stehen sowie welche Arten des Wissensaustausch oder der Kooperation von Bedeutung sind. In dieser Untersuchung stehen somit Praktiker aus unterschiedlichen sozialen Kontexten und ihr Umgang mit wissenschaftlichem Wissen im Mittelpunkt des Forschungsinteresses.

Wissenschaftliche Untersuchungen müssen sich aber zwangsläufig fokussieren. Die Einengung der Fragestellung erfolgt daher hinsichtlich der sozialen Praxen im *Umgang mit wissenschaftlichem Wissen*.

Unter Umgang mit wissenschaftlichem Wissen wird im Folgenden verstanden, wie man es *sucht, auswählt, bewertet* und anschließend *inszeniert*, d.h. wie man es darstellt, präsentiert und verwendet. Hinzu kommt die jeweilige Motivation einzelner Akteure, warum sie sich überhaupt mit wissenschaftlichem Wissen auseinandersetzen.

Die theoretische Annäherung an das in dieser Arbeit untersuchte Thema findet im *zweiten Kapitel* statt. Zuerst werden Theorien der *Wissensgesellschaft* als Hintergrundfolie der Studie entfaltet (2.1). Daran schließen sich Überlegungen zu den Begriffen *Wissen* und *Nichtwissen* und ihre Bedeutungen in der Wissensgesellschaft an (2.2). Hiervon ausgehend wird die *veränderte Rolle der Wissenschaft* in der Wissensgesellschaft geklärt (2.3). Darauf bauen Überlegungen zu Möglichkeiten und Grenzen *wissenschaftlicher Expertise* an (2.4). Schließlich wird aufgrund dieser Überlegungen der *wissensgesellschaftliche Imperativ* als Referenzpunkt für die weitere Untersuchung entwickelt. Hierunter soll ein normatives Gerüst der Wissensgesellschaft verstanden werden, welches den Umgang mit wissenschaftlichem Wissen strukturiert und bestimmt.

In *Kapitel 3* werden die theoretischen Vorannahmen zum Konzept des *Umgangs mit Wissen* weiterentwickelt (3.1), woraus sechs Forschungsfragen für die empirische Untersuchung abgeleitet werden (3.2).

Das *methodische Vorgehen* für die empirische Untersuchung wird in *Kapitel 4* vorgestellt und diskutiert. Die Studie ist als *hypothesengeleitete qualitative Forschung* konzipiert und arbeitet mit *problemzentrierten Interviews*, die mithilfe der *qualitativen Inhaltsanalyse* ausgewertet wurden.

Im anschließenden Hauptteil *Kapitel 5* werden die Forschungsergebnisse für alle untersuchten Gruppen ausführlich dargestellt und analysiert. Zuerst werden hierbei die Ergebnisse aus den unterschiedlichen *zivilgesellschaftlichen*

Organisationen (5.1) besprochen. Befragt wurden Vertreter aus *Stiftungen, Verbänden, Gewerkschaften* und *Naturschutzorganisationen*. Es folgen die Ergebnisse für die Befragten aus *politischen Organisationen* (5.2). In diesem Fall handelt es sich um Referenten der Bundestagsfraktionen. Schließlich werden die Antworten von Vertreter aus drei *Wirtschaftsunternehmen* (5.3) analysiert. Die einzelnen Ergebnisse werden in *Kapitel 6* zusammengefasst und vergleichend diskutiert. Abschließend erfolgt ein Ausblick auf anschließende Forschungsfragen in *Kapitel 7*.

2. THEORETISCHE ANNÄHERUNGEN

2.1 Die Wissensgesellschaft

Alle Beziehungen von Menschen untereinander
ruhen selbstverständlich darauf,
dass sie etwas voneinander wissen.

Georg Simmel

Es ist sowohl ein Allgemeinplatz in politischen Sonntagsreden² als auch ein Grundmotiv sozialwissenschaftlicher Zeitdiagnosen, dass (wissenschaftliches) Wissen die wichtigste Ressource der modernen Gesellschaften sei (vgl. exemplarisch Evers/Gerke/Schweißhelm 2005) und Wissen damit zum Schlüsselbegriff der Gegenwart geworden sei (Ammon/Heineke/Selbmann 2007: 9). Als dominante Beschreibung der modernen Gesellschaft hat sich als *zeitdiagnostischer Grundkonsens* (Bittlingmayer/Bauer 2006: 11) in den Sozialwissenschaften die Bezeichnung Wissensgesellschaft durchgesetzt. Auch in der Politik wurde diese Diagnose erfolgreich adaptiert: So hat zum Beispiel im Jahr 2000 der Europäische Rat in Lissabon das strategische Ziel formuliert, „Europa zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wissensgesellschaft der Welt zu machen“ (Europäische Kommission 2001: 3) und die Enquete Kommission *Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten* des deutschen Bundestages konstatiert ebenfalls, dass „die Erzeugung und Verteilung von Wissen ... künftig eine vorrangige Bedeutung in der Wertschöpfung und im gesellschaftlichen Bewusstsein einnehmen“ werde. „Die Zukunft gehört der Wissensverarbeitung, den hochqualifizierten Tätigkeiten“ (Enquete Kommission 2002: 260) und man geht von einem

² So zeichnete der damalige Bundespräsident Roman Herzog in seiner fast schon sprichwörtlichen Ruckrede das Bild einer flexiblen und dynamischen Wissensgesellschaft: „Ich rufe auf zu mehr Flexibilität! In der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts werden wir alle lebenslang lernen, neue Techniken und Fertigkeiten erwerben und uns an den Gedanken gewöhnen müssen, später einmal in zwei, drei oder sogar vier verschiedenen Berufen zu arbeiten. ... Ich erwarte eine Informations- und Wissensgesellschaft. Das ist die Vision einer Gesellschaft, die jedem die Chance einräumt, an der Wissensrevolution unserer Zeit teilzuhaben. Das heißt: bereit zum lebenslangen Lernen zu sein, den Willen zu haben, im weltweiten Wettbewerb um Wissen in der ersten Liga mitzuspielen. Dazu gehört vor allem auch ein aufgeklärter Umgang mit Technik.“ (Herzog 1997)

Übergang „von der Industrie- zur Wissensgesellschaft“ aus (ebd. 261). Das Bundesministerium für Bildung und Forschung betreibt aktuell seine *Hightech-Strategie für Deutschland* ebenfalls vor dem Hintergrund einer sich entwickelnden Wissensgesellschaft (BMBF 2007), in der u.a. wissensbasierte Dienstleistungen als entscheidende Faktoren für Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt gesehen werden (ebd. 72). Ebenso sieht die Weltbank die Zukunft vor allem in der Wissensökonomie entwickelter Wissensgesellschaften (Worldbank 1999). Man erkennt, die sozialwissenschaftliche Zeitdiagnose Wissensgesellschaft hat den Sprung in den politischen Diskurs geschafft und gilt vielerorts als Legitimationsgrundlage für politische Entscheidungen.

Früh bereits von Lane (1966) formuliert³, findet sich diese Diagnose mal als Wissens-, mal als Informationsgesellschaft (u.a. Bell 1973, Drucker 1969, Castells 1996, Stehr 1994, Willke 2001b, 2002) oder auch als Wissenschaftsgesellschaft (Kreibich 1986) in der sozialwissenschaftlichen Debatte. Spätestens seit den 1960er Jahren gehört die Beschreibung der modernen westlichen Gesellschaften als Wissensgesellschaften zum Kanon in den soziologischen, ökonomischen und politischen Diskursen (vgl. hierzu im Überblick Webster 1995; Steinbicker 2001: 21-77; Heidenreich 2003: 34-37, Knoblauch 2005: 256ff, Krücken 2002; Bittlingmayer 2001; Stehr 2001a oder auch Willke 2001a), auch wenn diese Diagnose heute kritischer (z.B. Bittlingmayer 2005) oder als ambivalent (vgl. Krücken 2002: 70) diskutiert wird. Generell kann man davon ausgehen, dass die Debatte um die Wissensgesellschaft sich inzwischen erheblich ausdifferenziert hat und nur noch schwer zu überschauen ist (Ammon/Heineke/Selbmann 2007: 10).⁴

³ Als Vorläufer oder Vordenker der Theorien zur Wissensgesellschaft kann man auch Marx/Engels (1969; 1976), Sombart (1987), Weber (1972; 1988) und Schumpeter (1912, 1939, 1942) anführen (vgl. zu den Vorläufern im Überblick Heidenreich 2003: 29-34): Marx untersuchte die Verwissenschaftlichung des betrieblichen und gesellschaftlichen Wissens vor allem unter dem Herrschaftsaspekt. Sombart und Weber haben intensiv die umfangreichen Rationalisierungsprozesse untersucht und Schumpeter beschäftigte sich frühzeitig mit der Rolle von Innovationen. Genauso kann man Etzionis *Aktive Gesellschaft* (1975: Kap. 6-9) als Beitrag zur Debatte der Wissensgesellschaft deuten. Anzumerken ist ferner, dass die japanische Diskussion um die Informations- oder Wissensgesellschaft im westlichen Mainstream kaum beachtet wurde: der Japaner Tadao Umehao hatte bereits 1963 über Informationsindustrien publiziert. Dieser Essay wurde außerhalb Japans nicht weiter zur Kenntnis genommen. Bis heute liegt auch keine Übersetzung in andere Sprachen vor. Erst als 1968 ein weiterer Japaner die amerikanischen Konzepte und die Ansätze Umehaos kombinierte und unter dem Titel *Joho Shakai Ron Josetsu* (die Informationsgesellschaften) veröffentlichte wurden die Ideen Umehaos wahrgenommen (vgl. Hensel 1990: 48ff).

⁴ Vorweg soll darauf hingewiesen werden, dass die Frage, welches nun die treffende Bezeichnung für die hier diskutierte gesellschaftliche Zeitdiagnose ist, höchst umstritten ist: einige Autoren ziehen die Bezeichnung Informationsgesellschaft vor (z.B. Spinner 1998,

2.1.1 Was ist die Wissensgesellschaft?

Zur Definition des Begriffs Wissensgesellschaft lassen sich vier unterschiedliche Dimensionen heranziehen (vgl. bspw. Heidenreich 2003: 25f, Webster 1995: 6f, Steinbicker 2001: 7ff, Stehr/Böhme 1986: 8, Kaase 1999, Evers/Gerke/Schweißhelm 2005, Höhne 2004: 23f):⁵

Erstens stellt die Wissensgesellschaft für einige Autoren eine Art Fortsetzung oder Weiterführung dessen dar, was zuvor unter dem Begriff *Informationsgesellschaft* firmierte. In dieser Sichtweise werden vor allem die *neuen Informations- und Kommunikationstechnologien* als *differentia specifica* angesehen. Eine Wissensgesellschaft wäre demzufolge eine Gesellschaft, die durch die Nutzung von elektronischer Datenverarbeitung sowie Kommunikationsmedien wie Internet, Telefonie oder Fernsehen und der daraus resultierenden globalen Informationsvernetzung geprägt ist. In diesem Sinne wären das Internet, die elektronischen Finanzmärkte und der global

Stichweh 1998, Steinbicker 2001, Webster 1995), andere präferieren den Terminus Wissensgesellschaft (z.B. Stehr 1994, Willke 1998) und wieder andere sehen in der Wissensgesellschaft den Nachfolger der Informationsgesellschaft (Heidenreich 2003). In der Regel beziehen sich die Autoren aber auf ähnliche Ansätze, Phänomene und soziale Veränderungen, wählen aber jeweils einen anderen Bezugspunkt: tendenziell lässt sich sagen, dass (a) diejenigen, die von der Informationsgesellschaft sprechen, einen technologischen Zugang zur Thematik wählen und für sie die Informations- und Kommunikationstechnologien einen zentralen Bestandteil darstellen, während (b) jene, die von einer Transformation der Arbeitsbedingungen und Organisationsstrukturen ausgehen und vor allem auf die gestiegene Bedeutung des Inhalts des Wissens abheben, den Begriff der Wissensgesellschaft wählen. Evers/Gerke/Schweißhelm (2005: 45) formulieren den Unterschied zwischen beiden Terminologien so: „Oft wird das Konzept einer Wissensgesellschaft mit dem Konzept einer Informationsgesellschaft verwechselt, wobei die Priorität und Bedeutsamkeit von ICT [Informations- und Kommunikationstechnologie, K.U.] hervorgehoben wird. ... In einer Wissensgesellschaft geht es nicht um die ‚Hardware‘ sondern vielmehr um die ‚Software‘. Meinungen, Inhalte und Wissen steuern die Systeme einer Wissensgesellschaft.“ In dieser Arbeit wird der Begriff der Wissensgesellschaft gewählt, da der Gegenstand der Untersuchung primär das wissenschaftliche Wissen ist und nicht die Technologie zur Verbreitung und Verarbeitung von Informationen. Prinzipiell lassen sich aber die beiden konkurrierenden Ansätze Wissens- und Informationsgesellschaft als komplementäre Ansätze verstehen: die Bedeutung des Wissens hängt unmittelbar auch von seiner technologischen Verfügbarkeit, sprich von der Informations- und Kommunikationstechnologie, ab.

⁵ Bei der Auflistung der verschiedenen Indikatoren setzten die Autoren teilweise sehr unterschiedliche Maßstäbe an: so präsentiert Höhne allein 16 Indikatoren zur Definition der Wissensgesellschaft. Die hier präsentierten vier Dimensionen lassen sich jedoch bei allen Autoren rekonstruieren.

zirkulierende Nachrichtenfluss typische Indikatoren für eine Wissensgesellschaft.⁶

Zweitens findet sich die Perspektive, die auf die Bedeutung des Wissens als *Produktionsfaktor* abhebt: Die Wissensgesellschaft wäre dann vor allem eine *Wissensökonomie*, in der die Bedeutung der *alten* Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden gegenüber dem Faktor Wissen für den wirtschaftlichen Erfolg zurückgehen. Einerseits geschieht dies, weil alte Industriezweige ihre Arbeitsabläufe umgestalten und rationalisieren, andererseits weil neue Geschäftsfelder mit neuen *intelligenten* oder *wissensbasierten* Produkten entstehen.⁷ Bezeichnend für diese Wissensökonomie sind insbesondere zwei Phänomene: Zum einen reduziert sich der Anteil der *Handarbeiter* im Verhältnis zu sogenannten *Wissensarbeitern* und zum anderen entstehen sogenannte *lernende Organisationen*, worunter Organisationsformen zu verstehen sind, die versuchen, systematisch und adaptiv auf ihre Umwelt zu reagieren.⁸

Drittens findet sich eine Deutung der Wissensgesellschaft, die unter dem Stichwort *Verwissenschaftlichung* der Gesellschaft zusammengefasst werden kann. Hierbei wird davon ausgegangen, dass immer mehr, wenn nicht gar alle Bereiche des Lebens von wissenschaftlichem Wissen durchdrungen sind. Nicht nur in der Sphäre der Ökonomie oder Technologie würde demnach wissenschaftliches Wissen von immer größerer Bedeutung sein, sondern entsprechend auch im Privatleben und vor allem auch in der Politik.

⁶ Diese technologische Perspektive findet man teilweise bei Willke (2001b) oder auch Castells (1996).

⁷ Machlup (1962: 49) beschrieb diese Entwicklung wie folgt: „Many new firms with substantially greater ratios of knowledge-producing labor have been emerging and many old firms have been employing increasing shares of white-collar labor“ (Machlup: 1962: 49).

⁸ Hierbei handelt es sich um das *klassische* Kriterium der Wissensgesellschaft schlechthin: Mit Bezug auf die Studie von Machlup (1962) begründen Drucker (1969) und Bell (1975) die Bedeutung des Wissens für das wirtschaftliche Wachstum. Sowohl Bell als auch Drucker stellen hierbei heraus, dass es vor allem zu einer gesteigerten Relevanz der Wissensarbeit kommt. Für Bell (1975:219) ist die, als *post-industrielle* bezeichnete, Gesellschaft in zweifacher Hinsicht eine Wissensgesellschaft: „einmal weil Neuerungen mehr und mehr von Forschung und Entwicklung getragen werden (oder unmittelbarer gesagt, weil sich auf Grund der zentralen Stellung des *theoretischen* Wissens eine neue Beziehung zwischen Wissenschaft und Technologie herausgebildet hat); und zum anderen, weil die Gesellschaft – wie aus dem aufgewandten höheren Prozentsatz des Bruttosozialproduktes und dem steigenden Anteil der auf diesem Sektor Beschäftigten ersichtlich – immer mehr Gewicht auf das Gebiet des Wissens legt“. Auch in den aktuellen Ansätzen von Stehr (1994) und Willke (2001a) wird dieses Kriterium betont.

Grundlage dieser Entwicklung wäre insbesondere das exponentielle Wachstum und der Erfolg der Wissenschaft (vgl. deSolla Price 1961).⁹

Viertens findet sich der Ansatz, die Wissensgesellschaft dadurch zu beschreiben, dass sich das Wissen selbst bzw. der Umgang mit dem Wissen verändert habe. Es wird davon ausgegangen, es sei zu einer „Transformation der Währung Wissen“ gekommen (Willke 2002: 209). Zwar liegen die Ursachen in einer oder mehreren, bisweilen allen, der zuvor genannten Entwicklungen, jedoch sei das ultimative Kennzeichen der Wissensgesellschaft die *Veränderung* des Wissens selbst. Es existieren Ansätze, die davon ausgehen, dass Wissen nicht mehr als *inhaltliches* Wissen (als gerechtfertigter wahrer Glaube) als Folge von Bildungsprozessen im Mittelpunkt steht, sondern vielmehr Wissen als Ware oder objektiviertes Produkt, auf welches man durch Wissen zweiter Ordnung Zugriff erhält („*informiertes Wissen*“ Degele 2000): Die Leit motive, unter denen dies in der Wissensgesellschaft propagiert wird, lauten *Lebenslanges Lernen* oder *Lernen zu lernen*. Damit einhergehend würde auch die traditionelle Unterscheidung von Wissen und Glauben abgelöst von der neuen Leitdifferenz Wissen/Nichtwissen. Die Wissensgesellschaft wäre demnach eine Gesellschaft, die hauptsächlich von ihrem Umgang mit Nichtwissen bestimmt und geprägt ist.¹⁰

⁹ Ansätze dieser Perspektive finden sich bereits bei Lane (1966: 650), der die Wissensgesellschaft so definiert: „As a first approximation to a definition, the knowledgeable society is one in which, more than in other societies, its members: (a) inquire into the basis of their beliefs about man, nature, and society; (b) are guided (perhaps unconsciously) by objective standards of veridical truth, and, at the upper levels of education, follow scientific rules of evidence and inference in inquiry; (c) devote considerable resources to this inquiry and thus have a large store of knowledge; (d) collect, organize, and interpret their knowledge in a constant effort to extract further meaning from it for the purpose at hand; (e) employ this knowledge to illuminate (and perhaps modify their values and goals as well as to advance them“. Auch Bell (1975: 32) rückt die Wissenschaft in die Rolle des zentralen Akteurs in der Wissensgesellschaft und geht davon aus, dass wissenschaftliches Wissen zum „axialen Prinzip“ der Gesellschaft wird und damit zur „Quelle von Innovation und Ausgangspunkt der gesellschaftlich-politischen Programmatik“. Paradigmatisch findet sich dieser Ansatz jedoch bei Stehr (1994: 11), der schreibt: „Mehr als je zuvor ist Wissen in *allen* Bereichen unserer Gesellschaft Grundlage und Richtschnur menschlichen Handelns“ (Hvh: K.U.) und bei Weingart (2001). In Form der *Wissenschaftsgesellschaft* hat Rolf Kreibich (1986) die Verallgemeinerung der wissenschaftlichen Methode und damit die Verwissenschaftlichung der Gesellschaft konstatiert.

¹⁰ Den Bezug zum *Nichtwissen* kann man in zahlreichen Arbeiten finden: frühzeitig wurde er im Rahmen der unterschiedlichen Ansätze zum *Risiko* debattiert (Beck 1986). Aus dieser Perspektive kann man auch die Theorie der *Reflexiven Moderne* als eine Theorie der Wissensgesellschaft deuten (vgl. Lau/Bösch 2003). Auch bei Stehr (1994: 467ff) findet sich unter den Stichworten *Fragilität* bzw. *Zerbrechlichkeit moderner Gesellschaften* ein Verweis auf

Kurz zusammengefasst, soll in dieser Arbeit unter dem Term Wissensgesellschaft eine Form der Gesellschaft verstanden werden,

- in der *neue Kommunikations- und Informationstechnologien* in den sozialen Praktiken eine bedeutsame Rolle spielen,
- in der *Wissen als Produktionsfaktor* für die Wirtschaft sowohl in Form von *Wissensarbeit*, als auch in Form von *intelligenten* Produkten und Dienstleistungen die klassischen Produktionsfaktoren substituiert,
- in der *wissenschaftliches Wissen* in alle Lebensbereiche eindringt und sukzessive andere Wissensformen substituiert und schließlich eine,
- in der *Wissen zu einer warenförmigen Ressource* wird, und sich von *Nichtwissen* abgrenzt.

Quer zu diesen vier Dimensionen der Wissensgesellschaft lassen sich grob zwei dominante Argumentationslinien voneinander unterscheiden (vgl. Hack 2006: 111): die erste geht davon aus, dass sich die Wissensgesellschaft dadurch auszeichnet, dass sich das Wissen, welches vom Wissenschaftssystem und den dazugehörigen Institutionen produziert wird, auf alle anderen gesellschaftlichen Lebensbereiche ausweitet und in starkem Maße das alltägliche Leben bestimmt (vgl. Lane 1966; Bell 1975; Stehr 1994; Weiß 2006). Die zweite Argumentationslinie ist mit der ersten insoweit identisch, als sie ebenfalls die Annahme vertritt, dass Wissen in allen gesellschaftlichen Bereichen eine entscheidende Rolle zukommt. Der wichtige Unterschied liegt aber darin, dass es sich hierbei nicht um Formen oder Ableitungen von wissenschaftlichem Wissen handelt, sondern jeder Bereich der Gesellschaft eigene, spezifische Wissensformen besitzt. Es ist in dieser Perspektive sogar so, dass das wissenschaftliche Wissen in Konkurrenz zu diesen Wissensformen seine allgemeine Geltung und Monopolstellung langfristig verliert (vgl. Machlup 1962; Drucker 1969; Willke 2001b).

die Bedeutung des Nichtwissen bzw. des reflexiven Wissens in der Wissensgesellschaft. In der Tradition der Systemtheorie Niklas Luhmanns sieht Willke (2001b, 2002) in der Wissensgesellschaft eine *Krisis des Wissens*, die auf der Bedeutung des Nichtwissens in der Wissensgesellschaft beruht (Willke 2001b: 18f). In Ergänzung dazu können die Ansätze von Degele (2000), Leidhold (2001), Kade/Seitter (2007; 2002), Kade (2005) sowie Thiel (2007) als grundsätzliche Veränderung des Umgangs mit Wissen in der Wissensgesellschaft gedeutet werden: nicht mehr der Besitz und die Bildung durch Wissen stehen im Vordergrund, sondern der Zugang zu Wissen, die Organisation und das Management von Wissen. Wissen zweiter Ordnung, d.h. Wissen über Wissen, gewinnt in diesem Blickwinkel an Bedeutung.

2.1.2 Helmut Willkes Theorie der Wissensgesellschaft

Für letztere Argumentationslinie steht prototypisch der Ansatz von Helmut Willke. Auf der Basis der Systemtheorie Niklas Luhmanns hat er in den letzten Jahren eine eigene Konzeption der Wissensgesellschaft (1995a; 1995b; 1999; 2001a, 2001b; 2002), von Wissensarbeit (Willke 1998) und Analysen zur Bedeutung des Wissens (Willke 2004) und von Expertise (Willke 2005) vorgelegt. In Willkes Modell spielt die Wissenschaft nicht nur keine herausragende Rolle, sondern verliert in der Wissensgesellschaft sogar noch an Bedeutung (vgl. Willke 2001b: 3f; 2002: 12). Er bestreitet zwar nicht den Erfolg der Wissenschaft, jedoch geht er davon aus, dass gerade durch die allgemeine Steigerung der Bedeutung von Wissen in der Wissensgesellschaft das Wissen der Wissenschaft keine dominante Rolle mehr spielen kann: unterschiedliche Formen des Wissens aus unterschiedlichen Quellen treten in Konkurrenz mit einander. Er definiert die Wissensgesellschaft daher:

„Von einer Wissensgesellschaft oder einer wissensbasierten Gesellschaft lässt sich sprechen, wenn die Strukturen und Prozesse der materiellen und symbolischen Reproduktion einer Gesellschaft so von wissensabhängigen Operationen durchdrungen sind, dass Informationsverarbeitung, symbolische Analyse und Expertensysteme gegenüber anderen Faktoren der Reproduktion vorrangig werden“ (Willke 2001a: 380).

Und weiter führt er aus:

„Was die Wissensgesellschaft demgegenüber kennzeichnet, ist, dass nicht ein Teilsystem dominant wird, sondern das *alle* Funktionssysteme in ihrer elementaren Operationsweise an eine Wissensbasierung gebunden sind, die sich in die Konstitution der jeweiligen Elemente einnistet und darin die Qualität der Elemente von Systemoperationen verändert“ (Willke 2001a: 396)¹¹

¹¹ An anderer Stelle wird er deutlicher und anschaulicher (Willke 1998: 164f): „Bislang war es geradezu ein Merkmal der Moderne, dass das Wissenschaftssystem für die Erzeugung, Beurteilung, Kanonisierung und Revision des erzeugten Wissens ausschließlich zuständig war. Andere Funktionssysteme wie Politik, Recht, Erziehung, Gesundheit etc. inkorporierten in intermediarisierenden Prozessen der Politikberatung, Expertenanhörung, der Pädagogisierung, der Verknüpfung von medizinischer Forschung und Praxis in Universitätskliniken etc. das neue Wissen und formulierten Anforderungen an die Wissenschaft. Heute dagegen lässt sich eine Aufweichung dieser klaren Arbeitsteilung [...] beobachten. [...] Das Wissenschaftssystem ist gar nicht mehr in der Lage, Produktion und Verwendung spezialisierter Expertise zu kontrollieren, die in ‚fremden‘ Kontexten anfallen. Vor allem aber ist aufgrund der polyzentrischen Produktion von Wissen das Tempo der

Solange das wissenschaftliche Wissen nur auf das eigene System beschränkt war, konnte die Wissenschaft relativ einfach eine erhöhte Autorität für ihr Wissen beanspruchen. Dadurch, dass das wissenschaftliche Wissen in der Wissensgesellschaft der praktischen Verwertung zugeführt wird, werden die Defizite und Probleme sowie die versteckten Risiken deutlich. Gleichzeitig kann die Wissenschaft auch nicht mehr die Kontrolle und Überwachung des Wissens leisten, das an anderen Orten produziert, verwendet und nach kurzer Zeit wieder verworfen wird. Teilweise orientiert Willke sich hiermit an den Überlegungen von Gibbons et al (1994), die einen grundlegenden Wandel der Produktion des Wissens proklamierten. In ihrem *Modus 2* verliert die Wissenschaft die privilegierte Stellung als zentraler Ort der Wissensproduktion und es entwickelt sich eine dezentrale Landschaft unterschiedlicher, teils hybrider Formen der Wissensproduktion.¹²

Willke geht davon aus, dass die gängigen Analysen des Wissensbegriffs zu kurz greifen, um die Veränderungen der Wissensgesellschaft adäquat nachzeichnen zu können. Daher versucht er einen, wie er sagt, *elaborierten* Wissensbegriff zu entwickeln. Wissen fasst er grundsätzlich als das Ergebnis von *Lernen* auf, beziehungsweise: „Lernen ist der Prozess und Wissen das Produkt“ (2001b: 6; vgl. 2002: 9).¹³ Wissen entsteht also dadurch, dass „in einer kommunikativ konstituierten und kommunikativ vermittelten sozialen Praxis Daten und Informationen in einen sinnhaften Zusammenhang“ gebracht werden (Willke 2001b: 8).¹⁴ Dies bedeutet erst einmal schlicht nichts Weiteres als das Menschen in Situationen wahrgenommene oder erfahrene Daten und Informationen vor dem Hintergrund ihres bestehenden Wissens über die Situation deuten und sie in ihren Wissensbestand integrieren.¹⁵ Wichtig ist

Wissensrevision so gesteigert, dass der langwierige Umweg über das Wissenschaftssystem kontraproduktiv wäre“.

¹² Vgl. hierzu kritisch Weingart (1997a, 1997b) und die Beiträge in Bender (2001a) sowie in TA-Datenbank 1999, H3/4.

¹³ Lernen wiederum, als Basis des Wissens, versteht Willke, getreu nach Luhmann (1990: 157), als Kommunikation und folgert daher, dass Wissen auch zwingend auf Kommunikation angewiesen ist. Jede Kommunikation, die nach Luhmann auf der Synthese von Information-Mitteilung-Verstehen beruht, generiert beim Verstehenden Wissen (Willke 2001b: 7). „...im Kriterium des Verstehens erzeugt *jede* gelingende Kommunikation ein Wissen, und sei es noch so minimal, dadurch, dass von *ego* mitgeteilte und von *alter* wahrgenommene Informationen von *alter* auf der Basis seines eigenen Erfahrungskontextes erwogen und auf Annahme oder Ablehnung geprüft werden“ (Willke 2002: 20).

¹⁴ Ausführlich geht er auf seinen Wissensbegriff in Willke (2004: 27-65) ein: dort definiert er Daten als beobachtbare Unterschiede und Informationen als Daten, die bereits in einen Kontext eingebunden wurden (Willke 2004: 33).

¹⁵ Willke schließt hieraus, dass es kein abstraktes oder theoretisches Wissen gebe, sondern nur „Wissen im Umgang mit Theorien“ oder „Wissen im Umgang mit Abstraktionen“

nun, dass Willke hieraus eine Unterscheidung zwischen *Wissen* und *Intelligenz* ableitet: Intelligenz ist für ihn „aus Erfahrung abgeleitete Problemlösungsfähigkeit“ (2001b: 8).

Er bezeichnet sie daher als „ein deutlich einfacheres Konzept als Wissen. Intelligenz beschränkt sich auf funktionierende Problemlösung, während Wissen zusätzlich die Fähigkeit voraussetzt, Erfahrungen in den Auseinandersetzungen zwischen Systemen und ihren Umwelten zu machen und aus ihnen Schlussfolgerungen abzuleiten“ (Willke 2001b: 9)¹⁶

Wissen selbst definiert er an anderer Stelle (Willke 2004: 33) als „eine auf Erfahrung gegründete *kommunikativ konstituierte und konfirmierte Praxis*“. Mit Hilfe dieses *neuen* Wissensbegriffs (2001b: 11) analysiert er den Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Die Wissensgesellschaft existiert zwar noch nicht, wirft ihm zufolge aber bereits „ihre Schatten voraus“ (2001a: 379). In fünf Dimensionen sieht Willke die Veränderungen des Wissens in der Wissensgesellschaft manifest werden (vgl. 2001b: 12):

- *zeitlich*: Wissen wird vom langsamen, Gesellschaften stabilisierenden Faktor zu einem schnellen, Gesellschaften verändernden Faktor. Es ist auch nicht mehr das bewährte Wissen, das Wissen *von Früher*, welches Relevanz besitzt, sondern neues, auf die *Zukunft ausgerichtetes* Wissen.
- *räumlich*: Nicht mehr die Wissenschaft ist für die Produktion neuen Wissens zuständig, sondern in multiplen Quellen entsteht praxisrelevantes Wissen; dadurch verliert die Wissenschaft ihre Autorität.

(Willke 2001b: 8), da alles Wissen immer der praktischen Bewältigung der gegebenen Situation diene.

¹⁶ Hierzu bedarf es keines Wissens darüber, wie die Probleme gelöst werden, wie er an am Beispiel des Genoms darstellt: in den Genen sieht Willke die gesammelten Problemlösungsstrategien einer bestimmten Spezies repräsentiert, ohne dass der einzelne Organismus etwas darüber wissen müsse. Analog gelte dies auch für Technologien, d.h. auch einzelne technische Artefakte könnten eine Form der *embedded intelligence* besitzen, während es die Produzenten dieser Artefakte sind, die zuvor aus der Erfahrung gelernt, also Wissen gewonnen haben. Intelligenz findet sich nicht nur im Genom oder in technischen Artefakten, auch soziale Institutionen, Normen, Traditionen etc. können in dieser Hinsicht über eingebaute Intelligenz verfügen. Sowohl was die in Technologien als auch was die in sozialen Formen eingebaute Intelligenz angeht, so ist es für die Nutzung dieser Intelligenz nicht notwendig, zu wissen worauf sie beruht. Es reicht zu wissen wie man sie bedient bzw. damit umgeht. Natürlich muss jemand einmal gewusst haben, wie man z.B. ein Telefon konstruiert, um es jedoch zu benutzen - das heißt von der eingebauten Intelligenz Gebrauch zu machen - ist dieses Wissen aber nicht notwendig (Willke 2001b: 10).

- *sozial*: zur Gestaltung sozialer Praxis werden alle Wissensformen inkludiert und gleichzeitig durch Eigentumsrechte am Wissen all diejenigen, die an der Verwertung nicht teilhaben exkludiert.
- *operativ*: dadurch, dass immer mehr Wissen *über* Wissen produziert wird, wird das Wissen insgesamt immer *reflexiver*.
- *kognitiv*: soziale Systeme erlangen durch *eingebaute Intelligenz* kognitive Fähigkeiten und sind lernfähig (Stichwort: Lernende Organisation vgl. Willke 2001a: 380)

War die Industriegesellschaft in ihrer Arbeitsteilung robust im Umgang mit Fehlern in der Kommunikation, wird die Wissensgesellschaft aufgrund des veränderten Wissens viel mehr Probleme haben, solche Kommunikationsfehler zu bewältigen.

„Dagegen ist die Wissensgesellschaft mit einer Steigerung an organisierter Komplexität, Interdependenz und Ubiquität geschlagen, welche den vielen kleinen Katastrophen kaum mehr den Raum und die Zeit gibt, sich im Sande zu verlaufen und im günstigsten Fall sogar noch lokale Lernprozesse anzustoßen“ (2001b: 12).

Während in früheren Gesellschaften die Leitdifferenz des Wissens Wissen/Glauben (archaische Gesellschaft) oder Wissen/Macht (industrielle Gesellschaft) gelautet hat, so geht Willke für die Wissensgesellschaft davon aus, dass deren Leitdifferenz Wissen/Nichtwissen ist (vgl. Willke 2004: 27). Damit wird dem *Risiko*, dass bereits in der Industriegesellschaft eine große Rolle, Rechnung getragen: Normale Risiken, wie sie in der Industriegesellschaft üblich waren, ließen sich im Idealfall auf einzelne Entscheidungen, Irrtümer oder ähnliches zurückführen. In der vernetzten und interdependenten Wissensgesellschaft haben wir es aber mit *Systemrisiken* zu tun, für die dies nicht mehr gilt. Die Abläufe und Techniken der Wissensgesellschaft sind so komplex ineinander verwoben, dass ihre Folgen nicht abzusehen sind. Mit jedem neuen Wissen in der Wissensgesellschaft ist neues *Nichtwissen* verknüpft, welches nicht mehr nur Auswirkungen auf einen begrenzten Kontext hat, sondern sich zu einem systemischen Nichtwissen potenziert. Auch die Wissenschaft kann mit Detailforschung an dieser Stelle keine Abhilfe mehr schaffen, da die Ableitung von Handlungsvorschlägen aus wissenschaftlicher Erkenntnis ihrerseits wieder neues Nichtwissen in die Praxis transferiert. (Willke 2001b: 16)

Diese, von Willke so genannte, „Krisis des Wissens“ (2001b: 17) ist verbunden mit einer Krisis des Lernens, d.h. während das Nichtwissen in der Wissensgesellschaft immer dominanter wird, kommt dem Lernen, welches ja

das Wissen erzeugt, besondere Bedeutung zu. Lernen muss aber unter den Bedingungen der Wissensgesellschaft vor allem schneller erfolgen, denn es besteht der Bedarf, sich immer zügiger an die veränderten Bedingungen anzupassen.

„Die Krisis des Wissens wird, wie gesagt, kognitiv getrieben von der neuen Relevanz des Nichtwissens, und sie wird operativ davon getrieben, dass es nun darum geht, die richtigen Fehler schneller zu machen als der Wettbewerber, um Lernprozesse zu intensivieren, die im Kern darin bestehen, Expertise im Umgang mit Nichtwissen zu entwickeln.“ (Willke 2001b: 18)

Dabei ist die Wissensgesellschaft immer auch eine globalisierte Gesellschaft, d.h. aufgrund der Vernetzung und der wechselseitigen Abhängigkeit spielt jede Veränderung, jede Innovation irgendwo auf der Welt immer eine Rolle und kann von den Akteuren nicht ignoriert werden (Willke 2001b: 19).

Für das Individuum folgt daraus eine stete Anpassung an neue Bedingungen und neues Wissen, wie es sich in Willkes Bild der Wissensarbeit niederschlägt (Willke 1998). An die Stelle einer einmaligen, umfassenden Ausbildung tritt ein kontinuierlicher Lernprozess, der den Wissensarbeiter in die Lage versetzt, mit den Anforderungen der Wissensgesellschaft umzugehen. Die vielfältigen Ansätze zur Wissensarbeit stellen in der Regel Variationen dessen dar, was Machlup (1962) Wissensberufe oder Drucker (1969) Kopfarbeiter nannten.¹⁷ Willke skizziert seine Vorstellung von Wissensarbeit wie folgt:

Dieser neue Typus der Arbeit „bezeichnet Tätigkeiten (Kommunikationen, Transaktionen), die dadurch gekennzeichnet sind, dass das erforderliche Wissen nicht einmal im Leben durch Erfahrung, Initiation, Lehre, Fachausbildung oder Professionalisierung erworben und angewendet wird. Vielmehr erfordert Wissensarbeit im hier gemeinten Sinn, dass das relevante Wissen (1) kontinuierlich revidiert, (2) permanent als verbesserungsfähig angesehen, (3) prinzipiell nicht als Wahrheit, sondern als Ressource betrachtet wird und (4) untrennbar

¹⁷ So schreibt Drucker (1969: 334) als zentrale Anforderung an die Arbeiter der Wissensgesellschaft, dass „Der systematische und gezielte Erwerb von Informationen und deren systematische Anwendung ... sich auf der ganzen Welt immer deutlicher als neue Grundlage der Arbeit, Produktivität und unserer Bemühungen“ erweise. Und daher haben „Der Mann oder die Frau, die einmal Können auf Wissensgrundlage erworben haben, [...] schon Lernen gelernt. Er oder sie können rasch neues und anders geartetes Können erwerben“ (Drucker 1969: 337). In einer späteren Veröffentlichung kommt er zu dem Schluss, „The knowledge workers in their entirety will be the ‚rulers‘. They will also have to be the leaders“ (Drucker 1989: 238).

mit Nichtwissen gekoppelt ist, so dass mit Wissensarbeit spezifische Risiken verbunden sind“ (Willke 1998: 21).

Wissensarbeit bedeutet somit für Willke, Wissen zu einem austauschbaren und flexiblen Gut zu machen, dessen man sich, je nach Aufgabe und Anforderung, bedient. Die Frage nach Wahrheit stellt sich in diesem Zusammenhang nicht, sondern das Wissen wird einer ständigen Prüfung auf Brauchbarkeit unterzogen und ist immer nur vorläufig.

Der neue Typus der Arbeit bringt auch einen neuen Typus des Arbeiters mit sich: den Wissensarbeiter. Willke orientiert sich hierbei an den Entwürfen von Robert Reich (1997). Reich analysiert die unterschiedlichen Formen moderner Dienstleistungen und entwickelt dabei das Modell des Symbolanalytikers; eines Spezialisten, der die Wirklichkeit auf Abstraktionen reduziert und mit eben jenen abstrakten Symbolen und Bildern umgeht und arbeitet (Reich 1997). Dies ist für Willke der Prototyp des Wissensarbeiters.

„Symbol-Analytiker lösen, identifizieren und vermitteln Probleme, indem sie Symbole manipulieren. Sie reduzieren die Wirklichkeit auf abstrakte Bilder, die sie umarrangieren, mit denen sie jonglieren und experimentieren, die sie an andere Spezialisten weiterreichen und die sie schließlich zurück in die Wirklichkeit verwandeln können.“ (Reich 1997: 199)

Diese Art der Arbeit findet nur noch im virtuellen Raum statt, und der Gegenstand der Tätigkeit ist Wissen und Information. Dabei benutzen diese Wissensarbeiter unterschiedliche Werkzeuge:

„Die Manipulationen werden vorgenommen mit analytischen Werkzeugen, geschärft durch Erfahrung. Diese Werkzeuge können sein: mathematische Algorithmen, juristische Argumente, Finanztricks, wissenschaftliche Regeln, psychologische Kenntnisse darüber, wie man Leute überzeugt oder zum Lachen bringt, Induktions- und Deduktionsgefüge oder sonstige Techniken des Umgangs mit Begriffen und Symbolen.“ (Reich 1997: 199)

Ein besonderes Kennzeichen dieser Tätigkeit ist, dass die zu bearbeitenden Probleme nicht vorbestimmt sind; Symbolanalytiker nehmen sich neuen, unvorhergesehenen und unbestimmten Fragen an und sollen bislang unbekannte Lösungen finden. Das Ergebnis ihrer Arbeit besteht darin, dass sie

„beraten, präsentieren, informieren und Geschäfte abschließen. Periodisch liefern sie Berichte, Pläne, Entwürfe, Skizzen, Memoranden, Layouts, Ausführungen, Manuskripte oder Projektionen ab, aus denen

sich dann die Notwendigkeit weiterer Konferenzen ergibt... Der größte Zeit- und Kostenaufwand (und somit der effektive Wert) entsteht bei der Konzeptualisierung des Problems, bei der Lösungsfindung und bei der Planung der Ausführung.“ (Reich 1997: 200)

Reich geht davon aus, dass für diese Form der Wissensarbeit Symbolanalytiker nicht auf einen einmal erworbenen Fundus von Wissen zurückgreifen können, sondern sich dynamisch mit dem vorhandenen Wissen auseinandersetzen müssen.

„In der neuen Wirtschaft jedoch – die voller unidentifizierter Probleme, unbekannter Lösungen und unversuchter Mittel und Wege steckt – reicht die Beherrschung der klassischen Wissensdomänen nicht mehr annähernd aus ... Und vor allem ist sie nicht mehr nötig. ... Viel wichtiger ist die Fähigkeit, das Wissen effizient und kreativ einzusetzen.“ (Reich 1997:: 203)

Wissensarbeit erfordert die ständige und kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem vorhandenen Wissen. Das Wissen ist dabei eine Ressource, die flexibel genutzt, aufgenommen und wieder revidiert werden kann. Man erkennt hier die Nähe zur Konzeption der Wissensarbeit bei Willke (1998).

Es verwundert daher nicht, wenn Willke (1999: 263) als normatives Leitmotiv der Wissensgesellschaft notiert, dass in der Wissensgesellschaft die „Wissensaneignung zum *kategorischen Imperativ*“ wird.¹⁸

Während in Willkes Entwurf der Wissensgesellschaft die Wissenschaft nur eine untergeordnete und quasi impotente Rolle spielt, ist sie im Ansatz Stehrs die zentrale Akteurin. Dieser soll nun als Gegenentwurf zu Willke im nächsten Abschnitt kontrastierend vorgestellt werden.

2.1.3 Nico Stehrs Theorie der Wissensgesellschaft

Als Gegenentwurf zur Konzeption Willkes soll hier der Ansatz von Nico Stehr präsentiert werden.¹⁹ In Bezug auf die Bedeutung des Wissens für die

¹⁸ Bittlingmayer (2005: 23) vermutet, dass es sich hierbei aber lediglich um „die Verallgemeinerung der Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata spezifischer sozialer Milieus handelt, die im Zusammenhang mit anderen populären zeitdiagnostischen Begriffen die soziale Welt prägen und vorstrukturieren.“

¹⁹ Erste Ideen und Konzepte zur Wissensgesellschaft hat Stehr gemeinsam mit Gernot Böhme bereits in den 1980er Jahren entwickelt und veröffentlicht (vgl. Böhme/Stehr 1986). In seinem Hauptwerk zur Wissensgesellschaft „Arbeit, Eigentum und Wissen“ von 1994 analysiert und kritisiert er die älteren Konzepte von Lane, Drucker und Bell (Stehr 1994: 25-45; 99-174, und entwickelt seine eigene Theorie (Vorarbeiten hierzu finden sich bereits in

Gesellschaft stellt er, analog zu Willke, fest, dass „Mehr als je zuvor [...] Wissen in *allen* Bereichen unserer Gesellschaft Grundlage und Richtschnur menschlichen Handelns“ ist (Stehr 1994: 11; Hvh.K.U.). Auch er geht aber primär davon aus, dass die dramatischste Veränderung die Wirtschaft betrifft. Als wichtigsten Indikator für die Wissensgesellschaft zieht er dementsprechend ökonomische Argumente heran: „Wissen übernimmt mehr und mehr die Rolle der klassischen Produktionsfaktoren Eigentum, Arbeit und Boden“ (Stehr 1994: 11f). Die Bedeutung des Wissens beschränkt sich aber nicht nur auf die Wirtschaft, sondern „Wissen wird zunehmend *konstitutiv* für die moderne Gesellschaft“ (Stehr 1994: 26; Hvh. K.U.). Im Unterschied zu Willke meint Stehr, wenn er von Wissen spricht, hauptsächlich *wissenschaftliches* Wissen, denn die gesellschaftlichen Veränderungen, die er vor Augen hat, stehen „in enger Beziehung zu ‚Fortschritten‘ in Wissenschaft und Technik...“ (Stehr 1994: 12). Darüber hinaus sieht er diese Fortschritte nicht beschränkt auf die Natur- und Technikwissenschaften, sondern geht davon aus, dass die Sozial- und Geisteswissenschaften durchaus einen Beitrag zur gesellschaftlichen Transformation leisten und somit ihren Anteil an der Wissensgesellschaft haben.²⁰ Für ihn sind es eindeutig die Erfolge der Wissenschaft und die Durchdringung aller Lebensbereiche mit wissenschaftlichem Wissen, die die Wissensgesellschaft kennzeichnen.

Die „besondere Bedeutung der Produkte der Wissenschaft für die zeitgenössische Gesellschaftsform einer bisher quantitativ nicht allzu großen Anzahl von Staaten [rechtfertigt] den Begriff ‚Wissensgesellschaft‘ als Kennzeichen ihrer sich in der Entwicklung befindlichen Lebensweise, Kultur und Sozialstruktur“ (Stehr 1994: 13, FN2).

Stehr schließt mit seiner Theorie der Wissensgesellschaft zwar an die Ansätze von Bell und Drucker an, jedoch teilt er ausdrücklich nicht deren von Optimismus und Wissenschaftsgläubigkeit geprägtes positives Bild der Wissensgesellschaft:²¹

„Mit anderen Worten, ich gehe nicht davon aus, dass die Wissenschaft den utopischen Plan der Rationalisierung der Irrationalität in Kürze vollenden wird ... Auch glaube ich nicht, dass die Gesellschaft als

Stehr 1991), die er seitdem in weiteren Publikationen ausgeführt hat (Stehr 2000, 2001a, 2001b).

²⁰ Stehr vertritt einen sehr weiten Wissenschaftsbegriff, der sowohl die Natur- als auch die Geistes- und Sozialwissenschaften umfasst (Stehr 1994: 12).

²¹ Insbesondere wendet er sich gegen Lanes (1966) Hoffnung einer wissenschaftlich fundierten rationalen Politik.

Ergebnis des verbreiteten Einsatzes von Wissenschaft und Technik unbedingt eine humanere sein wird oder das Leben in einer solchen Gesellschaft letztlich gerechter und von geringeren sozialen Ungleichheiten gekennzeichnet sein wird“ (Stehr 1994: 13).

Wissensgesellschaften zeichnen sich insbesondere dadurch aus, dass einerseits das Leben und Handeln in ihnen verstärkt von Wissenschaft und Technik abhängig sind, andererseits mit dieser Durchdringung keine gesteigerte Rationalität des Lebens, sondern vielmehr eine Erhöhung der sozialen Kontingenz verbunden ist. Dies entspricht der Vorstellung Willkes, dass die Wissenschaft nicht nur Wissen, sondern eben auch Nichtwissen produziert und die Verwendung von wissenschaftlichem Wissen in der Praxis deshalb auch zu Unsicherheiten und Risiken führen kann. Als Absage an all diejenigen, die entweder auf die gesteigerte Rationalität einer Technokratie hoffen²² oder sich vor der undemokratischen Herrschaft der Experten fürchteten²³, folgert er:

Der Fortschritt der Wissenschaft bedeutet nicht, „dass man Politik leichter planen, vorhersagen und kontrollieren kann. Wissensfortschritte sind unter Umständen mit entgegengesetzten Entwicklungen verbunden, und zwar mit einer wachsenden Fragilität der Gesellschaft (und Natur)“ (Stehr 1994: 14).

Von entscheidender Bedeutung für seinen Ansatz ist, dass Stehr eine ausführliche Analyse des Wissensbegriffs betreibt. Zwar habe man sich in den früheren Konzeptionen mit der Produktion des Wissens und deren Rolle in der Gesellschaft beschäftigt, nicht jedoch mit der sozialen Komponente. Sein Kritikpunkt an den vorhergehenden Konzeptionen ist die Feststellung, dass keiner der zuvor genannten Autoren eine (für ihn) adäquate (soziologische) Definition von Wissen geliefert habe (Stehr 1994: 203).²⁴ Sein Ansatz beginnt

²² Wie dies z.B. Lane (1966) tut: Dieser vertritt die Auffassung, dass in einer Gesellschaft, die große wissenschaftliche Erfolge erzielt, die Politik sich langfristig nicht den wissenschaftlichen Erkenntnissen sperren könnte; objektives wissenschaftliches Wissen würde in der Wissensgesellschaft Druck auf die Handlungen und Entscheidungen der Politik qua ihrer empirischen Beweiskraft ausüben und damit das Zeitalter der Ideologie beenden: „Such knowledge – discovered, organized, and communicated by professional men – creates a pressure for policy change with a force all its own. Knowledge (and what is regarded as knowledge) is pressure even without pressure groups, and without reference to an articulated forensic ideology“ (Lane 1966: 661).

²³ Schelsky (1965), Habermas (1966) und zur aktuellen Debatte Turner (2001).

²⁴ So weist er darauf hin, dass es sinnvoll ist, zwischen *Wissensinhalt* und *Wissensprozess* zu unterscheiden, wobei der Wissensinhalt dasjenige umfasst *was* gewusst wird und der Prozess *wie* man etwas weiß. Von dieser Unterscheidung ausgehend stellt er fest, dass für die moderne Gesellschaft eine besondere Form des Wissensprozesses typisch ist: das indirekte Lernen durch objektiviertes Wissen. Die Menschen erwerben oder produzieren ihr

daher mit einer Analyse des Wissensbegriffes (vgl. insbesondere Stehr 1994: Kapitel 5): Für Stehr stellt Wissen die Fähigkeit zum sozialen Handeln dar:

„Ich möchte Wissen als *Fähigkeit zu sozialem Handeln* (Handlungsvermögen) definieren, als die Möglichkeit, etwas in ‚Gang zu setzen‘: Wissen ist ein Modell *für die Wirklichkeit*. Wissen illuminiert; Wissen ist Entdecken. Erkenntnisse sind aber nicht passives Wissen. Wissen als erster Schritt zum Handeln ist in der Lage, die Realität zu verändern“ (Stehr 2006: 38).

In diesem Sinne sieht Stehr Wissen als eine „konstante anthropologische Größe“ an. Abgeleitet von Bacons Ausspruch: „scientia est potentia“ setzt er Wissen nicht mit Macht gleich, sondern spricht von der Macht *des* Wissens (Stehr 2001: 8). Was der Mensch von der Natur weiß ist *Ursachenwissen* d.h. das Wissen davon, warum welche Prozesse so und nicht anders ablaufen. Mit dem Ursachenwissen verfügt der Mensch gleichzeitig auch über entsprechende *Handlungsregeln* und somit über Wissen darüber, was er tun muss, um eine spezifische Wirkung zu erzielen. In einem pragmatischen Sinne folgt daraus, dass der Erfolg oder schlicht die Folgen menschlichen Handelns sich in der Veränderung (oder ggf. in der ausbleibenden Veränderung) der Realität zeigen. Der Wert einer Erkenntnis liegt somit nicht in dieser selbst sondern vielmehr in ihrem Potential, die Wirklichkeit zu verändern. Dies ist der Grund, warum Stehr Wissen als *Fähigkeit zum Handeln* definiert. Diese Bestimmung gilt erstmal für jede Form des menschlichen Wissens (Stehr 2001: 8). Wissen entwickelt nach Stehr, in Anlehnung an (Mannheim 1929), nur dort Macht, wo es einen Handlungsspielraum gibt d.h. wo es gilt, eine Entscheidung zu treffen. Anders ausgedrückt:

„Wissen erfüllt nur dort eine *aktive* Funktion im gesellschaftlichen Handlungsablauf, wo Handeln nicht nach im Wesentlichen stereotypisierten und oft unreflektierten Mustern abläuft oder ansonsten weitgehend reguliert ist, sondern wo es, aus welchen Gründen auch immer, einen Entscheidungsspielraum oder –notwendigkeiten gibt“ (Stehr 2001: 8)

Wissen über bestimmte Gegenstände nicht mehr durch die Auseinandersetzung mit diesen realen Gegenständen, sondern durch symbolische Repräsentationen dieser Gegenstände (Bücher, Daten, Filme usw.). Wissen, welches in symbolischer Form kondensiert ist nennt Stehr (1994: 205) objektiviertes Wissen, und es ist diese Form des Wissens, die zu einer gesellschaftlichen Ressource geworden ist. „Die Veränderungen, die in unserer Darstellung zu einer Wissensgesellschaft führen, sind vor allem Veränderungen im Prozess der intellektuellen Aneignung von Natur und Gesellschaft“ (Stehr 1994: 205).

Damit schließt Stehr alle Formen menschlicher Aktivitäten aus, die auf Routinen, Normen, Traditionen oder Affekten beruhen. Während diese Unterscheidung hinsichtlich des traditionellen, wertrationalen und affektuellen Handelns noch eingängig ist, mag es überraschend sein, dass Stehr auch komplexe Routinetätigkeiten von seiner Vorstellung des Handelns ausschließt: z.B. die Bedienung hochkomplexer Technologien, wenn sie sich an der Bedienungsanleitung orientieren, die Subsumtion eines Falles unter ein Gesetz durch den Juristen oder die Fallbearbeitung eines Verwaltungsangestellten stellen allesamt für Stehr kein Handeln dar. Diese Verhaltensweisen bezeichnet Stehr als *reproduktiv*, da sie „in einem rationalisierten Gefüge nach Vorschriften ohne *persönliche* Entscheidung vollzogen werden“ (Stehr 2001: 9).

Die große Bedeutung des wissenschaftlichen Wissens ergibt sich demzufolge auch nicht daraus, dass dieses Wissen wahrer, objektiver oder gar weniger umstritten wäre als andere Formen des Wissens, sondern daraus, dass das wissenschaftliche Wissen – im Vergleich zu anderen Wissensformen – stetig *neue Handlungsoptionen* erzeugt (Stehr 1994: 210).

Stehr sieht hierin aber nicht eine immer größer werdende Natur- oder Gesellschaftsbeherrschung, sondern die neuen Optionen entstehen meist im Zusammenhang von bereits wissenschaftlich geprägter („angeeigneter“) Natur oder Gesellschaft. Damit meint er, dass z.B. naturwissenschaftliches Wissen dort wirksam wird und Handlungen ermöglicht, wo die Natur bereits durch Technologie nutzbar gemacht wurde. Ebenso verhält es sich mit dem sozialwissenschaftlichen Wissen, dass in den Zusammenhängen von Bedeutung ist, die bereits durch wissenschaftliche Rationalität geformt wurden (Stehr 1994: 220f).²⁵

Er schränkt ein, dass „wissenschaftliche Erkenntnisse [...] meist schlechter als ihr guter Ruf“ sind (Stehr 2001: 9). Wissenschaftliches Wissen zeichnet sich durch seine prinzipielle Vorläufigkeit und Anfechtbarkeit aus. Dies ist wissenschaftsintern eine Tugend (Popper 1937), wird aber in praktischen Kontexten, in denen man sich von der Wissenschaft eindeutige Antworten erhofft, oftmals verdrängt. Ähnlich wurde dieser Punkt bereits zuvor bei Willke angesprochen: Wenn wissenschaftliches Wissen in praktischen

²⁵ In Stehrs Worten: „Vielmehr wurde naturwissenschaftliches Wissen in technischen Zusammenhängen wirksam, das heißt dort, wo es sich um schon materiell angeeignete Natur handelt. ... In einem analogen Sinn ist jede wachsende praktische Wirksamkeit von sozialwissenschaftlichem Wissen darauf zurückzuführen, dass die Gesellschaft selbst durchrationalisiert ist. Gesellschaftliche Zusammenhänge werden in Datenzusammenhänge transformiert, gesellschaftliche Handlungsformen werden wissenschaftsförmig“ (Stehr 1994: 220f)

Kontexten verwendet wird, tritt diese *Anfechtbarkeit, Unabgeschlossenheit* und *Zukunftsoffenheit* zu Tage. Für die Praxis, in der Entscheidungen getroffen werden sollen, ist dies ein elementares Problem.

Die neuen Handlungsmöglichkeiten können sich Individuen, Gruppen oder Institutionen zumindest zeitweise aneignen: beispielsweise in Form von Patenten. Stehr stellt aber deutlich heraus, dass Wissen sich von anderen Gegenständen grundsätzlich unterscheidet. Gibt man Wissen weiter, so verbleibt es gleichzeitig auch bei der Person, die es weitergibt; die Verfügungsgewalt geht nicht einfach verloren. Hinzu kommt, dass dem Wachstum (und der Verbreitung) des Wissens prinzipiell keine Grenzen gesetzt sind, und vor allem handelt es sich hierbei nicht um ein Nullsummenspiel, d.h. der Zugewinn an Wissen auf der einen Seite führt nicht zwangsläufig zu einem Verlust auf der anderen (Stehr 1994: 206). Trotz dieser Eigenschaften, die Wissen als *kollektives Gut* erscheinen lassen, gibt es Fälle, in denen es auch zu einem wertvollen *knappen Gut* wird. Dies liegt daran, dass Wissen nicht *per se* ökonomisch relevante Handlungsmöglichkeiten liefert, sondern vor allem *neues Wissen*, das einen Wettbewerbsvorteil verspricht, von Bedeutung ist. Dieses *incremental knowledge*, das neue, entscheidende Handlungsmöglichkeiten verspricht, ist es, welches heutzutage von großem ökonomischem Wert ist. Hinzu kommt, dass zwar Wissen durch die Weitergabe nicht verloren geht, jedoch die Weitergabe auch nicht zwangsläufig bedeutet, dass der Empfänger in der Lage ist, das Wissen selbst adäquat weiterzugeben (Stehr 1994: 212f). Experten und Berater vermitteln beispielsweise Wissen, ohne dabei den jeweiligen Empfänger vollständig über alle relevanten Inhalte aufzuklären, die dieser benötigt um selbst als Berater tätig zu sein.

Da das wissenschaftliche Wissen, wie gezeigt, potentiell immer strittig ist, droht es seine Praxisrelevanz zu verlieren, denn Handlungsentscheidungen in der Praxis müssen irgendwann getroffen und die Handlungen entsprechend durchgeführt werden. Reflexionen abzuschließen und in eine – für die praktischen Kontexte – relevante Form zu bringen, ist die Aufgabe von Wissensarbeitern, Experten, Ratgebern und Beratern (Stehr 2001: 9). Dies ist kein neues Phänomen: Experten und Ratgeber hat es laut Stehr schon immer gegeben. Was neu ist, ist die große Zahl derer, die einer Wissensfundierung ihrer Tätigkeit bedürfen.

Die von Stehr diagnostizierte Durchdringung *aller* Lebensbereiche mit wissenschaftlichem Wissen verschiebt auch die Machtstrukturen der Gesellschaft (vgl. Stehr 1994: 463ff): Die frühen Ansätze zur Wissensgesellschaft, z.B. von Bell, sind davon ausgegangen, dass die

Verwissenschaftlichung der Gesellschaft zu einer höheren Steuerungskapazität des Staates führen würde. Stehr widerspricht dieser Diagnose vehement. Ganz im Gegenteil würde sich durch die Wissensbasierung die Macht des Staates reduzieren. Gleichzeitig wächst das Potential von Individuen und kleinen Gruppen, Widerstand zu leisten.

„Wissensgesellschaften [scheinen] politisch zerbrechlicher zu sein, nicht etwa weil sie liberale Demokratien sind, [...] sondern weil sie Wissensgesellschaften sind. Wissensgesellschaften erhöhen potentiell den demokratischen Charakter liberaler Demokratien. Indem aber die Voraussetzungen und die Chancen für eine effektive politische Partizipation vieler wachsen, vermindert sich die Fähigkeit des Staates, seinen Willen durchzusetzen“ (Stehr 1994: 467)

Gerade weil die Wissensgesellschaft umfassend über reflexives Wissen über die Natur und die soziale Wirklichkeit verfügt und sich der sozialen Konstruiertheit dieser Wirklichkeit bewusst ist, wächst die Kontingenz des sozialen Handelns und das Bewusstsein für die zunehmende Beeinflussbarkeit sozialer Handlungszusammenhänge.

„Die verbreitete Verfügungsgewalt über reflexives Wissen reduziert die Fähigkeit der traditionellen Kontrollinstanzen der Gesellschaft, Disziplin und Konformität einzufordern und durchzusetzen. Die Möglichkeiten, Gegendruck zu erzeugen, haben sich überproportional erhöht“ (Stehr 1994: 470).

Wenn politische Entscheidungen auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse getroffen werden, so reicht es aus, diese Erkenntnisse gerechtfertigt zu bezweifeln, um die Entscheidung in Misskredit zu bringen. Derjenige, der sich gegen den Staat oder andere Institutionen auflehnt, muss hierbei – so Stehr in Anlehnung an Ergebnisse von Nelkin (1975) – nicht mal dieselben Qualitätsstandards erfüllen wie der Staat oder die entsprechende Institution selbst (Stehr 1994: 471): während die Regierung z.B. die Gefährlosigkeit einer neuen Technologie abschließend beweisen muss, reicht es der anderen Seite meist aus, nur begründeten Verdacht zu äußern. Dies ist nicht das Ende der Ungleichheit, sondern es stellt lediglich eine Veränderung der Determinanten von Ungleichheit dar. Nur wer über die notwendigen Zugänge zum Wissen verfügt, kann auch die entsprechenden Handlungsoptionen realisieren.

„Die mächtigen Gruppen und Individuen haben es leichter, sich Zugang zu Wissen zu verschaffen, und gleichzeitig basiert die gesellschaftliche Macht vor allem auf der (wenn auch oft nur kurzfristigen) Kontrolle über ‚zusätzliches‘ Wissen. ... Die allgemeine

Zunahme im Umfang des Wissens und im Zugang zum gesellschaftlichen Wissen hat vielen Bevölkerungsgruppen einen ungewöhnlichen Machtzuwachs verschafft, aber gleichzeitig die Fragilität der Sozialstruktur insgesamt in ungeahnter und ungewollter Weise erhöht.“ (Stehr 1994:472)

Einen weiteren Aspekt führt Stehr ein, der entscheidend die in dieser Arbeit behandelte Problematik betrifft: aufgrund der rasanten und umfassenden Entwicklungen der Wissenschaft und vor allem auch der Gleichzeitigkeit zahlreicher unterschiedlicher Forschungen und Entdeckungen, gelingt es weiten Teilen der Bevölkerung der Wissensgesellschaft nicht mehr, die *kognitive* Nähe zur Wissenschaft aufrechtzuerhalten.

„Der Kontaktverlust der Öffentlichkeit zur Wissenschaft ist aber nicht nur Ergebnis der wachsenden kognitiven Distanz zwischen Wissenschaft und Gesellschaft sondern auch Resultat der zunehmenden Geschwindigkeit, mit der sich wissenschaftliche Erkenntnisse ausweiten und als produktionsverändernde Faktoren realisiert werden.“ (Stehr 1994: 508)

Die Wissenschaft trägt ebenfalls einen Teil der Schuld, da sie selbst nicht transparent mit ihren eigenen Prozessen und Entwicklungen umgeht: statt Kontroversen offen und sichtbar auszufechten, versucht sie ein Bild des Konsenses und der Geschlossenheit zu vermitteln. In dieser Hinsicht stellt der mangelnde Kontakt der Öffentlichkeit zur Wissenschaft für die Wissenschaft sogar eine Ressource dar, da es ihr dadurch gelingt, Objektivität und Unabhängigkeit zu symbolisieren (Stehr 1994: 510), welche die Wissenschaftler benötigen, wenn sie in praktischen Kontexten als Experten auftreten.

2.1.4 Zusammenfassung

„Die Lebenswelt, in der wir alle mit unseren Erfahrungen und Problemen wohnen, ist zwar im Gegensatz zur wissenschaftlichen Welt die vertraute, auch in ihren sprachlichen Strukturen vertraute und verständliche Welt, aber der Motor, der diese Welt in Gang hält, das Design, das auch ihr – als moderner Welt – zugrunde liegt, ist die wissenschaftliche Welt. Das machen im Grunde schon die Betätigung eines Computers und der Gang in eine Apotheke klar.“ (Mittelstraß 1998:184)

Die Zeitdiagnose Wissensgesellschaft, so wie sie hier vorgestellt wurde, wird dieser Arbeit als Rahmung oder Hintergrundfolie dienen: Im Kern der Theorien zur Wissensgesellschaft steht, dass das wissenschaftliche Wissen in immer mehr Lebens- und Praxisbereichen eine entscheidende Rolle erhält. Dies vor allem dadurch, dass das Handeln zusehends in *entscheidungsförmiges* Handeln transformiert wird, und die entsprechenden Handlungsoptionen größtenteils aus wissenschaftlichem Fortschritt resultieren. Kurz: die Wissensgesellschaft wird als *verwissenschaftlichte* Gesellschaft konzipiert.

In dieser Hinsicht widersprechen sich die beiden oben vorgestellten Argumentationslinien von Stehr und Willke nicht. Willke schränkt nur ein, dass der Wissenschaft *als gesellschaftlichem Funktionssystem* kein Primat vor anderen Systemen zukommt. Gleichwohl geht er aber auch davon aus, dass das Wissen, welches man in einem weiten Sinne als wissenschaftlich bezeichnen kann, eine zentrale Rolle in der Wissensgesellschaft spielt. Willke widerspricht mit seiner Argumentationsfigur also weniger der *verwissenschaftlichten* Gesellschaft, wie sie Stehr beschreibt, als der *Wissenschaftsgesellschaft*, wie man sie bei Kreibich (1986) findet (vgl. Weingart 2001: 12f).

Entscheidend ist aber, dass in beiden Konzeptionen mit der *Verwissenschaftlichung* nicht eine grundsätzliche Rationalisierung oder gar Optimierung der Gesellschaft einhergeht. Der verstärkte Bezug auf wissenschaftliches Wissen ist nicht problemlos, sondern erzeugt neue, unerwartete Probleme und Unsicherheiten. An dieser Stelle kann man konstatieren, dass die Quellen dieser Probleme und Unsicherheiten das *wissenschaftliche Wissen*, aber mehr noch das *Nichtwissen*, welches zwangsläufig in der Forschung entsteht, sind. Wissen und Nichtwissen stehen im Fokus des nächsten Kapitels.

2.2 Nicht Wissen sondern Nichtwissen

„Alle Menschen streben
von Natur nach Wissen“
Aristoteles, Metaphysik

„Information ist Information,
weder Materie noch Energie“
Norbert Wiener

„Why do we know what we know,
and don't know, what we don't know?“
Robert Proctor

Als spezifisches Element der Wissensgesellschaft hat sich im vorangegangenen Kapitel das *Nichtwissen* herausgestellt: Bei Willke als zweite Seite der Unterscheidung von Wissen/Nichtwissen in seiner systemtheoretischen Wissensdefinition und ebenso bei Stehr, der darin – etwas alltagssprachlicher als Willke – die mit dem wissenschaftlichen Wissen verbundenen Unsicherheiten und Risiken sieht, die zur *Zerbrechlichkeit* der Wissensgesellschaft führen. Beide Autoren thematisieren das Nichtwissen insbesondere im Zusammenhang des Transfers und der Verwendung wissenschaftlichen Wissens in praktischen Kontexten. Daher soll diesem Phänomen in diesem Kapitel nachgegangen werden. In einem ersten Schritt ist es erforderlich den Begriff des Wissens näher zu bestimmen.

Bislang wurden zwei Wissensdefinitionen vorgestellt: Erstens die von Willke, der Wissen (a) als Produkt von Kommunikation und (b) als in Kontext eingebundene Information versteht. Zweitens die von Stehr, der Wissen als Handlungsfähigkeit definiert. So unterschiedlich diese beiden Definitionen auf den ersten Blick aussehen, sie schließen sich nicht gegenseitig aus: Willkes Definition hebt formale Strukturmerkmale von Wissen hervor, während Stehrs Definition sich auf die soziale Funktion von Wissen bezieht.

2.2.1 Wissen und Information – eine Begriffsbestimmung

Durchgängig findet man in der Literatur die Aussage, dass die grundsätzliche Unterscheidung zwischen *Wissen* und *Information* unumgebar sei (u.a. bei Abel 2004: 328; Lochmann 2004: 21; Mittelstraß 2001: 42ff; Wehner/Clases/Manser 1999: 17f; Meuseburger 1998: 69); häufig aber mit der Einschränkung, dass diese üblicherweise nicht sorgfältig genug vorgenommen würde (so z.B. in der Gleichsetzung von Informations- und Wissensgesellschaft; vgl. Evers/Kaiser/Müller 2003: 47).

Wenn von *Wissen* die Rede ist, werden die Aussagen in der Regel unpräzise: Um aber den Umgang mit Wissen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis näher untersuchen zu können, erscheint somit eine ausführlichere Beschäftigung mit dem Begriffspaar Wissen und Information angebracht.

Bryson et al (2000) sprechen von Wissen als einem *very slippery concept*. Der Wissensbegriff ist nicht greifbar, windet sich und entgleitet jedem Versuch einer positiven und eindeutigen Definition. In verschiedenen Fachdisziplinen werden jeweils unterschiedliche Wissenskonzepte benutzt, so dass von einem einheitlichen Wissensbegriff bislang nicht zu sprechen ist. Dies führt leicht zu Missverständnissen und ermöglicht es ebenso leicht, Kritik an den verschiedenen Konzepten zu üben (Meuseburger 1998: 59). In den Arbeiten zur Wissensgesellschaft wird meist ein nicht genauer qualifizierter Wissensbegriff benutzt (Bittlingmayer 2005: 257), so dass seine Konzeption und theoretische Fundierung „in auffallender Diskrepanz zur wachsenden Bedeutung des Wissensbegriffs“ (Egloff 2000: 90) stehen. Meist bleibt das Wissen „ein analytisch intransparentes, diffuses Phänomen, das eher beschworen, mystifiziert wird, als es hinreichend erforscht wird“ (Kübler 2005: 118; vgl. ebd. 97f; ähnlich auch Evers/Kaiser/Müller 2003: 47).

Ähnlich verhält es sich mit den verschiedenen Definitionen des Begriffs *Information* in den unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen, wie Ott (2004) illustriert und die – analog zu den unterschiedlichen Wissensbegriffen – keine allgemeine Theorie der Information liefern, sondern eher einen „bunten Eintopf“ (Ott 2007: 388) verschiedener Informationsverständnisse.

Da es in dieser Arbeit nicht um eine Theorie des Wissens oder der Information geht, soll an dieser Stelle nur eine kurze Systematisierung der beiden Begriffe vorgenommen werden. Auf diesem Weg wird ein operationalisierbarer Begriff

von Wissen entwickelt, mit dem eine Untersuchung des Umgangs mit wissenschaftlichem Wissen durchführbar ist.²⁶

Wie Willke (2004) beschreibt, kann man Wissen, Information und Daten in ein hierarchisches Verhältnis zueinander setzen. Daten sind der Rohstoff, aus dem durch die Operation der Unterscheidung erst Informationen und später Wissen zusammengesetzt werden. In der klassischen Informationstheorie, zurückgehend auf Weaver und Shannon (1963)²⁷, müsste man diese drei Elemente noch um *Signal* und *Zeichen* ergänzen.²⁸ Nach Wehrsig (1971: 78) ist ein Signal ein temporäres physikalisches Ereignis, welches von einem Sender ausgeht oder von einem Empfänger aufgenommen wird.²⁹ *Zeichen* wiederum kann man definieren als Sonderform von Signalen (oder Abfolge von Signalen), die der Empfänger als Stellvertreter für einen Begriff interpretiert (Wehrsig 1971: 79). Hierzu bedarf es einer Übereinkunft zwischen dem Sender des Signals und dessen Empfänger über die spezifische Bedeutung desselben.³⁰ Am Übergang von Signalen zu Zeichen kann man *Daten* verorten, d.h. bei Daten handelt es sich um Signale, die von einem Empfänger ausgewählt und verarbeitet werden. Dabei muss nicht zwangsläufig die in den Signalen liegende Bedeutung erkannt werden.³¹

²⁶ Abel (2004: 319ff) weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass es müßig ist, sich an einer wasserdichten oder letztgültigen Definition des Wissens (oder auch der Information) zu versuchen. Was Wissen bedeutet, ist im praktischen Umgang mit diesem Begriff bereits ausreichend festgelegt und bedarf daher keiner weiteren Definition. Hilfreich und notwendig sei es indes, „Erläuterungen und Verdeutlichungen der unterschiedlichen Formen von Wissen ... [zu] geben, die wir nicht erst definieren müssen, sondern in unserem sinnvollen Sprechen, Denken und Handeln im Sinne einer ‚deskriptiven Metaphysik‘ bereits vorfinden und sinnkritisch präsupponieren.“ (Abel 2004: 319f).

²⁷ Die Autoren selbst haben ihre mathematische Theorie der Informationsübertragung immer als eine rein technische Theorie verstanden und sogar davor gewarnt, sie als soziale Kommunikationstheorie zu adaptieren (vgl. Ott 2004, 2007).

²⁸ Die folgenden Darstellungen und Erläuterungen zur Informationstheorie sind vorwiegend Ott (2004) entnommen.

²⁹ Von besonderer Bedeutung ist das *oder* in dieser Definition, verweist es doch darauf, dass es bereits ausreicht, ein bestimmtes physikalisches Ereignis zu empfangen, um es als Signal zu deuten; eines Senders bedarf es nicht zwangsläufig, genauso wie es nicht notwendigerweise einen Empfänger geben muss.

³⁰ Zeichen basieren somit auf Signalen, jedoch sind eben nicht alle Signale gleichzeitig Zeichen. Da erst Zeichen eine bedeutungsvolle Kommunikation zwischen Sender und Empfänger ermöglichen, nennen Pearson und Slamecka (1983: 142 ; zitiert nach Ott 2004: 28f) Zeichen auch die „minimal atomic elements“ der Kommunikation und definieren sie wie folgt: „Signs are the elementary carriers of meaning and information.“

³¹ So kann man z.B. Morsesignale aus dem atmosphärischen Rauschen eines Funkgerätes heraushören und ggf. notieren, ohne den spezifischen Code zu kennen, um sie in Worte zu übersetzen. Man hat sie als Signal korrekt empfangen, als Zeichen erkannt, jedoch versteht man die Bedeutung nicht. Daher bezeichnen Beling und Wersig (1973: 21) sie als „die

„Daten stellen somit auf dem Weg zum Verständnis von Signalen eine Vorstufe vor den Zeichen dar und entsprechen korrekt empfangenen Signalen, deren Verständnis im Sinne eines Zeichens aber ohne die Kenntnis der zugehörigen Übereinkunft nicht gelingt“ (Ott 2004: 29).

Wer also über Daten verfügt, hat noch lange keine Informationen, wie Frenzl et al. (1996: 278) ausdrücken:

„Strictly speaking these data do not represent information, but potential information only. The process of creating information is located in the next stages of the information process“.

Erst wenn der Empfänger den größeren Zusammenhang, die umfassende Übereinkunft zwischen Sender und Empfänger kennt, kann er dieses Datum weiterverarbeiten oder wenn die Daten in einen ersten Kontext integriert werden. Nach Morris (1946; vgl. hierzu Ott 2004: 30-35) kann man drei Ebenen von Zeichen unterscheiden: die *syntaktische*, die *semantische* und die *pragmatische* Ebene. Die syntaktische Ebene repräsentiert physikalische Eigenschaften des Zeichens, die semantische repräsentiert die Bedeutung, die der Sender übermitteln will, und die pragmatische Ebene repräsentiert die Bedeutung und die Konsequenzen, die der Empfänger aus dem Zeichen zieht.

Fasst man die Ausführungen zu Signalen, Daten und Zeichen zusammen, so lassen sich bereits einige wichtige Elemente von Informationen erkennen: (1) Informationen stehen im Zusammenhang mit *Transmissionsprozessen* und (2) sie sind *kodiert*, d.h. sie werden durch Zeichen repräsentiert, deren Bedeutung nicht durch die Zeichen selbst verständlich ist, sondern durch eine Übereinkunft zwischen Sender und Empfänger (Ott 2004: 39).

Gerade die Tatsache der Codierung bzw. der Übereinkunft zwischen Sender und Empfänger verweist auf eine weitere Eigenschaft von Informationen; (3) sind sie *relativ*. Unterschiedliche Empfänger können durch eine identische Nachricht verschiedene Informationen erhalten (Ott 2004: 40). Diese Relativität gilt wiederum auf allen drei semiotischen Ebenen.³²

Während der Begriff der Information, wie oben dargestellt, eher technisch definiert ist, wird bei der Behandlung des Begriffs *Wissen* ein eher

kleinsten realisierbaren Repräsentationen von Sachverhalten, die in einem gegebenen kommunikativen Zusammenhang für sich interpretiert und dauerhaft in Form diskreter Zeichen fixiert werden können“.

³² Für die syntaktische Ebene erscheint dies verwunderlich, wird aber deutlich z.B. durch die mathematische Theorie Shannons, in der der Informationsgehalt eines Zeichens durch die Anzahl der überhaupt verfügbaren/erwartbaren Zeichen bestimmt ist: Für einen Empfänger der nur die Zeichen „A“ und „B“ kennt, enthält die Nachricht „A“ weniger Information, als für einen Empfänger, der insgesamt 24 unterschiedliche Zeichen kennt.

philosophischer Weg gewählt (vgl. Leidhold 2001, Abel 2004; Mittelstraß 2001). Nach Abel (2004: 320) kann man zwischen einem *engen* und einem *weiten Wissensbegriff* unterscheiden. Der enge Wissensbegriff umfasst lediglich „Erkenntnis, die nach methodisch geordneten Verfahren gewonnen und an Begründung, Wahrheit und Beweisbarkeit gebunden ist.“ Dieses Wissen muss *explizierbar* sein. Anders ausgedrückt, der Wissende muss in der Lage sein, es zu vermitteln (und es somit in Informationen umwandeln können); in diesem Sinne ist es *tradierbar*. Darüber hinaus kann man dieses Wissen intersubjektiv überprüfen und nach logischen Gesichtspunkten behandeln (z.B. gültige logische Ableitungen und Schlüsse daraus ziehen). Prototypisch gilt der enge Wissensbegriff für das *Wissen der Wissenschaft*.

Der weite Wissensbegriff umfasst die Fähigkeit zu wissen, was der Fall ist; zu verstehen, wovon in einer gegebenen Situation gesprochen wird oder was auf einem Bild dargestellt ist. Wissen wird hier verstanden als das *Gewusst-Wie*, als Alltagswissen. Dieses Alltagswissen ist für den Menschen selbstverständlich, es ist mehr oder minder automatisiert und bleibt solange unbewusst, bis es zu Störungen oder Problemen kommt (Abel 2004: 321). Berger und Luckmann drücken dies wie folgt aus:

„Die Gültigkeit meines Wissens in der und über die Alltagswelt garantiere ich selbst, und garantieren andere sich und mir nur bis auf weiteres, das heißt bis zu dem Augenblick, in dem ein Problem auftaucht, welches nicht im ‚gültigen‘ Sinne gelöst werden kann. Solange mein Wissen befriedigend funktioniert, bin ich im Allgemeinen bereit, Zweifel an ihm nicht aufkommen zu lassen“ (Berger/Luckmann 1999: 45).

Kennzeichnend für den Umgang mit Wissen bzw. dem Wissensbegriff in den letzten Jahrzehnten ist nach Abel (2004: 319ff) vor allem die Tatsache, dass nicht vom Wissen, sondern von unterschiedlichen *Wissensformen* oder *Wissensarten* gesprochen wird: vom *Wissen im Plural*. Meuseburger (1998: 59ff) listet entsprechend zahlreiche Typologien des Wissens auf (vgl. auch die Übersicht in Bendt 2000: 16).³³ Die Rede vom *Wissen im Plural* verweist auf das,

³³ Klassiker sind in dieser Hinsicht bereits die Wissensformen von Scheler (1960) oder von Machlup (1962): Machlups Kategorisierung basiert auf der „subjective interpretation according to the meaning which the knower attaches to the known, that is, who knows and why and what for. ... what is spiritual knowledge for the religious man may be intellectual knowledge for the man of learning, and instrumental knowledge for the cleric and the therapist“ (Machlup 1962: 21). Auf diese Weise unterscheidet er fünf Typen des Wissens: “(1) Practical knowledge: useful in his work, his decisions, and actions; can be subdivided, according to his activities, into a) Professional knowledge, b) Business knowledge, c) Workman’s knowledge, d) Political knowledge, e) Household knowledge, f) Other practical

was Karl Mannheim als *Seinsverbundenheit des Wissens* eingeführt hat (Mannheim 1929): Das menschliche Denken und Wissen ist verknüpft mit der sozialen und historischen Situation des Einzelnen, und so gibt es auch nicht das allgemeine und objektive Wissen, sondern entsprechend das Wissen unterschiedlicher sozialer Kontexte und Gegebenheiten. Bei Meuseburger (1998:60ff) und Kübler (2005: 89-118) finden sich noch zahlreiche weitere Versuche unterschiedlicher Autoren (darunter v. Hayek, Loytard, Renzl usw.), Wissen in unterschiedliche Formen zu teilen. Berger und Luckmann (1999) haben die Konzeptionen Alfred Schütz' zur Phänomenologie weiterentwickelt und u.a. mit dem Ansatz von Scheler verbunden. Sie unterscheiden zwischen einem mehr oder weniger unhinterfragten und als gegeben hingenommenen alltagsweltlichen Wissen und dem explizierten und prinzipiell kritisierbaren Expertenwissen der Wissenschaft. Die meisten der verschiedenen Unterscheidungen von Wissensformen dienen nach Meuseburger (1998: 65) dazu, „zwischen ‚sicherem‘ und ‚unsicherem‘ Wissen (Vermutungen) zu unterscheiden“ und versuchen auf diese Weise, die antike Unterscheidung zwischen sicherem Wissen und unsicherem Glauben fortzuführen.

Leidhold (2001: 431) grenzt daher den Begriff Wissen auf drei Ebenen ab:

- Wissen im Gegensatz zu Glauben und Meinen
- Wissen im Gegensatz zu Materie und Energie
- Wissen im Gegensatz zu reiner Information

In der Antiken Philosophie wurde Wissen (episteme) von Glauben und von Meinung (doxa) unterschieden³⁴ (Meuseburger 1998: 65; Musgrave 1993: 2ff). Glauben ist dabei eine zwar notwendige aber nicht hinreichende Bedingung von Wissen. Wenn jemand einen Sachverhalt glaubt, dieser Sachverhalt aber nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt, so würde man nicht von Wissen sprechen. Um in dieser Tradition von Wissen zu sprechen, muss das Geglaubte auch *wahr* sein. Jedoch kann es auch sein, dass jemand etwas glaubt, dies auch wahr ist, dieser Jemand aber keine *guten Gründe* für seinen Glauben angeben

knowledge. (2) Intellectual knowledge: satisfying his intellectual curiosity, regarded as part of liberal education, humanistic and scientific learning, general culture; acquired, as a rule, in active concentration with an appreciation of the existence of open problems and cultural values. (3) Small-talk and pastime knowledge: satisfying the nonintellectual curiosity or his desire for light entertainment and emotional stimulation, including local gossip, news of crimes and accidents, light novels, stories, jokes, games, etc.; acquired, as a rule, in passive relaxation from 'serious' pursuits; apt to dull his sensitiveness. (4) Spiritual knowledge: related to his religious knowledge of God and of the ways to the salvation of the soul. (5) Unwanted knowledge: outside his interests, usually accidentally acquired, aimlessly retained." (Machlup 1962: 21f)

³⁴ So findet sich dies im Theaitetos Dialog bei Platon.

kann. Dies würde bedeuten, dass der Glaube nur auf einem Zufall oder Beliebigkeit beruhte. In diesem Fall würde man nicht von Wissen sprechen.³⁵ Daher wird dem Wissen noch eine dritte Bedingung zugesprochen: es müssen *gute Gründe* vorliegen weshalb man glaubt, das etwas wahr ist. Die Definition für Wissen, die man daher häufig findet, lautet auch: *Wissen ist gerechtfertigter wahrer Glaube* (Musgrave 1993: 2ff; Leidhold 2001). Im Wissen selbst ist Meinung und Glauben enthalten, und zwar durch den jeweiligen Geltungsbereich des Gewussten, Gemeinten oder Geglaubten: Meinen ist *subjektiv* unverbindlich (ich meine etwas, es kann aber auch anders sein), Glauben ist *subjektiv* verbindlich (ich glaube etwas und dies gilt für mich, muss aber nicht zwangsläufig auch für andere gelten) und Wissen schließlich ist *subjektiv* und *objektiv* verbindlich (das Gewusste gilt sowohl für mich, als auch für alle anderen). Diese traditionelle Definition des Wissens ist nicht unproblematisch; wie z.B. das Gettier-Paradox zeigt (Gettier 1963), mag zwar ein Glaube wahr sein, und gleichzeitig sind die Gründe, die diesen Glauben rechtfertigen, falsch.

Deutlich wird aber hierbei, dass Wissen immer das Wissen von jemandem ist, d.h. jemand hat/vertritt einen gerechtfertigten wahren Glauben. In dieser Vorstellung ist Wissen immateriell und nur existent im Gedächtnis oder Vorstellungsvermögen einer Person.

Gerade in der Debatte um die so genannte *Wissensökonomie* (vgl. z.B. Powell/Snellman 2004) und in den unterschiedlichen Ansätzen zur Wissensgesellschaft (s.o.) wird Wissen als Produktionsfaktor neben Kapital, Arbeit und Boden eingeführt (Leidhold 2001: 432). Wissen wird somit zu einem immateriellen Rohstoff umdefiniert und zu einer verklärten Triebkraft stilisiert, die Innovationen hervorbringt. Was Wissen dabei aber genau ist, bleibt in diesen Modellen i.d.R. unklar: deutlich wird nur, dass für den *Rohstoff* Wissen Wahrheit, d.h. Wissen als gerechtfertigter wahrer Glaube, keine Rolle mehr spielt. Lediglich die „Entstehung, Verbreitung, Nutzung und Kontrolle des Wissens wird zum strategischen Thema Nummer eins“ (Leidhold 2001: 432); von Geltung oder Wahrheit ist nicht die Rede. Ebenso gering ist die Rolle des Wissenden geworden: Wissen ist vielmehr eine objektive Kategorie, die gleichbedeutend neben den anderen Produktionsfaktoren steht; Wissen existiert genauso wie Kapital, Boden und Arbeit (im Sinne von Zeit x Energie).

³⁵ Bspw. soll eine Person aus zehn nummerierten Schachteln diejenige auswählen, in der eine Münze liegt. Die Person glaubt, die Münze befindet sich in Schachtel 8 und wählt diese aus. Anschließend findet sich die Münze in Schachtel 8. Trotzdem würde niemand behaupten, die Person hätte zuvor *gewusst*, dass sie in dieser Schachtel ist.

Dieses Wissen ist losgelöst von menschlichen Wissensträgern, es kann gemanagt werden, es wird produziert und zu Innovationen weiterverarbeitet.

Wissen, das nicht mehr im Verhältnis zu Meinung und Glaube definiert wird und vornehmlich als Ressource verstanden wird, scheidet Leidhold (ebd. 433f) nun begrifflich von Information: Information ist hierbei die neue Oberkategorie und Wissen eine bloße Unterform der Information. Auch Abel (2004: 327f) sieht zumindest im Alltagsverständnis die Tendenz, Information Priorität über Wissen zu geben und zwar in dem Sinne, dass der Besitz von Informationen bereits Wissen sei. Umgekehrt ergibt sich hieraus die Position, Wissen als etwas *von jemandem Gewusstes* aufzufassen während Information, wie oben bereits gezeigt, aus übertragenen Zeichen besteht.

Als besonders folgenreich bzw. wirkungsmächtig kann man die Unterscheidung zwischen *implizitem* und *explizitem* Wissen bezeichnen (Hack 2006: 129)³⁶, die Michael Polany (1967) einführte: explizites Wissen ist das Wissen, das artikuliert werden kann, das konkret gefasst und entfaltet ist. Implizites Wissen hingegen ist das Wissen, das in Handlungen und Operationen *mitschwingt*, ohne aber explizit benannt zu sein. Implizites Wissen ist „the fact that *we can know more than we can tell*“ (Polany 1967: 4).³⁷ Böhm kritisiert diese populäre dichotome Unterscheidung und geht davon aus, dass

³⁶ Enorme Popularität erlangte die Unterscheidung zwischen implizitem und explizitem Wissen durch die Arbeiten von Nonaka und Takeuchi (1997). Ihre Konzeption einer Wissensspirale geht davon aus, dass es erfolgreichen Unternehmen gelingen müsse, das implizite Wissen ihrer Angestellten zu explizieren und damit nutzbar zu machen. Implizites Wissen wird in diesem Kontext als brachliegende Ressource verstanden, die es für die unternehmerische Tätigkeit zu aktivieren gilt. „Eine echte Innovation ergibt sich erst, wenn implizites und explizites Wissen zusammenwirken“ behaupten Nonaka und Takeuchi (1997: 84f). Den Übergang von implizitem zu implizitem Wissen haben sie als *Sozialisation*, den von implizitem zu explizitem Wissen als *Explikation*, den von explizitem zu explizitem als *Kombination* und schließlich den von explizitem zu implizitem als *Internalisierung* bezeichnet.

³⁷ Implizites Wissen wird durch vier Aspekte gekennzeichnet (Polany 1967: 10-13; vgl. auch Bendt 2000: 17f): (1) *functional structures*, (2) *phenomenal structures*, (3) *semantic aspects* und (4) *ontological aspects* des impliziten Wissens. Mit den funktionalen Strukturen ist gemeint, Menschen *wissen implizit* wie einzelne Elemente z.B. einer Handlung zusammengehören, ohne jedes einzelne Element benennen zu können. Umgekehrt, und dies sind die phänomenalen Strukturen, können Menschen einzelne Elemente und Komponenten als ein gemeinsames Konstrukt erkennen, ohne sich der getrennten Teile bewusst zu sein. Die Tatsache, dass Menschen Erfahrungen mit Sinn oder Bedeutung versehen, steht für den dritten Aspekt des impliziten Wissens (semantischer Aspekt), d.h. Wahrnehmungen etc. werden nicht in ihren Einzelteilen analysiert, sondern direkt in ihrer Bedeutung erkannt. Der ontologische Aspekt des impliziten Wissens leitet sich aus den drei vorhergehenden ab: der Mensch nimmt größere Entitäten wahr, „by relying on our awareness of its particulars for attending to their joint meaning“ (Polany 1967: 13).

selbst explizites Wissen seine Bedeutung nur innerhalb spezifischer Kontexte hat (2000: 24ff). Die Kontextbedingungen lassen sich wiederum als implizites Wissen deuten. Hieraus schließt er, dass jedes explizite Wissen immer auch implizites Wissen voraussetzt.

„Die bedeutsame Rolle von implizitem Wissen ist unverkennbar; es kann nicht nur, wie die meisten Autoren behaupten, als *eine* Art von Wissen definiert werden, sondern muss als das Fundament von *allem* Wissen betrachtet werden“ (Böhm 2000: 24).

Er unterscheidet daher zwischen *einfachem* und *komplexem* Wissen: Einfaches Wissen ist vorwiegend explizit, relativ kontextunabhängig, leicht zu kodieren und daher leicht zu transferieren. Komplexes Wissen ist umgekehrt vorwiegend implizit, stark kontextabhängig, somit schwer zu kodieren und daher entsprechend schwer zu transferieren (vgl. Böhm 2000: 26, 32f, dazu auch Hansen 1999). Je komplexer das Wissen ist, desto enger (und persönlicher) muss die Interaktion sein, um dieses zu Transferieren. Bei den beiden Wissensformen (einfach und komplex) handelt es sich nicht um abgeschlossene Entitäten, sondern es sind unterschiedliche Positionen auf einem durchgehenden Kontinuum. Ähnlich wie Willke (2004) verortet Böhm auch Informationen und Daten auf diesem Kontinuum: hierbei handelt es sich um Elemente, die noch weniger Bezug zum Kontext haben als einfaches Wissen.

Willke – in der Tradition der Systemtheorie Luhmanns – sieht Daten als Grundlage von Wissen wie von Information an. Daten sind für ihn beobachtbare Unterschiede, die z.B. in Form von Zahlen, Sprache, Text oder Bildern kodiert sind. Auf Daten bauen Informationen auf, indem die Daten in einen Kontext einbezogen werden. Im klassischen Verständnis der Systemtheorie sind Daten Unterschiede und Informationen *Unterschiede, die einen Unterschied* machen. Im nächsten Schritt werden aus Informationen Wissen, indem die Informationen in einen zweiten Relevanzkontext eingebettet werden. Vereinfacht ausgedrückt sind Daten all das, was von einem System als Unterschied beobachtet werden kann (z.B. kann eine Lampe rot, grün oder gelb leuchten). Wenn dieser Unterschied relevant ist, d.h. wenn der Unterschied in den Daten einen Unterschied für jemanden bedeutet, dann handelt es sich um Informationen (wenn die oben genannte Lampe eine Verkehrsampel ist und von einem Autofahrer beobachtet wird, dann sind die unterschiedlichen Farben nicht nur Daten, sondern für den Fahrer auch Information). Zum Wissen gehört aber mehr, nämlich die Einbettung der Informationen in einen weiteren Relevanzbezug (die Farben der Ampel sind insofern Wissen, als sie in Verbindung zu Verkehrsregel, Autofahren und den

Absichten des Fahrers stehen. Bspw. weiß der Fahrer, dass das Überfahren der roten Ampel eine Geldstrafe nach sich zieht, und dass er damit ggf. andere Menschen gefährdet).

Die zuvor angestellten Überlegungen führen zu fünf Feststellungen, die für den Fortgang der Arbeit von Bedeutung sind:

Erstens wird Wissen von Informationen und Daten dadurch geschieden, dass es sich bei Informationen und Daten immer um eine Übertragung oder eine technische Speicherung handelt und bei Wissen immer um etwas, dass von einem Subjekt gewusst wird.

Zweitens muss, um Wissen zu vermitteln der *Umweg* über Informationen gewählt werden. Diese werden beim Empfänger der Übertragung (Sprache, Schrift usw.) erst wieder durch die Einbindung in seinen spezifischen Kontext zu Wissen (vgl. Krohn 2003: 98). Die notwendigen vorhandenen Wissensvorräte um Informationen selbst wieder in Wissen zu wandeln, sollen als *implizites* Wissen oder auch Grad der *Komplexität* des Wissens aufgefasst werden (Böhm 2000).

Drittens hat der Wissensbegriff, wie er in Theorien der Wissensgesellschaft benutzt wird, weniger mit dem klassischen Wissensbegriff der Antike als mit dem technischen Begriff der Information gemeinsam. Bei ihm handelt es sich um ein warenförmiges Produkt, eine disponible Ressource, welches zu bestimmten Zwecken *erworben, benutzt, gespeichert, gemanaged* oder *abgegeben* wird; es ermöglicht Handlungen, ist aber kein integraler Bestandteil des menschlichen Subjektes mehr.

Viertens soll wissenschaftliches Wissen als durch ein bestimmtes Verfahren (wissenschaftliche Methode) gewonnenes und spezifischen Qualitätsmerkmalen entsprechendes Wissen (intersubjektiv vermittelbar; transparent, offen für Kritik usw.) vom Alltags- oder Praxiswissen getrennt werden, wobei unter Alltags- und Praxiswissen vereinfachend alle Formen nicht wissenschaftlichen Wissens verstanden werden.

Fünftens basiert jedes explizite Wissen auf implizitem Wissen, welches sich von Kontext zu Kontext unterscheidet. Je komplexer das Wissen ist, d.h. je stärker es von implizitem Wissen abhängt, desto schwieriger ist es, dieses Wissen von einem Kontext in einen anderen zu übertragen.

Gerade in den neueren Texten zur Wissensgesellschaft spielt jedoch weniger der Begriff des Wissens als der des Nichtwissens eine Rolle. Daher widmet sich der folgende Abschnitt dem Nichtwissen als spezifischem Merkmal der Wissensgesellschaft.

2.2.2 Was man vom Nichtwissen weiß

Während die Diskussion der Begriffe Wissen oder Information den meisten Lesern einleuchtet, mag die Beschäftigung mit *Nichtwissen* eher befremden. Wie sich aber bei der Auseinandersetzung mit den Theorien der Wissensgesellschaft herausgestellt hat, ist der Aspekt des Nichtwissens für diese genauso konstitutiv wie der des Wissens. Hegmann (2000) spricht sogar von der *Unwissensgesellschaft* anstelle der Wissensgesellschaft. Andererseits wird diese Sichtweise nicht immer geteilt, wie Lerf und Schuberth (2004: 211) feststellen:

„Soziologie und Philosophie stehen deshalb in keinem guten Ruf bei den meisten Naturwissenschaftlern. Und nicht erst seit der Sokal-Debatte³⁸ gelten deren Ausführungen vielfach als ‚haltloses Geschwätz‘. ‚Nichtwissen‘ – das kann nur Geistes- und Sozialwissenschaftlern einfallen. Es zählt was experimentell verifizierbar ist – welchen Sinn machen hierbei wissenschaftssoziologische Spekulationen? Gar über Nichtwissbares? So hat zwar der Begriff ‚Nichtwissen‘ in den Sozial- und Geisteswissenschaften eine große Prominenz erlangt, ist aber bisher kaum Thema in den klassischen Naturwissenschaften, obwohl es in Thermodynamik und Quantenmechanik sehr wohl impliziert ist.“

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als beruhe die Wissensgesellschaft auf der Expansion wissenschaftlichen und technischen Wissens, welches in wirtschaftlichen Zusammenhängen profitbringend verwertet wird (Wehling 2007a: 221)³⁹. Die sozialwissenschaftliche Analyse zeigt hingegen, dass die gegenwärtigen Gesellschaften vielmehr durch „eine Vielfalt unterschiedlicher, teilweise konkurrierender Wissensformen geprägt“ (Wehling 2007a 221) sind.

³⁸ Der Naturwissenschaftler Sokal hatte bei einer geisteswissenschaftlichen Zeitschrift einen Nonsense-Artikel eingereicht, welcher akzeptiert und sogar wohlwollend aufgenommen wurde, bis der Autor selbst darüber aufklärte.

³⁹ Die Ausführungen in diesem Abschnitt orientieren sich insbesondere an den Arbeiten von Peter Wehling, der sich in den letzten Jahren in Deutschland am profiliertesten mit dem Thema des (wissenschaftlichen) Nichtwissens beschäftigt hat (vgl. u.a. Wehling 2007a, 2007b, 2003 und Wehling 2004) sowie an der Debatte mit Klaus Japp über die unterschiedlichen Bestimmungen des Nichtwissens in der ZfS (vgl. dazu Wehling 2001, Japp 2002 und Wehling 2002). Weitere Aspekte findet man bei Bösch 2002.

Hinzu kommt, dass jedes Wachstum von Wissen auch immer eine Zunahme des *Nichtwissens* bedeutet (Weingart 2001, Krohn 2003, Luhmann 1990). Dies gilt für das naturwissenschaftliche Wissen genauso wie für das sozial- und geisteswissenschaftliche, wie Krohn (2003: 99) schreibt:

„Innovationen, die die Modernisierung vorantreiben, sind immer riskant, gleichgültig ob es sich um wirtschaftliche Investitionen, neue Gesetzgebung, pädagogische Reformen oder wissenschaftliche Forschung handelt.“

Denninger spricht sogar von der *Explosion des Nichtwissens* (Denninger 1992). Oftmals versteht man unter Nichtwissen ein temporäres „Noch-Nicht-Wissen“ oder eine Art „Selbstverschuldeter Unwissenheit“ von Laien. Eine andere, umfassendere Sichtweise setzt sich erst allmählich durch. Die Wissensgesellschaft, so Wehling (2007a: 222), zeichne sich also nicht nur durch eine Pluralität von *Wissensformen* aus, sondern auch durch eine Vielzahl von „sozialen Praxen des Umgangs mit Wissen und Nichtwissen“. Wehling diagnostiziert ebenfalls eine Verwissenschaftlichung der Gesellschaft, und er stimmt mit Stehr überein, dass diese nicht zu einer Rationalisierung oder zwangsläufigen Optimierung von Gesellschaft und Politik führe.

„Eine ‚Verwissenschaftlichung‘ gesellschaftlicher Bereiche findet demnach weiterhin statt, aber sie zieht gerade keine wachsende Vereinheitlichung sozialen Handelns und politischen Entscheidens durch Wissen nach sich, sondern konfrontiert Gesellschaft und Politik mit normativer Uneindeutigkeit, Ungewissheit und Nichtwissen.“ (Wehling 2003: 121)

Wie kommt es aber zum Wachstum des Nichtwissens? Wehling skizziert ein Bild der Moderne als Prozess der Rationalisierung und Modernisierung, in dem

„die Entwicklungslogik industriell-kapitalistischer Gesellschaften lange Zeit in einem beständigen Zuwachs an (wissenschaftlichem) Wissen sowie dadurch ermöglichter erweiterter Kontrolle von Naturprozessen wie von sozialen Phänomenen gesehen wurde“ (Wehling 2007a: 223).

Die frühen Entwürfe zur Wissensgesellschaft sind demnach auch - dieser Logik geschuldet - eher Konzepte der *Verwissenschaftlichung der Gesellschaft*. Zwei neuere Ergebnisse relativieren aber dieses Bild:

(1) die Pluralisierung der Orte der Wissensproduktion:⁴⁰ die Wissenschaft verliert ihr Monopol und wissenschaftliches Wissen ist nur noch eine Form

⁴⁰ An dieser Stelle verweist Wehling auf die Arbeiten und die Theorie von Willke.

unter anderen. In extremer Form hat Willke (s.o., ähnlich auch Gill 2004) sogar den Bedeutungsverlust der Wissenschaft beschrieben, während die Bedeutung des Wissens insgesamt zunimmt. Jedoch bezweifelt Wehling dies und verweist auf die große Relevanz einzelner Forschungszweige in den letzten Jahren (Wehling 2007a S. 224 FN3): z.B. der Genetik, der Hirnforschung oder Nanotechnologie.⁴¹

(2) In den letzten Jahren habe sich immer mehr gezeigt, dass die Zunahme des Wissens keine Reduktion der Unwissenheit mit sich bringen würde, sondern das Nichtwissen vermehrt und dies sogar *überproportional*. Er verweist hierzu auf Luhmann (1997: 1106) und zitiert: „vor allem aufgrund der wissenschaftlichen Forschung und allgemein mit zunehmender Komplexität des Wissens“ nehme das Nichtwissen zu (zitiert nach Wehling 2007a 224).⁴² Nach Wehling waren es vor allem die Diskussionen um Umweltschutz und die Einführung neuer Technologien in den 1970er und 1980er Jahren, die Öffentlichkeit und Sozialwissenschaften auf das Thema Nichtwissen gestoßen haben. Der Schwerpunkt lag anfangs jedoch auf dem Stichwort *Risiko* und weniger auf dem Nichtwissen. Unter Risiko werden prinzipiell bekannte, aber in ihrer Wahrscheinlichkeit nur schwer abzuschätzende Gefahren verstanden.⁴³

⁴¹ An anderer Stelle führt er dies aus (Wehling 2003: 120): „Dennoch kann die These einer schwindenden gesellschaftlichen Relevanz des Wissenschaftssystem letztlich nicht überzeugen. Blickt man beispielsweise auf die enorme Definitions- und Veränderungsmacht der Biowissenschaften, der Reproduktionsmedizin und der Genetik, so erscheint Willkes These als recht einseitig und kurzschlüssig. Zudem liegt ihr offenbar ein enges, traditionalistisches Verständnis des Wissenschaftssystems zu Grunde, wonach letzteres auf die klassischen Institutionen der akademischen (Grundlagen-)Forschung begrenzt und der weite, expandierende Bereich der industriellen Forschung sowie „hybride“ Organisationsformen, etwa privatwirtschaftlich finanzierte Drittmittelforschung an den Hochschulen, ausgeblendet werden.“

⁴² Den Zusammenhang zwischen Nichtwissen und wissenschaftlichem Fortschritt sieht Krohn (2003: 106) darin begründet, dass „die traditionelle Wissenschaft ihre Leistungsfähigkeit dadurch aufgebaut [hat], dass sie möglichst abstrakte und allgemeine Modelle, also Theorien formuliert hat“. Bei der praktischen Verwendung dieser Theorien in der Wissensgesellschaft zeige sich selten, dass sich der innere Algorithmus der Modelltheorie als fehlerhaft herausstellt. Problematisch ist vielmehr die zwischen relevanten Größen und irrelevanten Umständen gezogene Trennlinie. Das bekannte Axiom der Risikosoziologie, dass man nicht wissen kann, was man nicht weiß, kommt hier zum tragen. Zusammengefasst: jede Wirklichkeitsmodellierung ist eine hypothetische Konstruktion, eine symbolisch generierte deklarative Konstruktion; während eine technische Konstruktion eine effektive ist. Die Existenz – Struktur und Operationsweise – des hypothetischen Modells unterscheidet sich also grundlegend von der Existenz einer Technologie“ (Krohn 2003: 106f).

⁴³ Der Unterschied zwischen Nichtwissen und Risiko bzw. Unsicherheit beruht darauf, dass beim Risiko und der Unsicherheit Wahrscheinlichkeitsaussagen über verschiedene mögliche Konsequenzen einer Handlung oder Entscheidung ausgedrückt werden. Beim Nichtwissen

Erst mit der Zeit wurden auch „schlechterdings *unbekannte* und *nicht kalkulierbare* Folgen wissenschaftlich-technischer Innovationen“ (Wehling 2007a: 224) in die Überlegungen mit einbezogen. Colingridge (1980: 25) führte neben den drei Dimensionen Gewissheit (*Certainty*), Risiko (*Risk*) und Ungewissheit (*Uncertainty*) noch eine weitere Dimension ein: das Nichtwissen (*Ignorance*). Jerome Ravetz spezifizierte diese Dimension und betonte ihre Abhängigkeit von der Wissenschaft, in dem er sie als *science-based-ignorance* bezeichnete (Ravetz 1990). Ravetz (1986: 423; Hvh. K.U.) schreibt hierzu:

„Now we face the paradox that while our knowledge continues to increase exponentially, our relevant ignorance does so, even more rapidly. And this is *ignorance generated by science!*“

Darüberhinaus wird Nichtwissen politisiert, und das – so Wehling (2007a: 225f) – zumindest in dreifacher Hinsicht: (1) Ganz allgemein ist die Feststellung, dass Wissenschaft Unsicherheiten produziert prinzipiell ein Politikum, denn dies *widerspricht dem Ansehen von Wissenschaft*.⁴⁴ (2) Das Nichtwissen der Wissenschaft führt zu Kontroversen darüber, was man in

kennt man selbst die möglichen Konsequenzen nicht oder nur eingeschränkt (vgl. Wehling 2007b: 487).

⁴⁴ Wissenschaft dient anderen Teilen der Gesellschaft, insbesondere der Politik, meist als höhere Autorität, die hinzugezogen wird, um ein sicheres und abschließendes Urteil zu treffen. Allein die Thematisierung des Themas Nichtwissen würde diese Funktion beschädigen. Daher sei es auch nicht verwunderlich, dass solche philosophischen Argumente z.B. in Debatten zur Technikfolgenabschätzung nicht nur selten auftauchen, sondern meist sogar zum Ausschluss führen, wie van den Daele (1996: 310f) berichtet: „Die Diskussion über die Grenzen dessen, was die Wissenschaft weiß und wissen kann, zieht im TA-Verfahren eine Demarkationslinie, an der die Beteiligten von kognitiven zu politischen Argumenten wechseln. Sie führt nicht zu einem Generalangriff auf objektive Erkenntnis, der auch vorhandenes Wissen in Frage stellt. Die konstruktivistischen Philosophen, mit denen in der Epistemologie und in Teilen der empirischen Wissenschaftssoziologie die Geltung von Theorien und Tatsachen radikal relativiert wird, waren im TA-Verfahren kein Thema. Die Akteure des TA-Verfahrens haben sich nicht anders verhalten als Wissenschaftler und Laien sonst in ihrem jeweiligen Alltag: Sie operieren mit der Unterstellung, dass es eine Realität gibt, die erkennbar ist, und dass man Wahrheit von Irrtum einigermaßen klar unterscheiden kann. Das Bewusstsein, dass Wissen falibel und insoweit prinzipiell vorläufig ist und dass nicht auszuschließen ist, dass auch der Stand der Wissenschaft im Lichte neuer Erkenntnis irgendwann revidiert werden muss, widerspricht dieser Unterstellung nicht, es setzt sie voraus.“ Und weiter: „In einer Diskussion über die möglichen Risiken der Gentechnik sind philosophische Metaargumente, die die Möglichkeit von Wahrheit grundsätzlich in Frage stellen oder kognitive Geltungsansprüche in die pluralistische Beliebigkeit unterschiedlicher kultureller, geschlechtsspezifischer oder interessenbedingter ‚Konstruktionen‘ auflösen, schlechterdings nicht anschlussfähig – sie wären von den Diskurspartnern als ‚neben der Sache‘, als abweichendes Verhalten quittiert worden. ... Im TA-Verfahren war die Bestimmung der Grenzen des Wissens Teil eines kognitiven Diskurses, der unter den Prämissen der Wissenschaft geführt worden ist“ (311).

konkreten Fällen, z.B. bei politischen Entscheidungen, hätte wissen *müssen* oder *können*. (3) Werden unterschiedliche Deutungen des Nichtwissens entwickelt: das Nichtwissen pluralisiert sich. Klassischerweise wird das Nichtwissen als *temporäres Phänomen* angesehen: als Noch-Nicht-Wissen, aus dem die moderne Wissenschaft ihre Legitimation und Unterstützung ziehen konnte (Wehling 2007a 226), wie z.B. durch die Formel „Further Research is needed“ zur Legitimation und Werbeparole wissenschaftlicher Forschung veranschaulicht wird. Wissenschaftlicher Ruhm besteht in dieser Sichtweise darin, Nichtwissen aufzuklären, und jedes bestehende Nichtwissen wäre damit nur eine weitere Herausforderung für die Wissenschaft (Wehling 2007a 226 und auch Bauman 1992: 195f). In den aktuellen Debatten wird aber von dieser *Temporalisierung* des Nichtwissens Abstand genommen. Im Gegensatz dazu wird z.B. die vermeintliche Unwissenheit von Laien als *lokales Wissen* oder *Erfahrungswissen* neu bewertet (Wehling 2007a 226-227). Diese Formen des Wissens werden nicht mehr als *defizitäre Wissensformen* im Gegensatz zum wissenschaftlichen Wissen angesehen, sondern sogar u.U. als „notwendiges Korrektiv für die ‚Ausblendungsverluste‘ des dekontextualisierten wissenschaftlichen Wissens“ (Wehling 2007a 227). Hinzu kommen zwei neue Deutungen des Nichtwissens: Erstens das unüberwindliche *Nicht-Wissen-Können*. Es gibt bestimmte Dinge, die grundsätzlich nicht gewusst werden können, egal wie viel Zeit und Aufwand darauf verwandt werden würde. Und Zweitens das *Nicht-gewusste-Nichtwissen* (unknown unknowns), also Wissen, von dem man nicht mal weiß, dass man davon nichts weiß (Wehling 2007a 227-228). Wehling systematisiert die Debatte um das Nichtwissen in drei Dimensionen:

(1) *Wissen/Nichtwissen*: Die Frage lautet, handelt es sich um *gewusstes* oder *nicht gewusstes* Nichtwissen. Daran schließt sich an, wie man Nichtwissen interpretiert. Fehlendes Wissen kann als mögliches Risiko oder Gefahr interpretiert werden, oder als Beleg für die Unbedenklichkeit herangezogen werden.⁴⁵

„...beide Deutungspraxen [sind] von impliziten, letztlich normativen Hintergrundannahmen geprägt: Im einen Fall dominiert eine Art epistemologischer Optimismus, dass jenseits des wissenschaftlichen Wahrnehmungshorizontes keine unbekanntes Gefahren lauern; im

⁴⁵ Einmal wissen wir nicht, welche negativen Folgen eine bestimmte Handlung in der Zukunft haben wird und verhalten uns vorsichtig, indem wir sie daher als potentiell gefährlich einstufen. Im anderen Fall ist es so, dass keine negativen Effekte nachgewiesen werden, wir wissen also von keinen Nebenwirkungen und interpretieren dieselbe Handlung als unbedenklich.

anderen Fall liegt eine skeptische Haltung zugrunde, wonach (auch) wissenschaftliches Wissen keine vollständige Erkenntnis der Welt bietet, sondern seinerseits ‚blinde Flecken‘ aufweist und erzeugt“ (Wehling 2007a 229).

(2) *Zeitliche Dimension*: In dieser Dimension stehen die Positionen Noch-Nicht-Wissen und Nicht-Wissen-Können im Widerstreit.

(3) *Intentionalität des Nicht-Wissens*: Hierbei spielen zwei Dinge eine Rolle:

3a) Man kann angesichts eingetretener negativer Folgen einer Handlung die Frage formulieren, was Wissenschaftler, Entscheider, Unternehmen oder Politiker über einen Fall hätten *wissen können* oder *wissen müssen*. Man kann also fragen, ob alles getan wurde, um das Nichtwissen zu beseitigen: ob es sich also um ein Noch-Nicht-Wissen gehandelt hat, ein Nicht-Wissen-Können oder vielleicht sogar ein Nicht-Wissen-Wollen. Und ob dies jeweils ein gewusstes Nichtwissen war, ob sich die Akteure also über ihr Nichtwissen im Klaren oder Unklaren waren.

(3b) Hinzu kommt die konträre Frage, ob man nicht vielleicht sogar ein *Recht auf Nichtwissen* hat (Wehling 2007a 229-230).⁴⁶

Wehling konstatiert nun, dass mit dem „Übergang zur Wissensgesellschaft ... neuartige Problemlagen und ungewohnte soziale Praxen im Umgang mit Wissen (und Nichtwissen) auf den Plan“ getreten sind (Wehling 2007a 234).

Für diese Arbeit von entscheidender Bedeutung ist folgender Aspekt, der an den oben genannten Punkt 3a anschließt: Wie Wehling an anderer Stelle ausführt, kann unter den Bedingungen einer Wissensgesellschaft, in der der leitende Imperativ (Willke 1999: 263) die Pflicht zur Wissensaneignung ist, Nichtwissen als Defizit sozial zugeschrieben werden, obwohl es, wie hier gezeigt wurde, logische Folge des Wachstums des Wissens ist:

„Die Intentionalität des Nichtwissens bezieht sich auf den Grad, in dem Nichtwissen auf das Handeln oder Unterlassen sozialer Akteure (Individuen, Gruppen, Organisationen) zurechenbar ist. Idealtypisch stehen sich hier die ausdrückliche, bewusste Zurückweisung mehr oder weniger gut bekannter Wissensinhalte („Nicht-Wissen-Wollen“)

⁴⁶ Beispielsweise könnte zukünftig die technisch-medizinische Möglichkeit bestehen genetische Dispositionen für Krankheiten mit hoher Genauigkeit zu bestimmen. Wenn dies der Fall ist, könnten Arbeitgeber oder Versicherungen ein großes Interesse daran haben, dieses Wissen zu erlangen, während jeder Einzelne den Sinn und Nutzen eines solchen Wissens unterschiedliche bewehrten mag. Fraglich wäre dann, ob man ein Recht darauf hat, potentiell mögliches Wissen zu verhindern.

sowie ein vollkommen unbeabsichtigtes (und insofern ‚unvermeidbares‘) Nichtwissen gegenüber. Gerade im Hinblick auf den Umgang mit Innovationsrisiken spielen Zwischenformen wie fahrlässiges oder durch mangelnde Aufmerksamkeit bedingtes Nichtwissen hier eine zentrale Rolle. ... Intentionalität ist in diesem Zusammenhang nicht auf bewusste Absicht, etwas zu tun oder zu lassen, beschränkt und bezeichnet nicht die ‚tatsächliche‘, kausale Ursache von Wissenslücken, sondern stellt eine Form der sozialen Zurechnung auf Akteure dar. Man könnte annehmen, der Idealtypus eines explizit gewollten Nichtwissens stelle in modernen, vom ‚Willen zum Wissen‘ (Foucault 1977) geprägten Gesellschaften eine seltene Randerscheinung oder irrationale Abweichung dar. Doch gerade in ‚Wissensgesellschaften‘ spielen Formen und Phänomene intendierten Nichtwissens eine zunehmend wichtige Rolle. [...] Mit der Menge der verfügbaren Wissensinhalte wachsen zugleich der Wunsch wie der Zwang, Informationen nicht zur Kenntnis zu nehmen und Verfahren zur Trennung des Wissenswerten vom Nicht-Wissenswerten zu entwickeln.“ (Wehling 2007b: 488)

Wer Wissen aussortiert, nicht zur Kenntnis nimmt und ignoriert, muss also damit rechnen, dass man ihm dieses Nichtwissen *als intendiertes Nichtwissen zuschreibt* und ihn – im Falle von Problemen – dafür *zur Rechenschaft zieht*.

Durch das Mengenwachstum und die Ausbreitung des wissenschaftlichen Wissens sowie durch die technische Aufbereitung steigt die Menge des potentiell verfügbaren und potentiell relevanten Wissens, ohne dass die Kapazität zur kognitiven Verarbeitung entsprechend ansteigt. Daher wird der Bereich des intendierten Nichtwissens immer größer. Im Wissensmanagement spricht man heute bereits von *intelligenter Wissensabwehr* oder *intelligentem Vergessen*, wenn es darum geht, gezielt Wissen oder Informationen zu ignorieren, um weiterhin handlungs- und entscheidungsfähig zu bleiben (vgl. Howaldt/Klatt/Kopp 2004: 115).

Nina Degele spricht hier von *Informationsvermeidungs-* und *Kommunikationsabwehrkompetenz*, denn „nicht die fehlende Information [ist] das Problem, sondern die Unmöglichkeit, sie noch zu bewältigen“ (Degele 2007: 398).

In der Wissensgesellschaft spielen somit intendiertes oder fahrlässiges Nichtwissen eine entscheidende Rolle, denn das große Angebot und Potential an Informationen und Wissen kann vom einzelnen Akteur nicht mehr überschaut oder gar verarbeitet werden. Trotzdem gilt die Norm, Handlungen

und Entscheidungen – im besten Fall wissenschaftlich – abzusichern. Oder wie Kreibe (2004: 189) es auf den Punkt bringt:

„Beginnen wir mit einer vermutlich unstrittigen Tatsache: Bevor kommerzielle oder politische Maßnahmen konzipiert und durchgeführt werden können, ist es erforderlich, Informationen einzuholen und auszuwerten. Der Bereich des Wissens muss erweitert, der des Nichtwissens muss zurückgedrängt werden. Vor der Umsetzung der Maßnahme ist deren Für und Wider gewissenhaft abzuwägen, Informationen über Erfahrungen Anderer sind einzuholen etc. Unüberlegtes Handeln ist nicht vertretbar. Dies gilt vor allem dann, wenn die Folgen des Handelns auch die Allgemeinheit treffen können“.

Hieraus ergibt sich ein strukturelles Problem, welches Jäger (1996: 54) prägnant auf den Punkt bringt: „Das Wissen wächst, aber die mögliche Teilnahme am Wissen nimmt ab“.

Wehling (2003: 128) fasst dies in Bezug auf Nichtwissen so zusammen: „Je *mehr* wir wissen, desto *weniger* wissen wir, was wir nicht wissen“.

In anderen Worten, der gewachsenen Bedeutung von Wissen und der gestiegenen Verfügbarkeit von Wissen stehen (a) ein wachsendes Nichtwissen und (b) eine immer unzureichendere Bewältigung des Wissensangebots gegenüber.

2.2.3 Vom gebildeten zum informierten Wissen

Wie Bittlingmayer (2005: 199) betont, handelt es sich bei den meisten Analysen zur Wissensgesellschaft, ihren Bedingungen und Folgen um makrostrukturelle Analysen, die kaum oder gar nicht die Rolle des Individuums reflektieren: „In den vorliegenden zeitdiagnostisch-soziologischen Studien ist *konkreter Akteursbezug eine spezifische theoretische Leerstelle*“. Die Untersuchung von Degele stellt hinsichtlich der von Bittlingmayer benannten Leerstelle m.E. eine Ausnahme dar: In einer qualitativen Studie hat Degele (1999, 2000, vgl. auch 2007) die Diskrepanz von (technisch) verfügbarem und (kognitiv) verarbeitbarem Wissen anhand des Umgangs von Unternehmensberatern und Homöopathen mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Wissen untersucht. Ihre zentrale These lautet, dass „die Bedeutung inhaltsspezifischen Wissens [sinkt, und gleichzeitig] gewinnen Kompetenzen zur Aneignung und zum

Umgang mit Wissen umso mehr Gewicht.“ (Degele: 2000: 11).⁴⁷ Sie schließt mit ihrer Untersuchung an die Debatten zur Informations- bzw. Wissensgesellschaft an, die in Kapitel 2.1 präsentiert wurden. Jedoch weist sie darauf hin, dass in der Debatte um die Wissensgesellschaft „Utopie, Mythos und realer Gehalt [...] kaum zu unterscheiden“ sind (Degele 2000: 21, ähnlich Kübler 2005 sowie Bittlingmayer 2005). Sie kritisiert z.B., dass bislang nie abschließend geklärt wurde, wie und warum Wissen ein Produktionsfaktor analog zu Arbeit und Boden sei. Reine wissensbasierte Dienstleistung würden noch keinen Wohlstand oder wirtschaftlichen Erfolg erzeugen: die alten Industrien existierten ja weiterhin. Sie folgert daher:

„Viel entscheidender ist, dass mit den – nicht zu bestreitenden – Tendenzen einer Dematerialisierung des Wirtschaftens ein Wandel gesellschaftlichen Konstitution von Wissen einhergeht: Wissen verändert seine Form.“(Degele 2000: 36)

Sie betont ferner, ähnlich wie es sich bei Willke findet, dass sich nicht nur das Wissen verändert, sondern vor allem auch eine Notwendigkeit zur ständigen Aneignung von Wissen gefordert würde: „Auf der anderen Seite gelten Wissen, Qualifikation und lebenslanges Lernen als *conditio sine qua non* des Mitmischens in der informierten Gesellschaft.“ (Degele 2000: 78)⁴⁸

Zwar gebe es Versuche Einzelner, komplett oder zeitweise von technischen Angeboten Abtinent zu leben: keine Computer, keine Datenbanken, nicht erreichbar sein (Degele 2000: 79), jedoch kann man die bewusste und aktive Abkehr eher als eine Bestätigung des Trends auffassen: wer keinen Computer oder kein Mobiltelefon nutzt, muss dies begründen, rechtfertigen und ggf. mit Konsequenzen rechnen.

Die Wissenschaft liefert selbst Beispiele für diese Entwicklungen (Degele 2000: 134ff). In der Wissenschaft werden Computer *direkt* für die Forschung eingesetzt und *indirekt* für das Verfassen von Publikationen. Beides hat einen Einfluss auf die Art und Weise des Umgangs mit Wissen sowie auf die Form des wissenschaftlichen Wissens. Hinzu kommen technische Hilfsmittel, wie beispielsweise elektronische Zeitschriften hinzu bzw. Literaturdatenbanken.

⁴⁷ Hierbei hält sie nichts von dem „fruchtlosen Unterscheidungspathos zwischen Wissen und Information.“ (Degele 2000: 13), wie man es z.B. bei Spinner (1994: 27) findet.

⁴⁸ Nach Reimann (1998: 194) gehören Erziehung zum selbstgesteuertem Lernen, Vorbereitung auf lebenslanges lernen, Umgang mit großen, komplexen Informationsmengen und mit moderner Informationstechnologie sowie Kommunikations- und Teamfähigkeit zu den wichtigen Schlüsselqualifikationen in der Wissensgesellschaft. Ähnliches findet sich bei Drucker (1969, 1989) und in der Beschreibung der Wissensarbeit von Willke (1998, s.o.)

Mit diesen wird der Versuch unternommen, Zeit und Kosten zu sparen und das wissenschaftliche Wissen möglichst effektiv zu verbreiten.

Beim *direkten Einsatz von Computer in der Forschung* ermöglichen sie aufwändigere und kompliziertere Prozeduren (mathematische Modelle, Simulationen, graphische Darstellungen etc.), die vorher oder mit leistungsschwächeren Rechnern nicht möglich oder praktikabel waren. Dies kann eine wachsende Theoriearmut der Forschung induzieren: Experimente und Prozeduren werden durchgeführt, weil man sie durchführen kann, der Aufwand gering ist und die Möglichkeiten gegeben sind und nicht weil sie aufgrund theoretischer Überlegungen angezeigt wären.

Als Gefahr deutet sie beim *indirekten Einsatz von Computern bei Publikationen*, dass hieraus ein schlampigerer Umgang mit wissenschaftlichen Arbeiten folgt, da diese ständig revidierbar sind. Aufgrund der technischen Möglichkeiten wird in die Ausführung weniger Sorgfalt gelegt, und somit würde die Wissenschaft in einen ständigen *Zustand der Unvollendung* geraten.

Daher konstatiert Degele (2000: 143):

„Der Druck zur Aneignung von Medienkompetenz wächst. Medienkompetenz wird zur allgemeinverbindlichen Einstiegsbedingung und ist erforderlich, um sich Inhalte zu erschließen und sie zu produzieren. Die Produktion von Informationen erfährt eine Verzeitlichung oder Temposteigerung: Information und Wissen wird vorläufiger – und im Zustand permanenter Revision gehalten. Die computertechnische Unterstützung der Produktion von Information ist rekursiv geworden. Sie ermöglicht die Formulierung neuartiger Problemstellungen und verstärkt damit die ‚Vervorläufigung‘ und Kurzlebigkeit dieses Prozesses. Als Effekt können computertechnisch induzierte Probleme der Informationsproduktion nur noch computertechnisch ‚gelöst‘ werden“.

Sie geht ferner davon aus, dass in einer Welt, in der man mit der Unterstützung technischer Hilfsmittel (d.h. Computern) Inhalte schnell und umfassend finden und bereitstellen kann, der Eindruck entsteht, dass Wissen weniger wert sei (Degele 1999: 459f).⁴⁹ Wissen, so hat es den Anschein, wird

⁴⁹ Sie liefert dazu ein anschauliches Beispiel: „Man stelle sich einen Altphilologen vor, der sich seine wissenschaftliche Anerkennung mit einer langwierigen und mühseligen Wortanalyse in der Dichtung Homers verdient hat. Wie muss er sich fühlen, wenn eine clevere Anfängerin die gleichen Ergebnisse in Sekundenschnelle auf den Bildschirm zaubert? Wenn sie die gewünschten Informationen mit ein paar Tastenklicks aus dem ‚Theasaurus Linguae Graecae‘ (TLG) zieht, der digitalisierten Form des kompletten Homer? Dann muss sich der Homerforscher darüber Gedanken machen, ob er sich seine zukünftige

schnelllebiger und durchläuft eine strukturelle Veränderung: das Gewusste wird immer kurzlebiger, d.h. es verliert immer schneller an Relevanz und dadurch gewinnen die Art und Weise, wie man mit Wissen umgeht, eine neue, größere Bedeutung. Die Umgangsweise wird zur Kernkompetenz. Um dies zu verdeutlichen unterscheidet sie zwischen *gebildetem* und *informiertem* Wissen (Degele 1999: 459).

Gebildetes Wissen ist spezifisches, inhaltliches Wissen; Wissen *von* etwas. Es zeichnet sich durch Stabilität aus: wenn man weiß, wie die Knochen der Mittelhand heißen, ist davon auszugehen, dass sie auch in Zukunft so heißen werden. Informiertes Wissen hingegen bezeichnet Degele als ein Wissen, das in eine neue *Form* gebracht wurde und sich vor allem dadurch auszeichnet, dass es leicht zu übermitteln und zu verarbeiten ist.⁵⁰ Ihre These ist nun, dass es einen allgemeinen Bedeutungsverlust des gebildeten Wissens gibt und gleichzeitig die Relevanz des informierten Wissen anwächst. Hierbei stehen die Akteure vor dem Dilemma, dass beim Umgang mit informiertem Wissen *Informationsgewinne* auch immer mit *Bewältigungskosten* verbunden sind (Degele 1999: 460).

Nach Degele folgt der Bedeutungszuwachs des informierten Wissen der breiten Nutzung von informations- und datenverarbeitender Technologie, sprich von Computern. Die Verwendung von Computern im Berufs- und Privatleben ist inzwischen alltäglich und führt zu einer *Automatisierung der Kopfarbeit* (Degele 1999: 461).

Sie unterscheidet nun zwischen *Wissen erster Ordnung* und *Wissen zweiter Ordnung*. Wissen erster Ordnung entspricht Wissensstrukturen als inhaltliche Bestände, d.h. z.B. spezifisches Fachwissen. Wissen zweiter Ordnung entspricht eher Kompetenzen, also wie man mit Wissen umgeht bzw. wie man mit Medien oder Technik verfährt, um an Wissen heranzukommen. Degele geht davon aus, dass man in der Zeit vor der Nutzung elektronischer Datenverarbeitung Wissen erster Ordnung und zweiter Ordnung mehr oder weniger klar voneinander trennen konnte. Je mehr jedoch die Computerisierung voranschreitet desto mehr vermischen sich diese beiden Wissensformen. Das Wissen zweiter Ordnung gewinnt zu Gunsten des Wissens erster Ordnung an Bedeutung: Diesen Prozess der Vermischung nennt sie *Informierung*. Dieses Wissen, eben das informierte Wissen, zeichnet sich durch eine neue, inhaltsarme aber leicht zu verarbeitende und zu

wissenschaftliche Reputation nicht lieber damit verdient, vielleicht neue Suchprogramme zu entwickeln. Sein Wissen ist plötzlich weniger wert geworden“ (Degele 1999: 459)

⁵⁰ Man beachte an dieser Stelle, dass der Begriff *Information* von seinem etymologischen Ursprung her ‚etwas in eine Form bringen‘ bedeutet.

inszenierende Form aus. Im Zuge dessen verliert der Inhalt des Gewussten an Bedeutung, und die Umgangsweisen mit Wissen avancieren zur entscheidenden Kompetenz.

„Wissen zweiter Ordnung‘ wird wichtiger als inhaltliches Domänenwissen, also Wissen darüber, wie inhaltspezifisches Domänenwissen zu organisieren, zu inszenieren und in Aktion zu bringen ist. ‚Doing Knowledge‘ statt ‚having Knowledge‘ heißt dann, dass Akteure (seien es Personen oder auch Institutionen) diesen Prozess der Informierung vorantreiben“ (Degele 1999: 461)

Selbstverständlich geht es weiterhin um Inhalte, aber man muss sie nicht mehr selbst wissen, wenn man sie immer, überall und umfassend abrufen kann. Entsprechend wird aber auch das Wissen an diese Bedingungen angepasst, es wird kompatibel gemacht mit den „Anforderungen nach schneller Erweiterbarkeit, Übertragbarkeit in Computer und auch Lehrbarkeit“ (Degele 1999: 462). Diese Anpassung geschieht unbewusst als *unintendierte Nebenfolge* des Handelns. Hieraus folgt für sie, dass „bei solchermaßen modularen Informationsportionen [...] dann vor allem die ‚reine‘ Information [interessiert]; Quellen, Hintergrund, Kontext und argumentative Bewertung sind nur noch zeitaufwendiger Ballast“ (Degele 2007: 399)

Degele hat diesen Prozess der *Informatisierung* empirisch untersucht (im Folgenden werden exemplarisch die Ergebnisse aus der Teilstudie Homöopathie berichtet, vgl. hierzu Degele 1999: 462-466). Allgemein stellt sie fest, dass fast alle Homöopathen zu unterschiedlichen Zwecken Computer benutzen. Grund hierfür ist Zeit zu sparen und so entweder mehr freie Zeit zu haben oder mehr Patienten in derselben Zeit zu behandeln (gesteigerte Effizienz). Dadurch verändert sich das von ihnen benötigte Wissen: sie brauchen jetzt mehr Wissen darüber, wie sie ihren Computer möglichst effizient einsetzen und das dort gespeicherte Wissen nutzen, als selbst z.B. Listen mit homöopathischen Mitteln oder Symptomen auswendig zu kennen. Die inhaltlichen Bestände stehen unabhängig vom eigenen Gedächtnis abrufbereit zur Verfügung. Gleichzeitig treiben die Homöopathen auf diese Weise die *Spirale der Informationsexplosion* nach oben. Im Rechner können sie mehr Wissen speichern als sie sich selbst merken könnten. Sie können es ebenfalls schneller, umfassender und verlässlicher abrufen als es ihr Erinnerungsvermögen zulassen würde. Außerdem lässt es sich einfacher ergänzen und verändern. Hieraus folgt, dass sich das Wissen schneller verändert und vermehrt. Darüberhinaus wird insgesamt (zumindest potentiell) mehr Wissen eingesetzt als vorher. Homöopathen können heutzutage dank digitaler Unterstützung aus ca. 2000 Mitteln wählen und nicht mehr nur, wie

zu Beginn dieser Behandlungsform, aus ca. 100. An diesem Punkt wird interessant, auf welche Art und Weise die Akteure mit dem vergrößerten Wissensangebot umgehen: wie sie auswählen.⁵¹

Degele hat drei unterschiedliche Strategien in ihrer Studie identifiziert: (1) kann das Wissen bereits durch den Computer vorselektiert werden (indem man bestimmte Such- bzw. Sortierkriterien benutzt); (2) besteht die Möglichkeit zur Selbstbeschränkung, indem man das breite technische Angebot ignoriert und sich freiwillig auf eine traditionelle und kürzere Liste beschränkt; (3) man orientiert sich an sekundären Kriterien, d.h. man achtet darauf, „von wem“ ein bestimmter Eintrag gemacht wurde und richtet sich nach dem Renommee von Personen. Ihr Fazit lautet, dass an die Stelle von Inhalten das *Management*, die *Organisation* und die *Inszenierung* von Wissen treten.

Nicht mehr der Besitz von Wissen entscheidet, „sondern vielmehr [...], es zu ‚machen‘: sich schnell situationsspezifisch erforderliches Wissen *aneignen*, *inszenieren* und ‚in Aktion‘ bringen“ (Degele 1999: 466; Hvh. K.U.). Die eigentliche Kunst besteht nunmehr darin, den Punkt zu finden, an dem weiteres Wissen mehr Kosten als Nutzen verursacht.

2.2.4 Zusammenfassung

Die Betrachtung des Begriffspaars *Wissen/Nichtwissen* hat vier grundlegende Erkenntnisse zu Tage gefördert:

Erstens ist Wissen notwendigerweise kontextabhängig und somit nicht ohne Weiteres von einem Kontext in einen anderen zu übertragen. Wenn jedoch vom Wissen als Produktionsfaktor oder vom Wissen als Ressource die Rede ist, wird ein Wissensbegriff gemeint, der weniger mit dem klassischen Verständnis von Wissen zu tun hat als mit dem Begriff der Information. Dies schließt auch an die Ausführungen zur Wissensarbeit an, die weiter oben zu finden sind: Wissen ist in dieser Perspektive eine dispoible und fungible Ressource, die man sich aneignen, vergessen, speichern, weitergeben, organisieren und manipulieren kann. Es ist somit naheliegend, dass sich zumindest komplexes Wissen nicht als ebensolche Ressource anbietet bzw. nicht auf einfache und unproblematische Weise als solche genutzt werden kann. Zumindest nicht ohne erhebliche Einbußen.

⁵¹ Ich möchte darauf hinweisen, dass es m.E. völlig beliebig ist, welches Mittel der Homöopath letztlich auswählt, da es sich aufgrund der Praxis der Verdünnung in der Regel um ein wirkstoffreies Lebensmittel handelt.

Zweitens ist Wissen immer auch an Nichtwissen gekoppelt. Jedes zusätzliche Wissen, jede neue wissenschaftliche Erkenntnis führt zwangsläufig zu weiteren, immer komplizierteren und grundsätzlicheren Fragen. Jede Anwendung von wissenschaftlichem und technologischem Wissen in der Praxis führt zu Folgen, von denen man nur bedingt im Vorhinein wissen kann. Drittens stellt sich für jeden einzelnen Akteur die Problematik des Nichtwissens in einer dreifachen Art und Weise:

- Er steht unter dem Druck, das eigene, persönliche Nichtwissen zu beseitigen, die eigenen Entscheidungen abzusichern und zu rechtfertigen.
- Er steht gleichzeitig einem wachsenden Wissensangebot gegenüber, das immer schwerer zu überschauen und zu erfassen ist. Obwohl Wissen vorhanden ist wird es für den Einzelnen immer schwieriger, dieses noch zur Kenntnis zu nehmen. Trotz des gesteigerten allgemeinen Wissensangebots wächst im Verhältnis dazu das persönliche Nichtwissen.
- Er wird im Rückgriff auf die Wissenschaft mit dem wissenschaftlichen Nichtwissen konfrontiert, d.h. anstatt mehr Sicherheit und Gewissheit, Bestätigung und Rechtfertigung im wissenschaftlichen Wissen zu finden, liefert dieses ebenso Unsicherheiten und Nichtwissen.

Diese drei Faktoren, wenn sie den zutreffend sind, führen für den einzelnen Akteur zu einem *Wissensdilemma*: einerseits soll er mehr Wissen verarbeiten, um bessere und sicherere Entscheidungen treffen zu können, andererseits führt mehr Wissen nicht zu mehr Sicherheit, sondern zu erhöhter Unsicherheit.

Viertens kommt hinzu, dass sich unter diesen Bedingungen die Art und Weise des Umgangs mit Wissen verändert. In der Wissensgesellschaft gewinnt das *informierte Wissen* überhand. Wenn man aufgrund der schier unermesslichen Menge des Wissens nicht mehr in der Lage ist, es sich als Individuum zu merken und das Wissen gleichzeitig seinen Charakter zeitbeständiger Gewissheit verliert, dann ist es eben von entscheidender Bedeutung, wie man möglichst flexibel und schnell mit der Ressource Wissen umgehen kann.

2.3 Wissenschaft in der Wissensgesellschaft: Rolle und Transformation

Wissenschaften entfernen sich
im Ganzen immer vom Leben
und kehren nur durch einen
Umweg wieder dahin zurück.
J.W. v. Goethe

Nachdem ausführlich die Bedeutung von Wissen und Nichtwissen diskutiert wurde, soll nun die Rolle der Wissenschaft als Lieferant und Produzent der *Ressource Wissen* näher untersucht werden. In der Diskussion der Ansätze zur Wissensgesellschaft sind bereits zwei Bestimmungen der Rolle der Wissenschaft aufgetaucht: einerseits wurde, wie z.B. von Willke, die verminderte Bedeutung der Wissenschaft konstatiert und andererseits, wie z.B. von Stehr, im Gegensatz dazu die allgemeine Verwissenschaftlichung und mithin die gestiegene Bedeutung der Wissenschaft in der Gesellschaft behauptet. Hier soll dem Ansatz von Stehr (1994) gefolgt werden. Es wird somit die These vertreten, dass der Wissenschaft eine entscheidende, wenngleich eine veränderte Rolle in der Wissensgesellschaft zukommt. Da es in dieser Arbeit um den Umgang mit wissenschaftlichem Wissen in der Praxis geht, ist es aus zweierlei Gründen von Interesse, sich intensiver mit der allgemeinen Situation und Bedeutung der Wissenschaft zu befassen: Erstens ist es notwendig, die Eigentümlichkeiten der Wissenschaft und des von ihr produzierten Wissens zu beachten, da es – wie sich im Abschnitt über das wissenschaftliche Nichtwissen gezeigt hat – äußerst wahrscheinlich ist, dass diese einen Einfluss auf die Art und Weise des Umgangs damit haben. Zweitens ist es naheliegend, dass nicht nur das wissenschaftliche Wissen einen Einfluss auf die Praxis hat, sondern dass es ebenso eine Ein- oder Rückwirkung der Praxis auf die Wissenschaft gibt.⁵² So stellt z.B. Weingart (2001: 11) fest,

⁵² Vgl. zu diesem Zusammenhang auch Bechmann und Beck (2003), die schreiben, dass „...in der Gegenwartsgesellschaft die Produktion von wissenschaftlichem Wissen und seine Integration in unterschiedliche gesellschaftliche Kontexte an Bedeutung gewinnen“ (Bechmann/ Beck 2003: 6). Und weiter argumentieren sie, „dass sich der gesamtgesellschaftliche Wandel zur Wissensgesellschaft nicht nur in einer engen Kopplung von Forschung und gesellschaftlichem Kontext, sondern auch ein Wandel der sozialen

dass die Debatten über die Veränderungen und Transformationen der modernen Wissenschaft⁵³ in einem engen Zusammenhang mit der Diskussion um die Wissensgesellschaft stehen:

„Obgleich beide Diagnosen unabhängig voneinander gestellt worden sind und auf den ersten Blick nicht einmal viel miteinander gemein haben, bestehen zwischen ihnen relevante und instruktive Zusammenhänge“.

Was ist die Wissenschaft und wozu entwickelt sie sich? Der Wissenschaftsphilosoph Jürgen Mittelstraß (1998: 181) sieht zwischen der Wissenschaft und dem Rest der Gesellschaft einen deutlichen Unterschied: die Wissenschaft scheint nicht von derselben Welt zu sein wie der Alltag (oder die Praxis). Sie ist aus seiner Sicht „unvermeidlicherweise unverständlich“ (Mittelstraß 1998: 183), da sie sich *prinzipiell* vom alltäglichen Umgang mit der Welt und ihren Dingen unterscheidet. Will man die Wissenschaft verstehen, so gibt es für ihn nur einen Weg: durch lange Ausbildung selbst ein Teil der Wissenschaft zu werden. Diese prinzipielle Unverständlichkeit oder schwierige Zugänglichkeit der Wissenschaft kann man, Mittelstraß folgend, nicht als Verschulden der Forscher auffassen, die es dem Rest der Welt absichtlich schwer machen würden. Vielmehr liegt dies in der Tatsache begründet, dass die Sachverhalte der Forschung komplizierter sind als alltägliche Frage- und Problemstellungen, und dass es für die Forschung notwendig ist, die wissenschaftliche Behandlung eines Themas durch die Wahl der Form (Sprache, Begriffe, mathematische Modelle) von der alltäglichen Behandlung zu unterscheiden. Er geht davon aus (Mittelstraß 1998: 183), dass man beim Versuch, wissenschaftliches Wissen allgemeinverständlich zu präsentieren, gleichzeitig in Kauf nehmen muss, dass es seine originäre wissenschaftliche Qualität einbüßt.⁵⁴ Für sozialwissenschaftliches Wissen haben Beck und Bonß (1989) dieses Phänomen als *Trivialisierung* beschrieben.

Erwartungen aus dem gesellschaftlichen Kontext an Forschung widerspiegelt“ (Bechmann/Beck 2003: 7)

⁵³ Es finden sich in der Literatur zu dieser Debatte so schillernde Begriffe wie: *post-normal science* (Funtowicz/Ravetz 1993), *regulatory science* (Jasanoff 1989), *mandated science* (Salter 1988), *endogene Wissenschaft* (Rössler 1992), *science in action* (Latour 1987) und nicht zu vergessen der wahrscheinlich folgenreichste Entwurf: *Modus II* (Gibbons et al. 1994) zur Beschreibung einer neuen Wissenschaft (zur Übersicht hierzu siehe Frederichs 2001).

⁵⁴ Hiermit ist nicht gesagt, dass man wissenschaftliches Wissen nicht allgemeinverständlich ausdrücken könnte, sondern nur, dass wenn man es tut, es einen Großteil seiner wissenschaftlichen Potenz verliert, beispielsweise wenn man den thermodynamischen Begriff der *Entropie* mit herunterfallenden Kaffeetassen oder Elemente der Quantenmechanik mit toten Katzen in Schachteln veranschaulicht. Für rein sozialwissenschaftliches Wissen mag dieses Urteil weniger hart ausfallen, da die

Trotzdem kritisiert Mittelstraß (1998: 187), dass es die Tendenz gebe, Sachverhalte künstlich zu verkomplizieren, um sich allein durch die Unverständlichkeit einen Anschein von Wissenschaftlichkeit zu geben. Daraus leitet er ab, dass bei aller Schwierigkeit und Komplexität das Gebot gelten sollte, sich so verständlich wie möglich auszudrücken. Gerade in den Geistes- und Sozialwissenschaften würde man dazu neigen, durch einen „*Jargon der Unverständlichkeit*“ (Mittelstraß 1998: 187) die eigene Arbeit zu legitimieren, selbst wenn es sich nur um Trivialitäten handelt. Etwas polemisch schreibt er:

„Der Ausweis der Wissenschaftlichkeit erfolgt hier durch den (rettenden) Nachweis der Unverständlichkeit (schließlich versteht auch niemand die Sprache der modernen Kosmologie, und die gilt allemal als Wissenschaft). Man spricht eben die Sprache des absoluten Geistes, der sich nur den Eingeweihten, zu denen man natürlich als Geistes- und Sozialwissenschaftler gehören möchte, offenbart“ (Mittelstraß 1998: 187).

Grundsätzlich kann man Wissenschaft in zweierlei Hinsicht betrachten: Erstens ist Wissenschaft eine besondere „*Form der Wissensbildung*“ (Mittelstraß 1998: 192), d.h. sie unterscheidet sich vom Alltag dadurch, dass sie auf eine bestimmte Art und Weise Wissen produziert. Zweitens ist sie aber auch eine *soziale Institution* nämlich als „gesellschaftlich veranstaltete Wissenschaft“ (Mittelstraß 1998: 192).

„Wissenschaft ist ihrer Idee und institutionellen Wirklichkeit nach immer beides: methodisch forschende Rationalität und institutionelle Wirklichkeit, ihr Wesen vereinigt *epistemische* und *institutionelle* Strukturen“ (Mittelstraß 1998: 192).

Die erkenntnistheoretische Seite der Wissenschaft bestimmt Mittelstraß in dreifacher Hinsicht (1998: 185f):

- Wissenschaft ist *Problemlösen mit anderen Mitteln*. Die Natur der Wissenschaft liegt in der Bewältigung von Problemen, die zwar ihren Ursprung meist innerhalb der Forschung haben, sich aber in ihrer Art und Weise nicht übermäßig von Problemen in der Praxis unterscheiden.

Gegenstände der Sozialwissenschaften dem Alltags- oder Praxiswissen näher liegen, jedoch sind die Ergebnisse von Beck und Bonß (1989) insoweit eindeutig: sie zeigen, dass die Verwendung sozialwissenschaftlicher Begriffe und Theorien in der Praxis losgelöst ist vom Bedeutungsgehalt eben dieser Begriffe und Theorien in der Wissenschaft, die sie geprägt hat.

- Wissenschaft zielt auf Entdeckungen *jenseit der entdeckenden Erfahrung* ab. In der Praxis werden Entdeckungen durch Erfahrungen gemacht, während die Wissenschaft sich nicht auf die bloße Erfahrung beschränkt, sondern bestrebt ist, Erkenntnisse jenseits der Erfahrungen zu erlangen (durch Methodologie, Logik etc.). Die Logik des Entdeckens kennt auch die Praxis, jedoch nicht die der wissenschaftlichen Begründung und Rechtfertigung.⁵⁵
- Wissenschaft ist die *Hochstilisierung alltäglicher Wissensformen*. Prinzipiell ähneln sich die Wissensformen von Wissenschaft und Praxis: Begründen, Argumentieren und Beweisen kennt man in beiden gesellschaftlichen Bereichen. Einzig gelten in der Wissenschaft weitaus strengere Regeln dafür, was als Begründung, Argument oder Beweis akzeptiert wird und was – unabhängig vom Inhalt, der Form wegen – ausgeschlossen ist. Diese strengen Regeln führen dazu, dass das Wissen der Wissenschaft die Form von *Theorien* erhält.

Gerade darin, dass sich die Wissenschaft von der Praxis bzw. vom Praxis- oder Alltagswissen abgrenzt, lag bislang die Stärke und Autorität der Wissenschaft.⁵⁶ Diese *aktive* Abgrenzung wird in der Regel unter dem Stichwort *Boundary Work* (Gieryn 1995) gefasst.⁵⁷ Entlastet von der Notwendigkeit, Probleme auch *praktisch* zu lösen und Entscheidungen zu treffen und vor allem in der Lage, von störenden Randbedingungen abstrahieren zu können, war die Wissenschaft zu großen Fortschritten fähig. Auch die Autorität der Wissenschaft speist sich aus dieser Quelle: nur weil die Wissenschaft darauf insistieren konnte, keinen spezifischen Interessen oder Absichten (in der Praxis) zu folgen, konnten ihre Ergebnisse als neutrale und

⁵⁵ Ich verstehe Mittelstraß hier so, dass der Unterschied nicht im *Entdeckungszusammenhang*, sondern im *Rechtfertigungszusammenhang* der wissenschaftlichen Erkenntnis liegt.

⁵⁶ Halfmann und Schützenmeister (2003: 6) formulieren dies so: „Die besondere Autorität der Wissenschaft basiert auf bestimmten Routinen der Zertifizierung, die das Zustandekommen neuen wahren Wissens als einen durch Methoden und Theorien kontrollierten Erzeugungsprozess ausweisen. Die Reinigung von sozialen Einflüssen, die bei der Entstehung neuen Wissens eine Rolle spielen können, beruht auf einer evolutionär und nicht intentional gesteuerten Praxis der jeweiligen scientific community, in der dasjenige Wissen als gültig behandelt wird, an das andere Forschungen, die oft mit denjenigen des Entstehungskontextes keine Verbindung haben, anschließen und weitere Forschungen anschlussfähig machen. Gerade dies macht wissenschaftliches Wissen zu einer mächtigen Ressource in politischen Diskursen und begründet den Einfluss von Wissenschaftlern auf politische Entscheidungen“.

⁵⁷ Guston (2001: 399) fasst den Ansatz der *Boundary Work* so zusammen: „...what demarcates science from nonscience is not some set of essential or transcendent characteristics or methods but rather an array of contingent circumstances and strategic behavior known as 'boundary work'“.

objektive Ressource in der Praxis genutzt werden. Die Wissenschaft war einzig und allein der reinen Erkenntnis verpflichtet.

Merton (1942) hat in seiner klassischen Beschreibung des Wissenschaftssystems die *Erweiterung des Wissens* als Funktion der Wissenschaft beschrieben. Er diagnostizierte ein spezielles *Ethos* der Wissenschaft, welches seitdem zahlreichen Kritiken ausgesetzt wurde und das wohl nie eine adäquate Beschreibung der tatsächlichen Wissenschaft war (Weingart 2003). Dieses Ethos repräsentierte jedoch auf gelungene Weise das Bild, das in der Gesellschaft von der Wissenschaft und in der Wissenschaft von sich selbst vorherrscht und kann dazu genutzt werden, die Differenz zwischen Wissenschaft und Praxis zu beschreiben. Mertons Ethos besteht aus vier institutionellen Imperativen, die idealtypisch das Handeln der Forscher lenken (vgl. hierzu Felt/Nowotny/Taschner 1995: 59ff; Weingart 2003: 15ff):

- *Universalismus*: die sozialen und historischen Bedingungen dürfen keinen Einfluss auf die Forschung haben und daher beanspruchen die Ergebnisse universelle Gültigkeit.
- *Kommunismus*: die Ergebnisse der Forschung gehören keinem Einzelnen, sondern sind immer Produkt und Besitz der gesamten wissenschaftlichen Community. Persönliche Zuschreibung erfolgt lediglich durch Publikation der Ergebnisse. Die Geheimhaltung von Forschungsergebnissen wäre gleichsam verpönt, da man den anderen Wissenschaftlern Zugriff auf etwas verwehren würde, was diesen als Teil der Community zustünde.
- *Uneigennützigkeit*: Die Forschung wird um der Forschung Willen, bzw. nur aus dem Interesse an der Erkenntnis und dem Fortschritt der Wissenschaft betrieben und nicht aus (egoistischen) Nutzenerwägungen.
- *Organisierter Skeptizismus*: Durch Peer-Review und Replikation von Studien stellt sich die Wissenschaft ständig selbst in Frage und kontrolliert dadurch selbstständig die eigenen Qualität.⁵⁸

Diese Vorstellung einer reinen und unabhängigen Forschung hat Bourdieu (1997: 23) als *scholastische Situation* beschrieben, die sich als

⁵⁸ Kritik an dieser Vorstellung und an den vier Normen kam von unterschiedlichen Seiten. Kuhn (1962) und Feyerabend (1975) kritisierten die impliziten erkenntnistheoretischen Annahmen, der Laborkonstruktivismus (z.B. Knorr-Cetina 1981) zeigte auf, dass sich Forscher in ihrer Arbeit sehr wohl in starker Abhängigkeit von ihrer sozialen und historischen Position befinden.

„ein Ort und ein Zeitpunkt sozialer Schwerelosigkeit, an dem die gewöhnlich geltende Alternative zwischen Spiel (*paizein*) und Ernst (*spoudazein*) außer Kraft gesetzt ist und man ‚ernsthaft spielen‘ (*spoudaios paizein*) kann [... darstellt und in der man] spielerische Einsätze ernst nehmend, sich ernsthaft um Fragen kümmert, welche die ernsthaften, schlicht mit den praktischen Dingen der gewöhnlichen Existenz befassten und um sie besorgten Leute ignorieren“.

Es mag einerseits die Stärke der Wissenschaft sein, sich ernsthaft spielend mit all den Forschungsfragen zu beschäftigen, die in der jeweiligen *Scientific Community* von Bedeutung sind, andererseits führt dies aber auch dazu, dass die Wissenschaft sich vom Rest der Welt separiert. Es besteht die Möglichkeit, dass die Forschung wenig mit den realen Bedingungen, Problemen und Fragestellungen der Praxis und des Alltags zu tun hat. Anders ausgedrückt, wenn die wissenschaftlichen Erkenntnisse nur Geltung und Bedeutung im Rahmen methodisch kontrollierter, eng begrenzter und künstlicher Randbedingungen haben, besteht die Gefahr, dass sie im schlimmsten Fall für den Rest der Welt keine Rolle mehr spielen.

„Die Autonomie der scholastischen Felder hat ihren Preis, und die soziale Zäsur, die von der ökonomischen begünstigt wird, ist nicht umsonst zu haben. ... Die *fundamentale Ambivalenz* der scholastischen Universen und aller ihrer Hervorbringungen – universelle Errungenschaften, die ein exklusives Privileg zugänglich macht – beruht darauf, dass die scholastische Zäsur gegenüber der Welt der Produktion befreit wie zugleich trennt, den Zusammenhang auflöst und damit virtuell verstümmelt: Wenn die Suspendierung ökonomischen und sozialen Drucks die Herausbildung von autonomen Feldern, von ‚Ordnungen‘, ... ermöglicht, die nur ihr eigenes Gesetz kennen und anerkennen, so droht sie, gibt man nicht besonders acht, das scholastische Denken in den Grenzen jener ignorierten oder verdrängten Voraussetzungen einzuschließen, die der Rückzug aus der Welt impliziert“ (Bourdieu 1997: 25).

Die Thematisierung dieser *fundamentalen Ambivalenz* (Bourdieu 1997: 25) und die Aufforderung an die Wissenschaft, sich der Praxis und dem Rest der Gesellschaft nicht zu verschließen, ist weitaus älter als die jüngsten Debatten zur Transformation der Wissenschaft oder dem Aufkommen der Wissensgesellschaft. Bereits in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts sah sich Panofsky (1957) genötigt, den „*Elfenbeinturm*“ gegenüber dem Wunsch nach unmittelbarer Nützlichkeit der Wissenschaft (in diesem Fall der *Humanities* an amerikanischen Hochschulen) zu verteidigen.

“The phrase ‘He lives in an ivory tower’ has come to be in the United States of America about the most insulting remark that can be passed without leading to an action for slander or libel. It combines the stigma of egotistical self-isolation (on account of the tower) with that snobbery (on account of the ivory) and dreamy inefficiency (on account of both)” (Panofsky 1957: 112).

Wichtig war es ihm herauszustellen, dass der „Elfenbeinturm“ nicht nur Isolation, Snobismus und Ineffektivität repräsentiert, sondern den Forscher auch und vor allem in die Lage versetzt, in der oben bereits beschriebenen *scholastischen Situation* die Welt zu analysieren und einen weiteren und umfassenden Horizont zu erlangen. Dem Forscher im Elfenbeinturm ist es möglich, Dinge zu sehen und zu erkennen, die aus der Alltags- oder Praxisperspektive notwendigerweise unsichtbar sind.

“In speaking of ‘observation’ as well as ‘thought’ and ‘imagination,’ I have alluded to another property of the tower. It is not only a place of seclusion (or, if you will, of escape) but also a lookout: it is, as Milton himself did not fail to stress, not only ‘lonely’ but also ‘high’. Height, needless to say, widens the horizon of the observer and thus enables him to see things in a perspective rather different from that in which they present themselves when swirling around him on ground level” (Panofsky 1957: 119).

Das klassische Bild der Wissenschaft besteht aus vier zentralen Elementen:

- Entlastung vom Druck der Entscheidung und des praktischen Handelns (Ziel ist die Publikation und die Beantwortung von Forschungsfragen, nicht die Lösung praktischer Probleme)
- Unabhängigkeit und Freiheit bei der Bestimmung und Definition von Forschungsfragen und Problemen (z.B. durch Selbststeuerung „Peer Review“)
- Eliminierung oder Ausschluss von störenden und verzerrenden Randbedingungen (z.B. im Laborexperiment durch die Kontrolle oder in der Feldforschung durch Ignorieren der Randbedingungen)
- Daraus resultierend eine erhöhte Leistungsfähigkeit bei der Beantwortung von Forschungsfragen und ein rasanter wissenschaftlicher Fortschritt

Die neue Bedingung, die die Transformation der Wissenschaft vorantreibt, ist eine zusätzliche und entscheidende Anforderung an die Wissenschaft: *praktische Nützlichkeit*. Bereits der frühe Apologet der Wissensgesellschaft Drucker (1969) hat dies als zentrales Element thematisiert:

„Durch die Tatsache, dass Wissen zum Hauptpotential der modernen Gesellschaft geworden ist, kommt zu den traditionellen Aufgaben der Universität eine dritte neue Funktion hinzu. Zu den Aufgaben der Lehre und Forschung kommt nun die des Dienstes an der Gemeinschaft, d.h. die Umwandlung von Wissen in die Tat und in Ergebnisse für die Gemeinschaft“ (Drucker 1969: 434).⁵⁹

Die Praxis mahnt inzwischen die Wissenschaft an, diese Dienstleistung zu erbringen und erwartet daher, dass die Forschung einerseits gesichertes Wissen bereitstellt und andererseits damit die gesellschaftlichen Probleme löst (vgl. Mittelstraß 1998: 182; Bechmann/Beck 2003: 1; Münch 2007: 25). Schimank (1994) hat zwei grundsätzliche Trends in der politischen Steuerung der Wissenschaft seit den 1980er Jahren identifiziert: Erstens soll mit weniger Geld bessere Forschung („Exzellenz“) durchgeführt werden und Zweitens fordern die Förderer immer stärker die praktische Verwertbarkeit der Forschungsergebnisse ein. Die Forschung ist dazu angehalten, sich verstärkt in die gesellschaftlichen Anwendungskontexte einzubringen und tut dies bereits. Die nachhaltigste Wirkung hinterließ die Beschreibung dieser Entwicklung durch Gibbons et al (1994) und ihrem Konzept des Modus 2 (vgl. dazu Bender 2001b, Hack 2001, Frederichs 2001). Die Autoren gehen davon aus, dass es zu einer fundamentalen Veränderung der Wissensproduktion in der Wissenschaft kommt und teilweise bereits gekommen ist. Der ursprüngliche, Modus 1 der wissenschaftlichen Wissensproduktion, wie er beispielsweise von Merton idealtypisch formuliert wurde, wird von einem neuen, grundlegend anderen Modus nach und nach abgelöst, so dass der alte Modus nur noch eine marginale Rolle spielt. Der neue Modus entwickelt sich sukzessive aus dem alten und ist immer noch im Prozess der Entwicklung begriffen. Kern des Modus 2 ist die Verknüpfung von wissenschaftlicher Wissensproduktion mit praktischen Anwendungskontexten.

Aus der unmittelbaren Verbindung von Forschung und Anwendung folgen vier konstitutive Merkmale des Modus 2:

Transdisziplinarität: die Probleme und Fragestellungen im Anwendungskontext lassen sich nicht einer Disziplin zuordnen, sondern um gegenstandsadäquate Lösungen zu entwickeln, ist es notwendig, jenseits und losgelöst von disziplinären Zuordnungen zu arbeiten.

⁵⁹ Ähnlich haben es auch Parsons und Platt (1973) formuliert, die die Universitäten und Forschungseinrichtungen in den Mittelpunkt der Entwicklungen moderner Gesellschaften gestellt haben.

Heterogenität und organisationale Diversität: Forschung findet nicht mehr nur an Universitäten statt, sondern breitet sich aus. Dabei werden auch die Fähig- und Fertigkeiten, die man zur Bearbeitung von Problemen benötigt plural, da jeder Kontext spezifische Anforderungen stellt, die nicht mit einem standardisierten Set an Methoden und Theorien zu bearbeiten sind.

Soziale Verantwortung und Reflexivität: Die Wissenschaft des Modus 1 war einzig und allein dem allgemeinen Erkenntnisinteresse verantwortlich (und gewissen ethischen Grundregeln). Die Forschung im Anwendungskontext muss sich ihrer sozialen Verantwortung stellen und die Folgen und Probleme, die sie bearbeitet, vor allem aber die, die sie verursacht, reflektieren.

Qualitätskontrolle: die bisherige, wissenschaftsinterne Qualitätssicherung durch Peer-Review wird ergänzt und teilweise abgelöst durch soziale, ökonomische und politische Kriterien und Beurteilungsmethoden (vgl. Gibbons et al 1994).

Weingart (1997a) hat diesen und weitere ähnliche Ansätze einer eingehenden Kritik unterzogen⁶⁰ und zieht das abschließende Fazit:

„Es erscheint also, als wären mit den ‚neuen Formen der Wissensproduktion‘ ... eben doch nicht revolutionäre Veränderungen der traditionellen Wissenschaft beschrieben. Vielmehr handelt es sich um die Darstellung spezifischer institutioneller Veränderungen, die ansonsten unter der Bezeichnung ‚Wissensgesellschaft‘ firmieren“ (Weingart 1997a: 23).

Weingart selbst schlägt eine andere Sichtweise der Veränderung der modernen Wissenschaft vor, die er als *Verwissenschaftlichung der Gesellschaft* einführt (vgl. Weingart 2001). Seine grundlegende These, analog zur Konzeption der Wissensgesellschaft von Stehr (1994), lautet:

„Die Wissenschaft als soziale Institution löst sich aus ihrer vormaligen relativen sozialen Isolation und diffundiert in viele Bereiche der Gesellschaft, das heißt, die Regeln und Werte wissenschaftlichen Forschens werden in anderen gesellschaftlichen Handlungskontexten verbindlich. Der Zugang zu wissenschaftlichem Wissen wird prinzipiell für alle gesellschaftlichen Gruppen geöffnet. Die Kriterien der Beurteilung von Qualität und Relevanz des Wissens werden nicht mehr allein von der Wissenschaft selbst definiert, sondern aufgrund der erhöhten Nutzenerwartungen und Anwendungsorientierung auch von den Anwendern des Wissens. Die Wissenschaft verliert damit ihre

⁶⁰ Weitere kritische Positionierungen gegenüber diesen Konzepten finden sich in den Beiträgen in Bender (2001a) und kontroverse Diskussionen zu diesen Ansätzen finden sich in Heft 3/4 der TA-Datenbank-Nachrichten 1999.

institutionelle Identität und ihr Monopol der Erzeugung gesicherten Wissens.“ (Weingart 2001: 14f)

Er stimmt prinzipiell der These von Gibbons et al (1994) zu, dass sich die Aufmerksamkeit der Wissenschaft von der Suche nach Naturgesetzen hin zur Lösung von Problemen im *Anwendungskontext* verschiebt. Daraus resultiert, dass die Qualitätskontrolle innerhalb der Wissenschaft schwieriger wird, denn die Relevanzen der Anwendungskontexte müssen entsprechend berücksichtigt werden: was unter diesen Bedingungen gute Forschung ist, lässt sich dann nicht mehr so leicht beantworten. Die Wissenschaft wird „gesellschaftlich rechenschaftspflichtig und reflexiv“ (Weingart 2001: 15), d.h. sie muss ihr Tun hinsichtlich der an sie geforderten Anforderungen rechtfertigen und die eigenen Handlungen unter der Prämisse der Verwendung und Anwendung reflektieren. Dies führt dazu, dass sich das Handeln der Forscher verstärkt an Kriterien und Anforderungen von Politik, Wirtschaft und Medien orientiert.

Im Gegenzug wird das Verhalten bzw. Handlungsrepertoire der Wissenschaft verallgemeinert und weitet sich auf alle gesellschaftliche Bereiche aus. Die bloße Verwendung wissenschaftlichen Wissens in anderen gesellschaftlichen Bereichen stellt für Weingart nur ein Oberflächenphänomen dar, grundlegender ist vielmehr die Ausbreitung der wissenschaftlichen Handlungslogik.⁶¹

„Abstrakt gesagt handelt es sich um die Etablierung der Forschung als eines *generalisierten* Handlungsmodus, der sich evolutionär aus dem Wachstum der Wissensproduktion und dem dadurch erzeugten Innovationstempo ergibt“ (Weingart 2001: 335).

Dies führt dazu, dass zahlreiche Lebensbereiche der Reflexion zugänglich und der wissenschaftlichen Bewertung unterworfen werden. Es ist der Kern dessen, was Weingart als *Verwissenschaftlichung der Gesellschaft* bezeichnet.

„Aus der gesellschaftlichen Perspektive heraus vollzieht sich eine Entwicklung, die durch die Verallgemeinerung des Forschungsverhaltens für prinzipiell alle gesellschaftlichen Handlungsbereiche charakterisiert werden kann. ... Die Wissensgesellschaft ist nicht ausreichend durch die vermehrte Produktion und Anwendung wissenschaftlichen Wissens charakterisiert ... Dies ist nur das Oberflächenphänomen. Das demgegenüber weitertragende Kriterium besteht in der

⁶¹ Dies rückt Weingarts Ansatz in die Nähe des Entwurfs von Kreibich (1986), der insbesondere die Verbreitung der wissenschaftlichen Methode und deren Verallgemeinerung zum zentralen Kennzeichen seiner *Wissenschaftsgesellschaft* machte.

Generalisierung des Handlungstypus wissenschaftlicher Forschung. Die systematische und kontrollierte Reflexion wird zum verbreiteten Handlungsprinzip in der Gesellschaft. Damit werden – wiederum *im Prinzip* – alle Handlungsorientierungen, Normen und Werte, die vormals fraglos tradiert wurden, der *Reflexion* zugänglich und auf den Fortgang der Wissensproduktion beziehbar. Dieses Merkmal moderner bzw. postmoderner Gesellschaften ist als *Verwissenschaftlichung* der Gesellschaft bezeichnet worden“ (Weingart 2001: 16)

In dieser Wissensgesellschaft werden Erfahrungen nicht mehr passiv gemacht, „sondern prospektiv durch ‚forschendes‘ Verhalten gesucht und in Gestalt systematischer Variation gewählt und reflektiert“ (Weingart 2001: 16). Er konstatiert, dass in solchen Gesellschaften alle Handlungen, Entscheidungen und Erfahrungen dem „Imperativ des durch aktive Erfahrung gesteuerten Lernens“ (Weingart 2001: 16) ausgesetzt sind:

„Um strategisch handeln zu können, wird die Zukunft durch hypothetische Entwürfe, Simulationen und Modelle vorweggenommen; die Ursachen für Abweichungen tatsächlicher Ereignisse von erwarteten werden systematisch erforscht; die dabei produzierten Daten werden gespeichert und weiterverarbeitet...“ (Weingart 2001: 16)

Es sind zwei entscheidende Konsequenzen, die die Wissensgesellschaft für die Wissenschaft bereithält: erstens die Verallgemeinerung des wissenschaftlichen Vorgehens, also die *Verwissenschaftlichung* der Gesellschaft und zweitens die Ausweitung der Anwendung wissenschaftlichen Wissens, woraus gleichzeitig die *Vergesellschaftung* der Wissenschaft folgt (Weingart 2001: 18). Diese Vergesellschaftung lässt sich konkretisieren als *Politisierung*, *Ökonomisierung* und *Medialisierung der Wissenschaft*.

Für Weingart handelt es sich hierbei um die *Reintegration* der Wissenschaft in die Gesellschaft. Er macht dies an der historischen Entwicklung der modernen Wissenschaft deutlich, die sich sukzessive von den anderen sozialen Kontexten gelöst hat und gerade dadurch ihre Kraft entfalten konnte. Die Differenzierung in unterschiedliche Disziplinen und die Lösung von gesellschaftlicher Anwendung war notwendige Vorbedingung für eine erfolgreiche Wissenschaft, wie sie oben beschrieben wurde. Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts wendet sich die Wissenschaft jedoch zunehmend vom Laborexperiment ab und Simulationen und Modellierungen zu. Gleichzeitig erfolgt eine Annäherung an Anwendungskontexte. Simulationen und Modellierungen stellen den Versuch dar, wieder Bezug zu komplexen

Abläufen jenseits der geschützten und kontrollierten Randbedingungen im Labor zu erhalten. Darüber hinaus verwischen die Grenzen zwischen Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung. Ein weiteres Kennzeichen dieser Entwicklung ist schließlich die Einbettung von großen und riskanten Technologien in komplexe Gesellschaften, z.B. Kernkraft. Unter komplexen Gesellschaften versteht Weingart Massendemokratien, die prinzipiell von der Möglichkeit der Partizipation ausgehen (Weingart 2001: 25f).

In der Tradition der Systemtheorie Niklas Luhmanns wird die Gesellschaft von Weingart als eine *funktional differenzierte Gesellschaft* beschrieben, in der die Wissenschaft ein Teilsystem neben anderen ist. Die Beziehung der Wissenschaft zu anderen Bereichen, beschreibt er als *strukturelle Kopplung* zwischen Wissenschaft und anderen Systemen,⁶² die auf Leistungsbeziehungen zwischen den einzelnen Systemen beruhen. Ein System stellt eine spezifische Leistung für ein anderes System zur Verfügung, wodurch die Systeme nicht mehr völlig unabhängig voneinander operieren können, sondern aneinander gekoppelt sind.

Zwischen Wissenschaft und Politik beruht die Kopplung einerseits auf zwei Leistungen der Wissenschaft: sie stellt für die Politik *instrumentelles Wissen* zur Bearbeitung konkreter Problemlagen und *Legitimationswissen* zur Rechtfertigung politischer Entscheidungen zur Verfügung. Andererseits stellt die Politik die entscheidenden *Ressourcen* für den Betrieb der Forschung zur Verfügung (Infrastruktur, Forschungsförderung usw.). Ähnliches gilt für die Wirtschaft, die ihrerseits von der Wissenschaft *verwertbares Wissen* (z.B. zur Produktentwicklung) erhält sowie qualifiziertes Personal und dafür ebenfalls *Ressourcen* bereitstellt. Für Weingart spielen darüber hinaus die Medien eine zentrale Rolle, die von der Wissenschaft *aktuelles Wissen* (Neuigkeiten) erhalten, das sie zum Zwecke der Information oder Unterhaltung nutzen können (Weingart 2001: 27f).

„Aus diesen wechselseitigen Systemleistungen ergeben sich *strukturelle Kopplungen*, die die Veränderungen des einen Systems in solche im anderen System überträgt. Aufgrund der jeweiligen Systemautonomie handelt es sich dabei aber nicht um eine direkte und sinngemäße Übersetzung, sondern lediglich um Irritationen, die Resonanzen erzeugen“ (Weingart 2001: 28)

⁶² Weingart benutzt den Begriff der *strukturellen Kopplung* zwischen den Systemen in Abweichung zur Konzeption von Luhmann (vgl. Weingart 2001: 28 FN 13)

Verwissenschaftlichung und Vergesellschaftung (Politisierung, Ökonomisierung und Medialisierung) sind bei Weingart *komplementäre Prozesse*, bei denen er keinem ein Primat über den anderen einräumt. Er richtet daher den Fokus seiner Untersuchung auf die insgesamt enger werdenden Kopplungen zwischen Wissenschaft und anderen Funktionssystemen, was für ihn gleichbedeutend ist mit einem *Verlust der sozialen Distanz der Wissenschaft*. (Weingart 2001: 29).⁶³ Die soziale Distanz der Wissenschaft ist, wie oben z.B. anhand der *scholastischen Situation* gezeigt wurde, einer der entscheidenden Faktoren, die für den enormen Erfolg der modernen Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten verantwortlich sind.⁶⁴ Dieser Faktor geht, so die Diagnose Weingarts, verloren, und hieraus resultieren verschiedene Paradoxien (Weingart 2001: 31).

Die erste Paradoxie betrifft die Praxis: der Erfolg der Wissenschaft hat zu einer verstärkten Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und wissenschaftlicher Expertise in der Praxis geführt. Daraufhin wurde die Praxis aber weder kontrollierbarer, sicherer oder rationaler: ganz im Gegenteil, wie Weingart ausführt.

„Der stupende Erfolg der Wissenschaft, der sich allererst in dem säkularen Wachstum des Wissenschaftssystems dokumentiert, führt zu ihrer Verallgemeinerung und Trivialisierung. Im politischen System zum Beispiel führt die Kopplung in Gestalt des Rückgriffs auf wissenschaftliche Experten zur Inflationierung wissenschaftlicher Expertise und zum Verlust der durch sie erhofften Legitimierung

⁶³ An dieser Stelle zeigt sich ein Unterschied zwischen den üblichen Analysen der Beziehung von Wissenschaft und Praxis und meiner Herangehensweise. Weingart betrachtet ausschließlich die Ebene sozialer Systeme, d.h. auf der Makroebene bzw. Mesoebene vorfindliche längerfristige Entwicklungen. In dieser Arbeit soll indes ein Mikrozugang zu diesem Sachverhalt gewählt werden. Es werden einzelne Personen in spezifischen Organisationen betrachtet, die auf die enger werdende Kopplung reagieren und entsprechend mit wissenschaftlichem Wissen umgehen. Das „ob oder ob nicht“ der enger werdenden Kopplung ist hierbei weder zu belegen noch zu widerlegen, vielmehr wird diese Diagnose vorausgesetzt.

⁶⁴ Die soziale Distanz der Wissenschaft ist für Weingart (2001: 327) die „institutionelle Voraussetzung für das von direkter Verantwortung entlastete Kommunizieren hypothetischer, riskanter und irrtumswahrscheinlicher Inhalte und für das von unmittelbarem Handlungsdruck entlastete Experimentieren mit der Natur. Die institutionelle Isolierung war ein besonders leistungsfähiger Mechanismus, um die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft zu gewährleisten, und erklärt deshalb auch den eklatanten Erfolg der Wissenschaft. Gerade dieser Erfolg ist es jedoch, der, in Verbindung mit einer säkularen Demokratisierung moderner Gesellschaften, zu der engen Kopplung der Wissenschaft mit anderen gesellschaftlichen Teilsystemen und damit zur Aufhebung der Distanz führt“.

politischer Entscheidungen; im Wirtschaftssystem führt der Rückgriff auf die Forschung zur Steigerung der Risiken durch experimentelle Implementierungen; in den Medien führt der Rückgriff auf immer sensationellere wissenschaftlich prognostizierte Katastrophen tendenziell zur Inflationierung des Aufmerksamkeitswerts, zur Überziehung der Beweisfähigkeit, zum Verlust der Glaubwürdigkeit wissenschaftlicher Prognosen und damit zum Verlust ihres Nachrichtenwerts“ (Weingart 2001: 31)

Der verstärkte Rückgriff auf wissenschaftliche Erkenntnisse hat aber auch Folgen für die Wissenschaft selbst. Wenn wissenschaftliche Studien in politischen Debatten genutzt werden, wird damit auch, freiwillig oder unfreiwillig, die Wissenschaft selbst in die politischen Kontroversen involviert und ggf. mit spezifischen politischen Lagern verbunden. Hierzu mag allein die Zuschreibung von außen (z.B. durch die Medien) genügen, ein einzelner Forscher gehöre dem einen oder anderen Lager an. Finden Forschungsergebnisse in der Wirtschaft Anklang, so verändern sich dadurch teilweise die Prioritäten im Forschungs- und Publikationsprozess: Zeit- und Terminvereinbarungen dominieren, Sorgfaltsregeln und geldwerte Erkenntnisse werden nicht publiziert, sondern unter Verschluss gehalten. Gleichzeitig unterminiert die Medienprominenz das wissenschaftliche Reputationssystem: Galt zuvor die Regel, dass Prominenz auf Reputation aufbaut, kann man in Anwendungskontexten durch Prominenz Reputation erlangen.

„In dem Maß, in dem wissenschaftliches Wissen eine ubiquitäre Nützlichkeit gewinnt und dementsprechend breit Verwendung findet, schlagen die Erwartungen an diese Nützlichkeit auch ‚nach innen‘ durch: Die Wissensproduktion orientiert sich am Markt, an der Politik, an den Medien. Im Sinne dieser Wechselseitigkeit der Erwartungen bedeutet *Verwissenschaftlichung* der *Gesellschaft* eben zugleich immer auch *Ökonomisierung*, *Politisierung* und *Medialisierung* der *Wissenschaft*“ (Weingart 2001: 124).

Wichtig ist es Weingart jedoch festzuhalten, dass die Wissenschaft trotz dieser Paradoxien nicht ihre Bedeutung und ihren privilegierten Status verliert:

„Zwar nehmen die Grenzen [zwischen den Funktionssystemen] einen komplexeren Verlauf an, aber sie werden keineswegs eingeebnet. Wissenschaftliches Wissen nimmt auch weiterhin einen privilegierten epistemischen Status unter den verschiedenen Wissensformen ein, so dass folglich auch seine gesellschaftliche Integration weiterhin

problematisch bleiben wird. Umgekehrt bedeutet der Distanzverlust aber auch, dass die Kommunikation gesicherten Wissens in der neuen Wissensordnung unter ungleich schwierigeren Bedingungen erfolgt: Die Modi der Herstellung von Vertrauen ändern sich nachhaltig und müssen den Bedingungen der Massendemokratie angepasst werden. Dass in der Wissensgesellschaft eine andere Wissensordnung Geltung haben wird als in der vorangegangenen Industriegesellschaft, ist nicht überraschend. Aber ihre Konturen werden sich kaum mit einfachen Etiketten beschreiben lassen.“ (Weingart 2001: 34)

Diese Entwicklungen betreffen nicht nur die großen systemischen Zusammenhänge, auch und gerade die *individuelle Verhaltenssteuerung* wird sukzessive verwissenschaftlicht: z.B. Ernährung, Steuerung der Reproduktion, soziales Verhalten, individuelle Psyche (z.B. durch Beratungs- und Therapieansätze). Ähnlich diagnostizierte dies auch Stehr (1994), der davon ausging, dass in der Wissensgesellschaft ein immer größerer Teil des menschlichen Handelns *entscheidungsförmig* sein wird und damit prinzipiell zugänglich für Verwissenschaftlichung. Auch Schimank (2005) geht davon aus, dass die Handelnden in der modernen Gesellschaft zwei Zumutungen ausgesetzt sind: Erstens sollen sie ihre Handlungen immer mehr in der Form der *Entscheidung* konzipieren und Zweitens sollen sie immer häufiger in immer komplexer werdenden Situationen auch noch *rational* entscheiden. Dies ist die „*Zumutung rationaler Entscheidungen unter Bedingungen hoher Komplexität*“ (Schimank 2005: 11). Diese Zumutung kommt einerseits von außen, d.h. andere erwarten, dass der Handelnde rational entscheidet, aber es ist andererseits auch eine *Selbstzumutung* in dem Sinne, dass der Handelnde bereits so sozialisiert ist, dass er selbst rationale Entscheidungen für notwendig erachtet. Dies bedeutet nun aber nicht, dass in vormodernen Gesellschaften nicht entschieden wurde sondern lediglich, dass das entscheidungsförmige Handeln in der Moderne einen herausgehobenen Stellenwert hat (Schimank: 2005: 12, FN).

Die Kopplung zwischen Wissenschaft und Politik ist gut untersucht und dokumentiert (Weingart 2001: 127ff). In den letzten 50 Jahren wurde ein umfassender wissenschaftlicher Beratungsapparat implementiert, und die Auftragsvergabe an die Wissenschaft ist eine der zentralen Aktivitäten von Regierungen geworden. Entweder wird hierbei die Wissenschaft direkt angesprochen oder in Regierungseinheiten wird wissenschaftliches Potential eingerichtet (Weingart 2001: 129). Auffällig ist im Fall der direkten Ansprache, dass die Politik sich nicht an den wissenschaftlichen Disziplinen zu orientieren scheint, sondern von den politischen Problemstellungen ausgeht und

entsprechend politischer Interessen Auftragsnehmer in der Wissenschaft sucht. Anfragen richten sich an unterschiedliche Disziplinen, bei denen die Zuständigkeit teilweise begründungsbedürftig ist (Weingart 2001: 130f). So werden Fragen zu Umweltproblemen an Biologen, Physiker, Soziologen oder auch Wirtschaftswissenschaftler und Juristen weitergeleitet, und jede dieser Disziplinen wird eigene, meist sehr unterschiedliche Ergebnisse zu Tage fördern. Überraschenderweise ist die Angst vor der Herrschaft der Experten, wie sie in den 1960er Jahren thematisiert wurde, mit zunehmender Präsenz von Experten in der Politik zurückgegangen (Weingart 2001: 133-155). Dies liegt nach Weingart (ähnlich auch Stehr 1994) daran, dass der Zugang zu Expertenwissen demokratisiert ist. Viele Bürgerinitiativen sind heute in der Lage, Gegenexperten zu aktivieren und in den Diskurs einzuführen (vgl. van den Daele 1996). Dies reduziert die Autorität eines *einzelnen* wissenschaftlichen Experten oder einer *einzelnen* Studie, greift aber nicht die Autorität der Wissenschaft als solcher an.⁶⁵ Im Expertenstreit offenbart sich das Nichtwissen der Wissenschaft, und die Lücken werden deutlich, in denen es schließlich doch zu einer *politischen* und nicht *wissenschaftlichen* Entscheidung kommt (Weingart 2001: 132, und ausführlicher 151-162). Trotzdem verschwinden die wissenschaftlichen Experten nicht aus der Politik, weil die internen Verbindungen inzwischen so weit fortgeschritten sind, dass das Arrangement nicht aufgegeben werden kann: auch wenn die Experten keine letztgültige Wahrheit anzubieten haben sind zahlreiche politische Themenfelder so sehr von wissenschaftlichem und technologischem Wissen abhängig, dass eine funktionierende Politik ohne wissenschaftliche Beratung unmöglich erscheint (Weingart 2001: 132 und ausführlicher 162-169). Dabei sind die wissenschaftlichen Experten in der Politik längst nicht einfach nur neutrale Ratgeber: meist sind sie bereits an der Problemwahrnehmung beteiligt, indem wissenschaftliche Ergebnisse überhaupt erst eine Frage auf die politische Agenda setzen. (Weingart 2001: 140).

„Mit anderen Worten: In dem Maße, in dem die Wissenschaft stärker in das Regierungshandeln einbezogen wird, spielt sie eine wachsende Rolle in der Definition von Problemen, zu deren Lösung sie sodann um

⁶⁵ Man kann entsprechend Einrichtungen wie das ICCP (Intergovernmental Panel on Climate Change) daher als Strategie begreifen, die Wissenschaft wieder mit einer (unangreifbaren) Stimme sprechen zu lassen, um ihr die entsprechende Autorität zurückzugeben. Dies kann als künstliche *Verknappung* wissenschaftlicher Expertise verstanden werden (Weingart 2001: 163f)

Rat gefragt wird, wenn diese Probleme auf die politische Tagesordnung gelangt sind.“ (Weingart 2001: 141).

Hinzu kommt, dass in der Politik die unterschiedlichen politischen Lager in einer *Konkurrenz* um das beste, neuste wissenschaftliche Wissen stehen (Weingart: 2001: 160), um den politischen Gegner bloßzustellen oder in die Ecke zu drängen. Daher bezieht man sich immer stärker auf Wissen an der *Front der Wissenschaft* (Weingart 2001: 161) d.h. auf Wissen, über das in der Wissenschaft immer weniger Konsens besteht. Hierdurch werden die wissenschaftlichen Kontroversen in die Politik hineingetragen und deutlich sichtbar.

„der intensivere Rückgriff auf wissenschaftliche Expertise [hat] den Grad der Sicherheit auf Seiten der Richter, Verwaltungsbeamten und Politiker nicht etwa gesteigert [...], sondern sie im Gegenteil zu Zeugen der fortgesetzten Debatten zwischen den Experten werden [lassen], zwischen deren einander widersprechenden Ratschlägen sie nun entscheiden müssen (es sei denn, sie nutzen die Uneinigkeit der Wissenschaftler für ihre eigenen Ziele). Die überzogenen Erwartungen an wissenschaftliches Wissen werden auf die Experten übertragen, die dieses Wissen angeblich repräsentieren“ (Weingart 2001: 162).

Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist nicht weniger problematisch als das zwischen Wissenschaft und Politik. Begreift man wissenschaftliches Wissen als Rohstoff der Wissensgesellschaft, der für die Wirtschaft einen oder sogar den entscheidenden Produktionsfaktor darstellt, dann besteht die Gefahr, dass die Wissenschaft sich mittelfristig dem Markt und dem Kapital unterordnet (vgl. Münch 2007). Die Universität erscheint in diesem Bild lediglich als strategische Größe im nationalen Innovationssystem und im globalen Standortwettbewerb.

Die Wirtschaft interessiert sich vor allem für zwei Leistungen der Wissenschaft: zum einen sollen die wissenschaftlichen Einrichtungen, an denen auch Menschen akademisch ausgebildet werden, sprich die Hochschulen, nach Maßgabe der Unternehmen, bestimmte Qualifikationen erzeugen und zum anderen sollen Forschungseinrichtungen neues Wissen als Grundlage für die Entwicklung neuer Produkte bereitstellen (Weingart 2001: 186). Die Wissenschaft benötigt ihrerseits immer mehr (zusätzliche) Ressourcen, die sie von der Wirtschaft erhalten kann.⁶⁶ Außerdem liefert der

⁶⁶ Einerseits ist es so, dass im Zeitverlauf und mit zunehmenden wissenschaftlichen Erfolgen jede weitere Entdeckung (vornehmlich in den Naturwissenschaften) einen immer größeren Aufwand beansprucht, d.h. neue Erkenntnisse werden stetig materialintensiver und damit

Nachweis (wirtschaftlicher) Nützlichkeit eine allgemein akzeptierte Legitimation der Wissenschaft, vor allem gegenüber dem Ansinnen von politischer Seite, Mittel zu kürzen (Weingart 2001: 187f). Das Verhältnis der Wirtschaft zur Wissenschaft ist aber prinzipiell zwiespältig: einerseits stellt die Wissenschaft einen Kostenfaktor dar, der sich in den seltensten Fällen unmittelbar in Produkte und somit Markterfolg ummünzen lässt, andererseits erwartet man sich gerade von wissenschaftlichen Erkenntnissen besonders innovative Produktideen. Gleichzeitig ist die Kooperation mit bzw. Förderung von Grundlagenforschung immer noch günstiger als der Betrieb eigener Einrichtungen. Insbesondere die Grundlagenforschung, die kaum innovative Produktideen liefert, ist der Garant für die hochwertige Ausbildung des potentiellen Personals der Wirtschaft. Hierbei gilt, dass die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Wirtschaft umso besser gelingt, je besser das eigene Personal qualifiziert ist. Das Personal stellt daher auch den wichtigsten Vermittlungsprozess zwischen Wirtschaft und Wissenschaft dar (Weingart 2001: 211) und nicht, wie man erwarten könnte, der direkte Wissens- oder Technologietransfer. Dieser wird aber immer stärker zur dritten Kernfunktion der Universität neben Forschung und Lehre (Weingart: 2001: 215, ähnlich findet man dies bereits bei Drucker 1969: s.o.).

2.3.1 Zusammenfassung

Wissenschaft soll im Folgenden unter diesen Gesichtspunkten betrachtet werden:

- als *besondere Form der Wissensbildung* d.h. als Unternehmen, dass mit Hilfe eines besonderen Vorgehens, der wissenschaftliche Methode, Wissen produziert. Die Wissensbildung in der Wissenschaft findet unter den Bedingungen des *ernsthafte Spielens* ohne Handlungsdruck und Entscheidungsnotwendigkeit statt.
- diese besondere Form der Wissensbildung unterscheidet sich idealtypischerweise von der Wissensgenerierung im Alltag, obgleich es ein entscheidendes Kriterium der Wissensgesellschaft ist, dass sich dieses Vorgehen auch auf andere soziale Bereiche ausweitet. Dies soll als Prozess der *Verwissenschaftlichung* bezeichnet werden.

teurer. Rescher (1982: 87ff) nannte dies das *Planksche Prinzip*. Darüberhinaus weist Münch (2007: 25) daraufhin, dass eine dominante Strategie der deutschen Forschungsförderung in den letzten zwei Jahrzehnten darin besteht, einen immer größeren Anteil der Förderung über Drittmittel auszuschütten und immer weniger durch Basisförderung. Hierdurch wächst die Notwendigkeit, nach immer neuen Drittmittelquellen Ausschau zu halten.

- neben der Wissensbildung ist die Wissenschaft aber auch eine *soziale Institution*, d.h. Wissenschaft, Wissenschaftler und wissenschaftliche Einrichtungen haben eine soziale Funktion, sie sind Akteure im gesellschaftlichen Leben. Wissenschaft dient als Referenz und Autorität in unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen.
- darüber hinaus soll das Wissen, welches die Wissenschaft produziert, als besonders *komplexes Wissen* angesehen werden (siehe Böhm 2006), welches sich nur sehr schwer von einem Kontext in einen anderen transferieren lässt.
- die Verwendung des wissenschaftlichen Wissens in der Praxis führt zu einer Vergrößerung der Handlungsoptionen. Gleichzeitig importiert dies *wissenschaftliches Nichtwissen* und *wissenschaftliche Unsicherheiten* mit in die Praxis.

2.4 Wissenschaftliche Expertise und ihre Grenzen

I wish that I had a one-armed economist,
so that he wouldn't say on the one hand
and on the other hand.
Harry S. Truman

2.4.1 Wissensgesellschaft als Expertengesellschaft

In ihrer Übersicht zur Wissensgesellschaft heben Tänzler, Knoblauch und Soeffner einen Aspekt hervor: die zunehmende Relevanz und Bedeutung von Experten und damit einhergehend den fehlenden Überblick über das vorhandene Wissen.

„Insbesondere die Expertisierung des Wissens macht alle (die Experten eingeschlossen) zu strukturellen Idioten. Mit zunehmender Verwissenschaftlichung schwindet die Chance überhaupt noch das aktuelle gesellschaftliche, geschweige denn das historische Wissen zu überschauen. Man kann sogar vermuten, dass ‚Wissenschaftlichkeit‘ nur noch einen Habitus repräsentiert, aber keine Kompetenz mehr. Auch der Wissenschaftler ist nicht mehr Universalgelehrter, sondern selbst in seiner eigenen Disziplin in vielen Bereichen Laie.“
(Tänzler/Knoblauch/Soeffner 2006: 10)

In der Wissensgesellschaft sind der Bedarf an und die Nachfrage nach wissenschaftlichem Expertenrat bzw. Expertenwissen gestiegen, so dass verschiedentlich (Jäger 1996, Dewe 2005, Schützeichel 2007) von einer Expertengesellschaft gesprochen wird, „denn in weiten Bereichen entscheiden formal definierte Personengruppen verbindlich über Probleme nicht nur des sozialen, sondern auch des persönlichen Lebens“ (Dewe 2005: 374).⁶⁷ Jäger (1996) macht vier Entwicklungen aus, die die Rolle von Experten und Expertise in der Wissensgesellschaft bestimmen:

⁶⁷ Krohn (2003: 108) sieht analog den Kernunterschied zwischen der Industrie- und der Wissensgesellschaft darin, dass durch wissenschaftliche Expertise die Wissen-Nichtwissensproblematik in die Praxis hineingetragen wird.

- die *Modularisierung des Wissens*, d.h. die sich immer weiter ausdifferenzierenden Spezial- und Fachgebiete (z.B. der Wissenschaft),⁶⁸
- der *Kompetenzverlust des Common Sense*, d.h. für den einzelnen schrumpft durch die Spezialisierung und Ausweitung der Expertenkultur „der Bereich der autarken Urteilszuständigkeit“ (Jäger 1996: 50),
- aufgrund der Verwissenschaftlichung, der Diversifikation des Wissens und den Niedergang des Common Sense steigt die *Angewiesenheit auf Expertenurteile* und
- daraus folgt, dass es zu einer erhöhten Kommunikation zwischen Experten und Laien bzw. zwischen unterschiedlichen Experten kommt (vgl. hierzu Jäger 1996: 50ff).⁶⁹

Genauso wie sich das Wissen spezialisiert und ausdifferenziert, geschieht dies auch mit der Sprache. Die Probleme und Fragestellungen der Wissensgesellschaft werden immer weniger in der *Alltagssprache* behandelt, dafür immer stärker in Expertensprachen formuliert. Das handlungsrelevante Wissen lässt sich immer schlechter in der Alltagssprache ausdrücken oder durch die Medien allgemeinverständlich vermitteln. Dadurch wird der Zugang zu unterschiedlichen Fachgebieten sowohl für Laien als auch für Experten anderer Fachrichtungen (die auf allen anderen Gebieten ja auch nur Laien sind) immer stärker verschlossen. Dies führt zu einem Dilemma: je mehr Wissen gebraucht wird,

„um die komplizierten Abläufe moderner Gesellschaften zu beherrschen, umso spezieller und heterogener werden die

⁶⁸ Schützeichel (2007: 456) geht davon aus, dass die funktional differenzierte Gesellschaft grundsätzlich nicht ohne die Teilung von Wissen zu beschreiben sei: „Soziale und funktionale Differenzierung einerseits, kognitive Wissensteilung [andererseits] sind nur zwei Seiten ein und derselben Medaille“. Kocyba (2003: 188; Hvh. K.U.) beschreibt dieses Phänomen so: „Niemand kann das gesamte gesellschaftliche Wissen in seinem Kopf vereinen, es existiert nur in fragmentierter, teilweise widersprechender Gestalt. Charakteristisch für die Wissensgesellschaft ist die arbeitsteilige Organisation des gesellschaftlichen Wissens. Damit ist indes nicht behauptet, dass der Einzelne heute mehr Wissen besäße, sondern lediglich, dass er auf mehr Wissen zugreifen kann. Zur gesellschaftlichen Wissensstruktur gehört entscheidend, dass *nicht alle alles* und nicht in dergleichen Weise wissen. Wissen als strukturelle, irreduzible Vielheit ist an lokale Spezifität gebunden, ist Wissen besonderer Umstände, verkörpert eine spezifische, durch lokales Nichtwissen geprägte Perspektive. *Wissen ist verteilt, verstreut, nicht Wissen eines einheitlichen epistemischen Subjekts*“.

⁶⁹ Dies entspricht mehr oder weniger den Entwicklungen in der Wissensgesellschaft, wie sie (Stehr 1994) beschreibt.

Steuerungsinstrumente und die diesen zugrunde liegenden Texte. Das Wissen wächst, aber die mögliche Teilnahme am Wissen nimmt ab.“ (Jäger 1996: 54)

Jägers Fazit lautet, dass die *Durchschaubarkeit* der Kommunikation in der Wissensgesellschaft insgesamt abnimmt und dies paradoxerweise trotz der fortschreitenden *Technifizierung* und *Computerisierung* der Kommunikation, die eigentlich zur Erleichterung dienen sollten. Obwohl also Speicherung, Verarbeitung und Transport handlungsrelevanten Expertenwissens sich stetig vereinfacht, sinkt die Möglichkeit der Teilnahme an diesen Kommunikationsprozessen (Jäger 1996: 56). Dieses Phänomen wurde bereits zuvor unter dem Stichwort des *Wachsenden Nichtwissens* diskutiert. Hinzu kommt ein Vorurteil unter Experten, dass diese selbst nicht nur ohne Verständigungskompetenz auskommen, sondern dass der Status als Experte sich „in *Intransparenz* wesentlich gründet“ (Jäger: 1996: 57).

Einerseits werden wissenschaftliche und technologische Aspekte bei praktischen Fragestellungen immer wichtiger (Verwissenschaftlichung) und andererseits erhöht dies wiederum die Komplexität der Fragen (und der möglichen Antworten), was erneut den Bedarf an wissenschaftlicher Expertise erhöht: dies gilt für politische wie für ökonomische sowie für alltägliche Probleme gleichermaßen (vgl. Nowotny 2005). Insgesamt kann man also konstatieren: „Es steigt die Expertennotwendigkeit“ (Zimmerli 1990: 2). Die gesteigerte Relevanz von Expertise und ihre erhöhte Nutzung hat, wie oben bereits bei Jäger angedeutet, einen exkludierenden Effekt; je mehr wissenschaftliches oder technologisches Wissen zur notwendigen Bedingung wird, über desto weniger Selbstbestimmung und Macht verfügen Laien (v.d. Daele 1996: 297). Gleichzeitig gibt es jedoch einen entscheidenden Unterschied zwischen Wissenschaft und wissenschaftlicher Expertise für die Praxis (vgl. Krohn 2003: 207f): während es der wissenschaftlichen Forschung durch die systematische Ausblendung von Randbedingungen gelingt, hochpotente generalisierte Modelle zu entwickeln, besteht der Wert oder Nutzen der Expertise in der möglichst genauen Passung des Modells zu den vorfindlichen realen Randbedingungen. Unsicherheiten und Ungenauigkeiten der wissenschaftlichen Erkenntnisse (wissenschaftliches Nichtwissen) können in der Forschung mehr oder minder methodisch kontrolliert werden, in der Praxis führen sie aber dazu, dass sie sich in Handlungsfolgen als reale Konsequenzen manifestieren.

2.4.2 Experten in der Wissensgesellschaft

Das Wissen wissenschaftlicher Experten kann prinzipiell in drei Szenarien relevant für nicht-wissenschaftliche Bereiche werden: erstens kann es sein, dass außerhalb der Wissenschaft *über Wissenschaft* diskutiert und entschieden werden muss (z.B. über neue Technologien und deren Möglichkeiten und Risiken), zweitens kann ein Sachverhalt *mit Hilfe der Wissenschaft* diskutiert werden (z.B. die Frage nach einem gerechteren oder effizienteren Steuersystem) und drittens kann es außerhalb der Wissenschaft um Kontroversen *in der Wissenschaft* gehen (z.B. über die Ursachen des Klimawandels, des Waldsterbens etc.) (Mayntz 1999: 35).⁷⁰ Vor allem der zweite Aspekt ist von Bedeutung, wenn man an die Bestimmungen des Wissens als *Produktionsfaktor* oder als *Handlungsfähigkeit* denkt, die zuvor diskutiert wurden. Erschwerend kommt hinzu, dass weder das wissenschaftliche noch das Alltagswissen eine Einheit aufweist sondern, wie oben bereits ausgeführt, modularisiert oder plural ist. Dass das Wissen, auch und gerade das wissenschaftliche, in der modernen Gesellschaft spezialisiert und ausdifferenziert ist, ist einleuchtend: unterschiedliche Fachdisziplinen verfügen über unterschiedliches, teilweise inkommensurables Wissen. Wie Hitzler aber schreibt, ist es den meisten Menschen (notwendigerweise) bewusst,

„dass es Menschen gibt, die über Wissen verfügen, das wir selber *nicht* haben, auf das wir aber gleichwohl verwiesen und angewiesen sind,

⁷⁰ Peters (1996: 62) hat das Erscheinen von wissenschaftlichen Experten in den Medien untersucht und kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. Experten tauchen meist in drei unterschiedlichen Kontexten auf: (1) wissenschaftliche Inhalte werden zum Zwecke der Unterhaltung aufbereitet und übersetzt, (2) wissenschaftliche Erkenntnisse werden als Erklärungen und Deutungen aktueller Themen benutzt, (3) in Debatten über und um wissenschaftliche Erkenntnis selbst. Kennzeichnend für den Auftritt von wissenschaftlichen Experten in Zeitschriften ist, wie anhand einer Untersuchung an US-Tageszeitungen gezeigt wurde (Peters 1996: 65; Long 1995), dass der Anteil wissenschaftlicher Aussagen dort verschwindend gering ist (in den meisten Fällen unter 10%). „Diese Erkenntnisse legen den Schluss nahe, dass auch da, wo in der Berichterstattung auf Experten und Wissenschaft Bezug genommen wird, nach wissenschaftlichen Maßstäben überwiegend oberflächliche und periphere Informationen vermittelt werden“ (Peters 1996: 65). Interessant ist aber vor allem, welche Experten eine große öffentliche Aufmerksamkeit genießen.

Überraschenderweise hat die *einschlägige Forschungserfahrung* auf einem bestimmten Feld keinen besonderen Einfluss hierauf. Wichtiger ist die *Zugehörigkeit* zu einer *einschlägigen Institution*, eine hohe *allgemeine Reputation* als Wissenschaftler (also ggf. auch auf einem völlig anderen Fachgebiet) oder *Aktivitäten außerhalb der Wissenschaft* (z.B. Mitglied einer Kommission). Das Vorurteil, dass hauptsächlich diejenigen Experten befragt würden, die gegen den Mainstream in einer Disziplin ankämpfen oder Mindermeinungen vertreten, konnte jedoch nicht bestätigt werden (Peters 1996: 66f).

sobald wir es (freiwillig oder unfreiwillig) mit bestimmten, unsere eigenen Kompetenzen übersteigenden Probleme und Fragen zu tun haben.“ (Hitzler 1994: 13f)⁷¹

Diese Personen, die über ein besonderes Spezialwissen verfügen, werden in der Regel als *Experten* bezeichnet und werden über den Verweis auf Zertifikate, Kompetenzen, Ausbildung oder eine besondere Sprache definiert (Hitzler 1994: 14; Dewe 2005: 373). Der Gegenpart zum Experten ist der *Lai*e, wobei sich sowohl das Laitum als auch das Expertentum immer auf ein spezifisches (Sach-) Gebiet bezieht.⁷²

Jedoch ist der Experte *nicht einfach* ein Spezialist. Während sich der Experte vom Laien abgrenzt, so ist der Gegenbegriff zum Spezialisten der Dilettant. Das reine Spezialwissen des Spezialisten macht diesen aber noch lange nicht zum Experten.

Was „den Experten vom Spezialisten also unterscheidet, das ist zum einen, dass er nicht nur über technische Kenntnisse verfügt, sondern über *komplexe Relevanzsysteme*, und das ist zum anderen, dass er nicht nur weiß was er zur praktischen Bewältigung seiner Aufgaben wissen muss, sondern dass er weiß, was die (jeweiligen) Spezialisten auf dem von ihm ‚vertretenen‘ Wissensgebiet wissen – und wie das, was sie wissen, miteinander zusammenhängt. Anders ausgedrückt: Mehr-Wissen als das von anderen konkret abfragbare bzw. beanspruchbare Wissen zu haben, über (kaum bzw. unkontrollierbare) Rat- und Hilfefähigkeit zu verfügen, verschafft dem Wissenden eine relative Autonomie, macht ihn in diesem Sinne zum Experten.“ (Hitzler 1994: 26; Hvh. K.U.)

⁷¹ Degele (2007: 401) sieht hierin sogar so etwas wie ein neues Distinktionsmerkmal: Wer über den Zugang zu den richtigen Experten verfügt und deren Dienstleistungen gelungen managen kann, kann sein eigenes Nichtwissen kultivieren: „Der Umbau von Wissen erster zum Wissen zweiter Ordnung liegt dabei voll im Trend: ‚ich weiß etwas *nicht*, was du weißt – und muss es auch nicht wissen‘ könnte sich zum Statussymbol relevanzkompetenter WissensjongleurInnen mausern, das digitale Eliten vom Netz-Proletariat separiert“. Ähnlich sieht dies auch Schützeichel (2007: 546), der die Verfügung über Expertenwissen bzw. den Zugriff darauf als wichtig für den sozialen Status und die Verteilung von Lebenslagen ansieht.

⁷² Oder wie Hitzler (1994: 26) es ausdrückt: „Der Experte verfügt anscheinend über einen ausgesonderten Wissensbestand, der dem Nicht-Experten – jedenfalls in seiner Gesamtheit – nicht (ohne weiteres) zugänglich ist, der von diesem aber nachgefragt wird, auf den sich dieser im Hinblick auf bestimmte (und symptomatischerweise: auf immer mehr) lebenspraktisch relevante Frage ver- und angewiesen sieht (bzw. glaubt). Der Experte wird vom Laien typischerweise konsultiert“.

Den Experten erkennt man daher auch nicht an seinem Spezialwissen allein, sondern vor allem daran, wie er dieses zu inszenieren weiß: die Art und Weise des Sprechens, Embleme und Symbole die er benutzt, sein gesamtes Erscheinungsbild und die Rituale, die er vollzieht, gehören zu seinem Expertentum hinzu (vgl. Hitzler 1994: 27).

„Dann erscheint der Experte eben nicht als jemand, der besondere Kompetenzen hat, sondern als jemand, der es versteht, sozial zu plausibilisieren, dass er über besondere Kompetenzen verfügt. Expertenwissen wäre demnach vor allem das Wissen, wie man sich als Experte, und mithin als ‚unterweisungsbefugt‘ für ein Wissensgebiet, darstellt – und wie man Weisungsansprüche anderer auf diesem Gebiet erfolgreich zurückweist. Dramatologisch gesehen ist der Experte also der Prototyp des als ‚kompetent‘ und ‚legitimiert‘ – wofür auch immer – anerkannten Akteurs.“ (Hitzler 1994:27)

Nur wenn es dem Experten gelingt, seine Kompetenzansprüche dem Laien glaubhaft zu vermitteln, kann er seine Expertise gewinnbringend – für sich selbst (Bezahlung, Macht) und für den Kunden – einsetzen (Dewe 2005: 374). Ein wichtiges Kennzeichen für Expertise sind *Expertensprachen*, die sich dadurch auszeichnen, dass sie *unpersönlich* und *sachlich* sind. Unpersönlich bedeutet, sie betonen eben nicht *wer spricht*, sondern den Inhalt des Gesprochenen; Sachlichkeit bezieht sich darauf, *wie* gesprochen wird, und zwar nicht über Emotionen, Meinungen oder Eindrücke, sondern über rationale Argumente, Sachzwänge und empirische Belege (vgl. Hitzler 1994: 14; Dewe 2005: 374).

Kurz, Experte ist jener, der über das nötige (Fach-)Wissen verfügt und angesichts eines spezifischen Problems zur einer ad hoc Stellungnahme fähig ist (vgl. Mohr 1996: 5) *und* der seinem Gegenüber, dem Laien, glaubhaft machen kann, dass er ihm objektive, sachliche und korrekte Expertise liefert. Expertise ist demnach das Produkt der Handlungen des Experten: der Ratschlag, das Gutachten, der Aufsatz und vieles mehr. Willke nennt Wissen dann Expertise, wenn sich dieses auf konkrete Entscheidungssituationen bezieht (Willke 1998: 162).

Gerade für die Vermittlung wissenschaftlicher Inhalte in die Praxis sind Experten zuständig, denn die Erkenntnisse der wissenschaftlichen Forschung sind nicht unmittelbar praxistauglich, wie Mohr ausführt.

„Erkenntnis bedarf der Vermittlung. Es ist der Experte, der im Rahmen seiner Kompetenz aus theoretisch-kognitiver Erkenntnis Verfügungswissen formt und in die Praxis einbringt“ (Mohr 1996: 5).

2.4.3 Expertendilemma und Grenzen der Expertise

Die Vorstellung, dass wissenschaftliche Experten die nicht-wissenschaftlichen Laien mit der Wahrheit versorgen (Wildavsky 1979; dazu Mayntz 1999: 30), dass es also eine klare, eindeutige und lineare Arbeitsteilung zwischen beiden Sphären gibt, ist nicht aufrechtzuerhalten. Im Folgenden sollen zwei Varianten und Probleme, die im Zusammenhang mit wissenschaftlicher Expertise auftreten können, näher betrachtet werden: das Expertendilemma und die Grenzen von Expertise.

In einer Gesellschaft, die immer stärker vom Rat und dem Urteil wissenschaftlicher Experten abhängt, kann es problematisch sein, wenn die Experten sich nicht einig sind; wenn ihre Gutachten divergieren. Dies könnte sogar soweit führen, sagt Mohr (1996: 6), dass die wissenschaftliche Rationalität als solche angezweifelt wird. Hierin wird das wissenschaftliche Noch-Nicht-Wissen und Nicht-Wissen-Können deutlich, wie es zuvor diskutiert wurde: wissenschaftliche Experten übertragen dieses in praktische Kontexte, wo eindeutige und abschließende Antworten benötigt werden, um Entscheidungen zu treffen oder Handlungen durchzuführen.

Mohr hat zwei Expertendilemmata identifiziert (hierzu im Überblick Nennen 1998). Das Expertendilemma erster Art ist ein rein innerwissenschaftliches: Wenn sich Experten innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses, also nur im Rahmen der Scientific Community, streiten, so kann man dies in der Regel „durch neue Methoden – Punkt-für-Punkt-Analysen, überlappende Gutachten, Konvergenzstrategien, Meta-Analysen – weitgehend überwinden“ (Mohr 1996: 9f). Dieses Dilemma erster Art ist unproblematisch und mehr oder weniger der Normalfall des wissenschaftlichen Fortschritts (Markl 1996). Nach Mohr wird es aber am Übergang von der Wissenschaft zur Öffentlichkeit oder Praxis problematisch: hier kommt es zum Expertendilemma zweiter Art. Wenn in politischen und/oder öffentlichen Diskursen divergierende Expertenurteile auftauchen, so leidet die Glaubwürdigkeit der wissenschaftlichen Expertise generell darunter (Mohr 1996: 12f). Ursache hierfür sind für ihn zwei gravierende Missstände:

„Einmal wird in der politischen Praxis die Expertise häufig als *selectives Instrument* benutzt, um bereits getroffene Entscheidungen oder Glaubensakte nachträglich zu legitimieren. Zum anderen – und gravierender – hat sich die Praxis herausgebildet, dass Interessengruppen und Politiker damit rechnen können, zu jeder Sachfrage das gewünschte, als ‚wissenschaftlich‘ bezeichnete Gutachten zu bekommen.“ (Mohr 1996: 12)

Für die Öffentlichkeit ist es befremdlich, dass innerhalb der Wissenschaft um die Wahrheit gerungen wird. Diskussionen, Kritik und Widerstreit, selbst wenn diese rational ablaufen, werden in der Öffentlichkeit als Schwäche angesehen. Jedoch muss dies nicht eine *Schwäche*, sondern kann sogar die *Stärke* der Wissenschaft sein. Gerade weil man sich in der Wissenschaft streitet, kann man sich auf wissenschaftliche Urteile verlassen (Markl 1996). Es liegt eher an den Fragen, die von außen an die Wissenschaft gestellt werden, dass die Experten keine eindeutigen Antworten geben können.

„Der Stand wissenschaftlich gesicherter Erkenntnisse ist gerade in vielen für die gesellschaftliche Praxis sehr belangvollen Bereichen viel zu lückenhaft und selbst mit Widersprüchlichkeit behaftet, als dass – trotz aller Bemühung um objektive Einschätzung eines Sachverhalts – gleich qualifizierte Experten aus den gleichen Daten nicht durchaus unterschiedliche Schlüsse zu ziehen vermöchten: Umwelttoxikologie, Klimaforschung, Ernährungsforschung, Verhaltensgenetik, Medienwirkungsforschung, Friedens- und Konfliktforschung, Verbrechensursachenforschung ... die Liste der Forschungsgebiete, auf denen es immer wieder zu anhaltendem und auch durch ehrlich bemühten Vergleich der Argumente nicht ausräumbarem Expertenstreit kommt, lässt sich beliebig verlängern.“ (Markl 1996: 46)

Die Problematik gründet sich darin, dass man es dort, wo der Rat von wissenschaftlichen Experten erforderlich ist, mit Fragen zu tun hat, die sich auf neue, noch nicht abgeschlossene Forschungsfelder beziehen. Hinzu kommt, dass die Expertise die Grenzen des wissenschaftlichen Kontexts überschreitet, „wissenschaftliche Aussagen [werden] in andere, nicht-wissenschaftliche Kontexte transponiert“ (Braczyk 1996: 27). Der Experte ist immer nur Experte für einen spezifischen Ausschnitt, für ein klar abgegrenztes Fachgebiet und eben nicht für umfassende Bereiche der komplexen Realität.

Die Aussage des Experten „bezieht sich in der Regel auf analytisch isolierte Ausschnitte von komplexeren Kontexten, deren Gesamtheit vom Experten kaum hinreichend reflektiert, geschweige denn kontrolliert werden kann. D.h. die gutachterliche Aussage muss vermutlich immer mit prekären *Annahmen* darüber operieren, welche Folgen die Berücksichtigung der Aussage haben wird, und sei es in dem Sinne, dass der Experte meint, von den kontextuellen Bedingungen gänzlich absehen zu können oder zu müssen. Diese Annahmen entsprechen in der Regel der ‚Alltagssoziologie‘ des Experten“ (Braczyk 1996: 27).

Es zeigt sich aber hieran, dass das Expertendilemma nach Mohr, weniger ein Dilemma der Experten ist, als vielmehr eines für die Verwender von Expertisen (Nennen / Garbe 1996: 176ff). Um Entscheidungen zu treffen, bedürfen sie der Expertise. Wenn es jedoch darum geht, die Expertise zu beurteilen, vor allem wenn es unterschiedliche Expertisen gibt, fehlen ihnen die entsprechenden Kompetenzen. Wissenschaftliche Expertise ist für ihre Verwender ein Vertrauensgut, d.h. sie können ihren Nutzen und ihren Wert nicht selbst und nicht im Vorfeld beurteilen (Linde 2005). Um dies leisten zu können, müssten die Empfänger der Expertise selbst Experten sein.

Nimmt man zur Kenntnis, dass

- der Bedarf und die Nachfrage nach Expertise gestiegen ist,
- es für die Verwender von Expertisen zu einer Dilemmasituation kommt, wenn mindestens zwei unterschiedliche Expertisen zum selben Thema vorliegen, und
- die Qualität der Expertise selbst vom Verwender bzw. Empfänger der Expertise nur unzureichend beurteilt werden kann,

dann lässt sich fragen, ob wissenschaftliche Experten in der Lage sind, die Anforderungen, die an sie gestellt werden zu erfüllen. nämlich das Fundament der Wissensgesellschaft zu bilden. So lang sich Wissenschaftler im innerwissenschaftlichen Diskurs bewegen, sind ihre Kontroversen und Dispute, wie in Mohrs Expertendilemma erster Ordnung, unproblematisch oder sogar förderlich. Erst wenn mit Hilfe wissenschaftlicher Expertise praktische gesellschaftliche Probleme und Fragen bearbeitet werden sollen, tauchen Schwierigkeiten auf, denn hier werden die Experten

„mit Erwartungen und Fragen konfrontiert, die sie in der Regel allein auf der Basis ihres spezifischen Fachwissens nicht oder doch nicht zureichend beantworten können. Dieses Fachwissen ist es aber, was ihnen die besondere Autorität und Legitimation des wissenschaftlichen ‚Experten‘ verleihen soll. Überschreiten sie bei ihren Aussagen die Grenzen ihrer fachwissenschaftlichen Kompetenz, dann greifen sie – explizit oder implizit – auf anderes Wissen zurück, für dessen Gültigkeit sie keine besondere fachwissenschaftliche Autorität und Legitimation reklamieren können. Bei jeder derartigen Grenzüberschreitung müssten die befragten ‚Experten‘ – von der Reichweite ihres Fachwissens her gesehen – eigentlich ihren Expertenstatur ablegen. Sie fallen gleichsam in den Stand von mehr oder weniger aufgeklärten ‚Laien‘ zurück, die in kognitiver Hinsicht

keine besondere Autorität gegenüber der Meinung anderer Laien für sich in Anspruch nehmen können“ (Saretzki 2005: 348).

Der Sachverhalt, der hier zur Geltung kommt, ist, dass jeder Experte eben nur Experte auf seinem eng und klar umrissenen Fachgebiet ist und auf vielen anderen Gebieten eben doch nur ein Laie ist. Luhmann (1989: 223ff) spricht hier von der *inneren Pluralität des Selbst*.

Aus den oben benannten Problemen wissenschaftlicher Expertise kann man vier Grenzen ausmachen, an die wissenschaftliche Experten bei der Beantwortung praktischer Fragen stoßen: *disziplinäre, epistemische, normative* und *lokale* Grenzen (Saretzki 2005: 349ff).

Experten beziehen ihre Autorität in der Regel aus der formalen wissenschaftlichen Qualifikation in einer bestimmten Disziplin sowie Veröffentlichungen und Forschungsarbeiten auf einem Spezialgebiet. Die Qualität dieser Tätigkeiten wird von den Peers der jeweiligen Disziplin kontrolliert und ausgezeichnet. Die Probleme und Fragen der Praxis sind normalerweise umfassender als die Forschungsfragen wissenschaftlicher Einzeldisziplinen, so dass sie nur unzureichend mit den Theorien, Methoden und Techniken der einzelnen Disziplinen beantwortet werden können.⁷³ In dem Moment, in dem der Experte aber nun doch Stellung zu den Fragen der Praxis nimmt, verlässt er den gesicherten Boden seiner eigenen Fachkenntnis. Trotzdem versucht er aber, den eigenen Status als Experte beizubehalten, er *transferiert* seinen Expertenstatus von seinem Spezialgebiet auf andere Gebiete, wie Saretzki (2005) in Anlehnung an Zimmerli (1990) schreibt:

„Fachwissenschaftliche Experten stoßen hier an die disziplinäre Grenze ihres Wissens und Könnens, die sie auf der Basis ihrer fachlichen Kompetenz allein auch nicht überwinden können. ... Bei diesen anschaulich als ‚*Expertisentransfer*‘ bezeichneten Grenzüberschreitungen nimmt ein Experte, der für ein bestimmtes Fachgebiet ausgewiesen ist, den Expertenbonus oft auch dann für sich in Anspruch, wenn er auf Fragen eingeht, die gar nicht in sein eigenes,

⁷³ Hinsichtlich technologischer Fragen hat Zimmerli (1990: 6) dies beschrieben: „Im Umfeld des neuen Wissenstyps, den man ‚technologisches Wissen‘ nennen kann, kommen immer weniger rein wissenschaftlich-technische Fragen vor. Vielmehr sind nahezu alle strittigen Punkte in der Diskussion solche, die sich einer Mischung von technischen, wissenschaftlichen, lebensweltlichen, sozialen, politischen, ökonomischen o.ä. Faktoren verdanken. Daher sind diejenigen, die die wissenschaftlich-technischen Informationen bereitzustellen haben, im Regelfall im Zustand der vollständigen Überforderung, da die wissenschaftlich-technischen Aspekte allein zur Beantwortung der gestellten Fragen nie ausreichen“.

sonder in ein anderes Fachgebiet fallen, zu dem er sich eigentlich nur als Laie äußern könnte.“ (Saretzki 2005: 349, Hvh. K.U.)⁷⁴

Epistemische Grenzen: Wissenschaftliche Experten vermitteln gern den Eindruck, sie würden absolute, objektive und generell gültige Wahrheiten verbreiten. In der Erkenntnistheorie ist man sich aber durchaus einig, dass es sich bei der Forschung um einen zukunfts-offenen Prozess handelt und eine endgültige Verifikation nicht möglich ist.

„Wissenschaftliches Wissen kann heute nicht mehr den Status absolut sicherer und gesicherter Erkenntnis für sich reklamieren. Was die moderne Wissenschaft an Wissen bereitstellt, verbürgt keine zweifelsfreie Gewissheit und Sicherheit mehr. Wissenschaftliches Wissen ist das Ergebnis von Forschungsprozessen, die ihrerseits immer abhängig sind von den Fragestellungen, Ansätzen und Methoden, welche jeweils in den wissenschaftlichen Untersuchungen herangezogen wurden. Wissenschaftliches Wissen hat daher nach modernem Verständnis einen grundsätzlich hypothetischen Charakter, es ist ansatz- und methodenabhängig und gilt immer nur so lange, wie keine Erkenntnisse vorliegen, die Zweifel an seiner Gültigkeit begründen.“ (Saretzki 2005:350)

Zimmerli (1990) folgert hieraus, dass Experten unter *Gewissheitsnötigung* leiden: der Experte *vermutet* etwas, aber in seiner Funktion als Experte fühlt er sich genötigt gesichertes Wissen zu vermitteln und stellt seine Vermutung als Tatsache dar. Hierin besteht seine zentrale Aufgabe, denn der Experte dient gerade dazu, durch die von ihm vermittelte Expertise Laien *Gewissheit* zu vermitteln und Unsicherheiten abzunehmen.

Normative Grenzen: Wissenschaftler sind in der Lage, mit ihren Erkenntnissen bestimmte Gegenstände nach Maßgabe wissenschaftlicher Methodik angemessen zu beschreiben, zu erklären oder vorherzusagen. Die Frage, ob es sich hierbei aber um ein gesellschaftliches oder politisches Problem oder um eine unternehmerische Innovation handelt, liegt nicht innerhalb der wissenschaftlichen Kompetenz (möglicherweise besitzt der Wissenschaftler die notwendigen Kompetenzen, er braucht sie aber nicht zwangsläufig). Hierzu benötigt man Urteile und Bewertungen der Zustände von Natur oder Gesellschaft. Beispielsweise können Forscher den Klimawandel beschreiben. Ob man darin aber ein Problem sieht, das politisch oder gesellschaftlich zu

⁷⁴ Auch in der Öffentlichkeit treten wissenschaftliche Experten meist mit Aussagen in Erscheinung, die über den Kernbereich ihrer Kompetenz oder sogar der wissenschaftlichen Evidenz generell hinausgehen (Peters 1996: 64).

bearbeiten ist, ist eine ganz andere Frage.⁷⁵ Gleichzeitig besteht aber in der Praxis ein Bedarf an Orientierung und Richtungsvorgaben. Die normative Bewertung eines Sachverhaltes bzw. seine Einordnung ist in vielen Fällen zwingend notwendig, um daraus Handlungen abzuleiten.

Lokale Grenzen: Wissenschaftliche Erkenntnisse haben den Anspruch, verallgemeinerbar und generell zu sein und nicht nur für Einzel- oder Spezialfälle zu gelten. Für Expertisen, die sich zwar auf allgemeine Ergebnisse berufen, jedoch in konkreten und begrenzten Kontexten verwendet werden, gilt dies nicht mehr. Experten neigen aber dazu, einmal erfolgreiche Lösungen immer wieder im Sinne von *best-practice* zu empfehlen. Dabei ignorieren sie die spezifischen Bedingungen vor Ort. Bei Expertisen muss das *dekontextualisierte* Fachwissen wieder *rekontextualisiert* werden: es muss auf die jeweils gegebenen Bedingungen und Wirkungszusammenhänge in einem Kontext bezogen werden. Dazu sind wissenschaftliche Experten, die sich ausschließlich auf ihre Forschungsergebnisse beziehen, nicht in der Lage, denn

„über dieses lokale Kontextwissen verfügen fachwissenschaftliche Experten aber meist nicht selbst in ausreichendem Maße. Das Wissen der fachwissenschaftlichen Experten muss deshalb mit dem erfahrungsgesättigten ‚lokalen‘ Wissen von Akteuren vor Ort vermittelt werden, wenn es tatsächlich für konkrete Problemlösungen in spezifischen Kontexten hilfreich sein soll.“ (Saretzki 2005: 352)

Geht man davon aus, dass diese Beobachtung der vier Grenzüberschreitungen zutreffend ist, dann erklärt sich, warum es lohnend ist, auf wissenschaftliche Expertise mit Gegenexpertise zu reagieren: die Chancen, selbst bei eindeutigen Datenlagen unterschiedliche Interpretationen, Schlussfolgerungen und letztendlich Ratschläge zu erhalten sind groß. Daher hat sich die Praxis eingebürgert, Expertisen mit Gegenexpertisen zu kontern. Keine politische Debatte kommt ohne die Rolle des Gegenexperten aus. NGOs besitzen eigene

⁷⁵ Oder wie Saretzki (2005: 351) schreibt: „Wissenschaftler können mit Hilfe ihrer fachwissenschaftlichen Kompetenz empirisch gegebene ‚Sachverhalte‘ – mehr oder weniger genau und valide – beschreiben, erklären oder prognostizieren. Ob und in welcher Hinsicht ein empirisch beschreibbarer oder prognostizierter Sachverhalt indessen auch ein gesellschaftliches Problem darstellt, das von der Politik bearbeitet werden sollte, darüber können Wissenschaftler allein aufgrund ihrer fachwissenschaftlichen Kompetenz nichts sagen. Denn zu einem politisch bearbeitungsbedürftigen Problem wird ein empirisch gegebener Sachverhalt erst dann, wenn er nicht nur als wissenschaftlich interessanter Untersuchungsgegenstand, sondern auch als bewahrungs- oder veränderungsbedürftiger Zustand von Gesellschaft und Natur wahrgenommen und bewertet wird“

Experten, die eigene Studien oder eigene Interpretationen vorliegender Studien anfertigen.

Für Stehr (1994) ist dies ein typisches Element der Verwissenschaftlichung in der Wissensgesellschaft: Dadurch, dass die Legitimation jedweden Handelns auf wissenschaftliches Wissen umgestellt wird, kann man dieses auch nutzen, um z.B. politische Entscheidungen zu bekämpfen. Man kann hierin eine *Professionalisierung* von sozialen Bewegungen sehen (v.d.Daele 1996: 298). Hierdurch kann es zu einem Problem mit wissenschaftlicher Expertise kommen, denn wenn Gegenexperten hinzugezogen werden und andere bzw. abweichende Einschätzungen präsentieren, stellt sich dies, für Laien als Dilemma dar. Welcher Expertise sollen sie vertrauen? Gleichzeitig wird aber der gesamte Nutzen der wissenschaftlichen Expertise in Frage gestellt, wenn diese eben nicht als objektiv oder sachlich, sondern als unsicher und vorläufig oder gar interessengebunden erscheint. Wer eine Gegenexpertise einsetzt, versucht dadurch nachzuweisen, dass der Geltungsanspruch der Experten unrechtmäßig ist (v.d.Daele 1996: 300).

Der sozialwissenschaftliche Mainstream sieht hierin die Aufhebung der Grenzen zwischen wissenschaftlichen Experten und beteiligten Laien sowie den Niedergang objektiver Erkenntnis als Basis wissenschaftlicher Expertise.

Jedoch kann man die Konstellation *Experte-Gegenexperte* auch anders deuten und eben nicht als Schwächung der Position der Wissenschaft. In einer empirischen Untersuchung von TA-Diskussionen⁷⁶ hat van den Daele herausgearbeitet, dass die Widersprüche und Kontroversen zwischen Experten meist darauf beruhen, dass sie *transwissenschaftliche* Fragen betreffen. Die Experten werden zu Dingen befragt, die ihre Expertise übersteigen (v.d.Daele 1996: 309). Man könnte auch sagen, dass die Experten eine der oben genannten Grenzen überschreiten müssen, um die ihnen gestellten Fragen zu beantworten. Jedoch verhalten sich alle, Experten, Gegenexperten und Laien in solchen Diskursen nicht konstruktivistisch sondern vielmehr (*naïvo*) *realistisch*: sie vertreten die Auffassung einer objektiv bestimmbaren Welt, über die mehr oder weniger eindeutige, objektive Aussagen getroffen werden. Debatten über die grundsätzliche Möglichkeit von Wahrheit oder wahrer Erkenntnis werden nicht geführt. Deutlich wird in den Analysen, dass die wissenschaftlichen Experten nicht nur für die Bestimmung ihres Expertenwissens sondern auch für ihr Nichtwissen zuständig sind. Sie legen fest, welche Fragen noch nicht geklärt sind und welche Erkenntnisse als unsicher zu gelten haben. Auch die Gegenexperten müssen bzw. können nur das „Spiel der Experten spielen“ (v.d.

⁷⁶ TA = Technikfolgenabschätzung

Daele 1996: 318), das darin besteht sich auf Studien, Forschungsergebnisse, den Stand der Forschung oder Literatur zu berufen. Die Referenzen, die sie anführen, müssen selbst wiederum wissenschaftlich einschlägig sein, sind sie das nicht, dann spielen sie für die Diskussion keine Rolle.

Die Gegenexperten arbeiten den Experten hinterher: Sie durchforsten deren Literatur, suchen nach Hinweisen und Anzeichen für Schwächen, Ungenauigkeiten oder Risiken.

„Das Ergebnis ist eine asymmetrische Arbeitsteilung: Die Gegenexperten beobachten die Wissenschaft und stellen die kritischen Fragen, die Experten machen die Wissenschaft und geben die Antworten“ (v.d. Daele 1996: 318).

Diese asymmetrische Situation ist unvermeidlich, weil derjenige, der aktiv forscht, die Definitionsmacht besitzt. Gegenexperten können keine Kontroverse erzeugen oder herbeiführen, sie können ausschließlich auf bestehende inner-wissenschaftliche Kontroversen hinweisen und diese transparent machen. „'von außen' kann man den Stand des Wissens ausnutzen, aber man kann ihn nicht festlegen oder verändern“ (v.d. Daele 1996: 318).⁷⁷ Anders ausgedrückt, sie thematisieren das wissenschaftliche Nichtwissen. Die Grenzen der Wissenschaft, was als wissenschaftliche Frage, als wissenschaftliches Argument und auch als mögliche Antwort zulässig ist, das bestimmen die Wissenschaftler selbst. Der Gegenexperte steht in diesem Fall außerhalb (zumindest außerhalb des jeweiligen Fachgebiets oder der jeweiligen Disziplin). Er ist in der Lage den wissenschaftlichen Diskurs zu verfolgen und in zu verstehen, er ist aber kein Teilnehmer im inner-wissenschaftlichen Diskurs.

„Gegenexperten operieren mit ihrer Kritik von außen. Sie sind (qua Ausbildung) gerade weit genug innerhalb der Wissenschaft, um den Stand des Wissens zu rezipieren und Kontroversen in der Wissenschaft wahrzunehmen. Sie sind aber nicht weit genug ‚innen‘, um den Stand des Wissens zu definieren oder zu verändern und um Kontroversen in der Wissenschaft selbst zu erzeugen.“ (v.d. Daele 1996: 320)

⁷⁷ Van den Daele konstruiert den Gegenexperten als zwar wissenschaftlich gebildeten, aber nicht forschenden Akteur, als Gegenpol zum Wissenschaftler. Es ist aber problemlos denkbar, beide Seiten, Experte und Gegenexperte, als Wissenschaftler im engeren Sinne zu verstehen. Dies würde lediglich bedeuten, dass nicht ein Laie die inner-wissenschaftliche Kontroverse in den Prozess der Beratung einführt, sondern ein anderer Wissenschaftler. Die Rolle der Gegenexpertise beruht m.E. entweder a) im Nachweis der wissenschaftlichen Unzulänglichkeit der Expertise, also im Nachweis eines Fehlers oder b) in der Thematisierung des wissenschaftlichen Nichtwissens; *wer* dies tut ist mehr oder weniger beliebig.

Wodurch entsteht nun aber der Eindruck, man könne Experten so leicht in Kontroversen verstricken? Dies liegt nach v.d.Daele daran, dass die Fragen, die man Experten in der Regel stellt, die Grenzen ihrer Expertise übersteigen: es sind eben jene *transwissenschaftlichen* Probleme und Fragestellungen (v.d. Daele 1996: 309), für deren umfassende Beantwortung die Experten keine hinreichende Expertise haben. Wie in der Diskussion der Theorie Stehrs (1994) deutlich gemacht wurde, haben es Gegenexperten auch verhältnismäßig einfach. Sie müssen lediglich berechnete Zweifel an der Gültigkeit der Expertise wecken, um diese zu entkräften.

Wie oben gezeigt, überdehnen die Experten bei der Beratung der Praxis häufig ihren Expertenstatus (transferieren ihn auf andere Gebiete) und machen sich so für Gegenexperten besonders leicht angreifbar. Bei der Bearbeitung solcher Probleme und Fragestellungen muss man zwischen der *Feststellung* (wissenschaftlicher) Tatsachen und der *Bewertung* dieser Tatsachen unterscheiden. Naheliegender wäre es nun, dass in einer pluralistischen Gesellschaft viel über die Bewertungen gestritten würde und weniger über die tendenziell objektiven, wissenschaftlichen Tatsachen. „Manifest gestritten wird jedoch meist über die Tatsachen“ (ebd. 316), stellt v.d. Daele hierzu fest und begründet dies so:

„Das mag daran liegen, dass über zentrale Bewertungskriterien Konsens besteht. Darüber, dass man eine Technik verbieten sollte, wenn sie gesundheitsgefährdend ist oder das Ökosystem destabilisiert, gibt es wenig zu streiten. Die Entscheidung hängt davon ab, was der Fall ist: gefährdet die Technik tatsächlich die Gesundheit? Destabilisiert sie das Ökosystem?“ (v.d.Daele 1996: 316 FN)

Der Wert der Expertise besteht aber gerade darin, in diesen *Grauzonen* des Wissens Unsicherheit zu reduzieren, denn Entscheidungen müssen trotz mangelnden gesicherten Wissens getroffen werden. Experten geben mit ihren Expertisen der Praxis eine Orientierung, auch wenn sie damit „in doppelter Hinsicht wissenschaftlich bodenlos“ (v.d. Daele 1996: 321) arbeiten: einerseits behaupten sie mehr als sie wirklich gesichert belegen können (*disziplinäre* und *epistemische* Grenze) und andererseits treffen sie „Wertentscheidungen, das heißt, sie urteilen darüber, welche Handlungen bei einer gegebenen Sachlage angemessen oder notwendig oder unzulässig sind“ (ebd.: 321) (*normative* und *lokale* Grenze). Dies stellt solange kein Problem dar, solange niemand (bspw. kein Gegenexperte) das Mandat des Experten in Frage stellt und dadurch dessen *Bodenlosigkeit* manifest werden lässt.

Zu einer Entscheidung muss es aber trotzdem kommen. Die Experten ziehen sich auf die Tatsachenbeschreibungen zurück und überlassen den Bereich der Unbestimmtheit den Laien. Aber auch die besitzen kein besonderes Wissen über diese Situation und können somit auch keine besondere Autorität einfordern. Am Ende kann an dieser Stelle der Experte seine Expertise wieder einbringen, denn er ist es, der auch die eigene Unsicherheit und das eigene Nicht-Wissen kontrolliert.

Saretzki (2005) konzeptioniert, die Grenzen der Expertise als Defizite. Betrachtet man aber die Rolle des Experten als jemanden, der nicht nur über Fachwissen verfügt, sondern auch in der Lage ist, dies in spezifische Kontexte in Form von Beratung einzubetten und dabei die Unsicherheiten der Laien reduziert, so kann man diese vier Grenzüberschreitungen geradezu als *konstitutives Merkmal* des Experten auffassen.

Die von Saretzki formulierten Grenzüberschreitungen zeichnen somit den Unterschied zwischen Spezialisten und Experten nach. Der Experte dient der Praxis zur *Unsicherheitsabsorption* (Tacke 2000). Anstatt die Kontingenz möglicher Entscheidungen zu verdeutlichen und somit zusätzliche Unsicherheit zu produzieren, liefert der Experte durch die Grenzüberschreitungen Sicherheit.

2.4.4 Zusammenfassung

Die Wissensgesellschaft kann als *Expertengesellschaft* gedacht werden, insofern die Verwissenschaftlichung aller gesellschaftlichen Teilsysteme den Bedarf an Expertise erhöht. Für die *wissenschaftliche Expertise*⁷⁸ gelten folgende Bestimmungen:

- Wissenschaftliche Expertise überschreitet, beim Transfer von der Wissenschaft in die Praxis, Grenzen der empirischen Determination. Die Expertise bezieht sich immer auch auf Aspekte, die nicht durch wissenschaftliche Erkenntnisse gedeckt sind.

⁷⁸ Zur weiteren Begriffsverwendung: mit *wissenschaftlicher Expertise* wird im Folgenden wissenschaftliches Wissen bezeichnet, das sich auf praktische Zusammenhänge bezieht bzw. auf die Praxis bezogen wird. Dies ist unabhängig davon, *wer* dies tut und *wie* dies geschieht. Wenn ein Akteur aus der Praxis einen wissenschaftlichen Fachaufsatz liest, um damit ein praktisches Problem zu lösen, wird dieses Wissen zur Expertise, genauso wie im Fall eines Forschers, der in einem Gespräch Praktiker berät.

- Akteuren in der Praxis fällt es schwer, wissenschaftliche Expertise aufgrund ihres Inhaltes zu beurteilen. Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als sich auf sekundäre oder „weiche“ Kriterien zu beziehen. Die Betonung solcher Kriterien als Ausweis von Autorität liegt aber bereits in der Anlage von Experte und Expertise begründet.
- Experten und Expertise sollen dazu dienen, Unsicherheiten in der Praxis zu reduzieren, gleichzeitig importieren sie aber wissenschaftliche Unsicherheit in die Praxis hinein.

2.5 Zwischenfazit -

Der wissenschaftsgesellschaftliche Imperativ

Die Wissensgesellschaft wurde in Abschnitt 2.1 als eine *verwissenschaftlichte* Gesellschaft vorgestellt, in der das Wissen der Wissenschaft in allen gesellschaftlichen Bereichen eine umfassende Relevanz erlangt. Alltagswissen wird in einer solchen Gesellschaft kontinuierlich durch wissenschaftliches Wissen substituiert, und alltagsweltliches Handeln wird in *entscheidungsförmiges* Handeln transformiert. Dies bedeutet, dass immer mehr Handlungen zu Entscheidungen werden, die aufgrund von vorliegendem Wissen möglichst rational entschieden werden *sollen*. Das Wissen und die sich daraus ergebenden Handlungsoptionen haben ihren Ursprung in der Wissenschaft.

Hinzu kommt, dass der wirtschaftliche Erfolg von Unternehmen immer mehr von innovativen, neuen Produkten abhängt. Technische Innovation ihrerseits speist sich aus wissenschaftlichem Fortschritt.

Dies ist aber nicht nur eine bloße Beschreibung moderner Gesellschaften, sondern es kennzeichnet gleichsam auch ein neues gesellschaftliches Leitmotiv (, welches an dieser Stelle als *wissenschaftsgesellschaftlicher Imperativ* eingeführt wird. Zuvor wurde bereits von Willke (1999: 263) Wissensaneignung als neuer *kategorischer Imperativ* bezeichnet. Dies stellt aber nur einen Bestandteil des hier gemeinten Leitmotivs dar. Die flexible Anpassung an immer neue Wissensinhalte, ständiges, nie abgeschlossenes Lernen, wie man es als Anforderung an Wissensarbeiter finden kann, repräsentiert die eine Hälfte des Imperativs. Der schnelle Wechsel der Inhalte, die rasanten Entwicklungen der Wissenschaft, sie alle fordern vom Individuum eine stetige Anpassung: Lernen, Anwenden, Vergessen und wieder von vorn. Unter dem Label „Lebenslanges Lernen“ wird diese Forderung inzwischen breit diskutiert.

Die andere Hälfte beruht auf der Feststellung, dass wissenschaftliches Wissen die Basis für neue, ggf. bessere Handlungsoptionen sein kann und auf der Erkenntnis, dass jede getroffene Entscheidung auch unbeabsichtigte, unbedachte Folgen haben kann. Dies wurde ausführlich im Abschnitt über das Nichtwissen thematisiert. Hieraus folgt, dass vorhandenes Wissen nicht ohne weiteres ignoriert werden darf. In der Wissensgesellschaft, die von anderen auch als reflexive Gesellschaft beschrieben wird (vgl. Beck 1986) ist man sich seines Nichtwissens bewusst und vermag technologische und wissenschaftliche Risiken zu thematisieren. Gleichzeitig zwingt diese

Reflexivität aber zum Beleg und zur Rechtfertigung des eigenen Handelns. Selbstverschuldetes Nichtwissen kann Entscheidungen delegitimieren und denjenigen, die entschieden haben, als Defizit zugeschrieben werden (in der Politik beispielsweise kann die Opposition der Regierung Unterlassungen und Fahrlässigkeit bei Entscheidungen vorwerfen). An dieser Stelle wurde ein strukturelles Problem diagnostiziert: da die Menge des zur Verfügung stehenden Wissens kontinuierlich in rasantem Tempo steigt, wächst das individuelle relative Nichtwissen (relativ zum vorhandenen Wissen) ebenso stark an. Der erste Teil des Imperativs, der stetige und unaufhörliche Lernprozess, kann somit als Antwort oder Erweiterung des zweiten Teils interpretiert werden: weil man gezwungen ist, das eigene Handeln durch Bezug auf eine unüberschaubare Menge an Wissen zu rechtfertigen, bedarf es einer ständigen Aneignung zusätzlichen Wissens.

Der wissenschaftsgesellschaftliche Imperativ lautet auf der Grundlage dieser Überlegungen: Liefere (wissenschaftliche) Rechtfertigungen für dein Handeln und triff rationale Entscheidungen; dazu eigne dir das notwendige Wissen ständig neu an.

Dieser Imperativ scheint aber nicht unproblematisch zu sein: einerseits existiert das strukturelle Problem, dass die Zunahme der Menge des Wissens und die gleichzeitige immer weiter fortschreitende Fragmentierung des Wissens das individuelle relative Nichtwissen immer weiter vergrößern, und andererseits, so zeigte die Auseinandersetzung mit Ansätzen der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft, liefert die Wissenschaft nicht zwangsläufig eindeutiges und sicheres Wissen. Vielmehr produziert die Wissenschaft neues Nichtwissen. Die immer stärker vorangetriebene Anwendung wissenschaftlichen Wissens hat die Wissenschaft verändert, und es ist zu einer intensiveren Beziehung zwischen Wissenschaft und unterschiedlichen Praxisbereichen gekommen (sei es durch direkte Kooperationen, indirekte Anpassungen an die Bedürfnisse des jeweils anderen, neue Finanzierungsmodelle für die Forschung usw.). Die *Verunsicherung* durch wissenschaftliches Wissen zeigte sich ferner auch in den Betrachtungen zu den Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Expertise. Der Rolle des Experten kommt hier eine besondere Bedeutung zu: der Experte ist es, der unter diesen Bedingungen Handlungs- und Entscheidungssicherheit erzeugen soll.

Für Praktiker ergeben sich hieraus verschiedene Konsequenzen, die im nächsten Abschnitt näher behandelt werden.

3. ENTWICKLUNG DER FRAGESTELLUNG

Die bisherigen Ergebnisse lassen sich dahingehend zusammenfassen, dass in der Wissensgesellschaft die *soziale Dimension*, d.h. die *Aneignung*, die *Vermittlung* sowie die *Überprüfung* und insbesondere auch der *Zugriff auf Quellen* wissenschaftlichen Wissens, eine gesteigerte Bedeutung erlangt. Gleichzeitig spielt die Verarbeitung von nicht Gewusstem eine entscheidende Rolle für den Verwendung von wissenschaftlichem Wissen.

Kurz: der *Umgang mit wissenschaftlichem Wissen* wird zu einer Grundfrage gesellschaftlicher Selbstverständigung (Kade/Seitter 2007: 149; Kade/Seiter 2002: 91f; Kade 2005: 499; Thiel 2007:153). Gerahmt wird dieser Bedeutungsgewinn von der Expansion digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien, von der „irreversiblen Durchdringung“ der Gesellschaft mit wissenschaftlichem Wissen und wissenschaftlichen Verhaltensmustern. Hinzu kommt eine abnehmenden Selbstverständlichkeit im Umgang mit Wissen in Verbindung mit einem zunehmend reflexiven Bezuges darauf (Kade / Seitter 2007: 149).

Die drängende Frage lautet somit,

„wie in Abhängigkeit von differenten Wissensformen an unterschiedlichen Orten, zu unterschiedlichen Zeiten von unterschiedlichen Akteuren mit dem Erwerb, der Vermittlung, der Aneignung und der Überprüfung von Wissen umgegangen wird“ (Kade / Seitter 2007: 149; ähnlich Antos 2005: 345).

Wie sich die Formen des Umgangs mit Wissen „unter Bedingungen erleichterter Zugänglichkeit, erhöhter Flüchtigkeit und beschleunigter Verfallszeit“ (Thiel 2007: 164) unterscheiden und verändern, zählt Thiel (2007: 164) zu den lohnenden Fragen der aktuellen erziehungswissenschaftlichen Forschung. Der Wissensbegriff erfüllt in diesem Zusammenhang nicht nur die Funktion einer

„semantische Chiffre zur Übersetzung gesellschaftlicher Leistungsanfragen, die im Kontext der Debatte um die Wissensgesellschaft formuliert werden, sondern er ist in psychologisch und wissenssoziologisch inspirierten Untersuchungen zu Wissenserwerb und –kommunikation, zur Wissensvermittlung und –überprüfung ein zentraler – wenngleich jeweils unterschiedliche profilierter – Theoriebaustein erziehungswissenschaftlicher Forschung.“

Kade und Seitter (2007, 2002, Kade 2005) setzen in ihrer Untersuchung direkt bei der Wissensaneignung an und vernachlässigen m.E. die Auseinandersetzung mit dem umfangreichen Wissensangebot. Es ist jedoch, wie Degele zeigen konnte, erforderlich, vor der Aneignung das jeweilige Wissen erst zugänglich zu machen. Daher wird in dieser Arbeit die soziale Dimension des Wissens um die *Suche nach Wissen* erweitert. Für Akteure besteht die Alternative, sich dieses Wissen anzueignen oder es zu ignorieren nachdem sie Wissen gefunden und vorliegen haben. Wie im Abschnitt über das Wissen und Nichtwissen herausgearbeitet wurde, besteht das Problem meist nicht in der Suche selbst, sondern in der Auswahl aus der Menge des vorfindlichen Wissens. Es findet also nicht nur eine Suche nach Wissensbeständen statt, sondern auch eine Auswahl aus dem Suchergebnis. Wenn man unter Aneignung die bloße Aufnahme bzw. Übernahme des Wissens versteht, so fehlt ein wichtiger Bestandteil, den man *Inszenierung* des Wissens nennen könnte (Kiener/Schaner 1998). Daher endet der Umgang mit dem Wissen auch noch nicht mit der bloßen Aneignung, sondern erst mit der *Anwendung* oder *Verwendung* des Wissens. In Anlehnung an und in Erweiterung des Modells von Kade und Seitter (Kade/Seitter 2007; 2002; Kade 2005) kann daher der *Umgang mit Wissen* auf folgende sechs Handlungen bezogen werden:

- *Suche* nach Wissen
- *Auswahl* von Wissen
- *Vermittlung* von Wissen
- *Aneignung* von Wissen
- *Überprüfung* von Wissen
- *Inszenierung* von Wissen

Die wichtigsten Unterschiede zwischen dem, was Kade/Seitter (2007; 2002) *Umgang mit Wissen* nennen und dem traditionellen Bildungsbegriff sind die Pluralität und die fehlende Gewissheit des Wissens. Bildung zielt auf die Einheit der Elemente im *gebildeten Menschen* durch einen *Kanon* des Wissens. Das Wissen selbst verfügt über eine (aus dem Inhalt und aus Bezügen aufeinander entstehende) innere Ordnung. Spricht man jedoch vom Umgang mit Wissen, so ist damit einerseits die Trennung in unterschiedliche, nicht mehr zwangsläufig zueinander passende Wissens Elemente gemeint sowie andererseits die Pluralität der Kontexte, in denen unterschiedliches Wissen eine Rolle spielt. Bildung wird von Kade und Seitter (2002: 92f) so spezifiziert, dass es sich um eine geschlossene Form handelt, alle Wissens Elemente gemeinsam bilden eine Einheit. Das Wissen selbst, das dazu benutzt wird, ist

homogen (kohärent), es ist fest und ändert sich nur sehr langsam, und es ist objektiv. Im sozialen Prozess der Bildung fallen Vermittlung und Aneignung zusammen: es findet Bildung als soziale Aktion statt. In diesem Prozess steht die Vermittlung und Aneignung des spezifischen Inhalts des Wissens im Mittelpunkt. Das Ziel bzw. die Leitvorstellung der Bildung ist die Herstellung eines urteilsfähigen und autonomen Subjekts. Im Gegensatz zum vereinenden Bildungsbegriff ist der Umgang mit Wissen von vorneherein in zwei Teile gespalten (Kade/Seitter 2002: 93): in die Handlung *Umgang* und in das Objekt der Handlung *Wissen*. Ebenso tritt in dieser Konzeption der Inhalt des Wissens hinter die Art und Weise des Umgangs zurück. Es geht nur noch darum, was man wie mit dem Wissen tut, und nicht mehr darum um welches Wissen es sich handelt und welche Veränderungen dies bei den Akteuren hervorruft. Wissen taucht hierbei nicht mehr als spezifischer Inhalt, sondern nur noch als *Form* auf. Diese neue Form wurde oben bereits als *informiertes Wissen* oder *Wissen zweiter Ordnung* eingeführt. Was dieser Vorstellung fehlt, ist ein externer Bezugspunkt, ein Kanon oder ein Bildungsziel. Aneignung und Vermittlung werden voneinander getrennt und sind gleichberechtigte und unabhängige Formen des Umgangs mit Wissen. Die Leitvorstellung im Konzept des Umgangs mit Wissen ist „der kommunikationsfähige, über den Zugang zu den Quellen des Wissens frei und umfassend verfügende Mensch“ (Kade/Seitter 2002: 93). Der *Umgang mit Wissen* ist die spezifische Form, mit der der Wissensarbeiter in der Wissensgesellschaft hantiert. Wenn Wissen modularisiert und fragmentiert ist, wird nur noch mit Bruchstücken *umgegangen*.

Hinzu kommt der Aspekt der *Motivation* für den Wissenserwerb bzw. für den Umgang mit, in diesem Fall, wissenschaftlichem Wissen. Ein Kernelement der Wissensgesellschaft ist der Wissensarbeiter und die mit ihm verbundene Auffassung des Umgangs mit Wissen: Wissen ist bloße Ressource und diese ist notwendig für einen bestimmten Zweck, für den sie gebraucht (oder sogar verbraucht) wird. Das Element der Wahrheit spielt keine Rolle mehr. Die Wissensbestände des Wissensarbeiters werden ständig revidiert und als verbesserungswürdig angesehen, woraus folgt, dass es ein Kriterium geben muss, an dem diese Verbesserungswürdigkeit gemessen wird: dies ist der Nutzen des Wissens. Der Umgang mit Wissen hängt also entscheidend davon ab, wofür es gebraucht wird und welchen Nutzen es hat. Für den einzelnen Akteur stellt dies die Motivation dar, sich mit dem Wissen zu beschäftigen. Die individuelle Motivation zur Auseinandersetzung mit wissenschaftlichem Wissen kann als eigene Auslegung des zuvor eingeführten wissenschaftlichen Imperativs angesehen werden.

Für diese Arbeit spielen vier der sechs oben genannten Handlungen eine Rolle. Vermittlung und Aneignung sind an dieser Stelle nicht von Bedeutung. Hinzu kommt stattdessen die Motivation für den Umgang mit wissenschaftlichem Wissen. Auf die fünf gewählten Handlungen wird im Folgenden ausführlicher eingegangen, denn sie stehen im Mittelpunkt der Untersuchung.

Vorerst ergeben sich somit fünf Blöcke, denen jeweils einzelne Fragen zugeordnet werden können. Diese werden in Abschnitt 3.2 weiter ausformuliert.

- | | |
|---------------------|---|
| Suche | Wie wird nach wissenschaftlichem Wissen gesucht? |
| Auswahl | Wie wird aus dem vorfindlichen Wissensangebot ausgewählt? / Wie geht man mit einem Überangebot um? |
| Bewertung | Wie bewertet man wissenschaftliches Wissen? Wie geht man mit wissenschaftlichen Kontroversen und widersprüchlichen Expertisen um? |
| Inszenierung | In welcher Weise wird das wissenschaftliche Wissen im praktischen Kontext eingesetzt? Wozu wird es verwendet? |
| Motivation | Warum beschäftigt man sich (nicht) mit wissenschaftlichem Wissen? |

3.1 Systematisierung des Umgangs

mit Wissen

Der wissensgesellschaftliche Imperativ wird als Kernelement der Wissensgesellschaft vorausgesetzt, indem davon ausgegangen wird, dass die Notwendigkeit der ständigen Auseinandersetzung der Praktiker mit wissenschaftlichem Wissen unter denselben mehr oder weniger allgemein anerkannt ist. Dadurch ist jedoch die Art und Weise noch nicht bestimmt, in der einzelne Akteure in unterschiedlichen Kontexten diese Notwendigkeit begründen. Abhängig vom sozialen Kontext und individuellem Hintergrund kann es zu erheblichen Variationen in der Motivation zur Beschäftigung mit wissenschaftlichem Wissen kommen. Typischerweise kann man zwischen einem Bedarf nach *Handlungswissen*, nach *Orientierungswissen* sowie nach *Legitimationswissen* unterscheiden.

Handlungswissen dient dazu, vorliegende Probleme und Fragestellungen zu lösen. Es liefert die Anweisungen oder *Rezepte*, wie in einer spezifischen Situation zu handeln ist. Wenn Unternehmen nach wissenschaftlichen Lösungen für ein technisches Problem suchen, besteht ein Bedarf nach Handlungswissen. Die Motivation für die Auseinandersetzung mit wissenschaftlichem Wissen liegt also in einer praktischen Problemstellung begründet. Zum einen kann diese darauf beruhen, dass die Wissenschaft über Kompetenzen verfügt, welche in der Praxis nicht vorhanden sind oder die Abwicklung bestimmter Aufgaben durch die Wissenschaft ist effizienter, als sie selbst zu übernehmen. Die Wissenschaft würde in diesem Fall konkrete Lösungs- und Handlungsvorschläge für die Praxis entwickeln und anbieten.

Orientierungswissen klärt auf, gibt Einblicke und liefert neue Perspektiven: Wer sich auf die Suche nach Orientierungswissen begibt, ist sich meist selbst noch nicht über seine eigenen Problem- und Fragestellungen im Klaren oder noch nicht in der Lage, diese als konkreten Bedarf nach Handlungswissen zu formulieren. Orientierungswissen soll einen Überblick oder Einblick in Zusammenhänge liefern, welche man aus der Perspektive der Praxis nicht erhalten kann. In diesem Fall hat die Wissenschaft eine aufklärende Funktion und liefert den Akteuren in der Praxis eine andere oder umfassendere Perspektive, um die eigene Situation zu deuten.

Der Politik wirft man häufig vor, lediglich *Legitimationswissen* zu benötigen. Damit ist gemeint, dass es politischen Institutionen weniger darum geht, ihr Handeln und Entscheiden an wissenschaftlichen Erkenntnissen auszurichten,

sondern vielmehr bereits getroffene Entscheidungen durch eine wissenschaftliche Begründung aufzuwerten und zu legitimieren. Die Motivation würde besteht darin, sich die Reputation der Wissenschaft zu Nutzen zu machen, um eigenen Positionen zu stärken. Die Wissenschaft ist in diesem Fall ein Lieferant von Autorität und Legitimation.

Wissen ist zwar durch die digitale Aufbereitung und die steigende Verbreitung von modernen Kommunikations- und Informationstechnologien prinzipiell sehr schnell und einfach zugänglich, jedoch ist dies nicht gleichbedeutend mit der quasi automatischen Verfügbarkeit des jeweils relevanten und benötigten Wissens. Das Phänomen, das unter dem Namen *Wissensexplosion* firmiert besteht aus: (a) der Multiplizierung der Kontexte, in denen Wissen relevant ist und (b) der gesteigerten Konkurrenz zwischen unterschiedlichem Wissen (bzw. Wissenskulturen), die innerhalb desselben Anwendungszusammenhangs Geltung beanspruchen (Kiener/Schanne 1998). Beide Aspekte gemeinsam erhöhen die Schwierigkeit, das angebotene Wissen überschauen zu können.

„Die heutige ‚Wissensexplosion‘ basiert auf fortschreitender Arbeitsteilung und sich beschleunigender wissenschaftlicher Spezialisierung. Doch der Erfolg der Spezialisierung gefährdet zunehmend eine Teilhabe an Wissen auch dort, wo sie für die Entwicklung von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft notwendig wäre“ (Antos 2005: 345).

Gleichzeitig erschafft die Möglichkeit, auf zahlreiche Wissensquellen zugreifen zu können, einen indirekten Druck, dies auch zu tun. In einem anderen Zusammenhang haben Beck und Bonß (1989) von einem *diskursiven Sperrlinkeneffekt* gesprochen. Sie meinten damit die Tatsache, dass, wenn in einen Diskurs erstmals wissenschaftliche Argumente eingeführt werden, der Diskurs das erreichte rationale Niveau nicht mehr verlassen kann. Ähnlich verhält es sich hier: wenn erst einmal die Nutzung verschiedener und zahlreicher wissenschaftlicher Wissensquellen sowie technischer Hilfsmittel etabliert ist, kann man in der Verwendung hinter dieses Niveau nur noch schwerlich zurücktreten (ähnlich Degele 2007: 398 und Rosa 2005).⁷⁹

⁷⁹ Rosa (2005: 218) identifiziert in seiner gelungenen Untersuchung über die *beschleunigte Moderne* zwei dominante Ursachen für den (Zeit-) Stress in einer Gesellschaft, in der die Bedeutung von Informations-, Kommunikations- und Datenverarbeitungstechnologie stark gewachsen ist: 1. *Verpassensangst*: hierunter versteht er das Gefühl, angesichts gewachsener Optionen wichtige Möglichkeiten nicht mehr realisieren zu können. 2. *Anpassungszwang*: dieser „ist eine Folge der strukturellen Dynamik spätmoderner Gesellschaften, spezifischer der *Beschleunigung des sozialen Wandels*. Die akzelerierte Veränderung nicht nur der

Wie die Suche nach Wissen abläuft, lässt sich folgendermaßen differenzieren:⁸⁰ *Wo wird nach Wissen gesucht?* Wissen lässt sich in unterschiedlichen Formen an unterschiedlichen Orten finden: in Tageszeitungen, im Internet, in Bibliotheken, an Universitäten oder anderen Forschungseinrichtungen, innerhalb der eigenen Organisation, innerhalb einer bestimmten Disziplin oder Fachrichtung, in Fachzeitschriften, in lokalen, nationalen oder internationalen Kontexten usw. Jede mögliche Quelle, die als *Suchort* ausgewählt wird, hat bestimmte Vor- und Nachteile, bietet bereits nur noch eine Auswahl des möglicherweise relevanten Wissens an und repräsentiert die Präferenzen, Restriktionen und Optionen des Suchenden: manch einer präferiert einen gedruckten Text in Buchform und ignoriert grundsätzlich Mikrofiche, der eine hat die Möglichkeit, auf eine kostenpflichtige Datenbank zuzugreifen, der andere kann sich diese Quelle nicht leisten.

Wie wird nach Wissen gesucht? Die Auswahl des Suchortes bedeutet noch nicht zwangsläufig eine Festlegung auf eine Suchform, trotzdem bieten sich bestimmte Quellen für bestimmte Suchstrategien an: so sind elektronische Datenbanken eher für Stichwortabfragen geeignet als für ausführliche Problemanalysen, und umgekehrt mag es wenig hilfreich sein, Experten zu einzelnen Schlagworten frei assoziieren zu lassen, sondern eine ausformulierte und möglichst genaue Frage zu stellen.

Prinzipiell ist es sinnvoll, zwischen zwei Sucharten analytisch zu unterscheiden: einmal wird eine konkrete Information gesucht, d.h. man ist sich über die Art und Form des gesuchten Wissens im Klaren und benötigt z.B. nur die Spezifikation eines Wertes. Dies wäre der Fall, wenn man nach den Lebensdaten einer historischen Person sucht. Der Suchende weiß, dass er zwei Jahreszahlen sucht, er kann anhand bestimmter Kriterien sogar einschätzen, ob diese Zahlen realistisch sind, z.B. dadurch, dass das Geburtsjahr zeitlich vor dem Todesjahr steht und der Zeitraum nicht allzu sehr von der erwarteten menschlichen Lebensdauer abweicht oder dass die Angaben in eine entsprechende Epoche fallen. Man kann in diesem Fall von einer *CIN* (Concret Information Need) – Suche sprechen (Stock/Lewandowski 2006). Im zweiten Fall ist nur das Problem dem Suchenden im Vorhinein bewusst, nicht jedoch

materiellen Strukturen der Umwelt, sondern auch von Beziehungsmustern und Assoziationsstrukturen, Praxisformen und Handlungsorientierungen, ... führt unweigerlich zum ‚*slipping-slope*‘ – Syndrom: sie erzeugt für Akteure ein Existenzgefühl des *Stehens auf rutschenden Abhängen*“ (Rosa: 218f).

⁸⁰ Die hier dargestellten Überlegungen orientieren sich stark an informationstechnologischen Ansätzen der datenbank- bzw. internetgestützten Informationssuche und wurden für diese allgemeinen Ausführungen entsprechend angepasst (vgl. Stock 2005; 2007; Stock/Stock 2004; Stock/Lewandowski 2006; Capurro 2000)

die Art oder der Inhalt des Wissens, das er als Antwort benötigt. Beispielsweise stellt man fest, dass es ein spezifisches gesellschaftliches Phänomen gibt, und nun wollen politische Entscheider eine Erklärung hierfür finden. Was das für eine Erklärung ist, von wem sie kommen wird, welche Inhalte darin enthalten sein werden, wissen sie in dem Moment, in dem sie die Suche beginnen, noch nicht. Wenn sie nun auf Wissen stoßen, können sie nicht eindeutig erkennen, ob dies die Antwort ist, die sie gesucht haben, und es ist ggf. schwieriger, die Antwort daraufhin zu überprüfen, ob sie auch eine Lösung auf die Frage ist. Diese zweite Form lässt sich als *POIN* (Problem Oriented Information Need) – Suche beschreiben (Stock / Lewandowski 2006).

Eine weitere Differenzierung, die hinsichtlich der in dieser Arbeit verfolgten Fragestellung von großer Bedeutung sein wird, ist die zwischen *gegenwartsorientierter* Suche und *zukunftsorientierter* Suche. Damit ist folgendes gemeint: der Anlass der Suche kann ein aktueller, d.h. gegenwärtiger Bedarf sein, für den man nun direkt Wissen sucht. Im Gegensatz dazu steht eine Suche nach Wissen ohne einen aktuellen Bedarf, z.B. eine Beobachtung bestimmter Entwicklungen (in der Wissenschaft), um ggf. darauf reagieren zu können oder um sie für Innovationen zu nutzen.

Darüber hinaus kann die Suche *aktiv* oder *passiv* erfolgen. Bei einer aktiven Suche unternimmt der Suchende von sich aus Handlungen, um an das notwendige Wissen zu gelangen: er sucht nach Kontakten, stellt Anfragen, vergibt Aufträge, liest Texte oder führt Gespräche. Eine passive Suche würde dementsprechend darin bestehen, dass der Suchende keine eigenen Suchanstrengungen unternimmt, jedoch (a) anderen signalisiert, dass er bestimmte Wissensangebote gern erhalten würde und (b) er zumindest die Voraussetzungen schafft, auf diese Angebote reagieren zu können. Man mag es sich an der Analogie zur Wohnungssuche verdeutlichen: die aktive Suche bestünde darin, alle möglichen Wohnungsangebote zu sichten, sich dazu Zeitungen zu kaufen, Kontakte zu Maklern herzustellen, Vermieter anzurufen und darüber hinaus auch noch alternative Suchmethoden anzuwenden (Freunde und Kollegen befragen, Todesanzeigen zu prüfen usw.). Die passive Suche würde z.B. darin bestehen, selbst eine Anzeige aufzugeben, in der man das Mietgesuch äußert, und im Anschluss auf die Reaktionen der Anbieter zu warten (Stock 2007).

Wenn man nach Wissen gesucht hat und fündig geworden ist, hat man es noch nicht gelesen oder durchgesehen. Angesichts der Tatsache, dass das Grundproblem in der Wissensgesellschaft nicht darin besteht, zu wenig Wissen zur Verfügung zu haben, sondern eher zu viel, kommt der Auswahl eine besonders große Bedeutung zu (vgl. z.B. Degele 2007: 398). Man muss aus

den unterschiedlichen Suchergebnissen noch diejenigen auswählen, die man sich genauer oder ausführlicher anschauen will. Die Herausforderung besteht dabei darin, die Vielzahl an unwichtigen, irrelevanten und wenig nützlichen Wissensangeboten herauszufiltern. Hierzu kann man selbst nicht wieder auf den Inhalt des Wissens rekurrieren, denn dieser würde sich ja erst in dem Moment erschließen, in dem man sich das Wissen angeeignet hat. Das bedeutet, die Auswahl muss sich auf andere, vorgängige Kriterien beziehen. Wissen und Informationen sind dementsprechend für Laien Vertrauensgüter und für Experten maximal Erfahrungsgüter (Linde 2005). Dies bedeutet, für Laien ist im Vorhinein nicht zu prüfen, was ihnen eine Information oder entsprechendes Wissen nutzt. Vor allem aber können sie selbst nur sehr eingeschränkt darüber urteilen. Sie müssen dem Angebot mehr oder weniger blind vertrauen. Auch Experten können im Vorhinein nur schlecht den Nutzen oder den Wert von Wissen einschätzen, aber sie können im Nachhinein, wenn sie mit dem Angebot Erfahrungen gesammelt haben, den Nutzen einschätzen. Die Auswahl, die vor allem von der *Informationsvermeidungskompetenz* (Degele 2007: 399) des Einzelnen abhängt, kann anhand unterschiedlicher Kriterien vorgenommen werden: (a) Eigenschaften des Wissens⁸¹, (b) Eigenschaften der Quelle bzw. des Produzenten des Wissens⁸² und (c) Restriktionen, d.h. Hürden oder Kosten des Zugangs zum Wissen.⁸³

⁸¹ Das gefundene Wissen selbst kann sich hinsichtlich bestimmter technischer Variablen unterscheiden: Text-, Audio-, Videoquellen oder persönliche Beratung, Umfang, Sprache, Textarten (Bücher, Aufsätze in Zeitschriften, Artikel in Tageszeitungen, Dokumente aus dem Internet, Lexikonartikel). Auch Aktualität kann eine Rolle spielen, ebenso die Zuordnung zu Fachdisziplinen oder Fachrichtungen.

⁸² Beispielsweise Prominenz oder (zugeschriebene) Reputation und Seriosität der Quelle oder des Produzenten oder des Mediums. Diese kann sich aus konkreten Zuschreibungen ableiten, z.B. weil man einen bestimmten Autor oder eine bestimmte Einrichtung kennt oder Erfahrung mit ihm oder ihr hat. Es kann aber auch eine eher allgemeine Annahme sein, z.B. dass man öffentlichen Forschungseinrichtungen mehr vertraut als privatwirtschaftlichen Instituten, oder Autoren, die akademische Grade tragen, eher als Autoren ohne solche Insignien.

⁸³ Typischerweise sind diese Ressourcen und Restriktionen der Auswählenden Zeit und Geld; vorstellbar sind aber auch noch Informationsinfrastruktur, d.h. z.B. ob Bibliotheken vorhanden sind, ob man über einen Internetanschluss verfügt usw. oder auch Sprachkompetenzen oder -präferenzen. Generell gilt: nur weil man Wissen gefunden hat und dieses gern betrachten möchte, kann es immer noch sein, dass es nicht zugänglich oder verfügbar ist. Bücher können vergriffen, Artikel kostenpflichtig oder Ansprechpartner nicht erreichbar sein. Die Auswahl selbst ist aber auch durch die verfügbare Zeit, eine Auswahl zu treffen, begrenzt. So kann die Suche mit einer Internetsuchmaschine oder in einer Datenbank einige Tausend interessanter Treffer liefern, jedoch fehlt die Zeit, alle Treffer zu betrachten. Somit würde die Auswahl nicht nach eigenen Kriterien durchgeführt sondern

Nachdem man Wissen gesucht, es ausgewählt und sich angeeignet hat, kann es hinsichtlich seines Nutzens oder Gebrauchswertes geprüft werden. Für Laien besteht das Problem, dass ihnen in der Regel die Kenntnisse fehlen, eine umfassende fachliche Bewertung des Wissensbestandes abzugeben. Dennoch sind sie häufig dazu aufgefordert, den Nutzen oder den Wert des Wissens für sich und andere zu bestimmen. Experten können hierbei einfacher und sicherer ein Urteil fällen, da sie meist einen besseren Überblick über das jeweilige Fachthema haben und sich das Wissen einfacher aneignen können

Die Bewertung des Wissens kann unterteilt werden:

(a) Hat man das Wissensangebot verstanden, konnte man es nachvollziehen? Es ist m.E. evident, dass nicht jedes Wissen, das nach bestimmten Kriterien gesucht und ausgewählt wurde, auch ohne weiteres verstanden wird. Gerade bei wissenschaftlichen Texten ist zu erwarten, dass spezielles Vorwissen vorausgesetzt wird, sodass man zwar passendes Wissen finden kann, es sich jedoch nicht einfach erschließt. Es ist umso schwieriger, Wissen in einem neuen Kontext zu übernehmen je komplexer und je stärker es vom Kontext seiner Produktion abhängig ist.

(b) Hat es den Erwartungen entsprochen oder diese nicht erfüllt oder übertroffen? Mit den vorgängigen Such- und Auswahlkriterien hat man bestimmte Erwartungen verbunden. Es ist daher möglich, dass diese Erwartungen sich erfüllen, z.B. dass ein Lexikonartikel eine kurze aber umfassende Einführung liefert und der Aufsatz in einer Fachzeitschrift ein Detail sehr genau und speziell behandelt.

(c) Es ist von großer Bedeutung, inwiefern das Wissen eine Antwort bzw. Lösung für den eigenen Bedarf darstellt, also ob der konkrete und spezifische Informationsbedarf dadurch gedeckt wurde oder eine mögliche Lösung für das Problem geliefert wurde.

(d) Letztendlich kann jeder Wissensbestand daraufhin geprüft werden, ob er in Relation zu einer spezifischen Aufgabe auch nützlich ist. Denkbar ist z.B., dass das Wissen eine mögliche Lösung für die Frage liefert, diese aber im speziellen Fall nicht praktikabel ist und somit der Nutzen dieses passenden Wissens gleichzeitig gering ausfällt.⁸⁴ Umgekehrt kann ein Wissensinhalt nicht den Erwartungen entsprechen, nicht zwangsläufig eine Lösung oder Antwort

z.B. nach den internen – und damit meist unbekanntenen – Kriterien der Suchmaschine oder Datenbank. Man wählt dann schlicht die ersten Treffer aus und ignoriert den Rest.

⁸⁴Klassischerweise könnte man hier Beispiele aus der Politik anbringen, der vielleicht interessante wissenschaftliche Konzepte vorliegen, diese aber nicht mehrheitsfähig sind: man hat sie gesucht, gefunden, verstanden, als seriös und brauchbar erkannt und dennoch sind sie unnützlich, weil man keine Mehrheiten dafür aktivieren kann

liefern und trotzdem einen hohen Nutzwert haben, z.B. weil er hilft, die eigenen Fragen und Erwartungen zu spezifizieren.

Die hier getrennt voneinander beschriebenen Aspekte des *Umgangs mit Wissen* gehen im realen Vollzug fließend ineinander über und sind nur schwerlich voneinander zu trennen. In dieser Arbeit wird aber davon ausgegangen, dass Akteure hinsichtlich ihres Umgangs mit wissenschaftlichem Wissen in der Lage sind, für jeden dieser Aspekte ihre Kriterien und Maßstäbe anzugeben.

3.2 Die Forschungsfragen

Auf der Basis dieser Vorüberlegungen werden nun konkrete Untersuchungsfragen formuliert, die es im Rahmen der empirischen Studie zu beantworten gilt. Gerahmt werden diese Fragen vom Interesse daran, den individuellen Umgang mit wissenschaftlicher Expertise nicht als *black-box* anzusehen und sich lediglich auf den Output dieses Umgangs zu konzentrieren. Vielmehr sind es gerade einzelne Praktiker, die mit ihren Handlungsweisen und spezifischen Rahmenbedingungen die Grenze zwischen Wissenschaft und Praxis gestalten.

1. *Interpretation des wissenschaftsgesellschaftlichen Imperativs*: Hiermit sind in erster Linie die Gründe und Motivationen, die die Akteure für die Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Wissen anführen, gemeint. Es geht also um die *Bedeutung*, die sie dem wissenschaftlichen Wissen in ihrem jeweiligen Kontext und ihrer konkreten Arbeit zuschreiben. Die Hypothese lautet, dass in unterschiedlichen sozialen Kontexten unterschiedliche Ausformungen und Interpretationen des Imperativs vorzufinden sind. Es soll daher der Frage nachgegangen werden, welche unterschiedlichen Begründungen und Motive lassen sich bei Akteuren aus unterschiedlichen Kontexten finden?
2. *Überforderung mit dem wissenschaftlichen Wissensangebot*: Ausgehend von dem strukturellen Problem des Überangebots an Wissen wird der Frage nachgegangen, wie Akteure das für sie relevante Wissensangebot überschauen können und wie sie versuchen, es zu systematisieren oder es effizient zu durchsuchen. Hierbei ist relevant, wie sie das Informations- bzw. Wissensangebot einschätzen und welche Heuristiken sie im Umgang mit dem Angebot anwenden. Die Hypothese lautet, dass die Akteure bewusst oder unbewusst Strategien der Vermeidung oder der Ignoranz von Wissen einsetzen.
3. *Bewertungskriterien von wissenschaftlichem Wissen*: Es wird der Frage nachgegangen, welche Kriterien und Maßstäbe Akteure an für sie relevantes Wissen stellen. Es wird vermutet, dass es sich hierbei weniger um jene Qualitätsmerkmale handelt, die man typischerweise innerhalb der Wissenschaft ansetzt, sondern dass Kriterien wie Verfügbarkeit, Verständlichkeit, Popularität und soziale Akzeptanz ebenfalls wichtig, wenn nicht sogar wichtiger, sind. Anhand des Expertendilemmas konnte verdeutlicht werden, dass Expertise bzw.

Experten selbst nur indirekt hinsichtlich ihrer Qualität eingeschätzt werden können. Die Hypothese lautet demnach, dass die Akteure sich bei der Bewertung wissenschaftlicher Expertise und wissenschaftlicher Experten eher auf sekundäre (weiche) Kriterien beziehen (persönliche Sympathie, akademische Grade, Prominenz, eingängige Sprache usw.).

4. *Umgang mit wissenschaftlichen Kontroversen und Unsicherheiten:* Die Ausführungen zum Expertendilemma und zum Nichtwissen haben es deutlich gemacht: wissenschaftliches Nichtwissen und wissenschaftliche Kontroversen können bei Praktikern zu Verunsicherung und zu einem Ansehensverlust der Wissenschaft führen. Die Hypothese lautet, dass Praktiker Kontroversen und Unsicherheiten der Wissenschaft im Rahmen ihrer eigenen Relevanzen deuten, d.h. sie verhalten sich pragmatisch und opportunistisch. Solange es wissenschaftliche Belege gibt, die ihren eigenen Zielen und Zwecken entsprechen, stellen wissenschaftliche Kontroversen oder Gegenexperten für sie kein fundamentales Problem dar. Es wird an dieser Stelle untersucht, welche Folgen die Auseinandersetzung mit wissenschaftlichem Wissen, insbesondere wenn es Kontroversen und Uneindeutigkeiten gibt, hat: führt sie zu verstärkter Unsicherheit oder erhöhtem Wissensbedarf, stiftet sie zusätzliche Verwirrung, gibt sie Sicherheit und Hoffnung, oder handelt es sich um eine zusätzliche Belastung, die eher Frustrationen hervorruft? Wichtig ist hierbei auch die Frage, ob ein Mehr an wissenschaftlichem Wissen nicht gleichzeitig auf ein größeres Nicht-Wissen und somit auf Unsicherheit verweist.
5. *Wissenschaftliches Wissen als Ressource – die Verwendung im Alltag:* Zusammenfassend soll geklärt werden, inwieweit wissenschaftliches Wissen zu *informiertem Wissen* wird, also es nicht mehr inhaltlich, sondern bloß ressourcenorientiert verwendet wird. Wie im Abschnitt über den veränderten Umgang mit Wissen dargestellt wurde, erfolgt eine Verschiebung: das inhaltliche Wissen verliert im Verhältnis zum Wissen zweiter Ordnung an Bedeutung. Daher lautet hierbei die Hypothese, dass Wissen als *Objekt* angesehen wird, als Rohstoff, den man unabhängig von seinem spezifischen Inhalt für bestimmte Zwecke einsetzen kann. Praktiker hantieren in dieser Sichtweise mit *informiertem Wissen* und eignen sich selbst kein *gebildetes Wissen* an. Die Leitfrage, die hierzu untersucht wird ist, ob, und wenn ja wie, das wissenschaftliche Wissen bei der Übertragung in konkrete Alltagskontexte transformiert wird.

6. *Unterschiedliche Formen der Verwissenschaftlichung*: Ausgehend von den ersten fünf Forschungsfragen wird die Hypothese aufgestellt, dass sich in unterschiedlichen sozialen Kontexten unterschiedliche Formen der Verwissenschaftlichung finden lassen und es keine einheitliche Gestalt dieses Phänomens gibt. Daher wird, als umfassender Kern der Untersuchung, ein Vergleich zwischen verschiedenen sozialen Kontexten hinsichtlich der Art und Weise der Verwissenschaftlichung durchgeführt. Die Leitfrage lautet daher, ob und wenn ja in welcher Hinsicht die Einbindung wissenschaftlicher Expertise in unterschiedliche Kontexte und deren jeweilige Spezifika (Ziele, Strukturen, Ressourcen, Klima etc.) stattfindet? Dies erfolgt einerseits durch eine Beschreibung des *Aufgaben- und Selbstverständnis* der Befragten und andererseits durch eine genaue Analyse der *Schnittstelle* von Wissenschaft und Praxis im konkreten Fall.

4. METHODISCHES DESIGN

4.1 Hypothesengeleitete qualitative Sozialforschung

Die umfangreiche theoretische Hinführung zur Fragestellung im vorigen Kapitel macht deutlich, dass die in dieser Arbeit durchgeführte empirische Untersuchung Anknüpfungen an verschiedene theoretische aber auch empirische Arbeiten sucht. Die zuvor entworfenen sechs Hypothesen und Forschungsfragen wurden aus der Reflexion der vorgestellten theoretischen Überlegungen entwickelt.

Während in der *quantitativen Sozialforschung* die Formulierung von Ex-ante-Hypothesen den Normalfall darstellt, gilt in der *qualitativen Sozialforschung* überwiegend der Verzicht darauf als üblich. Qualitative Forschende versuchen, auf diese Weise die größtmögliche Offenheit gegenüber dem Feld zu garantieren. Sie suspendieren und ignorieren ihr Vorwissen und ihre Vorannahmen – die sie zwangsläufig haben, denn sonst würden sie keine Forschungen anstellen – im Untersuchungsprozess, um dem Gegenstand möglichst unbefangen gegenüberzutreten.

Am deutlichsten und folgenreichsten findet sich dies bei Glaser und Strauss (1967), die in ihrem Grundlagenwerk zur *Grounded Theory* die Position vertraten, dass der Forscher sich möglichst von seinem gesamten Vorwissen lösen und auch von der Lektüre anderer Studien oder theoretischer Texte Abstand nehmen sollte.

Ziel der Sozialforschung wäre demgemäß auch nicht der *Test* von Theorien, sondern allein die *Generierung* von Theorien. Kelle (1998: 313) betont hierzu, dass sich allerdings selbst in den eigenen empirischen Arbeiten der beiden Autoren diese Praxis nicht durchgesetzt hat. Trotzdem erscheint es auch heute noch für viele qualitative Forscher grundlegend falsch, die qualitative Forschung zur Hypothesenprüfung einzusetzen (Hopf 1996: 10).

Hopf weist nachdrücklich darauf hin, dass jede soziale Erfahrungen durch die vorgängigen Erfahrungen und das vorhandenen Wissen des Erfahrenden geprägt sind.

Auch Sozialforscher „haben soziales Handeln und soziale Realität immer schon vorab interpretiert, leben mit bereits geprägten, in vielfältigen Prozessen der Sozialisation und Interaktion übernommenen Begriffen, Erwartungen und Alltagstheorien. Es ist eine *Fiktion* und erkenntnistheoretisch *naiv* anzunehmen, dass der

Prozess sozialwissenschaftlicher empirischer Erkenntnis auch im Rahmen sehr offener qualitativer Forschung so verläuft, wie Glaser und Strauss es [...] beschreiben, und so, wie es viele deutsche qualitative Forscher und Forscherinnen in ihren Einführungstexten oder Texten zur Selbstverortung übernommen haben“ (Hopf 1996: 14; Hvh. KU)

Sie schließt daraus, dass es zwangsläufig keine „qualitative Sozialforschung ohne den Vorgang der Hypothesenprüfung geben kann“ (Hopf 1996: 15), denn das Verständnis für soziales Handeln und subjektive Deutungen sozialer Realität, mit denen der Forscher konfrontiert ist, sind nicht unmittelbar oder rein, sondern werden über Prozesse der Hypothesenbildung und -prüfung schrittweise interpretiert und erfasst.

Dies ist aber nicht nur eine erkenntnistheoretische Zwangsläufigkeit, der man nicht entgehen kann, sondern kann umgekehrt auch eine wichtige Ressource für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der qualitativen Forschung darstellen. Im Vorfeld, auf der Basis des Literaturstudiums und explorativer Vorerfahrungen, formulierte Hypothesen können für die Auswahl des *Forschungssettings*, der *Stichprobe* sowie der Gestaltung der *Datenerhebung* von entscheidender Bedeutung sein (Hopf 1996: 16). Auf der Basis der formulierten Hypothesen lassen sich tragfähigere Entscheidungen darüber treffen, mit welchen Instrumenten welche Stichprobe untersucht werden sollen und welche inhaltlichen Rahmensezungen möglich aber auch notwendig sind um die Fragestellung zu bearbeiten.

Deutlich muss jedoch auch betont werden, dass sich qualitative Methoden nicht für jede Art der Hypothesenprüfung eignen. Möglich ist es jedoch, Einzelfallhypothesen zu prüfen, d.h. Hypothesen, die sich auf einzelne *Individuen*, *Gruppen* oder *Organisationen* beziehen. Generalisierende Hypothesen können nicht abschließend falsifiziert werden, wie dies in der quantitativen Sozialforschung angestrebt ist.

Der Einbezug von Hypothesen kann zu zwei entscheidenden Verbesserungen innerhalb der qualitativen Forschung beitragen:

Einerseits zwingt er den Forschenden zu einer größeren Genauigkeit, Umsicht und Selbstreflexion, da dieser sich an explizit formulierten Hypothesen abarbeiten muss. Ohne eine explizite Klärung des Vorwissens und der Vorannahmen fehlen Kriterien, wie man mit dem Erlebten innerhalb des Erhebungsprozesses umzugehen hat: Was ist wichtig? Was ist unwichtig? Welche Erklärungen liegen dafür bereits vor? Meinefeld (1997: 29) schreibt hierzu: „Fehlen solche Kriterien, ist ‚praktisch alles‘ von Bedeutung, und der

Forscher ertrinkt in der Masse potentiell relevanter Daten“. Die Vermutung, das Feld oder das Material selbst würden dem Forscher „sagen“, was Wichtig sei und welche Bedeutung beispielsweise Handlungen haben, führt zur Überforderung des Forschers und „gefährdet darüber hinaus ein zentrales Ziel qualitativer Sozialforschung: die ausführliche Explikation der Sinnhaftigkeit des untersuchten Handelns“ (Meinefeld 1997: 30). Wer ohne vorherige Klärung des eigenen Wissens, der eigenen Fragen und der Hypothesen in Erhebungssituationen geht, läuft Gefahr, sich von der Situation selbst überwältigen zu lassen und nur noch oberflächlich und kurzamtig (Meinefeld 1997:30) vorzugehen.

Andererseits kann es zu förderlichen Effekten auf die Hypothesenbildung und Theorieentwicklung durch den Einbezug von Hypothesen in die qualitative Forschung kommen, da neue Forschungen sich nicht künstlich „dumm stellen“ sondern frühzeitig Anschluss an bestehende Theorien und empirische Ergebnisse herstellen und somit Daten erheben und Analysen bereits stellen, die sich darauf beziehen lassen. Nur auf diese Weise kommt es zu einer nachhaltigen Integration wissenschaftlichen Wissens und zum Fortschritt in der Wissenschaft (vgl. Meinefeld 1997: 24f, siehe hierzu auch Meinefeld 2004).

Dies soll jedoch nicht so verstanden werden, dass sich die qualitative Forschung grundsätzlich auf die Prüfung von Hypothesen beschränken soll. Sie ist selbstverständlich trotzdem weiterhin offen für Überraschungen und neue Aspekte, auf die erst innerhalb der Erhebung gestoßen wird. Dies geschieht durch die intensive Auseinandersetzung mit dem Datenmaterial oder durch Kontrastierung.

Meinefeld (1997: 30ff) zieht angesichts dieser Überlegungen folgendes Fazit: Erstens ist die Strukturierung der Forschung durch Vorwissen nicht zu vermeiden. Es handelt sich somit um ein Trugbild, wenn man von einer unvoreingenommenen qualitativen Forschung ausgeht. Zweitens es besteht keine zwangsläufige Kopplung zwischen der Formulierung von Hypothesen und der Verzerrung von Forschungsergebnissen bzw. die Verzerrungen sind nicht stärker als bei implizitem, verdrängtem Vorwissen. Eher mag es so sein, dass durch die Explikation Verzerrungen identifiziert und analysiert werden können, die ansonsten stillschweigend mit getragen werden. Drittens erfordert der Fortschritt der Wissenschaft Hypothesenorientierung, da ohne diese Forschung nicht anschlussfähig ist. Viertens sollte qualitative Forschung nicht auf Hypothesengewinnung und Theorieentwicklung reduziert werden. Dies würde eine schwerwiegende Überbetonung lediglich einer Aufgabe von Forschung bedeuten: Ein großer Teil der Sozialforschung besteht in der

Deskription und Analyse sozialer Phänomene und eben nicht in der Entwicklung neuer Konzepte und Theorien.

Die hier präsentierte Untersuchung hat ihre Fragestellung und ihren Gegenstandsbereich der Analyse theoretischer Konzepte zur Wissensgesellschaft und zur Rolle der Wissenschaft entnommen. Es handelt sich somit, analog der obigen Ausführungen, um eine Form der Forschung, die sich eng an den theoretischen Vorarbeiten orientiert und konkrete Hypothesen über den Untersuchungsgegenstand an den Anfang stellt. Man kann sie in diesem Sinne als *hypothesengeleitete qualitative Sozialforschung* bezeichnen. Wie bereits festgestellt, eignet sich die qualitative Vorgehensweise nicht für die Prüfung aller möglichen Hypothesen, daher wird an dieser Stelle auch der Begriff der *Leitung* dem der *Prüfung* vorgezogen.

Ziel der Untersuchung ist es, den theoretisch explizierten Gegenstandsbereich mit empirischem Material anzureichern, zu beschreiben und inhaltlich weiterzuentwickeln. Die zuvor formulierten sechs Hypothesen und die daran anschließenden Forschungsfragen geben die Richtschnur für alle Untersuchungsschritte vor und stellen gleichzeitig das Analyseraster dar, welches der Auswertung des Materials zugrunde gelegt wird.

4.2 Die Stichprobe

Flick (1995: 78) weist darauf hin, dass im Forschungsprozess mindestens drei Auswahlentscheidungen anstehen: zuerst gilt es bei der Erhebung von Daten, die *Fälle* auszuwählen. Als zweites müssen die bei den gewählten Fällen erhobenen Daten interpretiert werden und hierbei ist eine Auswahl entweder von bestimmten Materialien oder innerhalb der Materialien notwendig. Drittens muss entschieden werden, welche Teile des Materials herangezogen werden, um die Analysen und Ergebnisse zu präsentieren. Die jeweiligen Entscheidungen bei allen drei Schritten stehen in enger Abhängigkeit zu einander, denn jede Entscheidung reduziert die Auswahlmöglichkeiten auf der nächsten Ebene. Wie bereits im Abschnitt zuvor betont, lässt sich diese Untersuchung von Hypothesen leiten, die jeweils als Kriterien dafür herangezogen werden können, welche Auswahl zu treffen ist (vgl. allgemein zu Auswahlverfahren Merkens 2005: 286ff).

Fallauswahl

In den Arbeiten zur Wissensgesellschaft und zur Verwissenschaftlichung der Gesellschaft werden hauptsächlich allgemeine Beispiele zur Bedeutung der Wissenschaft für die Wirtschaft und die Politik herangezogen. Bislang finden sich kaum Analysen zur Rolle der Wissenschaft für die Zivilgesellschaft. In diesem Zusammenhang wird auch eher die Bedeutung der Natur- und Technikwissenschaften betont und die Rolle der Sozial- und Geisteswissenschaften ausgespart. Es ist daher naheliegend, den Fokus auf den Umgang mit sozial- und geisteswissenschaftlicher Expertise in der Praxis zu richten. Cooper (2006) vermutet, dass zivilgesellschaftliche Organisationen die prototypischen Adressaten der Sozialwissenschaften seien und auch die Politik zahlreiche Berührungspunkte mit den Sozialwissenschaften hat. Im Mittelpunkt der Datenerhebung stehen daher zivilgesellschaftliche Organisationen. Zur Kontrastierung wurden im geringeren Umfang auch Daten in Wirtschaftsunternehmen und politischen Organisationen erhoben.

Bei der Auswahl der Organisationen selbst, wurden Plausibilitätskriterien angewandt, d.h. es wurden Organisationen angefragt, bei denen die Vermutung bestand, dass sie a) einen Bedarf an wissenschaftlicher Expertise zur Erfüllung ihrer Aufgaben haben, b) tatsächlich in Kontakt mit wissenschaftlichem Wissen stehen und c) eine hinlängliche Größe aufweisen, um intern soweit ausdifferenziert zu sein, dass der Umgang mit wissenschaftlicher Expertise als Aufgabe einzelnen Abteilungen oder Personen zuzuordnen ist.

Für die Wirtschaftsunternehmen heißt dies, es wurden solche angefragt, die in forschungsintensiven Wirtschaftszweigen aktiv sind, wie z.B. Pharmabranche und Chemische Industrie und in ihrer Auendarstellung (Website) Hinweise auf eine eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilung haben.

Für die politischen Organisationen bedeutet dies, dass Einheiten angefragt wurden, die über wissenschaftliche Referenten verfügen, d.h. Landtags- und Bundestagsfraktionen, die für thematisch abgegrenzte Fachgebiete zuständig sind (z.B. Umweltpolitik, Entwicklungspolitik).

Bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen war es schließlich so, dass nur solche angefragt wurden, die über eine Mehrzahl von fest angestellten Mitarbeitern mit zuzuordnenden Aufgabenbereichen verfügen.

Aufgrund dieser Kriterien wurden zahlreiche Organisationen angeschrieben, über das Untersuchungsvorhaben informiert und um ihre Mitarbeit gebeten. Schließlich erklärten sich drei Wirtschaftsunternehmen, vier Bundestagsfraktionen, zwei politische Stiftungen, drei Unternehmensstiftungen, drei Gewerkschaften, ein Arbeitgeberverband, eine Industrie- und Handelskammer und zwei Naturschutzorganisationen zur Kooperation bereit.

Tabelle 1: Ausgewählte Organisationen in der Untersuchung

Zivilgesellschaft	Politik	Wirtschaft
2 politische/parteinahne Stiftungen	4 Bundestagsfraktionen	1 Chemieunternehmen
3 Unternehmensstiftungen		1 Pharmaunternehmen
3 Gewerkschaften (davon ein Dachverband)		1 Lebensmittelunternehmen
1 Arbeitgeberverband		1 Chemieunternehmen
1 Industrie- und Handelskammer		1 Pharmaunternehmen
2 Naturschutzorganisationen		

Die unterschiedlichen Organisationen werden als Umwelt, die spezifische Restriktionen, Optionen sowie Ziele und Zwecke für die in ihnen agierenden Akteure bereitstellen, aufgefasst. Untersuchungseinheit sind demnach die individuellen Akteure in den Organisationen, die jeweils aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu diesen zusammengefasst werden.

In jeder Organisation wurde angefragt, ob es Personen gibt, die eng mit wissenschaftlichen Einrichtungen zusammenarbeiten oder für deren Arbeit wissenschaftliches Wissen von besonderer Bedeutung ist. Auf diese Weise wurden die konkreten Interviewpartner innerhalb der Organisationen ermittelt.

Insgesamt wurden 38 Interviews realisiert. Sie dauerten zwischen 0,5 und 1,5 Stunden. Die Interviews sind mit laufenden Nummern versehen (1-40, ohne 33 und 34).

Tabelle 2: Geführte Interviews in den einzelnen Kontexten

Zivilgesellschaft	Politik	Wirtschaft
23 Interviews	9 Interviews	6 Interviews
SUMME: 38 Interviews		

4.3 Instrument und Datenerhebung

Die in dieser Untersuchung durchgeführten Interviews sind angelehnt an die Methode des *Problemzentrierten Interviews* (Witzel 1989, 2000). Diese sind besonders geeignet, um die Art und Weise des Umgangs mit wissenschaftlicher Expertise zu untersuchen. Diese Methode ermöglicht einerseits einen offenen Umgang mit dem Untersuchungsgegenstand, d.h. es bietet Raum für Nachfragen, lässt den Befragten die Gelegenheit zu Erklärungen und Erläuterungen und schränkt die Antworten nicht auf im Vorfeld festgelegte Alternativen ein. Andererseits bietet diese Variante eine Orientierung an den zuvor formulierten Fragestellungen und Hypothesen und entspricht somit dem Anspruch der hypothesengeleiteten qualitativen Forschung, welcher für diese Untersuchung als geeignet erachtet wird.

Problemzentrierte Interviews zeichnen sich durch drei Grundpositionen aus:

Erstens *Problemzentrierung*: Der Interviewer kennt die Rahmenbedingungen unter denen die Interviewten befragt werden. Dadurch kann er gezielte Fragen und Nachfragen stellen (Witzel 2000: 2).

Zweitens *Gegenstandsorientierung*: Das Interview lässt sich an unterschiedliche Gegenstände und Gegebenheiten gezielt anpassen.

Drittens *Prozessorientierung*: Hierunter versteht man, dass das Interview darauf zielt, einen Gesprächsprozess anzustoßen, in dessen Verlauf der Befragte zu Selbstreflexion angeregt wird (Witzel 2000: 3).

Witzel nennt vier Instrumente, die die Durchführung von Problemzentrierten Interviews ermöglichen: Kurzfragebogen, Tonaufzeichnung, Leitfaden und Postskriptum. Der Kurzfragebogen dient der standardisierten Erhebung von wichtigen Einzelfakten, die nicht notwendigerweise im Interview thematisiert werden müssen. Auf den *Kurzfragebogen* wurde in dieser Untersuchung verzichtet, da wichtige Kenndaten zu den Interviewpartnern bereits im Vorfeld recherchiert werden konnten (Berufsposition, Aufgabenbereich, Ausbildung) und es erfahrungsgemäß zu Irritationen führt, wenn man Daten, die beispielsweise offen auf einer Website notiert sind, zusätzlich mit einem Fragebogen erhebt. Eindrücke und erste Ideen wurden direkt nach dem Interview notiert. Diese Notizen wurden insbesondere für zukünftige Interviews genutzt, z.B. um bestimmte Aspekte gezielt anzusprechen und damit Material zur Kontrastierung zu erhalten. Die Interviews wurden alle aufgezeichnet und anhand eines Leitfadens geführt. Der Leitfaden für die Interviews war so gestaltet, dass er mit minimalen Anpassungen in allen Organisationen in einer ähnlichen Form verwendet werden konnte. Er umfasst

fünf Themenblöcke, die jeweils mit einer allgemeinen Frage als *Erzählreiz* beginnen und der dann Nachfragen folgen, die die allgemeine Frage konkretisieren.

Interviewleitfaden (Master)

Themenblock 1

1. Am Anfang möchte ich ein wenig über die Person erfahren, die ich befrage:
- 1.1 Was für eine Ausbildung haben Sie? Können Sie kurz ihren Werdegang schildern?
- 1.2 Welche Aufgaben erfüllen Sie als [...] im Rahmen ihrer Tätigkeit bei [...]?

Themenblock 2

2. Zu Beginn eine generelle Frage: Welche Rolle spielt die Wissenschaft für die Arbeit [*Organisation, Einrichtung oder Abteilung*]?
- 2.1 Wie erschließen Sie sich bei [...] neue Themengebiete? Wie gehen Sie dabei vor?
- 2.2 Wie und in welchem Umfang findet [*wissenschaftliche Politik-*] Beratung statt?
- 2.3 Wie und von wem werden wissenschaftliche Experten zu unterschiedlichen Sachthemen angehört oder befragt?
- 2.4 Welche wissenschaftlichen Disziplinen sind für Ihre Arbeit von Bedeutung?
- 2.5 Gibt es Kooperationen mit speziellen/bestimmten Forschungseinrichtungen?
- 2.6 Können Sie einen solchen Prozess [*genannte Form der wissenschaftlichen Beratung, Kooperation*] an einem oder mehreren Beispielen erläutern?

Themenblock 3

3. Wie informieren Sie sich über wissenschaftliches Wissen?
- 3.1 Über welche Themen informieren Sie sich?
- 3.2 Warum informieren Sie sich gerade zu diesen Themen? Welchen Nutzen haben Sie davon?
- 3.3 Wie viel Zeit investieren Sie dafür, sich über wissenschaftliche Themen zu informieren?
- 3.4 Fühlen Sie sich in ihrem Arbeitsfeld gut informiert / auf dem aktuellen Stand? Was bedeutet es, gut informiert zu sein?
- 3.5 Manche Menschen sprechen von einer *Informationsflut*, kennen Sie dieses Gefühl?

Themenblock 4

4. Welche Informationen oder Informationsquellen sind für Sie glaubwürdig?
- 4.1 Wie überprüfen Sie die Glaubwürdigkeit?
- 4.2 Wann vertrauen Sie einem Wissenschaftler? Wann ist er für Sie seriös?
- 4.3 Wie gehen Sie damit um, wenn Sie widersprüchliche Informationen erhalten? Wie entscheiden Sie? [Wie gehen Sie mit wissenschaftlichen Kontroversen um]?

Themenblock 5 / Abschlussfrage

5. Wenn Sie an unsere Ausgangsfrage zurückdenken, was würden Sie sagen, welche Rolle spielt die Wissenschaft für [Arbeitsbereich, Branche, Politik]?

Je nachdem wie viele Informationen zu einzelnen Organisationen oder Personen bereits vor dem Interview vorlagen, beispielsweise aufgrund eines vorhergehenden Interviews mit einem Vertreter dieser Organisation oder einer ähnlichen Einrichtung oder durch die Recherche in Dokumenten und Veröffentlichungen dieser Einrichtung, wurden die Fragen entsprechend konkretisiert. Z.B. konnten konkrete Kooperationen zwischen den

Organisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen in Themenblock 2 gezielt benannt und detaillierte Nachfragen dazu gestellt werden.

Alle interviewten Personen wurden vorher über den Zweck und das Thema der Untersuchung informiert. Einige Befragte waren nur unter der Bedingung einverstanden, am Interview teilzunehmen, dass sie im Vorfeld die Fragen zur Durchsicht erhielten. Dieser Bedingung wurde nachgekommen. Allen Interviewpartnern wurde Anonymität zugesichert, so dass weder Namen noch Position oder sonstige personenbezogenen Daten, die zu einer eindeutigen Identifikation der Interviewpartner führen könnten, genannt werden. Da einige Interviewpartner sich ausdrücklich erbeten haben, dass die Organisationen, in denen sie beschäftigt sind, nicht genannt werden bzw. die offene Nennung der Organisationen an aufwendige Bedingungen geknüpft wurden, wird auf die Nennung von konkreten Organisationsbezeichnungen generell verzichtet.⁸⁵ Hiermit waren alle Befragten einverstanden.

⁸⁵ Die Gründe hierfür waren unterschiedlich: einige Befragten hätten die Interviews durch Vorgesetzte autorisieren lassen müssen, andere haben darauf bestanden, dass sie jede in der Arbeit wörtlich zitierte Passage einzeln bestätigen, wenn sie in Verbindung zur konkreten Organisation stehen und einige Befragte waren sich nicht sicher, ob sie berechtigt sind, Auskünfte im Namen ihrer Einrichtungen zu erteilen und hätten unter diesen Bedingungen ein Interview verweigert.

4.4 Die Auswertung

Alle Interviews wurden mit Einverständnis der Befragten aufgezeichnet. In drei Fällen erwies sich die Aufzeichnung aufgrund technischer Probleme als untauglich. In diesen drei Fällen existieren lediglich Protokolle, die aus dem Gedächtnis und mithilfe der Notizen, die während und im Anschluss an die Interviews gemacht wurden, angefertigt wurden (Interviews Nr. 3, 8 und 27).

Von den vorliegenden 35 Interviewaufzeichnungen wurden 33 wörtlich transkribiert. 2 Interviews fanden zeitlich so spät statt, dass von einer Transkription Abstand genommen wurde; hier existieren nur die Tonaufzeichnungen. Zitate aus diesen Interviews wurden den Aufzeichnungen direkt entnommen (Interviews 7 und 37). Der Autor dieser Studie hat mit dieser Aufgabe mehrere Personen betraut. Die Transkription erfolgte wörtlich und ohne die Verwendung eines ausführlichen Notationssystems.

Die Transkriptionen wurden zuerst nicht weiter bearbeitet, sondern so verwendet, wie sie dem Autor vorgelegt wurden. Stellen, die sich in der Auswertung als bedeutsam erwiesen und die in dieser Arbeit zitiert werden, wurden anhand der Tonaufzeichnungen kontrolliert und überarbeitet. Auf diese Weise wurden Fehler in der Transkription (z.B. beim Verständnis von fach- und fremdsprachlichen Begriffen, die die TranskriptorInnen nicht kannten) korrigiert. Die Zitate wurden, um ein besseres Verständnis und eine leichtere Lesbarkeit zu gewährleisten an die Schriftsprache angepasst, soweit dadurch keine Sinnentstellungen entstanden sind.

Die Interviewtranskripte wurden in die Analysesoftware MaxQDA eingepflegt und computergestützt ausgewertet (vgl. Kuckartz 2007).

Die Auswertung und Analyse der Daten orientiert sich zwar grob an der *qualitativen Inhaltsanalyse* nach Mayring (2003, 2004), wird aber im Gegensatz dazu nicht als Vorarbeit für eine quantifizierende Analyse, wie Mayring (Mayring/Gläser-Zikuda 2005: 5) sie ansieht, verstanden. Im Anschluss an Gläser und Laudel (2009) wird daher die Technik der Strukturierung von Mayring übernommen, um komplexe Informationen aus dem Text zu extrahieren, jedoch wird darauf verzichtet, anschließend Häufigkeiten von Kategorien oder dergleichen auszuzählen. Vielmehr werden durch den Prozess der *Extraktion* (Gläser/Laudel 2009: 199; Mayring nennt ihn Kodierung) einem Text die für die Fragestellung relevanten Informationen entnommen und anschließend inhaltlich ausgewertet. Durch Extraktion erzeugt man eine zweite, kleinere Texteinheit, die nach einer neuen Logik sortiert und

strukturiert ist als der Ursprungstext. Dieser neue Text erleichtert die Auswertung und Interpretation, da er bereits entsprechend der Forschungsfrage, der einzelnen Themenschwerpunkte und Interessensgebiete vorstrukturiert ist.

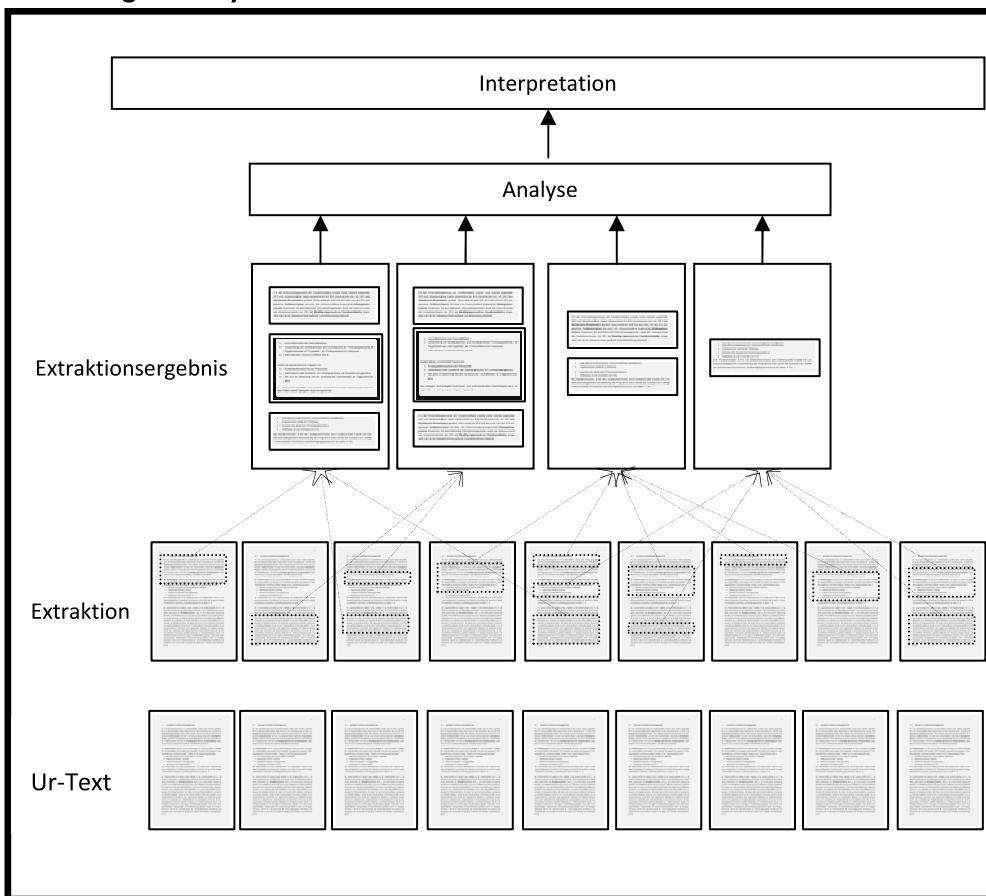
Für die Extraktion wurde ein Raster angelegt, das einzelne Textabschnitte erst den sechs Forschungsfragen zuordnete und anschließend mit weiteren Zuordnungen versehen hat.

Im nächsten Schritt erfolgte eine Auswertung auf der Ebene jedes Interviews. Aus allen Interviews wurden nacheinander die einzelnen Themenblöcke extrahiert und anschließend als *textnahe* Paraphrase zusammengefasst. Aus den zwischen 15 und 25 Seiten langen Interviewtranskripten wurden auf diese Weise 2-5seitige Zusammenfassungen.

Anhand dieser Zusammenfassungen wurde das vergleichende Design überprüft. Hierbei wurden die Zusammenfassungen danach durchgeschaut, ob die Interviewergebnisse sich innerhalb der unterschiedlichen sozialen Kontexte ausreichend ähneln und gleichzeitig zwischen den einzelnen Kontexten eine ausreichende Varianz aufweisen. Der Vergleich der Zusammenfassungen bestätigte dies.

Im nächsten Schritt wurden die Interviewzusammenfassungen aus einem Kontext miteinander verbunden und für jeden untersuchten sozialen Kontext eine gemeinsame Zusammenfassung hergestellt.

Abbildung 1: Analysemodell



(in Anlehnung an Gläser/Laudel 2009: 199ff)

Der letzte Schritt bestand anschließend darin, von den Zusammenfassungen wieder zurück zu den Originalinterviews zurückzukehren und einzelne Belegstellen herauszusuchen. Diese Belegstellen dienten einerseits der anschaulichen Repräsentation der Ergebnisse, andererseits wurden sie aber einer weiteren intensiveren Analyse zugeführt.

Die hierbei gewonnenen Ergebnisse werden im nächsten Kapitel ausführlich für jeden einzelnen sozialen Kontext dargestellt und in Kapitel 6 vergleichend analysiert und diskutiert.

5. EMPIRISCHE ERGEBNISSE

5.1 Wissenschaft und der „dritte Sektor“

Neben profitorientierten Wirtschaftsorganisationen (Unternehmen) und staatliche, steuerfinanzierte Organisationen (Behörden, Universitäten, Krankenhäuser) finden sich üblicherweise als dritter Typus *private Non-Profit-Organisationen* (NPO).

Diese gehen auf die Initiative einzelner *Bürger* oder auf *Zusammenschlüsse* von *Bürgern* zurück und sind nicht auf das Erzielen eines finanziellen Gewinns ausgerichtet (Wex 2004: 2). Üblicherweise spricht man hier vom *Dritten Sektor* oder von *zivilgesellschaftlichen Organisationen*. Deren Bedeutung wird zunehmend als wichtiger für moderne Gesellschaften angesehen. Die beiden anderen Sektoren sind entsprechend Wirtschaftsorganisationen und staatliche Organisationen (vgl. Wex 2004; Salamon/Anheier 1998; Anheier/Salamon 1993; Zimmer 1996 und zum Überblick über die Forschung zum Dritten Sektor DiMaggio/Anheier 1990). Wex (2004: 99-103) ordnet dem dritten Sektor eine Vielzahl unterschiedlicher Organisationen zu, wobei dieses Vorhaben schwierig ist, da es keine einheitliche und widerspruchsfreie Definition des Non-Profit-Sektors gibt. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Kriterien des „Johns-Hopkins Comparative Nonprofit Sector Projects“ hin (siehe auch Anheier/Salamon 1993: 3f; Salamon/Anheier 1998: 14). Die Johns-Hopkins Definition weist fünf Kriterien für NPOs aus: Sie sind erstens *formal* organisiert bzw. *institutionalisiert* (z.B. in Form eines Vereins). Zweitens sind sie *privat* und somit nicht Teil des Regierungsapparates. Staatliche Stellen sind ihnen nicht weisungsbefugt, was jedoch nicht bedeutet, dass sie keine staatlichen Gelder bekommen. Drittens gibt es keine *Gewinnverteilung*, bzw. *-ausschüttung*. Sie dürfen zwar Gewinne erwirtschaften, müssen diese aber dem Organisationszweck wieder vollständig zuführen. Viertens verwalten sie sich selbst. Fünftens basiert der Zusammenschluss auf *Freiwilligkeit*, was einerseits für die Mitgliedschaft und andererseits für ehrenamtliche oder freiwillige Beiträge zur Organisation gilt. Anheier und Salomon (1993: 4) sehen diese Freiwilligkeit bereits durch die Existenz eines freiwilligen Vorstands oder Aufsichtsrats gegeben. Sie gehen des Weiteren davon aus, dass sich die Ausprägungen der einzelnen fünf Merkmale zwischen den Organisationen stark unterscheiden können, so dass spezifische Organisationen sich stärker durch das eine oder das andere Merkmal definieren. Um dem Dritten Sektor

zugerechnet zu werden muss eine Organisation allerdings, in allen fünf Merkmalen „erkennbare Ausprägungen“ (Anheier/Salamon 1993: 5) besitzen.

Nach Wex (2004: 101) lassen sich zumindest vier große Gruppen von Organisationen im Dritten Sektor verorten: erstens *wirtschaftliche Organisationen* (Verbände, Gewerkschaften, Verbraucherorganisationen etc.), zweitens *soziokulturelle Organisationen* (Sportvereine, Heimatvereine, Kirchen, Kunst- und Kulturvereine, wissenschaftliche Fördervereine usw.), drittens *politische Organisationen* (Natur- und Umweltorganisationen, Bürgerinitiativen etc.) und viertens *karitative Organisationen* (Hilfsorganisationen für Kranke, Alte, Kinder, Süchtige usw., Wohlfahrtsverbände, Entwicklungshilfe, Selbsthilfegruppen). Wex gibt ferner zu bedenken, dass die Zuordnung zum Dritten Sektor nicht unproblematisch ist (2004: 101ff), da die Übergänge zu den anderen Sektoren teilweise fließend sind. Beispielsweise sind Parteien prinzipiell zwar dem Dritten Sektor zuzurechnen, sind aber keine „einfachen Vereine des Privatrechts“ (Wex 2004: 120) sondern nehmen aufgrund ihrer hohen verfassungsrechtlichen Bedeutung und den damit verbundenen Aufgaben eine Sonderstellung ein.⁸⁶ Ähnlich ist der Fall der Kammern gelagert (z.B. Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammern). Aufgrund der Zwangsmitgliedschaft lassen sie sich nicht eindeutig dem Dritten Sektor zuzuordnen. Im Gegensatz zu Wex (2004: 117), der nur die Spitzenverbände, d.h. Industrie- und Handelskammertag, eindeutig als zivilgesellschaftliche Organisationen ansieht, folge ich Anheier und Salamon (1993: 4) und interpretiere den freiwilligen (Wahl-) Vorstand der Kammern als ausreichendes Merkmal für den Dritten Sektor. Daher ordne ich auch die einzelnen Kammern dem Dritten Sektor zu.

Stiftungen im Dritten Sektor

Stiftungen nehmen im Dritten Sektor „eine strategische Hauptrolle“ ein (Vollmer 1998: 61): Sie übernehmen Aufgaben in Nischen der Bürgergesellschaft, die weder Staat noch Markt übernehmen wollen oder können. Die Rolle der Stiftungen als Akteur zwischen Staat, Markt und Familie, wird in der Zivilgesellschaft als immer bedeutsamer eingeschätzt. Stiftungen übernehmen die unterschiedlichsten Aufgaben und engagieren sich auf zahlreichen Feldern: von der Kunst über die Wohlfahrt bis hin zur Förderung von Wissenschaft und Bildung (Kocka 2004). Die Zahl der Stiftungen hat in den letzten dreißig Jahren um mehr als die Hälfte

⁸⁶ Diese Problematik wurde in dieser Untersuchung dadurch umgangen, dass im Staatssektor Abgeordnete bzw. Mitarbeiter von Bundes- bzw. Landtagsfraktionen befragt wurden, die eindeutig der Legislative zuzuordnen sind.

zugenommen. Zum Einen ergänzen sie die staatlichen und ökonomischen Angebote, kompensieren Defizite und Unterversorgungen in unterschiedlichen Bereichen und ermöglichen Forschung auf Gebieten, die nicht zu den Kerninteressen von Regierung und Wirtschaft zählen. Zum Anderen können sie auf Veränderungen und Bedürfnisse freier und innovativer reagieren als Staat und Wirtschaft dies tun (Anheier/Appel 2004: 8; Anheier 1998: 50).

„Die Unabhängigkeit der Stiftungen von Vorgaben staatlicher Haushaltspolitik einerseits und von Markterwartungen andererseits macht es möglich, dass sie bestimmte Interessen, die zwischen privaten und öffentlichen Belangen angesiedelt sind, aufgreifen und fördern können. Sie tragen so zur Pluralität und institutionellen Vielfalt moderner Gesellschaften bei“ (Anheier/ Appel 2004: 14).

Vollmer (1998: 62) schlussfolgert daher,

„dass Stiftungen innerhalb des Dritten Sektors eine strategische Schlüsselrolle zumindest einnehmen könnten, wenn sie es nicht schon heute tun. Ihre Kontinuität zeichnet sie gegenüber anderen Institutionen des Dritten Sektors wie Vereinen oder Bürgerinitiativen aus. So sind sie prädestiniert, eine verbindende, beratende und koordinierende Rolle zu spielen. Durch ihr hohes Maß an Kompetenz in ihrem jeweiligen Arbeitsfeld sind sie auch ein geeigneter Ansprechpartner für staatliche Stellen und für die Wirtschaft. Sie können die kommunikative Schnittstelle zum Ersten und Zweiten Sektor werden.“

Privatrechtliche Stiftungen

Im Gegensatz zu den weiter unten abgehandelten parteinahen Stiftungen sind die privatrechtlichen Stiftungen zumindest formal politisch unabhängig bzw. nicht in den aktuellen politischen Prozess eingebunden. Trotzdem bieten Satzungen und Stiftungsgrundsätze bei den meisten Stiftungen ebenfalls klare Ziel- und Wertvorstellungen für die Stiftungen.

Die größten deutschen Stiftungen nach privatem Recht sind hinsichtlich ihres Vermögens die Robert Bosch Stiftung GmbH (5,2 Mrd. Euro), die Dietmar-Hopp-Stiftung GmbH (4,4 Mrd. Euro) und die Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH (2,7 Mrd. Euro). Die bekannte und einflussreiche Bertelsmann Stiftung findet sich – gemessen am Stiftungsvermögen – auf Platz 12 mit 600 Mio. Euro. Betrachtet man die Ausgaben der größten deutschen Stiftungen, so liegt die VW-Stiftung mit 200 Mio. Euro pro Jahr an der Spitze, gefolgt von der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH (85 Mio. Euro),

der Robert-Bosch Stiftung GmbH (73 Mio. Euro) und der Bertelsmann Stiftung (61. Mio. Euro).⁸⁷

Die Unabhängigkeit der Stiftungen, gepaart mit ihrer teilweise sehr guten finanziellen Ausstattung, kann aber auch zu einem erheblichen Einfluss einzelner Stiftungen führen. Im Zusammenhang mit der Arbeit der Bertelsmann Stiftung wurde immer wieder darauf hingewiesen, wie stark der Einfluss einer solchen Organisation auf Politik und Öffentlichkeit ist. Dies vor allem durch die systematische und strategische Nutzung wissenschaftlicher Expertise und deren Einspeisung in politische Entscheidungsprozesse und mediale Debatten (vgl. hierzu die öffentliche Diskussion in: Schumann 2006; Lieb 2007; Hamann 2007; Bauer 2006; Wernicke 2007; Barth 2005).

Politische Stiftungen

Alle im Bundestag vertretenen Parteien stehen in Verbindung zu politischen Stiftungen. Der SPD steht die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) nahe, der CDU die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), der FDP die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS), den Grünen die Heinrich-Böll-Stiftung (Böll), der CSU die Hans-Seidel-Stiftung (HSS) und der Linken die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS). Die Bezeichnung Stiftung mag aber insofern irreführend sein, da nur die FNS auch den rechtlichen Status einer Stiftung besitzt. Alle anderen sind eingetragene Vereine (Sikora 1997: 4ff). Streng genommen handelt es sich bei politischen bzw. parteinahen Stiftungen auch nicht um zivilgesellschaftliche Initiativen: Es gibt keinen Stifter, kein privates Vermögen und es besteht eine enge Bindung zum Staat (Beise 1998: 207). Folgt man aber auch hier den fünf Merkmalen der Johns-Hopkins Definition, so sind auch die politischen Stiftungen dem dritten Sektor zuzuordnen. Mehrheitlich sind sie als Vereine organisiert und institutionalisiert. Damit handelt es sich um privatrechtliche Organisationen. Sie schütten keine Gewinne aus und sie sind selbstverwaltet. Darüberhinaus verfügen sie über einen ehrenamtlichen Vorstand. Das Bundesverfassungsgericht hat die Funktion der politischen/parteinahen Stiftungen in einem Urteil wie folgt definiert:

„Die Stiftungen sollen die Beschäftigung der Bürger mit politischen Sachverhalten anregen und den Rahmen bieten für eine – allen Bürgern zugängliche – offene Diskussion politischer Fragen. Dadurch wird das Interesse an einer aktiven Mitgestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens geweckt und das notwendige Rüstzeug vermittelt“ (zitiert nach Beise 1998: 209).

⁸⁷ alle Daten Bundesverband Deutscher Stiftungen 2008: www.stiftungen.org/statistik

In einer gemeinsamen Erklärung haben (bis auf die Rosa-Luxemburg-Stiftung) die politischen Stiftungen im Jahr 1998 ihre Aufgaben und ihr Selbstverständnis dargelegt (Gemeinsame Erklärung 1998). Darin heißt es, dass sie sich zum Ziel gesetzt haben,

„durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den *Dialog und Wissenstransfer* zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen.“ (Gemeinsame Erklärung 1998: 3).

Sie versuchen, ihre Ziele als privatrechtliche Organisationen zu erreichen und distanzieren sich formal von den ihnen nahe stehenden Parteien: „Die Tätigkeiten der politischen Parteien und der Stiftungen verfolgen verschiedene, voneinander abgrenzbare Ziele“ (Gemeinsame Erklärung 1998: 4). Es wird weiter ausgeführt, dass es zu ihrem Selbstverständnis gehört, „dass sie von den Parteien rechtlich und tatsächlich unabhängig sind und ihre Aufgaben selbstständig, eigenverantwortlich und in geistiger Offenheit wahrnehmen. Sie wahren auch in der Praxis die gebotene Distanz zu der jeweiligen Partei.“ (Gemeinsame Erklärung 1998: 4). Diese Abgrenzung bezieht sich lediglich auf formale, d.h. finanzielle und administratorische Aspekte. Im Bezug auf die Inhalte der jeweiligen Stiftungsarbeit bestehen durchaus starke Überschneidungen zu den Themen, Interessen und politischen Zielsetzungen der befreundeten Parteien. Was jedoch sichergestellt wird ist, dass kein aktueller Funktionär einer Partei zeitgleich eine offizielle Funktion innerhalb der entsprechenden Stiftung innehat.⁸⁸

Die größte der politischen Stiftungen ist die FES mit 571 Mitarbeitern im In- und Ausland, gefolgt von der KAS mit etwa 527 Mitarbeitern. Beiden Stiftungen stehen aus unterschiedlichen Quellen Ressourcen von mehr als 100 Millionen Euro pro Jahr (120 Mio. Euro erhält die FES; 104 Mio. Euro die KAS) für ihre Arbeit zur Verfügung, wobei die Zuwendungen des Bundes den größten Teil ausmachen. Gemessen an der Mitarbeiterzahl ist die HSS die drittgrößte politische Stiftung (ca. 270 Mitarbeiter). Hinsichtlich der verfügbaren finanziellen Mittel ist aber die FNS die drittgrößte Stiftung (ca. 40 Mio. Euro), verfügt aber nur über etwa 140 Mitarbeiter. An fünfter Stelle, mit immerhin noch 195 Mitarbeitern aber nur noch 24 Mio. Euro, folgt die Böll-Stiftung. Die kleinste Stiftung, sowohl was die Mitarbeiterzahl (61) als auch die finanziellen Mittel (12 Mio.) angeht, ist die RLS.

⁸⁸ Eine knappe Übersicht über die Rollen, Aufgaben und Problematiken der politischen/parteinahen Stiftungen in Deutschland liefert Beise 1998.

Interessant ist darüberhinaus, welche Anteile der zur Verfügung stehenden Mittel für Wissenschaft und Forschung von den einzelnen Stiftungen investiert werden (für Böll und HSS liegen leider keine Zahlen vor): die FES weist hier einen jährlichen Betrag von fast 7 Mio. Euro aus, mit einigem Abstand gefolgt von der FNS mit 666.000 Euro. Die KAS und die RLS geben laut Jahresbericht für die Forschung fast identische Beträge aus (KAS 130.000 Euro; RLS 120.000). Zu diesen Ausgaben zählen nicht die unterschiedlichen Stipendien, die die jeweiligen Stiftungen anbieten.⁸⁹

Wirtschaftliche Organisationen

Zu den wirtschaftlichen Organisationen im Dritten Sektor zählt Wex (2004) Gewerkschaften genauso wie Arbeitgeber- und Industrieverbände und, wie oben bereits ausgeführt, kann man auch die Kammern dazu zählen. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben eine dreifache Funktion (Müller-Jentsch (1997: 93; Wex 2004: 116): erstens leisten sie für ihre Mitglieder nach innen *Hilfe* und *Unterstützungs-* und *Beratungsdienste*, zweitens stehen sie sich als *Tarifpartner* bei der Lohn- und Arbeitsgestaltung gegenüber und vertreten die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber dem jeweils Anderen und drittens sind sie *Interessensverbände* gegenüber Öffentlichkeit und Staat.

Sowohl bei den Arbeitgeber- und Industrieverbänden als auch den Gewerkschaften kann man zwischen Spitzenverbänden bzw. Dachverbänden und deren Mitgliedsorganisationen unterscheiden. So ist z.B. „Gesamtmetall-die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie“ der Dachverband aller regionalen Verbände dieser Branche.

In den regionalen Arbeitgeberverbänden selbst sind wiederum die einzelnen Unternehmen als Mitglieder vertreten. Die Tarifverhandlungen führen die jeweiligen Regionalverbände, während der Dachverband vor allem die praktische und logistische Umsetzung der Tarifvereinbarungen organisiert, die Sozialpolitik des Industriezweiges betreibt, rechtliche Beratung für die Mitgliedsverbände und Einzelunternehmen anbietet, an den Konzepten für die Berufsbildung mitarbeitet, die Öffentlichkeitsarbeit betreibt und nicht zuletzt aktive Politikberatung und Lobbyarbeit durchführt (vgl. Gesamtmetall: unsere Aufgaben). Ein ähnlicher Aufbau findet sich z.B. auch bei den Industrie- und Handelskammern. Diese sind lokal in 80 IHKs organisiert (z.B. IHK Ostwestfalen in Bielefeld) und werden bundesweit durch den Deutschen

⁸⁹ Die Daten stammen aus folgenden, jeweils neusten vorliegenden Jahresberichten der Stiftungen. In den Klammern ist das Jahr vermerkt, auf welches sich die Angaben beziehen: FES 2006 (2005), KAS 2007 (2005), FNS 2006 (2006), Böll 2005 (2005), HSS 2006 (2005) und RL 2004/2005 (2004).

Industrie- und Handelskammertag vertreten. Laut IHK-Gesetz (BGBl. I: 920) haben die IHKs die Aufgabe,

„das Gesamtinteresse der ihnen zugehörigen Gewerbetreibenden ihres Bezirkes wahrzunehmen, für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft zu wirken und dabei die wirtschaftlichen Interessen einzelner Gewerbebranche oder Betriebe abwägend und ausgleichend zu berücksichtigen“.

Am Beispiel der Aufgabenbeschreibung der IHK Ostwestfalen (IHK OWL: Aufgaben und Ziele) lässt sich ihre Arbeitsweise verdeutlichen: Kammern nehmen Stellung gegenüber Behörden, nehmen im Auftrag der Gewerbetreibenden an öffentlichen Debatten teil, wirken in regionalen Gremien mit und betreiben Öffentlichkeitsarbeit. Außerdem kommen unterschiedliche Dienstleistungen für die Gewerbetreibenden hinzu, wie Beratung, Kontaktbörsen, Technologie- und Wissenstransfer. Desweiteren betreuen sie die Ausbildungsverhältnisse vor Ort. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag wiederum vertritt die Interessen der einzelnen IHKs gegenüber der Bundespolitik und der Europäischen Union.

Auf Seiten der Arbeitnehmer stehen Einzelgewerkschaften wie z.B. die mitgliederstarken Gewerkschaften VERDI und die IG Metall mit jeweils rund 2,3 Mio. Mitgliedern. Die unterschiedlichen Einzelgewerkschaften sind wiederum in verschiedenen Gewerkschaftsbündnissen, d.h. Dachverbänden zusammengeschlossen, wobei der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) der wichtigste ist. Die Einzelgewerkschaften erfüllen sowohl in ihren lokalen und regionalen Untergliederungen, als auch auf Bundesebene die oben bereits genannten drei Kernaufgaben der Gewerkschaften. Die Dachorganisationen, wie z.B. der DGB, unterstützen die Einzelgewerkschaften und betreiben politische Lobbyarbeit.

Umweltschutzorganisationen

Organisationen des Dritten Sektors sind vor allem dort aktiv, wo die Sorge herrscht, dass aufgrund von Staats- oder Marktversagen drängende Probleme nicht gelöst werden. Dies gilt auch im besonderen Maße für den Umweltschutz. Umweltschutzorganisationen versuchen mit ihren Aktivitäten bei Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit Verhaltens- und Bewusstseinsveränderungen hervorzurufen. Umweltverbände und -initiativen genießen teilweise große mediale Aufmerksamkeit (wie z.B. Greenpeace) und haben entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung der Umweltpolitik (wie z.B. der BUND) (vgl. Lahusen 1998: 412). Die einzelnen Organisationen treten als Lobby der Umwelt in Medien und Politik auf (Lahusen 1998: 419).

Greenpeace Deutschland und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sind eingetragene Vereine, der World Wide Fund for Nature (WWF) ist in Deutschland als Stiftung privaten Rechts organisiert. Als solche zählen diese drei bekanntesten und wichtigsten deutschen Umweltorganisationen eindeutig zum Dritten Sektor. Greenpeace Deutschland hatte Einnahmen aus Spenden, Erbschaften und Zinsen in Höhe von 40,53 Mio. Euro und Ausgaben in Höhe von 40,6 Mio. Euro in 2006 und ist damit die finanzstärkste der drei Organisationen (Greenpeace 2006). WWF Deutschland hatte 2006 Einnahmen in Höhe von 27,3 Mio. Euro und Ausgaben in Höhe von 25,8 Mio. Euro (Umweltstiftung WWF Deutschland 2006). Das kleinste Finanzvolumen der drei Umweltorganisationen weist der BUND mit Einnahmen und Ausgaben in 2006 von jeweils 12,8 Mio. Euro (BUND 2006) auf.

Die Umweltorganisationen neigen, so Lahusen (1998: 427), dazu, sich im Zeitverlauf immer stärker auf wissenschaftliche Expertise und fachliche Kompetenz zu berufen. Die Umweltdebatten sind in dieser Hinsicht vor allem wissenschaftliche Debatten, was diese Organisationen bei der Untersuchung des Umgangs mit wissenschaftlichem Wissen im Dritten Sektor besonders interessant macht. So formuliert der BUND in seinem Leitbild:

„Unsere politische Stärke und unsere Glaubwürdigkeit basieren auf unserer fachlichen Kompetenz und dem Engagement unserer Mitglieder und Unterstützer.“ (Bund 2004)

Die Umweltschutzorganisationen bieten selbst wiederum fachliche Beratung an, beispielsweise bei Planungs- oder Gesetzgebungsverfahren, oder liefern eigene Expertisen (Lahusen 1998: 427f).

Im Rahmen dieser Arbeit wurden Interviews mit Mitarbeitern und Vertretern aus den unterschiedlichen, hier präsentierten Organisationen des Dritten Sektors geführt und diese hinsichtlich ihres Umgangs mit wissenschaftlichem Wissen befragt. Im Folgenden werden die empirischen Ergebnisse hierzu vorgestellt. Im ersten Abschnitt werden die *politischen Stiftungen* behandelt, es folgen im zweiten Abschnitt die weiteren *Stiftungen* und anschließend werden *wirtschaftliche Organisationen*, d.h. Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Industrieverbände, vorgestellt. Abschließend werden die Ergebnisse der Interviews mit Vertretern aus *Umweltschutzorganisationen* vorgebracht. Alle Organisationen werden anonymisiert behandelt; wo es für die Lesbarkeit hilfreich ist, werden Code-Namen benutzt: Namen von Personen werden durch Farben ersetzt, Organisationen erhalten Fantasiebezeichnungen, die den Charakter der Einrichtung repräsentieren.

5.1.1 Die politischen Stiftungen: Händler auf dem „Markt der Argumente“

Für diese Untersuchung wurden vier Interviews mit Mitarbeitern aus zwei politischen Stiftungen geführt. Aus Gründen der Anonymität werden die Stiftungen und die Aufgabenbereiche nicht genannt. Zwei Mitarbeiter sind Abteilungsleiter, ein Mitarbeiter ist stellvertretender Abteilungsleiter, und ein Mitarbeiter ist der Leiter eines Landesbüros einer Stiftung. Ihre Arbeitsinhalte sind vor allem sozial- und wirtschaftspolitischer Natur.

Form der Verwissenschaftlichung: Aufgaben- und Selbstverständnis

In den unterschiedlichen politischen Stiftungen wird i.d.R. zwischen *operativen Abteilungen*, d.h. Abteilungen, die konkrete praktische Arbeit leisten, wie z.B. Stipendienvergabe, Bildungsarbeit, und *Analyseabteilungen* unterschieden, wie z.B. das *Liberales Institut* innerhalb der FNS. Diese Analyseabteilungen, manche Stiftungen unterhalten mehrere hiervon, haben unterschiedliche Themenschwerpunkte und liefern zu diesen Publikationen, Expertisen, Beratung und eben Analysen. In dieser Arbeit wurde, mit einer Ausnahme, der Schwerpunkt auf Mitarbeiter der Analyseeinheiten gelegt.

Die Mitarbeiter der politischen Stiftungen sehen sich als *Vermittler* zwischen unterschiedlichen Akteuren. Sie vermitteln zwischen Wissenschaft, wobei es sich in diesem Fall fast immer um Sozial- und Geisteswissenschaften handelt und kaum um Natur- und Technikwissenschaften, Politik und Praxis. In dieser Vermittlerrolle bieten sie einen Ort oder einen Anlass, für die Akteure aus den unterschiedlichen Bereichen, um miteinander in Dialog zu treten.

Aus ihrer Perspektive sind es die einzelnen Akteure aus Wissenschaft, Politik und Praxis, die Wissen austauschen, und die Stiftung selbst spielt als Produzent von Wissen nur eine untergeordnete Rolle. Eine leitende Mitarbeiterin umreißt dieses Profil so:

»Wir führen Veranstaltungen durch, wir geben Expertisen in Auftrag und organisieren einen Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis, das ist unser Aufgabenverständnis [...] Unsere Aufgabe ist es, diesen Dialog zu organisieren und im Prinzip auch einen Ort zur Verfügung zu stellen, wo eben solche Themen überhaupt behandelt werden können. D.h. wir informieren uns bei den jeweiligen [...] Akteuren, was aus ihrer Sicht relevante Themenfelder und Politiken sind und versuchen, daraus eben Angebote zu entwickeln, die dann wieder für die Akteure entsprechend auch interessant sein können. Also im Grunde genommen geht es darum, dass wir identifizieren, in den Gesprächen, die wir führen, was ist sozusagen gerade wichtig, was kann zukünftig wichtig werden.« (Int-2)

Diese Mitarbeiterin unterscheidet zwischen Politik und Praxis, wobei sie diesen Unterschied so erläutert, dass die Politik zwar ein Teil der Praxis sei,

jedoch die echte Praxis mit „politischen Entscheidungen sozusagen konkret umzugehen hat und diese dann auch umsetzt in konkrete...Aktivitäten“ (Int-2).

Aus Sicht der Mitarbeiter gibt es zu wenige Berührungspunkte zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Alle drei Akteursgruppen würden häufig unabhängig voneinander agieren. Das Ziel der Stiftungen, einen Dialog zwischen diesen herzustellen, soll dieses Defizit ausgleichen. Ihre Erfahrung habe gezeigt, dass sich im Laufe der Zeit, durch den Kontakt miteinander, auch das Interesse aneinander gesteigert hat. Die Perspektive ist jedoch die, dass die Politik als primärer Adressat angesehen wird, der sich kontinuierlich stärker auf Praxis und Wissenschaft einlässt.

»In der Regel ist es ja so, dass diese Akteursgruppen nicht die Berührungspunkte miteinander haben, die sie vielleicht haben sollten, d.h. der Dialog findet oft nicht organisiert statt, sondern die Akteure bewegen sich überwiegend in ihrem eigenen Arbeitsfeld, und es ist aber durchaus, jedenfalls in den Jahren, wo wir eben diese Arbeit durchführen, feststellbar, dass das Interesse wechselseitig an Informationen über den jeweils anderen Bereich zugenommen hat. Das ist zumindest mein Eindruck und dass Politik sich sozusagen durchaus offen zeigt für Erfahrungen oder auch Ergebnisse aus Forschung und Praxis und dass man durchaus dafür eben auch noch mal wieder Impulse für die eigene Arbeit erwartet.« (Int-2)

Eine zentrale Aufgabe besteht darin, die unterschiedlichen Interessenlagen zu sondieren und entsprechende Angebote (z.B. Veranstaltungen oder Publikationen) zu entwickeln, die den Wünschen und Bedürfnissen der Adressaten entsprechen. Wobei hauptsächlich die Politik und sekundär die Praxis als Adressaten angesehen werden und die Wissenschaft die Rolle des Lieferanten einnimmt. Die Stiftung ist somit ein Dienstleister für Politik und Praxis, der sich an deren Bedürfnissen orientiert und dazu die Leistungen der Wissenschaft nutzt.

Im Gegensatz zum Handeln in Praxis und Politik haben die Mitarbeiter der Stiftungen die Gelegenheit, sich vom Druck der Tagespolitik zu befreien. Jedoch sind sie dabei bei weitem nicht so frei, selbstständig und handlungsentlastet wie Wissenschaftler. Zumindest werden sie nicht so von den Anforderungen des politischen Alltagsgeschäfts getrieben wie die Handelnden in Politik und Praxis. Dadurch haben sie die Möglichkeit »zusammenhängende Konzepte« (Int-4) zu entwickeln, d.h. auf konzeptioneller Ebene mittelfristige Überlegungen anzustellen. In ihrem Selbstverständnis nehmen die Mitarbeiter der Stiftungen eine Art *Mittelposition* zwischen Wissenschaft auf der einen und Politik sowie Praxis auf der anderen Seite ein. Sie sind teilweise vom Anwendungs- und Handlungsdruck entlastet, jedoch nicht vollständig von den Kontexten der Politik und Praxis abgekoppelt.

»Was wir hier versuchen, ist einerseits auf einer mehr prinzipiellen, allgemeinen Ebene zu argumentieren, also etwas abseits der Tagespolitik, und versuchen konkrete liberale Prinzipien, so

wie wir sie verstehen, zu explizieren und daraus Folgerungen abzuleiten. [...] Aber dadurch, dass wir unabhängig sind und nun nicht auf jede tagespolitische Debatte immer eingehen müssen, haben wir eben mehr die Möglichkeit, zusammenhängende Konzepte zu entwickeln.« (Int-4)

Ein ähnliches Selbstverständnis lässt sich auch in einer der anderen Stiftungen nachweisen. Der Befragte dort betont, dass es nicht darum geht, im Sinne der wissenschaftlichen Analyse zweckfrei zu arbeiten, sondern dass durchaus immer der konkrete Nutzen für die Politik im Blick behalten werden soll:

»Wir sind schon jemand, der versucht, über Dinge etwas tiefer nachzudenken und dann Ergebnisse zu produzieren, die dann für die operative Arbeit der Stiftung oder auch sonst für die Politik interessant sind.« (Int-1)

Derselbe Mitarbeiter fasst seine Kernaufgabe und mithin eines der wichtigen Ziele der politischen Stiftungen wie folgt zusammen:

»Durch Nutzung von wissenschaftlichen Ergebnissen den politischen Diskurs qualitativ zu verbessern und Input rein zugeben.« (Int-1).

Durch den Bezug auf die Qualität des Diskurses ist eine, mehr oder minder, hierarchische Struktur angesprochen: Der (tages-)politische Diskurs lässt aus Sicht einiger Befragter eine Qualität vermissen, die er aber erhalten könnte, wenn wissenschaftliches Wissen in ihn eingespeist würde.

Ob diese Qualitätssteigerung des politischen Diskurses zwangsläufig erreicht wird, sehen andere Vertreter der politischen Stiftungen jedoch auch skeptisch. Als problematisch werden hierbei die grundsätzlich verschiedenen Handlungslogiken der jeweiligen Akteursgruppen angesehen. So ließe sich nur schwer einschätzen, ob das jeweilige Wissen auch faktisch einen Nutzen im Geltungsbereich einer anderen, fremden Logik hat oder nicht. Vor allem bliebe für die Mitarbeiter unklar, wie dieser Nutzen konkret zu bemessen sei. Was stattdessen als Kriterium herangezogen wird, ist die quantitative Zunahme von Dialogen und Wissensaustausch zwischen den einzelnen Akteursgruppen, wie eine Mitarbeiterin ausführt:

»Jeder Bereich hat im Prinzip seine eigenen Anforderungen und seine eigene Logik, aber der Austausch von Meinungen, von Informationen, von Positionen ist, glaube ich, in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Ob das immer zu einer Qualitätsverbesserung geführt hat, lässt sich natürlich schwer ermitteln, aber zumindest stellen wir auch in unserem Bereich fest, dass die Zahl der Veranstaltungen, um das mal als ganz einfachen Indikator zu nehmen, [...] deutlich zugenommen hat. Also man kann praktisch feststellen, dass also die Öffentlichkeit, also eine stärkere Öffentlichkeit sowohl der Politik als auch der Wissenschaft gesucht wird und also verstärkt über Themen eben auch bereichsübergreifend diskutiert wird.« (Int-2)

Die zuvor angesprochene Vermittlerrolle der Stiftungen halten die Befragten für notwendig, da das wissenschaftliche Wissen in Reinform nicht nützlich für den politischen Diskurs sei. Die Mitarbeiter halten sich selbst als Berater in der

Politik für akzeptierter als Wissenschaftler, weil sie entscheidende Verknüpfungen zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis herstellen können:

»Die Kombination ist es, was jemanden wie mich oder auch meine Kollegen potentiell als Berater attraktiv macht, hoffe ich jedenfalls. Es ist die Kombination von Fachkompetenz und politische Übereinstimmung in den Werten. Das heißt, das Vertrauen, was die potentiellen Klienten haben, weil sie denken, dass man im Grunde genommen das Gleiche will, aber gleichzeitig auch eine bessere Durchdringung der Realisierungsbedingungen hat.« (Int-1)

Die Stiftungen liefern nicht nur wissenschaftliches Wissen, sondern kombinieren dieses mit politischen Werten, Meinungen und Richtungen. Damit leisten sie eine *Selektion* der wissenschaftlichen Inhalte und bieten gleichzeitig ihren Adressaten eine, der jeweiligen politischen Ausrichtung entsprechende, *Deutung* des ausgewählten wissenschaftlichen Wissens an. Am vorstehenden Zitat wird deutlich, dass die Mitarbeiter in den Stiftungen sich nicht nur mit den spezifischen wissenschaftlichen Inhalten auskennen müssen, sondern ebenso in den Abläufen und Bedingungen des politischen Handelns bewandert sein sollten. Dies ist die entscheidende Bedingung, damit die Mitarbeiter der Stiftungen als *Experten* und *Berater* gegenüber der Politik auftreten können und stellt erneut die oben angesprochene *Mittler-* oder *Maklerposition* heraus. Gleichzeitig lässt sich diese Selbstbeschreibung auch so deuten, dass umgekehrt Wissenschaftlern die zweite Perspektive, d.h. der Einblick in die Praxis, aus Sicht der Befragten fehlt und sie daher als Experten weniger geeignet sind.

Betrachtet man nun, wie Publikationen innerhalb der Stiftungen erstellt werden, wird die *Maklerposition* nochmals deutlicher: Wissenschaftler werden eingeladen, zu Themenvorgaben Texte zu erstellen, die wiederum den Ansprüchen der Adressaten genügen müssen. Die politischen Stiftungen betreiben eine Art von *Zweitverwertung* des wissenschaftlichen Wissens. Selbst wenn gelegentlich in den Medien von Studien der einen oder anderen Stiftung berichtet wird, handelt es sich dabei i.d.R. entweder um die (erneute) Publikation von Forschungsergebnissen durch die Stiftung in öffentlichkeitswirksamer Form oder um Studien, die Forschungseinrichtungen im Auftrag und mit Mitteln der Stiftung durchgeführt haben.

»Wir betreiben ja selber keine Primärforschung. Wir benutzen nur andere Ergebnisse. Was wir machen, ist zusammen zu arbeiten mit verschiedenen Institutionen. Wir arbeiten z.B. mit dem Institut für Weltwirtschaft in Kiel zusammen, neuerdings auch mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung so punktuell, mit der Hayek-Gesellschaft und mit dem Hayek-Institut und international mit dem Freese-Institut in Canada, mit Caytoo. Die Formen der Zusammenarbeit sind z.B., dass wir Professoren oder Wissenschaftler aus dem akademischen Raum dafür gewinnen, für uns Publikationen zu schreiben zu bestimmten Themen. Das ist eine Form. Dann setzen wir die natürlich auf Veranstaltungen ein. Wir bitten die, Vorträge zu halten in Kolloquien und ähnliches. Dann sind wir noch in dem Economic Freedom Network, was jedes Jahr den Economic Freedom

Report herausgibt, was ja eine genuin wissenschaftliche Leistung ist, wo wir aber dafür zuständig sind, den in Deutschland zu verbreiten und nicht so sehr selber die Forschung betreiben.« (Int-4)

Der Mitarbeiter einer anderen politischen Stiftung merkt zu diesem Thema an:

»Sagen wir mal, der eigene Forschungsbeitrag ist vergleichsweise gering. Selbst da, wo, was leider Gottes auch ein bisschen weniger ist, als es mir lieb wäre, wir selbst schreiben, forsche ich vergleichsweise wenig primär, als vielmehr, dass ich auf Ergebnisse anderer Forschungen im universitären oder sonstigen so *[unverständlich]* Bereich zurückgreife.« (Int-1)

Wissenschaftliche Expertise wird von den Stiftungen, wie es ein Abteilungsleiter ausdrückt, »von Außen gewissermaßen aus dem Wissenschaftsbereich eingekauft« (Int-1). In dieser Formulierung wird der *Warencharakter* des wissenschaftlichen Wissens, das man einkaufen und weiterverkaufen kann, deutlich.

Wie die Organisation dieser Vermittlung praktisch abläuft, beschreibt derselbe Mitarbeiter an anderer Stelle:

»Ich habe hier im Referat immer gerne den Ausdruck 'Standbein - Spielbein - Verband'. Ich erwarte von jedem Mitarbeiter, dass er einerseits ein bestimmtes Themengebiet hat, mit dem er sich etwas intensiver beschäftigt, wo er nach einer gewissen Weile auch ein anerkannter Experte ist, auch außerhalb der Stiftung. Und daneben zwangsläufig muss er in der Lage sein, in Form des klassischen Wissensmanagements einfach Projekte zu steuern und zu betreuen, ohne dass er selbst dann hinterher nach außen als der große Experte auftritt. Dieser Standbeinbereich, wo man selbst Experte ist, da muss man sich ein bisschen rein arbeiten, bis man eben durch Teilnahme an einer Reihe von Veranstaltungen oder auch eben durch Veröffentlichungen ein gewisses standing hat. Das dauert eben ein bisschen.«(Int-1)

Jeder Mitarbeiter, der über genügend Erfahrung verfügt, bedient zumindest ein Themenfeld, auf dem er sich so gut inhaltlich auskennt, dass er als Experte auftreten kann. Auf vielen anderen Gebieten, die aber trotzdem bearbeitet werden müssen, können die Mitarbeiter selbst keine Expertenrolle einnehmen, d.h. sie müssen diese Projekte (Publikationen, Veranstaltungen etc.) ohne eigene Expertise durchführen (*managen*).

Zusammenfassend kann man das Selbstverständnis der politischen Stiftungen als *Vermittler* zwischen Wissenschaft und Politik sowie Praxis beschreiben. Sie sehen sich auf halbem Weg zwischen beiden Polen positioniert, was ihnen die Möglichkeit zur Beratung gibt. Eindeutig von großer Relevanz ist die Kombination von wissenschaftlichem Wissen mit politischen Wertvorstellungen, die ihre Arbeit auszeichnet.

Imperativ der Wissensgesellschaft: Relevanz wissenschaftlicher Expertise

Betrachtet man das oben beschriebene Selbstverständnis der politischen Stiftungen als Vermittler zwischen Wissenschaft und Politik sowie Praxis, positioniert auf einer Mittelposition zwischen beiden Polen, so ist es nicht

verwunderlich, dass die Mitarbeiter die allgemeine Bedeutung der Wissenschaft für ihre Arbeit als generell hoch einschätzen. Hinzuzufügen ist, dass sie, wenn sie von Wissenschaft sprechen i.d.R. Sozial- und Geisteswissenschaften meinen. Durchweg sehen sie sich selbst als *Zweitverwerter* wissenschaftlichen Wissens (siehe Zitate oben), die keine eigene Primärforschung betreiben, sondern das Wissen der Wissenschaft für ihre Arbeit benutzen und weitergeben. Hinzu kommt aber, dass die Wissenschaft immer nur eine von mindestens zwei wichtigen Quellen für ihre Arbeit ist:

»Befragter: Die Wissenschaft spielt eine große Rolle als Input; wird aber von uns genutzt als eine der Quellen dessen, was wir hier produzieren. Eine andere Quelle sind politische Grundsätze und so, aber sie wird genutzt, und wir versuchen auch, mit den Ergebnissen so fair wie möglich umzugehen.

Interviewer: Was heißt so fair wie möglich?

Befragter: Wir sind natürlich selektiv, wir sind ja nicht neutral in der politischen Debatte, uns gefallen bestimmte Ergebnisse auch besser als andere, und wir versuchen eine Richtung in der Debatte zu stärken und die andere versuchen wir nicht gerade zu stärken. Und wir versuchen aber dabei das größte Maß an Objektivität was eben geht, also wir versuchen kritisch mit den Studien umzugehen, aber gleichzeitig fair. Es ist nicht so, dass wir blind sind z.B. für Probleme, wenn beispielsweise alle Krankenkassen privatisiert werden. Das ändert aber erstmal nichts an der Grundsatzentscheidung.« (Int-4)

Die Bedeutung der Wissenschaft steht immer in einer Relation zu politischen Werten und Entscheidungen sowie zum tagespolitischen Geschehen. Wissenschaftliches Wissen hat für die Stiftungen keine Bedeutung per se, sondern nur hinsichtlich seines Nutzens für den politischen Diskurs.

Diese Haltung, die Kopplung an politische Werte und der Bezug auf die tagespolitischen Entwicklungen, wird von allen Stiftungsmitarbeitern offen gezeigt; so wird deutlich gemacht, dass man eben »kein wertfreier Verein« (Int-1) sei.

»Wir haben einen bestimmten gesellschaftspolitischen Auftrag, wir sind bestimmten politischen Grundwerten verpflichtet, und von daher suchen wir natürlich die Themen, die wir uns als Themenfelder wählen, um da dann etwas intensiver darauf zu arbeiten, aufgrund ihrer politischen Bedeutung. D.h. wir sind ein bisschen an den Diskursen mit beteiligt und stellen fest, was ist jetzt im Moment eigentlich wichtig. Also manche Sachen drängen sich natürlich in ungeheurer Massivität von selbst auf: der 11 September oder die Osterweiterung. Andere sind vielleicht etwas weniger von einer natürlichen Sprengkraft, aber sind aufgrund von mehr oder weniger Konjunkturen, die aber auch nicht ganz aus der Luft kommen, von Bedeutung, wie z.B. das europäische Sozialmodell. Und dann machen wir natürlich nicht beliebige Fliegenbeinzählereien. Sondern wir versuchen, uns da schlau zu machen und die wissenschaftlichen Analysen rauszufiltern und natürlich auch die Wissenschaftler einzubinden, von denen wir uns erhoffen, dass sie so etwas produzieren, das aus unserer Perspektive und so wie wir die Diskussion teils wahrnehmen und teils aber auch strukturieren wollen, wichtig ist.« (Int-1)

Der Relevanzrahmen, an dem sich die Mitarbeiter in den Stiftungen orientieren, stammt nicht aus der Wissenschaft und entspricht auch nicht der

Logik der wissenschaftlichen Forschung, sondern die Orientierung erfolgt anhand der Relevanzen der Adressaten der Stiftungen: Politik und Praxis. Nicht die wissenschaftlichen Inhalte bestimmen die Inhalte der Stiftung, sondern die Interessen der Praxis steuern den Kontakt der Stiftung zur Wissenschaft und liefern die Selektionskriterien, die die Mitarbeiter an das wissenschaftliche Wissen anlegen. Hinzu kommt, dass als primäres Entscheidungskriterium für oder gegen eine wissenschaftliche Quelle, nicht der fachliche Bedarf oder die inhaltliche Qualität der wissenschaftlichen Expertise herangezogen werden, sondern der politische Wertbezug.

Die Tatsache, dass man sich an den tagespolitischen Gegebenheiten orientiert, kann dazu führen, dass wissenschaftliche Analysen und Ergebnisse den Anforderungen zeitlich hinterherhinken.

»Häufig ist es allerdings so, dass die Wissenschaft ein bisschen hinter der Wirklichkeit hinterher hinkt und dass es dann schwierig ist, zu den Fragen, die gerade anstehen eben auch entsprechende wissenschaftlich fundierte Beiträge zu finden. Das kann u.U. auch eben ein Problem sein, dass man gerade zu dem Thema, das man bearbeitet, auch noch keine entsprechenden Daten oder Analysen vorfindet.« (Int-2)

Es herrscht zwar die Einstellung, die Wissenschaft als Grundlage der eigenen Arbeit zu nutzen, gleichzeitig wird aber auch erkannt, dass das wissenschaftliche Wissen nicht hinreichend und erschöpfend für die Expertenrolle der Stiftungen ist: Zum Einen weil man parallel zur wissenschaftlichen Erkenntnis auf politische Werte zurückgreifen muss, und zum Anderen weil die Bedürfnisse der Tagespolitik die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Teil überfordern.

Dass wissenschaftliches Wissen für die Mitarbeiter der politischen Stiftung von großer Bedeutung ist, liegt ihrer Meinung nach daran, dass man im politischen Diskurs Gefahr läuft zu unterliegen, wenn man nicht über entsprechende Expertisen und fachliche Informationen verfügt. Nur wer beispielsweise die aktuellen wirtschaftswissenschaftlichen Debatten kennt und sie zu nutzen weiß, kann sich im politischen Diskurs einen Vorteil verschaffen.

Es gilt »auf dem Markt der Argumente zu versuchen, die Überlegenheit herzustellen. Und das kann man nicht einfach nur, indem man sagt 'Ja, wir glauben dir nicht oder wir wollen was anderes' oder so was. Das ist ja auch häufig gerade in der Politik, wenn man unsere Politiklandschaft in Deutschland sieht, so, dass man sich sogar teilweise durchaus verständigen kann. Alle wollen im Grunde genommen mehr Wachstum und Beschäftigung und so was, dann geht es eben eher so darum, welche politischen Maßnahmen sind am ehesten geeignet, da sozusagen zum Ergebnis zu führen?« (Int-1)

Derselbe Mitarbeiter schildert dies am Wandel des ökonomischen Mainstreams innerhalb der letzten Jahrzehnte. Die keynsianische Lehre wurde sukzessive

durch eine (markt-)liberale Sichtweise ersetzt und ist sowohl in der Wissenschaft als auch der Politik heute dominierend.

»Also ich persönlich fand es sehr faszinierend, ich bin alt genug, das miterlebt zu haben, wenn man gesehen hat, wie es in der wirtschafts- und sozialpolitischen Debatte und auch der wissenschaftlichen Debatte, von einer fast starken Dominanz des Keynesianismus in den 60er und 70er Jahren übergewechselt ist in eine Dominanz von marktorientierten liberalen, angebotsorientierten Konzepten, die zum Teil zu Recht Schwächen des keynsianischen Konzeptes, die sich in der Praxis herausgestellt haben oder die auch in der Theorie vielleicht vorhanden waren, erstmal aufgegriffen haben. [...] Mit einer sehr geschickten Offensiven auf allen möglichen Fronten, sowohl in der 'reinen Wissenschaft' bis hin eben in die mehr öffentlichen Bereiche von Beratungsorganisationen und Medien und dergleichen; nach und nach den Diskurs so neu zu strukturieren. [...] Und da sieht man auch bis zu einem gewissen Grad natürlich die Macht von Wissenschaft, wenn da so viele Argumente und Fakten zusammengetragen und neu interpretiert und neu organisiert werden, so dass sich ein neues kohärentes und scheinbar überlegenes Paradigma dann durchsetzt, ne, wie stark das dann bis hinein in die letzten Politikfelder eben wirkt.« (Int-1)

Für die Akteure in den Stiftungen ist es somit von großer Wichtigkeit, die aktuellen wissenschaftlichen Debatten im Auge zu behalten und mit der eigenen, politisch gefärbten, Argumentation, auf dem Stand dieser Debatten zu sein.

Der Rückgriff auf wissenschaftliche Forschungsergebnisse erfolgt auch aus Effizienzgründen, d.h. selbst wenn man im Hause die nötige Expertise hätte, so wäre es zu aufwändig, alle Fragen, die für die Stiftung von Interesse sind, selbst zu untersuchen. Genauso wenig ist es effizient, alle Publikationen, Recherchen und Gutachten selbst anzufertigen, wenn es in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen qualifiziertes Personal gibt, die solche Dienstleistungen anbieten.

»Da ich mir nicht all diese Sachverhalte und Zusammenhänge selbst erschließen kann, bin ich darauf angewiesen, dass es irgendwelche Leute gibt, die mehr Zeit haben, die für mich die Bausteine zusammentragen, aus denen ich dann mein Häuschen baue.«(Int-1)

Weiter oben wurde bereits angesprochen, dass Mitarbeiter der Stiftungen ein weites thematisches Feld bearbeiten, jedoch lediglich auf wenigen Gebieten inhaltliche Experten (»Standbein«) sind. Den Expertenstatus zu erlangen, bedarf darüberhinaus auch eines gewissen Zeitraums, in dem man sich nach und nach in ein Thema einarbeitet. Bedenkt man, dass jeder Mensch nur beschränkte Kapazitäten hat und auch die Stiftungen selbst nur über begrenzte Ressourcen verfügen, so ist die Notwendigkeit einsichtig, bestimmte Leistungen extern zu vergeben. Hieran wird jedoch ein weiteres Merkmal dieser Praxis deutlich: innerhalb der Stiftungen wird mit wissenschaftlichem Wissen umgegangen, *ohne* dieses inhaltlich vollständig zu durchdringen. Wenn der Mitarbeiter im vorangehenden Zitat von *Bausteinen* spricht, repräsentiert dies eine Vorstellung von Wissen als abgeschlossene und

selbstgenügsame Pakete, die man nur noch organisieren und kombinieren müsste. Dies ergänzt den *Warencharakter*, der bereits oben angesprochen wurde. Das Wissen wird also nicht nur eingekauft, es hat auch einen abgeschlossenen und quasi materiellen Charakter. Die Wissenschaft erscheint somit als Lieferant von Rohstoffen. Dies sind Hinweise auf die Transformation des Wissens, die in Abschnitt 2.2.3 als *Informatisierung des Wissens* diskutiert wurde.

Dieser Rohstoff- und Warencharakter des wissenschaftlichen Wissens, wird gleichsam auch kritisch reflektiert und problematisiert, wenn es um die Zwecke geht, für die man sich mit diesem Wissen auseinandersetzt.

»Ich denke, es ist sicher ein gehöriger Batzen an Legitimationsforschung da. Also da braucht man sich keine Illusionen zu machen: viele Leute erwarten von der Wissenschaft, dass sie ihnen gute Begründungen liefert, für das, was sie aus anderen Gründen gerne machen würden. Aber es ist im Prinzip auch durchaus ein Bedarf da, zu wissen, wie erreiche ich bestimmte Ziele oder warum habe ich sie nicht erreicht? Wieso haben wir dieses oder jenes Problem und wie kriegen wir das gelöst? Nehmen wir mal den Außenbereich. Wenn man sich anguckt, wie man z.B. bestimmte Länder stabilisieren will, sagen wir mal Bosnien, und sich dann wundert, warum sich das so ewig lange hinzieht, da ist es ja eventuell auch hilfreich, mal genauer hinzugucken, woran könnte es denn vielleicht liegen?« (Int-1)

Neben der rein instrumentellen Nutzung des wissenschaftlichen Wissens zu Legitimationszwecken, d.h. das Wissen wird nur als zusätzliche Begründung für bereits getroffene Entscheidungen benötigt, gibt es aber immer noch einen gewissen Bedarf an wissenschaftlichem Wissen zum Zweck des tieferen Verständnisses konkreter Sachverhalte.

Umgang mit wissenschaftlicher Expertise: Verwenden, Suchen und Bewerten

Dass die politischen Stiftungen wissenschaftliches Wissen verwenden, konnte gezeigt werden. Interessant ist nun, *wie* sie es bearbeiten und an ihre Kontexte bzw. die Kontexte ihrer Adressaten anpassen. Um auf dem *Markt der Argumente* bestehen zu können, müssen die von ihnen vertretenen Inhalte anderen Kriterien genügen als Forschungsergebnisse innerhalb der Wissenschaft. Den Unterschied zwischen einer Publikation in einem wissenschaftlichen Journal und einer Veröffentlichung einer politischen Stiftung beschreibt ein Mitarbeiter so:

»In den richtigen wissenschaftlichen Fachjournalen, ähnlich wie auch in der Tagespresse, muss man seine Produktionsweise sehr stark der Logik dieser jeweiligen Teilöffentlichkeiten oder Medien anpassen. D.h. im wissenschaftlichen Bereich muss dann doch sehr rigide arbeiten, und häufig sind dann die typischen Standards, dass man eine ausführlichen Theorieüberblick macht, dann möglichst irgendwas Quantitatives darstellt mit Korrelationen, also methodisch auch eher sehr anspruchsvoll

und hinterher wieder schön zusammenfasst. Also der klassische Aufbau eines typischen wissenschaftlichen Artikels: möglichst umfangreiche Literaturangaben und methodisch möglichst ausgefeilt. Das sind z.B. zwei Aspekte, die für unsere Arbeit, die sich sonst ja eher gesellschaftspolitisch versteht, relativ unwichtig sind.« (Int-1)

Umfassende Referenzen und methodische Rigidität gelten als typisch für wissenschaftliche Publikationen, während dies beides Elemente sind, die bei Veröffentlichungen in der Praxis kaum eine Rolle spielen. Umgekehrt gelten dort andere Kriterien, wie dieser Mitarbeiter weiter ausführt:

»Die Politiker finden ein Argument deswegen nicht besonders gelungen oder für sie wichtig oder geeignet, weil es durch 27 Verweise auf die Literatur belegt ist. Oder weil man ein kompliziertes ökonomisches Modell hat, was die Aussagen stützt. Zumal wir gar nicht die Ressourcen und die Zeit hätten so etwas selbst zu machen. Umgekehrt, wenn man versucht, wirklich in dem großen publizistischen Geschäft mitzuspielen, sprich: Tagespresse, Kolumnen und Kommentare oder gar in den Massenmedien Fernsehen, Funk oder so aufzutreten, dann muss man in der Regel auch versuchen, sich ständig bei diesen Leuten in Erinnerung zu bringen und auch diese medialen Tugenden des schnellen Soundbites mitzubringen.« (Int-1)

Die unterschiedlichen Kriterien in der Wissenschaft und in den politischen Stiftungen thematisiert auch ein Vertreter einer weiteren Stiftung. Er stellt deutlich heraus, dass die breite Wirkung in der politischen Öffentlichkeit die zentrale Herausforderung für sie ist. Hierzu ist es notwendig, dass das Wissen, welches die Stiftungen verbreiten, sei es bei Veranstaltungen, sei es in Publikationen, leicht zu konsumieren und ebenso leicht zu verstehen ist. Nur dann ist gewährleistet, dass auch eine Vielzahl von Personen sich mit diesem Wissen beschäftigt. Wissenschaftliche Vorgehensweisen (zahlreiche Quellenangaben, differenzierte Ausführungen u.ä.) wären hierbei eher schädlich für die Breitenwirkung.

»Wir versuchen, diese Veranstaltung hauptsächlich an öffentlichkeitswirksamen Orten zu machen. Wir sind hier meistens im Zentrum von Berlin. Wir versuchen dann, die Presse anzusprechen, was manchmal nicht so einfach ist, also das Ansprechen schon, aber es ist meistens mühsam, und dann veröffentlichen wir Publikationen und legen Wert darauf, dass die sehr handlich und einfach lesbar sind. Also wir machen keine dicken Konferenzbände mit vielen Fußnoten, sondern wir haben das Format, dass wir meistens so kleine Broschüren herausgeben wo es eben um ein einziges Thema geht, wie z.B. Rentenpolitik, Gesundheitspolitik, Bildung jetzt relativ viel. Und wir denken, dass so mehr gelesen wird und mehr verstanden wird als wenn man es zu formal wissenschaftlich aufzieht.« (Int-4)

Dass das Wissen gut zu konsumieren sein soll, wird auch an anderer Stelle vertreten. Dort wird jedoch eingeschränkt, dass man sich zwar nicht in wissenschaftlichen Diskursen bewegt, es aber in Politik und Verwaltung Fachleute gibt, die tiefer gehende und fundierte Analysen bevorzugen.

»Im Idealfall - ich will nicht sagen, dass es uns immer gelingt - ist die Publikation für die Zielgruppe gut konsumierbar. Sie trifft einerseits die Interessen der Zielgruppe und andererseits holt sie die Zielgruppe auch da ab, wo sie steht. Da haben wir zum Teil auch ein gewisses Spektrum drin. Einerseits haben wir bestimmte Formen die eher ein bisschen auf breiteres Publikum zugeschnitten

sind, wir haben aber durchaus auch Arbeiten, die sich doch stärker an eine Fachöffentlichkeit richten. Letztlich ist für uns eigentlich so, ja so eine Fachöffentlichkeit, und darunter verstehe ich nicht nur Wissenschaftler sondern durchaus auch Praktiker, also in der Administration, in der Politik, in Verbänden, die sich aber schon länger mit dem Thema beschäftigen« (Int-1)

In ihren eigenen Publikationen versuchen die Mitarbeiter der Stiftungen daher, die oben bereits beschriebene Kombination von wissenschaftlichem Inhalt mit politischem Umsetzungskontext und politischen Werten zu realisieren. Sie benötigen eben keine umfassenden und detaillierten Analysen; keine »beliebige Fliegenbeinzählerei« (Int-1), wie dies an anderer Stelle genannt wurde, sondern Zusammenfassungen, Strukturierungen und Aufarbeitungen des aktuellen Forschungsstandes.

An die Stelle der wissenschaftlichen Rigidität und der Verweise auf andere Studien und Quellen, wie es in der Wissenschaft üblich ist, treten politische Werte und Prinzipien sowie Vorschläge und Hinweise für konkretes politisches Handeln und Umsetzungsstrategien.

Gerade wenn es um Vorschläge und konkretes politisches Handeln geht, verlassen wissenschaftliche Experten i.d.R. die (empirisch) gesicherte Basis der Forschung und übertragen ihren Expertenstatus auf andere weiterreichendere Aussagen. Dieses Phänomen wurde in *Abschnitt 2.4.3* als *Expertisentransfer* beschrieben. Interessant ist an dieser Stelle, dass nicht der Wissenschaftler selbst den Transfer vornimmt, sondern der *Makler* in der Praxis diesen zusätzlichen Schritt geht.

»Also der Unterschied ist erstmal schon die reine Form. Also wir versuchen wirklich mit möglichst wenig wissenschaftlichem Apparat zu schreiben, wir versuchen in einer Sprache zu schreiben, die zumindest der einigermaßen gebildete Leser, der keine fachliche Vorbildung hat, versteht. So versuchen wir auch immer die Wertbasis des Liberalismus, also individuelle Freiheit, Wettbewerb, Eigenverantwortung immer einfließen zu lassen, was jetzt z.B. so bei empirischer Forschung nicht so sinnvoll ist. Wir versuchen immer, aus diesen Prinzipien dann etwas abzuleiten und wir versuchen auch immer, Vorschläge zu machen für politische Entscheidungen praktisch. Nicht dass wir hier Gesetzesentwürfe oder so etwas produzieren, aber wir machen dann schon Vorschläge, wie z.B. das System der Krankenversicherung aussehen sollte. In ganz allgemeinen Begriffen. Also wir rechnen das dann nicht bis auf die letzte Prozentstelle durch, aber wir machen politiknahe Vorschläge. Gut, das machen Ökonomen auch, also auch in Fachpublikationen, aber wir machen es, sagen wir auf einer eher politischen und teilweise dann auch wertbezogenen oder prinzipienbezogenen Ebene.« (Int-4)

Darauf, dass dieses Vorgehen auch Probleme mit sich bringen kann, geht derselbe Mitarbeiter auch ein. Dadurch, dass die Inhalte dahingehend transformiert werden, dass sie *einfach* und *schnell* zu konsumieren sind, besteht die Gefahr, dass wichtige Aspekte des wissenschaftlichen Wissens

verlorengehen und in der Politik oder Praxis nicht mehr ankommen.⁹⁰ Dies kann einerseits eine zwangsläufige Gefahr der einfacheren Darstellung sein, es kann aber auch andererseits von unterschiedlichen Akteuren (z.B. in der Politik) aktiv betrieben werden, um damit gezielt Wirkungen hervorzurufen.

„Man hat ja oft das Gefühl, dass die jeweiligen Studien überhaupt niemand gelesen hat. Das war bei PISA so schön, wenn man das dann näher betrachtet hat, fiel immer auf, dass alle, die darüber geredet haben, offensichtlich das nicht gelesen haben. Also höchstens irgendein ganz kurzes Abstract. Ich glaube, dass damit sehr viel Schindluder getrieben wird in der Politik. Dass man sehr viel dann auf einen Satz, der irgendwo in der Studie steht, oder auf einen Absatz sich bezieht, ohne wirklich da einsteigen zu wollen in die Debatte. Das ist so ein Widerspruch: einerseits kann man in der politischen Debatte nun eben nicht die wissenschaftlichen Debatten nachvollziehen. Andererseits sollte man aber auch, auch Wissenschaftler neigen ja dazu, wenn sie öffentlich auftreten, extrem zu simplifizieren zuweilen. Es gibt ja diese Fernsehökonom, und die denken auch, sie können alles in einem Satz zusammenfassen oder in zweien, weil ja auch nicht mehr Zeit ist. Also ich glaube, das ist sehr zwiespältig was da passiert in der Nutzung der Wissenschaft, und davon sind wir hier auch nicht so frei. Also wir nutzen natürlich auch lieber die Argumente, die uns gefallen, die in die richtige Richtung weisen aus unserer Sicht. Ja und wahrscheinlich lässt sich das auch nicht umgehen in der politischen Debatte.« (Int-4)

Es wurden bereits der *Warencharakter* des wissenschaftlichen Wissens sowie die Problematik des *Legitimationswissens* angesprochen. An dieser Stelle werden diese beiden Aspekte nochmals verdeutlicht. Auf dem *Markt der Argumente* spielen die inhaltlichen Aspekte des wissenschaftlichen Wissens keine Rolle. Um mit diesen Argumenten einen Vorteil zu erlangen, reicht es völlig aus, dass man auf die Wissenschaft, auf eine Studie oder einen einzelnen Forscher als Referenz der eigenen Position verweist. Ob die damit verbundenen Inhalte sich tatsächlich in der jeweiligen Studie finden oder in welchem Kontext, mit welchen Einschränkungen und Bedingungen, spielt an dieser Stelle keine entscheidende Rolle mehr. Die Verantwortung hierfür sehen die befragten Praktiker nicht nur bei sich selbst, sondern sie wird ebenso den Wissenschaftlern zugeschrieben. Diese würden dazu neigen, bei Auftritten in der Praxis oder Öffentlichkeit eher zu Vereinfachen oder ihre Expertise auf Themen, Inhalte und Entscheidungen auszuweiten, für die sie zumindest keine vollständigen empirischen Belege liefern können. Hier lässt sich fragen, was der Grund für dieses Verhalten ist? Es ist zumindest denkbar, dass die Akteure in der Praxis bei ihrer Auswahl einzelner Forscher oder Publikationen systematisch die, die „leichter verdauliche Kost“, sprich vereinfachte Inhalte,

⁹⁰ Beck und Bonß (1989: 198) gehen davon aus, dass die Wissenschaftlichkeit notwendigerweise *spurlos verschwindet*, wenn das Wissen in der Praxis erfolgreich verwandt wird. In ihrem Sprachgebrauch wird das wissenschaftliche Wissen „trivialisert“ (Beck/Bonß 1984: 384), d.h. von seiner Wissenschaftlichkeit entkleidet, wenn es in einen neuen Kontext überführt wird.

anbieten, bevorzugen. Diese Vermutung wird durch folgende Aussage zumindest verstärkt:

»Ich denke, es gibt ja nicht die Wissenschaft, sondern je nachdem wen man dort anspricht, sind die Leute natürlich auch sehr unterschiedlich in der Ausrichtung ihrer Forschungsarbeit und ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit. Es gibt Leute, die beispielsweise sehr konkret und an aktuellen Problemstellungen entlang ihrer Arbeit auch organisieren und wo man dann sagen kann, da ist, auch vielleicht ein grundsätzlicher Beitrag sehr hilfreich um zu einem bestimmten Problem mal etwas aufzuzeigen. Z.B. dieses Thema Prekarität ist ja in unterschiedlichen thematischen Zusammenhängen einfach interessant, d.h. das kann man sowohl gebrauchen oder die Ergebnisse sind sowohl interessant, wenn man über Mindestlöhne irgendwie eine Veranstaltung macht, die sind wichtig, wenn man über Verlängerung vielleicht des Renteneintrittsalters spricht, die sind wichtig, wenn man über wer weiß welche Themen spricht. Insofern ist es ja sehr unterschiedlich wie die Wissenschaftler ihre Arbeit ausrichten, auch welchen Konkretisierungspart sie dann dabei anstreben und ob man sie eben dann auch für solche vielleicht auch politikrelevanten Themenfelder einladen oder ja eben auch hinzuziehen kann. Es gibt Wissenschaftler bei denen das eben nur bedingt der Fall ist, aber wir versuchen eben sehr stark, mit einer Art von Wissenschaftlern zu kooperieren die ja auch dieses politische Handlungsfeld kennen und auch ein bisschen wissen sozusagen, wie dort die Bedingungen im politischen Feld, sind um eben auch ja entsprechend aufbereitete Informationen dort zur Verfügung zu stellen.« (Int-2)

Grundsätzlich differenziert diese Befragte die (Sozial-)Wissenschaft bzw. die (Sozial)Forscher danach, ob diese ihre Arbeit an aktuellen und drängenden (gesellschafts-)politischen Problemlagen orientieren oder sich eher in ihrer Forschungsarbeit von konkreten Problem- und Fragestellungen distanzieren, also generalisierte und abstrakte Grundlagenforschung betreiben. Es ist ersichtlich, dass die Arbeit mit Wissenschaftlern der ersten Kategorie für die Zwecke der Stiftungen nützlicher ist. Zur Veranschaulichung kann man sich noch einmal die Kriterien vor Augen halten, die für Publikationen der Stiftungen genannt wurden: Sie sollten leicht und schnell zu lesen sein sowie Handlungsempfehlungen enthalten. Es ist zu erwarten, dass dies von anwendungsorientierten Forschern eher zu leisten ist, als von Grundlagenforschern. Vielleicht – so kann man vermuten – fühlen sich die Wissenschaftler, wenn sie im Auftrag der Stiftungen publizieren oder auftreten, sogar dazu animiert, die wissenschaftliche Basis zu verlassen. Dies wird im vorangehenden Zitat auch dadurch deutlich, dass Wissenschaftler vorgezogen werden, die das politische Handlungsfeld kennen, d.h. die nicht nur die wissenschaftlichen Fakten kennen, sondern sich auch der politischen Rahmenbedingungen sowie Grenzen und Möglichkeiten des politischen Handelns bewusst sind.

Bislang wurden die Stiftungen und ihre Mitarbeiter in ihrer selbst definierten Mittlerposition zwischen Wissenschaft und Politik und Praxis als Verwerter und Multiplikatoren wissenschaftlichen Wissens beschrieben. Sie müssen aber für ihre Arbeit selbst die wissenschaftlichen Inhalte suchen, auswählen und

überprüfen. In diesem Abschnitt steht somit der *Umgang* mit wissenschaftlichem Wissen im Vordergrund.

Die Mitarbeiter der politischen Stiftungen äußern, dass sie zwar prinzipiell auf dem aktuellen Stand hinsichtlich ihrer Fachgebiete sind, jedoch geben sie zu bedenken, dass die Menge an neuem Wissen und neuen Informationen so groß ist, dass sie nicht alles aufnehmen können. Das Gebiet, das sie überschauen können, ist begrenzt, und es ist notwendig, die eigenen Interessen zu beschränken, um überhaupt einen Überblick behalten zu können. Gleichzeitig werden sie aber durch andere Einrichtungen, Medien, Wissenschaft und Politik mit vielen neuen Informationen versorgt:

»Wir bekommen von allen möglichen anderen Thinktanks eine ganze Menge einfach ständig zugeschickt. Wir bekommen, wenn es um Außenpolitik geht beispielsweise, von der Stiftung Wissenschaft und Politik immer alles zugesandt, was sie überhaupt so verfassen, wir bekommen vom Cato-Institut alles, wir bekommen vom Institut of Economic Affairs aus London alles. Von den großen Wirtschaftsforschungsinstituten ist ja sowieso fast alles im Internet verfügbar, was die produzieren. Was oft sehr hilfreich war, war auch so was, wie von der Deutschen Bank, DB-Research, da haben wir z.B. sehr viel darauf zurück gegriffen, als wir uns mit dem Rententhema befasst haben, das jetzt nicht mehr so im Mittelpunkt steht.« (Int-4)

Im Umgang mit diesen Angeboten orientieren sie sich gezielt an der Aktualität, d.h. sie bearbeiten die Themen, die zeitlich gerade drängend sind und ignorieren den Rest. Aber selbst bei den Themen, mit denen sie sich intensiver beschäftigen, können sie nur cursorisch und überblicksartig das aktuelle Wissen bearbeiten. Auf die Frage, wie sie mit der Menge an Informationen und neuen Wissensangeboten umgeht, beschreibt eine Mitarbeiterin ihre Strategie folgendermaßen:

»Wegschmeißen. Ja, es ist im Prinzip tatsächlich so, dass wenn ich mein e-mail aufmache, ich jeden Tag so 100 e-mails oder so etwas kriege und insofern das natürlich wirklich eine Flut ist, die einen auch tatsächlich überschwemmt. Es ist natürlich dann auch so, dass man vielleicht, wenn man gerade an einem Thema arbeitet, Themen in anderen Feldern dann einfach vernachlässigt. Das geht ja gar nicht anders aufgrund der Zeit, und ansonsten hechelt man halt dieser Informationsflut mehr oder weniger dann auch hinterher und versucht zumindest einigermaßen, durch vielleicht gute Überblicksaufsätze, Bücher gar nicht mehr von zu reden, aber gute Überblicksaufsätze und Leute, die man vielleicht dann auch als gute Autoren dann sozusagen kennt, dass man sich darüber dann schnell informiert. Also wenn ich weiß, Herr XY veröffentlicht etwas oder so, dann ist das, natürlich, nicht jeder Aufsatz, den er veröffentlicht, aber wenn irgendwas kommt, dann schaue ich da schon mal rein, während bei anderen ich mir das u.U. dann einfach schenken muss.« (Int-2)

Eine ausführliche Lektüre von Büchern oder von unterschiedlichen Quellen ist in ihren Arbeitsabläufen nicht möglich. Wichtig ist für sie, schnell und kompakt über bestimmte Themen informiert zu werden. Diese Mitarbeiterin sieht diese Situation indes kritisch: Sie empfindet dieses Vorgehen als defizitär, wengleich auch unausweichlich.

»Also, da hätte ich sicherlich durchaus Bedarf, da mich besser zu informieren oder einfach mehr Zeit oder mehr Auswahl an oder weniger sozusagen Themenfelder und dafür mehr in die Tiefe gehenden Möglichkeiten mich mit den Themen zu beschäftigen. Also gut informiert fühle ich mich nicht.« (Int-2)

Ein weiterer Mitarbeiter sieht dies ähnlich und wünscht sich manchmal mehr Zeit, um Themen intensiver und ausführlicher zu bearbeiten. Er schränkt aber ein, dass tiefgehende Analysen eben nicht die Aufgabe politischer Stiftungen sind:

»Es ist nicht so das Geschäft, das kann man vielleicht so sagen. Ich schreibe ganz gerne Sachen, die mehr für ein größeres Publikum sind und die mehr pointiert sind, andererseits jeder hätte hier gerne mal vielleicht mal ein paar Wochen Zeit, um sich in ein Thema noch viel tiefer einzuarbeiten, das ist schon so. Aber das gibt der Job einfach nicht her, den wir hier haben.« (Int-4)

Die Konsequenz dieser Situation und dieses Vorgehens ist, dass der größte Teil des zur Verfügung stehenden Wissens unbeachtet und unbearbeitet bleibt, wenn es aktuell nicht von Nutzen ist. Eine systematische Auswertung, Archivierung oder Erfassung findet nicht statt. Wenn man das bekannte Bild von der *Informationsflut* bemühen möchte, so kann man sagen, dass die Mitarbeiter der politischen Stiftungen sich mit der Flut treiben lassen und ihr Umgang mit ihr, wie eine Mitarbeiterin es bezeichnet, *chaotisch* oder zumindest ungeplant ist. Anstatt die Kanäle und Zugänge neuen Wissens zu steuern und zu planen, wird passiv aufgenommen und unter Zeitdruck ausgewählt. Da der stete Zustrom an neuem Wissen nicht abbricht und gleichzeitig die tagespolitischen Anforderungen und Themen sich kontinuierlich weiterentwickeln, entsteht der Eindruck, dem Wissen bzw. den Informationen hinterher zu rennen, ohne je Vollständigkeit oder einen befriedigenden Überblick zu erhalten. Zwar können die Mitarbeiter der Stiftungen interessante Artikel oder Bücher zur Bearbeitung beiseite legen, in der Hoffnung, zu einem späteren Zeitpunkt mehr Gelegenheit zur Lektüre zu haben, jedoch ist ihnen dabei auch klar, dass diese Strategie nicht von Erfolg gekrönt ist. An einen abgelegten und archivierten Artikel muss man sich, bei entsprechender Gelegenheit, wieder erinnern, und selbst dann steht er auch wieder in Konkurrenz zu neuen, weiteren und aktuelleren Angeboten. Das technisch ermöglichte, fast unerschöpfliche Wissens- und Informationsangebot bietet zwar prinzipiell eine umfassende Ressource, gleichzeitig überfordert es aber die Kapazitäten der Mitarbeiter. Ihren Umgang damit beschreibt eine Mitarbeiterin so:

»Also die sind im Prinzip oft auch einfach chaotisch. Es gibt natürlich einen bestimmten Pool an Informationen, den ich auch im Rahmen von Zeitschriften, Umläufen und so bekomme, wo ich immer wieder drauf gucken kann oder eben auch zunehmend die e-mail Informationen, wo ich in bestimmten Verteilern bin, aber das ist eben, es ist eine Flut und da liest man manchmal auch tatsächlich nur die Überschriften und packt es dann irgendwo an die Seite und findet es im Zweifelsfall dann auch nicht wieder, wenn man es braucht. Es ist in der Tat ja schwer einzuschätzen,

ob irgendwas dann tatsächlich einen wichtigen Neuigkeitswert hat, wenn man diese Fluten erstmal einfach nur so über sich hereinschwappen sieht. Man muss ja zumindest einmal reingucken, um das wirklich beurteilen zu können und das frisst dann auch schon wieder Zeit. Insofern ist das, wenn das sehr prägnant aufbereitet wird – vielleicht auch dass man sofort eine Stoßrichtung erkennt, also welche Positionen werden da vertreten oder welche prägnanten Ergebnisse sind da heraus gekommen – natürlich ganz gut. Insofern sind Kurzfassungen für mich immer ganz wichtig. Das machen da zunehmend auch die Publikationsorgane, gerade also Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung oder so, die haben immer irgendwelche Kurzfassungen, und da guckt man halt schnell mal durch, ob das irgendwie wichtig ist und ggf. guckt man dann eben noch mal rein. Aber es bleibt unbefriedigend. Also, das kann ich für mich sagen, dass das einfach immer eine Sache ist, wo man das Gefühl hat, man rennt den Dingen hinterher.« (Int-2)

Die Diskrepanz zwischen umfassendem und schier unbegrenztem Wissensangebot und der beschränkten Verarbeitungskapazität der Mitarbeiter, erzeugt bei ihnen ein Gefühl des Unbefriedigtseins, Rosa (2005: 218) nennt dies *Verpassensangst*. Weil man weiß, was man alles nicht lesen kann, was man aber prinzipiell, weil es eben verfügbar ist, lesen könnte, wird man sich des eigenen Nichtwissens bewusst. Dies ist völlig unabhängig davon, ob die Artikel, Bücher oder Newsletter, die man ignoriert, tatsächlich neues oder anderes Wissen beinhalten.

Diese Situation führt einerseits dazu, aufgrund des ständigen Wissensangebots mehr oder weniger willkürlich auszuwählen, in der Hoffnung, dass die Informationen irgendwann nützlich sein werden. Andererseits kann es dazu führen, dass in dem Moment, in dem man dringend eine spezielle Information sucht, diese im großen Angebot nur schwer zu finden, bzw. nur schwer zu verifizieren ist:

»Ich glaube, da rutscht schon vieles auch durch. Man sieht immer auch alles was kommt, und dann greift man sich das, was gerade interessant ist für einen selbst in dem Moment. Und das ist dann teilweise so, dass, wenn das ein halbes Jahr zurückliegt, erinnert man sich manchmal noch ‚da war doch mal was‘. Manchmal erinnert man sich aber auch nicht. Und da hilft es aber sehr, wenn man die Kollegen fragt, die sich vielleicht noch erinnern, was eigentlich so wichtig war. Das ist auch ein bisschen, ich will nicht sagen zufällig, aber ein bisschen willkürlich. Da wir manchmal, wenn irgend jemand z.B. eine Rede oder einen Beitrag für eine Zeitschrift haben will, sehr schnell arbeiten müssen, ist es teilweise ein bisschen willkürlich, wie der Zugriff auf die unterschiedlichen Quellen ist. Weil wir dann unter Zeitdruck stehen.« (Int-4)

Die Mitarbeiter geben an, dass der Umgang mit Wissen, d.h. die Suche, das Auswählen und Bearbeiten von Wissen einen mehr oder weniger großen Teil ihrer Arbeit ausmacht, auch wenn es ihnen schwer fällt, diesen Anteil eindeutig zu beziffern. Die Übergänge zwischen der Aufnahme neuen Wissens und der Verbreitung von Wissen sind für sie fließend, wie dieser Mitarbeiter beschreibt:

»Also zeitlich, das kann man ganz schwer sagen, das kann man in der Arbeitszeit so nicht trennen. Man weiß manchmal gar nicht, ob man gerade was schreibt oder ob man eigentlich gerade mehr

Informationen ansaugt, weil das ja immer so zusammenhängt. Das ist schon ein ziemlich großer Teil der Arbeit, sich zu informieren.« (Int-4)

Unerfahrene Mitarbeiter benötigen mehr Zeit und Aufwand, um sich mit dem Wissensangebot auseinanderzusetzen. Wenn man sich erstmal eingearbeitet, die nötigen Erfahrungen hat und vor allem die richtigen Ansprechpartner kennt, lässt sich der Zeitaufwand reduzieren.

»Ich bin schon ziemlich lange im Geschäft, d.h. ich habe es leichter, als jemand, der sich neu einarbeiten muss. Ich vermute mal, dass ich so vielleicht 30 Prozent, aber nur um mich auf dem Laufenden zu halten, meiner Zeit verwende.« (Int-1)

Das Wissen stammt inzwischen zu einem großen Teil aus dem Internet, und insgesamt werden Internetquellen als wichtigster Ursprung von allen Mitarbeitern angegeben. Hinzu kommen die unterschiedlichen Publikationen und Newsletter anderer Einrichtungen (Forschungseinrichtungen, andere Stiftungen, Gewerkschaften usw.), die an die politischen Stiftungen versandt werden. Als wichtig werden noch die Medien, insbesondere die Tagespresse angesehen.

»Na ja, zum Teil recherchiert man mit den klassischen Methoden, im Internet und durch Lektüre von anderen Zeitschriften und anderen Fachzeitschriften und mehr oder weniger fachnahen Zeitschriften. Da gibt es ja auch ein Marktsegment von Zeitschriften, in der Tagespresse wäre es so das Feuilleton oder auch eine Zeitschrift wie die "Zeit" oder so, die sind ja so an der Grenze, sprich da schreiben ja dann auch durchaus immer mal wieder Wissenschaftler oder so. Man verfolgt die Diskurse ja in dem Themenbereich, in dem man ja ohnehin drin ist schon bis zu einem gewissen Grad.« (Int-1)

Auch wissenschaftlich Publikationen werden rezipiert, jedoch in geringerem Umfang; meist in Form von Kurzfassungen oder aufbereitet durch die Medien oder andere Stiftungen etc., d.h. die Wissenschaft wird nicht direkt wahrgenommen, sondern meist schon durch eine andere Instanz gefiltert oder bearbeitet.

Als entscheidend dafür, um auf dem Laufenden zu sein, sehen die Mitarbeiter ihre persönlichen Netzwerke an.

»Ja, wenn es denn nötig ist, muss man sich dann auf dem kurzen Wege, und dafür sind halt diese Netzwerke sehr wichtig, versuchen, die Informationen zu beschaffen, die nötig sind, um möglichst schnell dann auf den Stand zu kommen. Denn manchmal geht es tatsächlich ja nicht nur um große Linien, sondern auch um Detailfragen, und da ist es einfach wichtig, dass man die entsprechenden Leute in den Institutionen dann kennt und darüber schnell auch einen Kontakt herstellen und ein Informationsdefizit ausgleichen kann. Aber das gelingt auch nicht immer, manchmal muss man einfach dann sozusagen damit umgehen, dass da auch Lücken sind.« (Int-2)

Die Suche nach wissenschaftlichem Wissen ist größtenteils personalisiert, d.h. die Mitarbeiter suchen nicht nach Inhalten oder Studien, sondern nach einschlägig bekannten Namen. Wer einschlägig ist, ergibt sich meist daraus, dass diese Personen, i.d.R. Professoren, in Gremien oder anderen

Zusammenhängen in der Praxis aufgetaucht sind und sich als vertrauenswürdig und interessant herausgestellt haben. Teilweise erfolgt die Suche auch über Einrichtungen, mit denen man bereits zusammengearbeitet hat.

»Es gibt einfach bestimmte Institute, Institut für Weltwirtschaft und andere, mit denen wir dann zusammenarbeiten, die uns dann manchmal auch Leute empfehlen können, wer was zur Entwicklungspolitik sagen könnte und ähnliches, dann gibt es Vorgespräche ob das irgendwie passt, was wir erwarten, was derjenige oder diejenige schreiben können und liefern können in einem vernünftigen Zeitrahmen. So läuft das dann im Prinzip. Also das ist immer eigentlich themenbezogen, also wir versuchen zu jedem Thema dann mit den verschiedenen Kontakten, die wir haben, den Richtigen oder die Richtige zu finden, die dann dazu schreiben können oder auch einen Vortrag halten können. .. Also erstmal fangen wir mit dem Internet an, oft hat man ja auch so eine Ahnung und ruft dann dort an und fragt den Professor ‚wen können sie denn da empfehlen oder können sie selber das machen‘. Das ist kein so formalisierter Prozess, würde ich sagen.« (Int-4)

Wie sich gezeigt hat, erfolgt der Kontakt mit der Wissenschaft über persönliche Kontakte zu Forschern. Für die ausführliche Lektüre wissenschaftlicher Publikationen haben die Mitarbeiter der Stiftungen keine Zeit oder Gelegenheit, sodass sie Wissenschaftler direkt ansprechen und entweder eine persönliche Beratung erhalten oder die Wissenschaftler für Publikationen sowie Vorträge verpflichten. Von Interesse ist nun, anhand welcher Kriterien die Qualität und Nützlichkeit der wissenschaftlichen Expertise überprüft wird. Wobei natürlich auch noch offen ist, ob Qualität und Nützlichkeit überhaupt überprüft werden. Ferner hängt damit die Frage zusammen, wie Vertrauen zu Wissenschaftlern aufgebaut wird bzw. welchen Wissenschaftlern die Praktiker überhaupt Vertrauen schenken.

Ein Befragter schildert den Ablauf einer Kontaktaufnahme zu einem Wissenschaftler. An erster Stelle steht für ihn die Frage, ob der Wissenschaftler aus einer akzeptablen, d.h. angesehenen Einrichtung kommt. Dann erfolgt der Blick in die Publikationsliste des Forschers, vor allem unter dem Gesichtspunkt, ob diese Person bereits zur interessierenden Thematik publiziert hat. Als letzter Schritt wird über die Netzwerke der Stiftung überprüft, ob der Forscher den passenden politischen „Stallgeruch“ mitbringt, d.h. ob er den politischen Werten und Idealen der jeweiligen Stiftung entspricht.

»Da kann ich nur sagen, wie ich das selber mache. Erstmal, sobald ich irgendeinen Artikel habe, gucke ich im Internet, wo der überhaupt arbeitet. Was der ist. Ob der Professor ist und was das für ein Institut ist, und dann gucke ich auch, was er sonst noch so für Publikationen hat. Das ist ja heute im Internet ziemlich gut verfügbar, jeder hat da ja eine Publikationsliste und so etwas. Das ist erstmal die Grundlage, und er sollte schon einigermaßen einschlägig zu dem Thema sein, wo wir gerne mit ihm zusammen arbeiten möchten. Dann hat man noch einiges an persönlichen Kontakten, aber das wichtigste ist schon das Vorab-Checken. Wir wollen nicht, dass jemand eine Studie für uns schreibt, der sich dann mit dem Thema zum ersten Mal befasst, zum Beispiel. Und wir gucken auch, ob er irgendwie von der Richtung her zu uns passt, das muss man auch sagen. Wir haben da

verschiedene Netzwerke, wir haben da z.B. ein großes Netzwerk an Vertrauensdozenten; wir haben an jeder Universität einen oder mehrere, und wir haben einen großen Auswahlausschuss für unsere Stipendien, der die Stipendien vergibt, und da fragt man dann auch Leute von dort. Es gibt dann auch in der wissenschaftlichen Community dann Meinungen über Kollegen und so etwas, das spielt auch eine Rolle.« (Int-4)

Deutlich wird an dieser Stelle, dass es eben keine inhaltliche Auseinandersetzung mit der wissenschaftlichen Expertise gibt. Die Wissenschaftler, die man anspricht, mit denen man in Kontakt tritt, bieten erst, wie oben beschrieben, den notwendigen Einblick in die jeweiligen Thematiken. Daher findet eine Orientierung meist nur an öffentlich wahrnehmbaren Kriterien statt: Finden sich in der Publikationsliste beispielsweise die richtigen Schlagworte? Ist die Person im Netzwerk der Stiftung bekannt? Passen die politischen Wert- und Normenvorstellungen zusammen (soweit man dies beurteilen kann)?

Einen inhaltlichen Aspekt der Bewertung spricht eine andere Befragte durchaus trotzdem an:

»Das ist natürlich eine Frage, wo man möglicher Weise ein bisschen nach dem eigenen Eindruck entscheidet: also ob jemand seriös recherchiert, ob man Dinge von ihm gelesen hat, die irgendwo ausgewogen in der Darstellung sind, verschiedene Positionen auch irgendwie auch vorstellen. Das sind vielleicht so Beurteilungskriterien die bei mir so im Hinterkopf stecken, nach denen ich mir dann vielleicht auch entsprechend die Autoren oder die Beiträge irgendwie aussuche. Aber das ist im Grunde genommen eine persönliche Entscheidung, die ich dann treffe.« (Int-2)

Ausgewogenheit bzw. *Breite der Darstellung* werden als wichtige Kriterien auch an anderen Stellen angeführt. Wenn man selbst nicht den Einblick in das jeweilige Thema hat, dann sind die Darstellungen vertrauenswürdiger, die unterschiedliche wissenschaftliche Ansätze referieren, das Für-Und-Wider der einzelnen Positionen diskutieren und eine möglichst breite Basis an Ansichten, Referenzen und Bezügen liefern. Dies erzeugt den Eindruck, man habe es mit jemandem zu tun, der nicht nur die eigene Meinung vertritt, sondern – wie es sich für einen Wissenschaftler gehören sollte – möglichst objektiv und wertfrei den Forschungsstand berücksichtigt. Die Mitarbeiter hegen nämlich – bedenkt man ihr eigenes Vorgehen und ihre eigenen Kriterien, dann wohl auch nicht ohne Grund – den Verdacht, dass auch Wissenschaftler Interessen vertreten und nicht immer objektiv in ihrem Urteil sind.⁹¹ Ein Mitarbeiter macht sein

⁹¹ Dass eine völlig werturteilsfreie und von sozialen Einflüssen unabhängige Forschung, wie sie z.B. Merton beschrieben hat, eine romantische Fiktion sind, wurde an anderer Stelle thematisiert (siehe Abschnitt 2.3). In der aktuellen Wissenschaftsforschung hat sich hingegen die Ansicht durchgesetzt, dass selbstverständlich auch Wissenschaftler von sozialen Bedingungen beeinflusst werden (vgl. z.B. Knorr-Cetina 1981: *The Manufacture of Knowledge – An Essay on the Constructivist and Contextual Nature of Science*).

Misstrauen an einem Beispiel deutlich und bezieht sich auf die Reformdebatten der letzten Jahre.

»Albrecht Müller ist ein SPD - Mitglied, war Chef des Kanzleramtes und hat einmal dieses Buch 'Die Reformlüge' und danach dieses Buch 'Machtwahn' geschrieben. Ich würde ihn eher auf der linken Seite der SPD ansiedeln, und der hat sich sehr massiv kritisch mit der Reformpolitik, auch gerade der Regierung Schröder, auseinandergesetzt. Und gerade in diesem zweiten Buch 'Machtwahn' hat er ja schon fast verschwörungstheoretisch versucht nachzuweisen, wer aus welchen Gründen welche Thesen oder welche Diskurse puscht. Also wie eben vor allen Dingen Unternehmen des Finanzsektors zum Beispiel die demographische Krise und das Problem der Rentensicherheit usw. in Deutschland massiv puschen, weil sie natürlich ein großes Interesse haben, dass es einen möglichst großen Markt an privater Altersvorsorge gibt. Also insofern, um noch mal auf die Frage 'Wem traue ich und wem nicht?' ... ich gucke natürlich schon ein bisschen drauf, welche Interessen spielen bei welchem Wissenschaftler eventuell mit. Ich bin aber auch jetzt nicht völlig zynisch, dass ich sagen würde, es gibt überhaupt nichts Richtiges und Wahres, sondern alles ist nur aus der Sicht eines bestimmten Interesses zusammen getürkt. Also ich finde, etwas was ich schreibe oder wir hier schreiben, sollte natürlich im Grunde genommen einer ernsthaften Debatte auch mit einem Wissenschaftler, der uns eher kritisch gegenüber gestellt ist, standhalten.« (Int-1)

Vertrauen zu Forschern und Vertrauen in die wissenschaftliche Expertise hängen zu einem Großteil davon ab, in welcher Beziehung die unterschiedlichen Interessenlagen miteinander stehen. Einerseits sollten der Forscher und seine Arbeit nicht zu sehr von politischen oder wirtschaftlichen Interessen gesteuert sein und andererseits sollten die, aus Sicht der Mitarbeiter unvermeidlichen, Interessen und Wertvorstellungen der Forscher möglichst kompatibel mit den eigenen Vorstellungen der Stiftung sein. Im letzten Zitat wurde aber noch ein weiterer Aspekt thematisiert: Es ist für eine Stiftung nicht nur problematisch, wenn ein Forscher entgegengesetzte politische Meinungen vertritt, es ist umgekehrt auch nicht von Vorteil, wenn die politische Nähe zu groß ist bzw. wenn diese sich zu sehr in der wissenschaftlichen Arbeit widerspiegelt. Der Grund hierfür liegt im oben angesprochenen *Markt der Argumente*: Die wissenschaftliche Expertise muss in der *Konkurrenzsituation* standhalten und dies fällt schwer, wenn die Expertise zu leicht als politisch motiviert und gefärbt identifiziert werden kann. Im Gegenteil, wenn es einer politischen Richtung, egal welcher, gelingen kann, für ihre Position einen wissenschaftlichen Experten als Beleg anzuführen, der von seiner politischen Einstellung eher zum gegnerischen Lager gerechnet werden könnte, so wiegt dieser Beleg in der politischen Debatte doppelt schwer. Gleichzeitig ermöglicht eine umfassendere Perspektive in der wissenschaftlichen Expertise, die auch die Vor- und Nachteile anderer politischer Positionen mit einschließt, ein grundlegendes Verständnis für den politischen Gegner, welches in der politischen Auseinandersetzung ebenfalls von Vorteil ist.

Wissenschaftliches Nichtwissen: Kontroversen und Unsicherheiten

Es zeigte sich, dass die Mitarbeiter der Stiftungen nicht davon ausgehen, dass es eine eindeutige und objektive wissenschaftliche Antwort auf jede Frage gibt, sondern, dass man – je nach dem, welchen Experten man fragt – unterschiedliche Antworten erhält. Der Umgang mit wissenschaftlicher Uneindeutigkeit gehört für die politischen Stiftungen zum Geschäft. Die Themen, die sie bearbeiten, befinden sich manchmal noch in der Entwicklung, und die Analysen und Studien sind noch nicht soweit fortgeschritten, dass klare Ergebnisse vorliegen.

»Es ist eben auch in dem Bereich so, dass man nicht sagen kann, alles liegt klar auf der Hand und zu allem, was man braucht, gibt es auch entsprechende Unterlagen. Sondern das Feld ist ja auch ziemlich breit gefächert und in Teilen auch sehr unübersichtlich und da gibt es ja auch die unterschiedlichsten Positionen oder auch unterschiedlichste Ergebnisse. Wenn man sich das Thema Mindestlohn anschaut, was wir beispielsweise ja auch hier mit aufgegriffen haben, dann findet man eben die unterschiedlichsten auch wissenschaftlichen Positionen zu dem Thema, und das ist dann u.U. schon durchaus schwierig, sich da überhaupt für einen Autor, für eine Expertise zu entscheiden oder zu gucken, was dann für die weitere Arbeit eine gute Grundlage sein kann.« (Int-2)

Die Befragten sehen diese Uneindeutigkeit zum einen durch die zuvor beschriebenen Interessenbindungen der Wissenschaftler begründet. Zum anderen sehen sie dies in der prinzipiellen Vorläufigkeit wissenschaftlicher Erkenntnis begründet. Gerade in den Sozialwissenschaften sei eine eindeutige Lehrmeinung eher die Seltenheit. Wie gehen die Mitarbeiter der Stiftungen mit diesen wissenschaftlichen Kontroversen um? Zuerst kann man zwischen unterschiedlichen Formen von Kontroversen unterscheiden, wie dies ein Mitarbeiter tut:

»Es ist die Frage, in welcher Form Widersprüche da sind. Sind es Widersprüche in der Darstellung von Fakten, sind es Widersprüche in der unterschiedlichen Interpretation gleicher Fakten, oder sind es unterschiedliche politische Schlussfolgerungen, die man aus möglicherweise ansonsten ähnlichen Problemanalysen zieht. Wenn es um die faktischen Sachen geht, muss man gucken, ob man den Dingen auf den Grund geht, wenn es denn möglich ist. Teilweise ja, das werden sie ja auch schon erlebt haben, man kann Fakten sehr geschickt prägen.« (Int-1)

Formal werden im vorangegangenen Abschnitt drei Arten wissenschaftlicher Kontroversen unterschieden: Erstens Kontroversen über konkrete Sachverhalte (z.B. ob es einen bestimmten Effekt oder Zusammenhang gibt u.ä.), zweitens Kontroversen über die Interpretation bzw. die Deutung bestimmter Sachverhalte (z.B. welche Ursachen der bereits festgestellte Effekt hat, welche Variablen daran beteiligt sind usw.) und drittens Kontroversen darüber, wie man mit dem festgestellten Sachverhalt umgehen soll (z.B. welche politischen Maßnahmen zu ergreifen sind).

Wichtig ist hierbei, dass eigentlich nur die Kontroversen der ersten und zweiten Art ursprüngliche wissenschaftliche Kontroversen sind. Sie entsprechen dem *Expertendilemma 1. Ordnung* in Abschnitt 2.4.3. Bei Kontroversen der dritten Art handelt es sich nicht mehr um wissenschaftliche Kontroversen. Betrachtet man die Konsequenzen, die der Mitarbeiter aus seiner Systematisierung zieht, bei Kontroversen der ersten Art die Fakten zu prüfen, so entdeckt man darin ein tendenziell *realistisches* bzw. optimistisches Wissenschaftsverständnis. Damit ist gemeint, wenn es Unklarheiten über Sachverhalte gibt, so liegt dies daran, dass jemand die objektiven und eindeutigen Erkenntnisse der Wissenschaft bewusst oder unbewusst manipuliert. Wenn dies gewusst wird, lässt sich herausfinden, wie es sich in „Wirklichkeit“ tatsächlich verhält⁹². Wenn es jedoch um Interpretationen oder Schlussfolgerungen geht, dann spielen Interessen, Werte und Normvorstellungen grundsätzlich eine wichtige Rolle. Unterschiedliche Interpretationen und Schlussfolgerungen können also aus denselben Fakten folgen, je nachdem welche Werte, Normen und Interessen damit verfolgt werden. An einem ausführlicheren Beispiel macht dieser Mitarbeiter seine Argumentation deutlich:

»Ich hab neulich ein Papier im Kontext der Heuschreckendebatte gelesen; das war eine positive Darstellung der Rolle dieser Private Equity Firmen und da wurden Daten zusammengetragen, die alle nicht falsch waren, aber die aus meiner Sicht auch geschickt ausgewählt waren, um einen bestimmten Eindruck zu stützen. Es wurde z.B. gesagt, dass ein riesengroßer Anteil der Investitionen inzwischen von diesen Firmen getätigt wird. Wenn man mal genau hinguckt, handelt es sich dabei um reine Finanzinvestitionen, d.h. es werden Aktien gekauft bspw. Wenn man in der deutschen Statistik die Bruttoanlageinvestitionen als Teil vom BIP nimmt, das ist ja ein vergleichsweise ein kleiner Anteil, der liegt in Deutschland bei 18%. Wenn man dann liest, dass ausländische Investitionen in der Größenordnung von 8% stattgefunden haben, dann könnte man denken, dass die Hälfte aller Investitionen in Deutschland von Heuschrecken getätigt werden. Das ist aber natürlich völlig verrückt, weil es da um reine Übertragung von Eigentumstiteln bzw. Unternehmenskontrolle und nicht um eine reale Investition, wo eine neue Maschine aufgestellt wird und ein neuer Arbeitsplatz geschaffen wird, geht. Um das auseinander zu halten, muss man da mal reingucken und das ist eventuell dann eine Aufgabe von so jemandem wie uns, dass man mal eine andere Analyse der Öffentlichkeit präsentiert und sagt: 'Es wird immer gerne gesagt das und das, aber Leute, da müsst Ihr doch mal sehen, darunter verbirgt sich nur das und das'. Oder wenn dann eben zum Beispiel gesagt wird 'Die Firmen, an denen ausländische Kapitalgeber sich beteiligt haben, in diesen Firmen sind irgendwie 100.000 Arbeitsplätze entstanden, während in den Firmen wo kein ausländisches Kapital sind, sind nur 50.000 Arbeitsplätze entstanden' oder so was. Ja, Frage auch da: Ist es so, dass es nicht vielleicht so ist, dass es Wachstumsbranchen gibt und die ausländischen Kapitalinvestoren suchen sich die Wachstumsbranchen aus, um dort dann einzusteigen? Und während im Kontext einer solchen Darstellung so getan wird, als sei sozusagen das Engagement der Investoren die Ursache für die vielen schönen Arbeitsplätze, die in Deutschland dadurch entstehen. Also diese Dinge einfach mal sozusagen aufzugreifen, durchzudenken, durchzubürsten, eventuell zu

⁹² Zumindest wenn man die Meinung vertritt, man könnte jemals eine allgemeine und objektive Aussage über die Wirklichkeit treffen.

gucken, ob es vielleicht auch genauere Analysen gibt, die nachweisen, vielleicht aufgrund der zeitlichen Abfolge von Prozessen oder so, wo Ursache und Wirkung ist; das wäre dann sozusagen unsere Aufgabe.

[...] Daraus ergeben sich dann häufig natürlich auch schon wieder unterschiedliche Interpretationen: man hat das gleiche Faktum – also das Faktum ist ja unbestreitbar – man vergleicht die Firmen mit ausländischem Kapital und die ohne und dann die Entwicklung der Beschäftigung in diesen Firmen. Dann hat man ja ein klares Faktum auf der Hand liegen und es ist dann eine Frage der Interpretation. Und dann wäre das nächste Ergebnis der Politikvorschlag. Sprich: 'Sollte man eher versuchen, alle Hürden aus dem Weg zu schaffen, die sozusagen einem weiteren Zufluss ausländischen Kapitals evtl. im Wege stehen in Deutschland? Oder sollte man vielleicht doch, aus welchen Gründen auch immer, Kontrollen da stärker haben?'« (Int-1)

Prinzipiell können wissenschaftliche Kontroversen für die Arbeit der Stiftungen auch reizvoll sein, da anhand der unterschiedlichen Positionen in der Wissenschaft ein Thema interessant und unterhaltsam aufgearbeitet werden kann. Bei Veranstaltungen ist es daher für die Teilnehmer anregender, kontroverse Vorträge und Diskussionen zu erleben als einvernehmliche Meinungen und Analysen.

»Das kommt darauf an, was man z.B. an Aktivitäten plant. Es kann durchaus sein, dass es für eine Veranstaltung genau richtig ist, diese unterschiedlichen Positionen zu präsentieren und dass es uns genau auch darum geht, das Spektrum an unterschiedlichen Meinungen und Ansätzen aufzuzeigen. ... Also es geht uns weniger darum, selbst irgendwie dann zu einer Position zu finden, sondern eben auch praktisch die in dem Themenfeld gerade wichtigen Positionen dann u.U. auch vorzustellen.« (Int-2)

Das vorangegangene Zitat macht gerade in der zweiten Hälfte deutlich, worum es in den Stiftungen in der Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Inhalten *nicht* geht, nämlich eine eigene Position zu *finden*. Dies liegt zum einen daran, dass man selbst nicht in der politischen Verantwortung ist und sich daher vom Handlungs- und Entscheidungsdruck soweit befreien kann, keine letztgültige Position zu beziehen, sondern theoretische Überlegungen und Abwägungen vorzustellen. Zum anderen ist die eigene Ziel- und Zwecksetzung bereits festgelegt, unabhängig von wissenschaftlichen Erkenntnissen. Diesen Punkt macht ein Mitarbeiter einer anderen Stiftung stark: Er betont, dass es nicht darum geht, im wissenschaftlichen Diskurs die letztgültige Wahrheit zu entdecken sondern politische Debatten mit wissenschaftlichen Belegen und Referenzen zu unterfüttern.

»Unsere Aufgabe hier ist es, klar Position zu beziehen für bestimmte Prinzipien, auch wenn die umstritten sein mögen. Wir stellen uns schon die Diskussionen dar, aber wir suchen dann die Argumente von der Position, die wir eben aus unserer Sicht für richtig halten zu stärken. Wir sind ja, kein wissenschaftliches Institut in dem Sinne wie universitäre Forschung, sondern wir versuchen bestimmte Positionen zu stärken. In dem Sinne sind wir nicht neutral, sondern wir haben bestimmte Positionen, die sich zuweilen noch ändern können oder verschieben können, aber wir sind auch dazu da um Positionen zu promoten.« (Int-4)

Zusammenfassung

Die Mitarbeiter der politischen Stiftungen sehen sich in einer Maklerposition zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit verortet. Ihre Rolle beschreiben sie als die eines Scharniers zwischen Wissenschaft und Politik, welches dazu beiträgt, wissenschaftliche Expertise in den politischen Diskurs zu transportieren. Hierbei treten sie als *Zweitverwerter* wissenschaftlicher Forschung auf, d.h. sie transformieren und reproduzieren wissenschaftliches Wissen so, dass es im politischen Diskurs zu bearbeiten ist. Dabei spielt insbesondere eine Rolle, dass sie das wissenschaftliche Wissen a) mit den Anforderungen der konkreten Tagespolitik in Verbindung setzen und b) es im Sinne politischer Werte und Normen imprägnieren. Beck und Bonß haben 1989 bereits davon gesprochen, dass sozialwissenschaftliches Wissen nicht *einfach* aus der Wissenschaft in die Praxis *übertragen* werden kann, sondern in der Praxis *reproduziert* und *verändert* wird. Den Aspekt eines Maklers oder einer Grenzorganisation (Guston 2001) hatten sie in ihren Untersuchungen jedoch nicht im Blick.

Das wissenschaftliche Wissen besitzt für die Mitarbeiter der politischen Stiftungen eine besondere Bedeutung, da es in der politischen Debatte ein potentes Instrument sein kann, um eigene Interessen und Absichten durchzusetzen. Die politischen Eliten werben mit unterschiedlichen Argumenten um die Zustimmung in der Öffentlichkeit und bei den Bürgern. Es gilt, sich auf dem *Markt der Argumente* mit möglichst schlagkräftigen wissenschaftlichen Argumenten einzudecken. Die politischen Stiftungen sind, um im Bild zu bleiben, *Makler auf dem Markt der Argumente*, die wissenschaftliches Wissen für die politische Debatte aufbereiten und vermitteln. Diese Argumentationshilfen müssen anders beschaffen sein als die wissenschaftlichen Grundlagen: Verständlichkeit, Aktualität und Konzentration auf das Wesentliche stehen im Mittelpunkt.

Im Umgang mit wissenschaftlicher Expertise sehen sich die Mitarbeiter deutlich einem nicht mehr zu überschauenden Überangebot an Wissen ausgeliefert, sodass eine ausführliche inhaltliche Auseinandersetzung mit wissenschaftlicher Literatur nur noch selten vorkommt. Die Mitarbeiter sind Generalisten und Manager, die viele Themen und Inhalte behandeln können müssen, ohne selbst tiefe Einblicke in die Materie zu haben.

Die Überprüfung der wissenschaftlichen Expertise erfolgt über eine Prüfung des Hintergrunds des jeweiligen Produzenten. Passt er in das politische Weltbild der Stiftung? Ist die Institution angesehen genug, damit die Expertise als schlagkräftiges Argument standhält? Ist der Wissenschaftler offen und

transparent in seiner Arbeit und Argumentation? Gelingt es ihm, seine Inhalte in gefälliger Form zu präsentieren und wie verläuft die persönliche Zusammenarbeit?

Die Mitarbeiter der politischen Stiftungen gehen bei den wissenschaftlichen Disziplinen, mit denen sie in der Regel zu tun haben, nicht davon aus, dass sich dort objektive und unstrittige Positionen finden lassen. Vielmehr erwarten sie fast zwangsläufig die ständige Kontroverse. Dies ist für ihre Arbeit einerseits recht reizvoll, da sich wissenschaftliche Kontroversen dazu eignen, politische Debatten anschaulich zu illustrieren. Man kann unterschiedliche Positionen präsentieren und Streitgespräche anregen. Beides ist für ein großes Publikum attraktiv. Andererseits gefährdet es auch nicht die eigenen Position, denn die wissenschaftliche Expertise dient nicht der Festlegung politischer Meinungen, sondern lediglich entweder der Stützung der eigenen Position oder der Ausformulierung konkreter Elemente, die allerdings bereits durch die eigenen Positionen gedeckt sind.

5.1.2 Unternehmensstiftungen: Forschung im Dialog als aktive Gestaltung

Es wurden vier Interviews in drei unterschiedlichen Stiftungen geführt. Zwei der Stiftungen gehören zu den größten Stiftungen in Deutschland, bei der dritten handelt es sich um eine etwas kleinere Stiftung, die aber in ihrem Themenfeld eine dominante Rolle in Deutschland spielt und in Politik und Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Zwei Stiftungen sind rein operative Stiftungen, d.h. sie führen nur eigene Projekte durch und fördern keine Projekte Dritter. Die Befragten aus den beiden größeren Stiftungen sind verantwortlich für einzelne Projekte und haben keine übergreifenden Verantwortungen oder Leitungsfunktionen inne (im Gegensatz zu den Interviewpartnern aus den politischen Stiftungen). Daher beziehen sich ihre Aussagen auch weniger auf die gesamten Arbeitszusammenhänge der Stiftung bzw. der einzelnen Abteilungen, sondern stärker auf exemplarische Projekte. Die beiden Mitarbeiter der kleineren Stiftung haben einen klaren und umfassenden Überblick über die Arbeit der gesamten Stiftung. Diese hat insgesamt nur acht Mitarbeiter in der Zentrale. Zur besseren Verständlichkeit der folgenden Ausführungen wird daher die kleinere Stiftung als „*Stiftung Urbanität*“ bezeichnet. Die beiden Projekte der größeren Stiftungen firmieren im Folgenden unter den Namen „*Projekt Migration*“ und „*Projekt Partizipation*“. Das Interview mit der Mitarbeiterin aus *Projekt Migration* liegt nur als Protokoll vor.

Form der Verwissenschaftlichung: Aufgaben- und Selbstverständnis

Stiftung Urbanität: Die kleinere Stiftung ist auf ein sehr eng umrissenes Spezialthema beschränkt. Der Stiftungszweck liegt hierbei konkret in der Verknüpfung (sozial-) wissenschaftlichen Wissens mit praktischem, in diesem Fall vor allem mit kommunalpolitischem Verwaltungshandeln. Diese Verknüpfung erfolgt aber nicht abstrakt sondern immer konkret in spezifischen Projekten, so dass praktisches Handeln mit wissenschaftlicher Expertise begleitet und unterstützt wird. Aus dem Blickwinkel der Stiftung verhält es sich so, dass die Sozialwissenschaften diese Praxis zu sehr vernachlässigen und es daher notwendig ist, eine stärkere wissenschaftliche Aufmerksamkeit für die spezifischen Problemlagen der Praxis zu erzeugen. Das Ziel der Stiftung besteht darin, einen wechselseitigen Dialog und Wissensaustausch zwischen Wissenschaft und Praxis zu initiieren, sodass Praktiker wissenschaftliches Wissen zur Unterstützung erhalten aber auch Wissenschaftler mit der Praxis in Berührung gebracht und dadurch für ihre Forschungstätigkeit angeregt werden.

»Wir fördern Sozialwissenschaften und nicht etwa Projekte vor Ort, in Kommunen oder Städten. Die sind immer auch ein bisschen mit drin, aber letztlich ist unser Stiftungszweck die Förderung der Sozialwissenschaften und dabei eben die Praxisorientierung und die Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Praxis. D.h. konkret, dass wir ganz viele Veranstaltungen machen, die den Dialog, die Kommunikation ermöglichen, dass wir aber immer darauf achten, dass sowohl Wissenschaft als auch Praxis da ist, dass wir Publikationen machen, die sich zumeist an beide richten. Wir versuchen immer, diese Praxisorientierung und auch das Wissen von der Praxis in die Wissenschaft zu bringen, auf der einen Seite, aber auch genauso umgekehrt. Das geht in beide Richtungen: Dialog ist so, dass beide reden und beide zuhören.« (Int-5)

Sie sprechen zwei komplementäre Zielgruppen an und müssen die Bedürfnisse und Ansprüche beider Gruppen berücksichtigen.

»Die Zielgruppe ist bei uns immer eine doppelte, also Wissenschaft und Praxis, weil wir die in den Dialog setzen. Ja, die habe ich, glaube ich, immer im Kopf.« (Int-5)

Der zweite befragte Mitarbeiter dieser Stiftung bestätigt die Zielsetzung, stellt aber einschränkend fest, dass dieses Ziel nicht zwangsläufig immer erreicht wird. Außerdem solle der Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis nicht zum reinen Selbstzweck werden, denn es gehe vielmehr um konkrete gesellschaftliche Fragen, die zu bearbeiten sind, und nicht um besondere Kooperationsformen, die es zwingend zu etablieren gilt.

»Man versucht zwar immer, Wissenschaft und Praxis zusammen zu bringen, aber tatsächlich kommt man in der Praxis dann doch nicht an das eigene Anspruchsniveau heran. Das eine ist das Strategische, Konzeptionelle. Der Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaftlern und Praxis findet statt anhand von Gegenständen, das ist nichts Abstraktes, was man mit speziellen Verfahren und Methoden bearbeiten könnte, sondern es geht immer um etwas, um eine gesellschaftlich, um eine gesellschaftspolitische Frage.« (Int-6)

Aufgrund der thematischen Einschränkung auf Themen rund um Urbanität und Wohnen, sind auf Seiten der Praxis häufig die gleichen Personen vertreten: Es »ergibt sich schnell ein Kreis von üblichen Verdächtigen« (Int-6). Mit diesen Personen aus der Praxis werden Veranstaltungen, Projekte und Arbeitskreise zu einzelnen Fragen veranstaltet. Hierzu werden dann wissenschaftliche Referenten eingeladen. Dabei hat sich gezeigt, dass das Angebot an relevanten und interessierten Sozialforschern eher klein ist, so dass auch von Seiten der Wissenschaft fast immer dieselben Personen auftreten:

„Es werden Informationen zusammengefasst und übermittelt, dabei stellt man dann allerdings fest, dass es gerade im gesellschaftswissenschaftlichen Anteil in der Regel nicht so breit gestreut ist.“ (Int-6)

Die Idealvorstellung eines gelungenen Dialogs zwischen Wissenschaft und Praxis beschreibt die Mitarbeiterin dieser Stiftung an einem Beispiel. Es geht ihr nicht darum, die Praxis zu „verwissenschaftlichen“ oder die Wissenschaft zu „verpraktischen“, sondern einzig und allein um die Herstellung des persönlichen Kontakts zwischen Forschern und Praktikern und die Initiation eines Dialogs.

»Nein, wir wollen nicht verwissenschaftlichen. Die sollen schon bei ihrer Praxis bleiben. Die sollen vielleicht ein offenes Ohr für das Know-How der Wissenschaft haben, bekommen und das vielleicht auch abgreifen. [...] Die sollen sich nicht verändern. Vielleicht schon ein bisschen, aber die sollen nicht mutieren zu den jeweils anderen. Die sollen miteinander reden. In Kontakt bleiben und voneinander profitieren. Also die einen sollen nicht verpraktisch werden und die anderen nicht verwissenschaftlicht. Unsere Zielsetzung ist es, Kontaktmöglichkeiten zu schaffen und was auch teilweise klappt.« (Int-5)

An einem Beispiel schildert die Befragte nun, wie sie sich den gelungenen Dialog zwischen Praxis und Wissenschaft vorstellt.

»Also ich kann mich erinnern, bei einer Expertenrunde, da haben wir Wissenschaftler und Praktiker an einen Tisch geholt, damit die uns beraten, ob unser Projekt gut ist, ob man an dem Konzept was ändern müsste, in welche Richtung es gehen sollte. Also es war ganz klar, die sollten uns beraten, haben sie auch getan. Aber daraus entstanden dann viele Kontakte z.B. zwischen einem Arzt aus X, der da so ein Gesundheitsprojekt geleitet hat und einem Wissenschaftler. Die haben sich dann nachher noch getroffen und den Kontakt gehalten. Das war so eine Expertenrunde, wo auch ganz viel zwischen den Menschen passierte und gerade auch zwischen Wissenschaftlern und Praktikern, die sich dann entweder gegenseitig auf Tagungen einladen oder sich so austauschen, aber auf jeden Fall diesen begonnenen Kontakt nutzen. So wünschen wir uns das, nicht dass sie ineinander mutieren sollen, sondern dass die miteinander reden sollen.« (Int-5)

Deutlich wird an diesem Beispiel, dass die Zielsetzung weniger darin besteht, sozialwissenschaftliches und praktisches Wissen zu transferieren als vielmehr persönlichen Kontakt zwischen Wissenschaftlern und Praktikern herzustellen. Auf Grund dieser Kontakte sollen sie in der Folgezeit zusammenarbeiten, je nach dem jeweiligen Bedarf. Die Befragten legen hierbei einen Schwerpunkt auf organisatorische und weniger auf inhaltliche Aspekte. Eine Mitarbeiterin

aus dieser Stiftung war zuvor selbst in der Forschung tätig und beschreibt den Unterschied zwischen ihrer früheren Arbeit und ihrer jetzigen so, dass sie heute vielmehr Gespräche führe, vielmehr Kontakte verwalte und neues Wissen vor allem im persönlichen Kontakt aufnehme. In der Forschung habe man tiefer gehender gelesen und sich intensiv mit Inhalten beschäftigt, aber bei weitem nicht so viele Kontakte unterhalten. Rein formal sieht sie sich inzwischen als eine Mischung aus Forscherin und Praktikerin, mit der Einschränkung, dass ihr eigentlich die Ausbildung und die Kompetenzen für eine praktische Tätigkeit fehlen.

»Also ich bin so eine Mischung würde ich mal sagen, also die Praktikern bin ich sicherlich nicht, weil ich die Ausbildung nicht habe. Ich habe so ein bisschen wissenschaftliche Arbeit, wobei ich die lange nicht so tiefgehend und so lange und so intensiv machen kann, wie ich das früher gemacht habe. Das heißt ich habe Themenfelder, die ich mir auch nicht unbedingt selber aussuchen kann, und diese Themenfelder kann ich nicht so tief beackern, d.h. ich lese nicht alle Literatur, die es dazu gibt, was man ja sonst als Anspruch immer hatte. Aber dafür habe ich weitaus mehr Kontakte, ich führe viel mehr Gespräche, lerne viel mehr durch Gespräche was ich früher in der Wissenschaft seltener tun konnte, weil man da ja eher an seinem Schreibtisch sitzt und Bücher liest. Ich führe viel mehr Gespräche, aber ich habe auch ganz banale organisatorische Aufgaben. Es ist so eine Mischung aus ein bisschen Wissenschaft, dann sehr viel konzeptioneller Arbeit [...] Ich lerne viel mehr Menschen kennen, was ich total klasse finde, was aber am Anfang komisch war für mich, es war schon eine andere Welt. Es ist schon entfernt von dem herkömmlichen Universitätsleben.« (Int-5)

Die Welt der Praxis, so wie sie hier beschrieben wurde, unterscheidet sich signifikant von der Welt der Forschung: Während man in der Wissenschaft einen vollständigen Einblick anstrebt, zählt in der Praxis der schnelle und themenübergreifende Überblick. Der erfolgreiche Wissenschaftler muss sich und seine Interessen aber auf wenige Themen beschränken und ist üblicherweise ein Spezialist. Hinzu kommen die informellen Kontakte und Netzwerke, über die die inhaltliche Arbeit in der Praxis vorangetrieben wird, während der akademische Forscher sich sein Wissen aus der Literatur aneignet.

Projekt Partizipation: Auch die Stiftung, die dieses Projekt betreibt, ist eine rein operative Stiftung. Wichtiges Kennzeichen ihrer Projekte, wie man am *Projekt Partizipation* erkennen kann, ist die wissenschaftliche Fundierung politischer Reformen. Wobei, im Gegensatz zur *Stiftung Urbanität* steht hier, nicht die Verknüpfung von Wissenschaft und Praxis im Vordergrund, sondern die konkrete Entwicklung und Durchsetzung politischer Konzepte. Die Wissenschaft dient hierbei nur als *Mittel*, um die eigenen Ideen und Ansätze zu verbessern bzw. attraktiver für die politischen Entscheidungsträger zu machen. Dies ergibt ein ähnliches Motiv, wie es bei den politischen Stiftungen

beschrieben wurde: Die Stiftung ist ebenfalls als Makler aktiv auf dem *Markt der Argumente*.

»Wir sind eine operative Stiftung, d.h. unsere Projekte haben immer einen Praxisbezug. D.h. nicht, dass sie unwissenschaftlich sind, sondern wir sehen unsere Stärke gerade darin, an der Schnittstelle von praktischer Reformarbeit und wissenschaftlicher Fundierung zu arbeiten« (Int-7)

Ein besonderes Kennzeichen dieser Stiftung ist, dass sie selbst eigene, teilweise aufwändige Forschungsvorhaben umsetzt. Dabei orientiert sie sich an wissenschaftlichen Standards und arbeitet in enger Kooperation mit universitären Einrichtungen im In- und Ausland zusammen. Ziel aller Aktivitäten ist aber immer die Implementation neuer Verfahren oder Konzepte in der Praxis.

»Der erste Teil ist ein sehr sozialwissenschaftlich ausgestatteter Teil gewesen. Wir haben eine empirische Untersuchung gemacht, wie sie vielleicht wissen, wir haben 17.000 Jugendliche befragt zu ihrem Partizipationsverhalten, wir haben Schulleitungen befragt, Lehrer und Kommunalverwaltungen befragt. Hypothesengestützt, d.h. wir haben ein richtiges Design einer richtigen wissenschaftlichen Untersuchung entwickelt, die Federführung dafür lag bei mir, die wissenschaftliche Umsetzung lag bei der Universität Zürich und die wissenschaftliche Begleitung erfolgte durch einen Beirat in dem auch Prof. [Blau] vertreten ist. Die zweite Phase des Projekts besteht jetzt darin, die Erfahrungen, die wir auf der Basis unserer wissenschaftlichen Untersuchungen gemacht haben, mit Kommunen auszutesten, neue Verfahren zu implementieren, die dann wieder wissenschaftlich evaluiert werden« (Int-7)

Projekt Migration: Im Mittelpunkt steht beim *Projekt Migration*, ähnlich wie im *Projekt Partizipation*, die Praxis. Ziele des Projekts sind positive Beispiele für gelungene Integration von Migranten, vor allem in den Arbeitsmarkt, zu dokumentieren und als *best-practice* Beispiele weiter zu kommunizieren. Die Stiftung fördert hierbei lokale Projekte zur Integration vor Ort. Sie versteht sich also, im Gegensatz zu den vorhergehenden beiden Stiftungen, nicht nur als operative, sondern auch als fördernde Stiftung. Die Projektförderung stellt demzufolge auch den größten Ausgabeposten dieser Stiftung dar. Über die Projektförderung hinaus bietet sie beispielsweise auch Stipendien für Studierende an. Im *Projekt Migration* wurde – was aber ausdrücklich als Ausnahme bezeichnet wurde – auch gezielt Forschung gefördert. Dadurch sollte das Thema Migration ausführlich wissenschaftlich untersucht werden, um für geförderte Modellprojekte eine wissenschaftliche Fundierung bereitzustellen.

Der Fokus aller drei Stiftungen liegt auf Veränderungen in der Praxis. Unterschiede finden sich lediglich in den spezifischen Arbeitsbereichen, auf die sie ihre Aufmerksamkeit konzentrieren: Stadt, politische/bürgerschaftliche Beteiligung und Einwanderung. Die Wissenschaft spielt, im Unterschied zu

den politischen Stiftungen, nicht die Rolle eines Materiallieferanten, dessen Produkte weiterverarbeitet und weiter gegeben werden, sondern ist *Partner* und *Auftragnehmer* bei der Durchführung von Projekten in der Praxis. Die *Stiftung Urbanität* stellt überdies den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit, wobei sie dies immer unter dem Gesichtspunkt der Förderung der Praxis tun.

Imperativ der Wissensgesellschaft: Relevanz wissenschaftlicher Expertise

Stiftung Urbanität: Wie bereits das Selbstverständnis der Stiftung zeigt, spielt die Sozialwissenschaft eine zentrale Rolle in der operativen Arbeit dieser Stiftung. Erklärtes Ziel ist es, den Wissenschafts-Praxis-Dialog zu verbessern. Alle Veranstaltungen und Publikationen richten sich daher immer an beide Adressaten. Interessant ist, dass hierbei die Praxis der Wissenschaft als teilweise überlegen angesehen wird. Herrscht bei den politischen Stiftungen die Auffassung, man könne den politischen Prozess durch wissenschaftliche Expertise aufwerten und verbessern, so gehen die Mitarbeiter der Stiftung Urbanität davon aus, dass es eher die Wissenschaft sei, die durch den Kontakt zur Praxis eine Verbesserung erfahren würde. Die Erfahrungen der Mitarbeiter in der Auseinandersetzung mit Wissenschaft und Praxis belegen diese Haltung.

»Also dass die Wissenschaft die Praxis anregen kann, das glaube ich mittlerweile nicht mehr. Mein allgemeiner Eindruck ist der, dass die Praxis die Wissenschaft anregt. Was Wissenschaft produziert sind ja auch vielfach Dinge, die auch in der sogenannten Praxis produziert werden.« (Int-6)

Gleichzeitig wird die Exklusivität der wissenschaftlichen Expertise in Frage gestellt. Erstens stammen viele Erkenntnisse der Sozialwissenschaften aus der Praxis und sind daher für die Praktiker selbst nicht neu, wie im obigen Zitat bereits angedeutet. Zweitens bieten zahlreiche andere Institutionen, wie z.B. Unternehmensberatungen oder andere kommerzielle Forschungsunternehmen, ähnliche Datensätze und Informationen wie die akademische Forschung an. Aus Sicht der Mitarbeiter ist die Methodik der Sozialwissenschaft nicht (mehr) exklusiver Bestandteil der akademischen Forschung und verliert dadurch ihren besonderen Status. Kritisch führen die Befragten an, die akademische Sozialforschung würde zwar ihre Rigorosität hinsichtlich Methoden und Arbeitsweise herausstellen, aber es fehle die Nähe zu den drängenden Problemen im Alltag. Wissenschaft erscheint ihnen in dieser Hinsicht als »Etepetete« (Int-6) und schwerfällig. Dies erklärt auch, warum sich hinter dem Ziel, den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zu

fördern, vor allem die Förderung der Praxisnähe der Wissenschaft versteckt. Aus Sicht der Befragten sind zahlreiche Sozialwissenschaftler bislang zu praxisfern.

Sozialforschung wird betrieben von »... Einrichtungen die mit wissenschaftlichen Methoden arbeiten, also Forschungsinstituten, Unternehmensberatungen, Marketingabteilungen in Unternehmen. Also empirische Übersichten, Marktansichten, Benutzer- oder Bewohnerbefragungen und, und, und. Es gibt ja die Instrumentarien der Sozialwissenschaft, Informationen zu erheben und zu systematisieren. Das ist ja kein Exklusivrecht der Wissenschaft mehr. Das Einzige, dass den akademischen Bereich, also den Hochschulbereich, von anderen unterscheidet, ist vielleicht, dass sie so ein bisschen mehr Etepetete und sauber mit den Methoden sind und dass ihnen aber dafür oftmals der unmittelbare Zugang zu dem, was dann wirklich interessant ist, wo es brennt, fehlt. Insofern ist dann da noch eine gewisse Schwerfälligkeit. Dafür gibt es die Möglichkeit, über einen längeren Zeitraum die grundlegenden Fragen zu beantworten oder bzw. sich damit zu beschäftigen.« (Int-6)

Diese Praxisferne der Sozialwissenschaften zeige sich auch im Arbeitsalltag der Stiftung. Wenn beispielsweise die Mitarbeiter der Stiftung gesellschaftspolitisch relevanten Themenfelder mit Bezug zum urbanen Leben identifiziert haben, finden sie schnell Interesse und Zugang in der Praxis. Unternehmen, Verbände, öffentliche Einrichtungen sowie Politik und Medien stehen meist für Kooperationen bereit. Bei den Sozialforschern verhält es sich hingegen so, dass es entweder jemanden gibt, der zu diesem Thema forscht und sich dann ggf. beteiligt, oder es gibt so jemanden nicht. Es ist noch nie dazu gekommen, dass man einen Wissenschaftler oder eine wissenschaftliche Einrichtung zu einem Thema, das zwar in der Praxis von Bedeutung ist, wissenschaftsintern aber bislang nicht beachtet wurde, anregen konnte.

Dies ist für die Stiftung umso problematischer, als sie Themen und Fragestellungen besetzen müssen, die nicht bereits von zahlreichen anderen Institutionen behandelt werden, um als einzelne Einrichtung öffentlich sichtbar zu sein. Aus der Sicht der Befragten orientieren sich Wissenschaftler weniger an aktuellen gesellschaftlichen Problemlagen als vielmehr an wissenschaftsinternen Diskursen. Der Wissenschafts-Praxis-Dialog soll dementsprechend dazu dienen, Forscher für die Belange der Praxis zu interessieren und anzuregen, sich intensiver damit zu beschäftigen.

»Praxis heißt in dem Fall Unternehmen, Verbände, öffentliche Einrichtungen, Politik, Medien, die darauf anspringen. Während mit der Wissenschaft meine Erfahrung ist, entweder gibt es da jemand, der interessiert sich schon dafür, oder das war es. Dass man irgendwie systematisch da die Wissenschaft zu irgendeinem Thema anregen könnte, habe ich bisher noch nicht erfahren. So das ist dann doch zu selbstbezüglich.« (Int-6)

Bezeichnend ist in dieser Hinsicht, dass die *Stiftung Urbanität* einen eigenen Preis für Forscher ausgelobt hat, die sich um die Praxis verdient gemacht haben. Damit wird auch der Versuch unternommen, die Belange der Praxis in der Wissenschaft zu etablieren und in die Belohnungsstrukturen der

akademischen Forschung einzuwirken. Für die *Stiftung Urbanität* stellt die Wissenschaft vor allem einen wichtigen Adressaten dar; die Stiftung versucht, einen Dialog zu initiieren, zu dem die Wissenschaft nur bedingt in der Lage ist und Bereitschaft zeigt. Diese beiden Aspekte, fehlende Praxisnähe und fehlende Bereitschaft zur Kooperation, versucht die Stiftung durch ihre Arbeit zu überwinden.

Projekt Partizipation: Im *Projekt Partizipation* spielt die Wissenschaft eine weitaus dominantere Rolle als bei der *Stiftung Urbanität*. Die Wissenschaft dient einerseits als Basis der operativen Arbeit, d.h. sie liefert Ergebnisse und Erkenntnisse, die das Handeln des Projekts steuern und unterstützen, und andererseits ist sie Vehikel zur Zielerreichung des Projekts. Die Wissenschaftler, mit denen im Rahmen des Projektes kooperiert wird, sind angehalten, die Erkenntnisse aus dem Projekt und die Position der Stiftung in unterschiedlichen Öffentlichkeiten zu vertreten. Wie oben bereits angedeutet, wird die Wissenschaft in den Stiftungen als Mittel zur Durchsetzung von eigenen Ziele in der Praxis angesehen. Die Wissenschaft liefert den seriösen, d.h. wissenschaftlichen Überbau und dient der Aufwertung der Arbeit in den Stiftungen.

Die befragte Mitarbeiterin sagt, so gelinge es ihr, den eigenen Vorhaben einen objektiven und wissenschaftlichen Überbau zu geben. Gleichzeitig vertreten die Wissenschaftler, quasi als Gegenleistung für die Auftragsarbeiten der Stiftung, deren Positionen sowohl in den Medien als auch in der Fachöffentlichkeit. Während die *Stiftung Urbanität* und die politischen/parteinahen Stiftungen die methodische und theoretische Rigorosität der akademischen Wissenschaft teilweise kritisieren, wird sie im Zusammenhang mit dem *Projekt Partizipation* geradezu als Qualitätsmerkmal der Stiftungsarbeit angesehen: Man zeigt, dass man selbst in der Lage ist, hochwertige Forschung zu betreiben oder betreiben zu lassen, aufwendige statistische Verfahren durchzuführen und nur objektive Forschungsergebnisse verbreitet. Die Wissenschaftler selbst sollen sich mit den Inhalten und für die Belange des Projektes und der Stiftung in das Scheinwerferlicht begeben, als Lohn erhalten sie die Möglichkeit zur gemeinsamen Publikation der Ergebnisse mit der Stiftung.

»Wissenschaft legt einerseits die Basis. Im Rahmen der empirischen Untersuchung haben wir Faktoren identifiziert mit einer Varianzaufklärung von 49,7 %, die das Partizipationsverhalten von jungen Menschen beeinflussen. Wir sind nicht bei einer deskriptiven Statistik stehengeblieben, sondern wir haben versucht, Ursachenforschung zu machen, unter Nutzung üblicher statistischer Methoden. Beispielsweise haben wir mit Strukturgleichungsmodellen gerechnet. Wissenschaft unterstützt uns natürlich in diesem Erkenntnisprozess. Wissenschaft hat dann aber auch für uns nicht nur die Aufgabe, uns bei der Entwicklung von Forschungsdesigns zu unterstützen, sondern die

Projektarbeit auch in der Praxisphase zu beraten. Und Wissenschaft hat für uns auch die Aufgabe, die Ergebnisse in verschiedene Öffentlichkeiten hineinzutragen. Und wenn ich sage verschiedene Öffentlichkeiten, dann meine ich einerseits die wissenschaftliche Community, also wir arbeiten auch ganz stark mit Publikationen, andererseits auch eine breitere Fachöffentlichkeit, in dem wir sehr gerne Mitglieder unseres Beirates ansprechen, dass nicht nur wir unsere Ergebnisse in Veranstaltungen vortragen, sondern eben auch die Wissenschaftler diese Sachen vortragen. Und die Wissenschaft profitiert dann vielleicht auch wieder von uns, indem Anstöße zu Publikationen gegeben werden. Ganz konkret hat Prof. [Blau] in Kooperation mit Prof. [Grün] von uns den Auftrag bekommen, eine Expertise zu erarbeiten, und daraus hervorgegangen ist ein Buch. Das ist einerseits ein wissenschaftliches Buch, was die Argumente für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen systematisiert. Andererseits ist es auch handlungsorientiert, auf die Praxis bezogen, indem wir das Buch eigentlich abrunden, indem dreizehn Handlungsempfehlungen für Kommunen entwickelt werden, die auf einer Praxisebene Vorschläge machen, wie Beteiligungsstrukturen ganz konkret in einer Kommune aufgebaut werden können.« (Int-7)

Deutlich wird hieran, dass es darum geht, Veränderungen in der Praxis hervorzurufen. Die Wissenschaft liefert hierfür konzeptionelle Unterstützung bei der Entwicklung und legitimiert die Ergebnisse durch ihre wissenschaftliche Autorität. Die Ergebnisse erscheinen daraufhin nicht mehr als Produkt der Arbeit einer Stiftung, sondern als valide, empirische Ergebnisse unabhängiger sozialwissenschaftlicher Forschung. Wie die Zusammenarbeit beispielsweise bei der Gestaltung von Publikationen vor sich geht, beschreibt die Mitarbeiterin an einem Beispiel.

»Den Anstoß und die Idee zu diesem Buch habe ich als Projektleiterin gegeben. Prof. [Blau] und Prof. [Grün] haben sich bereit erklärt, einen ersten Konzeptentwurf zu erarbeiten, der mit mir als Projektleitung und auch mit dem Beirat rückgekoppelt worden ist. Daraus haben sich dann nochmal Änderungen in der Gliederung ergeben. Dann ist die Expertise erstellt worden. Das geht zurück an uns, hier wird Korrektur gelesen. Und dann spricht man darüber, welche Modifikationen erforderlich sind. Also sehr kollegial. Wobei es natürlich so ist, dass das wissenschaftliche Urheberrecht bei den Autoren liegt. Ganz klar, wir grätschen da nicht in Positionen hinein, die die Wissenschaftler haben, und das verträgt sich nicht mit unseren Positionen. Sondern das ist ein dialogischer Prozess.« (Int-7)

Deutlich wird an diesen Ausführungen, dass die Forscher in ihrer Publikationstätigkeit nicht völlig unabhängig sind sondern ihre Beurteilungen und Ergebnisse eng mit der Stiftung und der Projektleitung abstimmen. Sie räumt zwar ein, dass den Wissenschaftlern keine Vorschriften gemacht werden (»grätschen nicht rein«), es aber doch einen Aushandlungsprozess gibt, bei dem die Meinung der Stiftung zumindest gleichberechtigt ist. Gleichzeitig wird aber daran auch sichtbar, wie eng die Zusammenarbeit zwischen dem *Projekt Partizipation* und den Sozialforschern ist. Von einer Zweitverwertung oder Vermittlerrolle, wie bei den politischen Stiftungen, oder einer reinen Dialogfunktion, wie bei der *Stiftung Urbanität*, kann keine Rede sein.

Projekt Migration

Beim *Projekt Migration* spielt die Wissenschaft eine vergleichbare Rolle, wie im *Projekt Partizipation*. Wissenschaftler helfen bei der Konzeptionierung der

Projektarbeit und fungieren als Multiplikatoren der Inhalte und Zielvorstellungen des Projektes. Zur Realisierung des Projektes wurde keine eigene Studie in Auftrag gegeben wie beim Projekt *Partizipation*, aber ein Sozialforscher wurde damit beauftragt, eine wissenschaftliche Expertise zum Thema Migration anzufertigen. Im Prinzip handelte es sich dabei um eine Aufarbeitung und Übersicht zum aktuellen Forschungsstand. Im persönlichen Gespräch mit Forschern bespricht und reflektiert die Projektleiterin gern ihre eigenen Gedanken, Ideen und Konzepte. Die Forscher dienen dann als Diskussionspartner, die mit kritischen Anmerkungen die Projektarbeit bereichern sollen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass für das *Projekt Migration* Wissenschaftler gezielt als Türöffner und Legitimatoren eingesetzt werden, d.h. in Verhandlungen mit anderen Kooperationspartnern aus der Praxis oder bei öffentlichen Auftritten wurden Forscher hinzu gebeten, um die Seriosität des Vorhabens zu unterstreichen. Laut Protokoll hat diese Mitarbeiterin es wörtlich so formuliert »Das Auftreten eines Wissenschaftlers wirkt.«, womit sie meint, dass es einem Wissenschaftler von einer Universität mit Professorentitel besser gelingt, andere von einer Sache zu überzeugen. Wäre sie allein, nur als Vertreterin dieser immerhin äußerst renommierten und bekannten Stiftung aufgetreten, hätte man sie nicht so ernst genommen.

Betrachtet man die drei unterschiedlichen Fälle, so fällt auf, dass die Bedeutung der Wissenschaft für die Arbeit generell als recht hoch eingestuft wird, jedoch jeweils mit leicht unterschiedlichen Schwerpunkten: für die *Stiftung Urbanität* ist die Wissenschaft vor allem Adressat ihrer Arbeit, für das *Projekt Partizipation* ist die Wissenschaft konkreter und intensiver Kooperationspartner bei der Konzeption und Durchführung von Projekten und für das *Projekt Migration* ist die Wissenschaft schließlich eine Ergänzung und Unterstützung in der Projektarbeit. Hierbei findet man keine Dominanz der Wissenschaft über die Praxis der Stiftungen, eher herrscht eine kollegiale Egalität oder teilweise sogar ein Überlegenheitsgefühl der Praxis über die Wissenschaft vor.

Umgang mit wissenschaftlicher Expertise: Suchen, Verwenden und Bewerten

Stiftung Urbanität: Die Verwendung wissenschaftlicher Expertise in der alltäglichen Arbeit der Mitarbeiter dieser Stiftung ist oberflächlich. Wie sie betonen, geht es ja auch *nur* darum, einen Dialog zwischen Wissenschaftlern und Praktikern in Gang zu setzen (dies ähnelt der „Spielbein-Aufgabe“ in den politischen Stiftungen). Hinzu kommt, dass die Befragten von den Sozialforschern nicht unbedingt neue und überraschende Erkenntnisse

erwarten. Parallel dazu sind die Projekte der Stiftung kurzfristiger Natur, sodass es den Mitarbeitern kaum möglich ist, ein eng umrahmtes Thema über einen längeren Zeitraum intensiv zu bearbeiten und entsprechend umfangreiches wissenschaftliches Material zu sichten oder gar zu lesen. In der Regel besteht die Aufgabe der Mitarbeiter darin, die richtigen, passenden Forscher für den Dialog mit der Praxis zu finden. Die inhaltliche wissenschaftliche Expertise wird erst in den Veranstaltungen und den Projekten der Stiftung z.B. durch Vorträge und dergleichen aktualisiert:

»Man ist nicht so lange an einem Ding, man kann nicht so viel Fachwissen aufbauen wie man das zu Universitätszeiten konnte. D.h. ich muss so ein bisschen überblicksmäßig“ arbeiten« (Int-5)

Die Befragten verfügen zwar selbst über notwendiges Fachwissen und können auf eine eigene Bibliothek zugreifen, jedoch sind im Arbeitsalltag die Auswertung der Tagespresse und der Kontakt zu Kooperationspartnern wichtiger als der zur Wissenschaft. Es ist, wie man am Selbstverständnis der Stiftung erkennen konnte, auch nicht so, dass diese Stiftung auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse Projekte entwirft sondern umgekehrt, dass man in der Praxis Projekte gestaltet und versucht, die Wissenschaft auf diese Maßnahmen aufmerksam zu machen und zur Beteiligung anzuregen. Von Verwendung wissenschaftlicher Expertise im Sinne einer anwendungsorientierten Umsetzung kann auf der Basis der Interviews im Rahmen der *Stiftung Urbanität* nicht gesprochen werden. Vielmehr ist die Wissenschaft selbst Gegenstand und Adressat der Aktivitäten der Stiftung.

Generell wird aber auch der Nutzen der (Sozial-)Wissenschaften für die Verwendung in der Praxis skeptisch gesehen. Wie oben bereits angedeutet, gehen die beiden interviewten Mitarbeiter davon aus, dass eher die Praxis die Wissenschaft anregt als umgekehrt. Dies erkenne man beispielsweise daran, dass aktuelle Entwicklungen in der Praxis erst mit zeitlicher Verzögerung (wenn überhaupt) in der Wissenschaft ankommen.

»Die Frage in der Praxis ist dann häufig: ‚Wo kriege ich denn jetzt meinen Gesellschaftswissenschaftler her?‘ Und wenn ich welche finde, die sich mit dem Thema beschäftigt haben, dann sind die gerne, ich sage mal mit Verlaub, ein bisschen hinter dem Mond, was die Aktualität angeht. Das hat allerdings was mit der Produktionsweise der Gesellschaftswissenschaft zu tun und ist denen nicht individuell anzulasten.« (Int-6)

Warum dies so ist, beschreibt derselbe Interviewpartner an anderer Stelle weiter.

„Ein Problem der Produktionsweise ist, dass die Leute erst auf ein Thema aufmerksam werden, wenn es im Grunde genommen schon öffentliche Aufmerksamkeit erlangt hat, d.h. wenn es etwas engere Fachkreise überschreitet. Dann fangen sie an, sich mit solchen Themen zu beschäftigen. Typischerweise wird dann irgendwelche Empirie gemacht, d.h. es wird häufig ein allgemeiner Überblick produziert über Dinge, die man dem Grunde nach schon weiß. Wenn die dann fertig sind

mit ihren Studien, sind sie ein oder zwei Jahre hinterher hinter der aktuellen Entwicklung, und wenn sie jetzt nicht noch mit ganz speziellen Fragen beschäftigen, die besonders interessant sind, ist das für jemanden der mit der Praxis vertraut ist völlig uninteressant. Dann hat man niemanden, der einem was Interessantes erzählen kann.“ (Int-6)

Die *Wissenschaft hinkt der Praxis zeitlich hinterher und reproduziert*, so die Haltung in dieser Stiftung, nur das, was innerhalb der Praxis sowieso schon bekannt war. Freilich finden sich auch positive Beispiele, bei denen es anders ist. Diese sind jedoch selten. Die Forscher bieten dabei auch kein neues Wissen an sondern haben das Bekannte nur systematisch aufbereitet, so dass es für die Praktiker von Interesse ist. Am Beispiel eines Forschers, der sich mit Betreutem Wohnen beschäftigt, wird geschildert, worin für die Praxis taugliches Wissen besteht:

»Zum Betreuten Wohnen gibt es im Grunde genommen nur einen Sozialwissenschaftler – ich weiß gar nicht ob der Sozialwissenschaftler offiziell ist, aber er macht jedenfalls da in dem Bereich empirische Arbeit – nur einen Menschen, der mal tatsächlich Erhebungen macht, der Befragungen macht und das auch über einen längeren Zeitraum dokumentiert, was dort eigentlich passiert. Auch das sind Dinge, die man dem Grund nach schon ahnte, aber hier ist es systematisch aufbereitet. Das besonders Interessante ist, dass sind solche Informationen, die es in dieser Form sonst nirgendwo gibt.« (Int-6)

Deutlich wird hieran, für wie schwierig es die Mitarbeiter der *Stiftung Urbanität* halten, wissenschaftliches Wissen aktiv in der Praxis zu verwenden. Wissenschaftliches Wissen bzw. wissenschaftliche Expertise wird von der *Stiftung Urbanität* hinsichtlich seiner *Aktualität* und seines *Neuigkeitswertes* beurteilt. Beides gilt als notwendig für die Verwendung der Expertise in der Praxis. Der Grund, warum es häufig zu keiner Verwendung kommt, ist nicht, dass das Wissen nicht richtig, wahr oder prinzipiell unnütz wäre sondern, dass es veraltet und bereits in der Praxis bekannt ist.

Projekt Partizipation: Im *Projekt Partizipation* sieht man die Verwendung und den Gebrauch wissenschaftlicher Expertise in der Praxis bei weitem nicht so kritisch. Auch wenn die Projektleiterin eingesteht, dass es äußerst unterschiedliche Qualitäten akademischer Forschung gibt.

»Ich kenne sehr unterschiedliche universitäre Projekte: ich kenne Projekte, die sehr stark an unserer Arbeitsweise dran sind, indem sie Modellprojekte initiieren, indem sie die Modellprojekte ganz praktisch begleiten, z.B. in Kindertagesstätten hineingehen, Qualifizierung von Erzieherinnen machen, Qualifizierung von Lehrern machen und das dann wieder wissenschaftlich auswerten. Das würde sehr stark unserer Arbeitsweise entsprechen. Zu anderen universitären Projekten würde ich Abgrenzungen machen, dann wenn diese universitären Projekte dabei stehen bleiben, Grundlagenforschung zu machen.« (Int-7)

Sie betont aber, wie wichtig es für sie ist, einen hohen wissenschaftlichen Standard in der Praxis zu realisieren und sich nicht nur auf alltägliche

Beobachtungen o.ä. bei der Konzeption ihrer Projekte beziehen zu müssen. Die wissenschaftliche Expertise und die Kooperation mit Forschern und Forschungseinrichtungen dienen als ständiges Korrektiv in der praktischen Arbeit der Stiftung. Vor allem betont die Projektleiterin, dass die Forscher mit denen sie kooperiert, sich eben durch eine dezidierte Kenntnis der Praxis auszeichnen. Dies kann als Zeichen dafür gedeutet werden, dass der Unterschied in der Bewertung der Praxistauglichkeit von wissenschaftlichem Wissen zwischen *Stiftung Urbanität* und *Projekt Partizipation* kein grundsätzlicher ist. Es mag eher daran liegen, dass es den Mitarbeitern im *Projekt Partizipation* erfolgreicher gelingt, Wissenschaftler zur Kooperation mit der Praxis und zur anwendungsorientierten Forschung zu animieren. Hierbei ist anzumerken, dass die Stiftung, die sich hinter dem *Projekt Partizipation* verbirgt, über ungleich höhere finanzielle Mittel, einen weitaus größeren politischen Einfluss und öffentliche Aufmerksamkeit verfügt, was die größere Kooperationsbereitschaft der Wissenschaftler erklären mag.

»Die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft läuft optimal: wir haben sehr konstruktive Wissenschaftler, die den Blick auf die Praxis haben. Dabei aber keine Abstriche an ihren wissenschaftlichen Standard machen. Die absolut verlässlich sind. Die das sind, was wir haben wollen, nämlich kritische Begleiter. Wir brauchen Leute, die uns auch mal den Spiegel vorhalten, wenn sich Gegensteuerungsbedarf zeigt. Also ich kann ihnen nicht sagen, das ich im Augenblick da Optimierungsbedarf sehe.«(Int-7)

Die Projektleiterin gesteht auch ein, dass es eben noch nicht üblich oder normal ist, was sie in Zusammenarbeit mit Forschern realisiert. Prinzipiell schätzt sie aber ihr Vorgehen als vorbildlich ein und empfiehlt die Nachahmung. Im Gegensatz zur *Stiftung Urbanität* liegt für sie aber die Ursache nicht in der zeitlichen Verzögerung wissenschaftlicher Forschung, sondern in der fehlenden Bereitschaft der Forscher, sich mit ihren Ergebnissen an die Öffentlichkeit und Praxis zu wenden. Die Art und Weise wie Forschungsergebnisse präsentiert werden, sei verantwortlich dafür, dass es zu keiner Verwendung in der Praxis kommt. Ihre Kooperationen sind für sie Hinweise darauf, dass es auch anders geht, wenn auf beiden Seiten der Wille vorhanden ist. Sie empfiehlt Forschern, eine einfachere und verständlichere Sprache zu wählen und neben umfangreichen und allgemeinen Publikationen verstärkt kürzere und auf die Praxis zugeschnittene Texte zu produzieren.

»Ich würde mir schon wünschen, dass das was wir in diesem Projekt machen, dass Wissenschaft und Praxis in einem produktiven Austausch stehen, dass das vielleicht üblicher wird als bisher in manchen Wissenschaftsbereichen üblich ist. Ich würde mir bei mancher wissenschaftlichen Publikation eine Orientierung an Schreibweisen, die in anglo-amerikanischen Ländern üblich sind wünschen: das was man mit viel Sorgfalt wissenschaftlich eruiert hat, auch so ausdrückt, dass es einer breiteren Öffentlichkeit verständlich ist. Zumindest dass man den wissenschaftlichen Produkten vielleicht kleinere Produkte an die Seite stellt, wo man dafür sorgt, dass das was man findet, auch für die Praxis produktiv gemacht wird.« (Int-7)

Wissenschaftliche Expertise kommt im *Projekt Partizipation* umfassend zur Verwendung. Die Befragte empfindet es als bereichernd und als große Unterstützung. Die Übertragung der Expertise durch das Projekt auf die Praxis wird als Zugewinn für die Praxis aufgefasst. Die Verwendung erfolgt aktiv und in einem engen Kooperationsverhältnis, das sich dadurch auszeichnet, dass die Mitarbeiterin der Stiftung selbst einen großen Einfluss auf die Gestaltung der wissenschaftlichen Expertise hat.

Die Rolle des wissenschaftlichen Experten beschreibt die Projektleiterin wie folgt:

"Prof. [Blau] nimmt regelmäßig an Beiratssitzungen teil und berät uns; auch kritisch und das ist auch absolut so gewollt. Er übernimmt Aufträge von uns für Publikationen. Er unterstützt uns bei der Durchführung von Veranstaltungen. Er stellt fachliche Kontakte her, wenn wir ihn darum bitten. Das klingt jetzt irgendwie vielleicht sehr normal, ist aber grundlegend für uns in der Projektarbeit, absolut zentral, um Projekte zu einem Erfolg zu bringen. [...] Im Hinblick auf Input: Einerseits Input geben, andererseits auch Projektergebnisse zu multiplizieren, in den Fachdiskurs einzuspeisen." (Int-7)

Projekt Migration: Im *Projekt Migration* dient, ähnlich wie im *Projekt Partizipation*, die Kooperation mit der Wissenschaft dazu, die Projektarbeit aufzuwerten und ihr gegenüber anderen Kooperationspartnern aus der Praxis eine größere Autorität zu verleihen. Die Verwendung erfolgt unter dem Gesichtspunkt, dem Projekt einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben. Die beteiligten Forscher seien aber unabhängig in ihrer Arbeit, d.h. sie würden die bereitgestellten Mittel frei und ergebnisoffen einsetzen können. Für die Projektleiterin war es ein zentrales Anliegen, dass ihre gesamte Projektkonzeption auf einer wissenschaftlichen Expertise beruht. Nur so könne sie die Ergebnisse und Ansätze des Projekts effektiv in den öffentlichen und politischen Diskurs hineinführen. Bei der vom Projekt angeforderten Expertise handelte es sich aber nicht um eine eigene Studie mit neuen Ergebnissen, wie beim *Projekt Partizipation*, sondern um eine systematische Aufarbeitung des Forschungsstandes (»state of the art«). Diese sollte auch Empfehlungen beinhalten, wie das angesammelte wissenschaftliche Wissen in die Praxis zu transferieren sei. Der dafür ausgewählte wissenschaftliche Experte war überraschenderweise für das behandelte Thema nicht einschlägig. Er forschte bislang zwar zu entfernt verwandten, aber deutlich anderen Themen. Wichtig war der interviewten Mitarbeiterin hierbei aber, dass dieser Experte bereits über Erfahrung mit Projekten in der Praxis verfügte, gute Kontakte zu Praktikern und Politikern unterhielt und in seinem Auftreten überzeugend und verständlich war. Seine fehlende Detailkenntnis des Themas spielte für seine Tauglichkeit als Berater keine Rolle. Für die Projektleiterin selbst war die

Migrationsthematik vollkommen neu, daher benötigte sie die grundlegende und einführende Expertise, um sich selbst einen Überblick über den Sachstand zu verschaffen. Interessant ist hierbei, dass die Projektleiterin hauptsächlich Expertengespräche mit Praktikern führte. Der Kontakt zu dem beratenden Forscher stellt eine Ausnahme dar. Die Rolle der wissenschaftlichen Expertise erstreckte sich im Verlauf des Projektes dann immer mehr auf den Bereich der praktischen Umsetzung des Migrationsprojektes, d.h. auf einen Bereich, den der Forscher zwar aus seiner persönlichen Erfahrung mit Politik und Praxis kannte, zu dem er aber keine wissenschaftlichen und empirischen Kenntnisse beisteuern konnte. Auch in diesem Fall erkennt man ein anschauliches Beispiel für den in Abschnitt 2.4.3 beschriebenen Expertisentransfer. Für die Befragte wurde der wissenschaftliche Experte immer mehr zum Dialog- und Gesprächspartner bei allen Entscheidungen und Problemen. Er diente der Projektleiterin als erfahrener Ratgeber und kritischer Fragensteller. In unsicheren Situationen und bei unklaren Sachverhalten konnte er durch die Autorität seines Expertenstatus für Handlungssicherheit sorgen und die Entscheidungsunsicherheit *absorbieren* (Tacke 2000).

Auch beim Kontakt mit Praktikern und Vertretern der Politik verlieh der Experte dem Projekt zusätzliche Autorität. Ihm gelang es, Menschen zu überzeugen und ihnen eine neue Perspektive zu vermitteln. Inwieweit dies aber auf den Inhalten seiner wissenschaftlichen Expertise beruhte, ist schwer zu beurteilen. Vermutlich haben Persönlichkeit, Charisma und Auftreten des Forschers einen Anteil an diesen Leistungen und nicht nur die von ihm vorgetragenen Ergebnisse und Erkenntnisse. Die Projektleiterin sagt, dass sie sich mit ihm und seinen Beiträgen »schmückt« und er für das Projekt »Glaubwürdigkeit erzeugt«. Der beratende Forscher gibt ihr darüber hinaus Anregungen für Handlungsalternativen und Sicherheit bei Entscheidungen.

Die Verwendung wissenschaftlicher Expertise im *Projekt Migration* findet in mindestens dreierlei Weisen statt: erstens als grobes Überblickswissen, zweitens als persönliche Beratung in der Projektkonzeption mit nur geringem wissenschaftlichen Inhalt und drittens als Autorität im Umgang mit anderen Akteuren aus Politik und Praxis.

Stiftung Urbanität: Die Mitarbeiter dieser Stiftung bearbeiten Projekte verschiedener Themen in kurzer Folge. Daraus resultiert, dass sie nicht die Möglichkeit haben, in jede Thematik tief einzutauchen und beispielsweise die vorhandene Literatur zu sichten oder zahlreiche Experten zu konsultieren. Erschwerend kommt hinzu, dass es zu den Oberthemen ‚Stadt‘ und

„städtisches Leben“ in Deutschland keine einschlägige wissenschaftliche Zeitschrift (mehr) gibt, die einen guten Überblick bietet. Viele Publikationen stammen außerdem von Einrichtungen, die der Praxis zuzurechnen sind. Deren Expertise aus einem guten Überblick über das Feld besteht und nicht aus wissenschaftlicher Reflexion oder Analyse.

Die Befragten schildern, dass die Praxisakteure in ihrem Feld sehr gut miteinander vernetzt seien. Auftretenden Fragen und Probleme werden daher meist im persönlichen Gespräch mit Personen aus dem eigenen Netzwerk geklärt.

Für den aktuellen Überblick sorgen die Mitarbeiter der Stiftung, indem sie Tages- und Wochenzeitungen systematisch auswerten. Die Hauptursache, dass sie sich nur mit Überblicken, Zusammenfassungen und Einführungen beschäftigen, liegt für die Befragten eindeutig beim hohen Arbeitstempo und der daraus resultierenden fehlenden Zeit. Die bereits angesprochene *Verpassensangst*, d.h. das Gefühl, eigentlich mehr in die Tiefe gehen zu müssen, um ja kein wichtiges Wissen zu übersehen, zeigt sich in den Interviews ebenfalls. Überraschend ist an dieser Stelle, dass die oben erwähnte Skepsis gegenüber wissenschaftlicher Expertise nicht zu einem generellen Desinteresse an ihr führt.

„Ich suche natürlich sehr stark nach Inhalten. Was passt zu dem, was ich machen möchte? Aber natürlich ist ein Hauptproblem die Zeit. Ich kann nicht so viel lesen, wie ich möchte, und ich suche auch nicht mehr so. Es kann gut sein, dass es einen total tollen Fachvortrag oder einen Fachbeitrag in einer Zeitschrift gibt, der mir einfach flöten geht, weil ich den nicht mitkriege, was jedenfalls früher nicht so leicht passiert wäre. Das kann gut sein, weil ich gar nicht mehr so viel Zeit habe. Also dieses sich wirklich Versenken in ein Thema, das passiert nicht so oft.“ (Int-5)

Insgesamt fühlen sich die beiden interviewten Mitarbeiter gut über ihre Arbeitsgebiete informiert. Sie machen dies daran fest, dass sie von anderen Personen und Einrichtungen als Experten wahrgenommen und angesprochen werden, wenn man sie beispielsweise als Referenten einlädt.

»Ich fühle mich gut informiert, weil andere mich für sehr gut informiert halten. Wenn man von anderen z.B. dazu eingeladen wird, Vorträge zu halten über z.B. Wohnen im Alter oder den Demographischen Wandel im Wohnen usw. und man den Eindruck hat, da sind Leute, die sich eigentlich auch in dem Themenfeld auskennen und die einen auch schon kennen, dann muss ich sagen: ‚okay, dann habe ich mindestens die Reputation, gut informiert zu sein‘. Ob das jetzt nun tatsächlich immer und überall einer Prüfung standhält, weiß ich nicht, aber das ist zumindest ein Anhaltspunkt« (Int-5)

Die Suche und die Auseinandersetzung mit neuem Wissen wird in der *Stiftung Urbanität* delegiert, d.h. ein weiterer Mitarbeiter ist auf Recherche und Auswertung spezialisiert und liefert den anderen Übersichten und Überblicke zu aktuellen Veröffentlichungen und Entwicklungen. Aus diesen können die Mitarbeiter anschließend diejenigen auswählen, zu denen sie mehr erfahren

möchten. Gleichwohl sind ihren Zugangsmöglichkeiten Grenzen gesetzt. Insbesondere der Zugriff auf Beiträge aus Zeitschriften gestaltet sich schwierig. Zum einen weil die Recherchebedingungen nicht optimal sind, da Literaturdatenbanken, in denen Zeitschriftenartikel gelistet sind, kostenpflichtig sind. Zum anderen weil man der Zeitschriften selbst nicht habhaft wird, entweder weil sie am Ort in keinen Bibliotheken vorhanden sind oder weil der Zugriff selbst wieder unverhältnismäßig kostspielig ist. Hinzu kommt die Tatsache, dass ein vorliegender Artikel oder ein angeschafftes Buch immer noch gelesen werden muss. Die Befragten sind skeptisch, dass es ihnen gelingt, alles was man für sie recherchiert und besorgt hat, auch wirklich zu lesen. Häufig landen kopierte Artikel und Bücher lediglich in der Ablage.

»Wir haben jemanden der für diese Arbeit zuständig ist hier im Haus. Der ein bisschen siehtet, was neu auf dem Markt ist. Der einem zeigt, ‚hier willst du das nicht haben‘ und dann schaue ich da drüber, lese vielleicht mal zwei Sätze und dann sag ich ‚ich will es haben‘ oder ‚ich will es nicht haben‘. Ob ich dann wirklich dazu komme, es von A bis Z zu lesen, ist eine andere Frage, aber man kann so einen Eindruck von dem Buch gewinnen. Schwieriger ist es allerdings bei Zeitschriftenbeiträgen, die kriegen wir nicht so mit, wie man das in der Uni getan hat.“ (Int-5)

Wie man sich in der *Stiftung Urbanität* auf dem Laufenden hält, schildert der andere befragte Mitarbeiter ausführlicher:

»Nehmen wir mal das Thema Stadtbau Ost. Dadurch, dass wir einen Newsletter herausgeben – den schreibe ich nicht selber, aber das habe ich organisiert – gibt es Leute, die recherchieren die neue Literatur und fassen sie zusammen und zack, da habe ich das alle acht Wochen auf dem Tisch liegen. Das lese ich mir durch, und ich kann mir die Sachen besorgen. Wir machen einen Tagungskalender – was meine eigene Rechercheaufgabe ist – und ein Blick auf den Tagungskalender sagt einem schon, was gerade so aktuell läuft. Pressemappe, Presseauswertung, wir haben eine Reihe von Fachzeitschriften, da sieht man was da läuft. Besuch von einigen Tagungen und Austausch mit Kollegen: mit den üblichen Verdächtigen. Es gibt immer bestimmte Personen, die man immer wieder sieht und wo man weiß, das machen die jetzt. Die Wissenschaft selber ist da schon schwieriger. Entweder weiß man von speziellen Projekten und weiß inwieweit die interessant sind. Die sind aber nicht unbedingt im Hochschulbereich angesiedelt, sondern z.B. Sachen, die vom BGR beauftragt sind oder wo man weiß das ist in diesem oder jenem Institut. Wobei das eher gar nicht so eine Kenntnis von Aktivitäten ist als vielmehr von Personen, wenn ich drüber nachdenke. Ich weiß halt mit dem Thema sind die und die Professoren, Lehrstühle, Institute einschlägig und aber was die im Einzelnen da für Projekte machen, das verfolge ich nicht so.« (Int-6)

An diesem Zitat wird deutlich, wie wichtig es für die Befragten ist, Routineaufgaben zu delegieren und regelmäßige Übersichten zu produzieren.

Von entscheidender Bedeutung für diese Untersuchung ist aber ein anderer Aspekt: Für die praktische Arbeit im Alltag ist es *nicht notwendig*, wissenschaftliche Literatur zu lesen. Es schadet zwar auch nicht und wird als interessante Ergänzung für die eigene Arbeit angesehen, wichtiger ist es jedoch, einzelne Wissenschaftler und Forschungseinrichtungen zu kennen und persönlichen Kontakt zu ihnen zu unterhalten. Es ist das Netzwerk aus

Personen, oftmals unabhängig davon, womit diese sich konkret beschäftigen, über das wissenschaftliches Wissen in die Stiftungen gelangt.

Interessant ist an dieser Stelle auch, dass die Themensetzung und die Entscheidung, welche Fragen von Bedeutung sind, meist schon im Vorfeld getroffen werden. Dies geschieht auf der Basis der Ziele und Zwecke der Stiftung:

»Das Konzept gliedert schon so ein bisschen den Arbeitsablauf, d.h. wir haben jetzt was zum Thema Wohnen gemacht. Wir wollen jetzt vom Wohnen weg, würden wahrscheinlich was Wirtschaftliches machen zum Thema Arbeit und Alter. Das heißt, wie ist das mit der Verrentung und ist das immer gut und so. Dann führe ich Gespräche, dann lasse ich mich inspirieren von dem was andere machen, ich gucke auch ein bisschen, dass man nicht Dinge wiederholt, die irgendwo anders schon laufen und hole mir Anregungen von überall her, wo ich was finde. Aus der Literatur, aus dem Internet, aus Gesprächen, aus Kontakten usw.« (Int-5)

Es wird nochmals klar herausgestellt, dass wissenschaftliche Publikationen keine wichtige Quelle für die inhaltliche Arbeit der Stiftung sind. Es ist, wie im Selbstverständnis dargelegt, das Ziel, interessante eigene Publikationen und Veranstaltungen zu organisieren. Um über den Sachstand in den Themenfeldern der Stiftung informiert zu sein, nutzt man daher vor allem die Tagespresse und Publikationen von Einrichtungen aus der Praxis.

»Fachjournale, die einschlägig sind nicht die eigentlichen sozialwissenschaftlichen Fachjournale. Also die PVS [die politische Vierteljahresschrift], die kann man für unser Thema vergessen. Wo sich was abspielt ist z.B. in der Fachzeitschrift des VHW (Bundesverband Wohneigentum). Die haben eine sehr gute Fachzeitschrift. Vielleicht noch in der ‚Planerin‘, das sind eigentlich keine wissenschaftlichen Fachzeitschriften. [...] Gut, sowas wie ‚Das Parlament‘ bringt manchmal interessante Veröffentlichungen. [...] Ich glaube die ‚Nachrichten zu Stadt- und Regionalsoziologie‘, die sind mittlerweile eingestellt. Es gibt einfach keine sozialwissenschaftliche Fachzeitschrift, die zu den speziell uns interessierenden Themen da regelmäßig was bringt, und in den sonstigen allgemeinen Fachjournalen ist nichts Interessantes drin oder nur zufällig.«(Int-6)

Wissenschaftliche Expertise tritt meist in Form von persönlichen Kontakten und Gesprächen in Erscheinung. Hierbei haben die Mitarbeiter durch ihre eigenen Veranstaltungen, die Teilnahme an Veranstaltungen anderer Organisationen und ihre eigenen Projekte ein Netzwerk von Experten, das sie nutzen können.

Die Grundhaltung in der *Stiftung Urbanität* lautet: Wissen wird nur dann gesucht, wenn es einen dringenden, aktuellen Bedarf gibt. Man informiert sich nicht über neue Entwicklungen, die nicht explizit gerade von Projekten bearbeitet werden oder unmittelbar zukünftig bearbeitet werden sollen. Umgekehrt geht man davon aus, alle wichtigen und entscheidenden Veränderungen über die persönlichen Netzwerke rechtzeitig zu erfahren.

»Ich mache mich schlau, wenn ich es brauche, weil ich denke, das Allgemeine kriege ich überwiegend mit und wenn ich etwas Spezielles suche, dann recherchiere ich speziell dafür.« (Int-6)

Projekt Partizipation: Die Stiftung zu der das Projekt gehört ist größer als die *Stiftung Urbanität*, sie hat mehr Ressourcen zur Verfügung. Dies zeigt sich auch hinsichtlich des Umgangs mit wissenschaftlichem Wissen, denn es werden ausführliche Literaturrecherchen zu allen Themenschwerpunkten der unterschiedlichen Projekte betrieben. Hinzu kommt eine starke Vernetzung mit einzelnen Forscherpersönlichkeiten und Forschungseinrichtungen. Durch die starke öffentliche Präsenz der Stiftung werden die unterschiedlichen Mitarbeiter aus den einzelnen Projekten auch häufig als Referenten eingeladen. Die Auftritte auf Tagungen, die Diskussion mit anderen Experten, erweitern das Netzwerk und führen der Stiftung neues Wissen und neue Anregungen zu.

»Einerseits dadurch, dass wir mit der Wissenschaft in Form von Personen vernetzt sind. Andererseits indem wir permanent Recherchen laufen haben: was erscheint zu unserem Thema? Indem wir auch Veranstaltungen besuchen, meist auch angefragt als Referenten. Indem wir nicht nur Literatur recherchieren, sondern auch lesen. Indem wir verfestigte Kooperationsbeziehungen zu Universitäten haben, wie die Uni Zürich. In der Praxisphase ist für uns jetzt ziemlich zentral die Uni Lüneburg, mit der wir jetzt auch Praxisinstrumente im Bereich Qualifikation entwickeln. Ich würde sagen, wenn ich den Vergleich zu meinem Studium ziehe, so sind das wahrscheinlich noch qualifiziertere Arbeitsformen als man sie als normaler Student im Alltag hat, weil wir eben sehr nah an Wissenschaft dran sind. Also nicht nur eben am Produkt, sondern im direkten Dialog.« (Int-7)

Speziell im *Projekt Partizipation* versucht die befragte Mitarbeiterin, wissenschaftliches Wissen dadurch zu erlangen, dass sie eng mit einzelnen Forschern zusammenarbeitet und Fragen, die sie klären möchte, durch eigene Erhebungen und Untersuchungen beantwortet.

Interessant ist, welche Kriterien für die Projektleiterin ausschlaggebend für die Kooperation mit Forschern sind. Sie stellt zwar die fachliche Expertise, also inhaltliche Maßstäbe, in den Mittelpunkt, klärt damit aber nicht, wie sie diese erkennt. Hier führt sie dies aus:

»Aufgrund ihrer fachlichen Expertise. Wenn wir ein Projekt vorbereiten recherchieren wir natürlich, wer für dieses Thema steht. Um es ganz praktisch zu machen: Auf Prof. [Grün] und Prof. [Blau] sind wir aufmerksam geworden, weil sie in der Enquetekommission zur Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements arbeiten. Wir sind aufmerksam geworden, weil sie zu den Themen einschlägig publiziert haben, teilweise ist es auch so, dass man sich vorher kennt, weil man gemeinsam Veranstaltungen gemacht hat oder weil es aus vorgelagerten Projekten Kontakte gegeben hat. Also dies ist ganz klar der Punkt wissenschaftliche Expertise, Affinität zum Thema ist ein wichtiger Punkt und, das will ich nicht verschweigen, es ist natürlich auch die Frage, glaubt man das man auf einer persönlichen Ebene die Kooperation erfolgreich gestalten kann." (Int-7)

Die Tatsache, dass die Wissenschaftler, die in praktischen Zusammenhängen auftreten, bekannt sind und in der Öffentlichkeit für ein Thema eine hohe Prominenz aufweisen, ist eines der wichtigsten Kriterien bei der Auswahl von

Kontakten. Die persönlichen Kontakte, d.h. Gespräche, Beratungen usw., sind wiederum der entscheidende Zugang zum wissenschaftlichen Wissen.

Aspekte des Zeitdrucks oder wie intensiv Literatur im Rahmen der Tätigkeit bearbeitet werden kann wurden beim *Projekt Partizipation* nicht angesprochen. Es ist aber zu vermuten und die Ausführungen der Projektleiterin zur eigenen Arbeitsweise legen dies nahe, dass sich Parallelen zur *Stiftung Urbanität* finden lassen.

Projekt Migration: Die Leiterin des *Projekts Migration* informiert sich hauptsächlich über Rundbriefe und Newsletter im Internet. Manchmal bestellt sie auch privat Fachliteratur, die Stiftung selbst betreibt dies aber nicht. Meist ist es so, dass sie ihre Literatur der Bibliothek der Stiftung zur Verfügung stellt. Wichtige Informationsquelle sind für sie ihre Kollegen in der Stiftung, auf deren Wissen und Einschätzungen sie sich oft verlässt. Um schnell einen Überblick über ein Thema zu bekommen besucht sie entsprechende Tagungen. Auch im *Projekt Migration* werden Zeitdruck und der Zwang zur Arbeitsteilung angesprochen. Die Projektleiterin erklärt, dass sie Rechercheaufgaben, Auf- und Ausarbeitungen des wissenschaftlichen Forschungsstandes abgeben muss, da sie ansonsten ihre Kernaufgaben nicht erfüllen kann.

Stiftung Urbanität: Das Vertrauen in wissenschaftliches Wissen wird über die Prominenz von Personen und Einrichtungen erzeugt. Bei Personen und Einrichtungen, von denen man bereits einmal etwas gehört hat oder die Kollegen sowie anderen Kooperationspartnern bekannt sind, gehen die Befragten davon aus, dass die Ergebnisse, die von dort kommen, vertrauenswürdig und von guter Qualität sind. Generell gilt, wenn der Name unbekannt ist, ist man zuerst skeptisch. Neben der Prominenz des Forschers und der wissenschaftlichen Einrichtung kann auch der Name einer renommierten Zeitschrift (oder einer Zeitschrift, deren Namen sich renommiert anhört) vertrauensstiftend sein.

»Das ist teilweise eine Gefühlsfrage. Man hat so eine Einschätzung davon. Man glaubt zumindest, dass man das einschätzen kann, weil es natürlich eine Wissensfrage ist: kenne ich das Institut oder das Ministerium oder was auch immer, wo das herkommt, also den Herausgeber oder die Quelle.« (Int-5)

Da ein Großteil des wissenschaftlichen Wissens im persönlichen Kontakt aufgenommen wird, wundert es nicht, dass auch gerade der persönliche Umgang miteinander, das Gefühl, ob die »Chemie miteinander passt« (Int-5),

wichtig für das Vertrauen in die Seriosität der wissenschaftlichen Ergebnisse ist. Forscher werden für Zusammenarbeiten auch danach ausgewählt, wie ihr Vortragsstil ist, ob sie beim Publikum gut ankommen und leicht zu verstehen sind.

»Die Erwartung an einen Referenten sind eigentlich immer gleich. Wenn ich auf eine Tagung gehe, da ist es eigentlich völlig Wurst, ob der jetzt einen Professorentitel hat oder nicht. Das was dargestellt wird, muss klar verständlich systematisch aufbereitet werden, der muss eine gute Vortragstechnik haben und es muss einfach in sich ein guter Vortrag sein. Das ist schon mal das Wichtigste.« (Int-6)

Generell macht der Interviewte aber deutlich, dass man immer auch darauf achten müsse, zu welchem Zweck Forschungsergebnisse produziert wurden. Damit meint er nicht, dass manche unredlicher seien als andere, sondern, dass Wissen immer unter den methodischen Produktionsbedingungen zu betrachten sei. Ähnlich wurde dies bei den politischen Stiftungen bereits thematisiert. Da man aber meist nicht genau weiß, welchen Hintergrund bestimmte Informationen haben, lässt sich deren Qualität nur schwer einschätzen(vgl. hierzu Knorr-Cetina 1982). Ein Befragter verdeutlicht dies durch ein Beispiel:

»Das hängt jetzt natürlich davon ab, wie wichtig und wie belastbar die Informationen sein müssen. Es ist eher so, dass ich Informationen aus ganz unterschiedlichen und nicht nur wissenschaftlichen Quellen bekomme. Nehmen wir z.B. die Frage, wie viele Wohnungen stehen denn jetzt in Ostdeutschland tatsächlich leer. Da gibt es recht unterschiedliche Informationen drüber, die von unterschiedlichen und auch in der Sache interessierten Personen bzw. Institutionen gegliedert wurden: von der Wohnungswirtschaft, von kommerziellen Instituten, aber auch von der Bundesregierung, und die differierten. Wenn es um millionenschwere politische Programme geht, da guckt man schon genauer, welche Zahlen man liefert, und bei allen weiß ich zumindest, dass es bei der Gewinnung und bei der Produktion dieser Informationen methodische Probleme gibt. Nichts ist der Weisheit Schluss. Was soll ich denn jetzt damit machen? Ich bin in einer Situation wie jeder Journalist auch: Es gibt unterschiedliche Quellen, die sagen Unterschiedliches aus und keiner kann von sich beanspruchen, jetzt nun die vollständige Wahrheit zu haben. Das muss ich erstmal so nebeneinander stehen lassen und sagen, die Tendenzaussage ist so und so, weil das nämlich der kleinste gemeinsame Nenner ist. Das ist dann eigentlich gar keine Frage von Wissenschaftlichkeit mehr, um die es dabei geht. [...] Da steckt von allen Seiten gutes fachliches Know How dahinter.« (Int-6)

Projekt Partizipation: Die öffentliche Wahrnehmung von Wissenschaftlern als Experten spielt eine wichtige Rolle. Wer bereits in Praxiszusammenhängen aufgetreten ist, ist auch als Experte für das *Projekt Partizipation* von Interesse. Umso mehr gilt dies, wenn die entsprechende Person bereit ist, sich auf intensive Kooperationen einzulassen. Da das *Projekt Partizipation* sehr eng mit den beteiligten Wissenschaftlern zusammenarbeitet und Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung der Auftragsforschung nimmt, erhalten die

Mitarbeiter der Stiftung tiefere Einblicke in die Forschungsarbeit. Durch diese Zusammenarbeit entwickelt sich kontinuierlich das Vertrauen zueinander.

Die wissenschaftliche Kompetenz wird trotzdem über das Ansehen der Einrichtungen und die herausgehobene Stellung der Forscher beurteilt. Die Projektleiterin verfolgt das Ziel, dem eigenen Projekt eine besondere Qualität durch die Kooperation mit Universitäten und Professoren zu verleihen. In der Außenwirkung symbolisieren Universitäten und Professorentitel hohe methodische Standards, Neutralität und Objektivität, die auf diese Weise auf das Projekt, seine Mitarbeiter und deren Ergebnisse „abfärben“.

Projekt Migration: Die Seriosität der wissenschaftlichen Ergebnisse wird auch im Projekt Migration ähnlich geprüft wie im Projekt Partizipation. Auch in diesem Fall entsteht Vertrauen im persönlichen Kontakt mit den Forschern. Eine wichtige Rolle spielt darüber hinaus die besondere Hochachtung, die man bestimmten Einrichtungen, nämlich Universitäten, entgegenbringt.

Wissenschaftliches Nichtwissen: Kontroversen und Unsicherheiten

Stiftung Urbanität: Wissenschaftliche Kontroversen werden von den Mitarbeitern der *Stiftung Urbanität* nicht als Anomalie der Wissenschaft empfunden, sondern gehören zur Wissenschaft zwangsläufig hinzu. In ihren Publikationen und bei ihren Veranstaltungen versuchen sie gezielt, unterschiedliche und kontroverse Meinungen aufeinandertreffen zu lassen. Dies sei für die Praktiker interessanter und für die Weiterentwicklung in der Praxis auch produktiver.

»Wir wollen ja gerade, dass es aufeinander prallt und dass man dann vielleicht in so einer Expertenrunde, wo einem die Öffentlichkeit auf die Finger schaut, vielleicht in der Tat zu einem Konsens kommt. Das funktioniert natürlich nicht immer, aber zu einer Annäherung oder dass die auch ein bisschen offener reden [...]. Mit Kontroversen haben wir eigentlich gar kein Problem, die finden wir eher gut.« (Int-6)

In den Gesprächen mit *Projekt Migration* und *Projekt Partizipation* wurden wissenschaftliche Kontroversen und der Umgang damit nicht thematisiert.

Zusammenfassung

Die drei untersuchten Stiftungen und ihre Mitarbeiter gehen jeweils von einem konkreten Interesse an Veränderungen in der sozialen Wirklichkeit bzw. Praxis aus. Die Wissenschaft nimmt dabei die Rolle eines Kooperationspartners ein,

mit dem man gemeinsam den Versuch unternimmt, Veränderungen herbeizuführen. Dem wissenschaftlichen Wissen wird dabei zwar *prinzipiell* eine hohe Relevanz zugemessen, jedoch erstens keine Überlegenheit attestiert und zweitens wird es als nicht zwingend *notwendige* Ergänzung angesehen.

Teilweise gehen die Befragten in den drei Stiftungen davon aus, dass Wissenschaftler Defizite im Hinblick auf ihre Kenntnis der Praxis und ihre Anwendungsorientierung haben, die nur durch die Kooperation mit Praktikern ausgeglichen werden können.

Wissenschaftliche Expertise wird dazu verwendet, die eigenen Projekte zu verbessern, aber der Kontakt zur Wissenschaft wird auch gesucht, um Forscher überhaupt erst auf gesellschaftlich relevante Themen zu stoßen. Hinzu kommt, dass die Forschungsergebnisse häufig keinen großen Gewinn für die Praktiker darstellen, da sie den Entwicklungen in der Praxis zeitlich nachfolgen. Dies bedeutet schlicht, dass die Forscher von Dingen berichten, die den Praktikern entweder schon lange bekannt sind oder die in der Praxis bereits überholt sind.

Ein zentraler Grund für die Kooperation mit Wissenschaftlern besteht darin, deren Autorität und Reputation für die eigenen Ziele und Zwecke zu nutzen. Dies kann man zum einen im Sinne des *Legitimationswissens* deuten, d.h. man nutzt wissenschaftliche Expertise, um inhaltliche Belege für bereits getroffene Entscheidungen oder eingenommene Positionen anzuführen. Zum anderen lässt sich dies unabhängig von wissenschaftlichen Erkenntnissen oder wissenschaftlichem Wissen deuten. In diesem Fall wird lediglich die soziale Stellung eines Hochschullehrers für Veranstaltungen, Diskussionen oder andere Zwecke genutzt.

Für die ausführliche Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Inhalten fehlt meist die Zeit, und deshalb beschränkt sich das konkrete Wissen über Forschungsergebnisse häufig auf Überblicke und Einführungen. Originär wissenschaftliche Literatur spielt als Informationsquelle darüber hinaus keine besondere Rolle. Die Bewertung und Überprüfung wissenschaftlicher Expertise erfolgt durch den persönlichen Eindruck im direkten Gespräch mit Forschern oder durch die Bekanntheit des Forschers in der Öffentlichkeit. Es spielt auch eine Rolle, ob die beteiligten Forscher sich bereits durch Tätigkeiten in der Praxis ausgezeichnet haben. Wissenschaftliche Kontroversen werden als Normalfall angesehen, mit denen man produktiv umgehen kann.

5.1.3 Verbände und Gewerkschaften

Für diese Untersuchung wurden sechs Vertreter aus Arbeitgeber- oder Unternehmensverbänden befragt und mit acht Vertretern aus Gewerkschaften kontrastiert. Es zeigte sich in der Auswertung, dass drei Befragte aus einer Kammer und vier Befragte aus einer Einzelgewerkschaft substantiell nur wenig zur Fragestellung beitragen konnten. Deren Interviews stützen aber tendenziell die hier präsentierten Ergebnisse. Die Auswertungen in diesem Abschnitt beziehen sich somit größtenteils nur auf drei Vertreter der Arbeitgeber- bzw. Unternehmensverbände und vier Vertreter aus Gewerkschaften. Bei den Gewerkschaftsvertretern handelt es sich um ein Vorstandsmitglied einer Einzelgewerkschaft, um einen Abteilungsleiter einer weiteren Einzelgewerkschaft sowie zwei Abteilungsleiter eines Gewerkschaftsdachverbandes. Der Geschäftsführer eines Arbeitgeberdachverbandes sowie ein Abteilungsleiter desselben Verbandes wurden zur Kontrastierung ebenfalls befragt. Hinzu kommt ein Mitarbeiter einer Beratungs- und Lobbying-Organisation, die von einem Arbeitgeberverband finanziert wird und deren komplette Öffentlichkeitsarbeit übernommen hat.

Form der Verwissenschaftlichung: Aufgaben- und Selbstverständnis

Gewerkschaften: Die Vorstandsabteilungen in den Einzelgewerkschaften sind hauptsächlich interne Dienstleister, die bestimmte, teilweise administrative Aufgaben für die Gewerkschaft, die Mitglieder und den Vorstand erbringen. Neben den reinen Verwaltungsaufgaben gehören hier aber vor allem auch Beratungs- und Konzeptionsaufgaben hinzu, wie beispielsweise Reden schreiben, Positionspapiere verfassen oder Informationsmaterialien erarbeiten. Am Beispiel einer Abteilung zum Thema Mitbestimmung schildert ein Befragter das Aufgabenspektrum so:

»Das ist eine Abteilung, die vor allem bestimmte Dienstleistungen erbringt für die Gewerkschaft, insbesondere für unsere nach Branchen aufgestellten Fachbereiche: Materialinformation zur Mitbestimmung, Materialien für die regelmäßigen Betriebsrats- und Personalratswahlen, Material für Qualifizierungsmaßnahmen. Ein weiteres Thema ist Aufsichtsratsarbeit, also wirtschaftliche Mitbestimmung auf Unternehmensebene. Da beraten wir unsere Leute, die in den Aufsichtsräten sitzen, oder vermitteln ihnen Beratung, unterstützen sie durch Informationen über Rechtssprechung, Rechtsentwicklung, beraten auch wenn im Aufsichtsrat der Soundso Bank die Geschäftsordnung geändert werden soll oder es dort andere größere Probleme gibt, also das geht weit über den juristischen Beratungsbereich hinaus. Dann haben wir noch die dankbare Aufgabe, die Wahrnehmung von Aufsichtsratsmandaten durch unsere Mitglieder zu steuern; ob die alle ihren Verpflichtungen zur Abführung eines wesentlichen Teils dieser Aufsichtsratsvergütung nachkommen.

Also so eine mehr administrative Tätigkeit, die auch relativ viel Ressourcen in Anspruch nimmt.« (Int-14)

Neben diesen thematischen Abteilungen finden sich in allen Gewerkschaften auch Grundsatzabteilungen, die vergleichbar mit den Analyseabteilungen in den politischen Stiftungen sind. Diese verstehen sich als »klassische wissenschaftliche Politikberatung« (Int-13), die sich aber vornehmlich nach innen richtet, d.h. intern fachliche Expertise bereitstellt:

»Wir bereiten Veranstaltungen, Termine, Auftritte des Vorsitzenden vor, wir analysieren Forschungen und Wissenschaftsdebatten hinsichtlich der Relevanz für die Alltagsarbeit der Gewerkschaften.« (Int-13)

Einzelne Referate bearbeiten die unterschiedlichen Themen, die für die Gewerkschaften von Bedeutung sind und bereiten dazu Entscheidungen der Vorstände vor. Man betreibe zwar selbst keine Forschung, jedoch gehe man auch mit sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fragestellungen an die Arbeitsaufgaben heran, und es sei üblich, dass die Mitarbeiter selbst einen Übersichtsartikel o.ä. verfassten. Ausdrücklich distanzieren sich die Interviewten davon, selbst irgendeine Art von Forschung zu betreiben.

»Also wir sind ja kein Forschungsinstitut. Ich kann mal so einen Überblicksaufsatz schreiben und Sachen zusammenfassen, aber ich kann natürlich nicht wirklich forschen hier.« (Int-12)

Zielgruppe und Adressaten ihrer Arbeit sind die Mitglieder der Gewerkschaft, die selbst Funktionen erfüllen. Dies können Betriebsräte aber auch Arbeitnehmervertreter in einem Aufsichtsrat sein. Außerdem gehören die entsprechenden Fachpolitiker in den Parlamenten und Ministerien sowie deren Mitarbeiter zu den Adressaten. In diesem Sinne betreiben die Gewerkschaften Politikberatung und Lobbyarbeit nach außen. Die Mitarbeiter verstehen sich hierbei als Netzwerker, die Kontakte suchen, pflegen und für die Gewerkschaft nutzbar machen.

»Ich versuche, auf dem aktuellen Stand zu bleiben und sowohl die politische als auch die wissenschaftliche und auch die gewerkschaftspolitische Entwicklung nachzuvollziehen. Dann geht es darum, hausintern an Stellungnahmen mitzuarbeiten, Reden zu schreiben, Einschätzungen abzugeben, Veranstaltungen zu organisieren. Konkret im Bereich der politischen Kommunikation auch Kontakte zu halten zum Bundestag bzw. zu Landesvertretungen. Auf Mitarbeiterenebene Gesprächszirkel zu organisieren und im Grunde genommen das Thema Mitbestimmung in die Politik und nachrangig dann auch in die Öffentlichkeit zu tragen.« (Int-12)

Gerade die Mitarbeiter des gewerkschaftlichen Dachverbandes sehen dessen Hauptaufgabe und Rolle darin, die Interessen der Gewerkschaften in der Politik und der Öffentlichkeit möglichst erfolgreich zu vertreten. Der Dachverband sei das Sprachrohr der Gewerkschaften.

»Wir sind gegenüber der Bundesregierung und der Öffentlichkeit als Bund aller Gewerkschaften das Sprachrohr und begleiten Gesetzgebungsverfahren auf allen für Arbeitnehmer wichtigen

Entscheidungsfeldern. Das sind bis auf Specials der Außenpolitik fast alles innenpolitische, wirtschaftspolitische, sozialpolitische Themen, und dort bringen wir Gewerkschaftspositionen in Beratungsgänge der Politiker ein.« (Int-13)

Da in Deutschland die IGM und der DGB mit der Otto-Brenner-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung eigene wissenschaftsnahe Einrichtungen unterhalten, die man getrost mit den politischen/parteinahen Stiftungen vergleichen kann, wundert es kaum, dass die Mitarbeiter der Gewerkschaften ihren Kontakt zur Wissenschaft häufig über diese Einrichtungen und deren Unterabteilungen, wie z.B. das Institut für Makro-Ökonomie, suchen. Diese beiden Stiftungen treten als Torwächter (*Gatekeeper*) zwischen dem wissenschaftlichen Diskurs und der praktischen politischen Debatte auf. Sie suchen die wissenschaftlichen Inhalte aus und verteilen sie weiter, die sie für relevant für die gewerkschaftliche Arbeit halten. In diesem Sinne handelt es sich bei den – in dieser Untersuchung aber nicht betrachteten – gewerkschaftsnahen Stiftungen ebenfalls um *Makler* auf dem *Markt der Argumente*, die unter den Oberbegriff der *boundary organizations* zu fassen sind. Der Spitzenverband verfügt über die Mittel, wissenschaftliche Forschungsprojekte selbst zu finanzieren und zu fördern. Daher sehen sich die Befragten als Initiator relevanter und notwendiger Forschungsvorhaben, in Ergänzung zur akademischen Grundlagenforschung. Dort, wo bereits das Forschungsinteresse auf Seiten der Universitäten und der Forschungsförderer existiert, hält man sich eher heraus und fördert lieber die Ansätze und Projekte, die i.d.R. nicht betrieben werden würden. Eine ähnliche Position fand sich bei den Unternehmensstiftungen, die betonten, dass es wichtig sei, Themen und Felder zu besetzen, für die noch nicht so viele Ergebnisse vorliegen und sich auch keine anderen Einrichtungen bewegen.

Um diesen Anspruch zu realisieren, suchen die Mitarbeiter des Spitzenverbandes aktiv die Nähe der Wissenschaft und versuchen, deren Ergebnisse zu rezipieren.

»Wir verstehen uns als komplementäre Wissenschafts- und Forschungsgeber oder Initiator. Wir freuen uns natürlich, wenn es aus dem Bereich von herkömmlichen Forschungseinrichtungen und den selbstgewählten Forschungsschwerpunkten an den Universitäten und Forschungseinrichtungen Dinge gibt, die für uns auch wichtig sind. Die versuchen wir als Rezipienten dieser Arbeit im Blick zu behalten. Aus diesem Blick ergibt sich das Ermitteln, wo ist noch unsererseits Forschungsbedarf, Ergänzungsbedarf, wo gibt es überhaupt Lücken, was ist überhaupt nicht erforscht. Weil, wie sie sich vorstellen können, nichts was schon auf dem Markt ist, lassen wir nochmal untersuchen.« (Int-13)

Arbeitgeberverbände: Verglichen mit den Gewerkschaften handelt es sich bei den Arbeitgeberverbänden um kleine Einrichtungen mit verhältnismäßig geringem

Personalstand, die aber über eine gute finanzielle Ausstattung verfügen. Während die Gewerkschaften in der Lage sind, zahlreiche Aufgaben intern zu bearbeiten, gehört es zur Tradition des hier untersuchten Verbandes, viele Arbeitsaufträge extern zu vergeben.

»In den letzten 40 Jahren hat das Haus immer Wert darauf gelegt, sehr schlanke eigene Strukturen zu haben, d.h. im Grunde genommen, dass du viele Dienstleistungen einkaufen musst. Das gilt auch für die Arbeit der Kommunikation, wo wir Agenturen beschäftigen für bestimmte Fragestellungen und nicht selber etwa irgendwelche Werbetexte formulieren. Das ist eine Philosophie, die jetzt für ein normales deutsches Unternehmen heute selbstverständlich ist, nämlich die Frage ‚selbst machen oder zukaufen‘. Diese Frage wurde bei uns immer so beantwortet, ‚selbst machen, nur das was unbedingt notwendig ist und zukaufen, so viel wie es nur geht‘. Damit können wir erreichen, dass innerhalb dieses kleinen Ladens intern die Vernetzung des Wissens sehr leicht zu gewährleisten ist.« (Int-16)

Die Stärke des Verbandes sieht der Geschäftsführer darin, die großen Linien und Konzepte zusammenzuhalten und sich nicht in Details und Spezialisierungen zu verlieren. Das man sich intern nicht tiefgehend mit jedem Thema beschäftigt, ist aus Sicht der Verbandes geradezu die Voraussetzung, um handlungsfähig zu bleiben.

»So ein kleiner Apparat, da weiß jeder von allem überall gut Bescheid, und das können wir nur erreichen, wenn jeder ein Teil seines Outputs eben als Vorleistung einkauft. Die Wertschöpfung am Ende, das Zusammenbinden von Informationen und Fachwissen, das machen wir selber, und das lässt uns dann auch Zeit dafür, dass wir insgesamt im Verband koordinierter operieren können und nicht verpflichtet sind, uns sehr tief in die Spezialisierung hinein zu begeben.« (Int-16)

Hieraus folgt, dass die Mitarbeiter des Verbandes über einen Überblick verfügen und in der Lage sind, die notwendige Expertise entsprechend anzufordern. Der Geschäftsführer weist ausdrücklich darauf hin, dass man zwar nicht alles selbst machen müsse, aber dass seine Mitarbeiter in der Lage sein sollen, die richtigen Fragen zu stellen und die darauf gelieferten Antworten auch zu verstehen. Problematisch würde es, wenn man in der Politikberatung oder der Öffentlichkeit mangelnden Sachverstand nachgewiesen bekäme. Die Mitarbeiter des Verbandes müssten das eingekaufte Wissen soweit beherrschen, dass sie selbst als Experten auftreten können.

»Wir müssen Leute haben, die wissen, wo man etwas einkaufen kann an Wissen und an Fakten und an Infos, und die das dann umsetzen können. [...] Wir müssen schon so gut sein, dass wir das, was wir einkaufen auch verstehen und dass wir die richtigen Fragen stellen und dass wir dann in einer Podiumsdiskussion so fit sind, dass wir nicht plötzlich hängen bleiben und sagen ‚oh das weiß ich nicht, das hat mir ein Institut zugeliefert, ich kenne die Zusammenhänge im einzelnen nicht‘. Das darf natürlich auch nicht sein.« (Int-16)

Die Hauptaufgabe des Dachverbandes ist es nicht, Unternehmen vor Ort bei konkreten Problemlagen zu unterstützen und zu beraten, sondern grundsätzliche Fragen mit und für die Mitgliedsverbände zu beantworten.

»Das Einzelunternehmen ist deshalb im Verband, damit der Umgang mit diesen Ideen und die Antworten auf schwierige Fragen eben nicht von jedem Einzelunternehmen gesondert erbracht werden muss. Der Verband ist dafür da, dass diese Hausaufgaben erledigt werden: ordentlich und gewissenhaft und möglichst mit einer guten Öffentlichkeitswirkung. Dann kann das Unternehmen sich bequem zurücklehnen und sagen ‚ich vertraue darauf, dass der Verband auf die Frage ‚wie gehen wir mit der demographischen Entwicklung um‘, eine Antwort hat.«(Int-16)

Hierbei spielt vor allem auch die Abstimmung der Interessen der einzelnen Verbände eine große Rolle. Nach außen vertritt er die Mitgliedsverbände gegenüber der Politik und betreibt, analog zu gewerkschaftlichen Dachverbänden, Lobbyarbeit und Politikberatung.

»Unsere Funktion ist eine Back-Up-Funktion bei wichtigen Fragen, die hilft, eine einheitliche Abstimmung herbei zu führen, wie man vorgeht, wie man sich verhält. Das andere sind Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen und diese Dinge.« (Int-15)

Die Positionen der Arbeitgeberverbände, insbesondere des Verbandes, in dem die hier befragten Mitarbeiter tätig sind, werden seit einiger Zeit von einer Initiative in Politik und Medien vertreten. Diese Initiative, der Einfachheit halber *Initiative-Erhardts-Erben* genannt, ist eine 100%ige Tochter einer Forschungseinrichtung, die wiederum von mehreren Arbeitgeberverbänden getragen wird. Die Initiative selbst ist sehr klein. Sie beschäftigt weniger als zehn Mitarbeiter. Sie verfügt jedoch über ein sehr umfangreiches Netz von Wissenschaftlern und Experten, die für die Initiative auftreten und publizieren. Die Kernaufgabe der Initiative ist es, im Auftrag der Arbeitgeberverbände in Politik und Öffentlichkeit für die Notwendigkeit marktwirtschaftlicher Reformen zu werben und Empfehlungen für deren konkrete Ausgestaltung zu formulieren.

»Ganz klar marktwirtschaftliche Reformen in Deutschland in das Bewusstsein der Bevölkerung oder der breiten Masse zu tragen und da auch für nicht nur marktwirtschaftliche Reformen zu werben, sondern auch für die Notwendigkeit. ... Wir haben eine ganz klare Stellungnahme für marktwirtschaftliche Reformen, nach dem alten Prinzip der sozialen Marktwirtschaft nach Ludwig Erhardt: Eigeninitiative, Wettbewerb, Leistungsbereitschaft und diese Tugenden angewandt auf die Umfeldbedingungen des 21. Jahrhunderts. Da versuchen wir eben, mit den Kommunikationsmaßnahmen zu wirken, dass marktwirtschaftliche Reformen eine Chance haben im Politikprozess.« (Int-17)

Dazu setzt die Initiative ein breites Spektrum von Maßnahmen ein:

»Das wird eben versucht mit der ganzen Klaviatur der Kommunikation, PR-Maßnahmen, die uns zur Verfügung stehen, sei es über Anzeigen, über Studien, über Events, über Streitgespräche, dass man über den Austausch der Argumente, auch Pro und Contra.« (Int-17)

Wichtig ist, dass der Arbeitgeberverband in der Öffentlichkeit selbst nur selten in Erscheinung tritt, die von ihm finanzierte Initiative aber umso deutlicher und prominenter. Insbesondere tritt diese Initiative als wissenschaftlich eingefärbtes Sprachrohr der Sachlogik auf. Der interviewte Mitarbeiter versteht

sich selbst als Vermarkter wissenschaftlicher Erkenntnisse. Es werden Studien in Auftrag gegeben und finanziert, deren Ergebnisse marktwirtschaftliche Reformen anmahnen und diese werden anschließend umfangreich kommuniziert.

»Worum es uns geht ist die News. Was kommt bei der Studie raus. Und diese News ist interessant für Journalisten, und diese vermarkten wir. Und weil wir auch den Anspruch haben, das professionell zu machen, geht es darum: also wir haben eine Studie, die mit einem kompetenten Partner durchgeführt worden ist. Da kommt ein Ergebnis raus, das ist exklusiv. Da gibt es eine News, die so noch nicht bekannt ist, das ist wiederum interessant für Medien, so dass wir uns entweder im Vorfeld einen Kooperationspartner, mit dem wir diese Studie vermarkten, suchen können, oder wir sagen ‚das ist interessant für alle‘ und wir streuen es breit und machen es in Eigenregie. [...] Und wir dadurch Aufmerksamkeit erzeugen, sprich unsere Studie erwähnt und abgedruckt wird, das ist dann unser Ziel.« (Int-17)

Imperativ der Wissensgesellschaft: Relevanz wissenschaftlicher Expertise

Gewerkschaften: Die befragten Mitarbeiter aus dem gewerkschaftlichen Dachverband räumen der Wissenschaft grundsätzlich erst einmal eine höhere Bedeutung ein als die Befragten aus den Einzelgewerkschaften. Teilweise begründen sie dies selbst so, dass für den Dachverband langfristige Konzeptionen, die Entwicklung von Visionen und die Beantwortung grundsätzlicher Fragen wichtiger seien, als konkrete Gewerkschaftsarbeit vor Ort.

Der gewerkschaftliche Dachverband ähnelt darin einerseits den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und andererseits den politischen Stiftungen, denn er befindet sich ebenso wie diese in einer intermediären Position. Seine Mitarbeiter sind losgelöst vom alltäglichen Handlungsdruck und sind deshalb in der Lage, mittel- und langfristige Ansätze und Konzepte zu entwickeln. Trotzdem sind sie nah genug an der Politik und der gewerkschaftlichen Basis dran, um den wissenschaftlichen Input an diese Kontexte rückzubinden, ihn zu kontextualisieren. Für die Lobbyarbeit, Beratung und Konzeptentwicklung liefert die Wissenschaft hilfreiche Grundlagen und die nützliche Unterstützung.

«Bei der Anlage von Politik und bei der kompetenten Beratung ist es wichtig, was ist Stand der wissenschaftlichen Debatte. Da sind wir, wie jeder Verband, der in der Politikberatung tätig ist, angewiesen darauf, was sind die empirischen Ergebnisse der Sozialforschung, der volkswirtschaftlichen Debatte und was sind Zukunftsbilder, an denen sich die Gesellschaft ausrichten kann. Die Zulieferungen dazu gehen über den wissenschaftlichen Diskurs und nicht nur über den tagespolitischen Diskurs, an dem alle interessierten Bürger teilnehmen oder der sich niederschlägt in der Tages- und Wochenpresse.» (Int-13)

Für die alltägliche Arbeit, gerade in den Einzelgewerkschaften, spielt die Wissenschaft eine weitaus geringere, wenn nicht sogar gar keine Rolle. In den Einzelgewerkschaften nehmen die Auseinandersetzung mit grundsätzlichen Fragen, die Entwicklung von Konzepten und die Politikberatung einen weitaus geringeren Raum ein. Dafür spielt die direkte, praktische Arbeit mit Unternehmen, Betriebsräten oder Aufsichtsräten eine größere Rolle. Diese verlangt eher Routine und Erfahrung als Unterstützung aus der Wissenschaft.

»Für unsere Arbeit als gewerkschaftlicher Dachverband spielt die Wissenschaft eine außerordentlich hohe Rolle. Wenn es um irgendwie konkrete Organisationspolitik vor Ort geht, dann wird die Bedeutung schwinden. Ich merke das auch, wenn ich jetzt z.B. ... als Referent angefragt werde, da ist natürlich schon dieses Interesse durchaus da: ‚ach was sagt denn die Wissenschaft dazu?‘ Aber praktisch vor Ort geht es natürlich um andere Dinge, denn die praktische Mitbestimmungspolitik setzt sich ja wirklich dann mit dem Arbeitgeber auseinander, mit dem Unternehmen, mit der Kapitaleseite, und da lässt natürlich dann das Interesse an wissenschaftlichen Diskursen auch nach.« (Int-12)

Für den Bereich der Mitbestimmung schätzt ein Mitarbeiter einer Einzelgewerkschaft die Relevanz der Wissenschaft ähnlich ein. Er geht davon aus, dass die Wissenschaft lediglich »eine Rolle, die deutlich hinter der Wichtigkeit anderer Bereiche zurückbleibt wie etwa Durchsetzungsfähigkeit bei der Tarifpolitik« (Int-14) einnehme.

Derselbe Mitarbeiter relativiert seine Aussage jedoch an anderer Stelle, wenn er ausführt, dass es als Gegenstück zum bekannten »Praxisschock«, den man erleide, wenn man aus der Universität in die Praxis wechsele, auch einen Moment gibt, in dem man plötzlich wieder die abstrakte Wissenschaft zu schätzen lerne. Je unerfahrener man sei, desto höher schätze man den Wert der alltäglichen Berufserfahrung ein, man erreiche aber bald einen Punkt, an dem die Notwendigkeit wissenschaftlicher Reflexion wieder bewusst werde.

Das wissenschaftliche Wissen hilft dabei, die alltäglichen Erfahrungen zu systematisieren und liefert einen Überblick über Entwicklungen, die die Praktiker aus der Perspektive des beruflichen Alltags kaum überschauen können. Insbesondere bei schnellen Entwicklungen und in komplexen oder unübersichtlichen Zusammenhängen hilft die wissenschaftliche Perspektive, Erfahrungen und Eindrücke zu ordnen und zu analysieren.

Für seine Arbeit fasst ein Befragter dies zusammen:

»Ich denke, am Anfang ist der gewaltige Input, den man im Beruf bekommt, dominierend und mit so vielen völlig neuen Fragestellungen und auch Erkenntnissen verbunden. Bei mir jedenfalls, bis man in eine Art Routine kommt, wo dann die sensationellen Praxiserkenntnisse seltener werden und man dann schon relativ viele praktische Erfahrungen hat, von denen man ja auch ein Stückweit zehrt erstmal. Dann lernt man wieder zu schätzen, dass Praxis nicht alles ist, sondern dass man auch in der Lage sein muss, die vielen praktischen Erfahrungen, die man gewinnt, irgendwie zu sortieren. Und das kann man nicht so nach einem reinen Erinnerungssystem machen, sondern dafür braucht man auch ein wissenschaftliches Grundmuster, um sie sich dauerhaft erschließbar zu halten. Natürlich braucht man auch bei der Entwicklung, die wir heute haben, bei den beschleunigten Prozessen, die in vielen Bereichen ablaufen, auch in der Mitbestimmung, viel mehr oder viel

schneller wieder theoretischen Input, um auf dem Laufenden zu bleiben. Um nicht den Anschluss zu verlieren.« (Int-14)

Kriterium ist selbstverständlich, dass zu dem entsprechenden Arbeitsbereich überhaupt wissenschaftliche Ergebnisse vorliegen. Wenn sie vorliegen, sind sie nicht nur zur Bewältigung der eigenen Aufgaben von Nutzen sondern können an entscheidender Stelle auch weiterverwand werden:

»Sie spielen eine Rolle. Wie groß diese Rolle ist, hängt letztlich davon ab, wie viele wissenschaftliche oder zu welchen Bereichen es wissenschaftliche Erkenntnisse gibt. Also es gibt jetzt in neuerer Zeit, gerade zu dem zuletzt besprochenen Bereich Unternehmensmitbestimmung in Aufsichtsräten, eine Reihe von Studien, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsrecht und was weiß ich, wer da sich alles geäußert hat, oder jetzt zuletzt beim Deutschen Juristentag in Stuttgart, rechtswissenschaftlich aber viele so eher ökonomische oder ökonometrische Untersuchungen, die haben eine erhebliche Rolle. Nicht unbedingt in der alltäglichen Arbeit im Aufsichtsrat, aber für unsere Arbeit, weil es hier ja auch oft darum geht, die Öffentlichkeit und auch die Stimmung in unserem eigenen Laden, so sage ich mal, pro Mitbestimmung zu beeinflussen und deswegen verfolgen wir das relativ intensiv« (Int-14)

Die wissenschaftliche Expertise kann als Legitimation und zur Rechtfertigung der eigenen Position herangezogen werden. Sie dient im öffentlichen Diskurs dazu, die Stimmungslage zu beeinflussen.

Gleichzeitig steht die Auseinandersetzung mit wissenschaftlichem Wissen immer in Konkurrenz zu den Routineaufgaben innerhalb der Organisation. Der Zeit- und Handlungsdruck, der dadurch entsteht, dass die Erfüllung bestimmter Aufgaben zu bestimmten Zeitpunkten erforderlich ist, sorgt dafür, dass die Beschäftigung mit wissenschaftlichem Wissen marginalisiert wird.

»Im Zweifel ist die Prioritätensetzung dann eher bei den operativen Aufgaben, die sofort erledigt werden müssen. Und wissenschaftliche Erkenntnisse aufzunehmen oder vielleicht sogar mal mit zu beeinflussen, welche Erkenntnisse dabei rauskommen, das ist ja etwas, das muss man nicht heute machen. Das ist nicht so zeitgebunden wie eine Anfrage mit einem Termin oder wie eine Aufsichtsratssitzung, die übermorgen stattfindet oder wie eine Betriebsratswahl, die im Frühjahr stattgefunden hat. Und da gibt es immer den alten Konflikt, dass da immer der Druck ist, dass das Alltagsgeschäft allein durch Terminsetzungen hohe Priorität erlangt.« (Int-14)

Wissenschaftliches Wissen ist dann besonders relevant, wenn an prominenter Stelle in Politik und Medien bereits wissenschaftliche Erkenntnisse kommuniziert werden, die konträr zur gewerkschaftlichen Position sind. Beispielsweise wäre dies der Fall, wenn Studien im Umlauf sind, die der Mitbestimmung im Unternehmen einen negativen Einfluss auf den Unternehmenserfolg bescheinigen. Hier wäre es für die Gewerkschaften wichtig, die notwendige Gegenexpertise zu mobilisieren, d.h. Studien anzuführen, die einen gegenteiligen Effekt belegen, um die eigene Position zu stützen.

Wissenschaft spielt in den »Politikbereichen eine ziemlich große Rolle, wo wir sehen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse eine Politik befürworten oder Ratgeber sind, Schlagwortgeber sind für eine Politik, die wir nicht wollen oder wo wir anderer Meinung sind. Das ist jetzt besonders bei

Wirtschafts- und neuerdings auch sozialpolitischen Fragestellungen oder Reformvorhaben wie der Gesundheitsreform der Fall. Wobei bei letzterem ist es ja gar nicht so schlimm, da gibt es ja auch genügend Experten, die das auch ziemlich in Grund und Boden verreißen.« (Int-14)

Wenn wissenschaftliche Argumente von einer Seite gebracht werden, ist es notwendig, diese Argumentationen zumindest nachvollziehen zu können und erforderlich, auf der gleichen Ebene darauf reagieren zu können. An anderer Stelle wurde hierzu bereits auf den von Beck und Bonß (1989) beschriebenen *diskursiven Sperrklinkeneffekt* hingewiesen.

»Mitbestimmung wird, auch unter Nutzung wissenschaftlicher Argumente, unter Druck gesetzt, und von daher ist es also sehr wichtig, die aktuelle wissenschaftliche Diskussion nach zu vollziehen. Und wir haben dadurch auch punkten können, weil wir feststellen konnten, dass die Kritik der Gegner nicht wirklich wissenschaftlich abgesichert ist. Im Gegenteil sprechen die vorliegenden Ergebnisse eher für unsere Sicht der Dinge. Wir können die wissenschaftlichen Ergebnisse sehr gut für unsere politische Arbeit einsetzen, weil wir wirklich nachweisen können, dass die andere Seite allerhöchstens pseudo-wissenschaftlich argumentiert, aber niemals den wirklichen Forschungsstand berücksichtigt.« (Int-12)

Interessant ist hierbei, dass aus Sicht des Gewerkschafters auf die, aus seiner Perspektive *vermeintlichen*, wissenschaftlichen Argumente der „anderen Seite“ mit dem aktuellen Forschungsstand geantwortet wird, d.h. man versucht die Argumente der Gegenseite als verzerrt oder pseudo-wissenschaftlich zu entlarven.

Die Wissenschaft wird von einem Mitarbeiter als der entscheidende und letztgültige Rechtfertigungsrahmen der Moderne aufgeführt. Wenn man für seine eigenen Positionen und Meinungen Geltung beansprucht, so ist es der fruchtbarste und vielleicht sogar einzig mögliche Weg, dies über den Bezug auf wissenschaftliches Wissen zu tun.

»Ich habe irgendwo mal gehört, dass der Stellenwert, den in früheren Gesellschaften die Religion hatte, heute die Wissenschaft hat. Und ich glaube, da ist was dran.« (Int-12)

Verband: Auch auf der Seite des Arbeitsgeberdachverbandes wird die Bedeutung der Wissenschaft insgesamt hoch eingeschätzt. Die Parallelen zum gewerkschaftlichen Dachverband sind offenkundig. Auch hier beschäftigen sich die Mitarbeiter weniger mit konkreten Abläufen vor Ort, sind also nicht an einzelnen Tarifverhandlungen beteiligt oder beraten einzelne Unternehmen. Ihre Aufgabe besteht vielmehr in der Repräsentation des Industriezweigs nach außen und in der Strategie- und Konzeptentwicklung nach innen. Für die alltäglichen Routineaufgaben spielt wissenschaftliches Wissen eine untergeordnete Rolle. Es sei notwendig, die wissenschaftlichen Positionen zu berücksichtigen, wenn man einzelne Frage- oder Problemstellungen bearbeitet, es stelle jedoch keine zentrale Aufgabe dar. So antwortet ein Abteilungsleiter

auf die Frage, wie wichtig wissenschaftliches Wissen im Allgemeinen für die Arbeit im Verband sei:

»Für die Beantwortung von Fragen in der Regel nicht besonders, wobei aber ‚nicht besonders‘ heißt, man muss bei jedem Thema den Meinungsstand abchecken, das ist eine Frage des sauberen Arbeitens. Da kommt man nicht dran vorbei, insofern ist das immer wichtig.« (Int-15)

Der Geschäftsführer geht grundsätzlich davon aus, dass es gewisser wirtschaftswissenschaftlicher Grundkenntnissen bedarf, ohne die die Arbeit gar nicht zu realisieren sei. Hierbei handele es sich um die akademische (Grund-) Ausbildung der Mitarbeiter und nicht um die Verwendung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse. Er nennt Kenntnisse über bestimmte Fachtermini, Fähigkeiten in der Statistik und die Berechnung der Lohnformel als wichtige Kompetenzen seiner Mitarbeiter.

»Wenn ich z.B. eine Lohnformel entwerfen muss für das Angebot der Arbeitgeberseite, da muss man sich schon ganz gut auskennen, zumindest in der neoklassischen Theorie, denn die ist ja überwiegend unser Metier. Man muss wissen was Kerninflation ist. Also viele Dinge aus dem Bereich der angewandten Ökonomie, der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, natürlich auch der praktischen Statistik, man muss unterscheiden können. Ganz banale Dinge, die letztlich aber doch Bestandteile der Wissenschaft sind.« (Int-16)

Wenn es jedoch um die Entwicklung von Konzepten oder die Beratung der Politik geht, spielen wissenschaftliche Forschungsergebnisse eine entscheidende Rolle für den Verband. Derselbe Interviewpartner zeigt auf, dass es für eine kleine Einrichtung nicht möglich ist, alle Daten selbst auszuwerten, zu berechnen oder zu analysieren. Um also auf der Basis aussagekräftiger und seriöser Daten argumentieren zu können, sei es unabdingbar, sich auf wissenschaftliche Forschungen zu stützen. Vor allem hätten wissenschaftliche Forschungsergebnisse den Vorteil, dass sie in der Öffentlichkeit als glaubwürdiger angesehen würden.

»Wir sind ein ganz kleiner Laden. Wir sind 34 Leute hier und haben ein recht breites Arbeitsgebiet, so dass einige von uns mit der Herausforderung überhaupt nicht fertig werden könnten, wenn sie alles selber rechnen und zusammenstellen, recherchieren und analysieren müssten. Wir legen großen Wert darauf, natürlich auch im Sinne der Glaubwürdigkeit gegenüber den Journalisten, die uns sehr eng kontrollieren, dass wir belegbare Thesen haben, nicht einfach etwas in den Wind behaupten, und dazu ist es dringend notwendig, die Wirklichkeit, also die Empirie, walten zu lassen, anstelle von irgendwelchen ideologischen Glaubensbekenntnissen, die einem einfach von vielen Leuten nicht abgenommen werden, zu Recht nicht, man muss schon die Dinge belegen können. Und das können wir mit eigener Kraft nicht leisten, dafür sind wir einfach zu klein, und deshalb sind wir darauf angewiesen, externes Wissen hier in den Verband reinzuholen und dann mit diesem eingekauften Wissen dann wieder unser Output zu erzeugen.« (Int-16)

Für die *Initiative-Erhardts-Erben* hat wissenschaftliche Expertise einen weitaus größeren Stellenwert. Dies liegt daran, dass diese Initiative an ein Forschungsinstitut als PR-Abteilung der Arbeitgeberverbände angeschlossen

ist und dass sie sich in ihrer Arbeit hauptsächlich wissenschaftlicher Kronzeugen für die eigene Position bedient.

Wissenschaftliche Expertise »schmückt uns, das speist uns. Es ist ganz wichtig, dass wir nicht die Urheber sind, sondern Urheber ist immer auch die Kompetenz des Partners, den wir haben.« (Int-17)

Die Wissenschaft dient als Ausweis von und Beleg für Objektivität. Nicht von ungefähr argumentiert diese Initiative in ihren Publikationen i.d.R. mit dem Argument der Sachzwänge, die keinen anderen Ausweg zulassen. In der Politik, auf die diese Initiative als einen der Hauptadressaten abzielt, ist es aus der Sicht dieses Mitarbeiters so, dass eine bloße Meinung keinen Wert habe sondern jede Meinung einer argumentativen Fundierung bedürfe. Wissenschaftler und insbesondere jene, die über eine gute Reputation verfügen, liefern mit ihren Forschungsergebnissen und ihrem guten Namen das nötige argumentative Gewicht, um aus einer Meinung ein schlagkräftiges Argument zu machen.

»Im politischen Kanon kann man nicht nur einfach eine Meinung sagen: ich bin dafür oder dagegen, sondern sie müssen die argumentativ unterlegen. Und da spielt die Wissenschaft eben eine ganz große Rolle. Reputation!« (Int-17)

Selbst wenn in der Politik die Erkenntnisse der Wissenschaft nicht umgesetzt würden, sei es für seine Arbeit trotzdem wichtig, diese Erkenntnisse in den politischen Prozess zu speisen. Ebenso wie es auf Gewerkschaftsseite angeklungen ist, geht auch er davon aus, dass es besser, sinnvoller und nützlicher für die Politik wäre, wissenschaftliche Erkenntnisse umzusetzen. Dass dies nicht geschieht, schreibt er dem politischen Prozess als Defizit zu: dort ginge es nicht darum, die Probleme der Gesellschaft zu lösen sondern lediglich um Machterhalt. Umgekehrt lässt sich diese Aussage so deuten, dass er davon ausgeht, bei der *Initiative-Erhardts-Erben* stünden die tatsächlichen Probleme und die objektiven Lösungen im Mittelpunkt und keine bloßen Interessen.

„Ob die Politik, die natürlich ein anderes Interesse hat, da geht es um Wiederwahl, um Interessen, um Machtpositionen, diese Ergebnisse, Studien, Argumente aufgreift, das ist ein ganz anderes und schwieriges Spielfeld. Die Begrenztheit der Umsetzung oder Umsetzbarkeit, die ist schon gegeben, aber das liegt eben auch an den politischen Akteuren oder an dem Prozess, an der Gesellschaft selber, was aber wiederum nicht der Wichtigkeit der Wirtschaftswissenschaften den Rang abspricht.“ (Int-17)

Einzelne Wissenschaftler werden als wichtige und vor allem notwendige Ergänzungen der Politik angesehen. Inwieweit hier auch eine gewisse Selbstreflexion hinsichtlich der Gültigkeit der wissenschaftlichen Expertise angestellt wird, soll unter dem Punkt Kontroversen ausführlich behandelt werden. An dieser Stelle nur kurz der Hinweis, dass, ähnlich wie bei den

Gewerkschaftern, das Bewusstsein für die Pluralität gerade wirtschaftswissenschaftlicher Positionen vorhanden ist, jedoch die Belege für die eigene Position als stärker angesehen werden.

Umgang mit wissenschaftlicher Expertise: Suchen, Verwenden und Bewerten

Gewerkschaften: Bisher konnte gezeigt werden, dass wissenschaftliche Expertise für die alltägliche Gewerkschaftsarbeit lediglich eine untergeordnete Rolle spielt. Verwendet wird wissenschaftliches Wissen vor allem wenn es darum geht, längerfristige Konzepte und Strategien mit wissenschaftlichen Argumenten zu untermauern. Das wissenschaftliche Wissen ist dann aber eindeutig nicht ‚Quelle der Inspiration‘ sondern Legitimationswissen und dient lediglich zur Rechtfertigung der eigenen Position. Teilweise bedürfen die Befragten wissenschaftlicher Expertise auch, um komplexe Zusammenhänge zu strukturieren und zu analysieren und so eine neue, zusätzliche Perspektive zu gewinnen. Wie von den Mitarbeitern herausgestellt wurde, spielen wissenschaftliche Argumente vor allem im (quasi öffentlichen) Konflikt mit dem Tarifpartner eine entscheidende Rolle. Insbesondere dann, wenn dieser selbst wissenschaftliche Argumente für seine eigenen Entscheidungen und Positionen anführt. In diesem Konflikt geht es nicht darum, den Gegner von einer anderen Meinung zu überzeugen als vielmehr in der öffentlichen Meinung oder der Politik für Unterstützung und/oder Verständnis zu werben. So liegt das Hauptaugenmerk der Verwendung eben darin, das wissenschaftliche Wissen in eine Form zu bringen, die leichter für die jeweils anvisierte Zielgruppe zu verstehen ist:

In der Öffentlichkeit »sind wir Dolmetscher der Sachdebatten. Gerade die Dinge der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Entscheidungsfindungen sind in öffentlichen Debatten nicht so leicht durchsichtig zu machen. Aktuelles Beispiel: erklären sie den Menschen mal das was unter Gesundheitsreform gerade läuft und da ist es schon wichtig, dass man dolmetschen kann.« (Int-13)

Die Befragten gehen aber trotzdem davon aus, dass niemand von ihnen völlig wertfreie Aussagen erwartet. Für sie steht im Mittelpunkt, die Interessen und Werte der eigenen Klientel möglichst erfolgreich zu vertreten und dazu wissenschaftliche Erkenntnisse so wirksam wie möglich einzusetzen.

»Keiner erwartet von uns an der Stelle jetzt wirklich eine völlig neutrale, objektive Aufarbeitung der Wissenschaft, das ist jetzt nicht meine Funktion.« (Int-12)

Trotzdem würden sich wissenschaftliche Argumente von selbst entkräften, wenn sie nicht gewissen Standards entsprechen würden, insbesondere der Allgemeingültigkeit. Es wäre für die Gewerkschafter daher nicht sinnvoll, die eigenen Abhängigkeiten, Interpretationen und Wertigkeiten zu verheimlichen. Es geht stattdessen darum, den möglichen Interpretationsspielraum für spezielle Sachlagen aufzuzeigen und darzulegen, dass sich aus denselben Daten unterschiedliche Schlüsse ziehen lassen. Ihnen kann es durch die Markierung der eigenen vorwissenschaftlichen Meinung gelingen, die entsprechenden Abhängigkeiten der Gegenseite aufzuzeigen:

»Ich versuche, wenn ich die Ergebnisse transportiere, sauber zu bleiben. Ich versuche, einen sehr großen Teil offen zu legen und auch meine Interpretation natürlich dann auch zu verkaufen. Ich versuche doch, im Rahmen einer zulässigen Interpretation zu bleiben. Und auch möglichst objektiv und auf widerstreitende Studienpunkte einzugehen.« (Int-12)

Dieses Zitat liefert einen Hinweis auf den Warencharakter des Wissens, welches auf dem *Markt der Argumente* gehandelt wird. Es geht darum, Interpretationen und Sichtweisen zu *verkaufen* und nicht darum, für Aufklärung oder Verständnis zu sorgen. Das wissenschaftliche Wissen dient dem Marketing. Es ist ein Extra, das man einem Argument zufügen kann, frei nach dem Motto: „Professoren empfehlen...“.

»In den gesellschaftspolitischen Kontroversen ist es ja so, dass jede Seite mit wissenschaftlicher Argumentation operiert. Da ist klar, dass Wissenschaft auch eine Werteorientierung hat und dass für uns der Wertekanon nun anders aussieht als für unsere Interessensgegner im Arbeitgeberverband. Und Wissenschaft ist nie die letzte Entscheidungsinstanz, sondern wir argumentieren auch normativ und rezipieren mehr, was in unseren Wertekanon passt, als das, was in den Wertekanon der Arbeitgeber reinfällt.« (Int-13)

Wissenschaftliches Wissen wird als wertgebunden identifiziert und die Debatten, die in der Wissenschaft existieren, werden als analog zu den gesellschaftlichen Debatten angesehen. Dieser Befragte weist darauf hin, dass für die Positionsentscheidungen in gesellschaftlichen Debatten die Wissenschaft als alleinige Grundlage nicht ausreichend sei. Es bedürfe notwendigerweise eines normativen, d.h. eines wertgebundenen Urteils. Er führt dazu aus, dass allen, die an solchen Debatten beteiligt seien, klar sei, dass zu den entscheidenden Fragen keine letztgültigen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu erwarten sein:

»Es gibt auch in der Wissenschaft eine polarisierte Debatte. Es gibt zu keinem Thema die wissenschaftliche Meinung, sondern wissenschaftliche Meinungen. Die pluralistische Wissenschaftsproduktion ist ein Kennzeichen unserer Gesellschaft. Es gibt nicht die letzten Wahrheiten. Das ist aber allen Teilnehmern an diesem Diskurs, glaube ich, vertraut.« (Int-13)

In der Verwendung des wissenschaftlichen Wissens wird eine deutliche Spannung sichtbar. Zum einen sind sich die Akteure sicher, dass die

Forschung selbst nicht völlig wertneutral ist. Zum anderen sind sie sich im Klaren darüber, dass sie als Rezipienten die Forschungsergebnisse aus ihrer gesellschaftlichen Position und Interessenslage her auswählen und deuten. Trotzdem gehen sie davon aus, dass die von ihnen zur Rechtfertigung herangezogenen Forschungsergebnisse bessere Argumente liefern als die der Gegenseite; dass diese wahrer oder richtiger sind.

Arbeitgeberverband

Ähnlich wie bei den Mitarbeitern in den Gewerkschaften dient wissenschaftliches Wissen den Akteuren im Arbeitgeberverband zur Konzeptentwicklung und zur Untermauerung ihrer Argumente. Überdies nutzen beide Gruppen wissenschaftliche Analysen, um Sachverhalte zu ergründen, sich einen Überblick oder Einblick zu verschaffen und um komplexe Zusammenhänge zu erkennen. Interessanter ist aber, wie wissenschaftliches Wissen in der öffentlichen Debatte eingesetzt wird. Dies erfolgt im Fall des Arbeitgeberverbandes durch die *Initiative-Erhardts-Erben*.

Die Initiative beauftragt, sobald sie sich für ein Thema interessiert und dieses öffentlich besetzen möchte, wissenschaftliche Experten damit, entweder Expertisen oder Publikationen anzufertigen, Vorträge zu halten oder, sollte es an Forschungsergebnissen mangeln, sogar einzelne Studien durchzuführen. Die Argumentationslogik im Anschluss beschreibt der Mitarbeiter wie folgt:

»Achtung guckt hier, Prof. Sowieso hat das und das in unserem Auftrag errechnet, das sind die Auswirkungen und wir fordern deshalb die und die Schritte zur Umsetzung, damit das und das eintritt und das und das nicht eintritt.« (Int-17)

Der Interviewpartner wollte hier ein namenloses Beispiel bringen. Interessant ist aber, dass es, wenn man seine weiteren Ausführungen liest, auf den konkreten Namen gar nicht ankommt. Viel wichtiger ist der Professorentitel, denn

»... der Wissenschaftler, der ist dann für die wissenschaftliche Reputation oder wenn es wirklich en details um Methodik geht« da. (Int-17)

Die Planung und den Vorlauf einer solchen Studie schildert der Mitarbeiter so:

»Man sieht natürlich, was läuft gerade ab: Gesundheitsreform, Arbeitsmarkt, Hartz IV, Unternehmenssteuerreform, Föderalismus. Das verfolgen wir ja sehr aufmerksam und man weiß, wie der politische Prozess läuft: wann Gesetzgebungsverfahren sind, Lesungen, – da muss man natürlich als Seismograph arbeiten. Was ist die Problematik? In welche Richtung läuft das? Wie sind die politischen Mehrheiten? Was passiert? Und wenn eben die argumentative Phase eintritt: Was wird diskutiert? Was sind die strittigen Punkte? Und diese strittigen Punkte eben heraus zu schälen. Und sagen: Da wollen wir hin! Das ist die Argumentation oder die Lösung oder das Konzept, das unterstützen wir. Unter diesem Blickwinkel gehen wir hin und fragen: Haben wir dazu Expertisen? Was sagen andere? Gibt es das schon auf dem Markt? Wenn es das nicht gibt, kann man eine neue aktuelle Studie dazu machen? Wie schnell geht das? Wie viel Kompetenz braucht man? Und dann geht man wirklich von einem Punkt zum anderen: Man sondiert das Gebiet, die Themenfelder und

merkt: ‚aha, das besetzen wir auch in Arbeit, Bildung, Gesundheit, Steuern, Finanzen‘. Haben wir die Kompetenz hier im Hause? Dann reicht ja quasi ein Anruf und fragt: ‚Wie ist denn die Gemengelage? Was tut sich? Wie stehen die Verbände, die Parteien dazu? Kann man was gemeinsam auf die Beine stellen? Was könnte denn da rauskommen?‘ Und dann kann man einen Auftrag vergeben oder man sagt auch: ‚nein, bringt nichts, ist zu verworren, machen wir lieber nicht‘. Aber meistens findet sich dann doch ein Weg. Wenn man schnell handelt und die Dinge rechtzeitig, weil Studien auch eine Zeit brauchen, in Auftrag gibt, kann man damit in der Öffentlichkeit punkten, weil man dann wirklich derjenige ist, der als erstes dazu was hat.« (Int-17)

Interessant ist, dass die Studie direkt als Instrument zur Verstärkung einer spezifischen Position im politischen Prozess angelegt wird. Am Anfang stehen die genaue Analyse eines politischen Diskurses und die Entscheidung für eine bestimmte Position in diesem Diskurs. Die Analyse zeigt ihm auf, welche Ansatzpunkte und Bedürfnisse in der Debatte bestehen und wo eine wissenschaftliche Expertise ihre Wirkung entfalten könnte. Anschließend gibt er eine Studie in Auftrag, die als Beleg für seine Position dienen kann. Droht die Gefahr, dass die Untersuchung zu Ergebnissen kommen könnte, die der eigenen Position eher schaden, nimmt er Abstand von dem Vorhaben. Ähnlich schildert dies ein Gewerkschafter:

»Es ist klar, wenn wir eine größere Untersuchung oder ein Rechtsgutachten in Auftrag geben, dann gibt es da Vorgespräche und es wäre ungewöhnlich, wenn man jemanden beauftragt, wo einigermaßen erkennbar ist, dass der zu einem Ergebnis kommt, das einem eigentlich nicht in den Kram passt. Solche Gutachten haben dann vielleicht ein Vorgespräch, aber es wird nie ein Auftrag erteilt.« (Int-14)

Wichtig sind zwei Aspekte: erstens sollen die Studien Belege und Unterstützung für die eigene Position liefern und zweitens sollen sie einen möglichst großen Neuigkeitswert haben. Neues Wissen ermöglicht es, im öffentlichen Diskurs zu punkten und macht es dem Gegner schwieriger, darauf zu reagieren.

Gewerkschaften: Die Themensetzung hinsichtlich wissenschaftlichen Wissens, d.h. worum es geht, womit man sich beschäftigt, was wichtig ist, bestimmt die aktuelle Tagespolitik. Die interviewten Gewerkschafter reagieren auf die aktuellen politischen Debatten und versuchen, darauf Einfluss zu nehmen. Sobald ein Thema in der Presse auftaucht oder in den gewerkschaftlichen Netzwerken kommuniziert wird, dann reagieren die Mitarbeiter darauf und beschäftigen sich damit.

»Dass ich wirklich von mir aus suche, kommt eigentlich selten vor. Es ist eher so, dass ich in der Zeitung irgendwas lese und dann gezielter danach suche. Oder, sie dürfen dieses gewerkschaftliche Netzwerk hier auch nicht unterschätzen: Man kriegt auch relativ viele Informationen von Kollegen, gerade von der Hans-Böckler-Stiftung. Da sind wir auch auf Arbeitsebene auch ganz gut vernetzt, so dass man sich gegenseitig auch mal informiert.« (Int-12)

Aus Sicht der Befragten gibt es bei zahlreichen tagesaktuellen Themen eine Vielzahl von Literatur, jedoch gibt es für sie kaum Möglichkeiten, diese zu bewältigen. Sie nutzen ihr eigenes Netzwerk, um Informationen und Literatur vorzuselektieren und vertrauen darauf, dass ihre Kooperationspartner bereits eine gute Übersicht besitzen und auf die richtigen und vor allem wichtigen Quellen verweisen.

»Es gibt zu vielen Fragen, sehr viel Literatur, da braucht man eigentlich schon so eine Art Führer aus dem man ersehen kann, womit befasse ich mich und womit befasse ich mich besser nicht, weil es Zeitverschwendung ist. Das ist schwer rauszukriegen, und da geht auch sicherlich einige Zeit mit drauf, Sachen zu studieren, wo man dann erst hinterher weiß, das hätte ich mir schenken können. Da lebt man ein Stückweit davon, dass es solche Einrichtungen gibt wie den DGB oder die Hans-Böckler-Stiftung, die so eine Art Vorauswahl treffen. Wo Leute sitzen, die das als zentrale Aufgabe haben, über so etwas auch informiert zu sein, um das dann weiter zu geben. Wo man dann auch relativ häufig was erfährt. Dass es irgend einen Aufsatz gibt, der einem zugesandt wird.« (Int-14)

Aus Sicht der Einzelgewerkschaft fungieren der Dachverband und die gewerkschaftsnahen Stiftungen als Filter, die wissenschaftliche Literatur vorsortieren und entsprechend als relevant kennzeichnen. Insbesondere die Kollegen der eigenen und von anderen Gewerkschaften gelten als wichtige Informanten und Gradmesser für wissenschaftliches Wissen. Diese geben Tipps, liefern notwendige Hinweise und ordnen die Veröffentlichungen in den gewerkschaftlichen Kontext ein.

Trotzdem besteht weiterhin das Problem, all das verfügbare Wissen, all die Publikationen, die man vorliegen hat, auch zu bearbeiten, zu lesen und inhaltlich einzuordnen. Ignoranz sei aber keine Alternative, denn um den Anschluss an die Debatte nicht zu verlieren, sei es aus Sicht eines Befragten zwingend notwendig, ständig das Wissen zu aktualisieren:

»Ich denke, dass ich mich selbst um Vieles bemühe. Vieles einfach auf meinen Tisch kommt, wo es dann schon schwierig wird zu selektieren, zu gucken, sich nicht zu verzetteln, sondern das zu lesen oder wahrzunehmen, was wirklich wichtig ist und dem nachzugehen. Da habe ich den Eindruck, dass das relativ gut klappt und ich fachlich insgesamt eigentlich ganz gut aufgestellt bin. Aber es ist nichts, wenn ich jetzt aufhöre, mich darum zu kümmern. Dann bin ich relativ schnell weg vom Fenster. Dann zehrt man zu sehr von dem, was man irgendwann früher mal gelernt hat, und es droht immer die Gefahr, dass man eines Tages entweder völlig ausgebrannt ist, weil man nur noch was von sich gibt und keinen Input mehr bekommt oder man wird nicht mehr gefragt, weil die Leute dann sagen, ‚der erzählt einem sowieso nur das alte Zeug von vor 10 oder 20 Jahren‘. Das möchte ich eigentlich gerne vermeiden, in dieses Schicksal zu kommen.« (Int-14)

Ein großer Teil des wissenschaftlichen Wissens erreicht die Befragten allein aus Ressourcengründen nicht mehr. Die Menge an Literatur, die man beschaffen und lesen kann, ist begrenzt. Daher greifen die Befragten in der Regel auf Publikationen zurück, die sie frei und kostenlos im Internet finden oder auf Kurzfassungen, die von anderen Gewerkschaften oder den

gewerkschaftsnahen Stiftungen, den politischen Stiftungen usw. angefertigt wurden.

In diesem Sinne interpretiert dies auch ein Vertreter aus dem gewerkschaftlichen Dachverband, der davon ausgeht, dass seine Aufgabe explizit darin bestehe, als eine Art Lotse für die Einzelgewerkschaften zu fungieren und diesen die wissenschaftlichen Erkenntnisse bereits in einer überarbeiteten, transformierten Form zu kommen zu lassen. In dieser Form ist bereits der Bezug zum praktischen Kontext hergestellt. Die Ergebnisse sind zusammengefasst und gekürzt, sodass sie im Arbeitsalltag einfacher zu konsumieren sind.

Die folgende Beschreibung eines Mitarbeiters entspricht der allgemeinen Situation auf den Schreibtischen:

»Man kann die unwichtigeren Sachen von den wichtigen filtern. Ich habe mich aus persönlichem Interesse in sehr viele Verteiler setzen lassen, die beschmeißen mich natürlich jetzt richtig, und da muss man gucken, dass man da den Überblick nicht verliert. Hier stapeln sich auf meinem Schreibtisch schon bestimmte Studien, wo ich einfach nicht dazu gekommen bin und nach einem ersten Überblick entschieden habe, dass das jetzt nicht so wichtig ist. Also da gibt es Filtermechanismen, aber ich kann jetzt sagen, dass ich da unter einem Overkill leide und die Arbeitsfähigkeit da nicht mehr hergestellt ist.« (Int-12)

Ein anderer Mitarbeiter schildert dies so:

»Es erscheint mehr als man lesen kann. Und deshalb ist die Frage von Auswahl und Zusammenfassungen, und was haben andere schon analysiert, und wo muss man das nachlesen, eher die Kunst. Was kann man über das Internet erfahren, wer liefert intelligente summaries über Dinge, die geschrieben worden sind. Das ist dann individuelle Fertigkeit, mit dem Wust an Informationen umzugehen und produktiv für die alltägliche Politikberatung fruchtbar zu machen.« (Int-13)

Gleichzeitig betonen alle Befragten aber, dass sie sich, zumindest für ihr begrenztes Themenfeld, selbst als ausgewiesene Experten verstehen. Dies wird u.a. in Relation zu anderen Personen dargestellt. Da die Arbeitsfelder recht begrenzt seien, gebe es insgesamt nur sehr wenige Forscher und andere Praktiker, die sich auch so intensiv oder gar intensiver damit beschäftigen würden. Vielmehr ist es so, dass es z.B. in der Politik zahlreiche Personen gebe, die sich lediglich am Rande, als einem Thema von vielen, damit befassen. Im Vergleich zu diesem Personenkreis, sei man auf jeden Fall ein Experte.

Wegklicken, Ausblenden, Liegenlassen sind auch in den Gewerkschaften die üblichen Strategien im Umgang mit *zu viel* Wissen. Ansonsten erfolgt der Zugriff auf Wissen über Zusammenfassungen, kurze Berichte und Übersichtsliteratur.

Verband: Da sich sowohl die Themen und die Handlungsfelder ähneln, sind sich auch die Formen des Umgangs mit wissenschaftlicher Expertise ähnlich. Der Abteilungsleiter fasst zusammen, wie er damit umgeht, wenn neue Literatur auf seinem Schreibtisch landet:

»Erstmal gucken, was ist das Thema. Abschätzen, ist das Thema für mich wichtig oder ist das eher ein Randthema, dann legt man es zur Seite. Kann es wichtig oder interessant sein, dann guckt man mal, was ist das Ergebnis, die Zusammenfassung und je nachdem steigt man dann tiefer ein. Aber es gibt da keine festen Regeln.« (Int-15)

Generell wird die Situation so eingeschätzt, dass zu jedem Thema und zu jeder Fragestellung eher zu viel als zu wenig Literatur und Wissen vorliegen. Als Herausforderung wird nicht nur die schiere Menge an potentiell verfügbarem Wissen angesehen, sondern auch die besseren Möglichkeiten, sich dieses Wissen zugänglich zu machen. So lange die Hürden verhältnismäßig hoch sind, um Wissen zu erhalten, fällt die Selektion kaum ins Gewicht. In dem Moment, in dem man Zugriff auf sehr viel Wissen hat, muss man sich zwangsläufig damit auseinandersetzen.

»Es ist sogar so, seitdem es Internet gibt, ist sogar eher die Gefahr da, dass man das Input übertreibt, dass man zu viel liest und womöglich noch ausdrückt. Man muss sich im Leben immer entscheiden: schreiben oder lesen. Man kann nicht intensiv lesen und intensiv schreiben, das gibt die Zeitökonomie nicht her. Deshalb ist das Problem generell, auch bei meinen Kollegen, dass man aufgrund der viel besseren Recherchemöglichkeiten eine Menge Zeit spart, aber die eingesparte Zeit wieder verliert dadurch, dass man wirklich mehr Material sichtet als früher. Und man hat seinen Volltreffer, aber man lässt es nicht dabei bewenden, man guckt ob es noch etwas Besseres gibt, das hat es früher nicht gegeben. Wenn ich zurückdenke wie ich vor 30 Jahren gearbeitet habe und wenn ich in einem Thema ein Defizit hatte, dann habe, wenn ich Glück hatte, einen Aufsatz mir geholt und das passte genau. Dann war der Fall für mich erledigt, da war ich nie auf die Idee gekommen noch eine zweite, dritte oder vierte Version einzufordern. Und das ist heute beim Internet eben die Gefahr, dass man sich zu Tode recherchiert« (Int-16)

Die Angst oder Sorge, etwas zu verpassen, irgendeinen Gedanken, ein wichtiges Datum oder ähnliches nicht mitzubekommen, führt dazu, dass man sich eher zu viel Wissen zumutet, als man eigentlich verarbeiten kann. Hier kommt es zu einer grundsätzlichen Verschiebung, denn je mehr Wissen vorhanden ist, desto mehr wird auch berücksichtigt, unabhängig davon, ob es einen inhaltlichen Zugewinn darstellt.

Die hieraus resultierende Gefahr, nur noch das wahrzunehmen, was in das eigene Weltbild passt und die eigene Position im Diskurs stärkt, wird selbstkritisch thematisiert, wie dies der Mitarbeiter der Initiative hier tut:

»Es gibt sehr viel. Es gibt auch Informationsoverload und alles. Man bekommt so viel verschiedene Studien zu Marktwirtschaft und in den Zeitungen, so dass man auch fast geneigt ist, das auszublenden und nur das wahrzunehmen, was einen selber unterstützt. Also so diese typische These nur die Unterstützung in der Wahrnehmung zu behalten.« (Int-17)

Interessant ist jedoch, welche Konsequenzen er hieraus zieht: Selbst nachdem er probiert hat, die Diskussion und die unterschiedlichen Positionen in ihrer Gänze zu betrachten und ausgewogen zu beurteilen, kommt er lediglich zu der Feststellung, dass die anderen Positionen verzerrt, politisch eingefärbt oder unausgewogen sind. Der höhere Arbeitsaufwand führt ihn nicht dazu, eine objektivere Sichtweise der Dinge zu entdecken, sondern liefert einzig und allein nur einen Überblick über die unterschiedlichen, werthaltigen Positionen:

»Andererseits, wenn man das dann mal sondiert und sagt, was passiert denn da nun wirklich, was dann wirklich mit einem höheren Arbeitsaufwand verbunden ist: Wie ist denn der Stand der Diskussion? Um was geht es denn eigentlich? Was liegt denn eben vor? Dann merkt man: ‚aha, es sind doch dieselben Dinge, die müssen aber nicht richtig sein. Die sind in einer Richtung oder polemisch oder politisch eingefärbt, so dass man merkt, die hat eine Schlagseite die Diskussion, oder die Stimme, die eigentlich auch dieses andere mehr oder weniger unterstützt, die fehlt.« (Int-17)

Das Ziel ist dabei oftmals nicht, durch sorgfältige Recherche und Analyse zu einem endgültigen oder besseren Ergebnis zu kommen sondern die Position des Gegners möglichst fundiert anzugreifen und dadurch Debatten anzustoßen, wie derselbe Interviewpartner in einem Beispiel ausführt:

»Da gab es auch mal ein ganz schönes Beispiel über die Basarökonomie. Der Herr Sinn in München, IFO, hat gesagt, Deutschland profitiert nur von diesen ausländischen Produktionen, also was zusammengeführt wird in Deutschland, und alles andere wird ausgelagert. Das ist quasi die neue Basarökonomie. Und wir haben das aufgegriffen und haben gesagt: ‚Nein, das stimmt so nicht‘ und haben versucht, das zu widerlegen mit einer eigenen Expertise von den Wissenschaftlern hier. Und dann gab es ganz groß Berichterstattung, gerade in der Süddeutschen Zeitung Seite 1. Und da hat sich dann natürlich der Herr Sinn wieder gewehrt und gesagt, methodische Ziele und alles ganz falsch und das könne man überhaupt nicht so sehen, wie wir das sehen. Da war eben der Disput dann eben da. Der hin und her ging auf wissenschaftlicher Ebene. Der aber auch in den überregionalen Medien stattgefunden hat.« (Int-17)

Das wissenschaftliche Argument wird durch ein weiteres wissenschaftliches Argument angegriffen und somit die Position des Gegenübers in der politischen Debatte untergraben. Von Bedeutung ist, dass das Gegenargument selbst wieder wissenschaftlich sein muss, sonst würde es keine Wirkung erzielen. Dieses Phänomen der Gegenexpertise wurde an anderer Stelle behandelt (vgl. Kapitel 2.4). Der nachfolgende Disput ist ein mehr oder minder wissenschaftlicher Streit, der von außen betrachtet wird und über den man berichtet. Gegen die Gegenexpertise wird Kritik an deren Methode in Anschlag gebracht, d.h. die unterschiedliche Interpretation wird zu einem innerwissenschaftlich erklärbaren Phänomen (X hat falsche/andere Indikatoren zu Grunde gelegt, daher kommt er zu einem abweichenden Ergebnis).

Dies zeigt sich auch eindeutig an der ursächlichen Begründung, warum man Studien in Auftrag gibt: zur Rechtfertigung und Verstärkung der eigenen Argumente. Die Rechtfertigung der eigenen Position wird immer vor dem

Hintergrund des Unwissens der Öffentlichkeit und bei der Gegenseite inszeniert, d.h. man tut so, als ob alle, wenn sie nur die Fakten und die Sachlage richtig kennen würden, gar nicht anders könnten, als der eigenen Position zu folgen.

»Wenn wir Studien in Auftrag geben, möchten wir natürlich zeigen, dass anhand bestimmter Ergebnisse der marktwirtschaftliche Weg der richtige ist. Dass Deutschland den Wohlstand halten oder auch ausbauen kann, gerade mit diesen Umfeldbedingungen wie Globalisierung. Was wir jeden Tag in der Presse- und Medienlandschaft wiederfinden ist, dass manchmal auch die Kenntnis nicht sehr groß ist und deswegen auch die Polemik sehr stark in die eine oder andere Richtung divergiert.« (Int-17)

Auch in diesem Fall zeigt sich wieder die innere Spannung, die Praktiker betrifft, wenn sie wissenschaftliche Expertise nutzen und zugleich mit einer Gegenexpertise umgehen müssen. Während dieser Befragte oben selbstkritisch anführt und auch in dieser Passage darauf hinweist, dass es keine unabhängigen oder objektiven Positionen gibt, geht er hier davon aus, dass die anderen Akteure vor allem auf Grund von Unkenntnis der wissenschaftlichen Fakten eine divergierende Meinung vertreten würden. Der Einsatz von wissenschaftlichen Experten diene daher der Aufklärung. Hinzu käme, dass bloße Meinung in der politischen Debatte keine Wirkung entfalte, denn notwendigerweise bedürfe es möglichst gut fundierten wissenschaftlichen Begründungen.

»Heute im politischen Kanon, kann man ja nicht nur einfach eine Meinung sagen, sondern sie müssen die ja argumentativ unterlegen. Und da spielt die Wissenschaft eben eine ganz große Rolle« (Int-17)

Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass es aus Effizienzgründen sinnvoll ist, Aufgaben an Wissenschaftler und wissenschaftliche Einrichtungen abzugeben. Würde man sich darauf einlassen, alle Analysen und Publikationen selbst anzufertigen, müssten die Organisationen entsprechend wachsen oder andere Aufgaben müssten vernachlässigt werden. Einen weiteren wichtigen Aspekt, der oben bereits geschildert wurde, darf man hierbei aber auch nicht außer acht lassen: Würde ein Verband – wie auch eine Gewerkschaft – mit eigenen Ergebnissen an die Öffentlichkeit treten, so wäre der Legitimations- oder Rechtfertigungseffekt durch die Expertise dahin. Es ist gerade die Tatsache, dass man es nicht selbst gemacht hat, dass es ein unbeteiligter Dritter war, der darüberhinaus über wissenschaftliche Reputation verfügt, welche dem Argument seine Wirkung verleiht. Wie oben zitiert, ist sie ein ‚Schmuck‘ auf den man hinweist, ähnlich wie man zuvor vielleicht auf göttlichen Willen oder heilige Schriften verwiesen hat.

Gewerkschaften und Verband: Die Quellen des Wissens, vor allem des wissenschaftlichen Wissens, auf das sich die Befragten berufen, ähneln sich sehr. Durchweg spielt die Tagespresse die entscheidende Rolle als wichtigste Informationsquelle. Überraschenderweise geben die Befragten an, auch wissenschaftliches Wissen hauptsächlich aus der Tagespresse zu erhalten. Das Kriterium, das ihren Überlegungen zugrunde liegt, lautet: ‚Wenn über eine Studie berichtet wird, dann ist sie auch wichtig‘. Alle Befragten geben an, einen großen Teil ihrer Fachinformationen aus dem Internet zu beziehen. Artikel oder Zusammenfassungen von Artikeln, Büchern und Studienergebnissen, die man als PDF-Datei kostenlos herunterladen kann, sind eine entscheidende Quelle für wissenschaftliches Wissen. Wenn die Praktiker von Fachjournalen und Fachzeitschriften reden, so meinen sie damit häufig die Periodika einzelner Forschungsinstitute und –einrichtungen, die regelmäßig über die eigene Arbeit berichten (z.B. WSI-Mitteilungen, WZB-Mitteilungen u.ä.). Diese Periodika sowie Newsletter sind die häufigsten, von Wissenschaftlern verfassten, Publikationen, die sie rezipieren. Für die Gewerkschaftler spielen die Publikationen und Informationsdienste der gewerkschaftsnahen Stiftungen, für den Verband das Institut der Deutschen Wirtschaft oder Einrichtungen wie die Bertelsmann-Stiftung noch eine große Rolle. Wenn es um konkretes wissenschaftliches Wissen geht, wenn nach Expertise gesucht wird, wählen die befragten Praktiker selten den Weg über Publikationen sondern sprechen Forscher in der Regel persönlich an. Den persönlichen Kontakt zu Wissenschaftlern halten sie daher auch generell für die beste Möglichkeit, um über den Stand der Forschung auf dem Laufenden zu bleiben. Daher spielen persönliche Gespräche, auf Konferenzen und Tagungen eine besonders entscheidende Rolle als Quelle des Wissens.

Gewerkschaft: Die Qualität und Seriosität des wissenschaftlichen Wissens wird daran gemessen, ob die Ergebnisse mit den gegebenen Umständen und praktischen Kontexten des eigenen Erfahrungsbereiches kompatibel sind. Je stärker die Wissenschaftler diese Bedingungen berücksichtigt haben, desto brauchbarer und somit qualitativ hochwertiger wird das Wissen eingeschätzt. Das Kriterium lautet also: Praxisorientierung. Theoretische, abstrakte oder zu allgemeine Erkenntnisse werden abgelehnt.

»Wir mögen diese Wissenschaftler nicht, die sagen: ‚wenn meine Aussagen nicht mit der Realität übereinstimmen, umso schlimmer für die Realität‘. Also dieses übliche Klümschnack. Und da ist entscheidend: die Güte einer Theorie erweist sich an der Praxis.« (Int-13)

Als vorgängiges Kriterium wird auch, nicht überraschend, der Auftraggeber, Finanzier der Forschung als Anzeiger für die Qualität bzw. Nützlichkeit des wissenschaftlichen Wissens angeführt.

»Man ist oft versucht, erstmal zu gucken, wer hat denn so eine Studie in Auftrag gegeben, nach dem Motto: ‚des Brot ich ess, des Lied ich sing‘.« (Int-14)

Ergänzt wird dies durch einen Blick auf die Reputation des Wissenschaftlers aber noch viel mehr auf die der Einrichtung, in der der Forscher tätig ist. Hierunter wird dann aber nicht die wissenschaftsinterne Reputation, z.B. der *Impact Faktor* der Publikationen oder dergleichen, verstanden sondern vielmehr der öffentliche Ruf, das Ansehen der Person. Entsprechend wird der Ruf der Einrichtungen auch eher global überprüft: Universitäten und MPIs haben z.B. einen guten, private Forschungsinstitute eher einen zweifelhaften Ruf.

Allerdings bleibt am Ende für eine finale Beurteilung nichts weiter übrig, als sich mit dem wissenschaftlichen Wissen auseinanderzusetzen, beispielsweise den Artikel zu lesen und zu entscheiden, ob man den Thesen folgen möchte oder eben nicht.

Pauschal wird aber angenommen, dass das wissenschaftliche Wissen, das für die Gewerkschaften von Bedeutung ist, also sozialwissenschaftliche Erkenntnisse im weitesten Sinne, selbst nur sehr schwachen Qualitätskriterien genügt. Im Gegensatz zu naturwissenschaftlichem Wissen entsteht das sozialwissenschaftliche in einem weit weniger rationalen und kontrollierten Prozess.

Verband

Von Seiten des Verbandes lassen sich einige Punkte ergänzen, obgleich weitgehend dieselben Kriterien wie bei den Gewerkschaften gelten. Zusätzlich führten die Befragten aus dem Arbeitgeberverband die persönliche Erfahrung in der Zusammenarbeit als ein wichtiges, wenn nicht sogar das entscheidende Kriterium an. Wenn man bereits kooperiert hat und damit erfolgreich war, so vertraut man der Expertise. Hinzu kommt hierbei eine interessante Deutung der Interviewpartner: sie würden eben nur mit seriösen Instituten zusammen arbeiten, und daher fühlten sie sich auch auf der sicheren Seite. Dies legt aber den Schluss nahe, dass die Befragten schlicht die Institute für seriös halten, mit denen sie zusammengearbeitet haben und bei denen bislang zu keinen Problemen gekommen ist. Andere Institute kennen sie meist auch gar nicht gut genug.

»Im übrigen denke ich, die Institute, die wir beschäftigen, sind durchweg alle seriös, sonst würden wir sie auch nicht mit Aufträgen beglücken, und deshalb denke ich: Kontrolle muss sein, aber Vertrauen ist auch gar nicht so schlecht« (Int-16)

Als letztes Kriterium, das herangezogen wird, um die Qualität wissenschaftlicher Expertise zu beurteilen, soll Transparenz genannt werden. Transparenz gilt einerseits für die Varianz möglicher wissenschaftlicher Ansätze, Theorien und Ergebnisse, die umfassend und ausgewogen berichtet werden sollte und andererseits für die Offenlegung eigener Abhängigkeiten, Meinungen und Verpflichtungen. Transparente Expertise wird geschätzt bzw. wer versucht, mit Informationen hinter dem Berg zu halten, wird abgewertet.

„Da ist immer die Frage, ob offen mit den Argumenten und mit dem Meinungsstand gearbeitet wird, wenn dann jemand eine bestimmte Meinung vertritt, ist das seine Sache, und das ist dann die Frage, wie weit Argumente überzeugen. Kritisch wird es da, wo nicht mehr sauber gearbeitet wird, wo Meinungen verschwiegen werden.“ (Int-15)

Das Argument mit der Transparenz ist auf den zweiten Blick eine äußerst komplexer Kontrollmechanismus. Steht ein Forscher in Abhängigkeit oder Verbindung zu einem spezifischen Praktiker und legt dies offen dar, stellt dies für diesen Praktiker kein Problem dar sondern ist im Gegenteil geradezu ein Zeichen, diesem Forscher zu vertrauen. Dieser Forscher wird höchst wahrscheinlich passende und akzeptable Ergebnisse vorlegen. Gleichzeitig kann dies aber auch eine Quelle von Problemen sein, denn ein Wissenschaftler, der sich offen als Alliiertes zeigt, kann dadurch diskreditiert werden bzw. relativiert dadurch seine Ergebnisse. Die Gegenseite kann ihm nun Abhängigkeiten vorwerfen und unterstellen, seine Forschungsergebnisse wären beeinflusst worden. Umgekehrt kann es von Vorteil sein, einen Wissenschaftler zu wählen, der keine offene Übereinstimmung mit den Ansichten und Meinungen der Praktiker zeigt oder sogar die Position der Gegenseite vertritt. Dieser wird nicht in Verdacht geraten eine verzerrte oder beeinflusste Meinung zu vertreten.

Was die Darstellung des gesamten Forschungsstandes und nicht nur von eigenen Ergebnissen angeht, ist ebenfalls ein wenig eindeutiges Kriterium. Es suggeriert Objektivität, wo keine sein muss, denn z.B. werden nur Gegenargumente angeführt, die man selbst entkräften kann. Tragfähigere Kritik wird notfalls verschwiegen, um die eigenen Ergebnisse oder Forschungsansätze nicht zu diskreditieren.

Wissenschaftliches Nichtwissen: Kontroversen und Unsicherheiten

Die hier befragten Akteure aus Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen treffen üblicherweise auf wissenschaftlichen Kontroversen in der Auseinandersetzung zwischen den beiden Lagern. Daher kann dieser Aspekt

hier fruchtbar in Kombination beider Gruppen bearbeitet werden. Der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes schildert an einem sehr ausführlichen Beispiel eine typische Kontroverse zwischen den beiden Lagern:

»Nehmen wir mal das typische Beispiel: Unser neoklassischer Ansatz besagt, wir werden die Beschäftigung in Deutschland nicht erhöhen können, wenn die Löhne besonders stark steigen. Das ist etwas, was unseren Unternehmen aus dem Herzen spricht. Was der betriebswirtschaftlichen Realität mit Sicherheit entspricht. Was eigentlich auch normale Bürger auf der Straße überzeugt. Nun kommt die IG-Metall und sagt: ‚alles falsch‘ und nehmen als Gegenthese die Kaufkrafttheorie des Lohnes. Die besagt, wenn die Firmen ordentliche Lohnerhöhungen gewähren, dann werden die Leute mehr Geld in der Tasche haben, dann werden sie mehr kaufen können, und dann gibt es auch mehr Arbeitsplätze. Das sind zwei völlig kontroverse Gedankenketten. Beide sind in sich selbst logisch und schlüssig und nicht zu knacken, sondern immer nur an den Ausgangspunkten, da kann man sie deduktiv zerlegen. Und es gibt noch eine Empirie dazu und selbst bei der Empirie können sie so rangehen, wie sie Lust haben. Wir sagen, dass Länder, die ein niedrigeres Lohnniveau haben, bei der Globalisierung große Vorteile haben, dass die Investoren dahin wandern. Die IG-Metall sagt: ‚alles Quatsch, stimmt alles gar nicht. Wenn es so wär, dann müssten die ostdeutschen Länder eine niedrigere Arbeitslosigkeit haben als die westdeutschen, die sind ja nachweisbar billiger‘. So können sie fast alle Kernthemen, die unseren Verband beschäftigen, von zwei Seiten aufzäumen. Es gibt also schon wissenschaftliche Theorien dazu und dann empirische Ergebnisse, die beide konfrontativ sind und nun kommt es auf die Glaubwürdigkeit an. Und wir versuchen, möglichst viele Konsensargumente ins Spiel zu bringen. Das versucht die Gewerkschaft natürlich auch. Sie hat den Vorteil, dass es mehr Arbeitnehmer gibt in Deutschland als Arbeitgeber und auf diese Weise zuerst mal das Publikum eher dann klatscht, wenn jemand ihnen erzählt: ‚Jungs, wenn wir mal die Arbeitszeit verkürzen, mit vollem Lohnausgleich, dann hat jeder von euch mehr Geld, braucht weniger zu arbeiten und es gibt auch keine Arbeitslosigkeit mehr.‘ Dann müssen sie erstmal hingehen als Arbeitgeber und versuchen, diese tolle Gedankenkette, die ja nur Gewinner hat, kaputt zu schlagen. Dann muss man die Frage stellen: ‚okay Jungs, wenn das da richtig wäre, dann lasst uns doch nicht mit vier oder fünf Prozent anfangen, dann zahlen wir doch gleich 50 Prozent mehr Lohn, dann muss es uns supergut gehen‘. Verstehen Sie, das sind dann die krassen, nicht mehr wissenschaftlichen, wenn sie wollen rambolistischen, Gegenargumente. An einer Stelle, wo es eine zurückhaltende Wissenschaftsanalyse gibt, wo man nachweisen kann, dass die Kosteneffekte einer Lohnerhöhung zeitlich den Kaufkräfteffekten vorauslaufen und deshalb eine Lohnerhöhung zunächst einmal potentiell mehr Jobs zerstört als sie später schaffen kann. Das ist die vornehme Betrachtungsweise, und dann gibt es noch eine dritte, eine empirische, da guckt man nach, was geschieht mit 100 Euro Lohnerhöhung. Die kostet erst einmal nicht 100 Euro, sondern wegen der Sozialbeiträge 120 und dann kommen die ganzen drauf und die Abzüge und am Ende bleiben vielleicht dem Arbeitnehmer 60 Euro davon übrig. Von den 60 geht noch was in Ersparnis und irgendwas geht auf Import heraus und, und, und. Am Ende kommt raus, 100 Euro Lohnerhöhung bringen für die Konjunktur unterm Strich fast nichts. Das ist eine Rechnung, die ist übrigens vom Sachverständigenrat gemacht worden. Ich halte sie für nicht sehr überzeugend, aber das überzeugt die meisten Menschen. Wenn sie wissen: ‚jawohl so ist es, ich kriege 100 Euro, es bleibt nur die Hälfte übrig, dann kommt die Inflation, die nimmt mir noch was weg und, und, und‘. Das sind so typische Fälle, wo so ein bisschen Vulgärökonomie im Spiel ist, hat der Karl Marx dazu gesagt und dass wir uns schon schwer tun, mit unseren Argumenten durchzudringen. Sie werden immer wieder feststellen, dass die beiden Tarifparteien in sich geschlossene Gedankengänge präsentieren und dabei natürlich ihre Überlegungen und Argumentationslinien mit möglichst unschlagbaren Zahlen belegen, und da ich ja nun zu einer dieser beiden Seite gehöre, bin ich natürlich davon überzeugt, dass unsere Zahlen und Gedanken die richtigen sind, wenn sie mit dem jungen Kollegen [Schwarz] von der IG-Metall reden, der wird genau das Umgekehrte sagen, es wäre auch komisch wenn es anders wär.« (Int-16)

Arbeitgeber und Arbeitnehmer stehen sich konträr gegenüber. Ein Großteil ihrer Positionen ist mehr oder weniger unvereinbar. Die wissenschaftliche Kontroverse, exemplarisch der Streit zwischen Angebots- und Nachfragetheorie, entspricht dabei der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie. Beide Seiten bedienen sich der wissenschaftlichen Erkenntnisse der Forschungsrichtung, die ihrer Position am ehesten gewogen ist, und versuchen, damit in der Öffentlichkeit zu punkten. Nicht gegenüber dem Tarifpartner!

Ein Gewerkschaftsmitarbeiter geht davon aus, dass es prinzipiell möglich sei, die gesellschaftlichen, insbesondere die politischen Kontroversen durch verstärkten Bezug auf wissenschaftliche Erkenntnisse zu *Entideologisieren*:

»Die Wissenschaft könnte Kontroversen entideologisieren helfen, und wie Sie wissen, der Blick in eine Tageszeitung bestätigt das, tut sie das aber nicht. Die politischen Debatten orientieren sich, leider nicht immer, an den Ergebnissen des wissenschaftlichen Diskurses.« (Int-13)

Hierin erkennt man die Grundhaltung, dass die Wissenschaft prinzipiell in der Lage sei, rationale, objektive und vor allem bessere Lösungen für praktische Probleme zu finden als die Praxis, die als ideologisch angesehen wird. Ferner werden die wissenschaftlichen Lösungen von den Befragten als eindeutig, unstrittig und unproblematisch eingeschätzt. Dass es beispielweise zu keiner Umsetzung in der Politik komme, liege daran, dass in der Praxis wertorientiert geurteilt und entschieden würde. Dass es möglicherweise auch unterschiedliche Sichtweisen, oder gar Nichtwissen über bestimmte Sachverhalte gibt, vor allem was die konkrete Umsetzung angeht, wird nicht thematisiert.

Diesen Sachverhalt führt er an einem weiteren Beispiel aus:

»Dass es in der wissenschaftlichen Debatte Problemlösungen zu vielen Bereichen gebe, darf man unterstellen, auch zu Fragen der globalen Politik. Wie müssten Finanzmärkte aussehen, wie müssten Verteilungsfragen im Weltmaßstab gelöst werden, Nord-Süd-Ungleichheiten, wie kann man die abbauen? Das ist doch alles hundert Mal aufgeschrieben, nur so etwas setzt sich nicht in Politik um. Politik heißt wertorientierte Entscheidungen treffen, und die werden nicht immer analog zum wissenschaftlichen Diskurs getroffen, sondern da spielen viele nichtwissenschaftliche Faktoren eine Rolle und insofern hat wissenschaftliche Politikberatung auch ihre Grenzen. Die Ergebnisse sprechen dafür, dass sich Wissenschaft eben nicht eins zu eins umsetzt in gesellschaftliche Realität.« (Int-13)

Dieser optimistische Blick wird von einem anderen Betroffenen, dem Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes, nicht geteilt:

»Wir wissen, dass wir uns leider nicht auf dem Gebiet der Naturwissenschaften bewegen, wo man sagen kann, wenn irgendwas aus dem Fenster geschmissen wird, dann fällt es 9,81 Meter pro Sekunde, während bei uns die Geheimnisse des Wirtschaftswachstums oder die Geheimnisse der Einkommensverteilung deshalb nicht entdeckt sind, weil es so viele bekannte Geheimnisse gibt. Es gibt fünf oder sechs Theorien, und es ist nicht so, dass sich eine von den Theorien durchgesetzt hätte. Wenn Sie mal die Schulen nehmen, die Neoklassik und der Keynesianismus sind miteinander

nicht zu versöhnen. Jedenfalls sehe ich nicht, wie man das machen könnte. Und deshalb bleibt es immer dabei, dass Wissenschaft, zumindest Ökonomie, nicht in der Lage ist, uns Tarifparteien nicht zu widersprechende, eindeutige, klare Sachverhalte zu liefern, und das ist Unvollkommenheit. Vielleicht ist es auch das Schöne daran, dass man sich immer wieder abarbeiten kann an den verschiedenen Theorien, die die Gegenseite benutzt.« (Int-16)

Selbstkritisch wird von einem anderen Gewerkschaftsmitarbeiter angeführt, dass die Haltung, nur die wissenschaftliche Expertise als gültig zu akzeptieren, die die eigene Position stützt, keineswegs unproblematisch, jedoch auch im eigenen Lager sehr verbreitet ist und es wünschenswert wäre, sich von der Wissenschaft unabhängig aufklären zu lassen.

»Das ist gut, was mir hilft und das ist schlecht, was mir nicht hilft. Andererseits gibt es aber auch schon relativ viele Leute, die das anders und offener sehen und auch bereit sind, sich durch die Wissenschaft ein bisschen inspirieren zu lassen und vielleicht mal Dinge infrage zu stellen.« (Int-14)

Entscheidend bleibt aber auch bei dieser Gruppe zu vermerken, dass die wissenschaftlichen Kontroversen, die es in diesem Feld in großem Maße gibt, nicht zu einer Destabilisierung, zu Irritationen oder gar zu Verunsicherungen führen. Kein Vertreter der Gewerkschaft oder eines Arbeitgeberverbandes würde sich durch eine Studie, die die Position des anderen stärkt, zu einem Sinneswandel veranlassen. Die Kontroversen werden vielmehr instrumentalisiert. Oder anders ausgedrückt: würde es auf Seiten der Wissenschaft ein mehr oder weniger allgemein durchgesetztes Modell der Lohnfestsetzung geben, dass nicht mehr Gegenstand kritischer wissenschaftlicher Auseinandersetzung wäre, würde sich auch der Tarifkonflikt delegitimieren. So sind alle daran interessiert immer neue Gegenargumente in der Wissenschaft entstehen zu lassen.

Zusammenfassung

Die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände stellen eine interessante Teilstichprobe dar, da sie zwei konträre Interessengruppen repräsentieren, die sich in der Praxis aneinander abarbeiten. Die entscheidende Dimension, in der sie wissenschaftliche Expertise benötigen und verwenden, ist die Politikberatung. Sie nutzen wissenschaftliche Expertise, um die eigenen Interessen und Positionen mit wissenschaftlichen Belegen zu unterfüttern. Dies dient erstens dazu, den Druck auf die Entscheider in der Politik zu erhöhen, denn den vermeintlichen Sachargumenten kann man sich schwerer entziehen und zweitens, um die jeweilige Gegenseite zu diskreditieren bzw. deren Argumentation – vor allem gegenüber der Öffentlichkeit – zu entkräften. Der Verweis auf Wissenschaftler verleiht der eigenen Position Objektivität und

Sachlichkeit und dient gleichzeitig dazu, die Ansichten des Gegenübers als lediglich interessengebunden zu entlarven. Dabei sind sich beide Seiten völlig im Klaren darüber, dass die Wissenschaftsdisziplinen, mit denen sie sich befassen, im Regelfall Sozialwissenschaften, keine eindeutigen Ergebnisse aufweisen sondern Kontroversen üblich sind. Dies interpretieren sie als grundsätzliche Interessengebundenheit wissenschaftlicher Forschung. Daher erscheint transparente Arbeitsweise, d.h. die Offenlegung der persönlichen Interessen und Abhängigkeiten der Forscher, als wichtiges Qualitätskriterium für wissenschaftliche Expertise. Als weitere Kriterien werden die persönliche Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Forschern und die weltanschauliche Passung der Expertise angeführt. Interessant ist, dass originäre wissenschaftliche Publikationen kaum eine Rolle als Quellen für wissenschaftliche Expertise spielen. Presse und Internet sowie persönliche Netzwerke sind die hauptsächlichen Quellen für wissenschaftliches Wissen. Diese dienen gleichzeitig auch als Selektionskriterien: die Forschungsergebnisse und die Forscher, die in den Medien oder den Netzwerken aktiv sind, werden als wichtig und seriös angesehen. Da die Organisationen die wissenschaftliche Expertise für die Politikberatung benötigen, ist es von Vorteil, wenn die Wissenschaftler oder die Forschungseinrichtungen möglichst allgemein bekannt sind und einen guten Ruf haben, da dies die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass deren Expertise in der Politik und der Öffentlichkeit zu Resonanz führt.

5.1.4 Umwelt- und Naturschutzorganisationen

Die Umwelt- und Naturschutzorganisationen spielen in dieser Untersuchung nur eine Nebenrolle. Es wurden drei Interviews mit Mitarbeiterinnen aus zwei unterschiedlichen Organisationen geführt. Bei den beiden Organisationen handelt es sich um zwei der größten Organisationen dieser Art weltweit. Die Mitarbeiterinnen sind sogenannte *Campaigner*, die für die Planung und Durchführung von Kampagnen auf klar umrissenen Themenfeldern, z.B. Wald, Ozeane, Artenvielfalt usw., zuständig sind.

Form der Verwissenschaftlichung: Aufgaben- und Selbstverständnis

Die befragten Mitarbeiter der beiden Organisationen betreiben hauptsächlich Public-Relations und Lobbyarbeit für den Naturschutz. Ihr Hauptaugenmerk richtet sich darauf, öffentliche Aufmerksamkeit, Aufklärung und

Bewusstseinsänderungen herbei zuführen. Darüber hinaus versuchen sie, ähnlich wie in den Gewerkschaften und Verbände, über die öffentliche Meinung Druck auf den politischen Prozess oder auch einzelne Unternehmen auszuüben.

»Du entwickelst Projekte zu bestimmten Themen. Die Themen versuchst Du in die Öffentlichkeit zu bringen, über Aktionen, Demonstrationen etc., öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen. Gleichzeitig mit dem Problem und mit dem Ursächlichen umgehen, z.B. jetzt Neubau von Braunkohlekraftwerken, die extrem viel Kohlendioxid ausstoßen werden und zum Klimawandel beitragen, da gehe ich natürlich dann zu denen, die diese Kraftwerke bauen wollen, in dem Fall z.B. RWE oder ich spreche mit Vattenfall und versuche, da eine Änderung der Konzernpolitik herbeizuführen.« (Int-22)

Für diese Projekte nutzen die meisten Umweltschutzorganisationen eine große Palette von Maßnahmen, wozu insbesondere auch der Einsatz wissenschaftlicher Studien gehört:

»Das reicht von Studien oder der Beauftragung und Veröffentlichung von Studien, von klassischen Pressemitteilungen, von Pressegesprächen, Briefing für Spezialjournalisten über Pressereisen, Email-Aktionen, bildstarke Events, Internetauftritt, Bebilderung, Medienkooperation, das gesamte Spektrum; man muss sich dann eben auswählen, was für das jeweilige Ziel das richtige Mittel ist.« (Int-23)

Den Entwicklungsprozess einer solchen Kampagne schildert eine andere Campaignerin so:

»Das heißt konkret, dass ich mir theoretisch frei überlegen kann, was, bezogen auf das Thema Meer, gibt es für Umweltprobleme in den Meeren und wie dagegen etwas unternehmen? Beim Meer muss man nicht mehr viele eigene Sachen überlegen, sondern dies ist alles sehr offensichtlich, wie z.B. Thema Überfischung. Man muss einmal bei den Fischern ansetzen, dann muss man bei der Politik ansetzen. Wie muss die Politik sich ändern? Was kann der Konsument tun? Wie kann ich Öffentlichkeit mobilisieren, damit sie einen Druck auf die Politik ausübt? Wie kann ich Konzerne, Industrie, Markt miteinbeziehen; den Konsument wieder Druck auf den Markt ausüben lassen. Praktisch versuche ich, auf den verschiedenen Ebenen zu arbeiten und ein Konzept zu entwerfen oder eine Strategie, die man dann umsetzt.« (Int-21)

Ausgehend von identifizierten Problemlagen werden potentielle Lösungsstrategien erarbeitet, die beteiligten Akteure identifiziert und die Kampagne so geplant, dass diese Akteure ihr Verhalten insoweit ändern, dass das Problem gelöst oder abgemildert wird.

Imperativ der Wissensgesellschaft: Relevanz wissenschaftlicher Expertise

Die Wissenschaft ist die entscheidende Quelle für Glaubwürdigkeit der Umweltschutzorganisationen:

„Glaubwürdigkeit, finde ich, spielt eine große Rolle, und die kann man eben nur haben, wenn es auch tatsächlich eine gute wissenschaftliche Basis hat. Ich glaube, das ist ein ganz entscheidender Punkt.“ (Int-21)

Und an anderer Stelle führt diese Mitarbeiterin weiter aus, wie man sich diese wissenschaftliche Basis oder Fundierung vorstellen muss:

»Ich kann nur sagen, dass die Wissenschaft ein Fundament für unsere Arbeit liefert. Und wir uns manchmal von der Wissenschaft lösen müssen, um Meinungen oder Bewertungen, Interpretationen zu vollziehen und um dann die Politik zu bewegen. Aber trotzdem ist sie immer ein Fundament, auf dem die Arbeit beginnt oder beginnen sollte. Das würde ich auch als Forderung sehen. Das ist also ein Anspruch an uns selber.« (Int-21)

Der Aspekt der Glaubwürdigkeit und der wissenschaftlichen Fundierung ist aber nicht nur nach außen von großer Bedeutung sondern auch eine wichtige Voraussetzung für die Kooperationsbereitschaft der Naturwissenschaftler mit den Umweltschutzorganisationen. Wären diese dafür bekannt, unpräzise, pseudo-wissenschaftlich oder verzerrend mit wissenschaftlichem Wissen umzugehen, würde es diesen Organisationen auf lange Sicht sehr schwer fallen, Wissenschaftler zur Zusammenarbeit zu bewegen.

»Da sind wir wieder bei der Glaubwürdigkeit. Unsere Arbeit profitiert in großem Maße davon, dass wir uns mit Wissenschaft auseinandersetzen und mit Wissenschaft zusammen arbeiten und damit auch glaubwürdig sind. Wir können dann auch darauf vertrauen, wenn unsere Angaben präzise und korrekt sind im Sinne der Wissenschaft, dass auch Wissenschaftler, die normalerweise nicht in der Öffentlichkeit sind, wenn sie gefragt werden, dann auch entsprechend offener reagieren. Häufig ist es so, wenn Du als Wissenschaftler interviewst wirst, dann ziehen die Medien häufig nur irgendein Schlagwort raus, irgendwas was sie gerne wissen wollen. Sie verzerrten das dermaßen, dass es überhaupt nicht mehr mit dem übereinstimmt, was man eigentlich mal gesagt hat und gemeint hat. Das ist mitunter sehr unangenehm. Dann liest du das in der Zeitung und denkst ‚oh Gott, das habe ich nie im Leben gesagt‘. Und wir wollen natürlich vermeiden, dass Informationen und Wissen, das wir von Wissenschaftlern bekommen haben, so missbraucht wird, dass die Wissenschaft dann sagt, ‚um Gottes willen, mit denen nie wieder‘.« (Int-22)

Grundsätzlich macht es einen Unterschied, wozu die wissenschaftliche Expertise benötigt wird:

Studien werden direkt für die Lobbyarbeit eingesetzt, um z.B. ein bestimmtes Thema auf die Agenda zu setzen, an der Problemdefinition beteiligt zu sein oder explizit Lösungsvorschläge zu offerieren. Hierbei wird die wissenschaftliche Expertise mehr oder weniger eins-zu-eins weitergeben und direkt kommuniziert. Für Kampagnen in der Öffentlichkeit ist diese Vorgehensweise eher hinderlich. In diesem Fall dient das wissenschaftliche Wissen als Hintergrund und Absicherung, um im Laufe der öffentlichen Diskussion darauf verweisen zu können. Auf der Basis der wissenschaftlichen Expertise werden Schlussfolgerungen und Interpretationen entwickelt, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Diesen Unterschied schildert eine Mitarbeiterin anschaulich an einem Beispiel:

»Wenn wir beispielsweise Studien beauftragen, dann gucken wir immer unter dem Gesichtspunkt ‚welche Argumente wollen wir in der Öffentlichkeit setzen‘. Aber auch ‚was brauchen wir, um diese politischen Gespräche zu führen‘. Das heißt, es kann auch Studien geben, die wir nur dafür

gebrauchen können, weil die einfach sehr fachspezifisch sind und für die allgemeine Öffentlichkeit gar nicht zu verwenden sind. Oder umgekehrt haben wir Studien beauftragt, die schwerpunktmäßig nur für die Kommunikation von Interesse sind, aber in der Lobbyarbeit keine Rolle spielen. Wenn ich an eine Studie denke zum Thema: wie viel profitieren eigentlich die großen Stromunternehmen von der Tatsache, dass sie die Emissionen kostenfrei geschenkt bekommen aber so tun, als würden sie die Emissionen schon kaufen müssen und legen das fröhlich auf die Strompreise um', dann habe ich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Das ist eine Studie, die natürlich für die politische Arbeit hochinteressant ist aber auch im Wirtschaftsteil der FAZ auftauchen wird oder sollte. Wenn ich eine Studie beauftrage zum Thema 'Gesundheitsentwicklung oder Gesundheitsgefährdung durch Hitzebelastung in Europa und Deutschland' ist es eher eine, die kommunikativ interessant ist. Wenn ich aber gucke, was könnte eigentlich die EU - Ratspräsidentschaft, wenn sie das Thema Klima und Energiesicherheit bearbeitet, an wissenschaftlichen Erkenntnissen nutzen, oder welche Argumente brauchen wir da, um das Thema zu setzen? Dann ist es wahrscheinlich eine, die eher in der Lobbyarbeit verwandt wird. Im besten Falle gilt das für beide Bereiche oder ist es funktional für beide Bereiche. Aber wir müssen immer auf Argumente setzen. Wir müssen immer auf die wissenschaftliche Basis setzen weil ansonsten 'die Kraft aus der Wassersuppe ist.« (Int-23)

Das *Verschwinden* des wissenschaftlichen Hintergrundes in der Öffentlichkeitsarbeit wird von einer anderen Mitarbeiterin so gesehen:

»Bei dem Zweiseiter, den wir der Öffentlichkeit in die Hand geben, muss kein wissenschaftlicher Hintergrund mehr da sein. Es ist für unsere Seriosität und für unser Backup wichtig, dass wir es irgendwie verfolgen können, dass wir das, was da steht, irgendwie begründen können oder nachvollziehen können. Wir wollen nicht mit unserem Zweiseiter besonders wissenschaftlich wirken, sondern das kann gar nicht mehr wissenschaftlich sein.« (Int-21)

Für die Wirkung in der Öffentlichkeit wäre, so die Meinung der Mitarbeiter, eine zu wissenschaftlastige Begründung eher hinderlich. In diesem Fall ist es das Ziel Emotionen wie beispielsweise Empörung zu wecken. Fatal wäre es nur, wenn man im Nachhinein eingestehen müsste, dass es einen fundierten Hintergrund gibt oder man diesen nicht mehr nachweisen kann.

Umgang mit wissenschaftlicher Expertise: Suchen, Verwenden und Bewerten

Wie in allen anderen untersuchten Feldern, wird auch in den Umweltschutzorganisationen davon ausgegangen, dass man aufgrund von knappen Ressourcen, insbesondere der Zeit, nicht in der Lage ist, das komplette Angebot an zur Verfügung stehendem Wissen ausführlich zu bearbeiten.

»Ich würde sagen, dass mir aus Zeitmangel leider ganz viel der aktuellen Literatur flöten geht, das, was ich vielleicht auch noch wissen könnte oder sollte, um die Entwicklung in der Meeresbiologie noch besser mitzukriegen oder für meine Arbeit rauszuziehen. Das ist ein Manko, dass man einfach zu wenig Zeit hat, um sich tatsächlich damit zu beschäftigen. Die aktuellen Sachen, die man von Kollegen kriegt, für die bleibt einem wenig Zeit, tatsächlich selber mal zu gucken, was ist denn aktuell so auf dem Markt. Das liegt am Zeitmangel. Und deswegen würde ich mich jetzt nicht als am

obersten Limit informiert oder als auf dem aktuellsten Stand der Wissenschaft bezeichnen, auf keinen Fall. Nein.« (Int-21)

Dieser Sachverhalt wird grundsätzlich als Defizit beschrieben. Die Befragten sind der Meinung, man *müsste* wissenschaftliche Expertise eigentlich lesen oder zur Kenntnis nehmen.

Auch die Umweltschutzorganisationen beauftragen wissenschaftliche Institute. Zum einen weil es ressourcenschonender ist, als jede Untersuchung selbst durchzuführen, zum anderen aber durchaus auch deshalb, weil die Forschungsergebnisse eines renommierten, unabhängigen Instituts glaubhafter und wertvoller für die Öffentlichkeitsarbeit sind, als eigene Erkenntnisse. Eigene Untersuchungen wären, hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit, reine Verschwendung.

»Es ist natürlich auch die Frage, warum machen wir die Studie nicht selber. Zum Teil haben wir ja auch die Experten hier, wir könnten theoretisch auch so eine Studie selber machen. Aber wir werden da nicht so ernst genommen. Uns werden dieses Expertenwissen und die Neutralität, die ja auch damit zusammenhängt, nicht zugesprochen. Und deshalb brauchen wir externe Studien. Die werden dann auch ernst genommen. Würden wir jetzt die Studie selber schreiben und dahin gehen, dann wäre das verlorene Liebesmüh. Leider!« (Int-22)

Diesen Grund bringt eine weitere Mitarbeiterin auf den Punkt:

»Man macht es aber auch, um eine unabhängige Meinung zu haben und dann nicht vorgeworfen zu bekommen: ‚das habt ihr ja selber gemacht und ihr habt keine objektive Meinung‘. Und wenn es dann ein objektiver Wissenschaftler war, der sowas macht, dann war zwar der Auftraggeber immer noch eine Umweltschutzorganisation.« (Int-21)

Bei der Auswahl wissenschaftlicher Expertise spielt dieser Aspekt ebenfalls eine große Rolle, da Umweltschutzorganisationen (wie alle Interessensorganisationen nicht ohne Grund) unter dem Verdacht stehen, »tendenziös« zu sein. Sie sind sehr darauf bedacht, möglichst unabhängige Quellen zu nutzen:

»Aber gerade eine Umweltorganisation, der man ja leicht vorhalten kann, tendenziös zu sein, muss mit Instituten zusammenarbeiten, denen man genau das nicht vorwerfen kann.«(Int-23)

Dies hängt mit einer weitaus unkritischeren Sichtweise zur Wissenschaft generell zusammen. Naturwissenschaft wird in den Umweltschutzorganisationen weniger kritisch, abhängig oder gesteuert wahrgenommen als die Sozialwissenschaften in den anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Es wird davon ausgegangen, „dass die Wissenschaft eine Objektivität hat und eine nüchterne Analyse macht, so ohne eine subjektive Bewertung und mir Fakten liefert.« (Int-21)

Aus der Sicht dieser Mitarbeiterin wäre es sogar wünschenswert, wenn Wissenschaftler häufiger Position beziehen würden:

»Ich schätze die Wissenschaft immer noch, weil sie ihre Objektivität bewahrt, stellt nüchtern und klar Fakten dar. Andererseits ist es so, dass ich mittlerweile auch manchmal denke, jetzt müsste die Wissenschaft mal in die Umsetzung kommen oder jetzt müsste der Wissenschaftler nicht nur darstellen, wie viele Würmer da noch sind, sondern auch mal sagen ‚es sind weniger Würmer, sie werden weniger, der Trend ist bedrohlich‘. Manchmal denke ich schon, dass ich mir von den Wissenschaftlern ein bisschen mehr Bewertung wünsche. Man kann es sich auch als Wissenschaftler leisten, seine Ergebnisse schon mal in die Öffentlichkeit oder in die Politik einfließen zu lassen.« (Int-21)

Die Akteure in Umweltschutzorganisationen ergänzen in diesem Sinne die wissenschaftlichen Fakten um Werturteile und Interpretationen. Darin sehen sie ihre vornehmliche Aufgabe. Teilweise ist es aber so, dass die Wissenschaftler dazu neigen, sich nicht mit diesen Interpretationen in Verbindung bringen lassen zu wollen. Die Mitarbeiter machen die Erfahrung, dass Wissenschaftler nicht bereit sind, sich auf eindeutige Aussagen einzulassen.

»Weil es dann zu viel Interpretation ist, d.h. sie wollen nicht mit der Interpretation in Verbindung gebracht werden. Bei einer Interpretation oder einer Bewertung verliert man die Randbereiche, man fängt an, etwas über einen Kamm zu scheren oder eine Aussage zu treffen, die Abweichungen weglässt. Und da möchten sie nicht mitgehen, weil sie Angst haben, ihre Wissenschaftlichkeit oder ihre Objektivität zu verlieren und ihren Ruf. Wir haben oft Schwierigkeiten, Wissenschaftler für eine Unterstützung zu finden. Wir haben die Idee, wir legen das und das Konzept vor und wir legen den und den Kartenvorschlag vor, und wenn wir fünf Wissenschaftler haben, die das auch bestätigen, öffentlich oder unterschrieben, dann machen wir bei der Politik vielleicht mehr Eindruck. Und das gelingt uns oft nicht, weil die Wissenschaftler Angst haben, ihren Ruf zu verlieren. Aber es kann auch mal passieren, dass wir, das gibt es ja auch, uns mit unseren Interpretationen zu weit vorwagen oder einfach mal zu viel Interpretation zulassen oder zu radikal sind und dass der Wissenschaftler das nicht mehr tragen kann.« (Int-21)

In einer der beiden Organisationen werden 14tägig alle wichtigen internationalen natur- und umweltwissenschaftlichen Fachjournale „gescannt“, thematisch sortiert und den Mitarbeitern zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise wird versucht, die aktuellen Trends in der Forschung zumindest oberflächlich im Blick zu behalten. Ansonsten erhalten die Campaigner ihre Informationen über persönliche Netzwerke, in denen neben anderen Umweltschützern auch einzelne Forscher vertreten sind. Insgesamt konsultieren sie wissenschaftliche Fachliteratur intensiver als in den anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Im Gegensatz zu den Befragten aus den anderen zuvor behandelten zivilgesellschaftlichen Organisationen nennen die Mitarbeitern der Umweltschutzorganisationen als wichtiges Kriterium, in welchen Zeitschriften Wissenschaftler publizieren!

»Natürlich spielt eine Rolle, in was für Zeitschriften er veröffentlicht. Dann checkt man, was hat der so veröffentlicht und wo? Hat der vielleicht eine 'Nature'-Veröffentlichung und sonst irgendwie nur so

graue Literatur, dann guckt man kritischer, als wenn jemand eben viele 'Nature'- Veröffentlichungen hat. So bildet man sich sein Bild« (Int-21)

Dies wird dadurch ergänzt, welchen persönlichen Eindruck man von einer Person hat, z.B. auf einer Konferenz, und wie Bekannte und Kollegen zu diesem Wissenschaftler stehen.

Wissenschaftliches Nichtwissen: Kontroversen und Unsicherheiten

Kontroversen kommen vor, sie gehören auch für die Umweltschutzorganisationen zum Alltag.

»Die Erfahrung ist, dass der eine seine Studie aus der Tasche zieht, der andere die andere Studie. Auch der Gegenüber ist meistens gut vorbereitet. Man kann immer versuchen, dass man ein bisschen besser vorbereitet ist. Und vielleicht schon weiß, was er aus der Tasche zieht und das schon widerlegt hat. Das wäre das Ziel. Aber dann kommt es einfach nur darauf an, tatsächlich glaubhaft zu machen, dass die eigene Studie oder das eigene Wissen eben das richtigere ist oder das überzeugendere ist. Das ist bei jeder Podiumsdiskussion, bei jedem Thema so, dass letztlich für die Außenwelt dann viel da mit reinspielt: wie überzeugend wirkt der Mensch, der dort auf dem Podium sitzt? Ist das ein unangenehmer Typ? Ist er überzeugend? Wirkt er verschüchtert? Hat er eigentlich keine richtige Ahnung? Weiß er den Gegenüber gut einzuschätzen? Das ist viel, was da eine Rolle spielt.« (Int-21)

Hinzu kommt aber: sofern die Kontroversen sich auf den wissenschaftlichen Inhalt direkt beziehen (d.h. es sich um ein Expertendilemma erster Art handelt, siehe Punkt 2.4.3), lassen sie sich meist durch die Experten selbst aufklären. Dies bedeutet, die Gründe für die unterschiedlichen Positionen sind rekonstruierbar, für andere Experten nachvollziehbar und können den Nichtexperten erläutert werden. Dies führt zu dem seltsamen Bild, dass man sich zwar über die Fakten einig ist, jedoch über die Interpretationen streitet.

»Häufig sind die Diskussionen gar nicht so lang. Man muss da genau hingucken, auf welchen Parametern die Studien fußen und die Sachen gegeneinander abklopfen. Häufig ist es so, dass zumindest in dem Bereich, in dem ich mich bewege, durchaus Verständnis und Akzeptanz füreinander bestehen und man eigentlich gar nicht so weit voneinander entfernt ist. Das ist das Spannende an der ganzen Sache. Letztendlich sagen man dann die einen: ‚Tja, euer einer Wert, der war ein bisschen sehr hoch gegriffen, sehr ambitioniert, wir glauben nicht, dass ihr z.B. im Bereich Geothermie so hohe Potenziale in so kurzer Zeit erschließen könnt‘. Und das ist durchaus produktiv, so eine Diskussion.« (Int-22)

Zusammenfassung

Bei den Naturschutzorganisationen handelt es sich um eine Ausnahme im Bereich der zivilgesellschaftlichen Organisationen, da die Mitarbeiter dort hauptsächlich wissenschaftliche Expertise aus den Naturwissenschaften

beziehen und so gut wie gar keine aus den Sozialwissenschaften. Die Befragten zeigen ein großes Vertrauen in die Objektivität und Seriosität akademischer Forschung. Die Organisationen versuchen sehr gezielt, besonders unverdächtige Einrichtungen oder Personen mit Forschung zu beauftragen oder zu befragen: Die Wissenschaft ist die Quelle ihrer Glaubwürdigkeit, und nur möglichst angesehene Forschung ermöglicht es den Umwelt- und Naturschutzorganisationen, den notwendigen Druck auf Industrie und Politik auszuüben. Im Gegensatz zu den anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen spielen wissenschaftliche Journale und andere Veröffentlichungen eine größere Rolle, wenngleich auch hier die Möglichkeiten, alles zu rezipieren als beschränkt angesehen werden. Trotzdem spielt das Kriterium des persönlichen Eindrucks und der Erfahrungen in der Kooperation eine große Rolle bei der Bewertung der wissenschaftlichen Expertise.

5.2 Wissenschaft und Politik

Wenn man üblicherweise vom Verhältnis von Wissenschaft und Politik spricht und die Bedeutung wissenschaftlichen Wissens für die Politik thematisiert, bezieht man sich auf wissenschaftliche Politikberatung, worunter meist erstmal nicht mehr verstanden wird als das „Verfügbar machen von Informationen und Handlungsempfehlungen durch Wissenschaftler“ (Wollmann 2001: 376). Oder wie Lompe (2006: 25) schreibt, geht es „um das Einbringen von ‚Sachverstand‘ in den politischen Prozess“.

Trotz aller denkbaren Skepsis gehen Brown, Lentsch und Weingart (2006: 54) davon aus, dass diese Aufgabe zumindest zum Teil gelingt, denn wissenschaftliche Politikberatung erhöht durchaus die Rationalität des politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozesses. Dies stellt aber nur eine von zwei Funktionen der Politikberatung dar, die die Autoren identifiziert haben. Sie unterscheiden erstens zwischen der problembezogenen bzw. substantiellen und zweitens der politikbezogenen Funktion der Politikberatung.

Die *problembezogene Funktion* bezieht sich auf das Potential des wissenschaftlichen Wissens, wahrgenommene Probleme und Fragestellungen zu lösen. Hierbei wird von den Autoren zwischen einer *direkten* und einer *indirekten* problembezogenen Funktion unterschieden. Die direkte ist dann gegeben, wenn das wissenschaftliche Wissen unmittelbar auf eine Lösung des Problems hinweist (z.B. eine neue Technologie, einen neuen Grenzwert etc.). Die indirekte Funktion liegt darin, Probleme überhaupt zu erkennen, zu definieren und einer politischen Bearbeitung erst zugänglich zu machen.

Die *politikbezogene Funktion* der Politikberatung bezieht sich auf die kommunikative und strategische Verwendung des wissenschaftlichen Wissens durch die Politik. Einerseits kann sich dies in der (nachträglichen) Legitimierung politischer Entscheidungen durch den Verweis auf wissenschaftliche Autorität zeigen, andererseits aber auch in der Wahrung der politischen Handlungsautonomie durch Verweis auf wissenschaftliche Unsicherheiten und Nichtwissen (vgl. Brown, Lentsch, Weingart 2006: 54ff). Die Schwierigkeit für die Politik besteht nun darin, das Verhältnis zwischen der politikbezogenen und der problembezogenen Funktion zu wahren, d.h.

„Das Dilemma für die Politik besteht darin, die legitimierende Wirkung des Expertenwissens für sich zu gewinnen bzw. delegitimierendes Wissen abwehren zu müssen, ohne die problemlösende

Funktion des Wissens zu verlieren“ (Brown, Lentsch, Weingart 2006: 60).

Dieses Dilemma ist ein Grundthema in der sozialwissenschaftlichen Behandlung der wissenschaftlichen Politikberatung seit den 60er Jahren. Gerade in der frühen Auseinandersetzung stand der Gesichtspunkt der Legitimität von Beratung (insbesondere Habermas 1963; 1966) im Vordergrund, d.h. die Frage danach, wie viel Einfluss die Wissenschaft auf die Politik haben sollte und haben kann. Traditionell wird seither zwischen einem *dezisionistischen*, einem *technokratischen* und einem *pragmatischen* Modell der Politikberatung unterschieden (Habermas 1963). Der Kern der Unterscheidung dieser drei Typen betrifft den Grad des Einflusses der Wissenschaft auf die Entscheidungen der Politik.

Im technokratischen Modell wird ein Primat der Wissenschaft vor der Politik behauptet. Das rationale und objektive Wissen der Wissenschaft würde die Politik geradezu zu bestimmten Entscheidungen zwingen (vgl. u.a. Lane 1966). Im Gegensatz dazu wird im dezisionistischen Modell davon ausgegangen, die Sphären Politik und Wissenschaft wären grundsätzlich verschieden, so dass das rationale Wissen der Wissenschaft nur begrenzte Geltung in der Politik habe. Vielmehr müsse man in der Politik Wertentscheidungen treffen, und dies ließe sich nicht durch objektive wissenschaftliche Forschung bewerkstelligen. Das von Habermas (1963) empfohlene pragmatische Modell beschreibt das Verhältnis von Wissenschaft und Politik als einen diskursiven, wechselseitigen Prozess. Die Wissenschaft liefert die Fakten und die Politik die Werte, die dann in einem Dialog diskutiert werden.

Grundfrage solcher Erörterungen zur wissenschaftlichen Politikberatung ist und war die ihrer demokratischen Legitimität. Von besonderer Bedeutung wurde dieses Thema, weil die tatsächliche wissenschaftliche Politikberatung in den letzten Jahrzehnten, in Deutschland beginnend mit der „Kleinen Parlamentsreform“ von 1969, massiv ausgebaut wurde (vgl. Barthelmes 2007: 11-17, Brown/Lentsch/Weingart 2006: 84ff und im Überblick die Beiträge in Falk/Rehfeld/Römmele/Thunert 2006).

Die Beratung sowie die sozialwissenschaftliche Untersuchung derselben hat sich fast ausschließlich auf die Exekutive bezogen (vgl. Brown/Lentsch/Weingart 2006: 11), beispielsweise Ressortforschung der Ministerien, Regierungskommissionen oder die „Wirtschaftsweisen“ (vgl. zur Übersicht über die Forschung zur wissenschaftlichen Politikberatung Patzwaldt 2008: 24-43). Erst nach und nach wird auch der Bedeutung der

Beratung für die Legislative mehr Aufmerksamkeit zuteil (vgl. z.B. Kuhne 2008 Barthelms 2007). Eilfort (2006: 197) fasst dies so zusammen:

„Die Forschung auch in Deutschland hat sich jahrzehntelang für Politikberatung in den Parlamenten kaum interessiert, meist nur und immer wieder die Parlamentarier selbst und formale Elemente der Parlamentstätigkeit in ihr Blickfeld genommen oder Politikinhalte klassifiziert. Erst in den letzten Jahren wurde etwas mehr auf die sowohl interessanteren wie auch schwerer zu fassenden informellen Abläufe abgehoben, ebenso auf die ‚menschlichen Faktoren‘, die eben genauso oft wie die ‚reinen‘ inhaltlichen Argumente den Ausschlag für die eine oder andere Entscheidung geben.“

Schüttemeyer (1998: 23) kommt zu dem Schluss, dass im Parlament die Fraktionen die wichtigsten Akteure sind. Sie stellen die Institutionen dar, die tatsächlich im Parlamentsalltag die verfassungsrechtliche Funktion des Parlaments mit Leben füllen (ebd. 25). Die Bundestagsfraktionen und damit die Mitarbeiter der einzelnen Fraktionen haben das „Quasimonopol kontinuierlicher Politikberatung“ (Eilfort 2006: 189).

Bei den Fraktionsmitarbeitern handelt es sich oftmals um Leihbeamte, d.h. um Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung, Ministerien oder sonstigen Behörden, die an die Fraktionen ausgeliehen werden (Eilfort 2006: 190). Dieser Beamtenapparat, der den Abgeordneten zur Verfügung steht, ist in den letzten Jahrzehnten massiv angestiegen, so dass man inzwischen von „politischen Dienstleistungsunternehmen“ sprechen kann (Schüttemeyer 1998: 47). Die CDU/CSU Fraktion verfügt im Jahr 2009 über 314 Mitarbeiter, davon 120 Referenten, die SPD-Fraktion hat 262 Mitarbeiter, davon 112 Referenten, die Fraktion Bündnis90/Die Grünen hat 100 Mitarbeiter, davon 50 Referenten und die Fraktion die LINKE hat 123 Mitarbeiter, davon sind 69 als Referenten ausgewiesen. Die FDP Fraktion hat insgesamt 112 Mitarbeiter, von denen 48 als Referenten ausgewiesen sind.⁹³

Es wurden insgesamt 9 Interviews mit Vertretern aus dem gesellschaftlichen Bereich der Politik, genauer gesagt der *Legislative*, geführt: bei 7 von ihnen handelt es sich um Mitarbeiter der Bundestagsfraktionen von 4 der 5 Fraktionen, die im Parlament vertreten sind. 2 Interviews wurden mit Mitarbeitern des wissenschaftlichen Dienstes (WD) des Bundestags geführt. Diese Personengruppe wurde als *Scharnier* zwischen den gewählten Vertretern

⁹³ Angaben für CDU/CSU, SPD und Bündnis90/Die Grünen laut telefonischer Auskunft, Angaben für die Linke und FDP, laut Organigramm der Fraktion (alles Stand März 2009)

im Parlament und wissenschaftlicher Expertise identifiziert und als solche angesprochen.

Form der Verwissenschaftlichung: Aufgaben- und Selbstverständnis

Die Mitarbeiter bestätigten weitestgehend die Vermutung, dass sie als Zwischenstation oder als Scharnier zwischen politischen Mandatsträgern und wissenschaftlicher Expertise fungieren. Sie sehen ihre Aufgabe hinsichtlich der Wissenschaft größtenteils darin, wissenschaftliches Wissen zu transformieren und dem politischen Entscheidungsprozess zuzuführen. Die Rolle, die sie sich selbst zuschreiben, ist die des Beraters, der den Mandatsträger unterstützt und ihm hilft, seine Arbeit wissenschaftlich zu fundieren. Ihre wichtigste Leistung sehen sie hierbei insbesondere in der *Übersetzung* von Ergebnissen der Grundlagenforschung in politikrelevante Beratungsinhalte.

»Wir sind darum bemüht, wissenschaftliche Erkenntnisse einfließen zu lassen in die politische Beratung. Wir sehen uns ein Stückweit als Übersetzer von Wissenschaft hin zu den politischen Entscheidungsträgern.« (Int-32)

Ein anderer Mitarbeiter schildert die eigenen Aufgaben im Vergleich zu anderen Akteuren im politischen Feld, insbesondere den politischen Stiftungen: während die Stiftungen die langfristige und übergreifende Perspektive einnehmen und sich daher auch intensiver mit Grundlagenforschung auseinandersetzen, übernehmen die Parteizentralen die Aufgaben der mittelfristigen strategischen Planungen. Die Fraktionen hingegen befassen sich unmittelbar mit den Anforderungen der Tagespolitik, ihre Perspektive ist kurzfristig. Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen zu den politischen/parteinahen Stiftungen, die zuvor diskutiert wurden.

»Es gibt im Grunde eine Dreiteilung und die ist zeitlich orientiert. Die langfristigen Perspektiven, die werden bei der Stiftung erarbeitet, die Tagespolitik wird in der Bundestagsfraktion geleistet und die Bundesgeschäftsstelle, die macht alles, was die Zeit dazwischen betrifft.« (Int-28)

Was in diesem Zusammenhang *kurzfristig* bedeuten kann, macht ein Beispiel deutlich, dass ein anderer Befragter anführt:

»Wenn sie in der parlamentarischen oder politischen Willensbildung drin sind, dann gibt es Probleme oder Fragen, wo sie sehr schnell eine Antwort brauchen. Wenn sie Pech haben, brauchen sie die Antwort innerhalb von fünf Minuten. Es kann sein, sie sitzen in einer Sitzung des Unterausschusses und da wird ein Tagesordnungspunkt aufgerufen, und ihre Abgeordneten haben keine Ahnung. Die Diskussion entwickelt sich, und sie müssen jetzt ganz schnell was erfahren. Dann haben sie keine Zeit um erstmal ins Internet zu gucken oder irgendwas zu lesen. Dann müssen sie innerhalb kürzester Zeit verlässliche Informationen herbei zaubern. Das geht nur über die Verbände. D.h. sie müssen wissen, wen sie anrufen können und auf wessen Auskünfte sie sich dann auch verlassen

können. Das ist dann die Kunst der professionellen Lobby-Arbeit. Ob es den Lobbys jeweils gelingt, den Ruf, die Reputation aufzubauen, dass sie verlässlich sind.« (Int-26)

Hierbei wird deutlich, dass mit *kurzfristig* durchaus wenige Stunden oder gar Minuten gemeint sind, in denen Expertise für politische Entscheidungen zugänglich und nutzbar gemacht werden muss. Hierbei geht es aber nicht darum, tief in die jeweilige Materie einzusteigen, sie zu *verstehen*, sondern vielmehr ein gesichertes Urteil zu treffen. Die Unsicherheit, die aus dem Nicht-Wissen der Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter resultiert, wird durch das Wissen der Experten (z.B. in den Verbänden) ausgeglichen.

Die Arbeit der Mitarbeiter der Fraktion ist dabei keineswegs selbst bestimmt, dies macht das vorhergehende Beispiel ebenfalls deutlich, sondern orientiert sich fast ausschließlich an aktuellen Gegebenheiten oder den Wünschen und Bedürfnissen der Abgeordneten im parlamentarischen Betrieb. Die einzelnen wissenschaftlichen Referenten mit ihren jeweiligen Fach- und Themengebieten können sich hierbei wiederum auf unterschiedliche Zuarbeiten und Dienstleistungen verlassen. Insbesondere wurde hierbei von den Mitarbeitern der *Wissenschaftliche Dienst* des Bundestages hervorgehoben. Gleichzeitig verfügen aber auch die Fraktionen über entsprechende Ressourcen, wie z.B. Archive, teilweise Bibliotheken und tägliche Presseüberblicke und dergleichen mehr.

»Wir haben interne Dienstleister. Wir haben ein sehr gut funktionierendes Archiv, die schon einmal eine erste Literatursichtung machen, monatlich, wir haben eine Reihe von Zeitschriften bestellt, wir haben sehr gute tägliche Presseübersichten nach Themen geordnet. Es ist schon von der Vorarbeit exzellent organisiert und das nimmt einem ein bisschen Arbeit ab.« (Int-32)

Indes gilt diese gute Ausstattung nicht zwangsläufig. So schildert ein Mitarbeiter einer anderen Fraktion, dass der Umzug von Bonn nach Berlin genutzt wurde, Literatur zu entsorgen und die eigene Bibliothek abzuschaffen. Stattdessen können die Mitarbeiter über PC-Arbeitsplätze auf Internetrecherchen zurückgreifen oder sich an den wissenschaftlichen Dienst oder die nahe stehende politische Stiftung wenden.

»Wir haben keine Bibliothek mehr im Haus, das ist alles durch den Umzug vom Rhein nach Berlin verschlampt worden. Wir hatten am Rhein eine sehr gute wissenschaftliche Bibliothek, die ist aber dann größtenteils an die Stiftung übergegangen. Es gibt ja bei der Stiftung wissenschaftliche Dienste, da können wir bei Bedarf abrufen. Wir haben aber nichts mehr selbst im Haus, d.h. jeder Mitarbeiter hat hier bestmögliche PC-Ausstattung, sodass er über Internet an alle möglichen Sachen rankommt. Das Internet ist heute ein ganz wichtiges Hilfsmittel.« (Int-24)

Imperativ der Wissensgesellschaft: Relevanz wissenschaftlicher Expertise

Auf die Frage nach der Bedeutung der Wissenschaft für die politische Arbeit, insbesondere in den Fraktionen, wird deutlich gemacht, dass es zur zentralen Aufgabe der Mitarbeiter, gerade auch der wissenschaftlichen Referenten, gehört, möglichst auf dem aktuellen Informations- und Wissensstand zu sein.

»Die Fachreferenten haben die Aufgabe, immer up-to-date zu sein« (Int-25)

Jedoch wird, wenn sie die Aktualität hinsichtlich wissenschaftlichen Wissens genauer bestimmen, eine Eingrenzung implizit oder explizit immer vorgenommen: es handelt sich in der Regel eben nicht um *Grundlagenforschung*, sondern »anwendungsorientierte Wissenschaft spielt eine Rolle« (Int-32). Zwei weitere Einschränkungen werden ebenfalls vorgenommen. Nicht das wissenschaftliche Wissen selbst, die neuen Erkenntnisse sind von Interesse, sondern die Folgerungen, Konsequenzen und entsprechenden praktischen Ratschläge, die diese Erkenntnisse nach sich ziehen.

»Es gibt die entsprechenden Vertreter aus der Wissenschaft, mit denen man sich darüber austauscht. a) über die Erkenntnisse und b), das ist sehr viel wichtiger, dann über die Einschätzungen spricht. Über den Transfer: ‚was mache ich mit dem Wissen‘.« (Int-25)

Die zweite Einschränkung bzw. Spezifikation lautet, dass, wenn es um die Einordnung der Bedeutung wissenschaftlichen Wissens geht, es von größerer Bedeutung ist, die richtigen Ansprechpartner und Ratgeber zu kennen als sich selbst wissenschaftliches Wissen anzueignen.

»Die Fachreferenten sollten die relevanten Multiplikatoren kennen, Kontakt mit denen aufbauen und mit denen in einem Austausch stehen.« (Int-25)

Die wissenschaftliche Expertise soll etwas leisten, was die politischen Akteure und ihre Mitarbeiter selbst nicht herstellen können. Die Wissenschaft liefert Wissen und Erkenntnisse, die ansonsten nicht oder nur schwierig vorliegen würden.

»Ich bin einer, der von einem Experten auch was erwartet. Ich halte mich jetzt nicht selber für super schlau, dass ich jede Facette durchschaue. Und deswegen erwarte ich von einem Experten einen Mehrwert. Sei es, dass das ein neuer Gedanke ist oder ein Erklärungsansatz oder ein Szenario, welches ich bis dato nicht gesehen habe oder zumindest anders gewichtet habe. Das ist sicherlich das, was einen Experten als Experten auszeichnet. Denn ich meine, über Politik reden ist denkbar einfach, da kann ich auch eine blaue Kaffeemaschine auf den Tisch stellen und mich darüber unterhalten. Das ist genauso simpel. Spannender ist die Frage, wie Politik funktioniert. Wie sich Dinge, die ich heute tue, auf die Zukunft auswirken.« (Int-25)

Die Befragten räumen in dieser Hinsicht ein, dass Wissenschaft (in Form von Vernetzung mit entsprechenden Akteuren) und wissenschaftliches Wissen von Bedeutung für ihre Arbeit und notwendigerweise auch Gegenstand ihrer Tätigkeit sind, jedoch wird deutlich gemacht, dass es einen grundsätzlichen

Unterschied zwischen Wissenschaft und Politik gibt und daher die Wissenschaft immer nur mittelbar von Bedeutung sein kann.

Die Mitarbeiter der Fraktionen rekurrieren an dieser Stelle auf die formale Unterscheidung von Wissenschaft und Praxis. Wissenschaft diene dem allgemeinen, generalisierbaren Erkenntnisgewinn, während die Praxis konkrete Probleme bearbeite. Die Praxis benötige dazu weniger wissenschaftlich fundierte „Wahrheit“ als Verhandlungsgeschick und Kompromissbereitschaft.

»Wissenschaft an sich spielt eher eine geringe Rolle, weil sie von ihrer Hauptzielsetzung, nämlich Erkenntnisgewinnung, was die Welt im Innersten zusammenhält, in einem inneren Widerspruch steht zur Zielsetzung der Politik, die versucht, Mehrheiten zu organisieren zu ganz konkreten Fragestellungen. Politik ist damit auch immer auf Kompromisse angewiesen. Der Weg zu einer Mehrheit führt über eine mühselige Suche von Kompromissen und Umwegen. Deswegen schließt es sich zunächst einmal aus. Gleichwohl ist die Politik auf die Wissenschaft angewiesen. Umgekehrt die Wissenschaft natürlich auch auf die Politik, sonst würde sie ja im luftleeren Raum operieren und würde nicht zu einer Umsetzung ihrer Erkenntnisse kommen, und das wäre ja auch für die Wissenschaftler nicht gut.« (Int-24)

Das voranstehende Zitat verweist darauf, warum es aus Sicht der Fraktionsmitarbeiter nicht zu einer *Eins-zu-Eins-Verwendung* wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Politik kommt und auch gar nicht kommen kann. Trotz bestehender wechselseitiger Bezüge und Abhängigkeiten voneinander, bilde wissenschaftliche Expertise eben nur einen Teilaspekt politischen Handelns ab. Derselbe Mitarbeiter erläutert nun, dass zur Begründung und insbesondere zur Durchsetzung einer politischen Entscheidung wissenschaftliche Argumente zwar *notwendig* jedoch schlicht *nicht hinreichend* sein:

»Sie können als Politiker nie nur mit einem wissenschaftlichen Argument hantieren. Sie können sagen, das und das ist schlüssig nachweisbar, aber sie müssen mindestens immer ein finanzpolitisches Argument und auch ein parteipolitisches Argument mit dazu fügen. Und dann haben Sie ein überzeugendes Argument. Und dann spielen Macht- und Mehrheitsfragen eine Rolle. Ist das auch durchsetzbar?« (Int-24)

Wissenschaftliche Expertise erlangt durch die Verbindung mit anderen kontextspezifischen Elementen die entscheidende praktische Relevanz. Trotz dieser Einschränkung gilt für alle Befragten, dass sie – auch wenn sie nicht hinreichend ist – wissenschaftliche Expertise für ihre Arbeit zwingend benötigen. So wird eine Entwicklung beschrieben, die vom instinktiv handelnden Politiker zum abwägenden und beratenem Sachpolitiker verläuft. Aufgrund einer, von den Befragten nicht näher beschriebenen, gesteigerten Komplexität der Gesellschaft ist für Parlamentarier Beratung und wissenschaftliche Expertise zwingend notwendig:

»Die Gesellschaft ist komplexer geworden. Politiker haben früher auf Basis ihres Erfahrungswissens und ihres Instinktes gehandelt. Die kannten die wesentlichen gesellschaftlichen Mechanismen. In

dem Maße, wie internationale Erfahrungen wichtiger und Gesellschaft komplexer geworden sind und jedes Handeln komplexe Nebenfolgen hat, die man gar nicht mehr absehen kann, ist natürlich eine solide Beratung unverzichtbar geworden.« (Int-32)

Was bereits im Selbstverständnis deutlich geworden ist, kommt auch in der Einordnung der Bedeutung der Wissenschaft für ihre Arbeit zum Ausdruck. Es geht weniger darum, die wissenschaftlichen Diskussionen und Hintergründe vollständig zu durchdringen oder gar zu verstehen, sondern zeitnah hilfreiche Antworten auf konkrete Fragen zu erhalten, um möglichst schnell und sicher zu entscheiden. Wobei *sicher* in diesem Fall *vertretbar* heißt.

»Ich könnte hier eine ganze Doktorandenschar damit beschäftigen, mich auf dem Stand der Diskussion zu halten. Das ist klar. Aber weder kann das einer bezahlen noch wär das angemessen. Es geht nicht so sehr darum, dass sie den Überblick über die tatsächliche Fachdiskussion haben, sondern es geht darum, dass das was sie abliefern verantwortbar ist. Sie dürfen Fehler machen. Alle Menschen machen Fehler. Sie können sich auch mal eine Fehleinschätzung leisten. Nur müssen sie klar machen, was ihre persönliche Einschätzung ist oder wo irgendwas ein Sachverhalt ist. Und 90 % der Arbeit sind zunächst mal Sachverhalte. Sie müssen wissen, was mit der Bio-Diesel-Förderung los ist, wie die Wärmeschutzverordnung funktioniert, was mit regenerativen Energien im Bereich Solar ist, wie viele Unternehmen es gibt und ob es stimmt, dass da 130.000 Arbeitsplätze dranhängen. Dazu ist keine Meinung gefragt, sondern da müssen sie einfach die Kompetenz haben zu sagen, das ist so und so.« (Int-26)

Ein anderer Befragter relativiert dies, indem er darauf hinweist, dass Politik nicht losgelöst von Fakten stattfinden dürfe, wissenschaftliche Erkenntnisse aber lediglich zur *Unterfütterung* oder *Formulierung* der Politik benötigt würden, nicht jedoch zu ihrer grundlegenden Ausrichtung. Er macht dies am Beispiel der Herzog-Kommission deutlich.

»Zur Absicherung und zur Unterfütterung von Formulierung von Politik spielt die Wissenschaft eine nicht zu unterschätzende Rolle. Weil Parteipolitik sich nicht im luftleeren Raum aufhalten darf. Sie muss auch mit Fakten zu tun haben. Da keiner, der hier arbeitet, wirklich tief in den Materien drinstecken kann, ist man schon auf wissenschaftliche Expertise für politische Programme, politische Konzepte angewiesen. Ob die dann eins zu eins umgesetzt werden können, ist immer zu bezweifeln. Das gelingt in den wenigsten Fällen. Die Herzog - Kommission hat mal einen sehr ausführlichen Bericht zur Gesundheitsreform gemacht. Wir hatten uns dann darauf geeinigt, es waren wirklich die besten Leute. Dann hatte sich dieses Konzept zur Gesundheitsreform in einer politischen Hackelei verkeilt, sodass dann dieses Kompromissgebilde dabei herauskam, das sehr anders aussah als das, was in der Herzog - Kommission mal erdacht wurde. Und dann musste diese Gesundheitsprämie in der großen Koalition mit dem politischen Wettbewerber in eine neue Form gegossen werden. Da können Sie sehen, was aus den ursprünglichen wissenschaftlichen Argumenten geworden ist. Die mussten erst die Herzog - Kommission durchstehen, den Parteitag durchlaufen, dann mit dem Koalitionspartner verhackstückt werden und in der Umsetzung der Gesundheitsreform wieder mit dem politischen Gegner, die von einem ideologisch völlig anderen Leitbild ausgehen. Da hat die reine Wissenschaft mit dem hehren Erkenntnisziel es manchmal sehr schwer.« (Int-24)

Sehr interessant ist, wie ein Kollege aus derselben Fraktion die Arbeit dieser Kommission bewertet:

»Die Herzog - Kommission ist eine Kommission, mit der wir uns die kompletten sozialen Sicherungssysteme vorgenommen haben. Da wären wir ohne externe Expertenhilfe, ohne die

Wissenschaft, nicht zu den Lösungen gekommen, die wir heute vor uns hertragen. Stichwort Gesundheitsprämie, Stichwort Dynamisierung der Pflegeversicherung etc. pp. Das wäre undenkbar gewesen. Weil natürlich Parteien nicht zu allen Zukunftsfragen die Zukunftspäpste in den eigenen Reihen haben.« (Int-25)

Während der eine Vertreter das Beispiel bemüht, um zu zeigen, wie wenig wissenschaftlicher Gehalt durch eine solche Kommission in die tatsächlichen politischen Entscheidungen einfließt, stellt es für den anderen ein Beispiel dar, dass Wissenschaft notwendiger Bestandteil politischer Innovationen ist. Dies stellt keinen Widerspruch dar, sondern verweist lediglich auf die unterschiedlichen Anspruchsniveaus, mit denen man sich der Frage nähern kann. Beurteilt man politische Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt einer Eins-zu-Eins Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse, so wird man enttäuscht sein. Interpretiert man wissenschaftliches Wissen zwar als notwendige, jedoch nur als eine von mehreren Quellen der politischen Entscheidungsfindung, so sind die Belege zahlreich.

Wichtig ist an dieser Stelle, dass die handelnden Akteure, die überdies genau im Blick der Öffentlichkeit stehen, sich keine Blöße geben. Fatal wäre es, würde man Politikern mangelnden Sachverstand offen nachweisen können, wiewohl genau dieser bei der Breite der Themen und Inhalte selbstverständlich häufig genug vorkommt.

»Im Bundestag und in allen Parlamenten sitzen auch nicht mehr Trottel als im Durchschnitt der Bevölkerung, das sind ganz normale Menschen, d.h. da gibt es Genies und wirklich sehr gute Leute und es gibt auch weniger gute Leute.« (Int-26)

Er führt zu dieser Thematik am Beispiel der Klimapolitik weiter aus:

»Es ist ja eine Utopie, wenn man erwarten würde, dass ein Fraktionsreferent, von politischen Entscheidungsträgern mal ganz zu schweigen, die Möglichkeiten hätte, rein intellektuell aber auch von der Kapazität her, diese Dinge zu beurteilen. Das können nur Klimatologen beurteilen. Sie können nichts anderes machen, als die Diskussion in der dortigen Fachwelt zu beobachten und sich ein Bild zu machen wie dort eigentlich die Mehrheitsverhältnisse sind. Keine trivialen Mehrheitsverhältnisse, sondern was ist da die herrschende Meinung.« (Int-26)

Ein anderer Mitarbeiter verweist darauf, dass Politiker vor allem Universalisten sind und daher der externen Expertise und der Unterstützung ihrer Mitarbeiter bedürfen:

»Die meisten Politiker sind doch Universalisten, auch wenn sie sich ein bestimmtes Fachthema erarbeiten. Aber bei der Erarbeitung dieses Fachthemas sind sie darauf angewiesen, auch auf wissenschaftliche Ergebnisse zuzugreifen. Das tun sie dann meistens angeleitet oder unterstützt durch ihre Mitarbeiter in den Arbeitskreisen der Bundestagsfraktion oder eben in den Abgeordnetenbüros« (Int-28)

Für den Auftritt im politischen Diskurs muss daher zumindest der Anschein gewahrt bleiben, auf der Höhe der Zeit zu sein und alle Sachverhalte möglichst

genau zu kennen, egal ob die jeweiligen Abgeordneten oder andere Mandats- und Funktionsträger die entsprechenden Voraussetzungen mitbringen. Das wissenschaftlich untermauerte Argument, der Verweis auf Studien oder Aussagen renommierter Forscher hilft hierbei, die Sachlichkeit der eigenen Argumentation zu stützen:

»Da jeder für sich in Anspruch nimmt, alle Argumente erwogen zu haben, um dann zu seinem Ergebnis gekommen zu sein und weil natürlich die Bezugnahme auf Wissenschaft immer eine gewisse Weihe gibt und eine gewisse Autorität und die Argumente damit stärkt.« (Int-32)

Deutlich wird, dass Wissenschaft bzw. wissenschaftliche Argumente nicht per se hilfreich sind sondern diese immer in Relation zur Zielgruppe der öffentlichen Argumentation stehen:

»Ich würde dafür werben, nicht den Fehler zu machen, Politiker voreilig nach dem zu beurteilen was sie sagen, ohne zu berücksichtigen, vor wem sie das sagen. Stellen sie sich einfach vor, sie wären ein Abgeordneter und sie wären zuständig für Gesundheitspolitik: Dann würden sie auf einem Kongress der Chefärzte der Privatkliniken in St. Moritz, bei medizinisch hochqualifiziertem Publikum, da reden sie über ganz andere Dinge als wenn sie zur Jahrestagung der medizinisch-technischen Pflegepersonals eingeladen sind.« (Int-26)

Umgang mit wissenschaftlicher Expertise: Suchen, Verwenden und Bewerten

Selbst wenn die Reichweite der Bedeutung wissenschaftlicher Expertise für die alltägliche politische Arbeit zumindest kritisch gesehen wird, d.h. ihre praktische und tatsächliche Relevanz durch die Bedeutung anderer Einflussfaktoren deutlich relativiert erscheint, wurde deutlich, dass sie faktisch zum politischen Alltag gehört. Politisches Handeln ohne Rückbindung an wissenschaftliche Rationalitäten und Argumente ist nur schwer vermittelbar.

In der Verwendung wissenschaftlichen Wissens kollidieren jedoch die Handlungslogiken der jeweiligen gesellschaftlichen Sphären, wie oben bereits deutlich gemacht wurde. Die Politik und mithin die Abgeordneten und ihre Mitarbeiter müssen als Generalisten unter Zeitdruck Entscheidungen treffen und Kompromisse aushandeln.

»Irgendwann muss man sich entscheiden. Da gibt es gewisse Zeitgrenzen und es stellen sich die Fragen: lohnt es sich noch?, wie hoch ist der Grenznutzen wenn ich bei gewissen Entscheidung noch länger nachdenke?, oder ist es einfach so, dass ich jetzt schon so viel weiß, dass ich in die Öffentlichkeit damit treten kann? Das sind Abwägungen die trifft jeder für sich, und der eine macht es schneller, der schießt ständig aus der Hüfte, ohne zu wissen was er eigentlich sagt, und der andere arbeitet ein bisschen mehr in seinem Gebiet und traut sich dann erst, was zu sagen. Diese Entscheidung muss jeder für sich selbst treffen, aber dass man irgendwann in der Politik zum Handeln kommen muss, ist klar und dass man deswegen nicht alles berücksichtigen kann, ist eigentlich auch klar. Ansonsten wär sie völlig gelähmt.« (Int-30)

Für den einzelnen Akteur ist es immer ein Abwägen zwischen mehr Expertise und schneller Entscheidung. Dieses Spannungsverhältnis von Entscheidung und Wissen muss in der Politik zwangsläufig zugunsten der Entscheidung aufgelöst werden. *Die Nicht-Entscheidung ist keine politische Option, das Nicht-Wissen hingegen schon.*

Ein Befragter bringt diesen zentralen Aspekt auf den Punkt, wenn er sagt, das »Politik immer das noch nicht Entschiedene ist« (Int-28): Ziel der Politik ist es, zu einer Entscheidung zu gelangen.

Wie oben bereits zitiert, ist es eben keine Ausnahme, dass Abgeordnete vor Abstimmungen „keine Ahnung haben“ und innerhalb weniger Minuten eine Entscheidungshilfe benötigen, die dann von den Mitarbeitern besorgt wird.

Wenn es darum geht, größere und umfangreichere Themengebiete zu bearbeiten, werden oftmals Gesprächskreise o.ä. installiert. Verlässt man die parlamentarische Ebene und wendet sich entweder der Exekutive oder den Parteien zu, dann finden sich vor allem *Kommissionen*, die für die längerfristige und umfangreichere Bearbeitung größerer Themenkomplexe zuständig sind. Diese werden üblicherweise sowohl mit Wissenschaftlern, Politikern als auch Praktikern besetzt. Für die alltägliche Arbeit sind solche Maßnahmen aber nebensächlich, wenngleich deren Ergebnisse und Abschlussberichte selbstverständlich genutzt und weiterverarbeitet werden. Oben wurde bereits die Arbeit der Herzog-Kommission in einem Zitat als Beispiel dafür angeführt, wie stark solche wissenschaftlichen Ergebnisse im parlamentarischen Alltag verändert werden. Der im Rahmen der Fraktionen üblichere Weg sind kleinere Expertenrunden, in denen das Gespräch mit Wissenschaftlern gesucht wird. Ein Mitarbeiter schildert die Auseinandersetzung und Umsetzung anhand der Gestaltung eines Textes über Leistungsgerechtigkeit:

»Wenn wir solche Texte vorbereiten, vorstrukturieren, dann steckt natürlich eine Analyse aktueller sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse dahinter. Wir reden mit Exklusionsforschern, gucken uns aktuelle Studien an und die Entwicklung von Verteilungslagen. Was es aber nicht gibt, ist in allen Themen einen festen und ständigen Austausch mit einer definierten Gruppe von Wissenschaftlern.« (Int-32)

Deutlich wird auch in der Verwendung wissenschaftlichen Wissens, dass die Akteure in der Politik von der Aktualität bestimmt werden, d.h. sie entscheiden nicht selbst darüber, welche Themen bearbeitet werden sondern folgen dem *Erscheinen* neuer Themen auf der Agenda. Dadurch sind sie auch nicht in der Lage, sich langfristig auf Inhalte vorzubereiten oder Expertise anzusammeln. Vielmehr ist es so, wie es dieser Mitarbeiter schildert:

»Wenn wir feststellen, wir müssen Themen neu aufarbeiten, neue programmatische Positionen erarbeiten, Innovationen erarbeiten, weil die alten Antworten nicht mehr reichen oder komplett neue

Themen aufpoppen, dann geht es so, dass man sich über eine Kommission, über eine Arbeitsgruppe, über einen Expertenzirkel diesen Fragen nähert. Dort werden sehr stark Vertreter der Wissenschaft eingebunden, um die Willensbildung und die Meinungsbildung zu fördern.« (Int-25)

Dem aktuellen Thema folgen die Personen und darüber dringen wissenschaftliche Erkenntnisse in die Politik ein. Es sind die Experten als Träger wissenschaftlichen Wissens, die gesucht werden, um Antworten auf drängende Fragen zu liefern.

Die Antriebskraft für die Auseinandersetzung mit wissenschaftlichem Wissen ist die Notwendigkeit, aktuellen Problemlagen und Fragestellungen begegnen zu müssen. So verwundert es nicht, dass es den Befragten schwer fällt, ihre Interessen und Bedürfnisse thematisch und inhaltlich zu bestimmen, d.h. konkrete Interessen oder Forschungszweige zu benennen. Vielmehr sind es die täglich neuen, ständig wechselnden und unerwarteten Anforderungen, die den Umgang mit wissenschaftlichem Wissen bestimmen. Ein Mitarbeiter bringt es auf den Punkt:

»Im einen Monat kann mich eine Sache brennend interessieren, im nächsten Monat kann ich sagen ‚das ist jetzt genau vier Wochen zu spät, ich brauche es nicht mehr, lass mich bitte damit in Ruhe‘.«(Int-25).

Neben der *Aktualität* spielt ein weiteres Kriterium beim Umgang mit wissenschaftlichem Wissen mit hinein: *Verständlichkeit*. Da Politik unter Zeitdruck betrieben wird und die dort agierenden Personen hauptsächlich Generalisten sind, ist es hilfreich, wissenschaftliches Wissen in einer Art und Weise zu finden, die einen schnellen und einfachen Zugang ermöglicht.

»Simplizität, also Einfachheit. Lösungen sind am Ende des Tages immer einfach und müssen einfach erklärt werden. Ich brauche keine professoralen Begründungen oder Positionsbeschreibungen. Das muss ich zu hundert Prozent umtexten, umdichten, umdenken, sondern ich brauche am Besten mundgerechte Happen zur Lösungsfindung.« (Int-25)

Der wissenschaftliche Apparat, umfangreiche Beschreibungen, Erläuterungen und vieles mehr, werden aus dieser Perspektive vor allem als lästige Mehrarbeit und unnötiger Ballast empfunden. Klare, knappe („mundgerechte“) Versatzstücke, man könnte auch von Bausteinen sprechen, zur Entwicklung von Lösungen werden bevorzugt. Ein Mitarbeiter bringt diese Anforderungen auf eine kurze Formel. Wissenschaftliche Ergebnisse, die für ihn von Bedeutung sind, müssen folgende Eigenschaften besitzen: »a) verstehbar für Politiker sein und b) in politische Führungsvorschläge übersetzt werden können« (Int-32).⁹⁴

⁹⁴ Dieser Aspekt wurde u.a. auch von Wewer (2003) herausgearbeitet.

Die einzelnen Befragten gehen davon aus, dass sie über einen guten Überblick über die relevanten Experten und das notwendige wissenschaftliche Fachwissen verfügen. Die meisten weisen daraufhin, dass sie in der Regel mit zu viel wissenschaftlicher Expertise konfrontiert sind. Seltener haben sie das Gefühl, zu wenig Expertise, im Sinne von Quantität, vorliegen zu haben.

»Man entdeckt viele interessante Dinge, die man spontan nicht verarbeiten kann und höchstens auf einen Haufen packt, der eher größer wird als kleiner. Man hat eigentlich nie die Zeit, ihn adäquat abzuarbeiten und muss am Ende dann doch selektieren zwischen sehr interessanten und nicht so interessanten Sachen, die man dann natürlich nie liest. Es wär noch schlimmer, wenn wir nicht eine gute Vorstrukturierung hätten und keine thematischen Pressespiegel bekämen, sondern selber durch den Papierberg gehen müssten. Es ist so, dass im Arbeitsalltag nicht immer die Zeit da ist, die Informationen, auf die man automatisch stößt, wirklich zu bearbeiten.« (Int-32)

Um diesem Überangebot an Informationen Herr zu werden, bedarf es vor allem gelungener Organisation. Die einzelnen Befragten geben an, dass sie versuchen, den größten Teil der Informationen gar nicht selbst zu sortieren, sondern sie geben diese Aufgaben an Praktikanten und Sekretärinnen ab.

»Das muss ich delegieren, das kann eine einzelne Person nicht leisten. Ich habe hier meine Mitarbeiter, die ich zumülle mit Informationen und die das in ein System bringen. Wenn ich die Informationen brauche, sage ich, ‚ich brauche Informationen zu folgenden Problemen, erstens, zweitens, drittens‘. Dann muss ich innerhalb der nächsten paar Minuten die Informationen haben und das klappt auch.« (Int-26)

Und weiter führt diese Person aus:

»Wenn man auswählen kann, muss man Algorithmen haben. Das Informationsmanagement ist die wichtigste Aufgabe die man hat, das ist klar. In einer Welt, wo es wenige Informationen gibt, ist es natürlich nicht so wichtig. Mein Vorzimmer und meine Praktikanten, die machen das für mich, deren Hauptaufgabe ist Informationsmanagement.« (Int-26).

Zusätzlich werden üblicherweise Kollegen oder andere vertrauenswürdige Experten herangezogen, die die Auswahl und die Bedeutung der Informationen bestätigen.

»Man muss im Informationsaustausch mit Kollegen bleiben. Und fragen: Wo sind die Hauptinformationsstränge? Was kommt neu dabei heraus? An was hält man sich da am besten?« (Int-24)

Aus Sicht der Befragten sind die politischen parteinahen Stiftungen für die längerfristige und intensivere Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zuständig. Im politischen Betrieb greifen die befragten Referenten dann auf deren Ergebnisse und Publikationen zurück, da diese bereits gekürzt und zusammengefasst, auf Verständlichkeit hin bearbeitet und politisch „eingeordnet“ sind. Der nächste Schritt besteht darin, aus den übriggebliebenen Informationen eine kompakte und übersichtliche Zusammenfassung zu erstellen, denn für die eigentlichen Adressaten, die Abgeordneten, bedarf es einer weiteren Reduktion, wie hier geschildert wird.

»Es ist so, dass wir den Input komprimieren und die wesentlichen Inhalte herausarbeiten. Wenn ich von 100 Leuten 10seitige Papiere habe und die der Programmkommission vorlege, sagen die ‚schönen Dank, soll ich jetzt 1000 Seiten lesen?‘ Also destillieren wir die wesentlichen Aussagen raus, sodass, wer Interesse hat, sich dann angucken kann, wer sagt was. Die Beiträge, die man interessant findet, kann man im Volltext lesen. Aber vom Verfahren machen wir das so, dass, wenn es längere Erkenntnisse gibt und wir der Meinung sind, das müsste jetzt mal vom Chef zur Kenntnis genommen werden, dann schreiben wir Kurzzusammenfassungen.« (Int-32)

Fragt man die Akteure im politischen Feld danach, wie sie sich über die aktuellen wissenschaftlichen Entdeckungen auf dem Laufenden halten, stehen die reguläre Tagespresse, sowie Verbände und Stiftungen als Quellen an erster Stelle: Wissenschaft wird in dem Moment relevant, wenn über sie berichtet wird bzw. wenn die von der Forschung untersuchte Thematik bereits Gegenstand der politischen Debatte ist. Selbst wenn Referenten von ihrer thematischen Ausrichtung her, z.B. weil sie für die Umweltpolitik zuständig sind, eine höhere Wissenschaftsaffinität aufweisen im Gegensatz zu denen, die sich um die Rechtspolitik kümmern, beziehen sie ihre Informationen hauptsächlich aus Publikumsmagazinen oder durch den Besuch einzelner Veranstaltungen. Ein Befragter schildert die Arbeitsteilung in seinem Ressort und den Aufgabenbereich eines seiner Mitarbeiter:

»Einer ist verantwortlich für Grundlagenforschung. Der versucht, regelmäßig die wichtigsten Sachen zu lesen, die es da gibt, z.B. ‚Bild der Wissenschaft‘, um sich da auf dem Laufenden zu halten. Ansonsten sind die öfters unterwegs auf Konferenzen. Aber eben nicht detailliert. Sie können also nirgendwo tief einsteigen, sondern sie müssen die Übersicht bewahren.« (Int-24).

Dieser Befragte selbst bezieht seine Informationen hauptsächlich aus den Berichten und Gutachten seiner eigenen Mitarbeiter. Hinzu kommt die im Bundestag besonders relevante Quelle des *Wissenschaftlichen Dienst*, die von allen Befragten genannt wird. Seinen eigenen Überblick verschafft er sich, wie die meisten Befragten, hauptsächlich durch die Tages- und Wochenpresse.

»Durch die Expertisen, die ich hier über die Referenten laufend kriege, was die eben so schreiben an Gutachten. Ich versuche regelmäßig was der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages herausgibt zu lesen, um auf dem Laufenden zu bleiben. Ich selbst lese sehr viel was es gibt an Magazinen. Die großen Magazine in Deutschland greifen diese Sachen auf oder große Wochenzeitungen, wo man sich regelmäßig in das Dossier Wissen einarbeiten kann.« (Int-24)

Da aktuelle Tages- und Wochenpresse eine zentrale Quelle darstellt, ist das oben bereits genannte Kriterium der Aktualität zumindest in Teilen erfüllt, wenn man davon ausgeht, dass die kommerzielle Publikumspresse hauptsächlich über jene Themen berichtet, die zurzeit von großem Interesse sind. Auch der konkrete Umgang mit den vorfindlichen Informationen ist dem strengen Gegenwartsbezug geschuldet. Es findet nur selten eine systematische Archivierung statt, alles was im Moment der Kenntnisnahme nicht von Belang

ist, wird mehr oder weniger direkt gelöscht, weggeschmissen und vergessen. Ein vorausschauendes Suchen und Bearbeiten kann kaum realisiert werden.

»Nach dem Kriterium Aktualität. Wir können, das ist sicherlich ein Problem, nicht pro aktiv sein. Wir können ein bisschen ansammeln, dass man bei Bedarf, wenn es abgefragt wird, was ausspucken kann. Man weiß ungefähr, welches Institut, welche Wissenschaftler wem nahestehen und welche ganz neutral sind. Da muss man einfach die Hauptinformationen so zusammenstellen, dass man das hinterher in einen abgewogenen Bericht gießen kann.« (Int-24)

Am vorstehenden Zitat wird wieder einmal deutlich, dass das Interesse der Praktiker oftmals nicht den wissenschaftlichen Erkenntnissen gilt sondern den Quellen dieser Erkenntnisse, sprich den diversen Forschungseinrichtungen und Wissenschaftlern. Es ist in der Perspektive der Befragten gar nicht notwendig sich umfassend mit den Inhalten auseinanderzusetzen, wenn man jederzeit die Gelegenheit hat, auf die entsprechenden Experten zurückzugreifen und deren Wissen zu nutzen. Dies erinnert stark an die Form des *informierten Wissens*, wie sie zuvor beschrieben wurde (siehe Punkt 2.2.3). Die Suche nach diesen Experten bzw. den wissenschaftlichen Einrichtungen orientiert sich immer auch danach, wer sich bereits als Berater hervorgetan hat. Wenn es darum geht, konkrete wissenschaftliche Inhalte zu suchen, erfolgt dies in der Regel über die Person des Forschers, d.h. man sucht eine Person, die die entsprechenden Inhalte liefern kann. Aus der Perspektive der Mitarbeiter ist der Kreis der möglichen Ansprechpartner überschaubar; es handelt sich immer um die, die sich sowieso bereits in der Nähe der Politik befinden und an Kommissionen, Beratungsgesprächen u.ä. beteiligt sind oder öffentlichkeitswirksam in den Medien in Erscheinung getreten sind.

»Es ist nicht so, dass es Tausende von Menschen da draußen gibt, sondern es ist eine ziemlich überschaubare kleine Gemeinde. Das sind die Jungs und Mädels, die sich ohnehin in der Szene tummeln, sprich, die auch auffallen durch entsprechende publizistische Tätigkeiten oder in den elektronischen Medien. Aber auch sehr stark Menschen in diversen Stiftungen oder an diversen Lehrstühlen, zu denen man schlicht und ergreifend im Laufe der Jahre Kontakte aufgebaut hat und ein entsprechendes Vertrauensverhältnis da ist. Zum Einen ist dies die schlichte Präsenz, das wäre die eine Kategorie. Das sind dann die Jungs, wo die Namen und die Gesichter bekannt sind. Zum anderen über das Pflegen von Netzwerken und eine gewisse Offenheit Dritten gegenüber. Da wird man dem und dem zugeführt, wie das eben so läuft.« (Int-25)

Hierbei fällt auf, dass es zu fachspezifischen Verzerrungen (*deformation professionelle*) kommen kann, denn der naturwissenschaftlich gebildete Referent bezieht sich bei den Themen Umweltpolitik und Klimafragen auf Naturwissenschaftler, während der wirtschaftswissenschaftlich vorgeprägte beim selben Thema sofort an Vertreter von (Rück-)Versicherungen und Umweltökonomien denkt. Während die wissenschaftliche Reputation der Experten oder zumindest deren Fachkompetenz als notwendiges Kriterium genannt wird, wenngleich auch keiner der Befragten angibt wie es ihm gelingt

diese einzuschätzen, ohne sie schlicht mit Prominenz gleichzusetzen, zählt das Praxiswissen der wissenschaftlichen Experten als weiteres wichtiges Kriterium. Es werden Experten benötigt, die in der Lage sind, ihr wissenschaftliches Wissen in den politischen Kontext einzubetten. Dazu bedarf es aber eines eigenen Wissens über den politischen Prozess.

»Man muss politische Entwicklungen zur Kenntnis nehmen als Wissenschaftler. Das tun nicht alle. Beispielsweise ist es im Steuerrecht so, dass wir uns seit Anfang der 80er Jahre im internationalen Wettbewerb befinden, wo es so eine Art Steuerspirale nach unten gibt. Wer das nicht richtig zur Kenntnis nimmt, mit dessen Ergebnis können wir natürlich auch nichts anfangen.« (Int-30)

An einer Beratung durch einen Sozialforscher macht derselbe Befragte die Kontextualisierung von wissenschaftlichem Wissen für politische Zusammenhänge klar:

»Ich erinnere mich an eine Sitzung, wo Prof. [Lila] da war. Es ging darum, bei einfachen Arbeiten und Dienstleistungen Entlastung herbei zu führen. Da gab es vier oder fünf Modelle, die diskutiert wurden von Wissenschaftlern aber auch von Gewerkschaften und den Verbänden. Prof. [Lila] hat dargelegt, dass drei dieser Modelle allein schon aufgrund dessen nicht funktionieren werden, dass der Bundesrat dafür nötig wäre, eine Zustimmung herbei zu führen. Der Bundesrat war damals aber noch fest in der Hand der Opposition, die würde blockieren. Das war einfach aufgrund der politischen Mechanik klar. Deswegen hat er gesagt, ‚die drei Modelle könnt ihr euch für diese Legislaturperiode abschminken, übrig bleiben die beiden anderen. Für das eine spricht mehr als für das andere. Die Argumente sind...‘ Hier hat jemand wirklich ganz genau geguckt, nach welchem Mechanismus funktioniert derzeit der politische Prozess, welche Modelle bleiben unter diesen Voraussetzungen übrig und welche Argumente sprechen für das eine und für das andere. Man schaltet vor die eigentliche Argumentation erstmal solche Gedanken vor.« (Int-30)

Weiter oben wurde angeführt, dass Politiker nicht allein auf der Basis wissenschaftlicher Expertise entscheiden sollten. Die hier dargestellte Form der wissenschaftlichen Expertise, die wissenschaftliches Wissen bereits vor dem Hintergrund politischer Mehrheitsverhältnisse relativiert, wird dadurch attraktiver für eine Verwendung. Ein Befragter bringt dies auf den Punkt, wenn er im Bezug auf wissenschaftliche Beratung sagt:

»Es nützt eben nichts, wenn wir hier Utopia bauen. Es ist eben mit den öffentlichen Finanzen so bestellt, wie es ist, und da müssen wir uns eben dann einfach nach richten.« (Int-24)

Es ist bereits deutlich geworden, dass ein Großteil der wissenschaftlichen Expertise über Netzwerke erfolgt, d.h. über Personen oder Institutionen, mit denen die Befragten in Verbindung stehen. Wenn es darum geht, wissenschaftliche Inhalte zu prüfen, ist es wenig überraschend, dass nicht die Inhalte sondern vielmehr die Personen und Institutionen auf dem Prüfstand stehen. Ein Mitarbeiter macht dies deutlich, indem er auf die Frage nach Glaubwürdigkeit und Seriosität wissenschaftlicher Expertise, neben der

Empfehlung durch Andere insbesondere *Sympathie* und *Vertraulichkeit* als wichtige Kriterien herausstellt.⁹⁵

»Da habe ich leider keine Formel! Das eine geht über Empfehlungen, das andere geht über Sympathie und drittens weiß man sehr schnell, spätestens nach dem ersten oder zweiten Treffen, ob Sachen vertraulich geblieben sind oder den Weg an die Öffentlichkeit gefunden haben. Wenn Dinge an die Öffentlichkeit kommen, die man einem begrenzten Personenkreis gesagt hat und in dem begrenzten Personenkreis ist jemand, den man noch relativ frisch kennt, dann fällt der aus dem Raster möglicher Gesprächspartner schnell wieder heraus.« (Int-25)

Von den meisten Befragten wird die *fachliche Kompetenz* eher beiläufig als Kriterium genannt. Kompetenz stellt mehr oder weniger das *notwendige* Kriterium für die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern bzw. für die Nutzung wissenschaftlicher Expertise da.

Zentral für die Beurteilung der fachlichen Kompetenz und der Qualität von Experten und wissenschaftlichem Wissen sind der Rat von Kollegen und die Empfehlung von anderen vertrauenswürdigen Experten. Die vertrauenswürdigen Experten zur Unterstützung sind deshalb wichtig, weil im Zeitalter der Informationstechnologie die Menge der angebotenen Informationen steigt, aber gleichzeitig auch die Kontrollierbarkeit der Qualität sinkt:

»Das Problem am Internet ist, dass sie die Qualität der Quelle nicht so leicht beurteilen können.« (Int-26)

Routine und Erfahrung bzw. der Rückgriff auf vertrauenswürdige Experten und Ratgeber werden angeführt, um die Unsicherheiten zu umgehen.

Ein wichtiges anderes Kriterium stellt die *Objektivität* dar. Zwar sind sich die Befragten einig, dass es zu den Fragen, mit denen sie sich an wissenschaftliche Experten wenden, kaum objektive oder allgemeingültige Aussagen gibt, jedoch erwarten sie von den Wissenschaftlern eine möglichst große *Transparenz*. Im persönlichen Gespräch klärt sich, wie offen sich der Experte gibt und wie transparent er eigene Ansichten, Absichten und Vorgehensweisen darlegt.

»Man erlebt ihn im persönlichen Gespräch und schaut sich an, wie reagiert er auf bestimmte Fragen, gibt er darauf gute Antworten, gesteht er ein, dass er manches noch nicht weiß, weil er das jetzt noch nicht einbezogen hat. Macht er das transparent, wenn man ihn darauf anspricht. Das ist vor allem die Frage der Transparenz. Wie kommt er in der Diskussion unter Umständen rüber? Und dann ist natürlich auch eine gewisse Gefühls- und Bauchkomponente mit dabei.« (Int-30)

Ein weiterer Befragter sieht dies so:

⁹⁵ Vertraulichkeit und Verlässlichkeit stellt auch Hasse (2003: 142f) als wichtiges Kriterium heraus. Hieraus folgt, dass diese *weichen* Kriterien wichtiger sind, als die *harte* Fachkompetenz, die von den politischen Akteuren sowieso schlechter beurteilt werden kann.

Wenn Experten »das eigene politische Interesse nicht offen legen und in den Mantel von wissenschaftlicher Objektivität kleiden, also dann vertraue ich ihnen nicht.« (Int-32)

Derselbe Befragte geht aber nicht davon aus, dass es so etwas wie *objektive Wissenschaft* in seinem Arbeitsfeld geben würde:

»Objektive Wissenschaft gibt es sowieso nicht. Ich vertraue dann, wenn es ein erkennbares Interesse gibt, die eigenen wissenschaftlichen Erkenntnisse in einen Beratungsprozess einzubringen und nicht die eigene politische Meinung oder nicht nur die eigene politische Meinung. Dann brauchen wir keinen Wissenschaftler einladen, von Leuten mit ausgeprägten politischen Meinungen haben wir genug hier rumlaufen« (Int-32)

Betrachtet man das, was zuvor unter dem Stichwort *Kontextualisierung* behandelt wurde, wird deutlich, dass es zwar nicht schadet, wenn der Experte die politischen Machtverhältnisse berücksichtigt und sich grob mit den politischen Zielen seiner Adressaten vereinbaren lässt, jedoch soll er keine (weitere) politische Meinung liefern, sondern vielmehr die vorhandene Meinung durch wissenschaftliche Expertise stützen. Ein weiterer Befragter fasst diese beiden Gedanken nochmal zusammen:

»Wir vertrauen grundsätzlich Wissenschaftlern, wenn sie nicht parteiisch sind oder interessengruppenorganisiert. Das ist schon mal eine gute Sache und wenn er dann in Publikationen immer ein bisschen von realistischen Finanzierungs- und Durchsetzungsszenarien ausgeht.« (Int-24)

Hierzu sollte man betonen, dass von allen Befragten Verbände und parteinahe Stiftungen als ihre wichtigste Quelle für wissenschaftliche Expertise genannt wurden.

Es zeigt sich durchweg, dass politische Nähe als wichtiges Kriterium zur Bewertung wissenschaftlicher Expertise herangezogen wird. Die den jeweiligen Parteien nahestehenden Stiftungen stellen für die Akteure eine wichtige und höchst vertrauensvolle Quelle wissenschaftlichen Wissens dar. Hierbei zeigt sich jedoch eine gewisse Schiefelage, die sichtbar macht, dass es weniger um wissenschaftliche Qualität als um politische Kompatibilität geht.

»Wir haben ein besonderes Vertrauen zu den Stiftungen die uns nahestehen. Aber wir wissen auch, dass andere Leute mit anderen Hintergründen unterwegs sind. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung wird man sicherlich anders bewerten als eine Studie des Weltwirtschaftsinstituts in Kiel. Da gibt es ganz andere Absichten dahinter. Entsprechend ist es immer kurios bei der Gesundheitspolitik: Herr [Schwarz] hat immer ein Institut zitiert und bei näherer Nachfrage hat man festgestellt, das war sein eigenes. Das ist schon ein bisschen tricki. Aber wir stehen ja seit langen Jahren in Kontakt mit renommierten Instituten« (Int-28)

Das überraschende am vorstehenden Zitat ist, dass es dem Befragten vollkommen klar zu sein scheint, dass wissenschaftliche Einrichtungen unterschiedliche Interessen oder Absichten verfolgen, die sich aus ihrer politischen Ausrichtung speisen. Der politische Gegner bezieht sich dabei auf andere Einrichtungen und Experten als man selbst. Die eigenen Experten sind

»renommiert«, während die politische Gegenseite sich »tricki« verhält. Er führt dazu weiter aus:

»Wir bemühen uns, auf der Grundlage von wissenschaftlicher Erkenntnis tätig zu sein. Wir wären froh, wenn das andere auch so täten. Beispielsweise in der Umweltpolitik, da geht es manchmal sehr nach Intuition und Emotion oder Hörensagen. Wobei auffällt, dass gerade bei politischen Kongressen Sozialpädagogen über naturwissenschaftliche Zusammenhänge referieren. Man würde sich wünschen, dass Expertentum mehr Einfluss nimmt. Wobei wir da ganz gut dastehen, weil wir einen gewissen Anspruch an unsere Substanz haben. Wir haben es uns zur Regel gemacht, dass wir bei keinem Thema intensiv in die Öffentlichkeit treten, wo wir nicht vorher eine gewisse Substanz erarbeitet haben.« (Int-28)

Auch hierin kommt zum Ausdruck, dass die Experten der anderen tendenziell eher unseriös sind oder eben keine Experten sind, während man selbst die eigene Position mit handfester wissenschaftlicher Expertise untermauert. Unlauter sind immer nur die anderen.

Wissenschaftliches Nichtwissen: Kontroversen und Unsicherheiten

Die Befragten sind durchgängig der Meinung, dass wissenschaftliche Kontroversen im politischen Alltag eher den Regel- als den Ausnahmefall darstellen. Politische Gegner hantieren in der Regel mit gegensätzlichen Expertisen, die die jeweils eigenen Positionen stärken sollen. Ein Befragter schildert den Umgang mit wissenschaftlichen Kontroversen ausführlich:

»Entweder habe ich dazu selber eine Meinung und dann halte ich mich an den Experten, der meine Meinung hat. Wenn ich aber selber das nicht bewerten kann, dann kann ich auch beide Meinungen gegenüber stellen und deutlich machen, es gibt dort keine eindeutige Position.« (Int-32)

Hier finden wir die grundlegende Strategie, die bereits zuvor mehrfach aufgetaucht ist. Die wissenschaftliche Expertise dient zur Unterstützung einer Position und nicht zur Findung oder Entwicklung einer ebensolchen. In den meisten Fällen, die dieser Befragte vor Augen hat, ist es so, dass bereits klare politische Positionen existieren.

»Meistens ist das so, dass das Arbeitgeberinstitut niedrige Löhne gut findet und dass das Gewerkschaftsinstitut niedrige Löhne böse findet. Ist ja nichts Neues. Wir haben einen gewissen Pfad, auf dem wir uns bewegen als Partei bei der Positionierung zu solchen Fragen« (Int-32)

In anderen Fällen kann es vorkommen, dass es zu wissenschaftlichen Erkenntnissen selbst noch keine politische Meinung gibt und die politischen Interessen einen gewissen Spielraum in der Deutung und Bewertung der Ergebnisse eröffnen:

»Manche Institute meinen, das Erdöl reicht nur noch ein paar Jahre, und die Institute der Ölindustrie sagen nein, noch viel länger. Da wir die Position haben, die Energiewende schrittweise zu forcieren, kann ich argumentativ die eher alarmistische Position aufgreifen. Wir betreiben keine exakte oder

objektive Wissenschaft. All die Informationsverarbeitung, die wir machen, ist immer auch Teil von PR. Wenn es zwei Angebote gibt, nutzen wir die, die in unsere argumentative Linie besser passt. Ohne damit jetzt manipulativ wirken zu wollen, wir denken uns ja nichts aus. Wir lügen auch nicht.« (Int-32)

Die wissenschaftliche Kontroverse liefert der Politik Handlungsfähigkeit. Sind die Ergebnisse eindeutig, sind auch die Entscheidungsmöglichkeiten der Akteure begrenzt. Der wissenschaftliche Beleg dient somit als Ausweis der eigenen Redlichkeit gegenüber der interessierten Öffentlichkeit. Es geht weder darum, den politischen Gegner zu überzeugen noch die eigene Position zu entwickeln, sondern darum, für sie zu werben.

»Wir versuchen, die Argumente, die wir haben, stark zu machen und sie wissenschaftlich zu untermauern, um besser durchzudringen. Dass die Gegenseite auch bewaffnet ist, wissen wir auch. Das Verwenden von wissenschaftlichen Ergebnissen ist immer auch Teil des Deutungskampfes, den es zwischen politischen Interessenorganisationen und politischen Parteien gibt« (Int-32)

Zusammenfassung

Die wissenschaftlichen Referenten der Bundestagsfraktionen sehen sich in der Rolle der Übersetzer wissenschaftlicher Expertise in politikrelevante Inhalte. Sie betreiben kontinuierliche wissenschaftliche Politikberatung, wobei sie auf die tagesaktuellen Anforderungen reagieren und versuchen, die Bedarfe der Abgeordneten möglichst zügig und entscheidungsorientiert zu befriedigen. Für politische Entscheidungen spielen Forschungsergebnisse selbst keine besondere Rolle, sondern die Folgerungen und Konsequenzen, die sich aus ihnen ergeben. Oftmals besteht daher die Aufgabe der Referenten darin, eben diese Konsequenzen herauszuarbeiten. Hierfür ist es notwendig, die wissenschaftlichen Inhalte mit weiteren Faktoren, die im politischen Diskurs eine Rolle spielen, zu verknüpfen. Politische Entscheidungen lediglich auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse sind eher unüblich, meist müssen rechtliche und finanzielle Fragen zusätzlich geklärt und die Macht- und Mehrheitsverhältnisse berücksichtigt werden. *Wissenschaftliche Expertise ist im politischen Betrieb aus Sicht der Befragten somit zwar notwendig jedoch nicht hinreichend für das Treffen von Entscheidungen.* In zahlreichen Fällen müssen Entscheidungen auch ohne gesicherte Datenbasis getroffen werden, denn fehlendes Wissen ist für die Politik zu ertragen, fehlende Entscheidungen jedoch nicht. Wichtige Kriterien im Umgang mit wissenschaftlicher Expertise sind Aktualität und Verständlichkeit, d.h. die Expertise muss sich auf die gerade virulente Situation beziehen und möglichst leicht verständlich sein. Angesichts des großen inhaltlichen Spektrums und des unüberschaubaren Informationsangebots wird keine vorausschauende Auseinandersetzung mit

wissenschaftlicher Expertise betrieben, sondern es wird bei Bedarf recherchiert. Unter Zeitdruck ist hierbei auch keine umfassende oder intensive Auseinandersetzung mit dem wissenschaftlichen Wissen möglich, sodass auf die Vorarbeiten von Lobbygruppen, Verbänden und ähnlichen Organisationen zurückgegriffen wird. Entscheidend ist daher auch nicht zwangsläufig das Fachwissen der wissenschaftlichen Referenten, sondern die Qualität ihres persönlichen Netzwerks. Bewertet und überprüft wird wissenschaftliche Expertise über Empfehlungen aus dem persönlichen Netzwerk, durch persönliche Erfahrungen mit Wissenschaftlern und durch politische Nähe und Übereinstimmung. Wissenschaftliche Kontroversen werden als Normalfall hingenommen und sichern auf der einen Seite die Handlungsfähigkeit der Politik. Wäre die Wissenschaft sich einig, so hätte die Politik keinen Entscheidungsspielraum mehr. Auf der anderen Seite dient die wissenschaftliche Expertise meist nicht zur Bestimmung der politischen Position, sodass Kontroversen, die eigene Haltung nicht beeinflussen oder irritieren können.

5.3 Wissenschaft und Wirtschaft

Im Rahmen der Untersuchung wurden 5 Interviews mit Vertretern aus drei unterschiedlichen Unternehmen durchgeführt. Es handelte sich bei allen Befragten um studierte Chemiker, die in den jeweiligen Unternehmen leitende Aufgaben im Bereich Forschung und Entwicklung haben. Zwei der Befragten sind die Leiter der gesamten Forschungsabteilungen, eine Befragte ist für die Forschungsk Kooperation mit Hochschulen zuständig und zwei sind die wissenschaftlichen Leiter einzelner Forschungseinheiten innerhalb der gesamten Forschungs- und Entwicklungsabteilungen ihrer Unternehmen. Bei den Unternehmen handelt es sich um einen der größten (Spezial-)Chemiekonzerne der Welt mit mehr als 30.000 Angestellten und einem Umsatz von über 10 Mrd. Euro (2006) weltweit, um einen Pharma- und Chemiekonzern mit insgesamt mehr als 100.000 Angestellten und einem Umsatz von mehr als 30 Mrd. Euro (2007) weltweit sowie einen inhabergeführten Nahrungsmittelkonzern mit über 20.000 Angestellten und einem Umsatz von über 7 Mrd. Euro (2007) weltweit.

Form der Verwissenschaftlichung: Aufgaben- und Selbstverständnis

Obwohl die jeweiligen Abteilungen für die die Befragten zuständig sind bzw. in denen sie tätig sind alle unter dem Label *Forschung und Entwicklung* (F&E) firmieren, legen alle Befragten deutlichen Wert darauf festzustellen, dass es sich eben weniger um Forschungsabteilungen als um Entwicklungsabteilungen handelt. Der Begriff Forschung sei in diesem Zusammenhang sogar immer etwas missverständlich.

»Bei uns ist es Entwicklung, wir forschen in dem Sinne gar nicht. Das sehen sie schon daran, dass wir viel nach außen vergeben. Wir wenden Forschungsergebnisse an. Gehen bis zu einer gewissen Tiefe was wir selber umsetzen, aber für Grundlagenforschung haben wir gar nicht mehr das Potential.« (Int-35)

Deutlich wird an diesem Zitat auch noch, dass es eine zeitliche Entwicklung gab, die von einem größeren Forschungsanteil in den Unternehmen zu einem deutlich geringeren geführt hat. Heute stellen sich die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in allen drei Unternehmen verstärkt als reine Orte der *Produktentwicklung* dar: Ziel ist das innovative neue Produkt und dessen möglichst erfolgreiche Marktpositionierung.

»Business first heißt, wir sind kein grundlagenforschungsgetriebenes Institut. Wir forschen nicht des Erkenntniszuwachs willens, sondern um letztlich eine Innovation, ein neues Produkt, ein neues Geschäft, eine neue Anwendung abzuleiten.« (Int-39)

Knapper bringt diesen Sachverhalt ein anderer Befragter auf den Punkt:

»Ziel ist nicht Forschung und Entwicklung, sondern Forschung und Entwicklung sind der Weg zum neuen Geschäft.« (Int-40)

Dieser Befragte beschreibt seine eigene Arbeitseinheit entsprechend auch nicht als eine Forschungsabteilung, sondern als »Geschäftseinheit zur Entwicklung neuer Geschäfte« (Int-40). Die eigenen Forschungskompetenzen wurden größtenteils abgeschafft, und aktuell wird Forschungsleistung eher von außen eingekauft, wenn dies notwendig ist und die eigenen Ressourcen nicht mehr ausreichend sind.

Imperativ der Wissensgesellschaft: Relevanz wissenschaftlicher Expertise

Ganz im Sinne der Debatte um die Wissensgesellschaft, sehen die Mitarbeiter aus den F&E-Abteilungen den wichtigsten Wettbewerbsfaktor für Unternehmen darin, komplexe Innovationen in immer schnellerer Folge zu entwickeln. Nur wer in der Lage sei, im Zeitalter kurzer Produktzyklen mit seinen Produkten schnell am Markt zu sein, habe wirtschaftlichen Erfolg. Wissenschaftliche Erkenntnisse bzw. wissenschaftliche Forschung seien hierfür von großer Bedeutung, da sie oftmals die entscheidenden Ressourcen für Innovationen bereitstellten. Die Unternehmen sind aus zweierlei Gründen nicht in der Lage, dies selbst zu leisten. Zum einen werden die Produkte immer komplexer und technologisch anspruchsvoller, so dass es schwierig ist, die notwendigen Kompetenzen allein im Unternehmen zu finden. Der Rückgriff auf die Expertise der Wissenschaft erleichtert hierbei die Produktentwicklung. Zum anderen bauen die Unternehmen bewusst Forschungsressourcen intern ab und vergeben Aufträge vermehrt extern an spezialisierte Labore. Dies geschieht im Sinne des *lean managements*, um sich im Unternehmen nur auf die eigenen Kernkompetenzen, wozu dann eben die Forschung nicht gehört, zu konzentrieren und als Reaktion auf immer anspruchsvollere und ressourcenintensivere wissenschaftliche Forschungsansätze (*planksches Prinzip*, vgl. Rescher 1982: 85-101). Während der Forschungsbedarf für neue Produkte steigt, wird gleichzeitig die Forschungskompetenz in den Unternehmen reduziert. Hierdurch wächst die Bedeutung und Relevanz der akademischen Forschung für die Unternehmen an.

»Grundlagenforschung! Dazu haben wir gar nicht mehr das Potential, denn die Mitarbeiter werden immer weniger und die Amortisierung ist immer kurzfristiger gefragt. Das ist schlimm, dass man gar nicht mehr richtig in Ruhe forschen kann. Und heute fragt das Management immer nach kurzfristigen Effekten, und das ist die Schwierigkeit bei einem immer komplexer werdenden wissenschaftlichen Umfeld. Das sind gegeneinander laufende Dinge, das Management will immer kürzere Phasen wo man was Neues bringt, Innovation, auf der anderen Seite wird es so komplex, dass sie eigentlich mehr Zeit brauchen.« (Int-35)

Die große Bedeutung von Innovationen für das Überleben eines Unternehmens stellt dieser Befragte deutlich heraus:

»Die Forschung ist existenziell wichtig, gerade bei uns. Sie können Forschung betreiben auf technologischer Seite, bei den Rohstoffen. Wenn sie weiter am Ball bleiben wollen mit neuen Produkten, neuen Verfahren, neuen Eigenschaften, müssen sie es tun, sonst sind sie irgendwann weg vom Fenster. Stellen sie sich vor, sie machen nichts forschungsmäßig, dann stagnieren sie. Wenn sie innovativ sein wollen, bleibt ihnen nicht anderes übrig, als Forschung zu betreiben. Denn nur einfach Pudding zusammen mischen, wie früher, das ist es nicht mehr. Ich habe Ihnen ja gerade diesen Eipulverfall geschildert, das können wir alleine nicht machen, allein auf die Idee wären sie schon gar nicht gekommen, da brauchen sie Fachleute, d.h. eine langjährige vertrauenswürdige Zusammenarbeit mit Hochschulinstituten, die natürlich auch davon profitieren. Und nicht erst dann anfangen, wenn das Problem unter den Nägeln brennt, sondern am besten hat man vorher schon die Connections.« (Int-35)

Auch in den anderen Unternehmen werden der gute Kontakt und die erfolgreiche Kooperation mit akademischer Forschung als wichtige Standortfaktoren für Unternehmen angesehen. Dies gilt, so führt es ein Befragter aus, in zweierlei Hinsicht. Der Kontakt zur Wissenschaft liefert Hinweise auf neue, unbekannte und bislang auch nicht erwartete Erkenntnisse. Würde man den Kontakt zur Wissenschaft nicht unterhalten, so liefe man Gefahr, ggf. wichtige wissenschaftliche oder technologische Entwicklungen zu verschlafen. Nur wenn man die entsprechenden Ergebnisse im Auge hat, kann man erkennen, ob sich potentielle Verwertungen in Zukunft abzeichnen. Die andere Seite stellen technologische Entwicklungen dar, bei denen es innerhalb der Unternehmen am nötigen Fachwissen mangelt und man davon ausgeht, dass spezialisierte Forschungseinrichtungen geeigneter für die Beantwortung konkreter Fragen oder die Lösung spezifischer Probleme sind als die eigenen F&E-Abteilungen.

»Zum anderen ist es so, dass wenn man an die großen Technologiefelder denkt, Biotechnologie, Nanotechnologie und ähnliches, dass auf Seiten der Hochschulen ein so hoher Spezialisierungsgrad für bestimmte Fragestellungen vorhanden ist und auch das entsprechende Know-How, dass Hochschulen für bestimmte Fragestellungen die adäquaten Partner sind. Wo wir im Konzern nicht das entsprechende Know-How haben oder nicht auf dem neusten Stand sind. Insofern ist der intensive Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ein sehr wichtiger Wettbewerbs- und Standortfaktor. Wobei ich glaube, dass beide Seiten sich befruchten können: Wirtschaft und Wissenschaft.« (Int-40)

Im letzten Zitat wurde am Ende angesprochen, dass es zu einem wechselseitigen Austausch kommen sollte. Die Haltung hierzu ist, dass

Forscher in akademischen Einrichtungen meist wenig über a) die Bedürfnisse der Unternehmen und b) über deren Kompetenzen wissen. Teilweise sehen es die Mitarbeiter in den F&E-Abteilungen so, dass sie in bestimmten Bereichen über deutlich mehr Verfahrenskompetenz verfügen als an Universitäten vorhanden ist.

»Im Bereich der Katalyse ist es so, dass dort sehr viel Know-How bei Chemieunternehmen ist, was nicht publiziert und nicht patentiert ist. In diesem Feld haben wir schon öfter von Hochschullehrern gehört: ‚Wir wissen eigentlich gar nicht, welche Probleme wir lösen sollen oder was interessante Fragestellungen sind.‘ Sie sagen ‚wir wissen nicht wie weit die Industrie eigentlich ist.‘ Da besteht die Befürchtung, dass die akademische Forschung hinterher hinkt. Aus dem Grund gibt es Themen, die im industriellen Bereich sicher anders entwickelt werden oder wo die Erkenntnisse auf andere Art weiter entwickelt werden wie an Hochschulen und umgekehrt. Insofern können beide Seiten voneinander profitieren.« (Int-40)

Interessant ist jedoch, dass an den meisten Stellen weniger die Bedeutung wissenschaftlicher Inhalte thematisiert wird als die Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen. Für die Unternehmen ist insbesondere der Aufbau themenspezifischer (bzw. produktspezifischer) Netzwerke relevant. Zu diesen Netzwerken gehören dann auch Wissenschaftler und Forschungseinrichtungen, aber vor allem Zulieferer, die sich auf einzelne Rohstoffe spezialisiert haben und auf dem jeweiligen Gebiet mehr Expertise besitzen. Diese Netzwerke dienen als wichtiges Instrument der Produktentwicklung, wie ein Befragter erklärt:

»Das ist das Hauptanliegen heutzutage: was für ein Netzwerk schaffe ich mir oder welche Partner stelle ich mir an die Seite, um neue Aufgaben oder Innovationen oder Fragestellungen in Angriff zu nehmen.« (Int-35)

Die Bedeutung der Wissenschaft für die drei Unternehmen sollte jedoch nicht zu hoch bewertet werden. Alle Befragten schränken ein, dass die Ideen für Innovationen in der Regel aus den Unternehmen und nicht aus der Forschung kommen. Die »Wissenschaft liefert die Lösung zur Idee« (Int-39). In den Unternehmen werden Ideen für neue Produkte generiert und wenn zur Realisierung dieser Ideen eine bestimmte Expertise von Nöten ist, wird die Wissenschaft beteiligt. Für die Entwicklung eines Produktes stehen das Wissen über den Markt und die Produktionsbedingungen im Vordergrund; die technische Realisierung spielt erstmal eine untergeordnete Rolle. Ein Befragter erläutert dies an einem Beispiel: Die Milchindustrie habe ein großes Interesse daran, möglichst alle Bestandteile der Milch zu verwerten, gleichzeitig wollen die Verbraucher intelligente, so genannte *functional* Produkte, d.h. Lebensmittel, die einen zusätzlichen Nutzen haben. Also werden Forschungen in Auftrag gegeben, wie man Abfallprodukte der Käseherstellung für verdauungsfördernde

Molkeprodukte verwenden könne. Grundsätzlich gilt jedoch für alle Befragten die Haltung, dass man

»ein Hochschulergebnis normalerweise nicht direkt in einen Geschäftserfolg ummünzen [kann]. Da ist noch viel Polishing an verschiedensten Stellen und quantitative und qualitative Arbeit notwendig.« (Int-39)

Umgang mit wissenschaftlicher Expertise: Suchen, Verwenden und Bewerten

Die Befragten äußern durchweg die Sichtweise, dass das potentielle Wissensangebot, das ihnen für ihren jeweiligen Arbeitsbereich zur Verfügung steht, viel zu groß sei, um es vollständig zu erfassen. Zwar ist der erfahrene Experte in der Lage, mit dieser Fülle an Informationen umzugehen und diese zu strukturieren, würde man aber den Anspruch haben, alles zu lesen was es an wichtiger und aktueller Literatur zu einem Thema geben würde, käme man zu nichts anderem mehr.

»Die Informationsflut ist dermaßen riesig, dass sie nur mit bestimmten Selektionskriterien bestimmte Dinge noch verfolgen können. Kein Mensch kann alles lesen, was in der Chemie publiziert ist.« (Int-39)

Bei der Breite und Vielfalt der einzelnen Produkte, die die Unternehmen jeweils herstellen, ist es für die Mitarbeiter der F&E-Abteilungen völlig illusorisch, einen Überblick über alle wissenschaftlichen Grundlagen und Entwicklungen, die für sie relevant sein könnten, zu haben.

»Wenn sie mal unsere Produkte angucken, vom Dessert über Backmischungen, Pizza, TK-Erzeugnisse, ist die Palette sehr breit und wenn sie bei jedem Rohstoff, Aromen, Verdickungsmittel, Getreideerzeugnisse, Früchte, Obst usw., überall an Grundlagen dran sein wollten, dann bräuchten sie eine kleine Abteilung dafür, die ständig nur Literatur wälzt. Das ist die Schwierigkeit heute, wir leben in einer Informationsgesellschaft. Es ist nicht mehr die Schwierigkeit, an Informationen heranzukommen, sondern es ist heute die Schwierigkeit, Informationen aufzubereiten. Ich komme an alles ran. Es gibt diese Phrase: ‚Das Gute am Internet ist, man findet alles. Das Schlechte am Internet ist, man findet alles‘.« (Int-35)

Die technische Verfügbarkeit von nahezu unbegrenzten Informationsquellen wird einerseits als Segen andererseits als Belastung empfunden. Die Art und Weise, wie die Befragten mit wissenschaftlichem Wissen umgehen, hat sich im Zeitverlauf verändert. Dieser Befragte beschreibt anschaulich den Unterschied zwischen seiner früheren und seiner aktuellen Vorgehensweise:

»Ich überfrachte mich mit Informationen. Früher habe ich gesammelt, kopiert, abgelegt, verstichwortet, mache ich heut wenig. Wenn ein Problem kommt, dann gehen wir in die Literatur, denn sie haben ja Internet, über Suchmaschinen, über Datenbanken haben sie die Möglichkeit, schnell an Literatur ranzukommen. Sie können sogar sich PDF's schicken lassen und hier ausdrucken. Dann sind sie manchmal gestresst, weil sie andere Problemstellungen haben, kommen

sie gar nicht dazu, ihre Berge an Zeitschriften durchzublättern. Das ist der Alltag. Der Alltag verschlingt, der frisst jemanden auf.«(Int-35)

Es gibt die Möglichkeit, sich thematisch zu beschränken, sich zum Experten für ein klar umrissenes und begrenztes Themenfeld zu machen. In diesem Feld ist es dann möglich, den Überblick zu behalten. Spezialisieren sich mehrere Mitarbeiter einer F&E-Abteilung, so sind sie in der Lage, arbeitsteilig ein weites Feld von Themen abzudecken. Insbesondere wenn man bedenkt, dass es oftmals gar nicht darum geht, die Themen inhaltlich zu erschließen, wie oben bereits angedeutet wurde, sondern Expertennetzwerke aufzubauen.

»Die Chemie diversifiziert sich unglaublich, sodass sie bestimmte Punkte zu ihrem Spezialgebiet machen und das andere vernachlässigen. Es geht nicht, dass einer behauptet, er weiß fast alles auf etlichen Gebieten. Ich habe Gebiete, wo ich mich ganz gut auskenne, wo ich mich wohlfühle. Ich habe Kollegen, die das komplementär ergänzen, und wir tauschen uns an den Schnittstellen aus, sodass wir einen recht großen Bereich insgesamt abdecken.« (Int-39)

Was es bedeutet in diesem vielfältigen Arbeitsbereich *gut informiert* zu sein, beschreibt eine Mitarbeiterin wie folgt:

»Wenn Anfragen vom Vorstand oder von Kollegen kommen, ist nichts Überraschendes mehr dabei. Ich kann immer schnell reagieren, weiß wo ich nachfragen muss, weiß wo ich hin muss, weiß wen ich ansprechen muss. Ich kenne die aktuellen Forschungsaktivitäten mehr oder weniger ganz gut.« (Int-38)

Gut informiert zu sein wird nicht am Angebot auf der Wissenschaftsseite festgemacht sondern an den Bedürfnissen auf der Nachfrageseite. Hinzu kommt, dass im Ernstfall nicht das eigene Wissen um Inhalte sondern die Kompetenz, diese Inhalte zu finden, zählt. In diesem Zusammenhang werden auch die technologischen Veränderungen relevant. Gerade weil es technisch möglich ist, bei Bedarf schnell und unkompliziert eine Vielzahl von Quellen zu erschließen, besteht nicht mehr die Notwendigkeit, Inhalte auf Vorrat zu archivieren oder zu bearbeiten.

»Da hat sich die Landschaft, durch die Schnellebigkeit und die Möglichkeit, sich aus externen Archiven heute blitzschnell zu versorgen, gewandelt. Früher haben wir auf einen Aufsatz Wochen gewartet, heute ist er am gleichen Tag da.« (Int-36)

Interessant ist hierbei, dass die technischen Möglichkeiten der Informationsbeschaffung gleichzeitig ältere und langsamere Informationsträger entwerten.⁹⁶

⁹⁶ Auffällig ist, dass beispielsweise die Mitarbeiter der politischen parteinahen Stiftungen diese Sichtweise so nicht teilen. Dort wurde bedauert, dass Bibliotheken abgeschafft wurden und man sich leider nicht mehr ausführlich genug mit einzelnen Monographien befassen kann.

»Man muss nicht mehr alles im Haus haben. Schon gar nicht mehr die Fachzeitschriften, auch nicht mehr Monographien und Bücher. Heute ein gutes Buch gekauft, ist inhaltlich überholt. Wenn es fertig ist, ist es nicht mehr Stand der Technik. Das Buch ist nur Begleitmaterial und nicht mehr so wichtig wie früher und deshalb haben wir das alles reduziert.« (Int-36)

Dass man gut informiert ist, ist eine »Hohlschuld« (Int-35), die die Mitarbeiter erfüllen müssen. Es ist notwendig, in ständigem Austausch a) intern mit den eigenen Mitarbeitern und Kollegen zu stehen und b) mit dem externen Netzwerk. Bei letzterem werden aber seltener als Lieferanten Wissenschaftler oder Forschungseinrichtungen genannt. Der interne Austausch ist vor allem deshalb wichtig, damit die Forschungsabteilungen die Fragen bearbeiten, die im Unternehmen aktuell drängend sind. Es geht also vor allem darum, die aktuellen Bedarfe zu erheben.

Die Kontakte nach außen, die den notwendigen Stand der Dinge vermitteln sollen, werden hauptsächlich über persönliche Netzwerke hergestellt. Die meisten Mitarbeiter in den F&E-Abteilungen sind selbst akademisch ausgebildete Naturwissenschaftler, die in der Regel Kontakte zu ihren ehemaligen Universitäten oder zu Kommilitonen unterhalten.

»Jeder neuer Wissenschaftler, jeder neue Akademiker, der hier reinkommt, jeder Produktentwickler, hat seine Seilschaft, die er mitbringt.« (Int-35)

Da es erforderlich ist, einerseits kontinuierlich auf dem Laufenden zu bleiben und andererseits bei drängenden Fragen schnell vertrauenswürdige Kooperationen und Unterstützungen zu realisieren, betonen die Befragten die Wichtigkeit von sorgfältig gepflegten *langfristigen* Beziehungen.

»Der Kooperationspartner wird nicht interessiert sein, wenn wir mal eine Kleckerprobe schicken, sondern wir bauen eine langfristige Zusammenarbeit mit dem auf. Dafür bekommen wir auch Beratung.« (Int-35)

Es gibt teilweise sehr sorgsam geplante Verfahren, um solche Netzwerke und Kooperationen aufrechtzuerhalten. So gibt es für jede Hochschule in Deutschland innerhalb der F&E-Abteilung des Pharmakonzerns einen Paten. Diese Paten sind für die Pflege des Kontaktes zu den Wissenschaftlern und den Absolventen an dieser Hochschule verantwortlich.

»Da werden Paten für die einzelnen Hochschulen bestimmt, d.h. Forscher im Unternehmen haben den Auftrag sich regelmäßig an der Hochschule blicken zu lassen. Da hat jede Hochschule in Deutschland und viele internationale Hochschule einen Paten. Ich persönlich bin für die Uni Bayreuth und für die Uni Chemnitz zuständig. So ist die Uni-Landschaft durch Paten abgedeckt. Da gibt es dann einen Ansprechpartner für die Universitäten. Der Pate geht auch immer wieder neu an die Uni und guckt was gibt es da, was uns interessieren könnte.« (Int-38)

Hinzu kommen einzelne Mitarbeiter, teilweise sind es ganze Abteilungen, die den Auftrag haben, die Entwicklung einzelner Themengebiete systematisch zu beobachten und strategische Kontakte zu Forschern aufzubauen. Im

Lebensmittelunternehmen handelt es sich hierbei um zwei Mitarbeiter, die aber hauptsächlich für die Betreuung der Bibliothek zuständig sind, im Pharmaunternehmen ist es eine ganze Abteilung:

»In meiner Abteilung arbeiten auch Scouts in aktuell trendigen Gebieten, wie z.B. Nanotechnologie, Biotechnology, Katalyse usw. Die Scouts scouten an den Universitäten Aktivitäten und starten mit den Universitäten Forschungsprojekte auf ihren Gebieten.« (Int-38)

Auch im Falle der Scouts ist es eher so, dass persönliche Kontakte oder konkrete Kooperationen sowie Kurzinformationen und Überblicke gesucht werden, als dass Forschungsergebnisse oder wissenschaftliche Literatur gesichtet werden. Dies schildert ein Befragter aus einem anderen Unternehmen.

»Es gibt auch Scouts, die zu bestimmten Schwerpunktthemen gucken, abklopfen. Nicht zu diesem Bereich der Fachzeitschriften, sondern es gibt ganz viele Input-Quellen, z.B. über Newsletter von Lieferanten, von Universitäten, im ganzen Netzwerkumfeld.« (Int-36)

Die teils sehr elaborierten Verfahren zur Sicherstellung aktueller Informationen (Scouts, Uni-Paten) dienen jedoch hauptsächlich der Pflege von Kontakten und der Sammlung von Informationen. Jeder einzelne Mitarbeiter muss sich selbst noch mit den Informationen auseinandersetzen, die er für relevant hält. Auf die Frage welche Strategien die Befragten persönlich verwenden, um sich selbst auf dem Laufenden zu halten, antworten sie, dass es eine Mischung aus Erfahrung und Intuition sei.

»Strategie? Chaosstrategie! Das hat ein bisschen was mit Intuition zu tun. Sie müssen sich sehr breit informieren, sie können nicht den ganzen Tag nur lesen, das geht nicht. Mund zu Mund Propaganda ist sehr wichtig, dass man sich mit Kollegen austauscht, das macht es aus.« (Int-35)

Die Suche nach Informationen erfolgt in der Hauptsache erstens über individuelle Netzwerke und zweitens, auf der Ebene der Abteilungen, arbeitsteilig. Wichtig ist aber, dass jede Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Erkenntnissen immer unter dem Gesichtspunkt der Produktentwicklung betrieben wird: d.h. der Fokus wird auf Marktpotentiale und dergleichen gerichtet.

Wie gezeigt wurde erfolgt die Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Inhalten immer entlang der Produktentwicklung. Wissenschaftliches Wissen wird genutzt, um Produkte zu entwickeln, technische Probleme zu lösen und um sich durch Innovationen von Wettbewerbern abzugrenzen. Das entscheidende Kriterium zur Überprüfung wissenschaftlichen Wissens ist daher ein rein pragmatisches:

»Wenn wir in industrieller Sicht eine Produktlösung entwickeln, ist es egal wie was funktioniert. Hauptsache es funktioniert erstmal.« (Int-40)

Vertrauen wird durch erfolgreiche Demonstrationen erzeugt. Wenn ein Unternehmen an einem wissenschaftlichen Verfahren, Produkt oder Ergebnis interessiert ist, fordert es keine wissenschaftlichen Erläuterungen oder Beschreibungen, sondern schlicht die Vorführung des Verfahrens, einen Prototypen oder eine kleine Menge der neuen Substanz.

»Letztlich geht es darum, dass man Mustermengen bekommt von den Universitäten oder kleine Demonstrationen. Das ist der Härtestest. Die müssen Beispiele liefern, und die Beispiele kochen wir natürlich in unseren Labors nach, wenn wir Leute haben, die das können.« (Int-38)

Selbstverständlich ist dieses harte Kriterium nur für jene Fälle praktikabel, in denen es bereits zu gewissen Annäherungen und Kooperationen gekommen ist. Für den alltäglichen Umgang mit wissenschaftlicher Expertise müssen andere, weichere Kriterien herangezogen werden. Ein Befragter versucht dies anhand einer Analogie zu beschreiben:

»Das ist wie wenn Banken jemandem einen Kredit geben, gibt es bei denen die Frage der Bonität. Die gucken sich den Mann an, gucken bei der Schufa-Auskunft. Was arbeitet der? Was hat er sich bis jetzt zu Schulden kommen lassen? Hat er Kredite gehabt? So gehe ich vor: Sind das kompetente Institute? Machen die eine gute Forschung? Sind das glaubwürdige Ergebnisse? Was hat der für einen Ruf? Das ist ganz einfach. Wissen Sie unsere Branche ist so klein, man kennt sich mittlerweile und da weiß man ganz genau, wo man hinzugehen hat.« (Int-35)

Die Qualität wissenschaftlichen Wissens wird auch in den F&E-Abteilungen über sekundäre Kriterien erhoben wie beispielsweise den „gute Ruf“, den Forscher in der Szene genießen, oder Empfehlungen von Kooperationspartnern. Wichtigstes Merkmal bleibt aber die gemeinsame Erfahrung aus vorherigen Kooperationen. Man arbeitet eben mit jenen Wissenschaftlern weiter zusammen, mit denen man bereits erfolgreich kooperiert hat. Muss man sich dann doch einmal mit neuen, ungeprüften Forschern auseinandersetzen, so gilt die eigene Erfahrung, Intuition und Sachkenntnis als Prüfstein. Der Forscher muss in der Lage sein, die eigene Expertise seinem Gegenüber nachvollziehbar und verständlich zu präsentieren. Die Befragten rekurrieren z.B. auf ihre Fähigkeit, die *richtigen Fragen* zu stellen:

»Was ich mir durchaus erworben habe, ist ein gutes allgemeines Verständnis und die Fähigkeit, an der richtigen Stelle bestimmte Sinnfragen zu stellen. Ich scheue mich auch nicht zu sagen: ‚Okay, du weißt an der Stelle viel mehr als ich. Erklär mir das mal so, dass ich es verstehe‘.« (Int-39).

Wissenschaftliches Nichtwissen: Kontroversen und Unsicherheiten

Die Frage nach wissenschaftlichen Kontroversen und deren Relevanz hat von allen in dieser Studie befragten Personengruppen die Mitarbeiter aus F&E-

Abteilungen großer Unternehmen am meisten irritiert und teilweise sogar provoziert.

Grundsätzlich gehen die Befragten davon aus, dass es sich bei den wissenschaftlichen Themen, die für sie von Bedeutung sind, um *unstrittige Sachfragen* handelt, die keinen (oder höchstens sehr geringen) Spielraum für Kontroversen bieten. Die Gründe hierfür sehen sie in der Objektivität der Naturwissenschaften im Vergleich zu Sozial- oder Geisteswissenschaften, in denen es aus ihrer Perspektive viel mehr um Meinung und Interessen geht.

»Die sind sachorientiert. Da geht es nicht um ethische oder politische Dinge, sondern es ist ein Sachthema. Das ist sachlich, das wäre was anderes, wenn sie im politischen Bereich ein Thema vergeben oder wenn es um soziologische Dinge geht, da kommt man schnell in kontroverse Fragestellungen rein.« (Int-35)

Natürlich spielt an dieser Stelle auch der oben bereits benannte Pragmatismus mit hinein, denn wenn letztlich die Machbarkeit zählt, spielen wissenschaftliche Kontroversen auf den ersten Blick keine bedeutsame Rolle mehr. Jedoch sind gerade für Unternehmen der chemischen Industrie Fragen der Technikfolgenabschätzung von großer Bedeutung, z.B. ob bestimmte Produkte im alltäglichen Gebrauch gesundheitliche Risiken bergen. Ein Befragter fasste die Frage nach Kontroversen direkt in diesem Sinne auf und führt dazu ausführlich aus, dass in der öffentlichen und politischen Debatte aus seiner Sicht der Risikobegriff überbewertet wird. Man würde immer nur von nicht bewiesenen Risiken hören, jedoch nicht vom belegbaren Nutzen bestimmter technischer Neuerungen. Interessant ist hieran insbesondere, dass auf die Frage nach Kontroversen in der Wissenschaft mit Ausführungen über kontroverse Diskussionen in Politik und Öffentlichkeit über Risiken von Technologie geantwortet wurde.

»Darf ich aus meiner Überzeugung als Chemiker Ihnen noch eine Gegenposition nennen? Sie reden immer nur über Risiko, ob es Marktforscher oder sonstige Geistesgrößen sind, nie von Chancen. Wenn wir über Risiken reden, dann immer über ein Chancen-Risiko-Verhältnis. Alles andere hat einen viel zu negativen Touch. Das ist etwas, wo die Chemie einfach im falschen Licht dargestellt wird. Stichwort Nano oder Autoabgaskatalysatoren. Wir beschäftigen uns sehr wohl mit den Folgen, denn wir fühlen uns für unsere Produkte verantwortlich. Wir haben ausgedehnte Prüfmechanismen bei neuen Produkten, wir sind übers Chemikaliengesetz und über REACH verpflichtet, bestimmte Dinge anzugucken. In anderen Gebieten, treten natürlich Dinge auf, die erst in sehr langen Zeiträumen evident werden. Man versucht aber, bestimmte Dinge abzuschätzen. In jüngster Zeit Nano. Wie gefährlich ist Nano? Viele Leute wissen gar nicht was Nano ist und Nano gab es auch schon bevor Nano ein derartiger Hype wurde. Wie gefährlich können kleine Partikel sein, wenn sie aus einem bestimmten Material bestehen und sie mit der Atemluft aufgenommen werden? Da wir schon seit fast 100 Jahren Ruß machen und gerade was die Rußtoxikologie angeht wurden sehr viele Studien gemacht, sodass wir wirklich wissen wie gefährlich ist unser Produkt für die, die es herstellen. Wie gefährlich könnte ein Produkt für den sein, der es kauft? Gefährlich ist auch schon wieder so tendenziös. Welche Auswirkung könnte ein Produkt am Ende seines Lebenszyklus haben? Das ist Teil unserer selbstverantwortlichen Politik, dass wir über unsere Produkte hier Bescheid

geben müssen, und wir geben, wie jede andere Firma, pro Jahr sehr viel Geld für Zulassungen, für toxikologische und für Umweltprüfungen aus. Wir kriegen ja auch Umweltaudits. Wir tun das, was wir tun können. Bestimmte Dinge sind natürlich erst nach sehr langen Zeiträumen zu machen. Da muss nach Abwägung von Risiken und Vorteilen entschieden werden, ob bestimmte Produkte wie gehandelt werden. Anderes Thema sind natürlich Produkte der grünen Gentechnik oder überhaupt der Gentechnik, da hat es auch lange gedauert bis der Gesetzgeber hier mit einer vernünftigen Regelung rauskam.» (Int-39)

Durchweg fällt auf, dass keiner der Befragten wissenschaftliche Kontroversen für ein Thema von Belang hält, im Gegensatz zu den Befragten aus den zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Zusammenfassung

Die Mitarbeiter aus den F&E Abteilungen sehen ihre Hauptaufgabe in der Entwicklung neuer Produkte. Ideen und Konzepte für neue Produkte entstehen in den Unternehmen selbst, die Wissenschaft kann aber a) hilfreiche Zusätze leisten und b) neue Optionen durch neue Technologien, Rohstoffe oder Verfahren eröffnen. Ganz im Sinne der aktuellen Debatte um die Wissensgesellschaft wird Wissen und insbesondere wissenschaftliches Wissen als der zentrale Erfolgsfaktor für Unternehmen dargestellt. Die Zusammenarbeit mit wissenschaftlicher Forschung erfolgt auch hier über personelle bzw. institutionelle Netzwerke. Einen inhaltlichen Überblick über die konkrete Forschung an den akademischen Forschungseinrichtungen haben die Mitarbeiter nicht, jedoch sind sie so gut mit den einzelnen Einrichtungen teilweise weltweit vernetzt, dass sie schnell die notwendige Expertise einkaufen können. Neue Entwicklungen und Trends werden systematisch durch „Scouts“ und Uni-Patenschaften beobachtet und auf ihre Markttauglichkeit geprüft. Wie bei allen Teilstichproben zuvor, spielt Vertrauen und positive Erfahrung in vorangegangenen Kooperationen eine wichtige Rolle bei der Bewertung von Expertise, jedoch gibt es ein entscheidendes, pragmatisches Kriterium: die erfolgreiche *Vorführung* oder *Präsentation von Forschungsergebnissen*. Das Thema wissenschaftliche Kontroversen bzw. Unsicherheiten und Nichtwissen wird ausgeblendet.

6. DISKUSSION DER ERGEBNISSE

Die in dieser Untersuchung befragten Personen stammen aus den drei sozialen Kontexten *Zivilgesellschaft*, *Politik* und *Wirtschaft*. Hierbei sind die Interviews mit Personen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen leicht überrepräsentiert. Bislang wurden alle Daten getrennt voneinander dargestellt und analysiert. An dieser Stelle erfolgen nun die gemeinsame Betrachtung der Ergebnisse und ihre vergleichende Diskussion. Hierzu werden die theoretischen Vorannahmen, die zur Formulierung der Fragestellung herangezogen wurden, mit den erhobenen Daten in Beziehung gesetzt. Die Darstellung und Diskussion der Ergebnisse orientiert sich im Folgenden an den in Abschnitt 3.2 formulierten sechs Forschungsfragen.

6.1 Unterschiedliche Formen der

Verwissenschaftlichung

In den Theorien zur Wissensgesellschaft fand sich die Annahme, dass es zu einer allgemeinen Verwissenschaftlichung *aller* sozialen Bereiche kommt. Die einzelnen Autoren habe diese Verwissenschaftlichung jedoch nicht genauer spezifiziert. Hierzu lautete meine Vermutung, dass es zu unterschiedlichen Formen der Verwissenschaftlichung, in Abhängigkeit der jeweiligen Kontextbedingungen in Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft, kommt. Daher wurden Personen aus zahlreichen Organisationen und unterschiedlichen Zusammenhängen nach ihrem Aufgaben- und Selbstverständnis in Bezug auf wissenschaftlicher Expertise befragt. Auf diese Weise sollte die jeweilige Form der Verwissenschaftlichung erarbeitet werden.

Für die Befragten aus den zivilgesellschaftlichen Organisationen wurde das Leitmotiv des *Markts der Argumente* herausgearbeitet. Die Organisationen selbst werden als Makler zwischen Wissenschaft und Praxis aufgefasst und stellen einen Typus dar, den man als *boundary organization* (Guston 2001) bezeichnen kann. Sie haben Verbindungen zu den Systemen auf beiden Seiten der Grenze und sind in der Lage zwischen diesen zu vermitteln. Hierzu gehört insbesondere die Kontextualisierung wissenschaftlicher Expertise für die Praxis. Gleichzeitig manifestieren sie die Grenzen durch ihre Maklertätigkeit.

Sie definieren, was Wissenschaft und was Praxis in einem spezifischen thematischen Feld sind.⁹⁷

Die Mitarbeiter der politischen Stiftungen beschreiben ihre Rolle so, dass sie mithilfe wissenschaftlicher Expertise Argumentationen erstellen und in den politischen oder öffentlichen Diskurs einspeisen. Die Expertise soll der Rationalisierung der jeweiligen Debatten und Diskurse in der Praxis dienen, aber vor allem die Schlagkräftigkeit der eigenen Argumente durch Rückgriff auf wissenschaftliche Autorität stärken. Sie treten als *Zweitverwerter* wissenschaftlicher Expertise auf. Ihre Arbeit selbst orientiert sich ausdrücklich an den mittelfristigen Entwicklungen im politischen Diskurs. Sie stellen für die ihnen nahestehenden Parteien eine Unterstützung bei der lang- und mittelfristigen Entwicklung politischer Konzepte dar.

In den drei Unternehmensstiftungen herrscht die direkte Kooperation zwischen Stiftung und Wissenschaft vor. Hierbei geht es vor allem darum, Wissenschaftler an Maßnahmen und Projekten zu beteiligen, die den Zielen und Zwecken der Stiftungen folgen. Die Zielrichtung ist weniger, wissenschaftliche Expertise für die eigene Praxis zu benutzen, sondern vielmehr praktische Fragestellungen in die Wissenschaft hineinzutragen. Teilweise ist es sogar so, dass die Stiftungen nicht nur die Fragen sondern auch die von ihnen präferierten Antworten in der wissenschaftlichen Community unterbringen wollen. Hierdurch sollen im Wissenschaftsbetrieb Studien und Forschungsergebnisse im Sinne der Stiftungen entstehen, die anschließend auf dem *Markt der Argumente* zu Verfügung stehen.

Die Verbände und Gewerkschaften betreiben mit der Unterstützung durch wissenschaftliche Expertise Politikberatung. Sie nutzen sie zur Formulierung ihrer Argumente in der Auseinandersetzung mit ihrem jeweiligen Gegner. In diesem Sinne *verwissenschaftlichen* sie den Tarifstreit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Es wurde dabei von den Befragten betont, dass eine Debatte ohne wissenschaftliche Fundierung nur schwer möglich ist, vor allem wenn eine der beiden Seiten bereits auf wissenschaftliche Argumente zurückgreift. Dies erinnert an den von Beck und Bonß (1989) beschriebenen *diskursiven Sperrklinkeneffekt*, demzufolge ein einmal erreichtes Rationalitätsniveau im Diskurs nicht ohne größere Anstrengungen wieder verlassen werden kann.

⁹⁷ Wenig überraschend ist daher auch, dass z.B. aus der Perspektive der Politik einige zivilgesellschaftliche Organisationen wiederum der Wissenschaft zugerechnet werden und, wie im BMBF-Projekt Wissensaustausch (siehe Einleitung, Kapitel 1) festgestellt wurde, dieselben Organisationen aus Perspektive der Wissenschaft der Praxis zugeordnet werden.

Die Umweltschutzorganisationen können aufgrund der vorliegenden Daten als am stärksten *verwissenschaftlicht* angesehen werden. Sie entwickeln naturwissenschaftliche Erkenntnisse über ökologische Entwicklungen, neue Technologien und Risiken in politische Statements.

Für alle untersuchten zivilgesellschaftlichen Organisationen gilt, dass sie zwar in ihrer *inneren* Logik *nicht* verwissenschaftlicht sind und somit ihre Ziel- und Zwecksetzungen nicht oder nur sehr gering von wissenschaftlicher Expertise abhängen, aber ihr Output, z.B. in der Politikberatung und Öffentlichkeitsarbeit, stark von Verweisen auf wissenschaftliche Expertise durchdrungen ist. Dies kann als Absage an die Annahme gesehen werden, die Wissensgesellschaft zeichne sich durch die Verallgemeinerung der wissenschaftlichen Methode aus. Für diese These fanden sich in diesem Zusammenhang jedoch keine Belege: Die Organisationen passen sich nicht der wissenschaftlichen Methodik an oder adaptieren wissenschaftliche Standards, sondern sie schmücken sich mit der Autorität wissenschaftlicher Expertise, um als *Makler* ihre Argumentationen erfolgreich auf dem Markt der Argumente zu platzieren. Sie nutzen das wissenschaftliche Wissen als *Legitimationswissen* (vgl. z.B. Wingens 1988, Boehmer-Christiansen 1995).

Die befragten Mitarbeiter aus den Bundestagsfraktionen sind häufig die Adressaten der Politikberatung der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie sind es, die die angebotenen Argumente und kontextualisierten wissenschaftlichen Erkenntnisse in den parlamentarischen Betrieb einspeisen. Die Befragten drücken aus, dass die wissenschaftliche Expertise zwar eine *notwendige Ergänzung* ihrer Arbeit sei, jedoch bringen sie auch zum Ausdruck, dass darüberhinaus in der Politik zahlreiche weitere Faktoren eine Rolle spielen.

Die Vertreter aus den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Unternehmen betonen nachdrücklich ihr Selbstverständnis als *Produktentwickler*. Sie vertreten die Auffassung, dass Forscher und Forschungsinstitute teils wichtige Dienstleistungen für sie erbringen und dass in ihren eigenen Labors akademisch ausgebildetes Personal tätig ist und oftmals hochwertige Verfahren steuert. Dies dient aber der Produktentwicklung und nicht dem Erkenntnisgewinn. Im Mittelpunkt all ihrer Tätigkeiten steht die Markteinführung neuer Produkte.

Die Wissenschaft liefert *Optionen* und die wissenschaftliche Expertise dient der Nutzung dieser Optionen. Aufgrund der durchgeführten Interviews wird deutlich, dass wissenschaftliche Expertise in den jeweiligen sozialen Kontexten eine wichtige Rolle spielt, jedoch nicht von einer umfassenden

Verwissenschaftlichung gesprochen werden kann, wie dies einige Theoretiker der Wissensgesellschaft vermutet haben. Deutlich wird aber auch, dass die sozialen Kontextbedingungen in den unterschiedlichen Organisationen einen jeweils anderen Umgang mit wissenschaftlicher Expertise hervorbringen.

6.2 Interpretationen des wissensgesellschaftlichen Imperativs

In Kapitel 2.5 wurde der wissensgesellschaftliche Imperativ eingeführt. Er lautete: Liefere wissenschaftliche Rechtfertigungen für dein Handeln und triff rationale Entscheidungen; dazu eigne dir ständig neu das notwendige Wissen an. Es wurden in den Interviews daher der Frage nachgegangen, aus welchen Gründen und Motivationen die Befragten sich mit wissenschaftlicher Expertise auseinandersetzen. Ziel war es hierbei zu prüfen, ob sich substantielle Hinweise für den formulierten Imperativ und seine Wirksamkeit finden lassen. In der Analyse der politischen parteinahen Stiftungen wurde als Grundmotiv der Markt der Argumente herausgearbeitet. Die politischen Stiftungen, Unternehmensstiftungen, Verbände und Gewerkschaften sowie Umweltschutzorganisationen verfolgen das Ziel, konkrete Interessen und Positionen mit Argumentationshilfen und wissenschaftlichen Deutungen zu stärken und zu stützen. Wissenschaftliche Expertise wird von allen Befragten als notwendig und entscheidend für die Arbeit angesehen. Sie stellt jedoch keine hinreichende Basis für sie da. Sie ist eine Ergänzung, die als Quelle der Glaubwürdigkeit dient, die ihre Arbeit schmückt. Die wissenschaftliche Expertise dient nicht dazu, die eigenen Interessen und Positionen zu definieren oder zu verändern. Allen Befragten ist bewusst, dass die eigenen Grundwerte, seien sie politischer, wirtschaftlicher oder ökologischer Natur, den wissenschaftlichen Sachargumenten vorausgehen. Trotzdem sind sie sich weitgehend einig, dass bloßes Meinen oder Glauben, auch wenn es auf soliden und grundsätzlichen Werturteilen ruht, nicht ausreichend ist, um in aktuellen Debatten einen Vorteil zu erlangen. Die wissenschaftliche Expertise verleiht im politischen Diskurs, im Tarifstreit oder auch in ökologischen Streitfragen das notwendige Gewicht. Wem es gelingt, die eigene Position mit möglichst neutralen und unverdächtigen Kronzeugen aus der Wissenschaft zu stützen, kann der Gegenseite sachliche Unkenntnis und mangelnde Sorgfalt vorwerfen. Die Frage, was neutral und unverdächtig in diesem Zusammenhang bedeutet, lässt sich aus Perspektive der Praktiker so beantworten: die Forscher sollten im Binnenverhältnis transparent arbeiten und eine gewisse Nähe zu den Zielen und Zwecken der Praktiker aufweisen, sie können dabei auch durchaus kritisch sein. Gleichzeitig sollten sie im Außenverhältnis als möglichst neutrale Autoritäten auftreten, die möglichst nicht als abhängige Forscher erscheinen.

Die Leistung der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen besteht darin, die wissenschaftliche Expertise zu rekontextualisieren, d.h. nutzbar für die unterschiedlichen praktischen Verwendungen zu machen, indem sie mit Bezügen zur Praxis verknüpft werden.

Für die politischen Stiftungen besteht diese Aufgabe darin, eine parteipolitische Deutung und Einordnung der jeweiligen Expertisen vorzunehmen. Die Expertise wird dazu nicht einzeln, sondern im Verbund mit weiteren Quellen genutzt und weiterentwickelt. Politische Werturteile, Fragen der Finanzierbarkeit oder rechtliche Rahmenbedingungen werden mit der Expertise verbunden und zu konkreten Handlungsempfehlungen, Entwürfen und Konzepten zusammengefasst. Damit überschreiten die Stiftungen den empirisch gesicherten Bereich und formulieren durch die Verknüpfung mit anderen Wissensbeständen praktisches Handlungs- und Orientierungswissen. Trotzdem bleibt die Kennzeichnung als wissenschaftliche Expertise im Idealfall erhalten, denn sie verleiht dem neuen Produkt die notwendige Autorität auf dem Markt der Argumente. Was zuvor als Expertisentransfer (2.4.3) eingeführt und aus der Perspektive der Wissenschaft beschrieben wurde, gilt auch für die Arbeit der Stiftungen: Sie dehnen die Autorität der wissenschaftlichen Expertise auf ihre eigenen Produkte aus, obwohl sie damit bereits die Grenzen des wissenschaftlichen Wissens überschreiten. Wie aber bereits an anderer Stelle ausgeführt (2.4.4), ist dieser Transfer der wissenschaftlichen Autorität weniger ein Defizit als ein notwendiger Bestandteil der Verwendung wissenschaftlicher Expertise in der Praxis.

Die drei untersuchten Unternehmensstiftungen stehen in enger Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen und einzelnen Wissenschaftlern: die wissenschaftliche Expertise dient zur Unterstützung und Konzeption eigener Vorhaben und fließt direkt in die Arbeit ein. Insgesamt jedoch ähnelt dies dem Motiv des Markts der Argumente: die Stiftungen versuchen, mit Hilfe wissenschaftlicher Unterstützung, Themen und Inhalte auf die öffentliche oder politische Agenda zu setzen und dabei konkrete Handlungsempfehlungen für die Praxis zu erarbeiten. Im Fall der Stiftung Urbanität liegt die Absicht darin, ihre praktischen Interessen zuerst in der Wissenschaft zu etablieren und anschließend über die Wissenschaft hinaus größere Wirkungen auf die Politik zu erzielen. Die wissenschaftlichen Kooperationspartner dienen als Türöffner, denen es gelingt, die Inhalte in Politik und Öffentlichkeit, aber auch im wissenschaftlichen Diskurs zu etablieren. Auch hier dient die wissenschaftliche Autorität als Vehikel.

Für die Gewerkschaften und Verbände sieht die Lage ambivalent aus: Einzelgewerkschaften und Einzelverbände benötigen weniger

wissenschaftliche Expertise, hier dominieren Alltagsroutinen und praktisches Erfahrungswissen. Auf der Ebene der Dachverbände, die in der Politikberatung und Öffentlichkeitsarbeit tätig sind, die Rahmenkonzepte erarbeiten und Lobbyarbeit für ihre Mitgliedsverbände betreiben, spielt wissenschaftliche Expertise eine weitaus größere Rolle. Hier findet sich erneut das Motiv des Markts der Argumente: Die Dachverbände versuchen Argumentationen und Konzepte mit wissenschaftlicher Unterfütterung zu entwerfen, die in der öffentlichen oder politischen Debatte Bestand haben können und erfolgreich sind. Auch hierbei steht im Vordergrund, wissenschaftliche Expertise mit politischen und ökonomischen Werturteilen sowie den Interessen der Verbandsmitglieder und den politischen Macht- und Mehrheitsverhältnissen in Einklang zu bringen, sie zu kontextualisieren.

Die Naturschutzorganisationen mit ihren öffentlichkeitswirksamen Aktionen zeichnen sich in besonderer Weise dadurch aus, wissenschaftliche Expertise in konkrete Forderungen zu übersetzen. Das von ihnen produzierte Informationsmaterial zu unterschiedlichen Themen liefert Argumente für die politische und öffentliche Debatte. Hierbei zeigt sich der größte Bruch zwischen wissenschaftlicher Expertise und praktischem Argument, da die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse, auf die in der Regel zurückgegriffen wird, politische, wirtschaftliche oder rechtliche Rahmenbedingungen meist ignorieren.

Für die zivilgesellschaftlichen Organisationen lässt sich somit zusammenfassend sagen, dass alle Befragten die Bedeutung und die Notwendigkeit der wissenschaftlichen Expertise für die Aktivitäten auf dem Markt der Argumente als hoch einschätzen. Ohne wissenschaftliche Unterstützung ließen sich komplexe Sachverhalte mit den begrenzten Ressourcen der einzelnen Organisationen nicht hinreichend bearbeiten. Darauf können sie aber nicht verzichten, da sie alle davon ausgehen, dass es unmöglich sei, ohne wissenschaftlich-fundierte Sachargumente zu überzeugen. Es ist aber nicht so, dass die wissenschaftlichen Argumente für sich allein stehen, sondern es bedarf immer einer Kontextualisierung, durch die Verknüpfung mit weiteren Argumentationsbestandteilen (Werten, Interessen) und Rückbezügen auf die Rahmenbedingungen (Mehrheitsverhältnisse, rechtliche Lage).

Interessant ist es nun, dass die Befragten aus den zivilgesellschaftlichen Organisationen als Adressaten ihrer Aktivitäten häufig die Politik nennen, sie gehen also davon aus, dass die kontextualisierte wissenschaftliche Expertise für die politische Debatte notwendig sei. Dies bestätigen auch die Interviewpartner aus den Bundestagsfraktionen: sie betonen, dass es zu ihren

Pflichten gehört, immer „up-to-date“ zu sein und auch die wissenschaftlichen Grundlagen aller anstehenden Entscheidungen wenigstens in den Grundzügen zu kennen. Da sie in einer immer komplexer werdenden Welt nicht in der Lage sind, alles Wissen selbst zu besitzen oder zu generieren, steigt der Bedarf nach wissenschaftlicher Expertise an. Auch sie stellen aber heraus, dass wissenschaftliche Erkenntnisse an sich nicht geeignet sind, um im politischen Alltagsgeschäft Wirkung zu entfalten. Sie nehmen weitere Reduktionen und Kontextualisierungen vor. Dabei stützen sie sich selten auf die Ergebnisse von Wissenschaftlern direkt, sondern nutzen die Publikationen und Leistungen der oben bereits angesprochenen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Hierzu konzentrieren sie sich insbesondere auf Handlungsempfehlungen und praktische Hinweise, die bereits von diesen Organisationen entwickelt wurden.

Die befragten Mitarbeiter aus den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen privatwirtschaftlicher Unternehmen vertreten, die Auffassung, dass wissenschaftliche Forschung eine hohe Bedeutung für ihre Arbeit hat. Die Grundaussage, die bereits in den Ausführungen zur Wissensgesellschaft präsentiert wurde, lautet: Wissenschaft stellt einen entscheidenden Standortfaktor für die Unternehmen dar. Die Interviewten gaben an, dass immer kompliziertere Produkte, immer schnellere Produktzyklen und eine schärfere Konkurrenz dazu führen, dass man in der Entwicklung von Innovationen die Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen benötigt. Aber auch sie betonen den Aspekt der Kontextualisierung, wenn sie hervorheben, dass Produktentwicklung sich grundsätzlich von Forschung unterscheidet: die Produktentwicklung hat den Markt, die Konkurrenz und die Herstellungsbedingungen im Blick und ist auf ein marktgängiges Produkt hin ausgerichtet, nicht auf (neue) Erkenntnis. Wissenschaftliche Expertise ist auch in diesem Zusammenhang immer nur in Kombination mit anderen Elementen (Marktanalysen, Unternehmensstrategien, Konkurrenten usw.) von Bedeutung.

Was heißt dies für die Geltung und Wirkung des wissenschaftlichen Imperativs? Aufgrund des vorliegenden Interviewmaterials kann zusammengefasst festgehalten werden, dass die Befragten aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Politik den ersten Teil des wissenschaftlichen Imperativs vertreten. Sie drücken deutlich aus, dass es erforderlich ist, die eigenen Interessen, Positionen und Absichten begründet zu vertreten und dass im öffentlichen und politischen Diskurs Argumente, die einen Verweis auf wissenschaftliche Autorität beinhalten, besonders wirksam sind. Interessanterweise gehört aber dazu nicht zwangsläufig die Aneignung

des Wissens, sondern es reicht vollkommen, die entscheidenden Kontakte zu Wissenschaftlern oder wissenschaftlichen Einrichtungen zu knüpfen, oder, wie im Fall der Politik, zu den zivilgesellschaftlichen Organisationen, die selbst wiederum die Kontakte zur Wissenschaft unterhalten. Für diese beiden Stichproben, Politik und Zivilgesellschaft, mag somit der erste Teil des Imperativs Geltung beanspruchen, der zweite nur unter der Einschränkung, dass nicht zwangsläufig Wissen, sondern auch Wissensquellen sich zu eigen gemacht werden müssen. Für die Vertreter aus den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen stellt sich die Situation etwas anders dar: Die Rechtfertigung und Begründung von Entscheidungen und Handeln spielt eine weitaus geringere Rolle. Man kann sogar sagen, gar keine, denn solange die Innovationen funktionieren, ist die wissenschaftliche Erklärung unwichtig. Auch bei ihnen spielt die Vernetzung mit wissenschaftlichen Einrichtungen und einzelnen Forschern eine größere Rolle als die Aneignung konkreter Wissensinhalte, wobei letztlich das notwendige Produktionswissen in die Unternehmen übergehen muss.

Es wurde somit durchaus bestätigt, dass der zuvor auf der Basis theoretischer Überlegungen formulierte wissenschaftsgesellschaftliche Imperativ, mit kontextspezifischen Schwerpunktsetzungen in der Praxis vorfindlich ist.

6.3 Überforderungen mit dem wissenschaftlichen Wissensangebot

In Kapitel 3.2 wurde die These formuliert, dass sich die untersuchten Akteure zwar einem großen Angebot an wissenschaftlicher Expertise gegenüber sehen, jedoch, aufgrund der strukturellen Probleme, die damit verbunden sind, kaum noch Gelegenheit haben, diese Expertise adäquat zu bearbeiten. Oder, wie bereits früher schon zitiert: „Das Wissen wächst, aber die mögliche Teilnahme am Wissen nimmt ab“ (vgl. Jäger 1996:54; hier 2.4.2).

In den Interviews wurde folgenden Fragen nachgegangen: Wie schätzen die Befragten das jeweilige Angebot an wissenschaftlicher Expertise in ihrem Arbeitsfeld ein? Wie gut fühlen sie sich selbst über die, für sie relevanten Sachverhalte informiert? Mit welchen Kriterien messen sie die Qualität ihres Wissens? Von besonderem Interesse war ferner, welche Strategien und Heuristiken die Befragten anwenden, wenn sie sich einem zu großen und nicht mehr überschaubaren Wissensangebot gegenübersehen.

In allen Kontexten wurde einhellig die Position vertreten, dass der Einzelne zwar in der Lage ist, einen groben Überblick über das relevante wissenschaftliche Wissen zu haben, aber bei weitem keine tieferen Einblicke erlangen kann. Durch *Arbeitsteilung* zwischen Kollegen und *Delegation von Aufgaben* an Sekretariate oder Praktikanten bzw. durch die *Kooperation* mit anderen Einrichtungen ist es zwar möglich, eine größere Menge an wissenschaftlichem Wissen wahrzunehmen, aber längst noch nicht das gesamte Angebot. Bestimmte Formen des Wissensangebots werden daher systematisch vernachlässigt: Bücher oder längere Texte werden selten oder gar nicht gelesen, Zusammenfassungen und Überblicksartikel dafür häufiger. Die Befragten bestimmen den Grad ihres Wissens darüber, ob ihnen im Alltag Fragen oder Herausforderungen begegnen, auf die sie nicht sofort oder zumindest schnell eine Antwort parat haben. Sie orientieren sich an der Nachfrage der Praxis und nicht am Angebot der Wissenschaft. Die Kooperation und Vernetzung stellt überdies für alle Befragten eine entscheidende Ressource dar: Selbst wenn es ihnen nicht gelingt, das Wissensangebot zu überblicken und zu durchdringen, so sind sie in der Lage, Kontakte zu Personen aufzubauen, zu Experten, die ihnen fallabhängig mit Ratschlägen und Expertisen zur Seite stehen. Kennzeichnend ist ferner, dass es in keinem Bereich gelingt, wissenschaftliches Wissen oder neue Erkenntnisse im Voraus als Anregung oder Bereicherung zu rezipieren. Vielmehr reichen

die Ressourcen lediglich aus, um anstehende, aktuelle Frage- und Problemstellungen anzugehen. Zwar berichteten einige Befragte, dass sie Texte und Hinweise archivierten, jedoch seien sie kaum in der Lage, diese später überhaupt einmal zu bearbeiten. Hier liegt für sie ein Problem der guten technischen Verfügbarkeit: je mehr Quellen erreichbar sind, desto mehr Wissen wird recherchiert und gesammelt, ohne jedoch jemals dem Angebot Herr zu werden. Es wurde angemerkt, dass dies früher einfacher gewesen ist, da man mehr Zeit hatte, sich mit dem kleineren Angebot zu beschäftigen. So lautet die wichtigste Strategie der Befragten: *Ignorieren*. Wie vermutet, besteht die Hauptaufgabe im Informationsmanagement in der Vermeidung von Überforderung. Das Motiv der *Informationsflut* wurde von den Befragten mehrheitlich bestätigt oder zumindest sinngemäß beschrieben.

Interessant ist auch, dass für die Befragten aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Politik wissenschaftliches Wissen entweder aus direkten Kooperationen oder Auftragsarbeiten kommt, aber nicht über wissenschaftliche Literatur. Wenn man sich über wissenschaftliche Erkenntnisse informieren möchte, greift man auf die Publikationen anderer Organisationen zurück, die an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis aktiv sind (Stiftungen, Verbände usw.) oder auf Mitteilungen in der Tages- und Wochenpresse. Die Kontakte zu wissenschaftlichen Experten entstehen auch vornehmlich außerhalb der Wissenschaft, indem man auf diejenigen Wissenschaftler zu geht, die in Beiräten, Kommissionen oder in anderen Wissenschafts-Praxis-Kooperationen tätig sind. Auf diese Weise reduziert man den Kreis möglicher Experten und damit den Aufwand, sich mit zusätzlicher Expertise zu befassen.

Gleichzeitig liegt hierin die entscheidende Suchstrategie der Befragten: Sie suchen aktuell benötigtes Wissen, indem sie ihre Netzwerke befragen, und nutzen die Berichterstattung über Forscher, Forschungseinrichtungen und – ergebnisse in den Medien. Auf diese Weise ersparen sie sich die Auswahl aus der gesamten Menge verfügbaren Wissens und vertrauen dabei auf die Selektionskriterien von Journalisten oder anderen Praktikern in anderen Organisationen und auf deren Erfahrungen mit einzelnen Forschern. Die Logik lautet, wenn über Forschungsergebnisse in den Medien berichtet wird, wenn Forscher Interviews geben oder an Gremien und Veranstaltungen in der Praxis beteiligt sind, dann sind sie bedeutsam für die Praxis. Diese weichen oder sekundären Kriterien machen auf den ersten Blick einen wenig sinnvollen Eindruck, wenn man bedenkt, wie viele Forscher und Forschungsergebnisse auf diese Weise ausgeblendet werden. Unter dem Gesichtspunkt einer *ökologischen Rationalität* anstelle einer logischen Rationalität (Gigerenzer 2006:

119ff, vgl. dazu auch Hoffrage/Herwig/Gigerenzer 2005) lässt sich diese Suchstrategie als erfolgreich erklären: eine Heuristik ist immer nur unter bestimmten Rahmenbedingungen erfolgreich oder nützlich. Für die Tätigkeiten und Aufgaben, für die die befragten Praktiker wissenschaftliche Expertise benötigen, sind solche relevant, die über größtmögliche öffentliche Autorität und Prominenz verfügen. Außerdem ist es naheliegend, dass diejenigen wissenschaftlichen Experten, die bereits in der Praxis tätig sind, besser in der Lage sind, Konditionen der Praxis in ihren Expertisen zu berücksichtigen.

6.4 Bewertungskriterien wissenschaftlichen

Wissens

In Kapitel 2.4.3 wurde das Expertendilemma vorgestellt, dessen Grundzüge für jede Art von wissenschaftlicher Expertise galt: Dem Adressaten wissenschaftlicher Expertise ist es nicht möglich die Qualität der Expertise zu bewerten. Die zu untersuchende Frage lautete daher: Wie und mit welchen Kriterien bewerten und beurteilen die Befragten wissenschaftliche Expertise. Die Vermutung lautete, dass sie sich hierbei auf sekundäre, weiche Kriterien, wie Verfügbarkeit, Verständlichkeit, Popularität und Prominenz oder Sympathie zum Forscher beziehen.

Auf der formalen Ebene der wissenschaftlichen Expertise, also der Art und Weise wie diese erstellt ist und welchen Umfang sie hat und wie sie gestaltet ist, gibt es ebenfalls Faktoren, die die Auswahl des wissenschaftlichen Wissens beeinflussen. Alle Befragten greifen verstärkt auf Internetpublikationen zurück bzw. auf Publikationsformen die über das Internet zu beziehen sind, da kaum eine Einrichtung eigene Bibliotheken oder ähnliches unterhält. Teilweise werden zwar Zeitschriften abonniert, Bücher hingegen werden kaum noch angeschafft. Insgesamt kann man feststellen, dass die Befragten tendenziell kürzere und überblicksartige Texte längeren vorziehen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ergibt sich aus dem, was in Abschnitt 6.3 thematisiert wurde: wenn nur begrenzte Kapazitäten zur Verfügung stehen um sich mit wissenschaftlicher Expertise zu beschäftigen, dann bleibt im Tagesgeschäft nur übrig, sich auf die *aktuellen* und *drängenden* Fragen zu konzentrieren. Die befragten Praktiker arbeiten allesamt in verhältnismäßig kurzen Zeitzyklen. Dies gilt insbesondere für die Mitarbeiter in den Bundestagsfraktionen. Diese Zeitzyklen, in denen Themen auftauchen, wichtig werden, zu bearbeiten sind und wieder verschwinden, sind weitaus kürzer als diejenigen, in denen die Wissenschaft Forschungsfragen bearbeitet. Hieraus ergibt sich, dass Praktiker wenn Themen sehr schnell aufkommen die verfügbare Expertise auswählen und nicht warten, bis die Wissenschaft sich des Themas angenommen hat und Ergebnisse liefert.

Die inhaltliche Qualität der wissenschaftlichen Expertise wird vor allem durch die Betrachtung der Produzenten, also der wissenschaftlichen Einrichtungen und der einzelnen Forscher beurteilt.

In Abschnitt 6.3 wurde bereits angesprochen, dass die Suche nach wissenschaftlicher Expertise über Aktivitäten von Forschern in praktischen

Zusammenhängen und Berichterstattung über wissenschaftliche Ergebnisse in den Medien stattfindet. Beides kann im nächsten Schritt auch zum nachrangigen Bewertungskriterium werden. Ein prominenter Forscher, der in den Medien auftaucht und als Experte dargestellt wird, wird als kompetent angesehen. Wissenschaftliche Experten, die in unterschiedlichen Gremien tätig sind, die beraten und Kooperationen in der Praxis eingehen, werden als nützlich betrachtet und ihnen wird Autorität zugesprochen. Nach Birgit Peters (1996) ist zumindest naheliegend, dass wissenschaftsinterne Reputation eine *Voraussetzung* für mediale Prominenz ist; die Reputation wird von ihr als *Nominierung* für Prominenz angesehen. Weingart (2001) weist aber darauf hin, dass Prominenz und Aktivitäten in der Praxis unabhängiger von der wissenschaftlichen Reputation werden und gleichzeitig die Prominenz als Vorteil im Wissenschaftssystem genutzt werden kann. In ähnliche Richtung deuten die hier diskutierten Ergebnisse.

Dies ist im Lichte einer ökologischen Rationalität nachvollziehbar: die Wirkungen, die Praktiker durch die Verwendung wissenschaftlicher Expertise erzielen wollen, hängen stark mit der Prominenz und dem Kontextwissen der Experten zusammen.

Wissenschaftliche Expertise wird im eigenen Netzwerk der Praktiker validiert. Entweder dadurch, dass die Forscher selbst Teil des Netzwerkes sind und man sich kennt und schätzt, oder aber durch Bestätigung und Empfehlung von anderen Mitgliedern aus dem Netzwerk. Ferner ist zu ergänzen, dass der persönliche Kontakt und das direkte Gespräch für alle Befragten eine weitaus größere Bedeutung haben, als die Lektüre von wissenschaftlichen Texten, egal welcher Art. Dies bedeutet auch, dass die Qualität des persönlichen Kontakts, Sympathie, Vertrauen, gegenseitiges Verständnis, aber auch das persönliche Auftreten des Experten, eine entscheidende Rolle für die Einschätzung der Expertise spielen.

Die Befragten gehen davon aus, dass Wissenschaftler als Personen, und damit auch ihre Forschung, nie unabhängig von Werturteilen und Interessen sind. So sind sich die Interviewpartner aus den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden vollkommen im Klaren darüber, dass es Wissenschaftler und Forschungseinrichtungen gibt, die der einen oder der anderen *Seite* zuzurechnen sind. Mit der Zuordnung zu einer bestimmten weltanschaulichen Seite treffen sie in der Regel kein Urteil darüber, ob wissenschaftlich sauber gearbeitet wird, sondern bewerten die Nützlichkeit und Kompatibilität der Expertise für ihre Arbeit. Sie gehen davon aus, dass alle Forscher mehr oder weniger „ordentliche“ Forschung betreiben, jedoch verzerrende Interpretationen und Schwerpunkte aufweisen. Es gilt also im

Netzwerk zu prüfen, ob die jeweilige Expertise den entsprechend richtigen „Stallgeruch“ aufweist. Auch Gespräche im Vorfeld von Forschungs- oder Publikationsaufträgen oder Nominierungen für Gremien dienen diesem Zweck. Hat man den Eindruck, der angesprochene Experte vertritt eine andere Position und besteht die Gefahr, seine Expertise könnte der eigenen Position widersprechen, wird sie nicht in Auftrag gegeben.

Zwei Aspekte spielen bei der inhaltlichen Bewertung der wissenschaftlichen Expertise eine besondere Rolle: *Transparenz* und *Handlungsorientierung*.

Die Befragten, insbesondere aus den zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Politik, betonen, wie wichtig es für sie ist, dass die wissenschaftlichen Experten transparent arbeiten würden. Damit ist dreierlei gemeint: Erstens dass die Experten ihre Methoden, Vorgehensweise und Datengrundlage offenlegen und somit den Praktikern Einblicke überhaupt ermöglichen. Zweitens, dass sie eigene Positionen, Meinungen, aber auch Abhängigkeiten wie z.B. Geldgeber, kenntlich machen und von Ergebnissen trennen. Drittens verstehen die Befragten unter Transparenz so etwas wie *Ausgewogenheit* in der Darstellung. Damit ist gemeint, dass die Expertise nicht nur die eigenen Daten, die eigenen theoretischen Annahmen oder die eigene wissenschaftliche Schule darstellt, sondern auch andere Positionen innerhalb der wissenschaftlichen Debatte anführt. Den Praktikern mag es häufig nicht gelingen, aus diesen Informationen Rückschlüsse auf die Qualität der Expertise zu ziehen, jedoch erzeugen sie trotzdem ein Gefühl des Vertrauens zum Experten und seinen Ergebnissen. Auch wenn dieser weder seine eigenen Abhängigkeiten, noch seine Methoden oder andere, konkurrierende Meinungen versteckt, bedeutet dies trotzdem nicht, dass er damit für die Praktiker alles offenlegt. Ob die Methoden angemessen sind und adäquat verwandt wurden oder ob die Darstellung konkurrierender wissenschaftlicher Meinungen hinreichend ist, lässt sich ohne größere Sachkenntnis oftmals nicht überprüfen.

Der zweite Aspekt, der der Handlungsorientierung, drückt sich dadurch aus, dass in der wissenschaftlichen Expertise bereits Empfehlungen oder Hinweise für die Praxis formuliert sind. Wie an anderer Stelle ausführlich dargelegt, überschreitet der wissenschaftliche Experte damit zwar die Grenzen des wissenschaftlich gesicherten Wissens, denn in den meisten Fällen werden keine Untersuchungen über die Handlungsmöglichkeiten und Anwendungsbedingungen in der Praxis durchgeführt, jedoch stellt dies gerade die zentrale Aufgabe der Expertise dar. Je stärker die Expertise den Praxiskontext miteinbezieht, desto wertvoller und nützlicher erscheint sie den Praktikern. In den Interviews mit den Mitarbeitern aus Bundestagsfraktionen wurde deutlich, dass in manchen Fällen für den Politikbetrieb von

wissenschaftlicher Expertise nichts außer einer Handlungsempfehlung übrig bleibt. Manchmal bleibt sogar nur der Hinweis für oder gegen ein Gesetz zu stimmen, ohne Begründung oder Erklärungen.⁹⁸ In diesem Fall wird exemplarisch eine *kontinuierliche Transformation* der wissenschaftlichen Expertise deutlich: der einzelne Abgeordnete wird durch die Referenten der Fraktion beraten, die sich selbst ihre Informationen bei entsprechenden Lobbygruppen holen, z.B. Verbänden oder Stiftungen. Die Verbände und Stiftungen haben ihre Expertise entweder wiederum von anderen Organisationen erhalten, die an der Grenzen zur Wissenschaft agieren, oder aber direkt aus Kooperationen mit wissenschaftlichen Einrichtungen und Experten sowie der Auswertung wissenschaftlicher Literatur. Auf diesem Weg wird die wissenschaftliche Expertise nach und nach in die praktischen Kontexte eingeführt und an diese angepasst. Für den politischen Entscheidungsträger am Ende gilt der Transformationsprozess gleichzeitig als Ausweis der Überprüfung ihrer Qualität: die Expertise, die den Weg von der Wissenschaft über zivilgesellschaftliche Organisationen genommen hat, dort auf ihre weltanschaulichen Hintergründe geprüft oder mit den „richtigen“, passenden Wertvorstellungen verknüpft und sukzessive mit Handlungsempfehlungen angereichert wurde, kann als unbedenklich angenommen und verwandt werden.

Zwei Ausnahmen stellen die Umweltschutzorganisationen und die Wirtschaftsunternehmen dar. Zwar spielen bei ihnen auch die persönlichen und institutionellen Netzwerke eine herausragende Rolle, aber es werden noch weitere Kriterien herangezogen.

In den Umweltschutzorganisationen sind wissenschaftsinterne Kriterien, wie z.B. Publikationen in renommierten Fachzeitschriften von Bedeutung. Zwei Gründe sind hierfür zu nennen. Einerseits sind diese Organisationen stärker als die anderen bestrebt, ihre Positionen wissenschaftlich zu untermauern. Um dabei die Neutralität und Objektivität der Expertise zu wahren greifen sie gezielt auf solche Experten zurück, die möglichst unverdächtig sind. Andererseits haben sie fast ausschließlich mit naturwissenschaftlichen Experten und Einrichtungen zu tun. Bei diesen unterscheiden sich die Spezialisierung, die technischen Möglichkeiten für Forschung und die Art und Weise der Publikation im Vergleich zu den Sozialwissenschaften, die hauptsächlich in den anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und teilweise in der Politik nachgefragt werden. Bei den Forschungs- und

⁹⁸ Die Verwendungsforschung der 80er Jahre erklärt hierdurch, warum in der Praxis oftmals Modelle und Theorien von großer Bedeutung sind, die in der Wissenschaft scharf kritisiert werden oder als überholt gelten (vgl. Lau 1989)

Entwicklungsabteilungen der Unternehmen kommt ein sehr pragmatischer Faktor hinzu, die Demonstration. Man überprüft wissenschaftliche Expertise durch Vorführungen, die Präsentation von Prototypen, Testmengen usw.

Die bisher diskutierten Kriterien sind durchweg *indirekte Hinweise* auf die Qualität der wissenschaftlichen Expertise. Fachkenntnis der Experten als direkter Hinweis wird von den Befragten durchaus genannt, jedoch fällt es ihnen schwer, diese zu bestimmen. Einerseits verlassen sie sich hierbei auf sehr allgemeine Faktoren, indem sie darauf vertrauen, dass Professoren an Hochschulen zwangsläufig über die nötigen wissenschaftlichen Kenntnisse verfügen, oder dass vertrauenswürdige Experten, die sie bereits kennen, die Fachkenntnis weiterer Experten korrekt einschätzen können und daher kompetente Experten empfehlen. Ansonsten sind es Erfahrungen, die man mit den einzelnen Forschern in der Vergangenheit gemacht hat, die ihnen Anhaltspunkte für deren Kompetenz geben.

Dies führt zu dem Schluss, dass eben jene wissenschaftlichen Experten oder Einrichtungen mit denen man in der Vergangenheit zusammengearbeitet hat als kompetent angesehen werden, wenn die Zusammenarbeit angenehm und komplikationsfrei war. Aufgrund der guten Erfahrungen vertraut man auch weiterhin ihre Expertise und ihren Empfehlungen. Ob man jedoch mit ihnen zusammengearbeitet hat *weil* sie kompetent sind oder ob man ihnen vertraut, weil man mit ihnen zusammengearbeitet hat, lässt sich nicht rekonstruieren.

Es konnte somit gezeigt werden, dass bei der Bewertung wissenschaftlicher Expertise zwar auch die Fachkenntnis und die innerwissenschaftliche Reputation des Experten eine Rolle spielen, diese jedoch nur indirekt gemessen werden.

6.5 Umgang mit wissenschaftlichen

Kontroversen und Unsicherheiten

Wie in den Abschnitten 2.2.2 und 2.3 ausgeführt wurde, wird in der sozialwissenschaftlichen Literatur darauf abgehoben, dass durch die Nutzung wissenschaftlichen Wissens in der Praxis Nichtwissen und mithin Unsicherheiten und Kontroversen in die Praxis transportiert werden. In dieser Untersuchung ist daher auch die Verfahrensweisen der Praktiker mit wissenschaftlichem Nichtwissen und wissenschaftlichen Kontroversen beleuchtet worden. Die Vermutung lautete, dass Praktiker wissenschaftliches Nichtwissen und Kontroversen im Rahmen ihrer eigenen Relevanzsysteme pragmatisch deuten und es, zumindest auf der Ebene einzelner Akteure, zu keiner bewussten Verunsicherung kommt.

Die befragten Mitarbeiter aus den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der drei Unternehmen zeigten sich für Fragen nach wissenschaftlichem Nichtwissen, Unsicherheiten oder Kontroversen nicht sonderlich gesprächsbereit. Einerseits beantworteten sie die Frage nach Kontroversen damit, dass akademische Kontroversen entweder nicht von Belang sind, solange am Ende eine Technologie in ein Produkt umgesetzt wird oder eben nicht. Oder die Kontroversen würden aktuelle wissenschaftliche Entwicklungen betreffen, die soweit von der Markteinführung entfernt sind, dass sie für die Unternehmen unerheblich sind. Sie würden sich erst mit wissenschaftlichen Erkenntnissen befassen, wenn diese ein Stadium erreicht hätten, in dem sie als gesichert gelten könnten. Interessant ist, dass für die Unternehmensvertreter das Thema Nichtwissen und Unsicherheit als *Angriff* gewertet wurde und sie sich teils wortreich verteidigten.

Auch bei den Vertretern aus den Umweltschutzorganisationen fand sich die Meinung, dass man wissenschaftliche Kontroversen nicht überbewerten sollte. Zwar würden in ihrem Themenbereich widersprüchliche Expertisen zum Alltag gehören, jedoch ließen sich die Unterschiede meist innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses klären. Die verschiedenen Positionen gründeten aus ihrer Sicht auf unterschiedlichen Interpretationen der gleichen Sachlage. Für sie sind solche Varianzen in den Expertisen aber von Vorteil, da sie dadurch eine Möglichkeit haben ökologische Risiken in ihrem möglichen Ausmaß zu beschreiben und die Expertise des jeweiligen Gegenübers zu relativieren.

Für die Vertreter der anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie die Mitarbeiter der Bundestagsfraktionen stellt sich das Bild etwas komplizierter da. Sie haben in den Interviews hauptsächlich über sozialwissenschaftliche Expertise gesprochen und somit die Frage nach Kontroversen und Nichtwissen auf diese Disziplinen bezogen. Durchweg sind alle Befragten der Meinung gewesen, dass Kontroversen und Nichtwissen der Regelfall in diesen Disziplinen ist und nicht als Anomalie oder besonderes Problem aufgefasst werden sollte. Sie vertreten auch die Auffassung, dass von den Sozialwissenschaften keine eindeutigen oder objektiven Antworten auf praktische Fragen zu erwarten seien. Vielmehr gehöre der Umgang mit Unsicherheiten und unterschiedlichen wissenschaftlichen Positionen in allen untersuchten Organisationen zum Alltag. Den Grund hierfür sehen sie darin, dass sie den Wissenschaftlern unterstellen von eigenen Interessen abhängig zu sein. Sie gehen davon aus, dass in den Sozialwissenschaften die Kontroversen und Konstellationen der Praxis nachempfunden werden: Arbeitgeber vs. Arbeitnehmer, Liberale vs. Sozialdemokraten usw. Im Abschnitt 6.4 wurde bereits thematisiert, dass die jeweiligen Abhängigkeiten ein wichtiges Bewertungskriterium für wissenschaftliche Expertise sind. Die befragten Praktiker gehen davon aus, dass jede „Seite“ oder Interessensgruppe in der Praxis entsprechende Counterparts in der Wissenschaft besitzt. Hier tut sich nun eine gewisse Problematik auf, die von den Befragten nicht vollständig aufgelöst werden kann: sie sehen vor allem beim „Gegenüber“ und dessen wissenschaftlicher Unterstützung verzerrende Effekte, die es zu entlarven gilt, indem sie versuchen, mit eigener wissenschaftlicher Expertise zu zeigen, dass die Gegenseite sich auf weniger seriöse Daten und Analysen bezieht. Sie sind sich aber gleichzeitig bewusst, dass die von ihnen verwandte Expertise ebenfalls Verzerrungen unterliegt.

Dieses Paradox lässt sich aber dahingehend auflösen, dass die wissenschaftliche Expertise größtenteils als *Legitimation* oder für die Gewinnung zusätzlicher Autorität in öffentlichen oder politischen Debatten und nicht zur Bestimmung oder Entwicklung der eigenen Position dient. Die eigene Position oder Meinung existiert bereits vor dem wissenschaftlichen Wissen und ist stabil. Sie wird auch nicht aufgrund, sondern höchstens *trotz wissenschaftlicher Expertise* gebildet. Einzig in Fällen, in denen die befragten Mitarbeiter im Vorfeld noch keine eigene Position oder Meinung hatten, wird die wissenschaftliche Expertise in ihrer vollen Breite wahrgenommen und lediglich beschreibend dargestellt.

Für die Stiftungen, die zahlreiche Veranstaltungen durchführen und Publikationen erzeugen, können Kontroversen sogar reizvolle sein, da diese

dadurch unterhaltsamer, medial besser vermittelbar und öffentlichkeitswirksamer sind. In diesem Fall stellen Kontroversen gar kein inhaltliches Problem dar.

Für die Politik ergeben sich durch wissenschaftliche Kontroversen gewisse Freiheiten: Wären bestimmte Fragen und Sachverhalte durch die Wissenschaft determiniert, würde dies den Handlungsspielraum der Politik eingrenzen. Nur weil die Wissenschaft verschiedene oder sogar widersprüchliche Antworten liefert bleibt Raum für politische Entscheidungen. Bedenkt man die die Debatte um die Politikberatung in den 1960er Jahren, in der die Sorge vorherrschte, eine technokratische, von Wissenschaftlern dominierte Gesellschaft stehe vor der Tür, kann man erkennen, wie sehr wissenschaftliche Kontroversen zu demokratischer Legitimation beitragen und wie problematisch dominierende wissenschaftliche Meinungen für demokratische Systeme sein können. In den Interviews wurde hierzu das Beispiel der Dominanz neoklassischer Wirtschaftstheorien angeführt, die in Öffentlichkeit und Politik den Eindruck erzeugt haben, es gebe keine Alternativen zu Privatisierungen und Liberalisierung.

Aus Sicht der Befragten können Kontroversen in der Regel auch *geklärt* werden. Die Befragten vertreten hier die Meinung, dass man prüfen kann, wieso wissenschaftliche Experten zu bestimmten Ergebnissen kommen. Sie sind insoweit *Realisten*, als sie davon ausgehen, dass alle Forscher einen Konsens über grundlegende *Fakten* erreichen könnten und es nur Uneinigkeit über die daraus folgenden Interpretationen und Schlussfolgerungen gibt. Es geht in diesem Fall um die passende oder adäquate Interpretation, und die liegt wiederum im Ermessen der Praktiker, die sich auf ihre eigenen Wertvorstellungen und Interessen berufen können.

Gerade am Umgang mit wissenschaftlichen Kontroversen wird deutlich, dass wissenschaftliche Expertise insbesondere in Politik und Zivilgesellschaft, aber auch in der Wirtschaft eine nachgeordnete Rolle spielt. Sie wird mit Elementen verknüpft, die bereits zuvor existierten und Geltung beansprucht haben. Wissenschaftliche Expertise dient nicht dazu die Ausrichtungen, Positionen, Meinungen, Absichten, Ziele oder Werturteile in der Praxis zu (re-)definieren. Sie dient vielmehr als notwendige Unterstützung auf dem *Markt der Argumente* und hat in der öffentlichen Rhetorik Religion oder anderen moralischen Grundsätzen den Rang abgelaufen. Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite diskutieren ihre Wirtschaftsmodelle als Sachdebatte über die richtigen Steuerungsimpulse für das Wirtschaftswachstum. Sie berufen sich dazu auf wissenschaftliche Studien und ökonomische Theorien. Aber letztlich geht es

doch darum, den größtmöglichen Erfolg für die jeweils eigene Klientel zu erzielen.

Für die zivilgesellschaftlichen Organisationen gilt, dass die verstärkte Nutzung wissenschaftlicher Expertise nicht zu Verunsicherungen in der Praxis führt, wenn wissenschaftliches Nichtwissen importiert wird. Dies lässt sich, zumindest auf der Ebene einzelner Akteure und ihres individuellen Umgangs mit wissenschaftlicher Expertise, *nicht bestätigen*. Die wissenschaftliche Expertise verschafft Sicherheit, wenngleich es sich um Sicherheit in der Argumentation und in der Unterfütterung von Entscheidungen und Urteilen handelt. Die Kontroversen und das wissenschaftliche Nichtwissen werden weder als Bedrohung noch als Anomalie aufgefasst, sondern fügen sich in die kontroversen Debatten der Praxis nahtlos ein.

Für die Politik gilt dies nur insoweit, wie es sich ebenfalls um die Auseinandersetzung mit sozialwissenschaftlichem Wissen handelt. Die Verwendung naturwissenschaftlicher Forschungsergebnisse und ihre Bedeutung für politische Debatten wurde in den Interviews nicht ausführlich genug behandelt, um hier tragfähige Aussagen treffen zu können. Hier haben die Befragungen gezeigt, dass die Akteure den Empfehlungen innerhalb ihrer Netzwerke großes Vertrauen schenken und den naturwissenschaftlichen Forschungsergebnissen eine hohe Objektivität zutrauen. Dies kann man als Anzeichen dafür deuten, dass für naturwissenschaftliches Nichtwissen keine übermäßige Sensibilität bei den Fraktionsmitarbeitern vorhanden ist.

Für die Vertreter aus den Unternehmen gilt ähnliches. Ihnen ist es in den Interviews sehr schwer gefallen, sich mit wissenschaftlichen Kontroversen oder wissenschaftlichem Nichtwissen auseinanderzusetzen, entweder weil ihnen diese Thematik zu fern und fremd war oder weil sie bewusst die möglichen Risiken ihrer Produkte nicht thematisieren wollten.

Die jeweiligen Relevanzsysteme der Akteure vor Ort schützen sie vor der Verunsicherung durch wissenschaftliches Nichtwissen. Ihnen gelingt es dem wissenschaftsgesellschaftlichen Imperativ zu folgen und wissenschaftliche Expertise zu nutzen und gleichzeitig handlungs- und entscheidungsfähig auf der Basis ihrer eigenen Interessen und Werturteile zu bleiben.

6.6 Wissenschaftliches Wissen als Ressource

Unter dem Begriff *informiertes Wissen* wurde im Abschnitt 2.2.3 eine neue Form des Wissens bzw. des Umgangs mit Wissen in der Wissensgesellschaft eingeführt. Kennzeichen des informierten Wissens ist, dass es nicht inhaltlich sondern als disponible Ressource flexibel genutzt wird, es also nicht von Bedeutung ist, was man tatsächlich selbst weiß, sondern das man in der Lage ist fallabhängig das notwendige Wissen zu erlangen. Wissen wird somit zu einem bloßen Objekt. Aus den theoretischen Vorüberlegungen folgte ein Modell, das von einer Verschiebung vom *gebildeten Akteur* zum *Wissensmanager*, der, anstatt sich selbst zu bilden, nur noch mit Wissen *umgeht*, ausgeht.

In den Interviews haben die Befragten durchweg geschildert, dass sie sich einem *zu großen* Angebot an Wissen gegenüber sehen und das es ihnen nicht gelingt, alles zu bearbeiten, was sie entdecken und was von Bedeutung sein könnte. In Punkt 6.3 wurden diese Sachverhalte ausgeführt. Kernstück ist jedoch, dass alle Befragten Strategien und Heuristiken anwenden, um der schiereren Menge von Wissen überhaupt Herr zu werden und es ihnen kaum gelingt, sich mit dem Wissen inhaltlich auseinander zusetzen. Sie schildern, dass Texte zwar wahrgenommen, aber nicht mehr gelesen werden oder höchstens die Kurz- sowie Zusammenfassungen überflogen werden.

Die Mitarbeiter in den zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen in der Lage sein, Veranstaltungen und Publikationen zu organisieren, selbst wenn sie keinen tieferen Einblick in die jeweilige Thematik haben, und Politiker bzw. ihre Mitarbeiter müssen Entscheidungen treffen, ohne überhaupt zu wissen, worum es im Detail geht. All dies gelingt nur durch Arbeitsteilung, technische Unterstützung und gut organisierte Netzwerke. Die vielfältigen Themen und Fachgebiete, mit denen die Befragten zu tun haben, lassen sich arbeitsteilig einigermaßen bewältigen. Sekretariate und Praktikanten werten Veröffentlichungen aus und treffen eine Vorauswahl. Man vertraut den Vorarbeiten anderer Einrichtungen und verlässt sich auf deren Einschätzungen und Zusammenfassungen von Forschungsergebnissen. Dadurch, dass man Literatur oder wissenschaftliche Experten in Datenbanken und per Internet schnell ausfindig und zugänglich machen kann, ist es möglich auch ohne große inhaltliche Vorkenntnisse Expertise zu bekommen. Gleichzeitig schwindet die Notwendigkeit, sich in einzelne Arbeits- oder Themengebiete ausführlich einzuarbeiten und selbst zum Experten zu werden. Da sich bei den Akteuren aus der Praxis, die eng am Alltagsgeschäft dran sind und die sich stark an den

je aktuellen Themenkonjunkturen orientieren müssen, die Interessen für einzelne Themen schnell ändern, ist dieses Vorgehen nachvollziehbar.

In den Interviews wurde ein Aspekt zu Tage gefördert, der in seiner Dominanz in allen Interviews und der zugeschriebenen Bedeutung durch fast alle Befragten so im Vorfeld der Untersuchung nicht erwartet wurde: *Netzwerke und persönliche Kontakte*. Die Befragten gaben an, dass es am wichtigsten ist, gute und weitreichende Netzwerke zu unterhalten, auf die man bei Bedarf zugreifen könnte und die die notwendige Expertise liefern. Auch sagten sie, dass sie einen Großteil ihrer Arbeit damit verbringen würden, in direkten persönlichen Gesprächen Wissen zu erhalten. Gerade für die zivilgesellschaftlichen Organisationen stellte sich auch heraus, dass sie häufig Gelegenheiten für den Dialog oder Kontakt zwischen Wissenschaft und Praxis herstellen, sei es durch Veranstaltungen oder durch Publikationen. Hieran zeigt sich auch wieder, dass sie nicht notwendigerweise die Inhalte durchdringen müssen und dass sie dem direkten Kontakt eine große Bedeutung zumessen. Bei den F&E Abteilungen der Unternehmen fand sich die Auffassung, dass es von größerer Bedeutung sei, die richtigen Kontakte zu Experten zu unterhalten oder mit den richtigen Institutionen zu kooperieren, als sich selbst inhaltliches Wissen anzueignen.

Dies alles kann bereits als Zeichen für den Wandel von gebildetem zu informiertem Wissen, von *Bildung* zum *Umgang mit Wissen* gedeutet werden. In der Analyse der zivilgesellschaftlichen Organisationen wurde das Motiv des *Markts der Argumente* herausgearbeitet. Die jeweiligen Organisationen versuchen durch die Verknüpfung von wissenschaftlicher Expertise und kontextabhängigen Faktoren schlagkräftige Argumente für die öffentliche oder politische Debatte zu formulieren. Hierin findet sich ein zweiter Aspekt dieses Wandels: das Wissen dient nicht dazu, sich eine Meinung zu *bilden*, eine Position zu *finden* oder schlicht mehr über einen Sachverhalt zu *wissen*, sondern es dient dazu, eine Argument zu *unterfüttern*, es ist ein *Baustein* und *schmückt* die eigene Argumentation. Entscheidend ist somit nicht zwangsläufig, *was* in einer Studie steht, sondern *das* eine Studie existiert; nicht *was* ein Professor sagt, sondern *das* es ein Professor sagt. Überspitzt könnte man dies als extreme Befolgung des oben angeführten wissenschaftsgesellschaftlichen Imperativs auffassen: es geht nur noch darum irgendeinen Verweis auf wissenschaftliche Expertise zu geben, unabhängig davon, worin diese besteht.

Insgesamt lässt sich aber festhalten, dass der von Nina Degele beschriebene Wandel des Wissens, vom gebildeten zum informierten Wissen in dieser Studie bei allen Befragten gezeigt werden konnte.

7. FAZIT UND AUSBLICK

In dieser Untersuchung wurde ausgehend von den theoretischen Entwürfen zur Wissensgesellschaft der Umgang von Praktikern mit wissenschaftlicher Expertise untersucht. Wissenschaftliche Expertise, so wurde vermutet, spielt eine bedeutsame Rolle bei praktischen Entscheidungen in fast allen sozialen Kontexten. Das es faktisch zu Berührungspunkten zwischen Wissenschaft und Praxis kommt, steht dabei außer Frage. Beispielsweise lassen Praktiker sich von Wissenschaftlern beraten, es werden wissenschaftliche Studien in Dokumenten der Praxis zitiert und politische Entscheidungen durch Forschungsergebnisse legitimiert. In sozialwissenschaftlichen Texten zu dieser Thematik werden üblicherweise die Inputs und die Outputs solcher Berührungspunkte betrachtet, der konkrete Umgang einzelner Praktiker mit der wissenschaftlichen Expertise jedoch als black-box behandelt. Das Ziel dieser Untersuchung war es demnach, diese black-box zu öffnen und sich dem individuellen Umgang mit wissenschaftlichem Wissen und dessen Rahmenbedingungen zuzuwenden.

Die hier vorgestellten Forschungsergebnisse haben in ihrer Reichweite lediglich explorativen Charakter, da aufgrund des qualitativen Designs die Stichprobe deutlich begrenzt ist. Gleichwohl verweist die Untersuchung aber darauf, dass die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis durch den individuellen Umgang mit wissenschaftlicher Expertise gestaltet wird. Eine nur auf der Meso- oder gar Makroebene angesiedelte Betrachtungsweise blendet daher wichtige Faktoren aus.

An den untersuchten drei sozialen Kontexten Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft konnte gezeigt werden, dass der häufig vermutete Prozess der Verwissenschaftlichung nicht gleichförmig ist, sondern je nach Kontext deutliche Variationen aufweist. Der individuelle Umgang mit wissenschaftlichem Wissen richtet sich demnach sehr stark nach den jeweiligen Ziel- und Rahmensetzungen innerhalb der Kontexte.

Was jedoch in allen untersuchten Zusammenhängen deutlich wird ist, dass der spezifische normative Charakter der Wissensgesellschaft, der in dieser Arbeit als wissenschaftsgesellschaftlicher Imperativ rekonstruiert wurde, in allen Kontexten seine Wirkung entfaltet. Durchgängig in allen sozialen Kontexten sind die Akteure der Auffassung, Entscheidungen bedürfen einer möglichst fundierten, bestenfalls wissenschaftlichen Absicherung. Jedoch, und dies muss

eingeschränkt werden, ist die Wissenschaft zwar notwendig, aber keinesfalls hinreichend für Entscheidungen und Handeln in allen untersuchten Kontexten. Wichtig ist ferner, dass im Umgang mit wissenschaftlicher Expertise die individuelle Aneignung von Wissen nicht zwangsläufig passiert, sondern sowohl „symbolische“ als auch „managende“ Verwendungen ausreichend sind, um dem Imperativ genüge zu tun.

Grundsätzlich gilt jedoch, dass „weniger mehr ist“. In allen Kontexten wird von einem Überangebot mit wissenschaftlicher Expertise berichtet und Wissen auszuwählen bzw. zu ignorieren, wird als entscheidend angesehen. Möglicherweise lautet demnach der Schlüsselbegriff der Wissensgesellschaft *Vermeidungskompetenz* (vgl. 3.1). Trotz eines Überangebots an wissenschaftlicher Expertise, sind aber die Akteure durchaus in der Lage ihre Aufgaben zu bewältigen und den Anforderungen stand zu halten. Sie ziehen sich im Umgang mit wissenschaftlicher Expertise auf sekundäre Kriterien zurück, was angesichts der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen völlig rational erscheint (vgl. 6.4).

Mit Hilfe dieser sekundären oder weichen Kriterien, wie beispielsweise Prominenz, Sympathie oder Textlänge, ist es ihnen möglich wissenschaftliche Expertise so auszuwählen, dass sie bei der Bewältigung der drängenden aktuellen Anforderungen hilfreich ist, und zwar unabhängig vom innerwissenschaftlichen Wert dieser Expertise und unabhängig von primären wissenschaftlichen Kriterien. Die wissenschaftliche Expertise für die Praxis muss sich in der Praxis bewähren und nicht in der Wissenschaft. Entsprechend fallen auch, wie in Abschnitt 6.4 gezeigt werden konnte, die Bewertungskriterien der Praktiker aus.

Ebenso deutlich zeigt sich, dass unter den Bedingungen des wissenschaftsgesellschaftlichen Imperativs und der damit verbundenen Anforderungen an die jeweiligen Akteure die Art und Weise der Verarbeitung von wissenschaftlicher Expertise sich verändert. Was als Wandel von Bildung zum Umgang mit Wissen oder von gebildetem zu informiertem Wissen beschrieben wurde, konnte in den Interviews deutlich nachgewiesen werden (vgl. 3.1 und 6.6). Wissen wird zu einem Rohstoff und einer Ressource, mit der man umgeht, die man verwaltet oder inszeniert.

Eine Vermutung, die sich aus den hier vorgestellten Ergebnissen ableiten lässt, ist, dass die *Verwissenschaftlichung* der Praxis einen paradoxen und gegenläufigen Effekt hat. Anstatt wissenschaftliche Expertise inhaltlich und korrigierend in Entscheidungen und Handlungszusammenhänge der Praxis zu integrieren, führt der wissenschaftsgesellschaftliche Imperativ zu einem bloßen

Umgang mit wissenschaftlicher Expertise. Umgang mit Wissen im Gegensatz zu Bildung (vgl. 3.1). Statt gebildetem Wissen verfügen die Praktiker nur noch über *informiertes Wissen*. Beispielsweise füllen Praktiker ihre Dokumente mit Referenzen auf wissenschaftliche Literatur, ohne diese jemals gesehen, gelesen oder gar verarbeitet zu haben, nur um dem formalen Ansprüchen der Wissensgesellschaft genüge zu tun.

Es lässt sich überdies die Beobachtung eines *Stille-Post*-Effekts machen: Die Vertreter aus der Politik greifen, wenn sie von wissenschaftlicher Expertise sprechen, meist nicht auf die Wissenschaft als Quelle zurück, sondern auf die Angebote der zivilgesellschaftlichen Akteure. Hierbei wird deutlich, dass die politischen Akteure davon ausgehen, dass die inhaltliche Auseinandersetzung bereits an anderer Stelle, z.B. bei Verbänden oder Gewerkschaften, stattgefunden hätte. Die weitergeleitete Expertise sei somit geprüft und für gut befunden. Es zeigt sich jedoch, dass auch die zwischengeschalteten zivilgesellschaftlichen Organisationen und deren Mitarbeiter auf der Grenze zur Wissenschaft, sich viel stärker an Praxis (in diesem Fall der Politik) als an Wissenschaft orientieren. Für Politik erzeugt dies aber Sicherheit. Zum einen filtern die zwischengeschalteten Organisationen (*boundary organizations*, vgl. 2.3) das vorhandene Wissen und treffen eine (teils beliebige, teils strategische) Auswahl und zum anderen bleibt diese Auswahl für die Entabnehmer der Expertise, die Akteure in der Politik, unsichtbar. Würde die Akteure in der Politik sich direkt und unmittelbar mit der wissenschaftlichen Expertise in ihrer Breite und Vielfalt befassen, wären sie nicht nur zeitlich überfordert, sie wären sich auch selbst stärker der Unsicherheit und Beliebigkeit der Auswahl bewusst und gleichsam der Fragilität des eigenen Handelns. Für zukünftige Forschungen ist es lohnenswert, diesen *Stille-Post*-Effekt und dessen Wirkung auf Entscheidungs- und Handlungssicherheit näher zu untersuchen.

Interessant sind vor diesem Hintergrund drei weitere Fragestellungen:

Erstens ist es von Interesse nun zu untersuchen, welche Rückkopplungen und Anpassungen dieser Umgang mit wissenschaftlicher Expertise für die Wissenschaft mit sich bringt. Während beispielsweise die ökonomische Verwertung von natur- und technikwissenschaftlicher Forschung naheliegend ist und die damit verbundene patentrechtlichen und sonstigen finanziellen sowie organisatorischen Fragen bereits untersucht werden, steht dies für die Sozial- und Geisteswissenschaften noch aus. Für Geistes- und Sozialwissenschaftler mag beispielsweise Prominenz zur entscheidenden Währung im Verhältnis von Wissenschaft und Praxis werden, während es für die natur- und technikwissenschaftlichen Disziplinen die praktische Nützlichkeit sein könnte. Gleichzeitig könnten sich wissenschaftsintern neue

Handlungs-, Belohnungs- und Bewertungskriterien herausbilden, um dadurch den Bedarf nach passgenauer Expertise leichter bedienen zu können. Die Frage lautet somit, wie gehen Wissenschaftler mit wissenschaftlicher Expertise für die Praxis um?

Zweitens ist es m.E. lohnenswert an der Schnittstelle von Sozialwissenschaft und Praxis die Genese von sozialen Problemen zu betrachten. In dieser Untersuchung brachten die Befragten zum Ausdruck, dass insbesondere die Sozialwissenschaften den Bedürfnissen und Fragen der Praxis zeitlich „hinterherhinken“. Spezifische Probleme und deren Beschreibungen existieren also, zumindest in ihrer eigenen Perspektive, zuerst in der Praxis, bevor sie Gegenstand der Wissenschaft werden. Umgekehrt liefert aber die Wissenschaft erst die Perspektive, um bestimmte problematische Situationen als solche zu beschreiben und zu erkennen. Der Prozess der Problemdefinition scheint somit wechselseitig zu sein. Wie dies tatsächlich abläuft und wie es schließlich zu Problemlösungen kommen kann, ist von Interesse.

Drittens eine lohnenswerte Anschlussfrage, wie Anforderungen der Praxis an die Wissenschaft auf den zweiten Output des Wissenschaftssystems neben Forschungsergebnissen wirken: auf die Ausbildung von Studenten. Wissenschaftler müssen aus ihren Erfahrungen im Umgang mit der Praxis, aus den Rückmeldungen der Praxis und den eigenen Forschungsergebnissen Konzepte entwickeln, wie zukünftige akademisch ausgebildete Praktiker handeln können und sollen. Über diesen Weg fließt mehr wissenschaftliche Expertise in die Praxis, als durch Gutachten, Fachartikel oder Beratung.

8. LITERATUR

- Abel, G. (2004): Zeichen der Wirklichkeit. Frankfurt am Main.
- Ammon, S./Heineke, C./Selbmann, K. (2007): Einleitung. In: Ammon, S./Heineke, C./Selbmann, K. (Hrsg.): Wissen in Bewegung. Vielfalt und Hegemonie in der Wissensgesellschaft. Weilerswist. S. 9-18
- Anheier, H. (1998): Stiftungswesen in Zahlen. Eine sozial-ökonomische Strukturbeschreibung deutscher Stiftungen. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) Handbuch Stiftungen. Ziele-Projekte-Management-Rechtliche Gestaltung. Wiesbaden, 49-82.
- Anheier, H./Appel, A. (2004): Stiftungen in der Bürgergesellschaft: Grundlegende Fragen zu Möglichkeiten und Grenzen. In: APuZ, B14/2004. S. 8-15.
- Anheier, H./Salamon, L. (1993): Die internationale Systematik der Non-Profit-Organisationen: Zur Definition und Klassifikation des „Dritten Sektors“ intermediärer Organisationen. In: Bauer, R. (Hrsg.): Intermediäre Nonprofit-Organisationen in einem Neuen Europa. Rheinfelden und Berlin. S. 1-16
- Antos, G. (2005): Die Rolle der Kommunikation bei der Konzeptualisierung von Wissensbegriffen. In: Antos, G./Wichter, S. (Hrsg.): Wissenstransfer durch Sprache als gesellschaftliches Problem. Frankfurt am Main. S.339-364
- Barth, T. (2005): Durchsetzung von Controlling und Ranking auf allen Ebenen. Ein Bericht von einem Kongress über die Macht der Bertelsmann Stiftung und deren Hochschulpolitik. Telepolis vom 19.07.2005.
- Barthelmes, T. (2007): An der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik? Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Deutschen Bundestages. Eine Empirische Studie. Hamburg.
- Bauer, R. (2006): Die Tonangeber. Die Bertelsmann Stiftung macht sich stark für neoliberale Reformen in Städten und Regionen. Ihr großes personelles und mediales Netz ist dabei von Nutzen. In: „Der Freitag“ vom 16.06.2006.
- Bauman, Z. (1992): Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit. Frankfurt am Main.
- Bechmann, G./Beck, S. (2003): Gesellschaft als Kontext von Forschung. Neue Formen der Produktion und Integration von Wissen. Klimamodellierung zwischen Wissenschaft und Politik. Karlsruhe.
- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Frankfurt
- Beck, U./Bonß, W. (1989): Zum Strukturwandel von Sozialwissenschaft und Praxis. Ergebnisse und Perspektiven der Verwendungsforschung, in: Soziale Welt 40(1/2), 196-214.
- Beise, M. (1998): Politische Stiftungen. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) Handbuch Stiftungen. Ziele-Projekte-Management-Rechtliche Gestaltung. Wiesbaden. S. 207-224.
- Beling, G. / Wersig, G. (1973): Zur Typologie von Daten und Informationssystemen. Terminologie, Begriffe und Systematik. München.
- Bell, D. (1975): Die nachindustrielle Gesellschaft. Frankfurt am Main und New York.

- Bender, G. (2001a) (Hrsg.): Neue Formen der Wissenserzeugung. Frankfurt am Main und New York.
- Bender, G. (2001b): Einleitung. In: Bender, G. (Hrsg.): Neue Formen der Wissenserzeugung. Frankfurt am Main und New York. S. 9-21.
- Bendt, A. (2000): Wissenstransfer in multinationalen Unternehmen. Wiesbaden.
- Berger, P. L./Luckmann, T. (1999): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main.
- Bittlingmayer, U. (2001): Spätkapitalismus oder „Wissensgesellschaft“? Anmerkungen zu blinden Flecken einer Debatte. In: APuZ, 3/2001. S. 15-23.
- Bittlingmayer, U. (2005): „Wissensgesellschaft“ als Wille und Vorstellung. Konstanz.
- Bittlingmayer, U./Bauer, U. (2006): Strukturierende Vorüberlegungen zu einer kritischen Theorie der Wissensgesellschaft. In: Bittlingmayer, U./Bauer, U. (Hrsg.): Die „Wissensgesellschaft“ Mythos, Ideologie oder Realität? Wiesbaden. S.11-23.
- BMBF (2007): Die Hightech-Strategie für Deutschland. Erster Fortschrittsbericht.
- Boehmer-Christiansen, S. (1995): Reflections on scientific advice and EC transboundary pollution policy, *Science and Public Policy*, Vol. 22, Nr.3 1995, S. 195-203
- Böhm, S. (2000): Intra- und inter- organisationaler Wissenstransfer. Theoretische Grundlagen, empirische Untersuchungen und praktische Lösungsansätze. Quem-Report. Heft 65.
- Böhme, G./Stehr, N. (1986): *The Knowledge Society*. Dordrecht.
- Böschen, S. (2002): Risikogenese. Metamorphose von Wissen und Nicht-Wissen. In: *Soziale Welt* 53. S. 67-86.
- Bourdieu, P. (1997): *Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft*. Frankfurt.
- Braczyk, H.-J. (1996): Das Expertendilemma – ein Kommentar. In: Nennen, H.-U. /Garbe, D. (Hrsg): *Das Expertendilemma. Zur Rolle wissenschaftlicher Gutachter in der öffentlichen Meinungsbildung*. Berlin und Heidelberg. S. 25-34.
- Brown, M./Lentsch, J./Weingart, P. (2006): *Politikberatung und Parlament*. Opladen.
- Bryson, J.R./Daniels, P.W./Henry, N./Pollard, J.E. (2000): *Knowledge, space, economy*. London
- BUND (2004): *Leitbild des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland*. Stand November 2004
- BUND (2006): *Jahrsbericht 2006 – Finanzen*.
http://www.bund.net/bundnet/ueber_uns/finanzen/ 29.04.2008.
- Capurro, R. (2001): *Einführung in die Informationswissenschaft*.
<http://www.capurro.de/iwinhalt.html>. 24.06.2009.
- Castells, M. (1996): *The information age: The rise of the network society*. Bd. 1. Malden
- Colingridge, D. (1980): *The social control of Technology*. New York.
- Cooper, D. (2006): *Use-Inspired Basic Research for Development? Some Case Studies of University Research Groups in the Western Cape*
- Degele, N. (1999): *Doing Knowledge: vom gebildeten zum informierten Wissen*. In: Honegger, C./Hradil, S./Taxler, F. (Hrsg.): *Grenzenlose Gesellschaft? Tagungsband des 29.*

- Kongresses für Soziologie in Freiburg 1998. Teil 1. Opladen. S. 459-470
- Degele, N. (2000): Informiertes Wissen. Eine Wissenssoziologie der computerisierten Gesellschaft. Frankfurt am Main und New York..
- Degele, N. (2007): Informiertes Wissen. In: Schützeichel, R. (Hrsg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung. Konstanz. S. 394-403
- Denninger, E.(1992): Technologische Rationalität, ethische Verantwortung und postmodernes Recht. In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft. Jg. 75, S. 123-139.
- DeSolla Price, D. (1961): Science since Babylon. New Haven
- Dewe, B. (2005): Von der Wissenstransferforschung zur Wissenstransformation: Vermittlungsprozesse und Bedeutungsveränderungen. In: Antos, G./Wichter, S. (Hrsg.): Wissenstransfer durch Sprache als gesellschaftliches Problem. Frankfurt am Main. S. 365-379.
- DiMaggio, P./Anheier, H. (1990): The Sociology of Nonprofit Organizations and Sectors. In: Annual Review of Sociology. 1990, 16. S. 137-159.
- Drucker, P. (1969): The age of Discontinuity. London.
- Drucker, P. (1989): The new realities. New York..
- Egloff, N. (2000): Wissen, Arbeit und Organisation. Die Theorie der Wissensgesellschaft als Gesellschaftstheorie. <http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=962727075>
- Eilfort, M. (2006): Fraktionen und Ausschüsse. In: Falk, S./Rehfeld, D./Römmele, A./Thunert, M. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden. S. 189-197.
- Enquete Kommission (2002): Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten. Drucksache 14/9200. Deutscher Bundestag 14. Wahlperiode.
- Etzioni, A. (1975): Die aktive Gesellschaft. Eine Theorie gesellschaftlicher und politischer Prozesse. Opladen.
- Europäische Kommission (2001): Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernen schaffen. Mitteilungen der Kommission. Generaldirektion Bildung und Kultur/Generaldirektion Beschäftigung und Soziales. KOM (2001) 678.
- Evers, H.-D./Gerke, S./Schweißhelm, R. (2005): Wissen als Produktionsfaktor: Südasiens Aufbruch zur Wissensgesellschaft. In: Soziale Welt 56(2005) H1, S. 39-52.
- Evers, H.-D./Kaiser, M./Müller, Chr. (2003): Entwicklung durch Wissen: eine neue globale Wissensarchitektur. In: Soziale Welt, Jg54, 1. S. 49-70.
- Falk, S./Rehfeld, D./Römmele, A./Thunert, M. (2006): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden.
- Felt, U./Nowotny, H./Taschner, K. (1995): Wissenschaftsforschung. Eine Einführung. Frankfurt am Main.
- Feyerabend, P. (1975): Against Method. London.
- Flick, U. (1995): Qualitative Forschung – Theorien, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften. Berlin.
- Frederichs, G. (2001): Mode 2 und Erkenntnis. In: Bender, G.(Hrsg.): Neue Formen der

- Wissenserzeugung. Frankfurt und New York. S. 69-82.
- Frenzl, N./Fleissner, P./Hofkirchner, W./Jahn, R./Stockinger, G. (1996): On the Genesis of Information Structures. A View that is neither Reductionistic nor Holistic. In: Kornwachs, K./Jacoby, K. (Hrsg.): Information, New Questions to a Multidisciplinary Concept. Berlin. S. 271-283.
- Funtowicz, S./Ravetz, J. (1993): The Emergence of Post-Normal Science. In: Schomberg, R. von (Hrsg.): Science, Politics and Morality, Scientific Uncertainty and Decision Making. Dordrecht. S. 88-126.
- Gesamtmetall: Unsere Aufgaben -
http://www.gesamtmetall.de/gesamtmetall/meonline.nsf/id/DE_Aufgaben 29.04.2008
- Gettier, E (1963): Is Justified True Belief Knowledge. In: Analysis 23: 121-123.
- Gibbons, M./Limoges, C./Nowotny, H./Schwartzman, S./Scott, P./Trow, M. (1994): The new Production of knowledge. The dynamics of Science and Research in Contemporary Societies. Thousand Oaks.
- Gieryn, Thomas (1995): Boundaries of science. In: Jasanoff, Sheila / Markle, Gerald /Pelinger, Thomas /Pincher, Trevor (Hrsg.): Handbook of science and technology studies. Thousand Oaks. S. 393-443.
- Gigerenzer, G. (2006): Bounded and Rational. In: Stainton, R.J. (Hrsg.): Contemporary debates in cognitive science. Oxford. S. 115-133.
- Gill, B. (2004): Nichtwissen in der postsäkularen Wissensgesellschaft – der Zuwachs an selbst- und fremddefiniertem Nichtwissen. In: Bösch, S./Schneider, M./Lerf, Anton (Hrsg.): Handeln trotz Nichtwissen. Vom Umgang mit Chaos und Risiko in Politik, Industrie und Wissenschaft. Frankfurt und New York. S. 19-36.
- Glaser, B.G./Strauss, A. (1967): Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research. Chicago.
- Gläser, J. /Laudel, G. (2009): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Wiesbaden.
- Greenpeace Deutschland (2007): Jahresbericht 2006.
- Guston, D. (2001): Boundary Organizations in Environmental Policy and Science: an Introduction. In Science, Technology & Human Values. Vol .26, No4, Autumn 2001. S. 399-408.
- Habermas, J. (1963): Verwissenschaftlichte Politik in demokratischer Gesellschaft. Heidelberg
- Habermas, J. (1966a): Verwissenschaftlichte Politik in demokratischer Gesellschaft. In: Krauch, H./Kunz, W., Rittel, H. (Hrsg.): Forschungsplanung. München und Wien. S. 130-144.
- Habermas, J. (1966b): Wissenschaft und Technik als Ideologie. Frankfurt am Main.
- Hack, L. (2001): „Ich hab da eine Theorie“ oder: Neue Fokussierung von Kontext/en und Kompetenz/en. In: Bender, G. (Hrsg.): Neue Formen der Wissenserzeugung. Frankfurt und New York. S. 23-56.
- Hack, L. (2006): Wissensformen zum Anfassen und zum Abgreifen. Konstruktive Formationen der „Wissensgesellschaft“ respektive des „transnationalen Wissenssystems“. In: Bittlingmayer, U./Bauer, U. (Hrsg.): Die „Wissensgesellschaft“ Mythos, Ideologie oder Realität? Wiesbaden. S.109-172.

- Halfmann, J./Schützenmeister, F. (2003): Problemorientierte Forschung und Schließungsprozesse der Wissenschaft: das Beispiel des Ozonlochs als Umweltproblem. Expertise zum Themenfeld "Politik, Wissenschaft und Gesellschaft". Themenschwerpunkt "(Neue) Formen der Wissensproduktion". Dresden.
- Hamann, G. (2007): Wo geht es hier zur Zukunft. Einflussreich, erstarrt und angefeindet. Die Bertelsmann Stiftung steckt in der Krise. In: Die ZEIT 46/2007. S. 28.
- Hansen, M.T. (1999): The search-transfer problem. The role of Weak ties in sharing knowledge across organization subunits. In: Administrative Science Quarterly. S. 82-111.
- Hasse, Raimund (2003): Wohlfahrtspolitik und Globalisierung: Zur Diffusion der World Polity durch Organisationswandel und Wettbewerbsorientierung. Opladen.
- Hegmann, H. (2000): Die Konsequenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die normative Demokratietheorie. In: Simonis, G./Martinsen, R./Saretzki, T. (Hrsg): Politik und Technik. Politische Vierteljahresschriften, Sonderheft 31. Wiesbaden. S. 19-33.
- Heidenreich, M. (2003): Die Debatte um die Wissensgesellschaft. In: Bösch, S. / Schulz-Schaeffer, I. (Hrsg): Wissenschaft in der Wissensgesellschaft. Wiesbaden. S. 25-51.
- Hensel, M. (1990): Die Informationsgesellschaft. Neuere Ansätze zur Analyse eines Schlagwortes. Reihe Medien-Skripten, Band 8. München.
- Herzog, R. (1997): Berliner Rede 1997 – Aufbruch ins 21. Jahrhundert. Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog im Hotel Adlon am 26. April 1997. <http://www.bundespraesident.de/Reden-und-Interviews/Berliner-Reden-12086/Berliner-Rede-1997.htm> Oktober 2007
- Hessler, G. / Heitmeyer, W. / Micheel, H.G. / Unzicker, K. (2007): Wissensaustausch? Interaktion und Kommunikation zwischen Wissenschaft und Praxis. Abschlussbericht fuer das BMBF.
- Hitzler, R. (1994): Wissen und Wesen des Experten. Ein Annäherungsversuch – zur Einleitung. In: Hitzler, R./ Honer, A. / Maeder, Chr. (Hrsg): Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit. Wiesbaden. S. 13-29.
- Hoffrage, U./ Hertwig, R./Gigerenzer, G. (2005): Die ökologische Rationalität einfacher Entscheidungs- und Urteilsheuristiken. In: Siegenthaler, H. (Hrsg.): Rationalität im Prozess kultureller Evolution. Tübingen, S. 65-89.
- Höhne, T. (2004): Pädagogik und das Wissen der Gesellschaft. Erziehungswissenschaftliche Perspektiven auf Wissen. Publikation der eb.giessen
- Hopf, Chr. (1996): Hypothesenprüfung und qualitative Sozialforschung. In: Strobl, R./Böttger, A. (Hrsg.): Wahre Geschichten? Zur Theorie und Praxis qualitativer Interviews. Baden-Baden, S. 9–21.
- Howaldt, J./ Klatt, R./Kopp, R. (Hrsg) (2004): Neuorientierung des Wissensmanagements. Paradoxien und Dysfunktionalitäten im Umgang mit der Ressource Wissen. Wiesbaden.
- IHK OWL zu Bielefeld: Aufgaben und Ziele - <http://www.bielefeld.ihk.de/german/main-navigation-bottom/wir-ueber-uns/aufgaben/> 29.04.2008.

- Jäger, L. (1996): Expertenkultur und Sprachkultur: ‚Innersprachliche Mehrsprachigkeit‘ und das Problem der Transparenz des Expertenwissens. In: Kerner, M. (Hrsg.): Expertentum und Demokratie in der technisierten Welt. Aachen. S. 45-60.
- Japp, K. (2002): Wie normal ist Nichtwissen? Replik zu Peter Wehling: Jenseits des Wissens? In: ZfS Jg 31, H5. S.435-439.
- Jasanoff, S. (1989): Norms of Evaluating Regulatory Science. In: Risk Analysis Vol. 9. No. 3. S. 271-273.
- Kaase, M. (1999): Deutschland als Informations- und Wissensgesellschaft: Konzepte, Probleme, Perspektiven. In: Kasse, M./Schmid, G. (Hrsg.): Eine lernende Demokratie. WZB Jahrbuch 1999. Berlin. S. 529-559.
- Kade, J. (2005): Wissen und Zertifikate. Erwachsenenbildung/Weiterbildung als Wissenskommunikation. In: Zeitschrift für Pädagogik. Jg. 51. S. 498-512.
- Kade, J./ Seitter, W. (2002): Bildung und Umgang mit Wissen im Kontext unterschiedlicher sozialer Welten. Erziehungswissenschaftliche Perspektiven. In: Report. Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung 49/2002. S. 90-101.
- Kade, J./Seitter, W. (2007): Editorial. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft. Jg. 10, H2/2007. S. 149-151
- Kelle, U. (1998): Empirisch begründete Theoriebildung. Zur Logik und Methodologie qualitativer Sozialforschung. Weinheim.
- Kiener, U./Schanne, M. (1998): Wissensinszenierung – Folge und Antrieb der Wissensexpllosion. In: Honegger, C./Hradil, S./Taxler, F. (Hrsg.): Grenzenlose Gesellschaft? Tagungsband des 29. Kongresses für Soziologie in Freiburg 1998. Opladen S. 447
- Kluy, A. (2007): Der neue Wert des Wissens. In: Die WELT, Literarische-Welt, S.6. Heft 29.
- Knoblauch, H. (2005): Wissenssoziologie. Konstanz..
- Knorr-Cetina, K. (1981): Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Naturwissenschaft. Frankfurt am Main.
- Kocka, J. (2004): Die Rolle der Stiftungen in der Bürgergesellschaft der Zukunft. In: APuZ, B14/2004, S. 3-7.
- Kocyba, H. (2003): Wissenspolitik im Unternehmen: Kennziffern und wissensbasierte Selbststeuerung. In: Böschen, S./Schulz-Schaeffer, I. (Hrsg.): Wissenschaft in der Wissensgesellschaft. Wiesbaden. S. 178-219.
- Kreibe, S.(2004): Vom Umgang mit Nichtwissen aus Sicht der industriellen Praxis. In: Böschen, S./Schneider, M./Lerf, A. (Hrsg.): Handeln trotz Nichtwissen. Vom Umgang mit Chaos und Risiko in Politik, Industrie und Wissenschaft. Frankfurt am Main. S. 189-210.
- Kreibich, R. (1986). Die Wissenschaftsgesellschaft. Von Galilei zur High-Tech-Revolution. Frankfurt am Main.
- Krohn, W. (2003): Das Risiko des (Nicht-)Wissens. Zum Funktionswandel der Wissenschaft in der Wissensgesellschaft. In: Böschen, S./Schulz-Schaeffer, I. (Hrsg.): Wissenschaft in der Wissensgesellschaft. Wiesbaden. S- 97-118.
- Krücken, G. (2002): „Wissensgesellschaft“: Wissenschaft, Technik und Bildung. In:Volkman,

- U./Schimank, U. (Hrsg.): Soziologische Gegenwartsdiagnosen II. Vergleichende Sekundäranalysen. Opladen. S.: 69-86.
- Kübler, H.-D. (2005): Mythos Wissensgesellschaft. Gesellschaftlicher Wandel zwischen Information, Medien und Wissen. Wiesbaden.
- Kuckartz, U. (2007) Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. Wiesbaden.
- Kuhn, T. (1962): The Structure of Scientific Revolutions. Chicago.
- Kuhne, C. (2008): Politikberatung für Parteien. Akteure, Formen, Bedarfsfaktoren. Wiesbaden.
- Lahusen, Chr. (1998): Der Dritte Sektor als Lobby. Umweltverbände im Räderwerk der nationalen Politik. In: Strachwitz, R. (Hrsg.): Dritter Sektor – Dritte Kraft. Versuch einer Standortbestimmung. Stuttgart. S. 411-436.
- Lane, R. (1966): The Decline of Politics and Ideology in a knowledgeable society. In: American Sociological Review. Vol 31, No 5 (Oct. 1966). S. 649-662.
- Lau, Chr. (1989): Die Definition gesellschaftlicher Probleme durch die Sozialwissenschaften. In: Beck, U./ Bonß, W. (Hrsg.): Weder Sozialtechnik noch Aufklärung. Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens. Frankfurt am Main. S.384-419.
- Lau, Chr./Bösch, S. (2003): Wissenschaft und reflexive Modernisierung. In: Bösch, S./ Schulz-Schaeffer, I.: Wissenschaft in der Wissensgesellschaft. Opladen. S. 220-235.
- Leidhold, W.(2001): Die Wissensgesellschaft. In: Korte, K-R./Weidenfeld, W. (Hrsg.): Deutschland-Trendbuch. Fakten und Orientierungen. Opladen. S. 429-460.
- Lerf, A./Schuber, E. (2004): Komplexe Systeme: Wo das Wissen der Naturwissenschaften an Grenzen stößt. In: Bösch, S./Schneider, M./Lerf, A. (Hrsg.): Handeln trotz Nichtwissen. Vom Umgang mit Chaos und Risiko in Politik, Industrie und Wissenschaft. Frankfurt am Main.211-235.
- Lieb, W. (2007): Die Bertelsmann Stiftung und ihre Verflechtungen. Referat beim Rosa-Luxemburg Club Wuppertal, 26.02.2007 <http://www.nachdenkenseite.de/wp-print.php?p=2144>
- Linde, F. (2005): Ökonomie der Information. Göttingen.
- Lochmann, D. (2004): Vom Wesen der Information. Eine allgemeinverständliche Betrachtung über Information in der Gesellschaft, in der Natur und in der Informationstheorie. Norderstedt.
- Lompe, K. (2006): Traditionelle Modelle der Politikberatung. In: Falk, S./Rehfeld, D./Römmele, A./Thunert, M. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung. Wiesbaden. S. 25-34.
- Long, M (1995): Scientific explanations in US Newspaper science stories. In: Public Understanding of Science Vol 4. (1995), S. 119-130.
- Luhmann, N (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft. 2Bd. Frankfurt.
- Luhmann, Niklas (1990): Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt.
- Machlup, F. (1962): The Production and Distribution of Knowledge in the United States. Princeton.
- Markl, H. (1996): Das Expertendilemma. In: Nennen, H-U./Garbe, D. (Hrsg): Das Expertendilemma. Zur Rolle wissenschaftlicher Gutachter in der öffentlichen

- Meinungsbildung. Berlin und Heidelberg. S. 43-49.
- Marx, K./Engels, F (1969): Die deutsche Ideologie. Marx-Engels-Werke Bd.3. Berlin.
- Marx, K./Engels, F (1976): Manifest der Kommunistischen Partei. Leipzig.
- Mayntz, R. (1999): Wissenschaft, Politik und die politischen Folgen kognitiver Ungewissheit. In: Gerhards, J./Hitzler, R. (Hrsg.): Eigenwilligkeit und Rationalität sozialer Prozesse. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedhelm Neidhardt. Wiesbaden. S. 30-45.
- Mayring, P. (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim
- Mayring, P. (2004): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Flick, U. (Hrsg.): Handbuch qualitativer Sozialforschung, Reinbeck, S. 468-475.
- Mayring, P./Gläser-Zikuda, M. (2005): Die Praxis der qualitativen Inhaltsanalyse. Weinheim.
- Meinefeld, W. (1997): Ex-ante Hypothesen in der Qualitativen Sozialforschung zwischen „fehl am Platz“ und „unverzichtbar“. ZfS, Jg. 26, H1. S. 22-34.
- Meinefeld, W. (2004): Hypothesen und Vorwissen in der qualitativen Sozialforschung. In: Flick, U. (Hrsg.): Handbuch qualitativer Sozialforschung. Reinbek. S. 265-275.
- Merkens, H. (2005): Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktion. In: Flick, U. (Hrsg.): Handbuch qualitativer Sozialforschung. Reinbek. S. 286-299.
- Merton, R.K. (1942): Science and Technology in a Democratic Order. In: Journal of Legal and Political Sociology I. S. 115-126.
- Meuseburger, P. (1998): Bildungsgeographie. Wissen und Ausbildung in der räumlichen Dimension. Heidelberg und Berlin.
- Mittelstraß, J. (1998): Die Häuser des Wissens. Wissenschaftstheoretische Studien. Frankfurt.
- Mittelstraß, J. (2001): Wissen und Grenzen. Philosophische Studien. Frankfurt.
- Mohr, H. (1996): Das Expertendilemma. Pilotstudie. In: Nennen, H-U./Garbe, D. (Hrsg.): Das Expertendilemma. Zur Rolle wissenschaftlicher Gutachter in der öffentlichen Meinungsbildung. Berlin und Heidelberg. S. 3-24.
- Morris, C. W. (1946) Signs, Language and Behaviour. New York.
- Müller-Jentsch, W. (1997): Soziologie der industriellen Beziehungen. Eine Einführung. Frankfurt.
- Münch, R. (2007): Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Existenz. Frankfurt.
- Musgrave, A. (1993): Alltagswissen, Wissenschaft und Skeptizismus. Eine historische Einführung in die Erkenntnistheorie. Tübingen.
- Nelkin, D. (1975): The political Impact of technical Expertise. In: Social Studies of Science. 5, S. 35-54.
- Nennen, H-U. (1998): Das Expertendilemma. Ein Fazit. In: TA-Datenbank. 3/98. S. 2-4.
- Nennen, H-U./Garbe, D. (1996): Wissenschaft im Widerstreit. Eine Metakritik im Diskurs zum ‚Expertendilemma‘. In: Nennen, H-U./Garbe, D. (Hrsg.): Das Expertendilemma. Zur Rolle wissenschaftlicher Gutachter in der öffentlichen Meinungsbildung. Berlin und Heidelberg. S. 143-179.

- Nonaka, I./ Takeuchi, H. (1997): Die Organisation des Wissens. Wie japanische Unternehmen eine brachliegende Ressource nutzbar machen. Frankfurt am Main.
- Nowotny, H. (2005): Experten, Expertisen und imaginierte Laien. In: Bogner, A./ Torgersen, H. (Hrsg.): Wozu Experten? Ambivalenz der Beziehung von Wissenschaft und Politik. Wiesbaden. S. 33-44.
- Ott, S. (2004): Information. Zur Genese und Anwendung eines Begriffs. Konstanz.
- Ott, S. (2007): Information. In: Schützeichel, R. (Hrsg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung. Konstanz. S.388-393.
- Panofsky, E. (1957): In Defense Of The Ivory Tower. In: College of Arts and Letters. East Lansing.
- Parsons, T./Platt, G.. (1973): The american university. Harvard.
- Patzwald, K.(2008): Die sanfte Macht. Die Rolle der wissenschaftlichen Politikberatung bei den rot-grünen Arbeitsmarktreformen. Bielefeld.
- Peters, B. (1996): Prominenz. Eine soziologische Analyse ihrer Entstehung und Wirkung. Opladen.
- Peters, H-P. (1996): Massenmedien als Vermittler zwischen Experten und Nichtexperten. In: Kerner, M. (Hrsg.): Expertentum und Demokratie in der technisierten Welt. Aachen. S. 61-88.
- Polany, M. (1967): The tacit dimension. London.
- Popper, Karl (1937): Logik der Forschung. Tübingen.
- Powell, W./ Snellman, K. (2004): The Knowledge Economy. In: Annual Review of Sociology 30/ S. 199-220
- Reich, R. (1997): Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie. Frankfurt am Main.
- Reimann, P. (1998): Bildung mit neuen Medien: Lernen in der Informationsgesellschaft. In: Heidelberger Club für Wirtschaft und Kultur e.V. (Hrsg.) Bereit für die Wissensgesellschaft? Bildung und Ausbildung auf dem Prüfstand. Berlin. S.193-204
- Rescher, N. (1982): Wissenschaftlicher Fortschritt: Eine Studie über die Ökonomie der Forschung. Berlin.
- Rosa, H. (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne. Frankfurt.
- Rösler, O. (1992): Endophysik. Die Welt des inneren Beobachters. Berlin.
- Salamon, L./Anheier, H. (1998): Dritter Sektor und Zivilgesellschaft – Globale Entwicklungen. In: Strachwitz, R. (Hrsg.): Dritter Sektor –Dritte Kraft: Versuch einer Standortbestimmung. Stuttgart. S. 13-22.
- Salter, L. (1988): Mandated Science. Science and Scientists in the Making of Standards. Dordrecht.
- Saretzki, T. (2005): Welches Wissen – wessen Entscheidung? Kontroverse, Expertise im Spannungsfeld von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik. In: Bogner, A./Torgersen, H. (Hrsg.): Wozu Experten? Ambivalenz der Beziehung von

- Wissenschaft und Politik. Wiesbaden. S. 345-369.
- Scheler, M. (1960): Die Wissensformen und die Gesellschaft. In: Gesammelte Werke Bd. 8 (hrsg. von Maria Scheler). Bern.
- Schelsky, H. (1965): Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation. In: Schelsky, H. (Hrsg.): Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze. Düsseldorf. S. 439-480.
- Schimank, U. (2005): Die Entscheidungsgesellschaft. Komplexität und Rationalität der Moderne. Wiesbaden.
- Schimank, U. (1994): Ressourcenverknappung und/oder Leistungsdefizite: Probleme der westdeutschen Hochschulforschung seit Mitte der siebziger Jahre. MPIFG Discussion Paper 94/2.
- Schumann, H. (2006): Macht ohne Mandat. Die Experten der Bertelsmann-Stiftung sind in der deutschen Politik allgegenwärtig. Tagesspiegel vom 24.9.2006.
- Schumpeter, J. (1993): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen.
- Schüttemeyer, S. (1998): Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949-1997: empirische Befunde und theoretische Folgerungen. Wiesbaden..
- Schützeichel, R. (2007): Laien, Experten, Professionen. In: Schützeichel, R. (Hrsg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung. Konstanz. S. 546-578.
- Sikora, M. (1997): Politische Stiftungen – vita activa der Parteipolitik oder vita contemplativa der politischen Erkenntnis? Bochum.
- Sombart, W. (1987): Der moderne Kapitalismus. Das europäische Wirtschaftsleben im Zeitalter des Frühkapitalismus. 3 Bd. München.
- Spinner, H. (1994): Die neue Wissensordnung. Opladen.
- Spinner, H. (1998): Die Architektur der Informationsgesellschaft. Berlin.
- Stehr, N. (1991): Praktische Erkenntnis. Frankfurt am Main.
- Stehr, N. (1994): Arbeit, Eigentum und Wissen. Frankfurt am Main.
- Stehr, N. (2000): Die Zerbrechlichkeit moderner Gesellschaften. Weilerswist.
- Stehr, N. (2001a): Moderne Wissensgesellschaften. In: APuZ B36, S. 7-14
- Stehr, N. (2001b): Wissen und Wirtschaften. Die gesellschaftlichen Grundlagen der modernen Ökonomie. Frankfurt am Main.
- Stehr, N. (2006): Wissenspolitik. In: Tänzler, D./ Knoblauch, H./Soeffner, H-G. (Hrsg.): Zur Kritik der Wissensgesellschaft. Konstanz. S. 31-56
- Stehr, N./Böhme, G. (1986): The Knowledge Society. Dordrecht.
- Steinbicker, J. (2001): Zur Theorie der Informationsgesellschaft. Ein Vergleich der Ansätze von Peter Drucker, Daniel Bell und Manuel Castells. Opladen.
- Stichweh, R. (1998): Die Soziologie und die Informationsgesellschaft. In: Friedrichs, J./Lepsius, M. R./Mayer, K. U. (Hrsg.): Die Diagnosefähigkeit der Soziologie. Sonderheft 38/1998 der KZfSS. S. 433-443.
- Stock, M./Stock, W. (2004): Recherchieren im Internet. Renningen.
- Stock, W. (2005): On Relevance Distributions. In: Journal of the american society for

- information science and technology. 57(8). S. 1126-1129.
- Stock, W. (2007): Themenentdeckung und –verfolgung und ihr Einsatz bei Informationsdiensten für Nachrichten. In: Information 58 (2007), 1. S. 41-46
- Stock, W./Lewandowski, D. (2006): Suchmaschinen und wie sie genutzt werden. In: WISU 8-9/2006. S. 1078-1083.
- Tacke, V. (2000): Das Risiko der Unsicherheitsabsorption. Ein Vergleich konstruktivistischer Beobachtungsweisen des BSE Risikos. In: ZfS Jg. 29, H2. S. 83-102
- TA-Datenbank (1999) H3 und H4
- Tänzler, D./Knoblauch, H./Soeffner, H-G. (2006): Zur Kritik der Wissensgesellschaft. Einleitende Bemerkungen. In: Tänzler, D./Knoblauch, H./Soeffner, H-G. (Hrsg.): Zur Kritik der Wissensgesellschaft. Konstanz. S. 7-11.
- Thiel, F. (2007): Stichwort: Umgang mit Wissen. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft. Jg. 10, Heft 2/2007, S. 153-169.
- Turner, S. P. (2001): What is the problem with experts? In: Social studies of Science, Vol. 31, S. 123-149.
- Umweltstiftung WWF (2007): Jahresbericht 2006.
- Van den Daele, W. (1996): Objektives Wissen als politische Ressource: Experten und Gegenexperten im Diskurs. In: van den Daele, W./Neidhardt, F. (Hrsg.): Kommunikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren. WZB-Jahrbuch 1996. S. 297-326.
- Vollmer, A. (1998): Stiftungen im Dritten Sektor. Eine vormoderne Institution in der Bürgergesellschaft der Moderne. In: Strachwitz, R. (Hrsg.): Dritter Sektor – Dritte Kraft. Versuch einer Standortbestimmung. Stuttgart. S. 57-64.
- Weaver, W./Shannon, C. (1963): The Mathematical Theory of Communication. Chicago.
- Weber, M. (1972): Wirtschaft und Gesellschaft. Studienausgabe. Tübingen.
- Weber, M. (1988): Gesammelte zur Religionssoziologie 1. Tübingen.
- Webster, F. (1995): Theories Of The Information Society. London.
- Wehling, P. (2001): Jenseits des Wissens? Wissenschaftliches Nichtwissen aus soziologischer Perspektive. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 30, H6, S. 465-484.
- Wehling, P. (2002): Was kann die Soziologie über Nichtwissen wissen? Antwort auf Klaus Japp. Zeitschrift für Soziologie 31, S. 440-444.
- Wehling, P. (2003): Die Schattenseite der Verwissenschaftlichung. Wissenschaftliches Nichtwissen in der Wissensgesellschaft In: Bösch, S./Schulz-Schaeffer, I (Hrsg.): Wissenschaft in der Wissensgesellschaft. Opladen. S. 119 – 142.
- Wehling, P. (2004) Weshalb weiß die Wissenschaft nicht, was sie nicht weiß? Umriss einer Soziologie des wissenschaftlichen Nichtwissens. In: Bösch, S./Wehling, P. (Hrsg.): Wissenschaft zwischen Folgenverantwortung und Nichtwissen. Aktuelle Perspektiven der Wissenschaftsforschung. Wiesbaden. S. 35-105.
- Wehling, P. (2007a): Die Politisierung des Nichtwissens. Vorboten einer reflexiven Wissensgesellschaft? In: Ammon, S./Heineke, C./Selbmann, K. (Hrsg.): Wissen in Bewegung. Vielfalt und Hegemonie in der Wissensgesellschaft. Weilerswist. S. 221-

- Wehling, P. (2007b): Wissen und Nichtwissen. In: Schützeichel, R. (Hrsg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung. Konstanz. S. 485-494.
- Wehner, T./Clases, Chr./Manser, T. (1999): Wissensmanagement: State of the Art. Einführung in ein transdisziplinäres Thema und Darstellung der arbeits- und sozialwissenschaftlichen Perspektive. In: Harburger Beiträge zur Psychologie und Soziologie der Arbeit. Nr. 14. April 1999.
- Weingart, P. (1997a): Neue Formen der Wissensproduktion: Fakt, Fiktion und Mode IWT Paper 15 April 1997.
- Weingart, P. (1997b): From ‚Finalization‘ to ‚Mode 2‘: Old Wine in New Bottles? In Social Science Information 36, 4. S. 591-614.
- Weingart, P. (2001): Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft. Weilerswist..
- Weingart, P. (2003): Wissenschaftssoziologie. Bielefeld.
- Weiß, J. (2006): Wissenselite. In: Tänzler, D./Knoblauch, H./Soeffner, H-G. (Hrsg.): Zur Kritik der Wissensgesellschaft. Konstanz. S. 13-29.
- Wernicke, J. (2007): Schattenkabinett aus Gütersloh. Telepolis vom 01.06.2007.
- Wersig, G. (1971): Information - Kommunikation – Dokumentation. Beiträge zur Informations- und Dokumentationswissenschaft ; 5. München-Pullach.
- Wewer, G. (2003): Politikberatung und Politikgestaltung. In: Schubert, K. (Hrsg.) Lehrbuch der Politikfeldanalyse. Berlin. S. 361-389
- Wex, T. (2004): Der Non-Profit-Sektor der der Organisationsgesellschaft. Wiesbaden
- Wildavsky, Aaron (1979): Speaking Truth to power. New Jersey
- Willke, H. (1995a): Systemtheorie III. Steuerungstheorien. Stuttgart.
- Willke, H. (1995b): Wissensbasierung und Wissensmanagement als Element reflektierter Modernität sozialer Systeme. In: Clausen, L (Hrsg.): Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Frankfurt am Main. S. 191-209
- Willke, H. (1998): Organisierte Wissensarbeit. In: Zeitschrift für Soziologie. Jg. 27. Heft 3. S. 161-177
- Willke, H. (1999): Die Wissensgesellschaft. „Wissen ist der Schlüssel zur Gesellschaft“ In: Pongs, A. (Hrsg.): In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Band 1: Gesellschaftskonzepte im Vergleich. München, S. 259-279.
- Willke, H. (2001a): Wissensgesellschaft. In: Kneer, G./Nassehi, A./Schroer, M. (Hrsg.): Klassische Gesellschaftsbegriffe der Soziologie. München, S. 379-398.
- Willke, H. (2001b): Die Krisis des Wissens. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 1/2001. S. 3-26:
- Willke, H. (2002): Dystopia: Studien zur Krisis des Wissens in der modernen Gesellschaft. Frankfurt am Main.
- Willke, H. (2004): Einführung in das systemische Wissensmanagement. Heidelberg.

- Willke, H. (2005): Welche Expertise braucht die Politik? In: Bogner, A./Torgersen, H. (Hrsg.): Wozu Experten? Ambivalenz der Beziehung von Wissenschaft und Politik. Wiesbaden. S. 45-63
- Wingens, M. (1988): Soziologisches Wissen und politische Praxis. Neuere theoretische Entwicklungen der Verwendungsforschung. Frankfurt am Main und New York.
- Witzel, A. (1989): Das problemzentrierte Interview. In: Jüttemann, G. (Hrsg.): Qualitative Forschung in der Psychologie. Grundfragen. Verfahrensweisen. Anwendungsfelder. Heidelberg. S. 227-256.
- Witzel, A. (2000): Das problemzentrierte Interview. In: Forum qualitative Sozialforschung. V1, No.1. Art. 22.
- Wollmann, H. (2001): Politikberatung. In: Nohlen, D. (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. München S. 376-380.
- World Bank – The international Bank für Reconstruction and Development (1999): World Development Report 1998/1999: Knowledge for Development. Washington.
- Zimmer, A. (1996): Vereine – Basiselemente der Demokratie. Opladen.
- Zimmerli, W-Chr. (1990): Zur Dialektik des technisch-wissenschaftlichen Expertentum. In: Zimmerli, W-Chr./Sinn, H. (Hrsg.): Die Glaubwürdigkeit technisch-wissenschaftlicher Informationen. Düsseldorf. S. 1-8.

ANHANG

A) Verzeichniss der Abbildungen

Abbildung 1: Analysemodell in Anlehnung S. 114

B) Verzeichniss der Tabellen

Tabelle 1: Ausgewählte Organisationen in der Untersuchung S. 107

Tabelle 2: Geführte Interviews in den einzelnen Kontexten S. 108

C) Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Dissertation selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe.

Die Dissertation ist bisher keiner anderen Fakultät vorgelegt worden und wurde in keinem früheren Promotionsverfahren angenommen oder abgelehnt.

Bielefeld, 17.09.2009

(Kai Unzicker)

